

Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung



Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben von Andreas Wirsching

Kolloquien

85

Oldenbourg Verlag München 2013

Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung

Herausgegeben von
Egon Flaig
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

Oldenbourg Verlag München 2013

Schriften des Historischen Kollegs

herausgegeben von

Andreas Wirsching

in Verbindung mit

Georg Brun, Peter Funke, Hans-Werner Hahn,

Karl-Heinz Hoffmann, Martin Jehne, Susanne Lepsius, Claudia Märkl,

Helmut Neuhaus, Martin Schulze Wessel und Gerrit Walther

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und zwei Förderstipendien sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Egon Flaig (Rostock) war – zusammen mit Prof. Dr. Heribert Müller (Frankfurt a.M.), Dr. Nikolaus Buschmann (Tübingen) und Dr. Stefan Gerber (Jena) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 2009/2010. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Egon Flaig aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung“ vom 6. bis 8. Mai 2010 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Das Historische Kolleg wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 – im Sinne einer „public private partnership“ – in seiner Grundausstattung vom Freistaat Bayern finanziert, die Mittel für die Stipendien stellen gegenwärtig die Fritz Thyssen Stiftung, der Stiftungsfonds Deutsche Bank, die Gerda Henkel Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung. Träger des Historischen Kollegs, das vom Stiftungsfonds Deutsche Bank und vom Stifterverband errichtet und zunächst allein finanziert wurde, ist die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“.

historischeskolleg.de

Kaulbachstraße 15, D-80539 München

Tel.: +49 (0) 89 2866 3860 · Fax: +49 (0) 89 2866 3863

Email: elisabeth.mueller-luckner@historischeskolleg.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet

über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 143, D-81671 München

Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Satz: Typodata GmbH, Pfaffenhofen a.d. Ilm

Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum, Memmingen

ISBN 978-3-486-71860-7

Umschlagbild: Die Pnyx in Athen, der Tagungsort der athenischen Volksversammlung. Rekonstruktion der Gestalt nach dem letzten Umbau in der 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts v. Chr. (Fotografie: Hans R. Goette)

Inhalt

Egon Flaig

Die Mehrheitsentscheidung – ihre multiple Genesis und ihre kulturelle Dynamik	VII
---	-----

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XXXIII
---	--------

Thomas Wagner

„Mit einer Stimme sprechen“. Überlegungen zur politischen Aktualität des Konsensprinzips. Entwickelt am Beispiel der Irokesen (Haudenosaunee)	1
---	---

Werner Heun

Entstehungsvoraussetzungen des Mehrheitsprinzips	21
--	----

Markus Rüttermann

„Die Striche sind beisammen“ (<i>gatten</i>). Zur Mehrheitsfindung im mittelalterlichen Japan	43
---	----

Elke Stein-Hölkeskamp

Werben um die Mehrheit: Demokratie und Agonalität im klassischen Athen	65
--	----

Winfried Schmitz

Den politischen Konflikt durch Abstimmung entscheiden. Solons Stasisgesetz und die Mehrheitsentscheidung im Areopag	79
--	----

Karl-Joachim Hölkeskamp

<i>Concordia contionalis</i> . Die rhetorische Konstruktion von Konsens in der römischen Republik	101
---	-----

Martin Jehne

Konsensfiktionen in römischen Volksversammlungen. Überlegungen zur frührepublikanischen Curienversammlung und zu den kaiserzeitlichen Destinationscenturien	129
---	-----

Maria H. Dettenhofer

Verweigerung als Form der Abstimmung oder: Von der Ausnahme zur Regel. Das Senatsquorum von der mittleren Republik bis zum frühen Prinzipat	153
---	-----

Hans-Ulrich Wiemer

Voces populi. Akklamationen als Surrogat politischer Partizipation	173
--	-----

Johannes Preiser-Kapeller

He ton pleionon psephos. Der Mehrheitsbeschluss in der Synode von Konstantinopel in spätbyzantinischer Zeit – Normen, Strukturen, Prozesse	203
--	-----

Kurzbiografien der Autoren	229
--------------------------------------	-----

Egon Flaig

Die Mehrheitsentscheidung – ihre multiple Genesis und ihre kulturelle Dynamik

Der westlichen Kultur kommt die Mehrheitsentscheidung allmählich abhanden. Die staatlichen und suprastaatlichen Organe pflegen immer mehr das Aushandeln, vermeiden das Abstimmen¹. Was bedeutet dieses Entschwinden politisch? Und was bedeutet es kulturell?

Das Prinzip, mehrheitlich zu beschließen, macht alle Teilnehmer auf radikalste Weise zu Gleichen. Es abstrahiert davon, ob jemand gebildet oder ungebildet, hochgewachsen oder klein, dick oder dünn ist. Es ignoriert, welcher religiösen oder ethnischen Gruppierung die Abstimmenden angehören; es lässt deren sozialen, ökonomischen, sexuellen und familialen Status unbeachtet. Es reduziert alle Entscheidungsteilnehmer zu bloßen Bürgern, welche alle absolut dasselbe Gewicht haben – zumindest im Moment des Entscheidens, nämlich beim Abstimmen. Die Mehrheitsregel ist daher die einzige Entscheidungsregel, in der sich politische Gleichheit ausdrücken kann. Aber die politische Gleichheit ist die fundamentale Voraussetzung aller Demokratie. Wohlgemerkt: Auch aristokratische Gremien können die Mehrheitsregel anwenden, ebenso wie hierokratisch-religiöse Organe. Wo die Mehrheitsregel waltet, muss keine Demokratie sein. Aber wo Demokratie ist, kann nur die Mehrheitsregel gelten.

Wenn nun die Mehrheitsregel entschwindet, mögen das viele begrüßen². Liberale Gerechtigkeitstheorien haben bereits die Demokratie verabschiedet, zuvorderst der vielgerühmte Rawls, welcher betont: „In dem Maße, wie ... einige Menschen ausgemacht werden können, die überlegene Weisheit und Urteilskraft haben...,

¹ Siehe: *Arend Lijphart*, *Democracy in plural societies. A comparative Exploration* (New Haven 1977), über die Vetomacht in segmentierten Gesellschaften: 147ff., 153ff.; dazu die Kritik von *Sabine Jung*, *Die Logik direkter Demokratie* (Wiesbaden 2001) 34–42. Ferner: *F.G. Baily*, *Decisions by Consensus in Councils and Committees*, in: *Michael Banton* (Hrsg.), *Political Systems and the Distribution of Power* [ASA Monograph 2] (London, New York 1965) 1–20; *Keith Lehrer*, *Karl Wagner*, *Rational Consensus in Science and Society. A philosophical and mathematical Study* (Dordrecht 1981); *Lawrence Susskind*, *Jeffrey Cruikshank*, *Breaking the impasse. Consensual Approaches to Resolving public disputes* (New York 1987).

² Siehe: *Roberto d'Alimonte*, *Regola di maggioranza, stabilità e equidistribuzione*, in: *Rivista Italiana di Scienza Politica* 4 (1974) 43–106; *Thomas Helfen*, *Die Kritik am Mehrheitsprinzip als Herausforderung der repräsentativen Demokratie* (Bonn 1992).

kann ein gewichtetes Stimmrecht völlig gerecht sein.“³ Also ungleiches Stimmrecht für ungleiche Bürger. Das heißt, zugunsten einer konsistenten Theorie der Gerechtigkeit die Demokratie liquidieren. Eben das hat Platon in seiner ‚Politeia‘ bereits vorexerziert⁴.

1. In den Fängen der Konsenszwänge

Gravierender ist das virulente Postulat, Mehrheiten dürften nicht über den Kopf von sogenannten Minderheiten hinweg Beschlüsse fassen⁵. Es drängt zur prinzipiellen Bevorzugung von konsentischen Lösungen. Hierbei meldet sich ein Pluralismus zu Wort, der im Begriffe ist, seine demokratische Fundierung aufzugeben; denn er nimmt das permanente Sonderinteresse struktureller Minderheiten nicht mehr als Problem, sondern als unhinterfragbare Gegebenheit. Ein Schritt weiter, und man landet in additiver Koexistenz von Parallelgesellschaften. Selbstverständlich sind dann Mehrheitsentscheidungen weder möglich noch legitim; und ein demokratisches Gemeinwesen kann dann nicht mehr existieren. Konsentische Lösungen beruhen auf Übereinkünften zwischen strukturellen Teilgesellschaften. Da solche Übereinkünfte durch Verhandlung erzielt werden, bleibt nicht aus, dass diejenigen gewinnen, die lautstark auftreten und nie nachgeben⁶. Das Konsensprinzip schafft politische Ungleichheit – darum enthält das landläufige Schlagwort von der ‚Konsensdemokratie‘ als Oxyoron eine semantische Perversion – etwa

³ John Rawls, *A Theory of Justice* (London u. a. 1973) 232. Folgerichtig besitzt für Rawls „das Verfahren der Mehrheitsregel ... einen untergeordneten Platz als prozeduraler Mechanismus“ (*ders.*, *Theory* 356). Das hatte schon John Stuart Mill vertreten (Siehe: James S. Fishkin, *Democracy and Deliberation* [New Haven, London 1991] 38f.). Das entfesselte liberale Prinzip schert sich nicht um die Grundlagen der Demokratie.

⁴ Siehe dazu: Egon Flaig, *Weisheit und Befehl. Das Ende des Politischen in Platons ‚Politeia‘*, in: *Saeculum* 45 (1994) 37–70, sowie Kai Trampedach, *Platon und die Akademie* (Stuttgart 1994).

⁵ Norberto Bobbio, *La regola di maggioranza: limiti ed aporie*, in: Norberto Bobbio u. a. (Hrsg.), *Democrazia, maggioranza e minoranze* (Bologna 1981) 33–72; Giovanni Sartori, *Selbstzerstörung der Demokratie? Mehrheitsentscheidungen und Entscheidungen von Gremien*, in: Bernd Guggenberger, Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel* (Opladen 1984) 83–107; und sehr entschieden *ders.*, *Democrazia. Cosa è* (Mailand 1993) 20–32, 78–90, 91–117, 141–155 u. 236–241.

⁶ Das Intensitätsproblem hat Hermann Lotze 1874 erkannt (*ders.*, *Logik* [Leipzig 1912] 464). Seine politologische Dimension hat 1963 Robert Dahl analysiert (*ders.*, *A preface to democratic theory* [Chicago 1963] und umfassend: *ders.*, *Democracy and its Critics* [New Haven, London 1989]). Beim konsentischen Entscheiden wird es zum Dilemma. Siehe: J. Coleman, *Collective Decisions and Collective Action*, in: P. Laslett, W.G. Runciman, Q. Skinner (Hrsg.), *Philosophy, Politics and Society* (Oxford 1977) 208ff.; Willmore Kendall, George W. Carey, *The Intensity Problem and Democratic Theory*, in: *APSR* 62 (1968). Das ‚Erpressungs-Potential‘ von Minderheiten realisiert sich dort, wo Konkordanz vonnöten ist, weil entscheiden nicht möglich ist. Daraus ergibt sich die allgegenwärtige Überrepräsentation von Gruppen, die Partialinteressen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl vertreten. Dazu: B. Parekh, *Rethinking Multiculturalism. Cultural Diversity and Political Theory* (Cambridge, Mass. 2000) 272. Ähnlich: Yannis Papadopoulos, *La démocratie directe* (Paris 1997) 149–152.

wie ein auf Füßen gehendes Auto. Ohne Mehrheitsentscheidung fällt nicht bloß die Demokratie, sondern auch die Chancen, die Gleichheit als politisches (nicht soziales) Ideal zu bewahren.

Europa zappelt im Dickicht eurobürokratischer Gremienpolyarchie. Dort greift das Konsensprinzip epidemisch um sich⁷. Freilich wird es in seiner niedrigsten Modalität gebraucht, nämlich als ‚Bargaining‘; anders geht es nicht in einem Verbund von partikularisierten Interessen. Nun ist das Aushandeln der strikte Gegensatz zum Deliberieren und Überzeugen. Es macht aus den Beteiligten ‚Unterhändler‘ und entpolitisiert sie⁸. Die Folgen haben sich längst gezeigt: hoffnungsvollste politische Talente betreiben in den Ausschüssen, wo ‚bargaining‘ die Regel ist, ihre hartnäckige Selbstentpolitisierung. Daher auch die intellektuelle Müdigkeit in den Plenarsitzungen, daher die Bereitschaft ‚abzunicken‘ – sogar ohne Fraktionszwang. Das konsentische Aushandeln trocknet aber nicht alleine die politische Kultur der Parlamente aus⁹. Es untergräbt außerdem jegliche Idee eines Gemeinwohls. Und es schafft darüber hinaus massive Ungleichheiten; denn es versieht intensive Minderheiten mit einer Veto-Macht, welche auf die Dauer substantielle ökonomische, soziale und politische Vorteile und damit unverantwortbare Privilegien mit sich bringt. Wenn schon auf dem Markt Ausnahme-Regelungen hohe Kosten verursachen, dann bringen Ausnahme-Forderungen kultureller Natur soziale und finanzielle Kosten mit sich, die schlussendlich unbezahlbar werden. Eine solche ‚Osmani-

⁷ Nach Max Weber war das vorhersagbar: je mehr der Pluralismus – id est: ‚Polytheismus der Werte‘ – ausufert, desto geringer die politische Wertigkeit des ohnehin weitgehend inhomogenen Souveräns. Deutlicher: Die abnehmende Homogenität entkräftet seine Eigenschaft, Souverän zu sein. Ganz folgerichtig wird er unfähig, kollektive Entscheidungen mit unabdingbarer Verbindlichkeit zu treffen. Jegliche ‚Internationalisierung‘ heißt, dass der Souverän nicht mehr souverän sein soll (zum Problem der Fragmentierung siehe: *Papadopoulos*, *Démocratie directe* 275–280, 301ff.) Ergo fällt das Entscheiden immer mehr den Experten in den Gremien und Parlamenten zu. Doch diese Bürokratien haben ihre eigenen Entscheidungsmodalitäten, welche alles andere als demokratisch sind.

⁸ Die neokorporatistische Theorie suggeriert gerne, dass Konsens sich einstelle durch gegenseitiges Überzeugen. Das trifft überwiegend nicht zu. Auch bei der vielzitierten ‚vertagten Gegenleistung‘ ist der Handel im Spiele: Die ‚Bezahlung‘ erfolgt eben nicht unmittelbar, sondern später, also über buchstäblichen ‚Kredit‘. Dazu: *Papadopoulos*, *Démocratie directe* 268ff. Siehe auch: *Eberhard Wesche*, Tauschprinzip – Mehrheitsprinzip – Gesamtinteresse. Zur Methodologie normativer Ökonomie u. Politik (Stuttgart 1979); und vor allem: *B.M. Barry*, *W.J. Rees*, *The Public Interest*, in: *The Aristotelian Society*, Suppl. vol. 38 (1964) 1–38; sowie *B. Barry*, *Political Argument* (A reissue with a new introduction) (Berkeley 1990); ferner die bündigen Schlussfolgerungen bei *Papadopoulos*, *Démocratie directe* 270f. Die Einwände von K. Holzinger (*dies.*, *Strategic Arguing*, in: *Swiss Political Science Review* 10 (2004) 201–210) sind nicht stichhaltig. Dass man sowohl beim Aushandeln als auch beim Deliberieren Sprechakte des Argumentierens wie des Verhandeln benutzt, berührt den Unterschied zwischen Negotiation und Deliberation nicht.

⁹ Das Einüben solcher neo-korporatistischer Prozeduren bedeutet gleicherweise, sich an informelle, nicht-öffentliche und nicht-demokratische Verfahren gewöhnen und die Normen derselben internalisieren. Siehe: *Papadopoulos*, *Démocratie directe* 300ff. Zum Zeitaufwand und der Problematik von Packetlösungen siehe auch: *Malte Schmans*, Einstimmigkeitsprinzip, Mehrheitsprinzip und Konsensverfahren auf Vertragskonferenzen zur universellen völkerrechtlichen Rechtsetzung (Diss. Göttingen 1984) 118f.

sierung‘ der liberalen Gesellschaften verschärft die Aporien des Konsensprinzips immer weiter¹⁰.

Manchenorts hat sich die alte Opposition ‚Konsens- gegen Mehrheitsprinzip‘ verpuppt in die Entgegensetzung von deliberativer und partizipatorischer Demokratie. Dieser Gegensatz ist nur möglich, wenn das Wort ‚Deliberation‘ aus seinem klassischen Konnotationsgeflecht herausgerissen wird. Nach klassischer – d. h. antiker – Auffassung heißt Deliberation bouleutisches Reden und dient dem gemeinsamen Handeln. Die Deliberation ist der Weg zum Ziel, nämlich zum kollektiven Entscheiden. Wenn man die Deliberation als unendliches Gespräch begreift, in welchem es gilt, sich der Wahrheit anzunähern, dann tritt der Einwand in Kraft, den Carl Schmitt gegen dieses Ideal der Romantiker vorgebracht hat: Weil die Zeit knapp ist und man das Handeln nicht ewig aufschieben kann, muss man das ‚ewige Gespräch‘ abbrechen, um zu einem Entscheid zu gelangen¹¹. Um entscheiden zu können, muss das Deliberieren an einem bestimmten Punkt aufhören. Ferner muss die Menge der Entscheidungsberechtigten definiert sein. Definieren heißt abgrenzen, also die einen ausgrenzen, um die anderen zu berechtigen. Um ein Geringeres ist Partizipation nicht zu haben. Nun ist die Menge der Deliberierenden in der Regel – gerade bei großen Gemeinwesen – nicht identisch mit der Menge der tatsächlich an der Entscheidung Teilnehmenden. Zudem beteiligen sich die Deliberierenden in unterschiedlichen Aktivitätsgraden an der Deliberation. Ganz anders das Entscheiden; es ist ein schneller Akt, in dem alle dasselbe tun, nämlich ihre Stimme abgeben¹². Partizipieren an der Entscheidung ist zwar machbar ohne vorherige Teilnahme an der Beratung. Doch der Imperativ, vor dem sich auch die unengagiertesten Bürger stillschweigend verbeugen, lautet, ein jeder habe sich kundig zu machen, bevor er mitentscheidet.

2. Warum die ‚Systemtheorie‘ wertlos ist beim Erforschen des Mehrheitsprinzips. Ein Problemaufriss

Wenn etwas für die kulturelle Identität Wesentliches entschwindet, dann ist Rückbesinnung angesagt; denn man sollte wissen, was man preisgibt. Nun fällt das Nachdenken über die Mehrheitsentscheidung traditionell in die Domäne der

¹⁰ Siehe: *Papadopoulos*, *Démocratie directe* 252f.

¹¹ *Carl Schmitt*, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (Berlin ³1961) 41ff. Peter Graf Kielmannsegg hat betont „daß der Mehrheitsentscheid nur der letzte Akt eines Prozesses ist, in dem – wenn er nur offen angelegt ist, wie es die Verfassungsregeln der Demokratie vorschreiben – unterschiedliche Intensitäten des Engagements und unterschiedliche Grade des Sachverstandes durchaus wirksam werden können und in aller Regel werden“; siehe: *ders.*, *Das Recht der Mehrheit und die rechte Mehrheit*, in: *Michael Salewski, Josef Schröder* (Hrsg.), *Dienst für die Geschichte. Gedenkschrift für Walter Hubatsch* (Göttingen, Zürich 1985) 301–322, hier 317f.

¹² Diese Diskrepanz erhebt Fishkin zum Gegensatz zwischen ‚nondeliberative equality‘ und ‚deliberative inequality‘ (*ders.*, *Democracy and Deliberation* 101). Das Problem ist unabweisbar. Dazu: *Papadopoulos*, *Démocratie directe* 128.

Rechtshistorie¹³. Diese hat solide Studien geliefert. Aber deren Blickfeld ist – angesichts der gewandelten wissenschaftlichen Lage – nicht mehr weit genug: Erstens verfahren sie nicht komparatistisch, zweitens fragen sie meist nicht nach dem Zusammenhang von Gruppenkohäsion und Entscheidungsregel¹⁴. Um aus der bloßen Rechtsgeschichte herauszukommen, sind drei Aufgaben zu lösen:

1. In eine Synthese einzubeziehen sind weitere Kulturen, von denen wir durch zuverlässige Untersuchungen wissen, wie sie das Beraten und Entscheiden handhaben. Die Politische Anthropologie hat die Bestände, auf denen unsere Erkenntnis aufbaut, erheblich erweitert.
2. Es ist so genau wie möglich zu bestimmen, wie die Entscheidungsfähigkeit zusammenhängt mit der Gruppenstruktur oder der Form der politischen Gemeinschaft; dieser mannigfache Zusammenhang ist in eine Typologie aufzufächern, die Varianten zulässt. Hier geht politische Anthropologie in historische Soziologie über.
3. Einzubeziehen sind spezifische Rituale der Vergemeinschaftung, insofern sie zum Zusammenhalt einer Gemeinschaft beitragen. Wieweit reproduzieren sie jenen Grundkonsens, auf dessen Basis dann Dissens und Konkurrenz überhaupt operieren können? Eventuell reicht die rituelle Dimension bis tief in das Entscheiden selber hinein. Sie tangiert dann erstens den zeremoniellen Ablauf insgesamt, zweitens die Deliberation, welche, obwohl auf Konfrontation angelegt, dennoch auf einen expliziten oder impliziten Grundkonsens Rücksicht nimmt, drittens die Rhetorik, welche sich substantiell unterscheidet, je nachdem ob man per Abstimmung zum Beschluss kommt oder ob man unbedingt den Konsens erreichen will.

Es ist eine Menge an historisch-soziologischer Arbeit zu leisten. Diese Herangehensweise verlangt, das Luhmannschen Konzept der ‚Vormoderne‘ zu verabschieden und seiner ‚Systemtheorie‘ überhaupt eine Absage zu erteilen¹⁵. Man erinnere sich an die Behauptung: „Rechtlich geordnete Verfahren der Entscheidungsfindung gehören zu den auffälligsten Merkmalen des politischen Systems moderner Gesellschaften.“¹⁶ Nicht zuletzt mit diesem Satz induzierte Luhmann jenen gängi-

¹³ Siehe: *Otto von Gierke*, Das deutsche Genossenschaftsrecht. Bd. I: 1868, Bd. II: 1873, Bd. III: 1881, Bd. IV: 1913 (Ndr. 1954); *Otto von Gierke*, Über die Geschichte des Majoritätsprinzips (1913), in: *ders.*, Aufsätze und kleinere Monographien II, hrsg. v. *W. Pöggeler* (Hildesheim, Zürich, New York 2000) 831–853; *Georg Jellinek*, Das Recht der Minoritäten (Vortrag Jur. Gesellsch. Wien, Wien 1898). Hierzu auch die geistreiche Abhandlung von *Georg Simmel*, Exkurs über die Überstimmung, in: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* 11 (Frankfurt a. M. 1992) 218–228.

¹⁴ Als Ausnahme können gelten: *Wladimir Starosolskyj*, Das Majoritätsprinzip (Wien, Leipzig 1916); *Joseph Stawski*, Le principe de la majorité (Gedani 1920); *Werner Heun*, Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie. Grundlagen – Struktur – Begrenzungen (Berlin 1983). Sehr gedankenreich ist *Ladislav Konopczyński*, Le Librium Veto. Etude sur le développement du principe majoritaire (Paris 1930).

¹⁵ Die Einwände, die Habermas gegen den Luhmannschen Systembegriff vorgebracht hat, sind pertinent. Siehe: *Jürgen Habermas*, Der philosophische Diskurs der Moderne (Frankfurt a. M. 1985) 409–444.

¹⁶ *Niklas Luhmann*, Legitimation durch Verfahren (Neuwied, Berlin 1969) 11.

gen Unbegriff der ‚Vormoderne‘, den er selber mied, um ihn seinen Adepten zu ständiger Verwendung zu überlassen. Dieser nichts begreifende Un-Begriff dokumentiert aufs prächtigste den wachsenden philosophischen Stumpfsinn und die grassierende historische Stupidität. Luhmann geht von der Annahme aus, dass die Rechtfertigung ‚vormoderner‘ Verfahren in den Zwecken ‚Wahrheit‘ und ‚Gerechtigkeit‘ bestanden¹⁷. Das führt ihn zu einer grandiosen Entdeckung: „In all diesen Verfahren verfestigt sich die Idee einer von den Machthabern unabhängigen, ihnen entgegengehaltenen Wahrheit und Gerechtigkeit. Unter diesen Voraussetzungen und in dieser polemischen Perspektive gegen die Macht war es nicht möglich, den Sinn rechtlich geregelter Verfahren in der Legitimierung der Macht zu sehen.“¹⁸ Wer wenig weiß, entdeckt viel Neues. In welcher griechischen Polis fassten der Rat oder die Volksversammlung je einen Beschluss, der auf das ‚Wahre‘ zielte? Alle diese Millionen von Beschlüssen zielten auf das Wohl der Polis. Und dabei konnten die Beschließenden irren, was ihnen vollkommen bewusst war¹⁹.

Der heuristische Fehler Luhmanns besteht darin, dass er die Thematik in das Modell gerichtlicher Verfahren zwängt. Selbstverständlich wird dann das Problem der Wahrheit akut. Aber welche andere Form der Richtigkeit kann es denn bei der Urteilsfindung geben als diejenige der Wahrheit? Jedes Urteil, das auf evidenter Unwahrheit beruhte, entlegitimierte sich selber und diskreditierte die Richter. Mit dieser theoretischen Verkürzung jagt Luhmann zu immer neuen Entdeckungen: „Lässt man dagegen von der Voraussetzung ab, daß Verfahren der Entdeckung von Wahrheit dienen, gewinnt man die Möglichkeit, ihre Funktion für die Legitimierung des Entscheidens unvoreingenommen in neuartiger, soziologischer Weise zu untersuchen.“²⁰ Hätte er die einschlägigen Werke der Rechtshistorie zur Hand und

¹⁷ „Kern aller klassischen Verfahrenslehren ist der Bezug auf Wahrheit oder wahre Gerechtigkeit als Ziel“ (*ders.*, Legitimation 18). Das anschließende Guizot-Zitat lässt entweder Zweifel daran aufkommen, ob Luhmann französisch las, oder ob er imstande war, Sätze der politischen Philosophie überhaupt zu verstehen. Guizot sagt ausdrücklich, dass die Bereitstellung der intellektuellen und kognitiven Ressourcen ‚raison, justice, vérité‘ einem Zweck gehorchen. Vérité ist just nicht das Ziel des politischen Handelns; dieses Ziel ist vielmehr ‚progrès‘. Selbstverständlich muss sich dieser ‚progrès‘ messen lassen an Kriterien. Und im politischen Bereich können diese Kriterien – zunehmender Gerechtigkeit – weder wachsender Wohlstand sein noch technischer Fortschritt, sondern eben ‚raison et vérité‘. Welche denn sonst?

¹⁸ *Luhmann*, Legitimation 19f.

¹⁹ „Ein Verfahren wäre nach dieser Auffassung eine von anderen gesellschaftlichen Rollen abgeordnete, relativ autonom gesetzte Rollenstruktur, in der Kommunikation mit dem Ziele richtiger (an Wahrheit orientierter, gerechter, rechtmäßiger) Entscheidung betrieben wird. Selbst wenn man diese ... Formulierung einsetzt, wird jedoch nicht recht verständlich, vielmehr vollends fragwürdig, wie in einem solchen Rollensystem Wahrheit im Sinne von einzig richtiger, aller überzeugender Lösung der Entscheidungsprobleme garantiert werden kann.“ (S. 20). Welcher griechische Redner oder welcher Philosoph hätte je behauptet, dass die Mehrheitsentscheidung in einer Volksversammlung „Wahrheit im Sinne von einzig richtiger, aller überzeugenden Lösung“ garantiert? Gerade weil nicht alle von einer der vorgeschlagenen Lösungen überzeugt waren, musste man ja abstimmen. Luhmann hat sich keine Gedanken gemacht über die Voraussetzungen von Konsens und über die Notwendigkeit ohne solchen auszukommen. Als ‚Systemtheoretiker‘ musste er das auch nicht.

²⁰ *Luhmann*, Legitimation 23.

zur Kenntnis genommen, wäre es ihm erspart geblieben, das Rad neu erfinden zu müssen – in eckiger Form. Beim kollektiven politischen Entscheiden ist es niemals um Wahrheit gegangen, sondern um den Willen der Gemeinschaft. In seiner Verfassungsdebatte definierte Herodot vor 2440 Jahren sehr scharf das Prinzip der Demokratie: „Beim Mehr ist das Ganze“ – *εν γαρ τω πολλω ενι τα παντα*. Damit nennt er das Verfahren – nämlich die Debatte mit mehreren Anträgen und ausdrücklich die Entscheidungsregel: nämlich das Feststellen der Mehrheit²¹. Wenn der so bestimmte Gesamtwille auf das Wohl dieses Gesamt ausgerichtet ist, dann muss das Gesamt notwendigerweise ermitteln, wo das eigene Wohl im konkreten Falle liegt. Und bei diesem Ermitteln können der Versammlung substantielle Irrtümer unterlaufen. Gerade die Irrtümer beweisen, dass es ‚richtigere‘ Einsichten gab oder hätte geben können. Solche Irrtümer sind aber nicht das simple Korrelat zur ‚Wahrheit‘, obgleich eine binäre Schematisierung dies nahelegt. Vielmehr sind sie das Korrelat zu Optionen, die ‚näher am Gemeinwohl‘ liegen. Was man in der Debatte ermittelt, ist nicht ‚Wahrheit‘, sondern die Entfernung oder Nähe der einzelnen Optionen zum Gemeinwohl.

Indes, dieser zentrale Begriff antiker Republiken kann in der ‚Systemtheorie‘ kein Begriff sein. Luhmann handelt ihn als historische Quisquilie ab: „Die Kontingenzformel der semantischen Tradition des politischen Systems kann als Gemeinwohl bezeichnet werden im Sinne der alten Lehre des *bonum commune*. Diese Formel ist mit dem frühmodernen Staat gewachsen, bis sie schließlich die staatliche Vorsorge für die Glückseligkeit der Staatsbürger einschloß und damit die gesamte ‚Polizey‘ im damaligen Sinne legitimiert.“²² Wer die historische Soziologie im Sinne Max Webers verabschiedet hat, den muss es nicht kümmern, dass schon Aristoteles den Zweck der Polis im ‚guten Leben‘ sieht – im Einklang mit der Polisideologie der klassischen und hellenistischen Epoche. Dass die argumentative Opposition gegen diesen Leitbegriff des Politischen nicht von den Liberalen geleistet wurde, sondern von radikalen Strömungen der Sophistik, darf er als überflüssiges Wissen beiseite lassen und braucht es daher selber auch nicht zu wissen. So nimmt es nicht Wunder, dass Luhmann mit einer zweiten Überraschung aufwartet: „Die Gemeinwohlformel braucht einen Gegenbegriff... Sie lebt seit dem auslaufenden 18. Jahrhundert vom Gegenbegriff des Privatinteresses...“²³ Ist erst die historische Soziologie entwertet, dann darf man sich auch um 2500 Jahre irren. In der homerischen Odyssee entschuldigt sich Telemachos bei Nestor, er komme in eigener Sache (*πρηξιὲ δῖ ἡδὶ ἰδιῇ*), nicht in gemeinschaftlicher (*ου δημοῖ*). Das griechische politische Denken operiert von Anfang an mit dem Oppositionspaar *το ἰδιον* versus *το δημοσιον* / *το κοινον*; großartig entfaltet sich diese Opposition in der tragischen Poesie und in den Reden bei Thukydides. Man muss nicht Griechisch und Latein können, um darüber Bescheid zu wissen. Aber stimmt Luhmanns Aussage wenigstens für die Neuzeit? Dass die privaten, also individuellen Interessen nicht de-

²¹ Herodot, Historien III, 80.3.

²² Niklas Luhmann, Die Politik der Gesellschaft (Frankfurt 2002) 120f.

²³ Luhmann, Politik 121.

ckungsgleich sind mit dem Gemeinwohl, ist für das politische System niemals ein gravierendes Problem gewesen. Was dem Gemeinwohl wirklich gefährlich wird, ist hingegen das ‚partikulare‘ Interesse – nämlich das Sonderinteresse von sozialen, ethnischen, religiösen Gruppierungen. Die politische Philosophie des 18. Jahrhunderts hat hierin mit sicherem Instinkt den Gegenbegriff zum Gemeinwohl erspürt; niemand hat die inhärente Feindschaft beider so deutlich gesehen wie Rousseau und so scharf formuliert wie er.

Luhmann behauptet statt dessen, dass „die alte juristische Unterscheidung von ‚öffentlich‘ und ‚privat‘ und mit ihr die klaren Konturen eines Gemeinwohlgedenkens“ aufgesprengt würden. Und wodurch? Dadurch, dass dem Wohlfahrtsstaat immer mehr Sozialprogramme aufgebürdet würden, zu deren Durchführung er jedoch angewiesen sei auf ein ‚Publikum‘, das vorwiegend aus „organisierten Partnern“ bestehe²⁴. Luhmann lässt den Begriff des ‚partikularen Interesses‘ schlankweg außer Acht, weil er die mit ihm verbundenen Phänomene anders kategorisiert, nämlich als quasi-natürliche Resultate funktionaler Ausdifferenzierung. Der von ihm benannte Vorgang ‚sprengt‘ mitnichten die ‚klaren Konturen eines Gemeinwohlgedenkens‘. In den Augen der klassischen politischen Theorie ist dieser Vorgang nichts weiter als ein politischer Kohäsionsverlust; doch diese Kategorie ist innerhalb der ‚Systemtheorie‘ völlig sinnlos. Jene angeblich aufgesprengten klaren Konturen erlauben es, den quasi-selbstläufigen Prozess anders zu bestimmen: nämlich als eine zunehmende Unwilligkeit von Interessenverbänden, ihre partikularen Interessen noch einem Gemeinwohl unterzuordnen. Bestimmte Religionsgemeinschaften lassen sich überhaupt nicht auf ein Gemeinwohl verpflichten, weil ihr partikulares Interesse ihnen eben als einzig denkbare Gemeinwohl erscheint. Daher die zunehmende Unfähigkeit, durch mehrheitliches Entscheiden politische und rechtliche Rahmen zu setzen. Ohne implizite oder explizite Orientierung auf ein Gemeinwohl verliert jedes dissensuelle Entscheiden ihre Legitimität. Die Mehrheitsentscheidung steht und fällt mit einem hinreichend starken Begriff des Gemeinwohls.

Was, so dürfen wir fragen, taugt eine Theorie der Politik, in der die politische Möglichkeit, das Mehrheitsprinzip zu gebrauchen, nicht zum Thema wird? Luhmann hat das politische Entscheiden später ignoriert und an die Mehrheitsentscheidung nur wenige Sätze verschwendet. „Auch wusste man schon, oder man hätte es zumindest wissen können“, schreibt er über das moralphilosophische Paradoxon, wonach beste Motive zu schlimmsten Folgen führen können, „daß über Mehrheitsabstimmungen keine transitive Ordnung zu erreichen ist mit der Folge, daß im Laufe der Zeit Widersprüche auftreten.“²⁵ Er verweist auf das Condorcet’sche Paradox der zyklischen Mehrheiten sowie auf die Verschärfung des Paradoxes durch das Arrow-Theorem²⁶. Diesem zufolge ergäbe sich der mehrheitliche Entscheid als

²⁴ *Luhmann*, Politik 261.

²⁵ *Niklas Luhmann*, Die Gesellschaft der Gesellschaft (Frankfurt 1997) 1063.

²⁶ Kenneth Arrow hat mathematisch nachgewiesen, dass kein einziges Verfahren es gestattet, konsistente Präferenzordnungen abzuleiten aus individuellen, transitiven Präferenzordnungen

unvorhersehbares Resultat eines marktförmigen Spiels der Aggregation von Präferenzen, das sich in den Gremien ausdrückt als Ajustierung von Koalitionen. Derlei Vorfälle haben sich tatsächlich ereignet, obschon sehr selten; dabei waren die Akteure jedes Mal freilich Parteien mit stark verhärteten Optionen und hohem Fraktionszwang²⁷. Das Condorcet'sche Paradox kann überhaupt nur in solchen Grenzfällen zur Wirkung kommen. Die Behauptung, dass „über Mehrheitsabstimmungen keine transitive Ordnung zu erreichen sei“, ist somit an sich falsch. Ferner vermengt Luhmann das moralphilosophische Paradoxon, wonach Motive und Folgen in reziproker Proportionalität zueinander stehen können, mit der Inkonsistenz von koalierend gebündelten Intentionen. Diese Inkonsistenz betrifft die Unzufriedenheit mit eingegangenen Kompromissen, welche sich einzustellen pflegt, sobald die in der Folgezeit eintretenden Veränderungen nicht die angezielten Resultate erbringen. Allerdings werden diese unliebsamen Veränderungen gar nicht oder kaum von jenem kompromisshaften Entscheid mitbewirkt. Anders verhält es sich bei jener Dialektik von individuellen guten Motiven und schlimmen kollektiven Folgen, einer Dialektik, die seit dem 18. Jahrhundert die politische Philosophie heimsuchte. Hier ist die Mitbewirkung der Folgen maßgeblich und eben das Problem²⁸. Beide Sachverhalte haben sachlogisch nichts miteinander zu tun. Luhmann vermischt sie, und so darf er politisches Entscheiden in einen verwaltungstechnischen Akt verwandeln, der eo ipso auf ständiges Nachbessern angelegt ist. Radikaler kann man die Idee eines kollektiven politischen Willens nicht eliminieren.

Lange vor diesen Sätzen, nämlich 1969, hat Luhmann sich an das Mehrheitsprinzip herangewagt, mit dem expliziten Ziel, die Anhänger der „klassischen Politologie“ über den „eigentlichen Sinn dieses Prinzips“ zu belehren. Sein Zauberwort lautet „Machtsummenkonstanz“; es will besagen: „Nicht die Machtmenge, sondern nur die Machtverteilung“ kann im System geändert werden²⁹. Das ist eine banale Aussage, wenn man Macht als Relationsbegriff definiert – weil dann die Summe der Quotienten tatsächlich als konstant angenommen werden kann; freilich ist diese Summe nichts als eine imaginäre Größe. Verschiebungen tendieren dann dazu, Nullsummenspiele zu werden. Diese Überlegung ist nicht neu; Luhmann hält sie für fraglos zutreffend: „Diese Regel leistet eine künstliche Vereinfachung der Machtkonstellation, die unter sehr komplexen Verhältnissen (insbeson-

(ders., *Social Choice and Individual Values* [New Haven 1963]). Hierzu: *Heun*, Mehrheitsprinzip in der Demokratie 130–139 u. *Helfen*, Kritik am Mehrheitsprinzip 113ff. Alles mathematische Beweisen ist verlorene Liebesmüh, wenn die Abstimmenden keine fixen Präferenzordnungen haben. Genau das ist aber – außer bei parteilicher Bindung oder imperativem Mandat – der Fall. Anders gesagt: Je weniger die Abstimmenden sozialen oder politischen Zwängen unterworfen sind, desto weniger gilt das Arrow-Theorem.

²⁷ 1976 ereignete sich ein solcher Fall im Stadtrat von Liverpool. Siehe: *Kaare Stroem*, Parliamentary Government and Legislative Organisation, in: *Herbert Döring* (Hrsg.), *Parliaments and Majority Rule in Western Europe* (Frankfurt a. M., New York 1995) 51–82, hier 54–56. Doch keine Landsgemeinde erlitt je einen – nachgewiesenen – Abstimmungs-Zyklus.

²⁸ Siehe dazu: *Heinz-Dieter Kittsteiner*, *Listen der Vernunft. Motive geschichtsphilosophischen Denkens* (Frankfurt a. M. 1998) besonders 43–72.

²⁹ *Luhmann*, Legitimität 176f.

dere solcher mit einer Vielzahl von Machtquellen) zur wesentlichen Grundlage rationalen Handelns wird. Der Konflikt wird durch eine solche Systemstruktur auf Dauer gestellt. Jeder Machtverlust (Stimmenverlust) führt eo ipso zum entsprechenden Machtzuwachs beim Gegner und umgekehrt. Außerdem sind die Machtrelationen eindeutig quantifiziert und dadurch übersehbar. Man kann daher das Ergebnis einer kontroversen Auseinandersetzung im Voraus kennen und einkalkulieren. Es gibt kaum Ungewissheit des Kampfausganges, und das ermöglicht ein rationales Nachgeben in Vorverhandlungen...“³⁰ Ein solches Nullsummenspiel kann nur stattfinden, wenn die Gewählten völlig fixe Präferenzen haben. Das ist aber nur dann der Fall, wenn das politische Entscheiden vollständig verparteilicht ist, und wenn die Parteimitglieder sich an die Vorgaben ihrer Partei halten. Luhmann setzt die Parteien als das wesentliche Strukturelement blind voraus. Diese Blindheit erstaunt. Immerhin hat Luhmann ein von der Rechtshistorie gut erschlossenes Territorium betreten. Es hätte ihm auffallen müssen, dass die Verparteilichung der parlamentarischen Politik – mit quasi berechenbarem Gehorsam – eine rezente Entwicklung im Parlamentarismus darstellt. Bezeichnenderweise soll es die drohende Abstimmungsniederlage sein, was die Minorität dazu bewegt, in Vorverhandlungen ein ‚rationales Nachgeben‘ zu üben. Doch dieses rationale Nachgeben ist das Kennzeichen des Konsensprinzips; es kann ja nur in kleinen Ausschüssen erfolgen – und stets in Erwartung einer ‚vertagten Gegenleistung‘. Über diese Kosten des ‚rationalen Nachgebens‘ verliert Luhmann kein Wort. Bereits hier degeneriert das Entscheiden zu einem verwaltungstechnischen Akt, der sich in der unumgänglichen Modalität des Aushandelns vollzieht.

Die ‚Systemtheorie‘ hat sich von einer historischen Soziologie, wie Max Weber oder Pierre Bourdieu sie pflegten, zur Gänze verabschiedet. Das bedeutet umgekehrt, dass sie nicht ‚anschlussfähig‘ ist, wenn eine soziologisch informierte Geschichtswissenschaft das kollektive Entscheiden in komparativer Perspektive angeht. Die Gesprächspartner bleiben die traditionelle Rechtshistorie, die historische Soziologie und die Politische Anthropologie, d. h. derjenige Zweig der Ethnologie, der das ethnographische Material unter dem Gesichtspunkt von Machtverteilung, Herrschaftsausübung und Gemeinschaftskonstitution analysiert und synthetisiert. Sie sind zu befragen.

3. Wo institutionalisierte sich die Mehrheitsentscheidung?

Der Befund der Politischen Anthropologie lässt keinen Zweifel: Die weit meisten Ethnien und Kulturen in der Weltgeschichte bevorzugten das Konsensprinzip³¹.

³⁰ *Luhmann*, Legitimität 177.

³¹ Die Literatur ist unüberschaubar. Siehe allgemein: *Elizabeth Colson*, Tradition and Contract. The Problem of Order (London 1975); *E. Adamson Hoebel*, The Law of Primitive Man. A Study in Comparative Legal Dynamics (Cambridge, Mass. 1954); *Isaac Shapera*, Government and Politics in Tribal Societies (London 1956); *N. Dyson-Hudson*, Karimojong Politics (Oxford 1966);

Nur sehr wenige pflegen die Mehrheitsentscheidung. Diese entstand also auf einem schmalen Sonderweg. Ihn konkret nachzuzeichnen ist unmöglich; aber es lassen sich die Bedingungen angeben, welche vorlagen, damit diese Weise des Entscheidens emergierte. Schematisch lassen sich diese Bedingungen wie folgt in eine Verzweigung von Entwicklungswegen eintragen. Ethnien, Stämme, Gemeinschaften, die dem Konsensprinzip folgen, sind sehr häufig nicht entscheidungsfähig, weil sich einfach keine Einmütigkeit herstellt. Dieser Punkt lässt sich wie eine Weggabelung begreifen, an der sich drei alternative Richtungen auftun: 1. Am häufigsten hält die besagte Ethnie am Konsensprinzip fest; es bleiben dann nur zwei Mittel, nämlich den Konsens durch ‚Kuhhandel‘ herzustellen oder auf eine Entscheidung zu verzichten. Beides schädigt die Kohäsion der Gemeinschaft³². Daraus ergeben sich zwei mögliche Folgen: Entweder wird eine Ethnie periodisch oder chronisch unfähig, kollektiv zu handeln; das war die Regel bei den nordamerikanischen Indianern³³. Oder Dörfer und Stämme brechen auseinander, weil es ihnen nicht gelingt, schwere Konflikte beizulegen. Die kollektive Fähigkeit, organisiert zu handeln, bleibt in beiden Fällen sehr gering. Es mögen Gemeinschaften mit hoher kultureller und religiöser Zusammengehörigkeit sein. Da wesentliche Elemente zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens fehlen, sind es streng genommen keine politischen Gemeinschaften. Die Evolution zur Hochkultur – mit Städten, Schrift und differenzierten Kulturtechniken – ist bei ihnen blockiert.

Die zweite Alternative führt langfristig zu Priesterherrschaften oder zu Monarchien. Sie wird aktuell, wenn die Gemeinschaft oder ihre politische Elite – falls eine solche vorhanden ist – einen höheren Grad politischer Kohäsion erreicht hat und verteidigt. Nun wird gemeinsames Handeln als unabdingbar empfunden. Weil man jedoch am Konsensprinzip festhält, scheitert das kollektive Beschließen in schöner Regelmäßigkeit. In diesem Falle wächst in der Elite die Neigung, Entscheide zu akzeptieren, die ihr von außen oktroyiert werden. Dabei ist es am bequemsten, sakrale Mittel zu gebrauchen, indem man bei Personalentscheidungen zum Los greift, bei Sachentscheidungen zu losartigen Orakeln³⁴. Mehr Erfolg verspricht es,

John Middleton, David Tait (Hrsg.), *Tribes without Rulers. Studies in African Segmentary Systems* (London 1958); *S. Lee Seaton* (Hrsg.), *Political Anthropology. The State of the Art* (Hague u. a. 1979).

³² Das wird ausführlich erörtert in: *Egon Flaig*, *Die Mehrheitsentscheidung. Genesis und kulturelle Dynamik* (in Fertigstellung), Abschnitt I.

³³ *R. Krusche*, Soziale Gruppierung und politische Autorität bei indianischen Stämmen im Zentral-Plains-Gebiet und ihr historischer Wandel, in: *Jahrbuch des Museums für Völkerkunde zu Leipzig* 28 (1972) 373–398; *Aubrey W. Williams Jr.*, Navajo Political Process (Smithsonian Institution Press, Washington 1970); *Loretta Fowler*, Arapahoe Politics, 1851–1978. Symbols in Crisis of Authority (Lincoln 1982).

³⁴ Bei manchen Westslawen entschied ein Orakel auch außenpolitische, hochbrisante Sachfragen. Cäsar konnte seinen germanischen Gegner Ariovist in Gallien deshalb so vernichtend schlagen, weil die Germanen die Schlacht nicht annehmen wollten – denn die Wahrsagerinnen hatten prophezeit, man müsse noch 4 Tage abwarten. Bei Sachfragen können die Orakel so augenfällig falsche Empfehlungen geben, dass sie irgendwann ihr Ansehen – und damit ihre Funktion – verlieren. Siehe dazu: *Flaig*, *Mehrheitsentscheidung*, Abschnitt I.

ein Mitglied der politischen Elite in die Rolle eines Schiedsrichters hineinwachsen zu lassen, welcher bei Konsensunfähigkeit sich für eine der vorgebrachten Optionen ausspricht. Die schiedsrichterliche Funktion gleitet – einmal stabilisiert – fast zwangsläufig in die monarchische hinüber. In den vergangenen 5000 Jahren waren Monarchien für die Aufrechterhaltung von Hochkulturen äußerst erfolgreich.

Es gibt noch eine dritte Alternative: Die politische Elite einer Ethnie gibt das Konsensprinzip auf und entscheidet subunanim und dissentisch. Entweder wird eine kleine opponierende Minderheit gezwungen, in den Konsens der anderen einzustimmen (Folgezwang). Oder aber die Minderheit beugt sich freiwillig einer weit überwiegenden Mehrheit und stimmt in den Konsens ein (Folgepflicht). Letzteres erfordert besondere kulturelle Bedingungen, auf die ich hier nicht eingehen kann³⁵. Verzicht auf die Einmütigkeit eröffnet zwei Richtungen: Entweder misst man die Intensität der Stimmen, also die Lautstärke. Oder man verabschiedet sich vom Kriterium der Intensität und misst die Zahl der Zustimmenden. Die Zahl ist eindeutig und unanfechtbar. Auch hier gibt es Varianten, je nachdem wo die Schwelle der notwendigen Quote an Zustimmenden liegt, ob es $\frac{3}{4}$ der Versammelten sind, oder $\frac{2}{3}$, oder $\frac{1}{2} + 1$ (reine Mehrheitsregel). Bei subunanimen Entscheidungen werden die Blockaden desto seltener, je niedriger diese Schwelle liegt. Bei der reinen Mehrheitsregel treten sie praktisch kaum noch auf. Die Gemeinschaft wird – wenn die Kohäsion ausreicht – erstaunlich handlungsfähig. Es sind hochkulturelle Leistungen möglich, die jener in Monarchien nicht oder nur wenig nachstehen und trotzdem eine enorm breite Partizipation an den kollektiven Entscheidungen zulassen.

Monarchien sind in der Kulturentwicklung also entbehrlich. Je müheloser eine politische Elite sich nicht-einmütigen Beschlüssen unterwirft und desto zuverlässiger sie verbindlich entscheidet, desto weniger bedarf sie eines Monarchen als eines Schiedsrichters. Es geht nicht nur um sporadisches Anwenden der Mehrheitsentscheidung, etwa bei hoher Dringlichkeit, sondern es geht um den umfassenden, kontinuierlichen und systematischen Gebrauch der Mehrheitsregel. Die Politische Anthropologie hat bei vielen Ethnien gelegentliche Mehrheitsentscheidungen gefunden; aber in den dokumentierten Fällen kehrte man hinterher wieder brav zum Konsensprinzip zurück; es entstand keine Regel des mehrheitlichen Entscheidens³⁶. Wo hat sich die Mehrheitsentscheidung erstmals institutionalisiert? Nach dem von mir zusammengestellten Material gelang das im Laufe der Weltgeschichte an fünf Orten.

1. Bei den Griechen seit dem 8. Jahrhundert v. Chr. Der früheste Beleg überhaupt für die Mehrheitsregel findet sich in dem homerischen Epos ‚Odyssee‘. Das Epos endet mit einem Bürgerkrieg, wobei das versammelte Volk sich in zwei Teile spaltet. Und genau an der Stelle, wo die Gemeinde auseinander bricht, bringt der Dichter die Mehrheitsregel ins Spiel. Die Verse lauten: „So sprach er. Die aber sprangen auf mit großem Geschrei, – mehr als die Hälfte – die anderen aber blieben versammelt am Orte.“ Dieses ἡμίσεων πλείους – „mehr als die Häl-

³⁵ Dazu: Flaig, Mehrheitsentscheidung, Abschnitt I, Kapitel 5–7.

³⁶ Emmanuel Terray, Un africaniste face à la cité grecque, in: OPUS (1990).

- te“ drückt die Mehrheitsregel unzweideutig aus und ist der früheste Beleg überhaupt³⁷.
2. In Rom – möglicherweise auch in anderen italischen Städten – spätestens im 4. Jahrhundert v. Chr.
 3. Im Judentum des 2. Tempels. Vielleicht schon vor der Zeitenwende, sicher im rabbinischen Judentum seit dem 1. Jahrhundert n. Chr. Der früheste Beleg ist die Anweisung „Du sollst Dich nicht der Mehrheit anschließen, wenn sie im Unrecht ist“ (Exodus 23,2)³⁸.
 4. In nordindischen Republiken – zwischen 600 und 300 v. Chr., sowie in buddhistischen Klöstern³⁹. Diese dienten als Vermittler bei der Weitergabe dieser Weise des Entscheidens an einzelne Bereiche der mittelalterlichen japanischen Gesellschaft⁴⁰.
 5. In Island im 9. und 10. Jahrhundert n. Chr. Im 9. Jahrhundert entschieden isländische Gerichtsversammlungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit. Als die Isländer um 960 ihr

³⁷ Ausführlich ist dieser misslungene Beschluss erörtert in: *Egon Flaig*, *Processus de décision collective et guerre civile: L'exemple de l' Odyssée* Chant XXIV, vv. 419–470, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 52/1 (1997) 3–29. Wie bedeutsam diese Stelle ist, das hat die Gräzistik des 19. Jahrhunderts erkannt. Siehe: *Ulrich von Wilamowitz-Möllendorff*, *Homerische Untersuchungen* (Berlin 1884) 72. Wilamowitz änderte später seine Deutung (siehe: *ders.*, *Die Heimkehr des Odysseus* (Berlin 1927 ad locum). Ebenso: *Karl F. Ameis*, *Carl Hentze*, *Paul Cauer*, *Homers Odyssee für den Schulgebrauch* (ad loc.), sowie: *Eduard Schwartz*, *Die Odyssee* (München 1924) 129).

³⁸ Hierzu: *Irving A. Agus*, *Democracy in the Communities of the Early Middle Ages*, in: *The Jewish Quarterly Review*, n. s. 43 (1952) 153–176; *Samuel Morell*, *The Constitutional Limits of Communal Government in Rabbinic Law*, in: *Jewish Social Studies* 33 (1971) 87–119; *Ephraim Kanarfogel*, *Unanimity, Majority and Communal Government in Ashkenaz During the High Middle Ages: A Reassessment*, in: *Proceedings of the American Academy for Jewish Research* 58 (1992) 79–106; *ders.*, *The Development and Diffusion of Unanimous Agreement in Medieval Ashkenaz*, in: *Studies in Medieval Jewish History and Literature III*, hrsg. v. *Isadore Twersky*, *Jay M. Harris* (Cambridge, Mass., London 2000) 21–44; *Menachem Elon*, *Jewish Law. History, Sources, Principles II* (Jerusalem 1994); *Joseph Rivlin*, *Majority Decisions in Jewish Law*, in: *Justice* 11 (1996) 29–34.

³⁹ Die Dokumente – aus den buddhistischen Canones – sind eindeutig. Die Indizien weisen in eine Epoche zurück, die um Jahrhunderte vor der schriftlichen Abfassung der Canones liegt. Siehe: *Thomas W. Rhys Davids*, *Buddhist India* (London 1903); *ders.*, *The Early History of the Buddhists*, in: *Cambridge History of India* 1 (1922) 171–197; *Ramesh C. Majumdar*, *Corporate Life in Ancient India* (Calcutta 1920); *ders.*, *The History and Culture of the Indian People II* (Bombay 1951) 396–411; *Vasudeva S. Agrawala*, *India as known to Panini* (Lucknow 1953); *Charles Drekmeier*, *Kingship and Community in Early India* (Stanford 1962); *Upendra N. Ghoshal*, *A History of Indian Public Life. The Pre-Maurya and the Maurya Periods*, 2 Bde. (Oxford 1966); *Kashi P. Jayaswal*, *Hindu Polity. A Constitutional History of India in Hindu Times* (Bangalore 1967); *Shobha Mukerji*, *The Republican Trends in Ancient India* (Delhi 1968); *Shivendran N. Misra*, *Ancient Indian Republics* (Lucknow 1976); *A.S. Altekar*, *State and Government in Ancient India* (Delhi 1977); *Aoeske K. Majumdar*, *Concise History of Ancient History 2: Political Theory, Administration, and Economic Life* (New Delhi 1980); *Satinder Kumar*, *Metaphysical Polity in Ancient India* (New Delhi 2000); *G.P. Singh*, *Republics, Kingdoms, towns and cities in Ancient India* (New Delhi 2003).

⁴⁰ *Markus Rüttermann*, *Das Prinzip der Majorität (tabun) im japanischen Mittelalter*, in: *Saeculum* 48 (1997) 21–71.

Gemeinwesen neu organisierten, richteten sie eine zentrale legislative Versammlung (Lögregta) ein, welche jährlich tagte. Diese beschloss mit einfacher Mehrheit – nicht bloß über gerichtliche Belange, sondern auch über Gesetze und Sachfragen⁴¹.

Bei diesen Fällen handelt sich nicht um Diffusion. Es gibt keinen ‚Ursprung‘, von dem ausgehend sich das Mehrheitsprinzip ausgebreitet hätte. Alle fünf Fälle stellen originäre Emergenzen dar.

Ein besonderes Augenmerk verdient der römische Fall. Auf den ersten Blick ließe sich vermuten, dass ein Fall von Diffusion vorliegt. War er nicht ein Ableger des griechischen? Es gibt Gründe, die dagegen sprechen: Die römischen Verfahren behandelten die individuellen Stimmen als Elemente von Stimmblocks und bewerteten sie ungleich. Es scheint kein Fall in der Politischen Anthropologie vorhanden zu sein, der dem römischen gleicht – in mehrerlei Hinsicht:

1. Sämtliche klientelartig aufgebauten Systeme erreichen erst gar nicht die Schwelle des mehrheitlichen Entscheidens oder sie verlieren das institutionalisierte Entscheiden nach kurzer Zeit wieder (so in Island)⁴². Die römische Republik hat hingegen die Klientel jahrhundertlang verkräftet und sogar in den Abstimmungen teils instrumentalisiert, teils neutralisiert.
2. Kein System, in dem die Abstimmenden politisch ungleich sind, ist üblicherweise imstande, Entscheidungsverfahren anzuwenden, bei denen gezählt wird. Es scheint nur zwei Ausnahmen zu geben, nämlich die katholische Kirche des Mittelalters und wiederum die römischen Volksversammlungen mit ihrer differenzierten Gewichtung der Stimmen. Das römische Verfahren war eindeutiger, transparenter und leichter zu handhaben, selbst wenn wir damit rechnen müssen, dass die Konsulwahlen in den Zenturiatkomitien wahrscheinlich stundenlang dauerten.
3. Die Mehrheitsregel diente in Rom dazu, eindeutige Entscheidungen herbeizuführen⁴³. Doch das Ergebnis entsprach nicht notwendigerweise dem Willen der

⁴¹ Die Lögregta beschloss 999 mehrheitlich, dass die Isländer das Christentum annahmen. Siehe: *Magnús Stefánsson*, Ding (§16: Island), in: Reallexikon der Germanischen Altertümer V, 461–463; *Jesse L. Byock*, *Medieval Iceland. Society, Sagas and Power* (Berkeley, Los Angeles, London 1988); *Hermann Kamp*, Konflikte und ihre Beilegung im hohen Norden. Ein Blick auf einige Neuerscheinungen zur isländischen und norwegischen Geschichte, in: HZ 259 (1994) 391–409; *Gunnar Karlsson*, *The History of Iceland* (Minneapolis 2000); *Sigurður Lindal*, Early Democratic Traditions in the Nordic Countries, in: *Nordic Democracy*, hrsg. v. *Erik Allardt* u. a. (Kopenhagen 1981) 15–43.

⁴² Transformieren sich Klientelen zu Gefolgschaften, drohen sie periodisch in ihre politischen Segmente auseinanderzufallen. Das wird systematisch behandelt in *Egon Flaig*, Abschnitt I Kapitel 5.

⁴³ Allgemein hierzu: Rudolf Stark, Das Majoritätsprinzip bei den Römern, in: *La nouvelle Clio* 7–10 (1957–59) 29–59. Zur heiklen Frage, wie der republikanische Senat abstimmte, siehe nun: *Jan Timmer*, Auseinandertreten wenn alle einer Meinung sind – Überlegungen zur *discessio*, in: *KLIO* 91 (2009) 384–405, sowie den Beitrag von M. Dettenhofer in diesem Band. Es existieren keine Quellen zu den römischen Verfahren, die älter wären als die ‚Historien‘ des Polybios. Die Transformationen der römischen Volksversammlungen vor dem Ende des 3. Jahrhunderts sind nur hypothetisch zu konstruieren, desgleichen die älteren Versammlungstypen. Hierzu der Bei-

Mehrheit der Abstimmenden. Die Mehrheitsregel führte nicht zum mehrheitlichen Entscheiden.

Diese Momente lassen sich von der hellenischen Praxis nicht ableiten; denn die Griechen übten die Mehrheitsentscheidung pur. Somit bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder stellt der römische Fall eine originäre Emergenz dar. Oder er entstand durch Diffusion der Praxis einer nichtgriechischen Kultur, welche auf Italien einen massiven Einfluss ausgeübt hätte. Auch in diesem Falle handelte es sich um eine fünfte originäre Emergenz.

Die europäischen Städte des Mittelalters gehören folglich nicht zum Thema. Das Aufkommen des Mehrheitsprinzips im mittelalterlichen Europa war nicht originär, sondern entstand durch Diffusion und Tradition, erstens durch die Organisation der Kirche, zweitens durch das Römische Recht. Diese Wirkungsgeschichte verdankt sich der Rezeption von Texten und Praktiken aus Hellas und Rom. Nicht zuletzt daraus speiste sich die republikanische Dynamik im katholischen und protestantischen Europa. Einflüsse der jüdischen Praxis auf die mittelalterlichen Städte sind bisher nicht nachgewiesen.

Ein komparativer Blick richtet sich ganz von selbst auf die Frage, ob man in allen fünf ‚Kulturen‘ die Mehrheitsregel auf dieselbe Weise benutzte. Die klare Antwort lautet ‚Nein‘. Dieses Nein hat weitreichende Konsequenzen für die kulturellen Dynamiken, welche das mehrheitliche Entscheiden jeweils in Gang setzte. Im Judentum scheint die Mehrheitsentscheidung vor dem 9. Jahrhundert n. Chr. fast nur bei Gericht angewandt worden zu sein; erst danach auch in kommunalen Belangen. Die Isländer wandten die 2/3 Mehrheit vor Gericht an, sowie beim Erlassen neuer Gesetze; die Lögretta traf auch Sachentscheidungen, jedoch selten. In den buddhistischen Klöstern Japans diente die Mehrheitsregel anfänglich nur für Abtwahlen, später auch für Sachentscheidungen. Alle diese Versammlungen waren klein bis sehr klein. Ganz anders bei Griechen und Römern. Hier entschieden ganze Gemeinden, somit große Versammlungen, in klassischer und hellenistischer Zeit sogar sehr große; und sie trafen sowohl Personalentscheidungen wie Sachentscheidungen.

Benutzt man die Mehrheitsregel nicht bloß beim Wählen und bei Gericht, dann kommt eine besondere Dynamik in Gang: Das Entscheiden geht um ein Mehrfaches schneller als beim Festhalten am Konsensprinzip. Sind die Optionen sehr umstritten, wächst dieser Vorsprung exponentiell – aufs Zwanzigfache, ja sogar

trag von M. Jehne in diesem Band. Zwar zählten bei den Tributkomitien die Stimmen gleich; doch die 31 ländlichen Tribus enthielten gewöhnlich deutlich weniger Stimmbürger als die 4 städtischen, in denen sich die Plebs urbana drängte. Die blockweise Aufteilung der Stimmen bewirkte eine sehr ungleiche Gewichtung. Hierzu: E.S. Staveley, Greek and Roman Voting and Elections (London 1972) 133–142. Allgemein: Guglielmo Nocera, Il potere dei comizi ed i suoi limiti (Rom 1940); Lily Ross Taylor, The roman voting assemblies from the Hannibalic war to the dictatorship of Caesar (Michigan 1966); Ursula Hall, Voting Procedures in Roman Assemblies, in: Historia 13 (1964) 269–306; M. Jehne, Wirkungsweise und Bedeutung der *centuria praerogativa*, in: Chiron 30 (2000) 661–678; ders., Integrationsrituale in der römischen Republik. Zur einbindenden Wirkung der Volksversammlungen, in: Gianpaolo Urso (Hrsg.), Integrazione, mescolanza, rifiuto. Incontri die popoli, lingue e culture in Europa dall’Antichità all’Umanesimo (Rom 2001) 89–113.

aufs Hundertfache und mehr, weil in vielen Ethnien auch nach tagelangen Beratungen sich kein Konsens einstellt. Die Folgen liegen auf der Hand: Seit der archaischen Epoche konnten griechische Volksversammlungen, im Vergleich zu Versammlungen anderer monarchiefreier Kulturen, in derselben Zeit ein Mehrfaches an Beschlüssen fassen. Folglich muss der Katalog von entscheidbaren Gegenständen sich drastisch ausgeweitet haben. Griechische Volksversammlungen fassten nicht allein mehr Beschlüsse, sondern sie entschieden über weit mehr Gegenstände als andere republikanisch verfasste Stadtstaaten, die nicht die Mehrheitsregel anwandten: Nicht bloß über Krieg und Frieden, sondern über außenpolitische Verträge, über Handel und Gewerbe, über die Erziehung der Jugend, über Neubauten und Reparaturen, über Götterfeste usw. – ja sogar über Gesetze zur sozialen und politischen Ordnung⁴⁴. Innerhalb des Judentums und der buddhistischen Klöster konnte die Mehrheitsentscheidung daher nie die politische Dynamik entfalten, zu der es in Hellas und Rom kam. Wo man nicht bloß die Mehrheitsregel benutzte, sondern das mehrheitlichen Entscheiden aller Versammelten pflegte, transformierte sich die Interaktion zwischen den Versammelten:

1. Die Abstimmenden mussten einander tatsächlich als gleichberechtigte Bürger betrachten – über alle sozialen Ungleichheiten hinweg.
2. Sie durften nur geringfügigen sozialen Pressionen unterliegen, also nicht in Patronage oder gar Klientelen eingebunden sein. Andernfalls stimmten sie nicht gemäß ihrem Willen, sondern gemäß demjenigen ihres Patrons – zumindest bei offener Stimmabgabe.
3. Selbsterstörung der Demokratie? Mehrheitsentscheidungen und Entscheidungen von Gremien mussten bei der Handaufhebung einen gewissen Dissens emotional aushalten. Sonst blieb entweder das bloße ‚Auseinandertreten‘, oder der ‚Hammelsprung‘, oder schließlich das Abstimmen mit dem Stimmstein. Diese Verfahren sind auch eindeutig, dauern aber länger, vor allem bei Wahlen mit vielen Kandidaten.

Wohin trieb diese Dynamik kollektiven Entscheidens? Notwendigerweise zur Entstehung eines autonomisierten politischen Feldes⁴⁵.

4. Die kulturelle Dynamik von kollektivem Entscheiden

Seit der Mitte des 7. Jahrhunderts finden sich Inschriften, die unser früheres Bild vom archaischen Griechenland umgestürzt haben; sie zeigen uns stets Städte ohne Monarchen. Die berühmte Inschrift aus dem kretischen Dreros, welche von etwa

⁴⁴ Wenn nichtgriechische Städte genauso effizient entscheiden wollten, mussten sie den Weg zur Monarchie gehen oder aber die Willensbildung in den Ratsversammlungen straffen; letzteres hieß entweder subunanime Schwellen zu akzeptieren oder die Ratsversammlung hierarchisieren (oder beides).

⁴⁵ Dieser autonomisierte Bereich ist kein ‚System‘ im Luhmannschen Sinne. Darum bevorzuge ich den Bourdieuschen Begriff des ‚Feldes‘.

650 v. Chr. stammt, gilt als ältestes bisher gefundenes ‚staatsrechtliches‘ Dokument Europas⁴⁶. Es verbietet, dass dieselbe Person das höchste Amt ein zweites Mal innerhalb von zehn Jahren bekleidete; es legte Strafen für solche Verstöße gegen diese Regel fest; und es bestimmte, dass ein Rat von 20 Mitgliedern darüber wachte⁴⁷.

Epigraphische Zeugnisse dieser Art werden häufiger ab 600. Ein Gesetz aus Chios nennt alle wesentlichen Institutionen der Polis, nämlich die Volksversammlung (als *δημος* bezeichnet), die Magistrate, sowie einen Rat⁴⁸. Auf diesen Inschriften vergegenständlichen sich lauter Volksbeschlüsse. Es muss – ab dem 6. Jahrhundert v. Chr. – viele solcher Dokumente gegeben haben. Sie ziehen Trennlinien zwischen Sakralem und Profanem, zwischen Öffentlichem und Privatem; sie regeln die Ausübung von politischer Macht, indem sie diese zerlegen in Befugnisse, welche die Polis an Personen zuweist, auf beschränkte Zeit. Diese politische Macht stammt nicht von den Göttern, sondern wird von der Polis übertragen; daher kontrolliert die Polis auch die Amtsträger⁴⁹. Die Form dieser Gesetze ist bemerkenswert: Die wiederkehrende Ratifikationsformel – sie ist in der Dreros-Inschrift erhalten – lautet „dieses hat die Polis beschlossen“. Das ist ein Satz von weltgeschichtlicher Bedeutung. In ihm bezeichnet sich das versammelte Volk selber als Urheber eines Gesetzes; es erkennt sich als kollektives Subjekt der Gesetzgebung. Bürgerschaften von der Größe einer Kleinstadt verkünden stolz, dass sie kollektive Subjekte der Gesetzgebung sind, Urheber der eigenen Ordnung, als Gemeinschaft *auto-nomos*, sich selber das Gesetz gebend.

Christian Meier hat „Die Entstehung des Politischen bei den Griechen“ behauptet⁵⁰. Die Politische Anthropologie bietet eine riesige Fülle an ethnographischem

⁴⁶ Nomima I no 81 (= *Henri van Effenterre, Françoise Ruzé*, Nomima. Recueil d'inscriptions politiques et juridiques de l'archaïsme grec, Bd I-II [Rom etc. 1994–1995]); *Reinhard Koerner*, Inschriftliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis (aus dem Nachlass, hrsg. v. *Klaus Hallof*) (Köln u. a. 1993) no. 90. Dazu nun: *Françoise Ruzé*, *Délibération et pouvoir dans la cite grecque de Nestor à Socrate* (Paris 1997) 114f. u. umfassend *Karl-Joachim Hölkeskamp*, *Schiedsrichter, Gesetzgeber und Gesetzgebung im archaischen Griechenland* (Stuttgart 1999) 87–95.

⁴⁷ Überdauern konnte das Dokument, weil es auf Stein angebracht wurde. Wie viele solcher Gesetze sind verlorengegangen, weil man sie nur auf Holz aufzeichnete? Dieser Prozess des Dokumentierens setzte sicherlich schon vor 650 ein und fand an viel mehr Orten statt als die spärlichen Inschriften uns verraten.

⁴⁸ Nomima I, no. 62; *Koerner*, no. 61. Dazu: *Hölkeskamp*, *Schiedsrichter* 80–86 (er bevorzugt 550 v. Chr.); *Eric W. Robinson*, *The first Democracies. Early popular Government outside Athens* (Stuttgart 1997) 90–101, bleibt bei der älteren Datierung (600 v. Chr.).

⁴⁹ Daher auch die Häufigkeit von Sanktionen bei Amtsvergehen. Siehe *Hölkeskamp*, *Schiedsrichter* 69, 72, 76 u. passim, resümierend 266f., 269, 272 u. 279f.

⁵⁰ Er behauptet eine erstaunliche Exklusivität: „Denn auch das verblüffende Nebeneinander großer ‚Fortschritte‘ an verschiedenen Orten während der ‚Achszeit‘ vermehrt in dieser Hinsicht nur die Rätsel, da eben – um es zu wiederholen – das Politische nur bei den Griechen entstand“ (*Christian Meier*, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen* (Frankfurt a. M. 1980) 14f.). *Henning Ottmann*, *Geschichte des Politischen Denkens I/1: Die Griechen. Von Homer bis Sokrates* (Stuttgart, Weimar 2001) 7–18 weist den Begriff ‚das Politische‘ zurück, weil es keine Instanz bezeichne, sondern eine Frontlinie intensiver Konfrontation; stattdessen beharrt er auf dem Wort ‚Politik‘. Ottmann hat gewiss Recht, was die Herkunft des kritisierten Begriffes angeht. Doch seit Jahrzehnten wird derselbe in dem Sinne verstanden, wie Meier es tut, welcher sich –

Material, welche diese These empirisch widerlegt⁵¹. Anders verhält es sich mit der Autonomisierung des Politischen; diese ist nicht identisch mit dem bloßen Vorhandensein ‚des Politischen‘. Denn zweifelsohne emergiert eine kulturelle Besonderheit, sobald Gemeinschaften damit beginnen, die Eigentümlichkeit des Politischen Raumes nicht allein zu symbolisieren und zu ritualisieren, sondern diese explizit zu thematisieren, ferner das eigene kollektive Handeln zu reflektieren, und wenn sie schließlich das gemeinschaftliche Vermögen, die politische Ordnung zu verändern, begrifflich formulieren. Das sind Elemente von Selbstreferentialität und somit Merkmale von Autonomisierung. Falls es einen derartigen historischen Prozess in Altindien gegeben haben sollte, dann hat sich davon keine Überlieferung erhalten – es sei denn in der reflektierten Weise, mit der die Statuten buddhistischer Klöster die Gründe für das gemeinschaftliche Entscheiden hochhalten. Doch ansonsten gilt: Eine regelrechte Autonomisierung des Politischen fand nur in der griechischen Kultur statt – und zwar lange vor Kleisthenes⁵².

Ein anschauliches Beispiel dafür, welche Impulse das kollektive Entscheiden der kulturellen Ausdifferenzierung versetzte, bieten jene architektonischen Errungenschaften, die eine verbesserte Akustik anstreben. Werfen wir einen Blick auf die Plätze des Entscheidens. Die archäologischen Zeugnisse belegen, dass schon die frühe Polis ihre Versammlungsplätze sorgfältig ausgestaltete. Eine kleine Polis wie Dreros versah ihre Agora mit zwei Stufenreihen – bereits ‚in homerischer Zeit‘, etwa am Ende des 8. Jahrhunderts⁵³. In der unteritalischen Griechenstadt Metapont findet sich gar ein multifunktionaler Versammlungsraum, errichtet in der Mitte des 6. Jahrhunderts. Die Sorgfalt solcher urbanistischen Maßnahmen zeugen vom Rang, dem jener Platz gebührte, auf dem die Bürger sich versammelten. Solche Versammlungsplätze finden sich zuhauf bei nicht-staatlich organisierten Ethnien (Ostafrika, nordamerikanische Indianer), doch sie fehlen in sämtlichen Städten des

fälschlicherweise – auf C. Schmitt beruft, ohne sich die semantische Differenz theoretisch klarzumachen. Nun lässt Ottmann die ‚Politik‘ bei den Griechen beginnen – so als gäbe es keine Politische Anthropologie. Er überbietet sogar den klassischen Gräzozentrismus: „Erst sie haben Politik im eigentlichen Sinne begründet, weil erst bei ihnen das Handeln-Können und die Verantwortlichkeit, die Wahlfreiheit und das Subjekt entdeckt worden sind.“ (S. 12f.). Bereits ein Blättern in den Studien von J. Assmann über Ägypten hätte ihn vor dieser Aussage bewahren können.

⁵¹ Siehe etwa: *Jaques Bureau*, *Les Gamo d’Ethiopie. Etude du système politique* (Histoire et Civilisations de l’Afrique orientale 3, Paris 1981); *Marc Abélès*, *Le lieu du politique* (Histoire et civilisations de l’Afrique orientale 4, Paris 1983).

⁵² Das vertritt entschieden: *Michael Stahl*, Solon F3D. Die Geburtsstunde des demokratischen Gedankens, in: *Gymnasium* 99 (1992) 385–408, insbesondere 394f. Dazu demnächst: *Egon Flaig*, Keine Theokratie. Warum wir die Politische Autonomie der Antike verdanken, in: *Johannes Helmroth* u. a. (Hrsg.), *Die Antike und Europa. Tagungsband des SFB 644* (Humboldt-Universität Berlin) (im Druck).

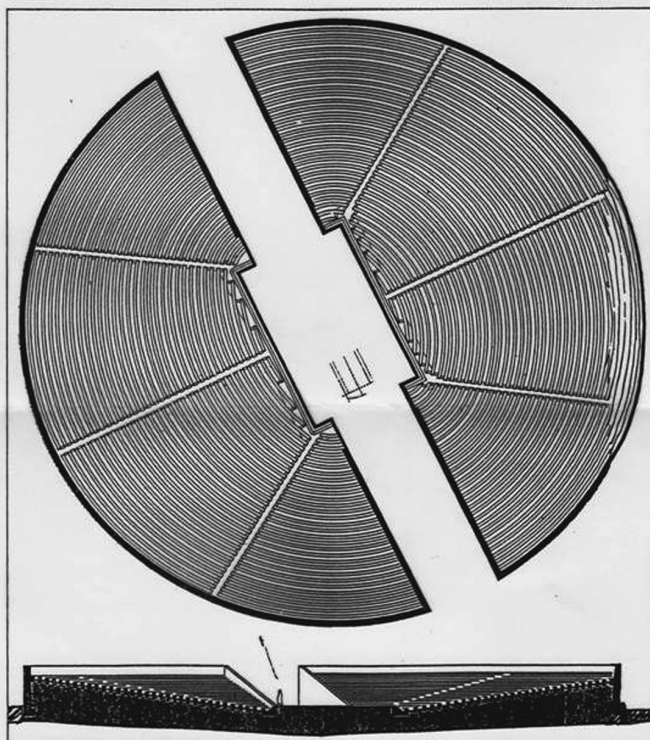
⁵³ Dazu: *Pierre Demargne*, *Henri van Effenterre*, *Recherches à Dreros*, I, II: *Les inscriptions archaïques* BCH 61 (1937) 10ff.; *John N. Coldstream*, *Geometric Greece* (London u. a. 1977) 278f.; *Karl-Joachim Hölkeskamp*, *Written Law in Archaic Greece*, in: *PCPhS*, n. s. 38 (1992) 87–117; *ders.*, *Tempel, Agora und Alphabet*, in: *Hans-Joachim Gehrke* (Hrsg.), *Rechtskodifikation und soziale Normen im interkulturellen Vergleich* (Tübingen 1994) 135–164.

Vorderen Orients, also in Mesopotamien, in Syrien, in Ägypten und Iran. Die archäologische Forschung lässt daran keinen Zweifel. Abermals sind die Griechen eine Ausnahme: Sie scheinen die einzige Hochkultur zu sein, die Versammlungsplätze für nicht-religiöse Zwecke anlegte. Diese Besonderheit ist verständlich, wenn man berücksichtigt, wie die Polis sich vergegenständlichte: nämlich als Versammlung von Bürgern, die wählte, Beschlüsse fasste und Gesetze verabschiedete. Ist diese aufwändige Ausgestaltung der Versammlungsplätze eine pure Monumentalisierung des magischen Ortes des Politischen? Oder hat diese Ausgestaltung mit Sitzreihen noch einen anderen Grund?

Wenn große Versammlungen entscheiden sollen, müssen die Versammelten zuvor die alternativen Optionen gehört haben, sowie die Gründe, welche für die eine oder die andere sprechen. Aber was tun, wenn von etwa 4000 Versammelten die hintersten Reihen die Redner nicht richtig verstehen? Das ist kein intellektuelles Problem, sondern ein akustisches. Solange es keine Mikrofone gab, und solange man die Versammlung nicht verkleinerte – etwa indem man einem substantiellen Teil der Versammelten die Berechtigung entzog – blieben nur zwei Lösungen: Entweder wurden keine Debatten mehr vor der Versammlung geführt. Dann fanden die Diskussionen nur noch im Rat statt; und der Rat entschied, welche Option man der Volksversammlung zur Abstimmung vorlegte; diese brauchte bloß noch zuzustimmen oder abzulehnen. Oder man schuf eine Infrastruktur, in der alle besser hörten. Dafür musste man die Versammlungsplätze architektonisch so gestalten, dass die Akustik sich verbesserte. Ein einfaches Mittel war, Sitzreihen nicht mehr im Kreis, sondern nur im Halbkreis anzulegen. Nicht nur den Griechen war klar, dass Abhänge das Hören dramatisch verbesserten. Die Kombination von Halbkreis und Hanglage sollte optimale Resultate zeitigen. Freilich erforderte dies relativ hohe Investitionen.

Die unteritalische Polis Metapont baute um 550 v. Chr. dieses Ekklesiasterion, einen steinernen Versammlungsplatz für 8000 Bürger⁵⁴. Das Gebäude war multifunktional, eignete sich auch für religiöse Prozessionen. Weil das Gelände keine Hanglage anbot, schufen die Architekten den Hang für die Sitzreihen künstlich, nämlich durch Substruktionen. Gewiss, hier handelte es sich auch darum, das Hinsehen für Tausende gleichermaßen zu erleichtern. Aber es ging immer auch um das Hören. Schließen sich die Durchgänge an diesem Gebäude, so dass es für Prozessionen nicht mehr taugt, dann verschieben sich die Zwecke, und die Wertigkeit des Hörens steigt relativ gegenüber dem Sehen an. Wenn zudem die Frequenz der politischen zunimmt, dann werden aus solchen Gebäuden Zweckbauten zum besseren Hören um des Deliberierens – und Partizipierens – willen. Für eine Weltgeschichte des Politischen ist ein solches Gebäude aussagekräftiger als jedwede Stadtmauer oder Zitadelle. Die späteren Theaterbauten waren selbstverständlich perfekter; mit ihnen erreichte die vorindustrielle Freiluftakustik ihre architektoni-

⁵⁴ Dazu: *Elke Stein-Hölkeskamp*, Im Land der Kirke und der Kyklopen. Immigranten und Indigene in den süditalischen Siedlungen des 8. und 7. Jahrhunderts v. Chr., in: *KLIO* 88 (2006) 311–327.

METAPONT: EKKLESIASTERION (MEETING-PLACE)**FROM ABOUT 550 BCE****Here: the monumental phase (1st quarter of 5th century BCE)****PLAN (above) SECTION (below)****from: G. P. Carratelli (ed), The Western Greeks, p. 329 (D. Mertens)**

schen Gipfel. Doch die Indizien scheinen zu belegen, dass die Architektur des Ekklesiasterions derjenigen des Theaters vorausging – mindestens um 100 Jahre. Gute Gründe sprechen also für „die Geburt des griechischen Theaters aus dem Geiste der politischen Akustik“.

Einen archäologisch unsichtbaren Impuls gab das mehrheitliche Entscheiden tief in die intellektuelle Kultur hinein. Dissentes Entscheiden birgt Risiken, welche in dem Maße anwachsen, je mehr die Schwelle der notwendigen Zustimmung absinkt auf $\frac{1}{2} + 1$. Mehrheitsentscheidungen heißen zunächst: Es hat Dissens bestanden bis zum Augenblick des Abstimmens. Ein solcher Dissens darf nicht dauerhafte Minderheiten und Mehrheiten schaffen und die Bürgerschaften polarisieren. Tiefgreifende Entzweiung lähmt die Gemeinschaft oder führt gar zum Bürgerkrieg⁵⁵. Das ist der Grund, weshalb die Versammlungsdemokratie keine organisierten Parteien verträgt⁵⁶. Strukturelle Minderheiten belasten das gemeinsame Entscheiden, weil sie bei ihren Belangen dem Argumentieren nicht mehr zugänglich sind. Deliberation bedarf also bestimmter kultureller Voraussetzungen; und diese werden seltsamerweise zu einem nicht geringen Teil bei Deliberieren selber produziert⁵⁷. Ein zweites Risiko ergibt sich aus der hohen Geschwindigkeit des Entscheidens. Die athenische Demokratie bietet Ereignisse von illustrativem Warnwert. Die perfekte Organisation der Debatten begünstigte schnelles Beschließen – freilich mit hochriskanten Folgen. Denn bei bestimmten Themen war ein Großteil der Versammlung außerstande, die Folgen einer Entscheidung noch während der Debatte abzuschätzen und zu ‚bewältigen‘. Dazu hätten sie ein ruhiges Nachdenken benötigt, was indes der Weitergang der Debatte nicht zuließ. Darum geschah es, dass schon gefasste Volksbeschlüsse wenige Tage später von der Volksversammlung widerrufen wurden; das geschah sogar mitten im peloponnesischen Krieg⁵⁸. Der Tragödiendichter Sophokles lässt in seinem Drama ‚Ödipus‘ den Chor sagen: „Denn es denken die Schnellen nicht sicher!“ Sein athenisches Publikum wusste, was und wen der Dichter meinte.

Noch eine vorletzte These: Eine Gesellschaft, die ständig die Mehrheitsregel anwendet, erlaubt es, die eigene Ordnung in hohem Maße zu ‚objektivieren‘; sie gerät in Versuchung, über die eigene Ordnung zu verfügen. Da die Mehrheitsentschei-

⁵⁵ Wenn politische Entscheidungen die soziale Position ganzer Gruppen tangieren oder gar die politische Ordnung selber antasten, kommt es fast unvermeidlich zur Bildung struktureller Minderheiten. Seit der Spätantike werden auch religiöse Fragen unverhandelbar, weil ein neuer Typ von Religion auftaucht, der eine entschiedene Exklusivität des Wahrheitsanspruchs praktiziert. Natürlich kann dann eine religiöse Minderheit mehrheitliche Beschlüsse nicht mehr akzeptieren, falls diese den religiösen Bereich berühren. Gerade Demokratien leiden darunter besonders. Aus diesem Grunde hat sich im 16. Jahrhundert ein Schweizer Kanton gespalten (Appenzell), ein anderer seine Landsgemeinde konfessionell geteilt (Glarus).

⁵⁶ Siehe: *Peter Stolz*, Politische Entscheidungen in der Versammlungsdemokratie (Dissertation, Bern 1968) u. *Mogens H. Hansen*, The Athenian ecclesia and the Swiss Landsgemeinde, in: *ders.*, The Athenian Ecclesia. A collection of articles 1976–1983 (Kopenhagen 1983) 207–226.

⁵⁷ Das nennen Papadopoulos und andere den ‚circulus virtuosus‘ der Partizipation unter deliberativen Bedingungen (*ders.*, *Démocratie directe* 113).

⁵⁸ Siehe dazu den Beitrag von E. Stein-Hölkeskamp in diesem Band.

derung es ermöglicht, schnell zu entscheiden und deshalb über sehr vieles, wächst die Versuchung, die politische und sogar die soziale Ordnung zu verändern und umzugestalten – und das mittels einfacher Mehrheitsbeschlüsse. Das war brandgefährlich, weil solche Entscheidungen den Grundkonsens zwischen den diversen sozialen Schichten der Bürgerschaft berührten und Bürgerkriege provozierten. Aber das war kulturell produktiv, weil auf diese Weise menschliche Gemeinschaften sich als vollkommen souverän erfuhren; und weil schlimme Konsequenzen des eigenen Handelns der politischen Reflexion den Stoff lieferten, über diese Souveränität nachzudenken. Die Intellektuellen mussten diese Autonomie intellektuell bewältigen. Daher die Entstehung des griechischen Dramas, insbesondere der Tragödie. In dieser poetischen Form wird intensiv darüber reflektiert, welche Grenzen der Mensch achten muss, obwohl er sich selber Gesetze gibt und selber seine Ordnung schafft⁵⁹.

Meine letzte These ist eine Hypothese. Ganz fundamental, obwohl auf den ersten Blick nicht ersichtlich, ist die Auswirkung des mehrheitlichen Entscheidens auf die Schemata der Kommunikation beim Beraten. Es erzeugte geradezu einen neuen intellektuellen Habitus. Überall wo mehrheitlich entschieden wird, kommt es zu Kontroversen und Debatten. 1962 hat Jean-Pierre Vernant die Besonderheit des griechischen intellektuellen Sonderwegs abzuleiten versucht aus den politischen Bedingungen in der Polis⁶⁰: Das logisch-rationale Denken habe sich aus der Politik ergeben, das ‚griechische Denken‘ sei ein Epiphänomen des Stadtstaates. Freilich belegte Vernant diese These nicht, und er unterließ es auch später, den Beleg zu erbringen⁶¹. Geoffrey Lloyd hat an Vernant angeknüpft, differenziert aber schär-

⁵⁹ Hierzu die geistreichen Überlegungen von *Christian Meier*, Die politische Kunst der griechischen Tragödie (München 1988) 7–74.

⁶⁰ *Jean-Pierre Vernant*, Les origines de la pensée grecque (Paris 1962). Die Kritik von Ch. Meier (*ders.*, Die Entstehung einer autonomen Intelligenz bei den Griechen, in: *Shmuel N. Eisenstadt* (Hrsg.), Kulturen der Achsenzeit. Ihre Ursprünge und ihre Vielfalt 1: Griechenland, Israel, Mesopotamien (Frankfurt a. M. 1987) 89–127, hier 93f.) unterbietet die Fragestellungen Vernants; überdies vermennt Meier die Positionen von Vernant und Lloyd, und behauptet, letzterer führe „die Herausbildung der griechischen Philosophie und Wissenschaft auf die politischen Verhältnisse, die demokratischen und prädemokratische Verfassung zurück“ (S. 94). Meier entscheidet sich dazu, die Bedingtheiten umzukehren: „Die Isonomie war wesentlich ein Kind der Philosophie, genauer: des politischen Denkens“ (S. 94ff). Auch das ist falsch. Politisches Denken gab es auch anderswo, obschon in atheoretischer Form; die Jotham-Parabel ist ein beeindruckendes Zeugnis dafür. Philosophie ist etwas ganz anderes, nämlich theorieförmige Reflexion schlechthin. Damit diese sich herausbildet, sind nicht die Inhalte des politischen Denkens maßgeblich, sondern das Aufkommen von argumentativen Formen, von begrifflichen Definitionen und von kontroversen Stilen des Meinungsaustausches. Eben darum geht es in den Studien von G. Lloyd.

⁶¹ Wie groß die Versuchung ist, die Entfaltung der Rationalität in Griechenland aus der demokratischen Verfassung abzuleiten zeigen die Beiträge in *Richard R. Buxton* (Hrsg.), *From Myth to Reason? Studies in the Development of Greek Thought* (Oxford 1999). Gegen solche Kurzschlüsse wendet Tobias Reichardt zu Recht ein: „Historisch waren die Demokratie und auch die Isonomie ein relativ spätes Kind der griechischen Geschichte. Daß bereits die Vorsokratiker durch diese Staatsform geprägt sein sollen, kann bestenfalls als eine bloße Versicherung gelten. Theoretisch versteht es sich keineswegs von selbst, daß Demokratie das Denken in entscheidender Weise fördern soll. Es steht zu erwarten, daß oft der anachronistische Gedanke mitschwingt,

fer: ‚Rationalität‘ findet sich auch in vielen anderen Kulturen, wohingegen die Logik eine Besonderheit darstellt, die nur bei den Griechen emergierte⁶².

Die praxeologische Schnittstelle zwischen Logik und Lebenswelt ist die Kontroverse. Sie erzieht die Menschen zu einem anderen intellektuellen Verhalten als konsentische Verfahren. Konsentisches Verhalten heißt: Die Redner vermeiden rhetorische Wettkämpfe; und sie schwächen inhaltliche Differenzen ab. Kontroverse bedeutet: Die Redner scheuen Rededuelle nicht, und sie profilieren inhaltliche Differenzen. Konsensverfahren fördern blumige Rhetorik, mit reichen Metaphern; Kontroversen fördern trennscharfe Rhetorik, oft mit konturierten Begriffen. Warum? In konsentischen Diskussionen verdecken die Redner divergierende Momente um den Anschein der Eintracht zu beschwören. Also lässt man vieles implizit. In Kontroversen sollen die Gegensätze auf den Tisch kommen, also klärt man die Vorannahmen des Gegners, macht das Unausgesprochene explizit.

Die Techniken des Überzeugens divergieren radikal. Konsentische Diskussionen vermeiden, den Gegner offen zu widerlegen; das wäre geradezu beleidigend, also kontraproduktiv, wenn man den Konsens erreichen will. In der Kontroverse ist es hingegen vorrangig, die Rede des Gegners wirkungslos zu machen, sie also zu widerlegen. Man will eine Mehrheit gewinnen, dafür ist die Wohlgesonnenheit des Gegners überflüssig; man trachtet im Gegenteil danach, dass seine Option bei der Abstimmung unterliegt. Das Widerlegen gelingt nur, indem man die logischen Prämissen des Gegners außer Kraft setzt. Und in der Kontroverse lernt man, die logische Prämisse von der Schlussfolgerung zu unterscheiden⁶³. Im Klartext: Der Kon-

in der Demokratie habe es im Gegensatz zu anderen Staatsformen Meinungsfreiheit gegeben, so daß unweigerlich mit der freien Diskussion die Vernunft gedeihen musste“ (*Tobias Reichardt*, *Recht und Rationalität im frühen Griechenland* [Würzburg 2003] 16).

⁶² Lloyd geht über Vernant hinaus, sowohl was den Umfang der Untersuchungen als auch die Differenzierung der Teilgebiete und Systematik des Erforschens angeht. Siehe: *Geoffrey E.R. Lloyd*, *Magic, Reason and Experience. Studies in the Origins and Development of Greek Science* (Cambridge 1979, repr. London 1999) 59–125, 227–267; *Geoffrey E.R. Lloyd*, *Demystifying mentalities* (New York, Cambridge 1990) 8ff.; *Geoffrey E.R. Lloyd*, *Methods and Problems in Greek Science* (Cambridge 1991) 100–163; *Geoffrey E.R. Lloyd*, *Due antichità a confronto: scienza greca e scienza cinese*, in: *I Greci* 3 (2001) 1419–1442.

⁶³ Anders sieht das Renón. Das Widerlegen sei die große Leidenschaft gewesen und das Beweisen sei später hinzugekommen. Er vertritt die traditionelle Ansicht, der Beweis sei eine genuine Leistung der Mathematik: „Di regola, medici, oratori e filosofi si rivelano molto più taglienti nel confutare la tesi opposta che nel giustificare la propria. Solo nel campo della matematica ... si impone un altro modo di argomentare: non più sulla falsariga di confronti dialettici, ma improntato a una logica cogente sia nella dimostrazione diretta di un teorema che quella indiretta, basata sulla *reductio ad absurdum* dell’ipotesi alternativa“ (*Vega Renón*, *La dimostrazione*, in: *I Greci* 1 (2000) 285–318, hier 289f.). Derselbe Irrtum findet sich bei *Yehuda Elkana*, *Die Entstehung des Denkens zweiter Ordnung im antiken Griechenland*, in: *Shmuel N. Eisenstadt* (Hrsg.), *Kulturen der Achsenzeit. Ihre Ursprünge und ihre Vielfalt: Griechenland, Israel, Mesopotamien* (Frankfurt a. M. 1987) 54. *Geoffrey Lloyd* hat gezeigt, dass dies nicht zutrifft. Der philosophische Beweis geht dem mathematischen voraus. Wegen dieser Reihenfolge konnte *Tobias Reichardt* den Versuch wagen, das logisch-rationale Denken abzuleiten vom Rechtsdenken und von der Gesetzgebung (*ders.*, *Recht und Rationalität im frühen Griechenland* [Würzburg 2003]).

sens kommt ohne eigentliche Argumentation aus; die Kontroverse dagegen drängt auf eine explizite Technik des Argumentierens⁶⁴.

Geoffrey Lloyd hat umfassend dargelegt, dass die griechische Logik das Kind der Kontroverse ist⁶⁵. Als routinemäßige kulturelle Praxis bildet sie den Ursprung für die historische Entwicklung von logischen Regeln. Daraus ergeben sich Rückschlüsse für die Bedingungen hochkultureller Evolution. Der Beweis als logisches Verfahren ist bisher nur bei den Griechen gefunden worden⁶⁶. Aber das logische Beweisen hat Folgen; es befördert eine intellektuelle Neigung, alles Wissen systematisch aufzubauen⁶⁷. Das ist aber die Voraussetzung für Wissenschaft, wie wir sie kennen. Zwar entstand in den vorderasiatischen Kulturen enorm viel Wissen und auch viel Technik, aber keine Wissenschaft⁶⁸. Die Griechen übernahmen sehr viel Wissen aus dem Orient, aber sie organisierten es neu. Wissenschaft bedeutet, Sachverhalte systematisch zu durchdenken, d. h. gemäß der spezifischen Logik des Gegenstandes⁶⁹; eine solche Wissenschaft enthält Chancen zur Differenzierung, die zuvor undenkbar waren⁷⁰. Diese Wissenschaft ist in der griechischen Kultur entstanden (Mathematik, Philosophie, Grammatik, Rhetorik, Astronomie, Geographie, Historie). Ob dies eurozentrisch klingt oder nicht, lässt alle Kulturhistorie kalt, welche sich selber ernst nimmt. Es ist unzulässig, die historische Besonderheit der hellenischen Kultur mit ihrer zwiefachen Errungenschaft – Republikanismus und Wissenschaften – einfach zu leugnen, womöglich noch aus Rücksicht auf irgendwelche politische Correctness. Der Respekt vor jeglicher kultureller Besonderheit erfordert, auch diese Besonderheit zunächst anzuerkennen, dann wissen-

⁶⁴ „People who are free to contend with their fellows might be expected to develop rules for the conduct of debate including the principle of noncontradiction and formal logic“ (*Richard E. Nisbett* u. a., *Culture and Systems of Thought: Holistic versus Analytic Cognition*, in: *Psychological Review* 108 (2001) 291–310, hier 295).

⁶⁵ Siehe unter anderem: *Geoffrey E.R. Lloyd*, *Democracy, Philosophy, and Science in Ancient Greece*, in: *John Dunn* (Hrsg.), *Democracy. The Unfinished Journey, 508 BC to 1993* (Oxford 1992) 41–56.

⁶⁶ Der Beweis ist die im Voraus gelieferte Rechtfertigung gegenüber einem mutmaßlichen erwartbaren Angriff. Hierzu: *Lloyd*, *Logic* 229–232. Unabhängig von den Griechen scheint nur in einer Kultur eine regelrechte Wissenschaft entstanden zu sein, nämlich die arithmetische Mathematik in der indischen Kultur. Auch ist die Existenz eines fünfschrittigen Syllogismus in Indien nachweisbar – obschon unklar ist, wann er entstand. Trotzdem hat sich eine formale Logik auch in der indischen Philosophie nicht herausgebildet. Siehe: *Joseph M. Bochenski*, *Formale Logik* (München 1970) 516.

⁶⁷ „One feature that is to be found in Greek natural philosophy, in Greek medicine and in Greek mathematics, is recurrent concern with foundations and with the explicit justification of a position, a concern that has striking analogues in both the theory and the practice of politics and the law“ (*Lloyd*, *Methods and Problems* 125).

⁶⁸ Der Tatbestand ist unbestritten: *Carl B. Becker*, *Reasons for the lack of argumentation and debate in the Far East*, in: *International Journal of Intercultural Relations* 10 (1986) 75–92.

⁶⁹ Dadurch entsteht oft Überraschendes, was dem Common sense zuwider läuft: *Alan Cromer*, *Uncommon sense. The heretical nature of science* (New York, Oxford 1993).

⁷⁰ *Geoffrey E.R. Lloyd*, *La professionalizzazione delle scienze*, in: *I Greci* 2/3 (1998) 681–704; ders., *Wissenschaft und Gesellschaft in antiken Kulturen*, in: *Johannes Fried, Johannes Süssmann* (Hrsg.), *Revolutionen des Wissens. Von der Steinzeit bis zur Moderne* (München 2001).

schaftlich einzuordnen. Denn es geht ja darum, Besonderheiten nicht zu verklären, sondern zu erklären.

An die Seite der Lloydschen These drängt sich nun die Hypothese: Die Kontroverse ist nicht so sehr auf mündlichen Wettstreit in diversen Sphären des Wissens zurückzuführen als vielmehr auf das konfrontative Debattieren beim mehrheitlichen Entscheiden. Das hieße, einen Hinweis zu wagen, nämlich den auf die Geburt des wissenschaftlichen Denkens aus dem Geiste der Mehrheitsentscheidung.

5. Warum Auslassen eine wissenschaftliche Tugend ist

Die Tagung zu diesem Thema fand vom 6. bis 8. Mai 2010 am Historischen Kolleg statt. Die nachfolgenden Beiträge dokumentieren, womit sie sich befasste und womit sie sich nicht befasste. Der Schwerpunkt lag auf zwei antiken Kulturen – auf der griechischen und der römischen. Für die ergiebigen Diskussionen sorgten die Seitenblicke über die fachlichen Gartenzäune hinweg.

Mit manchem hat sich die Tagung nicht befasst. Auffällig sind zwei Auslassungen.

Die erste betrifft die Theorie der rational choice und die Spieltheorie. Deren Modelle helfen nicht, auch nur eine einzige Entscheidung der Landsgemeinde Glarus zu verstehen oder einen einzigen athenischen Volksbeschluss. Der Grund ist simpel: Rational choice und Spieltheorie setzen voraus, dass die Entscheidungsteilnehmer mit mehreren festen Präferenzen – deren Reihenfolge dieser unveränderlich sein soll – in das kollektive Entscheiden eintreten. Wäre das der Fall, dann ließen sich die mathematischen Modelle tatsächlich anwenden. Aber genau das trifft weder zu für die athenische Volksversammlung, noch für die römischen *contiones* noch für die Landsgemeinde Glarus. Warum nicht? Weil beim Debattieren die Anwesenden die Reihenfolge ihrer Präferenzen ändern⁷¹. Nicht nur das. Sie geben manche Präferenzen ganz auf und übernehmen ‚fremde‘ Option. Warum? Weil sie sich überzeugen lassen von Gegenargumenten. Sämtliche rational choice Modelle tun so, als existierte die Deliberation nicht. Wer jedoch die Abläufe des Entscheidens auf der Glarner Landsgemeinde drei Stunden lang beobachtet, wird alle mathematische Modelle zur Durchrechnung der Koalitionsmöglichkeiten auf der Basis von präexistierenden Präferenzen gelangweilt beiseite legen⁷². Gerade die Deliberation ist in manchen Kulturen die wichtigste Etappe des Entscheidens. Deswegen verehrten die Griechen *Peitho*, das überzeugende Reden.

⁷¹ Die entscheidenden Einwände gegen das Arrow-Theorem hat Bernard Manin 1985 vorgebracht (*ders.*, *Volonté générale ou délibération? Esquisse d'une théorie de la délibération politique*, in: *Le débat* 33 (1985) 72–93. Diese Einwände finden sich inzwischen in unzähligen Publikationen. Hier sei nur verwiesen auf: *James S. Fishkin*, *Democracy and Deliberation* (New Haven 1991).

⁷² Die Versammelten sind erstaunlich flexibel beim Anpassen ihrer Präferenzen an den Fortgang der Debatte. Siehe: *Stolz*, *Versammlungsdemokratie* 177–185.

Die zweite Auslassung betrifft das Entscheiden in modernen Parlamenten. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens beruhen die parlamentarischen Gepflogenheiten auf einem jahrhundertelangen Vorlauf des mehrheitlichen Entscheidens in den europäischen Städten des hohen und späten Mittelalters; sie bringen also hinsichtlich der Genesis der Mehrheitsentscheidung nichts Neues. Zweitens – und das ist gravierender – erlauben sie keine Erkenntnisse über die Dynamik der Mehrheitsentscheidung. Ganz im Gegenteil. Die Dynamik des mehrheitlichen Entscheidens ist am besten dort zu studieren, wo die Deliberation die größte Rolle spielt⁷³. Gerade sie verflüchtigt sich aus den modernen Parlamenten, wozu oben das nötige gesagt wurde. Je ernster die Beschäftigung mit der Mehrheitsentscheidung sein soll, desto entschiedener muss der Begriff befreit werden von allen Konnotationen, die sich im Laufe der parlamentarischen Ära an ihn angelagert haben.

Auf Überflüssiges verzichten schafft keine Garantie für besseres Begreifen des Notwendigen. Aber es ist dafür eine methodische Bedingung. Denn wir leben und forschen unter dem Diktat sich verknappende Zeit. Da wir scheiden müssen, müssen wir entscheiden. Auch und besonders beim Forschen.

⁷³ In modernen Parteiensystemen werden Alternativen völlig anders generiert als je zuvor. Sie entstehen nicht in der Deliberation innerhalb des Parlaments, sondern emergieren organisationsintern. Daher lässt sich die kulturelle Dynamik von mehrheitlichem Entscheiden nur noch dort studieren, wo Elemente direkter Demokratie wahrnehmbar und wirksam sind. Ein Referendum erbringt tatsächlich eine Mehrheitsentscheidung. Die Kluft zwischen der Meinungsbildung bei direktdemokratischen Verfahren wie etwa einem Referendum einerseits und bei Wahlen andererseits ist riesig. Routiniertes Abstimmen über Sachfragen lässt die politische Kompetenz der Bürger dramatisch ansteigen. Siehe: *Theo Schiller, Direkte Demokratie. Eine Einführung* (Frankfurt a. M., New York 2002) 145–153. Die Versammlungsdemokratie steigert die Kompetenzen noch weiter.

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Maria H. Dettenhofer, München,
Maria.H.Dettenhofer@lrz.uni-muenchen.de
Prof. Dr. Egon Flaig, Rostock, Stipendiat des Historischen Kollegs 2009/2010,
egon.flraig@uni-rostock.de
Prof. Dr. Johannes Helmrath, Berlin, helmrathj@geschichte.hu-berlin.de
Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Heun, Göttingen, staatsl@gwdg.de
Prof. Dr. Karl-Joachim Hölkeskamp, Köln, ala20@uni-koeln.de
Prof. Dr. Martin Jehne, Dresden, martin.jehne@mailbox.tu-dresden.de
Mag. Dr. Johannes Preiser-Kapeller, Wien, johannes.preiser-kapeller@oeaw.ac.at
Prof. Dr. Markus Ruettermann, Kyoto, ruetterm@nichibun.ac.jp
Prof. Dr. Winfried Schmitz, Bonn, winfried.schmitz@uni-bonn.de
PD. Dr. Elke Stein-Hölkeskamp, Köln, stein@hoelkeskoeln.de
Dr. Thomas Wagner, Berlin, wagnerthom@gmx.de
Prof. Dr. Hans-Ulrich Wiemer, Erlangen,
Hans-Ulrich.Wiemer@gesch.phil.uni-erlangen.de

Thomas Wagner

„Mit einer Stimme sprechen“

Überlegungen zur politischen Aktualität des Konsensprinzips.
Entwickelt am Beispiel der Irokesen (Haudenosaunee)

In unmittelbarer Nachbarschaft des kleinen kanadischen Orts Oka in der Provinz Quebec liegt eine Siedlung der Mohawk-Indianer namens Kanesatake. Als die Kommunalbehörde Okas sich Ende der 1980er Jahre anschickte, den Boden eines von den Mohawk als heilig angesehenen Friedhofs für die lukrative Vergrößerung eines Golfplatzes zu nutzen, formierte sich ein zunehmend militanter werdender Widerstand der Indigenen und ihrer Unterstützer im ganzen Land, der Kanada eine regelrechte Staatskrise bescherte¹. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde deutlich, dass sich die indigenen Akteure an einem völlig anderen Politikverständnis orientierten als ihre Gegenüber aus Regierung und Militär. 200 Jahre nach der Zerschlagung des Irokesenbundes (Haudenosaunee) als eigenständiger Machtfaktor in Nordamerika steht das Prinzip der Konsensentscheidung bei den Mitgliedern seiner sechs Mitgliedsnationen (Mohawk, Cayuga, Oneida, Seneca, Tuscarora, Onondaga) nach wie vor hoch im Kurs. Das bekam am Morgen des 10. Juli 1990 eine Abteilung der Polizei zu spüren, die mit Gewehren und Tränengas herandrückte, um die Barrikaden des von den Mohawk mittlerweile besetzten Friedhofs zu räumen. Zu diesem Zeitpunkt fand dort gerade eine traditionelle Tabakeremonie statt. Die Polizei fragte nach einem Anführer, bekam dann aber zu hören, dass die Gruppe keinen hätte und stattdessen nach dem Konsensprinzip verführe². Als die Beamten auf ihrem Anliegen beharrten und trotz der anwesenden Kinder mit dem Einsatz von Tränengas begannen, baten die Mohawk-Frauen einen Mann namens Johnny Cree, für sie die Rolle eines Sprechers zu übernehmen. Als solcher stellte sich Cree den Polizisten vor und betonte: „Es gibt keinen Führer. Die Leute entscheiden.“³ Cree erinnert sich, wie es weiter ging: „Ich sag-

¹ Vgl: *Thomas Wagner*, Irokesen und Demokratie. Ein Beitrag zur Soziologie interkultureller Kommunikation (Münster 2004) 259–286; im Folgenden zitiert: *Wagner*, Irokesen. *Rick Hornung*, One Nation under the Gun. Inside the Mohawk Civil War (Toronto 1991); im Folgenden zitiert: *Hornung*, Nation. *Craig MacLaine*, *Michael S. Badendale*, This Land is our Land. The Mohawk Revolt at Oka (Montreal, Toronto 1990); im Folgenden zitiert: *MacLaine*, *Badendale*, Land.

² *Hornung*, Nation 196.

³ *MacLaine*, *Badendale*, Land 17 (Übersetzung Th. Wagner).

te, ich würde alle anderen fragen, ob wir die Barrikade entfernen. Die Beamten gaben uns dafür fünf Minuten. Ich sagte ihnen, wir bräuchten 90 Minuten und dass die Entscheidung mit jedem einzelnen abgemacht werden müsse. Es ging hin und her und sie gaben mir 45 Minuten.“⁴ Nachdem die Mohawks auf diese Weise einstimmig entschieden hatten, sich der Räumung zu widersetzen, kam es zu einem Schusswechsel, bei dem ein Polizist ums Leben kam.

Damit begann eine lange dauernde Belagerung, für die auf der einen Seite tausende Polizisten und mit 4400 Soldaten, Kampfflugzeugen und Leopard-Panzern ein großer Teil der kanadischen Streitkräfte mobilisiert wurden. Auf der anderen Seite arbeiteten verschiedene irokesische Gruppen zusammen. Auch die Mohawks aus Akwesasne und Kahnawake errichteten Barrikaden und lieferten sich erbitterte Kämpfe mit den Ordnungskräften. Sie wurden dabei unterstützt von indianischen und nichtindianischen Solidaritätsgruppen aus ganz Kanada und den USA, aber auch aus Europa.

Als am 16. August 1990 endlich Friedensverhandlungen begannen, hatten Angehörige der militanten Warrior-Organisation ein Verhandlungskomitee mit Abgeordneten aller drei Mohawk-Siedlungen initiiert. Die Mitglieder des Komitees folgten in ihren Entscheidungen dem Einstimmigkeitsgebot der endlich überlieferten „Verfassung“ des Irokesenbundes, dem Great Law of Peace⁵.

Während die kanadischen Behörden mit drei indianischen Sprechern gerechnet hatten, warteten die Mohawk zunächst mit nicht weniger als 54 Delegierten auf. Sie begründeten das damit, dass ihre Tradition ihnen gebiete, wichtige Entscheidungen nur auf der Grundlage eines breiten Konsens zu treffen. Als daraufhin die Verhandlungen abubrechen drohten, willigten die Indianer schließlich ein, sich mit der Wahl von fünf Repräsentanten zu begnügen. Denen wurde dann allerdings gestattet, sich noch während einer laufenden Verhandlung mit den anderen Mohawk zu beraten⁶.

Die geballte Militärpräsenz und die zunehmenden Konflikte um die richtige Verhandlungsstrategie innerhalb der Reihen der Belagerten und ihrer Unterstützer zwangen die Warrior und ihre Unterstützer am Ende doch zur Räumung der Barrikaden. Dennoch kann von einem Teilerfolg gesprochen werden. Denn die kanadischen Politiker waren gezwungen worden, die Perspektiven indigener Nationen bei den Verhandlungen um die Gestaltung der neuen Verfassung stärker zu berücksichtigen. Beinahe wie die britischen und französischen Diplomaten zur Zeit der Forrest Diplomacy im 17. und 18. Jahrhunderts müssen sich die Politiker seitdem immer wieder damit arrangieren, auf Verhandlungspartner zu treffen, die beanspruchen, ihre Entscheidungen nach alter Mütter Sitte im Sinne des Konsensgebotes zu treffen.

⁴ *Hornung*, Nation 197 (Übersetzung Th. Wagner).

⁵ Loran Thompson aus Akwesasne erklärte dazu: „Wir mussten unsere Standpunkte so lange diskutieren bis alle zustimmen konnten.“ *Hornung*, Nation 210 (Übersetzung Thomas Wagner).

⁶ *MacLaine*, *Badendale*, Land 51.

Die Haudenosunee

Wie lange die Konföderation der Irokesen tatsächlich existiert, darüber ist man sich in der Forschung bis heute nicht einig. Konservative Schätzungen führen ihre Entstehung auf die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück. Bei den Irokesen selbst geht man davon aus, dass seine Gründung ungefähr 1000 Jahre zurück reicht. Der Gründungsmythos der Konföderation beschreibt einen Prozess langwieriger Friedensverhandlungen zwischen erbittert verfeindeten Nationen. Den Gründerhelden Degawidah und Hiawatha gelingt es in dieser Erzählung nur durch eine mühsame und lang dauernde Überzeugungsarbeit, die sich in Blutfehden bekriegenden Stämme zu einer Konföderation zu vereinen und ihnen Regeln für das friedliche Zusammenleben zu geben: das Great Law of Peace (Kaianerekowa). Aus diesem Friedensgesetz werden die bis heute geltenden Entscheidungsverfahren und politischen Titel hergeleitet. Auch die ethnohistorische Forschung sieht in der Beendigung lange dauernder Fehden einen wichtigen Grund für den Zusammenschluss der Stämme.

Der Konföderation gehörten wohl nie mehr als 15 000 Menschen an, die verschiedene Dialekte sprachen. Ökonomische Grundlage war die Landwirtschaft, ergänzt durch Sammeln von Waldfrüchten, Jagd und Fischfang. Anfallende Arbeiten auf den Mais-, Bohnen- und Kürbisfeldern, auf der Jagd oder beim Hausbau wurden von Frauen- oder Männergruppen geleistet. Die Männer kümmerten sich um den Hausbau, schlugen Holz, errichteten Palisaden, bauten Kanus, Werkzeuge, Sportgeräte, Pfeifen und Waffen. Die Frauen wiederum kultivierten in ihren Gärten Sonnenblumen zur Ölgewinnung, Melonen und Obstbäume. Die Erträge der von den Männern durchgeführten Jagd- und Fischzüge sowie der gemeinschaftlichen Herbstjagen ergänzten die landwirtschaftliche Produktion.

Ökonomie und Politik basierten auf dem Prinzip der Machtteilung. Oft wurden zwei Ämter zur gegenseitigen Kontrolle gegenübergestellt. Man war streng darauf bedacht, dass die in beiden Sphären temporär entstehende Ungleichheit immer wieder auf ein erträgliches Maß nivelliert wurde. Alle Führungspositionen kamen ohne einen Erzwingungsstab aus und blieben grundlegend von der Zustimmung von Gefolgschaften abhängig, als deren bloßes Sprachrohr sie sich zu verstehen verpflichtet waren. Das Prinzip der Versammlung strukturierte die formalen und informellen politischen Zusammenkünfte in der Ohwachira (siehe unten), die Beratungen von Frauen- und Männergruppen, die Besprechungen der Arbeits- oder Kriegskollektive, die Clanversammlungen, den Siedlungsratschlag, den jeweiligen Stammesrat sowie den Häuptlingsrat der Konföderation.

Politische Gliederung und Machtteilung

Schon die Ebene der weiblichen Abstammungsgruppe, der Ohwachira, war fundamental für eine bemerkenswerte Machtbalance zwischen den Geschlechtergruppen. Wortführerinnen der frühen Frauenbewegung in den USA sprachen daher im 19. Jahrhundert vom Matriarchat der Irokesen. Elizabeth C. Stanton, Matilda J. Gage und

weitere frühe Suffragetten pflegten im Staat New York des 19. Jahrhunderts Freundschaften mit irokesischen Nachbarn und lernten von ihnen, dass es zur rechtlosen Stellung der Frau in den USA eine reale Alternative gegeben hat. Für die indianischen Menschen auf den Reservationen sahen sie aber nur die Möglichkeit einer Assimilation an die moderne Gesellschaft der USA⁷.

Die Zurechnung zur ökonomischen, sozialen und politischen Solidargemeinschaft einer Verwandtschaftsgruppe erfolgte bei den Irokesen über die weibliche Abstammungslinie. Die Ethnologie nennt das Matrilinearität. Die Kinder einer Frau gehörten ihr ganzes Leben lang, also auch nach der Heirat, dem Langhaus der Mutter an. Der ethnologische Terminus dafür ist Matrilokalität. Die verheirateten Frauen bildeten mit ihren jeweiligen Partnern, die formell weiter dem Langhaus ihrer weiblichen Vorfahren angehörten, und ihren Kindern separate Wohngemeinschaften innerhalb eines Langhauses mit einer eigenen Kammer und Feuerstelle. Weil jedes Individuum sein ganzes Leben lang ein und derselben Verwandtschaftsgruppe angehörte, war eine Verbesserung der sozialen Stellung durch berechnende Heirat ausgeschlossen. Die Eheleute behielten jeweils ihr angestammtes Eigentum, das sie im Falle einer Trennung wieder mit sich nahmen und das im Todesfall an ihren jeweiligen Herkunfts-Clan ging. Frauen hatten bei einer Trennung von ihrem Ehemann oder im Falle der unehelichen Geburt keine soziale Unsicherheit zu fürchten. Die verwandtschaftliche Zurechnung des Kindes zur mütterlichen Linie stand fest, für seine materielle und emotionale Versorgung stand die Familiengruppe solidarisch ein. Alles Land war Gemeineigentum und wurde ebenso von den Frauen verwaltet wie die Nahrungsmittel aus Feldarbeit, Jagd oder Sammeltätigkeit.

Eine Älteste der Ohwachira besorgte die Verteilung des gemeinsam zubereiteten Essens an die einzelnen „Familien“ des Langhauses. Das Amt war erblich. Doch musste die Älteste von einer Versammlung der Frauen bestätigt werden und wurde bei Missfallen abgesetzt. Einer der tüchtigsten Männer des Langhauses stand der Ältesten zur Seite. Sie war die Treuhänderin des im Besitz der Ohwachira befindlichen „symbolischen Kapitals“ an Titeln, Ämtern und Ritualgegenständen, koordinierte die Arbeit der Frauen und verlautbarte das Schicksal von Kriegsgefangenen.

In manchen Familienlinien war einer der fünfzig Häuptlingstitel des Bundesrates erblich. In diesem Falle hieß die Älteste Go Yani, gehörte zu den weiblichen Vorsteherinnen ihres Clans und hatte dort eine zusätzliche politische Aufgabe: Nach Beratungen mit den Frauen- und Männergruppen ihrer Ohwachira schlug sie den männlichen und weiblichen „Häuptlingen“ des Clans, der nächsthöheren Integrationsstufe des Irokesenbundes, einen aus ihrer eigenen Verwandtschaftslinie stammenden Kandidaten für das Häuptlingsamt im Bundesrat vor. In ihrer Rolle als Clan-Vorsteherin bereitete eine Go Yani Feste und Ratssitzungen vor.

Die Irokesen kannten neun Clans, die sich auf die verschiedenen Nationen verteilten. Ein Clan bestand aus mehreren Verwandtschaftslinien. In jedem Clan hiel-

⁷ Vgl. für eine Analyse dieser paradoxen Beziehung: Wagner, Irokesen 181–192.

ten Frauen- und Männerversammlungen voneinander unabhängige Beratungen ab. Der Frauenrat teilte den landwirtschaftlich nutzbaren Boden unter den Ohwachiras auf und organisierte die gemeinsame Feldarbeit. Im Männerrat wurden entsprechende Pläne für Jagd- und Handelsaktivitäten gemacht. Frauen und Männer arbeiteten zusammen, wenn es darum ging, gemeinsame Feste und Zeremonien vorzubereiten, Streitigkeiten zwischen Clan-Mitgliedern zu schlichten und Verhandlungen mit anderen Clans zu führen.

Die nächste politische Integrationsstufe, die Langhaussiedlung, ist nicht verwandtschaftlich sondern territorial bestimmt. Einige hundert, aber selten mehr als 1500 Angehörige verschiedener Clans lebten in den durch Palisaden geschützten Ortschaften zusammen. Diese Höchstgrenze hat sicher auch damit zu tun, dass die Verfahren der Konsensbildung mit zunehmender Größe immer schwieriger wurden. Als einfachste Lösung bei fortwährendem Dissens in wichtigen Fragen bot sich dann eine Spaltung der Siedlung in mehrere unabhängige Dörfer an. Kriegerische Aktivitäten, Veränderungen im Pelzhandel, die besondere Reputation eines Anführers oder Familienstreitigkeiten haben zuweilen den Zu- oder Wegzug von Familiengruppen motiviert und auf diese Weise zur Regulierung der Gruppengröße beitragen.

Die lokale Politik gestaltete sich plural. Das heißt, hier organisierten und verhandelten eine Vielzahl von Frauen- und Männerräten der Ohwachiras, der Clans und davon wiederum gesonderte Dorfversammlungen und Ältestenräte die öffentlichen Angelegenheiten.

In den häufigen Ratsversammlungen der einzelnen Nationen konnten sich neben den männlichen und weiblichen Clan-Vorstehern, und den von den Männern gewählten Kriegshäuptlingen (Pine Tree Chiefs) auch einfache Männer und Frauen Gehör verschaffen. Falls sie ein besonderes Interesse an den Diskussionsthemen entwickelten, hielten Frauen einer oder mehrerer Ohwachiras eigene Ratsversammlungen ab, deren Ergebnisse durch Sprecher weitergeleitet wurden. Wenn die Frauen es verlangten, wurde ein vom Stammesrat behandelter Gegenstand der Zustimmung aller Stammesmitglieder überantwortet. Auf diese Weise blieb der Nationalrat an die „Basis“ angebunden.

Im Häuptlingsrat des Irokesenbundes hatten die von den Go Yani ausgewählten fünfzig Häuptlinge mit erblichem Titel ihren ständigen Sitz. Jeder Häuptling konnte durch sein Veto eine gemeinsame Entscheidung verhindern. Wenn auch nach mehreren Anläufen ein gemeinsamer Entschluss nicht gelang, wurde der strittige Punkt beiseite gelegt. Ein offener Streit wurde als Gefahr für den Zusammenhalt des Bundes gewertet. Grundlegend für die Versammlungen war ein gemeinsames Friedensritual: die Kondolenzzeremonie für einen verstorbenen Häuptling.

Kondolenzzeremonie

Die Kondolenzzeremonie ist bis heute ein wichtiger Teil Bestandteil der irokesischen Politik. Sie hat ihr Vorbild im mythischen Gründungsakt der Konföderation.

Spannungen und Konflikte zwischen den Stämmen sollen auf rituelle Weise eingedämmt, die Fortsetzung des friedlichen Modus politischer Kommunikation auf diese Weise möglich werden. Gemeinsames Trauern stellt mithin den zeremoniellen Rahmen für die Verbindung von zwei potentiell antagonistischen Parteien bereit. Mohawk, Onondaga und Seneca bilden die Hälfte der älteren Brüder oder der Angehörigen des Vaters und die Oneida und Cayuga sowie die ihnen später zugeordneten Tuscarora die Hälfte der jüngeren Brüder oder Neffen. Die Angehörigen beider Parteien betonen immer wieder ihre Absicht, Konflikte auf gewaltlose Weise zu lösen. Wenn ein Bundeshäuptling stirbt, obliegt es den Stämmen der gegenüberliegenden Hälfte im Kondolenzritual initiativ zu werden und das Gemüt der Trauernden Seite wieder aufzurichten. Dazu wird zunächst der Pfad beschritten: Die Hälfte mit dem klaren Geist (clearminded) geht zum Ratsplatz der trauernden Hälfte und stimmt dabei den Lobgesang (Roll Call) für die Gründer des Irokesenbundes an. An der Waldlichtung wird sie von den Trauernden begrüßt. Dem folgt die Wiederbelebungs-Ansprache (Requickness Address). Dann werden die sechs Lieder für die verstorbenen Häuptlinge gesungen. Fünfter und obligatorisch letzter Programmpunkt ist die langdauernde Rezitation des Great Law of Peace.

Konsensverfahren

Die Entscheidungsverfahren in den dann folgenden Ratsversammlungen sind hochformalisiert und darauf ausgerichtet, Konflikte und Spannungen zwischen den Verhandlungspartnern einzudämmen. Die Bundeshäuptlinge bilden dazu aber nicht zwei, sondern drei Parteien.

Die älteren Brüder (Mohawk, Seneca) sitzen östlich des von den Onondaga gehüteten Bundesfeuers und die jüngeren Brüder (Oneida, Cayuga) ihnen gegenüber westlich davon. Als Hüter des Feuers geben die nördlich vom Feuer platzierten Onondaga die Diskussionsthemen zunächst an die Mohawk und Seneca. Die Mohawk besprechen sich untereinander, treffen eine konsensuale Entscheidung und reichen das Thema an die Seneca weiter, die es nach ihrer Beratschlagung an die Mohawk zurückgeben. Die Mohawk leiten die so erreichte Übereinkunft über das Feuer an die ‚jüngeren Brüder‘ weiter. Dort wird sie zunächst von den Oneida und dann von den Cayuga erörtert. Die Oneida geben den Diskussionstand dann zurück an die Mohawk, die schließlich die gemeinsame Ansicht der Onondaga bekannt geben. Wenn die Onondaga zustimmen, gibt der aus ihren Reihen stammende Sprecher des Häuptlingsrates (Tadodaho) den so gefundenen Konsens bekannt.

Waldlanddiplomatie

Elementare Aspekte der irokesischen Konsensdemokratie strukturierten auch die Form der Außenbeziehungen der Konföderation. Die Bündnisse zu anderen indi-

anischen Nationen und den europäischen Kolonien unterschieden sich in irokesischer Sicht nicht grundlegend vom Aufbau und der Zwecksetzung der Konföderation selbst. In beiden Fällen war keine herrschaftliche Zentralinstanz vorhanden, die inneren Frieden durch repressive Maßnahmen herzustellen in der Lage gewesen wäre. Auch in der „Außenpolitik“ gebot das irokesische Protokoll die vorsichtige Annäherung von zwei (oder mehr) Parteien über ein Trauer- und Beileidsritual. In beiden Fällen hatten souverän bleibende Alliierte und Verhandlungspartner miteinander zu tun, die auf konsensuale Entscheidungsverfahren und wiederholte rituelle Friedensstiftung angewiesen blieben⁸.

Die historisch folgenreichste Allianz im Rahmen der sogenannten Forrest Diplomacy war die ca. 100 Jahre dauernde und in diesem Zeitraum ein stabiles Dach für Handel und kulturellem Austausch bietende Covenant Chain (Bundeskette) von Irokesen und englischen Kolonien gegen die in Pelzhandel und um Gebietsansprüche konkurrierende französische Kolonialmacht und deren indianische Verbündete⁹. Die an einem friedlichen Handel und indianischen Verbündeten interessierten Kolonien des 17. und 18. Jahrhunderts mussten sich an die in der gesamten Region verbreiteten Spielregeln der indianischen Diplomatie anpassen. Dazu gehörte die kostspielige Verteilung von Geschenken. Die Gesandten ihrer Majestät ärgerten sich aber häufig über das Verhandlungsgebaren ihrer indianischen Alliierten. Nicht selten beklagten sie sich bei ihren Verhandlungspartnern über die Anwesenheit zu vieler Menschen am Ort der Konferenz. Wenn das Thema wichtig war, machte sich eine große Anzahl von Häuptlingen, Kriegsführern, aber auch von gewöhnlichen Männern, Frauen und Kindern noch zum entferntesten Verhandlungsort auf. Im Rahmen ihrer Konsensdemokratie war die Wahrscheinlichkeit, dass die erreichte Übereinkunft für den Irokesenbund schließlich bindend sein würde, desto größer, je mehr Menschen bei einer Verhandlung teilnahmen bzw. deren Vorschläge beratschlagen konnten. Der Verhandlungsprozess selbst hatte einen langen Vorlauf und war sehr aufwändig. An dieser Stelle kann das Verfahren nicht im Detail geschildert werden¹⁰. Gleichwohl macht es Sinn, auf einige typische Merkmale einzugehen, die mit dem konsensualen Politikverständnis der Irokesen zusammenhängen. So waren die Sprecher der indianischen Seite, im Gegensatz zu dem, was sich die europäischen Verhandlungspartner oft vorstellten, in der Regel keine besonders hervorgehobenen Autoritäten. Vielmehr verlautbarte ein Sprecher, ohne dass er dabei unterbrochen werden durfte, im gepflegten Redestil der Bundesratsversammlungen lediglich eine ihm im genauen

⁸ Die Covenant Chain galt den indianischen Gesandten als ein Bündnis von gleichgestellten Partnern. Die englischen Kolonien beanspruchten als Vertreter des Königreichs zwar ihrerseits die Vorherrschaft, konnten sie aber bis zum Unabhängigkeitskrieg nicht gegen den Irokesenbund durchsetzen.

⁹ Von den aufwändigen Verhandlungsritualen und den Symbolen der Forrest Diplomacy geben Cadwallader Coldens Buch „The History Of The Five Indian Nations“ (1727) und die von keinem geringeren als Benjamin Franklin als „Indian Treaties“ publizierten Vertragsprotokolle ein beredtes Zeugnis.

¹⁰ Wagner, Irokesen 95–106.

Wortlaut aufgetragene Botschaft. Wechselte der Gegenstand der Verhandlung, wurde der Sprecher nicht selten durch einen anderen ersetzt.

Wenn der erste Sprecher der einen Seite des Feuers seine Rede beendet hatte, durften die Zuhörer von der anderen Seite des Feuers Verständnisfragen stellen. Schließlich ergriff ihr eigener Sprecher das Wort, um durch einen Dolmetscher zu verkünden, dass seine Gruppe sich nun zur Beratung einer Antwort zurückziehen werde. Eine solche Besprechung dauerte gewöhnlich den Rest des Verhandlungstages. Unüblich war es, eine Antwort noch am gleichen Tag zu überbringen. Die Herstellung einer konsensualen Antwort gebot vielmehr, eine *Nacht über den Sachverhalt zu schlafen*, um am nächsten Morgen *mit einer Stimme sprechen zu können*. Die Antwort hielt sich dann eng an die Form der ursprünglichen Vorschläge. Jeder einzelne Punkt wurde noch einmal zusammengefasst und dann jeweils einzeln beantwortet. Waren alle Vorschläge der ersten Seite beantwortet, durfte die zweite ihrerseits eigene Vorschläge machen, die wiederum auf die gleiche Weise beantwortet wurden. Neue Vorschläge konnten während einer laufenden Ratsverhandlung zwar unterbreitet werden: Ob sie während der laufenden Konferenz jedoch noch beantwortet wurden, stand auf einem anderen Blatt, denn sie verlangten unter Umständen erst eine lange Phase der Konsensfindung im Häuptlingsrat. Manche Verhandlungen, aus denen die kolonialen Vertreter bindende Verpflichtungen ableiteten, hatten die Irokesen als bloße Vorgespräche angesehen, bei denen die Ansichten der beiden Parteien erstmals zu Gehör gebracht wurden. Wurde auf der irokesischen Seite über einen bestimmten Punkt im Vorfeld einer Vertragsverhandlung keine Einigung erreicht, beauftragte man die Unterhändler damit, zwar an einer bereits verabredeten Konferenz teilzunehmen, vor einer bindenden Vereinbarung aber erst den heimischen Konsens einzuholen. Ein „Vertrag“ galt erst dann als gültig, wenn die Gesandten genau nach ihrer Anweisung gehandelt hatten. Waren sich die Gesandten der Zustimmung der Daheimgebliebenen nicht sicher, wurden die laufenden Verhandlungen unterbrochen, bis deren Meinung eingeholt worden war. Den Gesandten der Kolonialmächte kamen die irokesischen Methoden der Konsensfindung sehr langwierig und umständlich vor. Sie mussten sich an den anderen Zeittakt ihrer indianischen Gegenüber gewöhnen, die für kalendergewohnte europäische Augen ungenaue Zeitangaben machten, sich nicht selten verspäteten und wichtige Angelegenheiten mit einer Bedächtigkeit angingen, die koloniale Politiker nervös machte.

Ein gutes Jahrhundert lang vermochte der Irokesenbund im Rahmen der Forrest Diplomacy seine Interessen gegenüber den verbündeten englischen Kolonien und den feindlichen Franzosen durchzusetzen und sich als Machtfaktor im „Spiel“ der internationalen Politik zu behaupten. Damit war es im Laufe des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges (1775-1783) vorbei. Die Irokesen mussten zusehen, wie aus den englischen Alliierten, zu denen beständige Freundschafts- und Familienbande geknüpft worden waren, zwei sich erbittert bekämpfende Kriegsparteien wurden: englische Soldaten und Loyalisten auf der einen, amerikanische Revolutionäre und Milizen auf der anderen Seite. Der Häuptlingsrat beschloss in dieser vertrackten Lage neutral zu bleiben, konnte jedoch einen Teil der jungen

Männer nicht davon abhalten, entweder auf Seiten der amerikanischen Revolutionäre oder auf Seiten der englischen Krone zu kämpfen. An dieser Stelle zeigte sich der nicht zwangsförmige Charakter von Häuptlingsmacht und Ratsbeschlüssen, der so typisch war für viele indianische Gesellschaften in Nord- und Südamerika, einmal von seiner destruktiven Seite. Indianische Krieger konnten weder zur Teilnahme an Kriegszügen gezwungen werden, noch konnten sie durch Ratsversammlungen oder Häuptlingsautorität daran gehindert werden, eigenständige Kriegshandlungen durchzuführen.

Für die Irokesen waren die Folgen der Kriegsbeteiligung ihrer jungen Männer fatal. Am Ende des Krieges waren die Siedlungen zerstört, die Ernten vernichtet und viele Menschen getötet worden. Die militärisch geschwächten und politisch zerstrittenen Überlebenden mussten von den US-Amerikanern nicht mehr als ernst zunehmende Verhandlungspartner betrachtet werden. Die Einen wurden machtlose Mündel der US-Regierung; die Anderen mussten sich dem Schutz der britischen Krone unterstellen. Am Ende stand die faktische Spaltung der Konföderation in zwei vergleichsweise machtlose Gebilde mit jeweils einem eigenen Häuptlingsrat¹¹.

Dennoch: Obwohl sich die Reservationsbevölkerung nicht zuletzt unter dem Einfluss zahlreicher Missionare bald in „Konservative“, „Progressive“, „Heiden“ und „Christen“ zu spalten begonnen hatte, die ökonomische Existenzgrundlage weitgehend zerstört war, die Armut zunahm, Krankheit und Alkoholismus grassierten und die Behörden zeitweilig alles taten, um die indianischen Politikformen zu zerstören und die traditionellen Rollenbilder von Frauen und Männern zugunsten eines vermeintlich fortschrittlichen patriarchalen Kleinfamilienmodells aufzulösen, gelang es den Irokesen, als selbstständige kulturelle und politische Gemeinschaften zu überleben und einen großen Teil ihrer angestammten Traditionen bis in die Gegenwart hinein zu retten.

Kontinuität und Wandel

Wichtig für die Konsolidierung der Gemeinschaften waren Propheten wie Handsome Lake, der den Seneca in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Rückkehr zur traditionellen Lebensweise und Spiritualität predigte, aber gerade dafür die Adaption einiger technologisch-ökonomischer Möglichkeiten und sozialen Organisationsformen der modernen Gesellschaft als unabdingbar ansah. Traditionalisten bildeten nach dem Tod des Propheten Kultgemeinschaften, in denen die Leh-

¹¹ Die mit den englischen Truppen verbündeten Krieger, vor allem Mohawk unter Führung von Joseph Brant, aber auch einige Tuscarora, Ondondaga, Cayuga und Seneca, die 1784 unter dem Schutz der Krone ins spätere Kanada geflüchtet waren, wurden 1803 aus dem Irokesenbund ausgeschlossen. Später wurde der Häuptlingsrat auf beiden Seiten der Grenze erneuert, so dass bis heute zwei unabhängige Varianten des Irokesenbundes auf amerikanischem Boden ihrem politischen Geschäft nachgehen.

ren Handsome Lakes kanonisiert wurden. Auf diese Weise entstand eine neue Religion mit dem Langhaus als Versammlungsort und gemeinsamen Symbol. Die sich rasch verbreitende Langhausreligion trug erheblich dazu bei, dass egalitäre Traditionen wie die Praxis des Teilens und das konsensuale Politikverständnis im 19. und 20. Jahrhundert im Rahmen einer naturreligiös-spirituellen Weltanschauung weiter gepflegt wurden.

Die politischen Versammlungen der traditionalistischen oder konservativen Irokesen erfuhren im Laufe des 19. Jahrhunderts manche formale Änderung. So führte der Häuptlingsrat im US-Bundesstaat New York im 19. Jahrhundert aufgrund der Erfordernisse schriftlicher Protokollführung das neue Amt eines Rats-Sekretärs ein. Doch nach wie vor blieben die Häuptlinge der Onondaga die Moderatoren der Ratsversammlung und am Konsensprinzip wurde strikt festgehalten¹². Auch die fünfhundert Köpfe zählenden Seneca der Reservation Tonawanda sahen in der Mitte des 19. Jahrhunderts keinen Grund für eine einschneidende Veränderung ihrer Regierungsform. Bis heute werden die Häuptlinge auf Reservationen der Onondaga und der Tuscarora in den USA auf traditionelle Weise von den Clan-Müttern ernannt¹³.

Dagegen wurden die der Korruption verdächtigen Seneca-Häuptlinge auf den Reservationen Allegany und Cataraugus bereits im europäischen Revolutionsjahr 1848 mit der mehrheitlichen Unterstützung der einfachen Bevölkerung von einer Gruppe junger Männer mit moderner Schulausbildung gestürzt und durch eine Regierung nach dem Vorbild der US-Verfassung ersetzt. Seither konkurrieren nun „progressive“ und „traditionalistische“ Parteien in demokratischen Wahlen um die Stammesregierung. Wie zwiespältig der errungene Fortschritt tatsächlich war, mag der folgende Umstand illustrieren: Den vormals politisch einflussreichen Frauen blieb nach dem vorgeblich progressiven Umsturz über 100 Jahre lang (bis 1964/66) die formale politische Beteiligung verwehrt¹⁴.

In Kanada wurde der traditionelle Häuptlingsrat der Konföderation auf der Six Nations-Reservation im Jahr 1924 von den Rotjacken der berittenen Polizei gestürzt. Seitdem setzten die entmachteten Häuptlinge ihre Ratsversammlungen mit Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung im Untergrund fort¹⁵. Die entmachteten Häuptlinge sehen ihre von einer „ausländischen Macht“ oktroyierte Amtsenthebung als illegitim an und wurden zum Kristallisationspunkt eines Widerstands gegen die kanadische Bevormundung, der sich bis in die Gegenwart hinein fortsetzt.

¹² Thomas S. Abler, *The Kansas Connection: The Seneca Nation and the Iroquois Confederacy Council*, in: Michael Foster, Jack Campisi, Marianne Mithun (Hrsg.), *Extending the Rafters. Interdisciplinary Approaches to Iroquoian Studies* (Albany, New York 1984) 82.

¹³ Dean R. Snow, *The Iroquois* (Oxford, Cambridge 1994) 198f.

¹⁴ Sharon O'Brian, *American Indian Tribal Governments* (Norman, London 1989) 104; Edmund Wilson, *Abbitte an die Irokesen* (München 1974) 95f.

¹⁵ Annemarie Shimony, *Conservatism among the Iroquois at the Six Nations Reserve* (Syracuse, New York 1994) XXXIV.

In den USA verlangte die Einführung moderner Stammes selbstverwaltungen seit der Verabschiedung des Indian Reorganization Act (IRA) im Jahr 1934 die mehrheitliche Zustimmung der jeweiligen Reservationsbevölkerung. Viele Gegner des Gesetzes, die fast immer die große Mehrheit der Reservationsbevölkerung bildeten, äußerten ihr Missfallen auf traditionelle Weise dadurch, dass sie dem Verfahren einfach fern blieben. Daher gelten die solcherart eingeführten Selbstverwaltungsorgane vielen Traditionalisten weiterhin als illegitim. Mit dem auch als Wheeler-Howard Act bekannten Gesetz zur Reorganisation indianischer Nationen sollte die kulturelle und politische Eigenständigkeit der Stämme eigentlich gefördert werden. Doch widersprach es der konsensdemokratischen Regierungsform der Irokesen. Zudem befürchteten sie, dass das Gesetz mit seiner Definition des Indianerstatus durch das blood quantum nicht mit der für viele soziale und politische Belange wichtigen matrilinearen Abstammungsregel zu vereinbaren war. Reservationsbewohner, die nach gemäß dieser traditionellen Vorstellung bislang nicht auf den Stammeslisten geführt worden waren, sollten daran gehindert werden, künftig die Stammespolitik mitzubestimmen¹⁶.

Kaum überschaubar sind die politischen Verhältnisse seit langem auf den Reservationen der Mohawks. So bevölkern die Mohawks von Akwesasne beide Seiten der internationalen Grenze Kanadas und der USA. Die kleine Ortschaft hat gleich zwei behördlich anerkannte „Regierungen“: den dreiköpfigen St. Regis Mohawk Tribal Council im US-Bundesstaat New York und den aus zwölf Mitgliedern zusammengesetzten Mohawk Council of Akwesasne auf der kanadischen Seite der Grenze. Dagegen bilden die traditionellen, von den Clanmüttern ernannten Häuptlinge wiederum die staatlich nicht anerkannte Untergrundregierung: den Akwesasne National Council. Dieser Häuptlingsrat hat informell einen erheblichen Einfluss auf die Reservationspolitik¹⁷, da er von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt wird.

Seit Ende der sechziger Jahre nahm der Konservatismus unter Teilen der Mohawks zunehmend militante Züge an. Unter ideologischer Anleitung Louis Halls bildeten radikale junge Männer (und Frauen) sogenannte Warrior-Vereinigungen, erklärten sich zur bewaffneten Schutzmacht der Haudenosaunee und verbanden dabei eine puristische Auslegung des Great Law of Peace mit einer aggressiven Abwehr jeder Fremdherrschaft. Auch die Warriors hielten das Konsensprinzip hoch¹⁸. Da sie aber auch die Langhausreligion der gewöhnlichen Traditionalisten als Verfälschung des ursprünglichen irokesischen Politikverständnisses ablehnten, ihre Finanzierungsquellen zum Teil undurchsichtig bzw. kriminell waren und sie zuweilen rassistische Positionen gegenüber Nichtindianern vertraten, lagen sie

¹⁶ Laurence Hauptman, *The Iroquois and the New Deal* (Syracuse 1981) 62f.

¹⁷ Hornung, Nation 20.

¹⁸ Mit dem Konsensprinzip der Warrior wurde während des bewaffneten Aufstandes Ende der 1980er Jahre auch New Yorks Gouverneur Mario Cuomo konfrontiert, als er in einem Telefonat den verantwortlichen Führer der Warrior zu sprechen wünschte. Er bekam vom anderen Ende der Telefonleitung die ihn überraschende Antwort: „Wir haben keinen Anführer. Wir entscheiden nach dem Konsensprinzip“, Hornung, Nation 170 (Übersetzung Thomas Wagner).

nicht nur mit den legalen Stammesregierungen, sondern bald auch mit den übrigen Traditionalisten in zum Teil unversöhnlichem Streit. Gleichwohl führte der äußere Druck die gegnerischen Fraktionen auf den Reservationen immer wieder zu gemeinsamen Aktionen zusammen.

Going traditional!

Auch nach dem Ende des Oka-Konfliktes sind die Spannungen zwischen Traditionalisten und Modernisten um den richtigen Weg der Selbstregierung, das Verhältnis zu Staatsorganen sowie um die richtige Auslegung der Traditionen auf den irokesischen Reservaten beiderseits der amerikanisch-kanadischen Grenze virulent geblieben. So gab es 1992 auf der Tonawanda-Reservation der Seneca im US-Bundesstaat New York einen bewaffneten Putschversuch gegen den traditionalistischen Stammesrat. Nachdem die Mehrheit der Reservationsbevölkerung sich hinter die traditionelle Regierung gestellt hatte, die nach wie vor eine nach Konsens strebende Mitbestimmungsdemokratie verfocht, wurde der Aufstand niedergeschlagen, die Putschisten wurden von der Stammesmitgliedsliste gestrichen¹⁹.

In Kahnawake gewannen unterdessen das politische Souveränitätsstreben der Konservativen und die mit ihm verbundene Basisorientierung der Politik auch in den Reihen der legalen Stammes selbstverwaltung an Gewicht. Der Mohawk Council of Kahnawake (MCK) formulierte 1991 gegenüber der kanadischen Regierung eine Position, die im Grunde auf eine Wiederherstellung jener diplomatischen Beziehungen zielte, die das Verhältnis souveräner indianischer Nationen zur englischen Krone bis zum Ende des 18. Jahrhunderts bestimmt hatten.

Beim MCK handelt es sich um das behördlich anerkannte und nach den Regeln des kanadischen Indian Act gewählte Selbstverwaltungsorgan der Reservation, der aber schon seit 1982 erklärtermaßen an seiner eigenen Abschaffung arbeitet. Ziel ist die Rückkehr zum traditionellen Regierungssystem der Mohawk und die schrittweise Wiederanbindung an den Irokesenbund²⁰. Unter der Parole „Going traditional“ sind die traditionellen irokesischen Prinzipien direkter Partizipation in eine moderne Form gefasst worden. Die Losung der Ratsmitglieder lautete nun: „Mein Job ist, meinen Job loszuwerden.“ Zu den Zielen des Reformprozesses gehören die Aufteilung politischer Rollen entlang der Geschlechtergrenze und die umfassende direkte Beteiligung der Bevölkerung an den alle betreffenden Entscheidungen. Die Politik soll nicht durch Initiativen der „Politiker“, sondern durch die Eingaben der Öffentlichkeit bestimmt werden. Regelmäßige Versammlungen, Diskussionsforen sowie die Einrichtung von Komitees aus Häuptlingen,

¹⁹ *Steve Wall*, Töchter der Weisheit. Gespräche mit indianischen Frauen (München 1997) 168.

²⁰ Bereits 1947 war vom legalen Stammesrat, dem Langhaus und dem Häuptlingsrat des Irokesenbundes ein gemeinsames Sechs-Punkte-Reformprogramm vorgelegt worden, das an erster Stelle die Rückkehr zur irokesischen Regierungsform verlangte. Vgl. *Gerald R. Alfred*, *Heeding the Voices of our Ancestors* (Toronto, New York, Oxford 1995) 61.

Experten und Gemeinde-Repräsentanten sollen garantieren, dass die Entscheidungen des MCK betreffs wichtiger Bereiche wie Justiz, Erziehungs-, Sozial- und Umweltpolitik oder der ökonomischen Entwicklung basisnah bleiben. Eine Rahmenvereinbarung des MCK mit der kanadischen Regierung aus dem Jahre 1991 formulierte als Zielvorstellung die Rückgewinnung der ausschließlichen Rechts-hoheit über die Gebiete der Mohawks, das Recht zur Selbstregierung, die Ab-lösung vom System staatlicher Indianerpolitik (Indian Act) und die vorrangige politische Loyalität einer souveränen Mohawk Nation zur Konföderation des Irokesenbundes.

Überlegungen zum Konsensprinzip in herrschaftslosen Gesellschaften

Karl Marx und Friedrich Engels haben Lewis Henry Morgans zeitgenössische Irokesenstudien²¹, die sie wahrscheinlich nur in einer komprimierten Form als Bestandteil einer viel bekannteren universalgeschichtlichen Arbeit Morgans kann-ten²², als Beispiel herrschaftsloser Konsensbildung einer sogenannten Urgesell-schaft gelesen. Marx notierte in seinen ethnologischen Exzerpten: Die Irokesen „kannten nichts von majorities u. minorities in the action of council [...]. Kein Sachem allowed to express an opinion in council in the nature of a vote bevor er nicht had first agreed with the sachem or sachems seiner class upon the opinion to be expressed, and had been appointed to act as a speaker for the class.“²³ Richtig lagen die Gründergestalten des wissenschaftlichen Sozialismus jedenfalls damit, die Entscheidungsprinzipien der Irokesen als exemplarisch für Gesellschaften zu betrachten, die keine Spaltung in herrschende und beherrschte Klasse kannten²⁴.

Das Konsensprinzip gehört zu jenen Mechanismen oder Einrichtungen, die in egalitären Gesellschaften, wie sie vor allem von der ethnologischen Forschung er-forscht wurden, der Entstehung von Ungleichheit entgegenwirken²⁵. Daneben

²¹ *Lewis H. Morgan*, *League of the Iroquois* (New York 1993, Reprint der Ausgabe von 1851).

²² Gemeint ist: *Lewis H. Morgan*, *Ancient Society* (New York, London 1877).

²³ *Lawrence Krader*, *The Ethnological Notebooks of Karl Marx* (Assen 1974) 70, 162, 166.

²⁴ *Rüdiger Haude*, *Thomas Wagner*, *Herrschaftsfreie Institutionen. Studien zur Logik ihrer Sym-bolisierungen und zur Logik ihrer theoretischen Leugnung* (Baden-Baden 1999). *Rüdiger Haude*, *Thomas Wagner*, *Herrschaftsfreie Gesellschaft*, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxis-mus* 6/1 (Hamburg 2004) 136–161. *Rüdiger Haude*, *Alphabet und Demokratie*, in: *Saeculum*, *Jahrbuch für Universalgeschichte* 50/1 (1999) 1–28. *Rüdiger Haude*, *Macht und Herrschaft bei Pierre Clastres*, in: *Peripherie* 73/74 (1999) 184–199. *Christian Sigrist*, *Regulierte Anarchie. Un-tersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaf-ten Afrikas* (Münster 2005). *Pierre Clastres*, *Staatsfeinde. Studien zur politischen Anthropologie* (Frankfurt a. M. 1976). *Thomas Wagner*, *Von der feministischen Ethnologie zur Genderarchäolo-gie: Herrschaft und Herrschaftslosigkeit*, in: *Christian Sigrist* (Hrsg.), *Macht und Herrschaft* (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte des Alten Orients und des Alten Testaments, Münster 2004) 85–113.

²⁵ Das schließt nicht aus, dass sich Konsensverfahren auch in herrschaftlich verfassten Gesell-schaftszusammenhängen im Rahmen von Hierarchien immer wieder herausbilden, sofern es sich um die Kommunikation von Gleichgestellten auf derselben hierarchischen Ebene handelt. Das

gibt es typischerweise ein Gleichheitsbewusstsein, Teilzwänge, die allgemeine Bewaffnung der Männer, das Fehlen von Erzwingungsstäben zentraler Instanzen, spezifische Formen der Raum- und Siedlungsanordnung, der Behausungen, der Verwandtschaftszurechnung, der Ämter- und Machtteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Individuen, auch zwischen Frauen und Männern, spezifische Formen des Spiels, Tänze, machtlose Häuptlinge und vieles mehr. Der Historiker Rüdiger Haude und ich nennen diese sozialen Tatsachen herrschaftsfreie Institutionen, um den hochgradig kulturellen und zum Teil durchaus auch intentionalen Charakter der Herrschaftsablehnung in diesen in vielerlei Hinsicht ganz unterschiedlichen Gesellschaften zu betonen.

Diese Gesellschaften werden oft „frühe“ genannt, weil man mit einiger Berechtigung annimmt, dass sie jenen ähneln, die in historischer Perspektive den ersten Staaten und schließlich den sogenannten Hochkulturen vorausgingen. Doch sind die in frühen Schriftzeugnissen zuweilen als Barbaren diffamierten Gemeinwesen in soziologischer Hinsicht nicht naturnäher als jene der ersten Städte- und Staatenbauer. „Der Mensch ist von Natur aus ein Kulturwesen“, wusste der konservative Soziologe Arnold Gehlen, der die regulierten Anarchien (Christian Sigrist) afrikanischer Gesellschaften als spezifische Ordnungssysteme anerkannte. Hier gelten zuweilen sehr komplizierte, jedenfalls dauerhafte und immer symbolisch vermittelte soziale Regeln, die das Naturhafte am Gattungswesen Mensch bereits institutionell überformen, ohne dass die auf dieser Grundlage entstehenden Institutionen mit dem Begriff der Herrschaft kurzgeschlossen werden dürfen.

Egon Flaig sagt, dass es untunlich ist, „Entscheidungsregeln allein auf der Ebene der Prozeduren zu untersuchen. Die Verfahren selber sind abhängig von der Gruppenstruktur, von den sozialen Normen, von den Habitusformen“²⁶. Das ist ebenso richtig wie seine These, dass Entscheidungsverfahren ein kulturelles Syndrom und ein Indikator für kulturelle Zustände sind.

Das Konsensprinzip hat seinen angestammten Platz zunächst als Verfahrensregel in herrschaftslosen Gemeinwesen²⁷ und politischen Verbänden, die keine institutionalisierte Trennung von Regierenden und Regierten, Elite und Volk, keine Gegenüberstellung von herrschender oder beherrschter Klasse kennen bzw. die Entstehung von solchen vertikalen Differenzierungen zu verhindern wissen.

Die auf Einmütigkeit zielenden Entscheidungsverfahren sollen den Frieden des Gemeinwesens auf gewaltfreie Weise wahren bzw. nach der Eskalation von Konflikten durch materiellen und emotionalen Ausgleich auf rituelle Weise wieder

zeigt die lange Geschichte des Konsensprinzips als Entscheidungsverfahren in oligarchischen Versammlungen herrschender Fürsten und Kleriker, in internationalen Gremien konkurrierender Staaten, aber auch in den gegenwärtig so verbreiteten Ausschüssen bürokratisch waltender Organisationen. Vgl. *Giovanni Sartori*, *Demokratietheorie* (Darmstadt 1997) 229.

²⁶ Ich beziehe mich hier und im folgenden Text auf die schriftliche Ausarbeitung eines Vortrags, den Egon Flaig im Herbst 2003 im Wissenschaftskolleg zu Berlin gegeben hat: *Egon Flaig*, *Die Mehrheitsentscheidung. Politische Risiken und kulturelle Dynamik*.

²⁷ *Volker Riehl*, *Natur und Gemeinschaft. Sozialanthropologische Untersuchungen zur Gleichheit bei den Tallensi in Nord-Ghana* (Frankfurt a. M. 1993) 166.

herstellen. Egon Flaig hat herausgearbeitet, warum die Einstimmigkeitsregel zu Unrecht als „primitiv“ disqualifiziert wurde, und dass diese Disqualifizierung den Weg zu einer komparatistischen Analyse der Entstehung der Mehrheitsentscheidung versperrt hat. Jene Autoren gehen davon aus, dass das Konsensprinzip einer „primitiven“ Gemütslage entspreche: Erstens kannten die sogenannten „Primitiven“ keinen Individualismus, und folglich gäbe es zweitens bei ihnen nur eine „Gemeinschaft“, die den Einzelnen erdrückte. Die Ethnologie hatte wenig Mühe, aufzuzeigen, dass es keine Kultur ohne ausgeprägte „Individualität“ gibt, auch wenn die Individualisierung sich jeweils auf anderen Gebieten vollzieht. In den meisten Jäger- und Sammlergesellschaften sind die Autonomie des Individuums in seinem eigenen Verantwortungsbereich und die konsensuale Entscheidungsfindung innerhalb der jeweiligen Bezugsgruppe (Arbeits-, Jagd oder Zeremonialkollektiv) von hoher Bedeutung²⁸. Ökonomische Entscheidungen wurden häufig individuell gefällt, und die Bezugsgruppe konnte im Konfliktfall jederzeit zugunsten einer anderen verlassen werden. Im Falle dauerhafter Unvereinbarkeit wird der Minderheit in der Regel freigestellt oder ermöglicht, ihre eigenen Wege zu gehen, eine neue Gemeinschaft zu gründen oder sich einer Nachbargruppe anzuschließen²⁹.

Falls keine Übereinkunft erreicht werden konnte, entfiel die Entscheidung. Ratsentscheidungen hatten nur einen geringen Verpflichtungsgrad, insbesondere für Personen, die nicht an ihnen teilgenommen haben³⁰. Selbst Fragen von Krieg und Frieden werden in letzter Instanz dem Bereich der individuellen Handlungsautonomie zugerechnet. Indianische Krieger konnten weder zur Teilnahme an Kriegszügen gezwungen werden, noch konnten sie durch Ratsversammlungen oder Häuptlingsautorität daran gehindert werden, eigenständige Kriegshandlungen durchzuführen³¹.

Man darf sich Verhandlungen unter der Regel des Konsensprinzips aber nicht als formloses Lagerfeuergerede vorstellen. Die Rhetorik ist ausgefeilt und weit entwickelt, was das deeskalierende Moment betrifft. Es gibt zuweilen strenge Regeln, wer wann was sagt und rituelle Einstimmungen auf die Gesprächssituation.

²⁸ *Eleanor Leacock*, Der Status der Frauen in egalitären Gesellschaften: Implikationen für die soziale Evolution (Frankfurt a. M. 1989) 29–67; *Ute Luig*, Sind egalitäre Gesellschaften auch geschlechtsegalitär? Untersuchungen zur Geschlechterbeziehung in afrikanischen Wildbeutergesellschaften, in: *Ilse Lenz, Ute Luig* (Hrsg.), Frauenmacht ohne Herrschaft. Geschlechterverhältnisse in nichtpatriarchalischen Gesellschaften (Frankfurt a. M. 1995) 88–169.

²⁹ *William N. Fenton*, The Great Law and the Longhouse. A Political History of the Iroquois Confederacy (Norman 1998) 509. *Martha C. Knack*, The dynamics of Southern Paiute Women's Roles, in: *Laura F. Klein, Lilian A. Ackerman* (Hrsg.), Women and Power in Native North America (Norman, London 1995) 146–158. *Donald J. Berthrong*, The Southern Cheyennes (Norman 1972).

³⁰ *Francis Haines*, The Nez Percés. Tribesmen of the Columbia Plateau (Norman 1955) 16. *Maurice Greer Smith*, Political organization of the Plains Indians, with special reference to the council (Lincoln 1978) 29f.

³¹ *Catherine Price*, The Oglala People, 1841–1879. A Political History (Lincoln, London 1996) 10.

Vermieden wird, die Position des anderen frontal anzugreifen. Stattdessen wird das Gemeinsame in den Vordergrund gerückt. Das ist häufig die Funktion sogenannter Häuptlinge, die nichts zu bestimmen oder gar zu befehlen haben, sondern nach dem Konsens suchen und ihn dann nach Absprache mit allen beteiligten Diskussions-Parteien schließlich verkünden. Wie elaboriert solche Verfahren zuweilen sein konnten, zeigt das Beispiel der Irokesen, bei denen es auf fünf Stufen der gesellschaftlichen Integration praktiziert wurde: im Haushalt, im Clan, im Dorf, im Stamm oder der Nation und in der Konföderation.

Einige Thesen

Jürgen Habermas machte den durch einen herrschaftsfreien Diskurs erreichbaren Konsens zum normativen Kern seiner kommunikationstheoretisch neu begründeten Gesellschaftstheorie. Den herrschaftskritischen Impuls, die Bedingungen einer idealen Sprechsituation als „Vorschein einer Lebensform“ zu definieren, die emanzipatorisches Handeln tatsächlich zu erreichen bemüht ist³², gab er im fortschreitenden Verlauf seiner Theorieentwicklung aber wieder auf. Das Studium der ethnologischen Quellen belegt dagegen, dass der aus einem herrschaftsfreien Diskurs resultierende Konsens kein bloßes philosophisches Konstrukt, sondern eine real wirksame Leitidee gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung war, die im Zuge staatlicher Zentralisierungsprozesse herrschaftlich überformt wurde, aber nie ganz verschwunden ist.

Ich stimme Egon Flaig zu, wenn er fordert, die Frage nach den Entscheidungsverfahren einer vergleichenden Politischen Anthropologie zu überantworten. Das haben kluge politische Geister schon im 18. Jahrhundert postuliert³³, ohne dass in dieser Hinsicht freilich viel passiert ist, und ohne dass diese Perspektive in die Lehre unserer sozialwissenschaftlichen Institute merklich Eingang gefunden hätte.

Die von Flaig herangezogenen Studien zum Funktionieren der Einmütigkeitsregel von Giovanni Sartori sind wertvoll und in vielerlei Hinsicht aufschlussreich, reichen aber möglicherweise nicht hin, die in der Ethnographie fremder Gesellschaften notierten Phänomene umfassend zu erklären: denn sie beruhen auf Forschungen im Rahmen von Gesellschaften, die seit langem herrschaftlich überformt und spezifischen Rationalisierungsprozessen ausgesetzt gewesen sind. Das Konsensprinzip kommt hier vor allem als Entscheidungstechnik in den Blick, zwar durchaus mit psychologischen Aspekten, aber im Rahmen von durchformalisierten, bürokratischen Organisationen. Konsensverfahren in egalitären Gesellschaften werden existenzieller erlebt, haben zu tun mit der Notwendigkeit immer wie-

³² *Jürgen Habermas*, Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns (Frankfurt a.M 1995) 125.

³³ So John Adams im Jahr 1787: „To collect together the legislations of the Indians, would take up much room, but would be well worth the pain.“ Vgl. *John Adams*, A Defence of the Constitutions of Government of the United States of America I (New York 1971) XXVI.

der Frieden herzustellen, um sich zu einigen. Sie berühren unmittelbar Grundfragen des Gemeinwesens, des Zusammenhalts und haben deshalb eine spirituelle, auch religiöse Dimension.

Wenn darüber nachgedacht wird, politische Institutionen partizipativer zu gestalten, kann meines Erachtens auch das Konsensprinzip in Betracht gezogen werden, freilich nicht als ein Allheilmittel, sondern zur Lösung spezifischer Probleme. So etwa dann, wenn es um die Frage geht, wie politische Entscheidungen gebremst werden können. Also dann, wenn Entschleunigung gewünscht wird oder Beschlüsse auf eine ganz besondere Weise verinnerlicht werden müssen, um nachhaltig zum Tragen zu kommen.

Was die Bedingungen der Entstehung bzw. Durchsetzung des Mehrheitsprinzips betrifft, könnte ein wichtiger Faktor sein, was Michael Mann „Käfigcharakter“ genannt hat³⁴. Bedingungen, die dafür sorgen, dass es für dissentierende Individuen oder Gruppen keine annehmbare Ausweichmöglichkeit mehr gibt (enger Raum, strenge Form der Sesshaftigkeit mit Eigentum an Grund und Boden, keine Zufluchtsmöglichkeiten außerhalb der engeren Bezugsgruppe).

Meines Erachtens richtig ist Flaigs Beobachtung, dass Entscheidungsverfahren Faktoren sein können für die Ingangsetzung kultureller Dynamiken oder für die Blockierung von kulturellen Dynamiken. Zu fragen ist nur, was daraus vernünftigerweise politisch folgt. Sicher nicht die von außen oktroyierte Zwangsbeglückung von Gesellschaften mit den Segnungen des westlichen Demokratiemodells unter Nichtbeachtung der eingelebten Formen der Selbstorganisation.

Schwierigkeiten habe ich mit Flaigs Begründung, warum die Reflexion über die Bedingungen der Mehrheitsentscheidung heute so wichtig sei: Nämlich dass die universelle Anwendbarkeit von moralischen Werten und von politischen und intellektuellen Regeln ansonsten in Frage gestellt werde. Flaig schreibt: „Die Frage nach der Entscheidungsregel ist in den letzten dreißig Jahren deswegen so dringlich geworden, weil die Menschheit sich in einem besonderen weltgeschichtlichen Stadium befindet: politische Institutionen haben die Chance, sich zu globalisieren. Und genau in diesem Moment scheint uns die Mehrheitsentscheidung abhanden zu kommen. Denn Multikulturalismus und Kommunitarismus können die Mehrheitsregel per se nicht akzeptieren.“ Das besondere weltgeschichtliche Stadium in dem wir uns befinden mögen, bietet meines Erachtens vielmehr die Chance und macht es notwendig, von der Vielfalt der politischen Lösungen zu lernen. Der deutsche politische Diskurs ist nach meiner Einschätzung in dieser Hinsicht ganz besonders ignorant, etwa im Vergleich mit der Diskussion in den ehemaligen englischen Siedlerkolonien, die mit den Ansprüchen ihrer Indigenen konfrontiert sind (Maori in Neuseeland, Aboriginies in Australien, Native Americans in den USA und in Kanada)³⁵.

³⁴ Michael Mann, *Geschichte der Macht. Von den Anfängen bis zur Griechischen Antike* (Frankfurt a. M., New York 1994).

³⁵ Duncan Ivison, Paul Patton, Will Sanders (Hrsg.), *Political Theory and the Rights of Indigenous Peoples* (Cambridge 2000).

Immer dann, wenn politische Gruppen zusammenarbeiten, ohne sich der Leitung einer Zentralinstanz unterordnen zu wollen, zum Beispiel bei der Bildung von Bündnissen, können sich Konsensverfahren als hilfreich erweisen und werden innerhalb von sozialen Bewegungen und Basisorganisationen auch praktiziert. In den 1960er Jahren haben religiöse Aktivisten (z. B. Quäker) einen wichtigen Anteil an der Verbreitung des „K-Prinzips“ in der Bürgerrechtsbewegung. Innerhalb der Ökologie- und Friedensbewegung werden seit den siebziger Jahren konsensorientierte Diskussions- und Schlichtungsverfahren erprobt, kontinuierlich weiterentwickelt und in praxisnahen Handbüchern auch theoretisch reflektiert. In der Bundesrepublik inspiriert die Konsensidee die Entscheidungsregeln in Wohngemeinschaften, Frauengruppen, Kleinkollektiven, Hüttendörfern, Infoläden und Redaktionskollektiven, aber auch in mitgliederstärkeren Organisations- und Bündnisformen wie der Freien ArbeiterInnen-Union (FAU), der anarchistischen Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) und der seit 1995 arbeitenden Kampagne der Anti-Atombewegung X-tausendmal quer.

In den vergangenen 15 Jahren hat insbesondere die Konsens-Orientierung der Neo-Zapatisten im mexikanischen Chiapas die globalisierungskritische Bewegung praktisch und linke Intellektuelle theoretisch inspiriert (Joachim Hirsch, John Holloway, Wolfgang Fritz Haug). Dabei entwickelte sich eine Spannweite von Konsensverfahren, das von der vorbehaltlosen Zustimmung Aller bis zum Verzicht auf das Einlegen eines Vetos als Minimalziel für Konsensprozesse verschiedene Abstufungsmöglichkeiten des Mittragens von Entscheidungen impliziert. Indem verschieden stark ausgeprägter Dissens ausgedrückt werden kann, erhöht sich die kollektive Handlungsfähigkeit und integrative Leistung des Konsens für gegenkulturelle Gemeinschaften und föderative Aktionsbündnisse³⁶.

Es gibt mittlerweile eine Reihe von Studien, aus denen sich Anhaltspunkte gewinnen lassen, inwieweit das Konsensprinzip Basisgruppen im politischen Kampf nutzt, aber auch, wo seine Grenzen liegen³⁷. Die Schwierigkeiten sind darin zu sehen, dass die Konsensorientierung tendenziell den Status quo stützt, relativ viel Zeit braucht und außerdem konfliktträchtige Emotionen wie Angst und Zorn befördert, wenn das Hergebrachte problematisch und die Zeit knapp ist. Zudem kann sie dazu verleiten, Abweichler unter Druck zu setzen, Formulierungen zu ersinnen, die relevante Unterschiede oder Gegensätze verschleiern oder das Veto als Verhandlungseinsatz zu instrumentalisieren. Diesen negativen Aspekten stehen aber eine Reihe von positiven gegenüber. So kann die Konsens-Orientierung für eine Bewegung im Kampf um die Hegemonie auch förderlich sein. Sie schützt die wechselnden Akteure davor, als Minderheiten in unvertrauten Situationen überstimmt zu werden. Es ermöglicht die ausführliche Diskussion aller relevanten Ge-

³⁶ Ralf Burnicki, *Anarchismus und Konsens. Gegen Repräsentation und Mehrheitsprinzip: Strukturen einer nichthierarchischen Demokratie* (Frankfurt a. M. 2002).

³⁷ Peter Coy (Hrsg.), *Consensus Decision Making. Northern Ireland and Indigenous Movements* (Amsterdam 2003) 233. Jane Mansbridge, *Beyond Adversary Democracy* (Chicago, London 1983) 255ff.

sichtspunkte, gegenseitiges geduldiges und empathisches Zuhören, hilft beim Ausdruck von Gefühlen und der Entwicklung konstruktiver Argumente, bindet die Akteure aufgrund des Sich-selbst-überzeugt-Habens stärker an die getroffenen Entscheidungen und die Durchführung riskanter Vorhaben. Durch das meist praktizierte Vetorecht wird zudem die individuelle Entscheidungsfreiheit von einzelnen und Gruppen erweitert.

Werner Heun

Entstehungsvoraussetzungen des Mehrheitsprinzips

I. Einleitung: Die fünf Grundelemente jeder Mehrheitsentscheidung

Die Mehrheitsentscheidung in modernen Demokratien ist so selbstverständlich, dass leicht verkannt wird, wie anspruchs- und voraussetzungsvoll das Entscheidungsverfahren ist. Die Mehrheitsregel ist zunächst zwar lediglich ein formales Prinzip und eine bloße Verfahrenstechnik¹, deren Entstehung aber gleichwohl an formale und materielle Voraussetzungen gebunden ist, die nicht einfach zu erfüllen sind. Im vorliegenden Kontext bedeutet der Begriff der Mehrheitsentscheidung, dass durch die Mehrheit eine kollektiv verbindliche Entscheidung getroffen wird. Mehrheitsentscheidung ist daher in diesem Sinn eine Form politischer Herrschaft², die sachlich scharf von dem Begriff der Regierung abzugrenzen ist³. Für die Entstehung des Mehrheitsprinzips müssen darüber hinaus jedenfalls als Minimalvoraussetzungen die folgenden fünf Grundelemente einer jeden Mehrheitsentscheidung⁴ erfüllt sein, ohne die qua definitione eine solche nicht vorliegt, unabhängig von Art und Zusammensetzung des Gremiums und der Anzahl der Teilnehmer.

Erstens setzt schon begrifflich die Mehrheit einen Bezug auf eine Zahlenganzheit von mindestens drei Personen voraus⁵. Die Zahlenganzheit ist Berechnungsgrundlage, aber oft auch Referenzpunkt dafür, für wen die Entscheidung Verbind-

¹ Vgl. zum Ganzen mit zahlreichen Nachweisen zur älteren Literatur *Werner Heun*, Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie. Grundlagen – Struktur – Begrenzungen (Schriften zum öffentlichen Recht 440, Berlin 1983) hier 1 mwN., im Folgenden zitiert *Heun*, Mehrheitsprinzip.

² Vgl. *Werner Heun*, Herrschaft, Herrschaftsformen, in: *ders.* u. a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon (Neubearb., Stuttgart 2006), im Folgenden zitiert *EvStL*, Sp. 945–951 (946), im Folgenden zitiert *Heun*, Herrschaft; *Niklas Luhmann*, Die Politik der Gesellschaft (Frankfurt a. M. 2000) 84–88; *Peter Graf Kielmannsegg*, Volkssouveränität (Stuttgart 1977) 193.

³ Verfehlt daher *Christian Meier*, Entstehung und Besonderheit der griechischen Demokratie, in: *R. Kinzl* (Hrsg.), *Demokratia* (Darmstadt 1995), im Folgenden zitiert *Kinzl*, *Demokratia* 248–301 (250), im Folgenden zitiert *Meier*, Entstehung, der insoweit auf Dolf Sternberger zurückgreift, dessen eigenwillige Terminologie zu Recht jedoch keine allgemeine Anerkennung gefunden hat; zum Begriff der Regierung vgl. hier nur den Überblick *Rainer Grote*, Regierung, in: *EvStL* Sp. 1974–1978.

⁴ *Heun*, Mehrheitsprinzip 173f.

⁵ Zu den denkbaren Anknüpfungspunkten (Abstimmende, Anwesende, Abstimmungsberechtigte) *Heun*, Mehrheitsprinzip 106–109.

lichkeit beansprucht. Jedenfalls ist immer die abstimmende Zahlenganzheit auch an die getroffene Mehrheitsentscheidung gebunden. Oft geht die Verpflichtungswirkung aber darüber hinaus und erfasst Abwesende oder (andere) Repräsentierte. Deshalb bilden die Mitglieder der Zahlenganzheit fast immer eine rechtliche Einheit⁶, die regelmäßig substantiell untermauert sein muss. Die rechtliche Einheit ist nicht lediglich ein formales Band, sondern beruht auf einer Abgrenzung des Personenkreises nach außen und auf einer gewissen inneren Homogenität.

Zweitens lässt sich eine Mehrheit nur bei einer Gleichheit der Stimmen feststellen. Die Zählung der Stimmen und Ermittlung der Mehrheit bedarf einer einheitlichen Rechnungseinheit. Es muss jedenfalls einen mathematischen Stimmenwert geben, der einen kleinsten gemeinsamen Nenner besitzt. Die Zuweisung von Stimmen kann zwar ungleich erfolgen wie bei einem Pluralwahlrecht⁷, eine derartige Zuordnung mehrerer Stimmen oder Stimmengewichtung erschwert jedoch die Stimmzählung zumindest bei einer größeren Zahl von Abstimmenden und bedarf daher beinahe notwendig eines schriftlichen Abstimmungsverfahrens. Der Ausgangspunkt der egalitären Berechnungsgrundlage und die Öffentlichkeit der Ungleichheit derartiger Pluralstimmen üben zudem einen starken Rechtfertigungszwang aus, so dass der Mehrheitsentscheidung eine inhärente Tendenz zur Stimmgleichheit innewohnt. Pluralstimmen sind folglich zum einen ohnehin eine Übergangserscheinung⁸ und zum anderen eine moderne Ausprägung ungleicher politischer Rechte, die in der Entstehungsgeschichte in dieser Form keine maßgebende Rolle gespielt hat.

Drittens muss der Beschlusskörper mindestens zwischen zwei Entscheidungsmöglichkeiten ohne Zwang wählen können⁹. Die Alternative zwischen ja und nein bzw. Zustimmung und Ablehnung reicht schon aus, wenn kein äußerer Zwang ausgeübt wird. Gibt es indes keine Alternative, dann kommt es auf die Mehrheit gar nicht an und die Entscheidung mutiert zur bloßen Akklamation oder Kundgabe einer weitgehend fiktiven Einmütigkeit. Umgekehrt gilt aber auch, dass zu viele Entscheidungsmöglichkeiten eine wirkliche Mehrheitsentscheidung verhindern können. Entweder gilt dann lediglich das relative Mehrheitserfordernis, das bei zahlreichen Alternativen schon marginalen Stimmenzahlen zum Sieg verhelfen kann, oder das Entscheidungsverfahren muss in einem komplexen und langwierigen Prozess die Alternativen auf wenige reduzieren, was unvermeidlich Rationalitäts- und Transparenzeinbußen zur Folge hat.

Viertens ist die Mehrheit – von wenigen Gremien abgesehen – nur in einem fest geregelten, geordneten Verfahren zu ermitteln, das eine genaue Feststellung der

⁶ So auch das Bundesverfassungsgericht: BVerfGE 1, 299 (314).

⁷ Dazu Heun, Mehrheitsprinzip 112f.

⁸ Georg Jellinek, Das Pluralwahlrecht und seine Wirkungen (Dresden 1905) 33; etwas anderes gilt für Kollegien, die in einem Bundesstaat die Gliedstaaten unterschiedlicher Größe repräsentieren, wie etwa der deutsche Bundesrat; hier halten sich dauerhaft unterschiedliche Stimmgewichte. Ähnliches gilt für die Europäische Union.

⁹ Näher Heun, Mehrheitsprinzip 130–144.

Mehrheit ermöglicht¹⁰ und umso komplexer ist, je größer die Zahl der Abstimmungsteilnehmer ist. Nur ein solches Verfahren sichert die notwendige Rationalität. Ein geordnetes Verfahren ist auch Gradmesser und Indiz dafür, dass die Mehrheit tatsächlich entscheidet, denn die Übergänge von amorphen Akklamationshandlungen über grobe Schätzungen bis zur exakten Stimmenauszählung sind fließend. Regelmäßig korrespondiert freilich die Genauigkeit der Zählung und Berechnung der Mehrheit mit der realen Macht des Beschlusskörpers, die Entscheidung zu treffen. Je weniger präzise das Auszählungsverfahren ist, umso größere Entscheidungsgewalt kommt dem- bzw. denjenigen zu, welche die Mehrheit feststellen. Den historischen Quellen ist eine Mehrheitsentscheidung deshalb erst dann mit Sicherheit zu entnehmen, wenn tatsächlich eine genaue Stimmzählung berichtet wird oder Stimmsteine archäologisch nachweisbar sind. Die allgemeine Behauptung einer unspezifizierten Zustimmung einer Versammlung oder ihrer Mehrheit allein lässt nicht den zwingenden Schluss auf die Geltung des Mehrheitsprinzips zu¹¹. Das schließt nicht aus, dass bei klaren, eindeutigen Mehrheitsverhältnissen auch eine Schätzung ausreicht, bei knappen Stimmverhältnissen muss es indes zu einer exakten Stimmzählung kommen¹². Freilich können ergänzende systematische Überlegungen unter Umständen die Folgerung zulassen, dass das Mehrheitsprinzip galt, da Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Grundelementen der Mehrheitsentscheidung bestehen. So können etwa die Gleichheit der Abstimmungsberechtigten, wirkliche Alternativen und die unmittelbare Verbindlichkeit der Entscheidung Unsicherheiten des Verfahrens eventuell kompensieren. Insgesamt ist das geordnete Verfahren mehr Konsequenz als Vorbedingung der drei genannten Elemente¹³.

Fünftens bedingt das Mehrheitsprinzip die Gleichzeitigkeit der Abstimmung, die innerhalb eines eng begrenzten Zeitraums erfolgen muss¹⁴. Andernfalls repräsentiert die Entscheidung möglicherweise nicht mehr die Mehrheit. Dabei handelt

¹⁰ Eingehend *Heun*, Mehrheitsprinzip 162–173.

¹¹ Noch weniger ist allein aus dem Bestehen von Bürgerversammlungen oder -gremien auf die Geltung des Mehrheitsprinzips zu folgern; höchst zweifelhaft ist daher, ob im frühen Mesopotamien Mehrheitsentscheidungen stattfanden, vgl. etwa klassisch *Thorkild Jacobsen*, *Primitive Democracy* (1943), in: *ders.*, *Toward the Image of Tammuz and other Essays* (Cambridge, Mass. 1970) 157–172; ferner *H. Reviv*, *On Urban Representative Institutions and Self-Government in Syria-Palestine in the Second Half of the Second Millennium B.C.*, in: *JESHO* 12 (1969) 283–297; diese Zweifel gelten ebenfalls, wenngleich in geringerem Maß, für die frühen indischen Republiken; dort finden sich überwiegend nur Hinweise auf Kollegien und größere (Volks-)Versammlungen, aber vereinzelt auch auf förmliche Stimmabgaben, vgl. *J.P. Sharma*, *Republics in Ancient India* (Leiden 1968) 113f.; ob hier das Mehrheitsprinzip galt, ist freilich offen; auch bei griechischen Versammlungen darf nicht allein aus deren Existenz auf die Geltung des Mehrheitsprinzips bzw. auf eine Demokratie geschlossen werden; so aber *Eric W. Robinson*, *The First Democracies* (*Historia Einzelschriften* 107, Stuttgart 1997) 73–122.

¹² S. unten.

¹³ Es wird daher im Folgenden nicht gesondert thematisiert.

¹⁴ Dazu *Heun*, Mehrheitsprinzip 165f.; das Problem ist heute bei Briefwahlen relevant.

es sich um eine notwendige aber nicht sonderlich prekäre und in der Antike unproblematische Voraussetzung¹⁵.

Die genannten Strukturelemente bedingen die Entstehung der Mehrheitsentscheidung, die sich in vielfältigen Personengruppen und Zusammenschlüssen von kleinen politischen Entscheidungsgremien über Gerichte bis hin zu Volksversammlungen durchsetzen kann. Die Geltung des Mehrheitsprinzips hängt außerdem nicht allein vom Vorliegen der fünf Strukturelemente ab. Die getroffenen Entscheidungen müssen auch verbindlich sein. Die Verbindlichkeit darf insoweit zum einen nicht von der freien Entscheidung einer weiteren Instanz abhängen und muss zum anderen die Anerkennung der Betroffenen und Verpflichteten finden. Die Anerkennung der Verbindlichkeit ihrerseits beruht dabei nicht nur auf faktischer Durchsetzungsmacht der Mehrheit oder des politischen Systems, sondern auf der Legitimität des Gesamtsystems wie des Verfahrens der Mehrheitsentscheidung als solchem.

II. Rechtliche Einheit als Voraussetzung

Die zu rechtlicher Einheit verdichtete Zahlenganzheit stellt eine weniger triviale Voraussetzung dar, als auf den ersten Blick erkennbar sein mag. Je größer der Beschlusskörper ist, umso schwieriger gestaltet sich eine feste Grenzziehung. Deshalb wird sich das Mehrheitsprinzip vermutlich zuerst in kleineren Gremien durchgesetzt haben, bevor Volksversammlungen Mehrheitsentscheidungen getroffen haben. Zwar ist bei größeren (Volks-)Versammlungen prinzipiell die Anknüpfung an Anwesende möglich, für verbindliche Entscheidungen, die fast immer auch Abwesende verpflichten sollen, sind beliebige Zufallsanwesenheiten und damit Zufallsmehrheiten aufgrund ihrer zweifelhaften Legitimität aber keine geeignete Grundlage. Bei größeren Volksversammlungen muss jedenfalls die Abstimmungsberechtigung im Voraus feststehen und prinzipiell die Möglichkeit des Zugangs zur Abstimmung bestehen. Die Abstimmungsberechtigung begründet in diesen Fällen die Bindungswirkung für die willentlich Abwesenden. Das Mehrheitsprinzip setzt sich bei Wahlentscheidungen im Hochmittelalter daher regelmäßig erst definitiv nach Ausbildung fest umgrenzter Wahlkollegien durch. Im Bereich der römischen Kirche, deren Organisationsstrukturen viel früher als im weltlichen Bereich klare Konturen gewinnen, findet das Mehrheitsprinzip zwar schon früh immer wieder Anwendung¹⁶, als festes, definitives Wahlverfahren wird

¹⁵ Sie wird deshalb im Weiteren nicht näher erörtert.

¹⁶ Heun, Mehrheitsprinzip 49 mwN.; Werner Maleczek, Abstimmungsarten, in: R. Schneider, H. Zimmermann (Hrsg.), Wahlen und Wählen im Mittelalter (Vorträge und Forschungen 37, Sigmaringen 1990), im Folgenden zitiert Schneider, Zimmermann, Wahlen und Wählen 79–134 (103), im Folgenden zitiert Maleczek, Abstimmungsarten; François Louis Ganshof, Note sur l'élection des évêques dans l'empire romain au IV^e et pendant la première moitié de V^e siècle, in: Revue internationale des droits de l'antiquité 4 (1995) 467–498.

es indes erst nach Festlegung eindeutig abgegrenzter Wahlkörper im 12. Jahrhundert etabliert¹⁷.

Für die Papstwahl war es daher entscheidend, dass die Wahlmänner auf die Kardinäle beschränkt wurden und zugleich die Zwei-Drittel-Mehrheit in der Dekretale de evitanda 1179 n. Chr. definitiv niedergelegt wurde¹⁸. Auf der Ebene der Bischofswahlen erfüllte die Herausbildung der Domkapitel als Wahlkörper die gleiche Funktion¹⁹. Schließlich wurde nach dem gleichen Muster die deutsche Königs- und Kaiserwahl in das Kurfürstenkollegium als einzigem Wahlkörper verlegt, womit sich zugleich das offene Mehrheitsprinzip durchsetzte²⁰, das endgültig in der Goldenen Bulle von 1356 geregelt wurde²¹.

¹⁷ Zuvor bildeten die Wähler noch keinen stabilen Körper vgl. auch *Paul Schmid*, Der Begriff der kanonischen Wahlen in den Anfängen des Investiturstreits (Stuttgart 1926) 39f., im Folgenden zitiert *Schmid*, Begriff.

¹⁸ Nachdem die Dekretale in nomine (c 1 D 23) das Kollegium 1059 zuerst auf die sieben Kardinälbischöfe – freilich unter Beteiligung weiterer Kreise – beschränkt hatte (vgl. dazu *Detlev Jasper*, Das Papstwahldekret von 1059 [Beiträge zur Geschichte und Quellenkunde des Mittelalters 12, Sigmaringen 1986] 7 mit Text der echten und der gefälschten Fassung; vgl. ferner dazu *Schmid*, Begriff 126–130), erstreckte Licet de evitanda 1179 (c 6 X, I 6) die Wahlberechtigung auf alle Kardinäle und setzte die 2/3-Mehrheit fest, die allerdings erhebliche Verzögerungen bewirken konnte, so dass auf dem Konzil von Lyon 1274 das Konklave als Disziplinierungsmittel eingeführt wurde (*Ubi periculum*), s. *Willibald Plöchl*, Geschichte des Kirchenrechts II (Wien 1955) 77f.; die Faszination der 2/3 dürfte als solche wohl auf Dig. 50, 9, 3 zurückzuführen sein, obwohl es sich dort um ein Quorum handelt; *Heun*, Mehrheitsprinzip 125f.; zweifelnd dagegen *Maleczek*, Abstimmungsarten 103f.

¹⁹ Vgl. *Bernhard Schimmelpfennig*, Papst- und Bischofswahlen seit dem 12. Jahrhundert, in: *Schneider, Zimmermann*, Wahlen und Wählen 173–195 (189–191); *Klaus Ganzer*, Zur Beschränkung der Bischofswahl auf die Domkapitel in Theorie und Praxis des 12. und 13. Jahrhunderts, in: ZRG Kan. Abt. 57 (1971) 22–82; 58 (1972) 166–197; zur Zurückdrängung der Laien vgl. *Robert L. Benson*, The Bishop Elect. A Study in Medieval Ecclesiastical Office (Princeton, N.Y. 1968) 28–45; *Hubert Müller*, Der Anteil der Laien an der Bischofswahl (Kanunistische Studien und Texte 29, Amsterdam 1977) 25–203.

²⁰ 1257 waren die Kurfürsten erstmals die einzigen Wähler, 1273 bildeten sie bereits einen geschlossenen Wahlkörper; die ältere Forschung zusammenfassend *Winfried Becker*, Der Kurfürstenrat – Grundzüge seiner Entwicklung in der Reichsverfassung und seine Stellung auf dem Westfälischen Friedenskongress (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte 5, Münster 1973) 23–47, 68–74; *Heun*, Mehrheitsprinzip 53f. mit Fn. 103–105; zur neueren Debatte über die Entstehung des Kurfürstenkollegiums einerseits *Franz-Reiner Erkens*, Kurfürsten und Königswahl. Zu neuen Theorien über den Königwahlparagraphen im Sachsen-Spiegel und die Entstehung des Kurfürstenkollegiums (Hannover 2002); *ders.* Vom historischen Deuten und Verstehen, in: ZRG (Germ. Abt.) 122 (2005) 327–351 und andererseits *Armin Wolf*, Die Entstehung des Kurfürstenkollegs 1198–1298 (Idstein ²2000); zuletzt *Alexander Begert*, Die Entstehung und Entwicklung des Kurkollegs. Von den Anfängen bis zum frühen 15. Jahrhundert (Schriften zur Verfassungsgeschichte 81, Berlin 2010) 22–170, speziell zum Mehrheitsprinzip mit allerdings falscher Begrifflichkeit der Mehrheitsarten 171–193.

²¹ C.II 4, in: *Karl Zeumer* (Hrsg.), Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung I (²1913) 197 (Nr. 148); vgl. auch *Jürgen Miethke*, Die Wahldekrete bei der Wahl eines rex Romanorum im spätmittelalterlichen Deutschland, in: Festschrift Peter Moraw (Berlin 2000) 89–113; *Ernst Schubert*, Königswahl und Königtum im spätmittelalterlichen Reich, in: ZHF 4 (1977) 257–338.

Die Relevanz gerade rechtlicher Verdichtung und Festlegung der rechtlichen Einheit wird eindrücklich durch den engen Zusammenhang der Ausbildung der Kollegien und des Mehrheitsprinzips mit der mittelalterlichen Korporationstheorie belegt²².

Sehr viel schwieriger gestaltete sich die präzise Abgrenzung der Bürgerschaft bei städtischen Volksversammlungen. Solange der Kreis der Abstimmungsberechtigten nicht feststeht, spricht alles dafür, dass es sich bei Äußerungen der Volksversammlungen nicht um echte Mehrheitsentscheidungen handelt. Deshalb dürfte eine rechtlich eindeutige Bestimmung der Bürgerschaft eine notwendige Voraussetzung für Mehrheitsentscheidungen durch Volksversammlungen sein. Das begrenzt den Zeitraum der Entstehung von Mehrheitsentscheidungen in den athenischen Volksversammlungen²³. Da die Solonschen Gesetze die Bürgerschaft zwar bereits prinzipiell gegen Sklaven und Fremde abgrenzen²⁴, aber noch nicht formell und materiell eindeutig festlegen²⁵, ist schon aus diesem Grund eine Verlegung des Mehrheitsprinzips auf diese Zeit zweifelhaft²⁶. Endgültig ist das Bürgerrecht und vor allem seine Exklusivität erst mit den Reformen des Kleisthenes²⁷, die zudem eine formale Registrierung einführen²⁸, gesichert. In Rom entstand ein mit politischem Stimmrecht verbundenes abstraktes Bürgerrecht erst in den Ständekämpfen²⁹, die Institution einer *civitas sine suffragio* erlaubte später eine Integration der inkorporierten Unterworfenen ohne Aufweichung der Stimmberechtigung³⁰. In

²² Zum engen Zusammenhang von Mehrheitsprinzip, Korporationstheorie und Repräsentationsgedanken vgl. schon *Otto von Gierke*, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bde. (1873ff., Ndr. Graz 1954) Bd. III, 312–330; *Hasso Hofmann*, Repräsentation. Studie zu Wort und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert (Schriften zur Verfassungsgeschichte 22, Berlin 1974) 221f., 228.

²³ Zur Entwicklung des athenischen Bürgerrechts vgl. *John K. Davies*, Athenian Citizenship. The Descent Group and the Alternatives, in: *Classical Journal* 73 (1977/78) 105–121; *Hansjörg Reinau*, Die Entstehung des Bürgerbegriffs bei den Griechen (Diss. Phil. Basel 1981), im Folgenden zitiert *Reinau*, Entstehung; *Philip B. Manville*, The Origins of Citizenship in Ancient Athens (Princeton, N.J. 1990), im Folgenden zitiert *Manville*, Origins; *R.K. Sinclair*, Democracy and Participation in Athens (Cambridge 1988) 24–34; *David Whitehead*, Norms of Citizenship in Ancient Greece, in: *Anthony Molho* u. a. (Hrsg.), City-States in Classical Antiquity and Medieval Italy (Stuttgart 1991), im Folgenden zitiert *Molho*, City-States 135–154.

²⁴ Vgl. *Manville*, Origins 132–144.

²⁵ *Reinau*, Entstehung 28–51; *Kurt A. Raaflaub*, Die Entdeckung der Freiheit (München 1985) 62 mit Fn. 141, im Folgenden zitiert *Raaflaub*, Entdeckung.

²⁶ Nachweise dazu noch unten bei der Gleichheit.

²⁷ Vgl. dazu im Hinblick auf das Bürgerrecht *Manville*, Origins 185–209; knapp zur Transformation in einen Bürgerverband auch *Kurt A. Raaflaub*, Einleitung und Bilanz. Kleisthenes, Ephialtes und die Begründung der Demokratie, in: *Kinzl*, Demokratie 1–54 (22f.), im Folgenden zitiert *Raaflaub*, Einleitung.

²⁸ *Manville*, Origins 188.

²⁹ Zur Entwicklung der Volksbeschlüsse in Rom eingehend *Jochen Bleicken*, Lex publica, Gesetz und Recht in der römischen Republik (Berlin 1975) 72–99, zur Bedeutung der Ständekämpfe 84f.

³⁰ Zum römischen Bürgerrecht vgl. hier nur *Jochen Bleicken*, Die Verfassung der Römischen Republik (Paderborn 1995) 17–23, 220–224; zur *civitas sine suffragio* insbes. *A.N. Sherwin-White*, The Roman Citizenship (Oxford 1973) 39–58.

den Städten des Mittelalters bildet sich zwar der Bürgerstatus früh heraus³¹, bei städtischen Volksversammlungen findet jedoch kaum eine Kontrolle statt, ob ausschließlich formal berechnete Bürger teilnahmen, so dass diesen Versammlungen wohl eher eine Akklamationsfunktion als eine abschließende verbindliche Entscheidungskompetenz mittels Mehrheitsbeschluss zukam³².

III. Das Gleichheitsproblem

Selbst wenn die Frage der Abstimmungs- oder Wahlberechtigung prinzipiell lösbar oder geklärt ist, versteht sich damit die Mehrheitsregel bei kollektiven Entscheidungen noch nicht von selbst. Die Gleichheit der Stimmen stellt die Geltung des Mehrheitsprinzips sogar vor noch höhere Hürden. Auch für die Anerkennung der Gleichheit gilt wiederum, dass sie in Kollegien mit einer begrenzten Mitgliederzahl sehr viel einfacher zu erreichen ist als in Volksversammlungen. Diese Beobachtung trifft ganz besonders auf die frühe Entstehung der Mehrheitsentscheidung zu, da Gesellschaften regelmäßig nach Überwindung akephaler Zustände hierarchische Strukturen ausbilden und jegliche Herrschaft anfangs aus Prestige- und Autoritätsgefälle entsteht und damit Ungleichheit schafft³³. Vermutlich gelangt daher das Mehrheitsprinzip zuallererst in aristokratischen Gremien zur Anwendung, deren Mitglieder als Teil einer Elite auf der Basis einer grundsätzlichen Gleichheit agieren³⁴. Die notwendige Gleichheit der Abstimmungsberechtigten ist daher wohl gerade nicht in ganz frühen Volksversammlungen zu finden, sondern eher einer späteren evolutionären Phase zuzuordnen.

Die Entwicklung der Mehrheitsentscheidung im antiken Griechenland belegt diese These nachdrücklich. So ist die homerische Heeresversammlung noch sehr stark von Prestigeunterschieden geprägt³⁵, die in der Beschränkung des Rede-

³¹ Exemplarisch *William M. Bowsky*, *Medieval Citizenship: The Individual and the State in the Commune of Siena 1287–1355*, in: *Studies in Medieval and Renaissance History* 4 (1967) 193–238; vgl. auch *Peter Riesenberger*, *Citizenship and Equality in Late Medieval Italy*, in: *Studia Gratiana* 15 (1972) 423–439.

³² Zwar galt die Volksversammlung der Einwohnerschaft in italienischen Kommunen als das höchste Organ, vgl. für Mailand *Hagen Keller*, *Die soziale und politische Verfassung Mailands in den Anfängen des kommunalen Lebens*, in: *HZ* 211 (1970) 34–64 (52–55), konnte aber kaum anders als durch Akklamation den einmütigen Willen der städtischen *universitas* zum Ausdruck bringen, vgl. auch *Maleczek*, *Abstimmungsarten* 94, 106; *Robert Davidson*, *Geschichte von Florenz*, 4 Bde. (Darmstadt 1896–1927, Ndr. 1960) Bd. IV/1, 58f.

³³ Vgl. knapp *Heun*, *Herrschaft* Sp. 947.

³⁴ So hat beispielsweise der Areopag wohl schon in Solonscher Zeit – also erheblich vor der Volksversammlung – mit Mehrheit entschieden, wie der Vortrag von Winfried Schmitz in diesem Band nahelegt. Die erste reale Mehrheitsentscheidung, von der Herodot, *Historien* VI, c. 109f. berichtet, ist die der Heerführer bei Marathon.

³⁵ Allgemein zur Einordnung *Moses Finley*, *The World of Odysseus* (rev. ed. New York 1978) 80–83; *Christoph Ulf*, *Die homerische Gesellschaft. Materialien zur analytischen Beschreibung und historischen Lokalisierung* (Vestigia 83, München 1990) 164–171.

rechts besonders hervortreten³⁶. Die Heeresversammlung äußert daher lediglich diffuse Zustimmung, die akklamatorische Bedeutung hat, aber keine Mehrheitsentscheidung darstellt³⁷. Die tatsächlichen Entscheidungsfunktionen der Volksversammlung in Sparta haben sicher gegenüber den homerischen schon zugenommen, gleichwohl kann man hier allenfalls sehr beschränkt von wirklichen Mehrheitsentscheidungen sprechen³⁸. Darauf weisen mehrere Indizien hin. Erstens ist die Feststellung der Mehrheit nach der Lautstärke zwar ein gewisser Gradmesser für die Intensität der jeweiligen Meinungsäußerung³⁹, im Ganzen jedoch ein wenig präzises Zählverfahren, das schon Aristoteles abschätzig bewertete⁴⁰. Zweitens konnte die Mehrheit zwar im Zweifel durch Auseinandertreten festgestellt werden, diese Methode kam aber extrem selten vor⁴¹. Drittens spricht der Zusatz der Großen Rhetra auch formalrechtlich gegen eine Überschätzung des Mehrheitsentscheids in der Volksversammlung⁴². Vielmehr lag die definitive, verbindliche Entscheidung jedenfalls im Regelfall nicht bei der Volksversammlung, sondern bei deren Leitung, den Ephoren, die gerade auch die durch Zuruf geäußerte Zustimmung oder Ablehnung flexibel interpretieren konnten⁴³. Sie ist Ausdruck einer langfristig stärker durch Ungleichheit geprägten Gesellschaft⁴⁴,

³⁶ Vgl. insbesondere J.A.O. Larsen, *The Origins and Significance of the Counting of Votes*, in: *Classical Philology* 44 (1949) 164–181 (165), im Folgenden zitiert *Larsen, Origins*; deutsch auch in: Fritz Gschnitzer (Hrsg.), *Zur Griechischen Staatskunde* (Darmstadt 1969) 184–218 (187); Georg Busolt, *Griechische Staatskunde I* (München 1921) 336–40; zur Thersites Episode vgl. G.T. Griffith, *Isegoria in the Assembly at Athens*, in: *Ancient Society and Institutions. Studies presented to V. Ehrenberg* (Oxford 1966) 115–138 (117), im Folgenden zitiert *Griffith, Isegoria*.

³⁷ Es fehlt auch schon an einer formalen Abstimmung und einem geordneten Verfahren, s. *Larsen, Origins* 165, 187; Chester G. Starr, *Individual and Community: The Rise of the Polis 800–500 B.C.* (New York 1986) 20; auch Homer, *Odyssee* 24, 462ff. lässt sich nicht als Hinweis auf eine Mehrheitsentscheidung oder -regel (so Egon Flaig in seiner Einführung zum Kolloquium; Hinweis auf diese Stelle auch bei *Larsen, Origins* 167, 191) verstehen, da es hier gar nicht um eine irgendwie geartete Entscheidung geht, sondern nur „mehr als die Hälfte“ dem Rat des Halitherses folgt, während die anderen gegen Odysseus zu den Waffen greifen und damit in ihr Verderben gehen.

³⁸ So im Ergebnis auch *Larsen, Origins* 168f., 192f.

³⁹ Vgl. Heun, *Mehrheitsprinzip* 209–214 zum Intensitätsproblem mit Fn. 35 zu Sparta; eingehend Egon Flaig, *Die spartanische Abstimmung nach der Lautstärke*, in: *Historia* 42 (1993) 139–160, bes. 153; E. S. Staveley, *Greek and Roman Voting and Elections* (London 1972) 74–76; im Folgenden zitiert *Staveley, Voting*.

⁴⁰ Aristoteles, *Politik* 1271a.

⁴¹ Thukydides, *Der peloponnesische Krieg I*, c 87; *Staveley, Voting* 76.

⁴² Vgl. dazu Klaus Bringmann, *Die Große Rhetra und die Entstehung des spartanischen Kosmos* (1975), in: Karl Christ (Hrsg.), *Sparta* (Darmstadt 1986), im Folgenden zitiert *Christ, Sparta* 351–386 (355 Text, 364–368) im Folgenden zitiert *Bringmann, Rhetra*.

⁴³ Vgl. auch Lukas Thommen, *Lakedaimonion Politeia. Die Entstehung der spartanischen Verfassung* (Historia Einzelschriften 103, Stuttgart 1996) 38–41; die Qualifizierung Spartas als Demokratie (Aristoteles, *Politik* 1270b), dem folgend Klaus Bringmann, *Die Verfassung Spartas – ein Sonderfall* (1980), in: *Christ, Sparta* 448–469 (461f.) ist im Hinblick darauf kaum zu halten; vgl. auch Karl-Wilhelm Welwei, *Die griechische Polis* (Stuttgart 1983) 118–122, im Folgenden zitiert *Welwei, Polis*; in der Gerousia dürfte dagegen schon viel früher mit Mehrheit entschieden worden sein s. auch Anthony Andrewes, *The Government of Sparta* (1966), dt. in: *Christ, Sparta* 290–316 (296).

⁴⁴ Vgl. auch Bringmann, *Rhetra* 378–386.

die sich bereits begrifflich in der Bezeichnung der Spartaner als *homoioi* statt *isoi* äußert⁴⁵.

Das Paradebeispiel für die Entstehung der Mehrheitsentscheidung ist daher die Volksversammlung in Athen. Der genaue Zeitpunkt des Übergangs von akklamatorischer Zustimmung zu verbindlicher Mehrheitsentscheidung ist freilich selbst hier unsicher. Feststehen dürfte, dass vor den Reformen Solons die Volksversammlung keine Mehrheitsentscheidung treffen konnte⁴⁶. Zweifelhaft ist indes, ob ihr schon seit Solon die der Mehrheitsabstimmung innewohnende Entscheidungskompetenz zukam⁴⁷. Zwar sah die Solonsche Timokratie unbestritten in erster Linie lediglich eine Staffellung der passiven Wahlberechtigung nach Vermögenskategorien vor, gleichwohl waren die Theten relativ scharf von den Zensusklassen, den Hoplitzen, abgegrenzt. Dieser Status offensichtlicher Ungleichheit spricht gegen eine maßgebende Entscheidung der Volksversammlung durch ein egalitäres, alle Bürger gleichstellendes Mehrheitsvotum. Auch das offenbar unveränderte Fortleben der Volksversammlung unter der Tyrannis⁴⁸ verweist auf eine stärker akklamatorische Rolle wie diejenige der spartanischen Apella. Den entscheidenden Schritt zur verbindlichen Mehrheitsentscheidung vollzieht daher wohl erst die Reform des Kleisthenes⁴⁹, die nicht nur das Bürgerrecht scharf gegenüber Nichtbürgern abgrenzt⁵⁰, sondern durch das differenzierte und ausgeklügelte Einteilungssystem in 139 Deme und 10 Phylen mit der geographischen Dreiteilung der Wahlkörper⁵¹ die radikale Gleichheit der Bürger, die Isonomie⁵², begründet.

⁴⁵ Vgl. Paul Cartledge, Comparatively Equal, in: Josiah Ober, Charles Hedrick (Hrsg.), *Demokratia* (Princeton, N.J. 1996) im Folgenden zitiert Ober, Hedrick, *Demokratia* 175–185 (180f.).

⁴⁶ Anders aber etwa Larsen, *Origins* 164, 170, 184, 196, der diesen Vorgang bereits ins 7. Jahrhundert v. Chr. verlegt.

⁴⁷ Die Auffassung ist in der Literatur geteilt, vgl. P.J. Rhodes, *A Commentary on the Aristotelian Athenaion Politeia* (Oxford 21993) 140f., 154 für Mehrheitsentscheidung, im Folgenden zitiert Rhodes, *Commentary*; erst bei Kleisthenes dies annehmend etwa Meier, *Entstehung* 274; Martin Ostwald, *Nomos and the Beginning of the Athenian Democracy* (Oxford 1969) 156, im Folgenden zitiert Ostwald, *Nomos*; wohl auch Jochen Bleicken, *Die athenische Demokratie* (Paderborn 21994) 23 „politisch Berechtigte“, aber keine, „Aktiv-Bürger“ sowie ebd. 49, im Folgenden zitiert Bleicken, *Demokratie*; Welwei, *Polis* 162f.; Raaflaub, *Entdeckung* 62.

⁴⁸ Josiah Ober, *Mass and Elite in Democratic Athens* (Princeton, N.J. 1989) 67; vgl. auch Welwei, *Polis* 165, 166; Bleicken, *Demokratie* 33f.; C.A. Hignett, *A History of the Athenian Constitution to the End of the Fifth Century* (Oxford 1962) 115–117, im Folgenden zitiert Hignett, *Constitution*; zur Abhängigkeit der Tyrannis vom Konsens, s. auch Michael Stahl, *Aristokraten und Tyrannen im archaischen Athen* (Stuttgart 1987) 183f., 189.

⁴⁹ Zur Neuordnung des Kleisthenes insgesamt vgl. hier nur Rhodes, *Commentary* 240–262; Ostwald, *Nomos* 137–173; Josiah Ober, *The Athenian Revolution of 508/7 B.C.: Violence, Authority, and the Origins of Democracy* (1993), in: *ders.*, *The Athenian Revolution. Essays on Ancient Greek Democracy and Political Theory* (Princeton, N.J. 1996) 32–52 sieht hier sogar den entscheidenden revolutionären Bruch.

⁵⁰ Siehe oben.

⁵¹ Zur territorialen Organisation John S. Traill, *The Political Organization of Attica* (Princeton, N.J. 1975).

⁵² Der Begriff der Isonomia wie der *Demokratia* ist wörtlich erst im letzten Drittel des 5. Jahrhunderts bezeugt, vgl. hier nur Raaflaub, *Entdeckung* 115–118; *ders.*, *Einleitung* 46–51 m. v. N.,

Damit sind die Voraussetzungen egalitärer Mehrheitsentscheidung geschaffen⁵³. Die Geltung des Mehrheitsprinzips ist allerdings auch in der Versammlung einer Hoplitenpoliteia denkbar, sofern die Stimmberechtigung auf die nach einem Vermögenszensus bestimmten Hopliten beschränkt ist und die übrigen Bürger ausgegrenzt werden⁵⁴.

Die Ausweitung der Kompetenzen der Volksversammlung durch Ephialtes, die den Übergang zur Demokratie bewirkt⁵⁵, stellt dagegen lediglich eine Ausdehnung des Anwendungsbereiches demokratischer Mehrheitsentscheidung dar⁵⁶, konstituiert sie aber nicht. Auch die zusätzlich egalisierende Wirkung der Einführung des Losentscheids für das Archontenamt im Jahre 487⁵⁷ ändert nichts an der prinzipiellen Geltung des Mehrheitsprinzips in der Volksversammlung. Ferner ist es unschädlich, dass im Regelfall die Leitung der Volksversammlung die Mehrheit nur schätzungsweise bestimmt. Entscheidend ist, dass bei unklaren Mehrheiten immer eine exakte Stimmzählung mit Stimmsteinen erfolgt⁵⁸.

Die Entwicklungen in Rom erhellen die Bedeutung der Gleichheit ebenfalls nachdrücklich. Das Mehrheitsprinzip setzt sich hier in der Republik früh durch⁵⁹, freilich in charakteristischen Modifizierungen in den verschiedenen Beschlusskör-

gehört sachlich aber wohl in den Kontext der Reform des Kleisthenes; vgl. auch Kurt A. Raaf-laub, *Equalities and Inequalities in Athenian Democracy*, in: Ober, Hedrick, *Demokratia* 139–174 (144f.); Ostwald, *Nomos* 96–136, 137–160; Isonomia wird daher auch mit der Herrschaft der Mehrheit gleichgesetzt, vgl. bereits Aristoteles, *Politik* 1291b; Włodzimierz Lengauer, *Die politische Bedeutung der Gleichheitsidee im 5. und 4. Jahrhundert v. Chr. Einige Bemerkungen über Isonomia*, in: Festschrift G. Wirth I (Amsterdam 1988) 53–87 (66); den Zusammenhang mit der Demokratie bestreitend dagegen Mogens H. Hansen, *Was Athens a Democracy? Popular Rule, Liberty and Equality in Ancient and Modern Political Thought* (Hist. Philos. Mitteilungen der Kgl. Akad. d. Wiss. und Lit. 59, Kopenhagen 1989) 23f.

⁵³ Erst nach Kleisthenes bildet sich das Verfahren in der Volksversammlung aus, s. Jochen Martin, *Von Kleisthenes zu Ephialtes* (1974), in: Kinzl, *Demokratia* 160–212 (184), im Folgenden zitiert Martin, Kleisthenes.

⁵⁴ Gerade die Einbeziehung der Nichtbesitzenden ist freilich die ursprüngliche Besonderheit Athens, vgl. Wolfgang Schuller, *Zur Entstehung der griechischen Demokratie außerhalb Athens* (1979), in: Kinzl, *Demokratia* 302–323 (308–319).

⁵⁵ Martin Ostwald, *From Popular Sovereignty to the Sovereignty of Law: Society and Politics in Fifth-Century Athens* (Berkeley 1986) 28–83; Raaf-laub, *Einleitung* 37–42 m. w. N.; Jochen Bleicken, *Wann begann die athenische Demokratie?*, in: HZ 260 (1995) 337–364 auch in: ders., *Gesammelte Schriften* (Stuttgart 1998) 13–40; Martin, Kleisthenes 194–209.

⁵⁶ Raaf-laub, *Einleitung* 38.

⁵⁷ R.J. Buck, *The Reforms of 487 B.C. in the Selection of Archons*, in: *Classical Philology* 60 (1965) 96–101; Hignett, *Constitution* 173–176.

⁵⁸ Zum Verfahren – allerdings vor allem in späterer Zeit – eingehend etwa Bleicken, *Demokratie* 165–177; Mogens H. Hansen, *How Did the Athenian Ecclesia Vote?*, in: *Greek, Roman and Byzantine Studies* 18 (1977) 123–137; P.J. Rhodes, *Notes on Voting in Athens*, in: *Greek, Roman and Byzantine Studies* 22 (1981) 125–132. Beim Ostrakismus wird ohnehin mit Stimmsteinen entschieden.

⁵⁹ Entwickelt sich in den Volksversammlungen auch hier zunächst aus Formen der Akklamation, wie sich aus der Etymologie des Begriffs *suffragium* erschließen lässt, s. Jyri Vaahtera, *The Origin of Latin suffragium*, in: *Glotta* 71 (1993) 66–80. Siehe dazu nun den Beitrag von Martin Jehne in diesem Band.

pern. Der römische Senat zeichnet sich durch eine prinzipielle aristokratische Gleichheit seiner Mitglieder aus, die eine unangefochtene Geltung des Mehrheitsprinzips erlaubt⁶⁰. Dessen tatsächliche Anwendung ist nicht nur durch Berichte über einzelne Abstimmungsergebnisse bezeugt, auch die Technik der *divisio*⁶¹ und die Aussage des Plinius, dass die Stimmen – bedauerlicherweise – nicht gewogen werden⁶², belegt die Praxis der Mehrheitsentscheidung wie auch die sicher in mancher Hinsicht fiktive Gleichheit der Senatoren. Sie schließt einen abgestuften Vorrang der Consulares aufgrund ihres höheren Prestiges in den Debatten und Abstimmungen nicht aus⁶³, der indes an der formalen Abstimmungsgleichheit nichts ändert⁶⁴.

In den Volksversammlungen gelang es durch eine raffinierte Ausgestaltung der Wahlverfahren die egalitäre Gleichheit des Mehrheitsprinzips mit den oligarchischen ungleichen Herrschaftsstrukturen zu vereinbaren. Auf einer ersten Stufe wurden die Kompetenzen auf die Zenturiatskomitien einerseits, die die hohen Magistrate wählten, und die Tributkomitien andererseits, denen die übrigen Wahlen sowie Gesetzgebungsaufgaben übertragen waren, aufgeteilt⁶⁵. Auf der zweiten Stufe wurde zwar innerhalb der einzelnen Beschlusskörper Gleichheit hergestellt, so dass dort jeweils auch aufgrund exakter Stimmenzählung mit (relativer) Mehrheit abgestimmt wurde⁶⁶, aber vor allem zwischen den 193 Zenturiatskomitien be-

⁶⁰ *Marianne Bonnefond-Coudry*, *Le Sénat de la République Romaine de la Guerre de Hannibal à Auguste* (Rom 1989) 520–554, im Folgenden zitiert *Bonnefond-Coudry*, *Sénat*; *F.X. Ryan*, *Rank and Participation in the Republican Senate* (Stuttgart 1998) 72–87, im Folgenden zitiert *Ryan*, *Rank*; *Andrew Lintott*, *The Constitution of the Roman Republic* (Oxford 1999) 75–85.

⁶¹ Zum Verfahren im Senat *Theodor Mommsen*, *Römisches Staatsrecht* III/2 (Tübingen 41952) 998–1003, im Folgenden zitiert *Mommsen*, *Staatsrecht*; *Bonnefond-Coudry*, *Sénat* 525–538; zur *divisio Mommsen*, 991f.

⁶² *Sed hoc pluribus visum est numerantur enim sententiae non ponderantur ...* (Plinius, *Epistulae* II, 12).

⁶³ Vgl. dazu *Bonnefond-Coudry*, *Sénat* bes. 644–655; *Matthias Gelzer*, *Die Nobilität der römischen Republik* (1912), auch in: *ders.*, *Kleine Schriften* I (1964) 17–135 (35–39, 53–57); *Christian Meier*, *Die Ersten unter den Ersten des Senats. Beobachtungen zur Willensbildung im römischen Senat*, in: *Gedächtnisschrift Wolfgang Kunkel* (Frankfurt a. M. 1984) 185–204 (191f.), im Folgenden zitiert *Meier*, *Ersten*; *Ryan*, *Rank* 293–315.

⁶⁴ Auch in modernen Parlamenten werden die wesentlichen Entscheidungen durch eine kleine Gruppe maßgeblich vorentschieden, was aber ebenfalls an der formalen Gleichheit der Abgeordneten in der Abstimmung nichts ändert.

⁶⁵ Während die Kurien frühzeitig ihre Entscheidungskompetenzen verloren, vgl. zu den Funktionen und der Zusammensetzung näher *Staveley*, *Voting* 121–132; *Mommsen*, *Staatsrecht* III/1, 89–100, 240–290, 300–368; *Lily R. Taylor*, *Roman Voting Assemblies* (Ann Arbor 1966) 3–8, 59–84, 85–106, im Folgenden zitiert *Taylor*, *Assemblies*; zu den seit 241 v. Chr. feststehenden Tribus *Mommsen*, 161–198; *Lily R. Taylor*, *The Voting Districts of the Roman Republic* (Papers and Monographs of the American Academy in Rome XX, Rom 1960).

⁶⁶ Zum Verfahren *Staveley*, *Voting* 143–190; *Mommsen*, *Staatsrecht* III/1, 369–419; *Ursula Hall*, *Voting Procedures in Roman Assemblies*, in: *Historia* 13 (1964) 269–306; *Heun*, *Mehrheitsprinzip* 47f.; zur Prozedur der Gruppenwahl *Staveley*, *Voting* 133–142; *Mommsen*, *Staatsrecht* III/1, 397f.; *Taylor*, *Assemblies* 34, 70; relative Mehrheit: *Mommsen*, *Staatsrecht* III/1, 408.

stand eine erhebliche Ungleichheit in der Zusammensetzung⁶⁷. Dies hatte praktisch den Effekt einer Zuweisung unterschiedlichen Stimmgewichts, der noch dadurch verschärft wurde, dass die Abstimmung nach Erreichen der (absoluten) Mehrheit⁶⁸ der in der Reihenfolge nach ihrem Rang abstimmenden Zenturien abgebrochen wurde⁶⁹. Sachlich konnte den Bürgern auf diese Weise ein formal gleiches allgemeines Wahlrecht ohne Zensuseinschränkungen zuerkannt werden, die nach dem egalitären Mehrheitsprinzip abstimmten, faktisch aber ein ungleiches, abgestuftes Stimmgewicht bewahrt werden⁷⁰.

Die Entwicklung des Wahl- und Abstimmungsrechts in den italienischen Kommunen des Mittelalters ist ein weiteres Beispiel einer geschickten Aufteilung und Streckung der Entscheidungsverfahren, um egalitäre Mehrheitsentscheidungen mit ungleichen, oligarchischen Strukturen zu verbinden. Die Entwicklung begann mit der Einsetzung der ersten Konsuln am Ende des 11. Jahrhunderts und der Ausbildung der Kommuneverfassung⁷¹. Sachentscheidungen wurden in diesem System durch Räte getroffen, die wohl seit dem 12. Jahrhundert auch nach dem Mehrheitsprinzip abstimmten⁷², während den Volksversammlungen jedenfalls keine letztverbindlichen Sachentscheidungen überlassen wurden⁷³. Die oligarchischen Strukturen der italienischen Stadtkommunen bildeten sich vielmehr in den hochkomplexen Wahlverfahren ab, die mehrstufig aufgebaut waren⁷⁴, die unmittelbare Wahl wenigen Wahlmännern überantworteten, die ihrerseits entweder durch oligarchische Große Räte oder durch Los bestellt wurden. Im Gegensatz zu

⁶⁷ Vgl. *Staveley*, Voting 135.

⁶⁸ *Mommsen*, Staatsrecht III/1, 412.

⁶⁹ *Staveley*, Voting 179; *Taylor*, Assemblies 81

⁷⁰ Politische Gleichheit war in Rom kein normatives Konzept, s. *Jochen Bleicken*, Staatliche Ordnung und Freiheit in der römischen Republik (1972) 24; auch in: *ders.*, Gesammelte Schriften I (Stuttgart 1998) 185–280 (202).

⁷¹ Vgl. hierzu *Walter Goetz*, Die Entstehung der italienischen Kommunen im frühen Mittelalter (München 1944); *Gerhard Dilcher*, Die Entstehung der lombardischen Stadtkommune (Aalen 1967); *David Waley*, Die italienischen Stadtstaaten (München 1969) 57–109; *Philip Jones*, The Italian City-State. From Commune to Signoria (Oxford 1997) 333–358, im Folgenden zitiert *Jones*, City-State.

⁷² Vgl. *Eduardo Ruffini-Avondo*, I sistemi di deliberazione collettiva nel medioevo italiano (Torino 1927), jetzt in: *ders.* La ragione dei più (Bologna 1977) 211–316, bes. 239ff.; *Hagen Keller*, Wahlformen und Gemeinschaftsverständnis in den italienischen Stadtkommunen (12./14. Jahrhundert), in: *Schneider, Zimmermann*, Wahlen und Wählen 345–374, im Folgenden zitiert *Keller*, Wahlformen; *ders.*, „Kommune“. Städtische Selbstregierung und mittelalterliche Volksherrschaft im Spiegel italienischer Wahlverfahren des 12.–14. Jahrhunderts, in: *Festschrift Karl Schmid* (Sigmaringen 1988) 573–616, im Folgenden zitiert *Keller*, Kommune; knapp *Maleczek*, Abstimmungsarten 106f.

⁷³ Vgl. *Maleczek*, Abstimmungsarten 94f.

⁷⁴ *Keller*, Wahlformen 350–361; für Florenz vgl. *Nicolai Rubinstein*, Oligarchy and Democracy in Fifteenth-Century Florence, in: *Sergio Bertelli, Nicolai Rubinstein, Craig H. Smyth* (Hrsg.), Florence and Venice – Comparisons and Relations (Florenz 1979) 99–112 (101–104); der Extremfall war Venedig mit sieben Verfahrensstufen seit 1268, vgl. dazu *Kurt Heller*, Venedig. Recht, Kultur und Leben in der Republik 697–1797 (Wien 1999) 130–133; *Giuseppe Maranini*, La Costituzione di Venezia (1927, Ndr. Florenz 1974) I, 187–192.

Athen ist die Verwendung des Loses hier nicht Ausdruck der Gleichheit⁷⁵, sondern dient funktional allein als Zufallsprinzip der Verhinderung einer Erstarrung der Machtstrukturen⁷⁶, wirkt also innerhalb der Oligarchie. Die Erweiterung der Bürgerschaft durch das *popolo* in den Zunftkämpfen änderte die grundlegenden Strukturen nicht⁷⁷. So konnten die egalitären Elemente der Mehrheitsentscheidung unter Beibehaltung der Verfahrenstechnik überspielt werden.

Selbst innerhalb überschaubarer Kollegien, die sich eigentlich zur Anwendung des Mehrheitsprinzips eignen, kann jedenfalls die vollständige Durchsetzung blockiert werden, wie der Reichstag des Heiligen Römischen Reiches demonstriert. Die Vielfalt und außerordentlich differenzierte Rang- und Machtstellung der Herrschaftsträger im Alten Reich, aber auch dessen Bedeutungsverlust, verhinderten auf der Reichsebene lange überhaupt die Herausbildung einer institutionalisierten Repräsentativkörperschaft. Erst am Ende des 15. Jahrhunderts entstand nach einem langen Prozess der Reichstag⁷⁸. Erste Voraussetzung war die Festlegung der Zugehörigkeit zu den vertretungsberechtigten Ständen, was erst durch die Reichsmatrikel gelang, die zugleich über die Reichsstandschaft und Reichsunmittelbarkeit entschieden⁷⁹. Die Zugehörigkeitsregelung löste indes noch nicht das Gleichheitsproblem. Die Gleichheit wurde daher vielmehr durch die Aufspaltung in drei Kurien hergestellt. Das Kurfürstenkollegium bestand schon länger und war auch die treibende Kraft der Erweiterung, um ein Gegengewicht zum Kaiser bilden zu können⁸⁰. Die zweite Kurie umfasste die weltlichen und geistlichen Fürsten, wobei noch eine zusätzliche Abstufung durch die Aufteilung in Virilstimmen einerseits und die Grafen- und Prälatenbänke andererseits, denen jeweils eine Stimme zustand, erreicht wurde. Die Städte stellten die dritte Kurie, der allerdings das gleichberechtigte Mitentscheidungsrecht, das *votum decisivum* rechtlich bis 1648, faktisch aber sogar darüber hinaus verweigert wurde⁸¹. Innerhalb der Kurie und letztlich zwischen den Kurien konnte das Mehrheitsprinzip daher grundsätzlich Anwendung finden und war dem Grunde nach auch anerkannt, blieb indes bis zuletzt aus mehreren Gründen so prekär, dass man allenfalls

⁷⁵ Zu Athen vgl. nur *Bleicken*, Demokratie 265–273.

⁷⁶ *Keller*, Kommune 610, allgemein auch *ders.*, Wahlformen 363–367; zu den Wahlrechtsdebatten in Florenz eingehend *J.M. Najemy*, Corporation and Consensus in Florentine Electoral Politics 1280–1400 (Chapel Hill 1982).

⁷⁷ Vgl. dazu *Jones*, City-State 403–423.

⁷⁸ Vgl. *Peter Moraw*, Versuch über die Entstehung des Reichstags (1980), jetzt in: *ders.*, Über König und Reich (Sigmaringen 1995) 207–242; zu den Ursprüngen *Thomas M. Martin*, Auf dem Weg zum Reichstag 1314–1410 (Göttingen 1993) 138–156, im Folgenden zitiert *Martin*, Weg.

⁷⁹ Zu den Reichsmatrikeln, deren maßgebende Festlegung 1521 in Worms erfolgte und dort 383 Reichsstände aufführte, vgl. hier nur *Helmut Neubaus*, Das Reich in der Frühen Neuzeit (Enzyklopädie deutscher Geschichte 42, München 2003) 21, im Folgenden zitiert *Neubaus*, Reich; zur Herausbildung im 15. Jahrhundert vgl. *Eberhard Isenmann*, Reichsfinanzen und Reichssteuern im 15. Jahrhundert, in: ZHF 7 (1980) 1–76, 129–218 (154–215).

⁸⁰ Vgl. *Martin*, Weg 172–211.

⁸¹ Formale Anerkennung in Art. VIII, § 4 IPO; vgl. *Neubaus*, Reich 84f.; *Dietmar Willoweit*, Deutsche Verfassungsgeschichte (München 2009) 151, 176.

mit Vorsicht und Zurückhaltung von seiner „Geltung“ sprechen kann⁸². Erstens blieben innerhalb des Fürstenkollegiums noch gewaltige Rang- und Machtunterschiede erhalten. Zweitens verhinderte die konfessionelle Spaltung eine Geltung zumindest in Religionsangelegenheiten, die deshalb durch die Sonderregeln der *itio in partes* und der *amicabilis compositio* in konsensualen Formen entschieden werden mussten⁸³. Drittens fehlte dem Reichstag weitgehend die Durchsetzungsmacht, um der Verbindlichkeit der Beschlüsse auch tatsächliche Anerkennung zu verschaffen, was ebenfalls zur stärkeren Konsenssuche veranlasste. Diese Entwicklung steht etwa in deutlichem Gegensatz zur frühen Herausbildung der Mehrheitsentscheidung im britischen *House of Commons*, dessen Mitglieder trotz aller Unterschiedlichkeit der Wahlkreise doch den Status der Gleichheit beanspruchen konnten⁸⁴. In dem übersichtlichen Kollegium war es auch unschädlich, dass die Stimmenzählung immer noch nach der Lautstärke der „Ayes and Nays“ erfolgte und die Division, das Auseinandertreten mit exakter Zählung, erst im 16. Jahrhundert eingeführt wurde⁸⁵.

IV. Die Bedeutung der Entscheidungsalternative für die Entstehung des Mehrheitsprinzips

Die formale Technik der Mehrheitsabstimmung ist auf klare Alternativen als Entscheidungsgegenstand angewiesen. Es muss mindestens zwei Entscheidungsmöglichkeiten geben, ohne jegliche Alternative degeneriert die Mehrheitsentscheidung zur bloßen Akklamation⁸⁶. Im Grunde sollten es aber auch höchstens zwei Entscheidungsmöglichkeiten sein, weil sonst bei bloßer relativer Mehrheit oft eine Minderheit entscheidet, oder bei einer Reduzierung der Alternativen durch aufeinanderfolgende Mehrheitsabstimmungen die Präferenzen verzerrt werden⁸⁷. Anders als in ganz kleinen Gremien, in denen die Mitglieder informell die Alter-

⁸² Vgl. hierzu vor allem *Klaus Schlaich*, *Maioritas – protestatio – itio in partes – corpus Evangelicorum*. Das Verfahren im Reichstag des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation nach der Reformation (1978), in: *ders.*, *Gesammelte Aufsätze* (Jus Ecclesiasticum 57, Tübingen 1997) 68–134; *ders.*, *Die Mehrheitsabstimmung im Reichstag zwischen 1495 und 1613* (1983), ebd. 135–178.

⁸³ Vgl. *Martin Heckel*, *Parität* (1963) und *ders.*, *itio in partes* (1978), in: *ders.*, *Gesammelte Schriften* (Jus Ecclesiasticum 38, Tübingen 1989) Bd. I, 106–226; Bd. II, 636–736.

⁸⁴ *Sir Goronwy Edwards*, *The Emergence of Majority Rule in the Procedure of the House of Commons*, in: TRHS 5. ser. 15 (1965) 165–187, im Folgenden zitiert *Edwards*, *Procedure*.

⁸⁵ *Edwards*, *Procedure* 166–187; zur Herausbildung der Mehrheitswahl bei den wenigen contested elections zum Parlament, s. *ders.*, *The Emergence of Majority Rule in English Parliamentary Elections*, in: TRSH 5. ser. 14 (1964) 175–196.

⁸⁶ Dazu generell *Heun*, *Mehrheitsprinzip* 130–139.

⁸⁷ Das ist das Ergebnis der Entscheidungstheorie seit Condorcet, der bereits 1788 das Abstimmungsparadox entdeckte, s. *Heun*, *Mehrheitsprinzip* 131–136 m. w. N.; aus der jüngeren Literatur vgl. hier nur *Lucian Kern*, *Julian Nida-Rümelin*, *Logik kollektiver Entscheidungen* (München 1994) 27–44.

nativen diskutieren und durch Kompromisse Konsens oder jedenfalls eine sinnvolle Reduzierung der Alternativen erreichen können, sind daher größere Kollegien und vor allem Volksversammlungen auf eine Leitung angewiesen, die die Alternativen entsprechend verringert und vorformuliert, damit sie überhaupt abstimmungsreif sind⁸⁸. Hier öffnet sich ein weites Tor für Einflussnahme oder sogar Manipulation wie auch für fließende Übergänge zur bloßen Akklamation. Mehrheitsentscheidungen in einem strikten Sinn liegen folglich nur vor, wenn der Beschlusskörper über verbindliche Entscheidungskompetenzen verfügt und zwischen realen Alternativen wählen kann.

Die Mehrheitsentscheidungen in Rom veranschaulichen das Problem. Im Rahmen der Magistratswahlen kam es häufig⁸⁹ zu einem offenen Wettbewerb zwischen verschiedenen Kandidaten für die Ämter, so dass die Wähler vor klaren personalen Alternativen standen⁹⁰. Selbst hier verfügten die Wahlleiter jedoch über erheblichen, aber keinen dominierenden Einfluss⁹¹. Weitaus schwächer war die Stellung der Komitien bei Sachentscheidungen. Die einfachen Mitglieder besaßen weder ein Initiativ- noch ein Rederecht. Die Magistrate dominierten die Versammlungen absolut. Es überrascht daher nicht sonderlich, dass eine Ablehnung von Vorschlägen nicht bekannt geworden ist⁹². Gleichwohl wurde bei Abstimmungen genau ausgezählt und die Option, den Vorschlag abzulehnen, war nicht ausgeschlossen. Trotz ihres Ritualcharakters⁹³ lassen sich die Abstimmungen daher nicht als bloße Akklamation qualifizieren, wenngleich die Übergänge hier ebenfalls fließend sind. Die Gegenansicht⁹⁴ übersieht, dass die Diskussion in die

⁸⁸ Dazu *Heun*, Mehrheitsprinzip 140–144.

⁸⁹ Vgl. aber auch *Erich S. Gruen*, The Exercise of Power in the Roman Republic, in: *Molho*, City-States 251–267 (261), der die Dominanz der Nobilitas bei den uncontested Wahlen betont.

⁹⁰ Vgl. dazu *Richard J. Evans*, Candidates and Competition in Consular Elections at Rome between 218 and 49 B.C., in: *Acta Classica* 34 (1991) 111–136; *Robert Develin*, The Practice of Politics at Rome 366–167 B.C. (Brüssel 1985) 59–88, 89–125, im Folgenden zitiert *Develin*, Practice; *Martin Jehne*, Geheime Abstimmung und Bindungswesen in der Römischen Republik, in: *HZ* 257 (1993) 593–613 (606); allgemein auch *Karl-Joachim Hölkeskamp*, Konsensus und Konkurrenz, in: *Klio* 88 (2006) 360–396 (377–385); vgl. ferner *Staveley*, Voting 191 und zum Patronage- und Bindungswesen *Christian Meier*, Res publica amissa (1966, Ndr. Frankfurt a. M. 1980) 24–75; *Norbert Rouland*, Pouvoir politique et dépendance personnelle dans l'antiquité romaine (Brüssel 1979) v. a. 258–343; *Alexander Yakobson*, Elections and Electioneering in Rome. A Study in the Political System of the Late Republic (Stuttgart 1999) 65–111, 112–123.

⁹¹ Vgl. *Rolf Rilinger*, Der Einfluß des Wahlleiters bei den römischen Konsulwahlen von 366 bis 50 v. Chr. (Vestigia 24, München 1976) 143–169; *Develin*, Practice 132–134; *Karl-Joachim Hölkeskamp*, Die Entstehung der Nobilität (Wiesbaden 1987) 57–60; *Adalberto Giovannini*, Magistratur und Volk, in: *Walter Eder* (Hrsg.), Staat und Staatlichkeit in der frühen römischen Republik (Stuttgart 1990) 406–436 (418–426).

⁹² Vgl. *Walter Eder*, Who Rules? Power and Participation in Athens and Rome, in: *Molho*, City-States 169–196 (179); *Egon Flaig*, Entscheidung und Konsensus, in: *Martin Jehne* (Hrsg.), Demokratie in Rom? (Historia Einzelschriften 96, Stuttgart 1995) 77–127 (80–84), im Folgenden zitiert *Flaig*, Entscheidung.

⁹³ Vgl. dazu insbes. *Keith Hopkins*, From Violence to Blessing: Symbols and Rituals in Ancient Rome, in: *Molho*, City-States 479–498 (492–95).

⁹⁴ *Flaig*, Entscheidung 87.

contiones vorverlagert war, so dass aussichtslose Vorhaben vor der formalen Abstimmung zurückgezogen werden konnten, die *contiones* ihre Bedeutung als Foren aber nur wegen der folgenden formalen Abstimmung und Entscheidungskompetenzen der Komitien gewannen, ohne deren Vorwirkung also nicht zu verstehen sind⁹⁵.

Das Gegenmodell ist Athen, in dessen Volksversammlung den einfachen Mitgliedern in ungewöhnlichem Maß Einfluss auf die Alternativenformung zugestanden wurde. Zwar bedurfte auch die Volksversammlung der Leitung, die von der Boule wahrgenommen wurde⁹⁶, aber die Boule wurde demokratisch offen besetzt. Zudem besaßen alle freies Rederecht⁹⁷, selbst wenn oft herausgehobene Redner die Debatte bestimmten. Die Einzigartigkeit Athens ist vornehmlich in dieser demokratischen Offenheit des Entscheidungsprozesses und nicht so sehr in der Abstimmungskompetenz der Volksversammlung als solcher zu erblicken.

Einfluss wächst der Leitung größerer Kollegien und Versammlungen nicht nur durch die Alternativenreduzierung, sondern zusätzlich durch die Fragestellung selbst zu, die maßgeblich den Ausgang der Abstimmung bestimmen kann. Die Vorprägung von Mehrheitsentscheidungen durch die Fragestellung ist nicht zu umgehen, beseitigt aber auch nicht den Charakter als Mehrheitsentscheidung, solange und soweit jedenfalls reale Alternativen zur Wahl stehen. Freilich kann eine zunehmende Vorverlagerung der Entscheidung in die Alternativenbildung die Mehrheitsentscheidung zum nudum ius entwerten.

V. Verbindlichkeit und Legitimität der Mehrheitsentscheidung

Das Vorliegen der fünf grundlegenden Strukturelemente sichert noch nicht die Wirksamkeit der Mehrheitsentscheidung, ohne die sie sinnlos bleibt. Als verbindliche kollektive Entscheidung muss der Mehrheitsbeschluss formal endgültig sein und materiell anerkannt werden.

Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt, wenn der Beschluss einer Bestätigung durch eine höhere Instanz bedarf, die sachlich weitgehend frei ist und die Bestätigung nicht lediglich formaler Natur ist, sich also beispielsweise in einer Form no-

⁹⁵ Die Bezeichnung als Demokratie ist hier aber ebenfalls überzogen, vgl. in diese Richtung jedoch *Fergus Millar*, *The Political Character of the Classical Roman Republic*, in: *Journal of Roman Studies* 74 (1984) 1–19 (14ff.)

⁹⁶ Dazu umfassend *P.J. Rhodes*, *The Athenian Boule* (Oxford 1985); unklar ist, ob sie schon von Solon eingeführt wurde, was allerdings unwahrscheinlich ist, vgl. dafür aber *Roger Alain de Laix*, *Probouleusis at Athens. A Study of Political Decision Making* (Berkeley 1973) 13–17; dagegen *Hignett*, *History* 92–96.

⁹⁷ Vgl. *Kurt A. Raaflaub*, *Des freien Bürgers Recht der freien Rede: Ein Beitrag zur Begriffs- und Sozialgeschichte der athenischen Demokratie*, in: *Festschrift F. Vittinghoff* (Köln 1980) 7–57; *Josiab Ober*, *Public Speech and the Power of the People in Democratic Athens* (1993), in: *ders.*, *Revolution* 18–31; Einführung jedenfalls nach 487, wohl sogar erst nach 462, *Griffith*, *Isegoria* 125.

tarieller Beurkundung erschöpft⁹⁸. Auch hier können die Übergänge zwischen materieller Entscheidungsbefugnis und bloß affirmativer Bestätigung durch die nachfolgende Instanz fließend sein. Gleichwohl liegt in derartigen Akten ein erstes wichtiges Indiz der realen Bedeutung des Mehrheitsbeschlusses. Die Abhängigkeit der spartanischen Volksversammlung von der Feststellung und der Bestätigung der Beschlüsse durch die Leitung ist etwa in diesem Sinne zu verstehen⁹⁹.

Ein besonders markantes Beispiel für eine Relativierung der Entscheidungskompetenz der Beschlusskörper ist die kirchliche Formel der *maior et sanior pars*¹⁰⁰, die freilich schon den Übergang zur Entscheidungsbefugnis der mit Mehrheit beschließenden Kollegien erkennen lässt. Die Kombination tritt ohnehin gehäuft erst im 12. Jahrhundert auf¹⁰¹. Zuvor galt allein der Vorrang der göttlichen Inspiration, die ihren Ausdruck in der Einmütigkeit der Wahl, der unanimitas fand¹⁰², deren Beurteilung bei den kirchlichen Oberen lag und diesen die letztverbindliche Entscheidungskompetenz einräumte. Solange *maioritas* und *sanioritas* kumulativ vorliegen mussten, blieb diese Befugnis den höheren Instanzen erhalten. Erst allmählich verdrängte¹⁰³ die numerische Mehrheit den sachlichen Beurteilungsspielraum, der sowohl bei Konzilsbeschlüssen als auch bei kirchlichen Wahlen der Hierarchie oblag. Das Konzept versagte infolge des Fehlens einer übergeordneten Instanz nur bei Papstwahlen, bei denen sich daher zuallererst das alleinige numerische Prinzip durchsetzte, wenn auch in der Einmütigkeit und Sanioritas indizierenden Form der qualifizierten Zwei-Drittel-Mehrheit.

Als dauerhafter Entscheidungsmodus ist die Mehrheitsentscheidung auf Anerkennung durch die Minderheit wie auch durch die Gesamtheit der Herrschaftsun-

⁹⁸ Wie das heute bei der Ausfertigung und Verkündung der Gesetze durch den Bundespräsidenten trotz seines Prüfungsrechts der Fall ist.

⁹⁹ S. oben.

¹⁰⁰ Der Begriff der *sanior pars* geht im wesentlichen auf die Regel Benedikts von Nursia (c 64), die als *Palea* in das gratianische Dekret eingeht (c 14 D 61), zurück, vgl. dazu *Leo Moulin*, *Sanior et maior pars ... dans les ordres religieux du VI^e au XIII^e siècle*, in: *Revue historique de droit français et étranger* (1958) 368–397, 491–529, im Folgenden zitiert *Moulin*, *pars*; *Klaus Ganzer*, *Das Mehrheitsprinzip bei den kirchlichen Wahlen des Mittelalters*, in: *Theologische Quartalschrift* 147 (1967) 60–87 (67–78); *Kassius Hallinger*, *Regula Benedicti 64 und die Wahlgewohnheiten des 6.–12. Jahrhunderts*, in: *Festschrift Rudolf Hanslik* (Wien 1977) 109–130; *Maleczek*, *Abstimmungsarten* 117–119; zur etwa 100 Jahre späteren zeitlichen Einordnung vgl. jüngst *Johannes Fried*, *Ungeschriebenes Geschehen*, in: *Millennium* 5 (2008) 1–36 (21–34).

¹⁰¹ *Moulin*, *pars* 392; *Maleczek*, *Abstimmungsarten* 119f.; die Formel findet endgültig in den Dekretalen Gregor IX. Aufnahme, vor allem im Titel 6 *de electione et electi protestate*. Nachweise auch in: *Henn*, *Mehrheitsprinzip* 50.

¹⁰² Vgl. im einzelnen *Maleczek*, *Abstimmungsarten* 81–85; *Leo Moulin*, *Les origines religieuses des techniques électorales et délibérations modernes*, in: *Revue internationale d'histoire politique et constitutionnelle*, *Nouv. Ser.* 3 (1953) 106–148 (121–123) hat deshalb von einem „mythe de l'unanimité“ gesprochen, im Folgenden zitiert *Moulin*, *origines*.

¹⁰³ Mit Bonifaz VIII. war der Widerstreit zugunsten der *maior pars* endgültig entschieden, Dekretale Bonifaz VIII. c 9 VI, I 6; rechtlich endgültig wurde das Mehrheitsprinzip sogar erst auf dem Konzil von Trient festgelegt, *Moulin*, *origines* 129; ebd. 136 zur dortigen Verankerung der Geheimheit der Wahl.

terworfenen im Fall exklusiver wenngleich repräsentativer Kollegien angewiesen. Die Legitimitätsfrage bezieht sich zunächst auf die einzelne Entscheidung, die Anerkennung finden muss. Sie wird wesentlich auch durch das Verfahren bewirkt¹⁰⁴, ohne dass damit inhaltliche Elemente ganz ausgeblendet werden. Die Anerkennung der einzelnen Entscheidung hängt freilich zugleich von der davon zu unterscheidenden Legitimität des gesamten politischen Systems ab, die im Einzelnen auch ansonsten sachlich angreifbaren Entscheidungen soziale Geltung verschaffen kann.

Für die Legitimität der Mehrheitsentscheidung spielt die Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips¹⁰⁵ als solches wohl eher eine untergeordnete Rolle, obwohl bereits in der Antike das Problem thematisiert wurde. Aristoteles hat schon auf die Richtigkeitsgewähr durch die Mehrheit abgestellt¹⁰⁶, die im Hochmittelalter zur Wahrheitsgewähr gesteigert wurde¹⁰⁷. Im demokratischen System stehen eher die Gleichheit und Selbstbestimmung der Abstimmungsberechtigten und die Notwendigkeit einer Entscheidung¹⁰⁸, die durch den Einstimmigkeitsgrundsatz blockiert würde, im Vordergrund.

Praktisch-politisch bedeutsamer für die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen im politischen Alltag sind eher andere Gesichtspunkte. Wesentliche Bedingung der Anerkennung ist eine insgesamt nur gemäßigte Betroffenheit der Einzelnen durch die Entscheidung, vor allem, wenn sie der unterlegenen Minderheit angehören¹⁰⁹. Die Ausdifferenzierung des Politischen als Bereich der Mehrheitsentscheidung ist daher ein ganz entscheidendes Element¹¹⁰. Insgesamt berühren die Entscheidungen der Mehrheit den einzelnen Bürger nicht elementar. Gerade auch das Instrument des Ostrakismus bestätigt diesen Befund, da die Verbannung auf Zeit nicht einmal ein gesellschaftliches Todesurteil war¹¹¹.

Die Funktionsfähigkeit des Mehrheitsprinzips ist schließlich nur dann gewährleistet, wenn Entscheidungen prinzipiell revidiert und geändert werden können und die Möglichkeit des Mehrheitswechsels besteht¹¹². Schon Aristoteles sah es als essentielles Element der Demokratie, dass die Rollen des Regierenden und der Re-

¹⁰⁴ Vgl. *Niklas Luhmann*, Legitimation durch Verfahren (Neuwied 1969).

¹⁰⁵ Zu den verschiedenen Ansätzen *Heun*, Mehrheitsprinzip 79–105.

¹⁰⁶ Aristoteles, Politik 1281a–1282a.

¹⁰⁷ Am prominentesten Sinibaldus Fliscus (Innozenz IV.), *Commentaria Apparatus in V Libres Decretalium* (Frankfurt 1570, Ndr. 1968) *Commentaria* zu c 42 X I 6 Punkt 14; zuvor schon Johannes Teutonicus, *Apparatus in Concilium Quartum Lateranense* (ca. 1215/16) zu can. 24, in: *Antonius García y García* (Hrsg.), *Constitutiones Concilii quarti Lateranensis una cum Commentarius glossatorum* (Monumenta Juris Canonici A/2, Città del Vaticano 1981) 187–270 (213).

¹⁰⁸ Vgl. auch *Hans Kelsen*, Vom Wesen und Wert der Demokratie (Tübingen 1929) 9f.; *Heun*, Mehrheitsprinzip 93–103.

¹⁰⁹ In den modernen Verfassungsstaaten wird dies durch rechtsstaatliche Begrenzungen, durch Grundrechte und Minderheitenrechte gesichert, vgl. *Heun*, Mehrheitsprinzip 222–244.

¹¹⁰ Vgl. *Meier*, Entstehung 296f.; *ders.*, Entstehung des Politischen bei den Griechen (Frankfurt a. M. 1980) 208–214.

¹¹¹ *Raaflaub*, Einleitung 29 m. w. N.

¹¹² *Heun*, Mehrheitsprinzip 194–201.

gierten abwechseln¹¹³. Ständige Minderheiten, die immer und unausweichlich unterliegen, untergraben die Anerkennung der Mehrheitsentscheidung. Feste Fraktionsbildung kann deshalb zum Hindernis werden. Gerade daran fehlt es allerdings in den antiken Volksversammlungen¹¹⁴ ebenso wie an ethnischen, religiösen oder anderen festgefügtten Minderheiten. Die Notwendigkeit des Mehrheitswechsels und die damit verbundene Voraussetzung, dass sich keine festgefügtten Minderheiten bilden, schließt es aus, dass die Mehrheitsentscheidung als Form friedlicher Streitbeilegung an die Stelle des Bürgerkriegs tritt¹¹⁵. Wenn die politischen Spannungen in einen Bürgerkrieg umschlagen können, ist die Mehrheitsentscheidung gerade kein Ausweg. Eine gewisse Homogenität des Beschlusskörpers und ein gemeinsamer Grundkonsens sind Voraussetzung¹¹⁶, nicht Ergebnis des Mehrheitsprinzips. Deshalb trägt in Athen die breite Ämterverteilung durch Losentscheid statt durch Wahlen zur Akzeptanz sachlicher Mehrheitsentscheidungen maßgeblich bei. Das findet eine Parallele in der ebenfalls durch Losentscheid geförderten breiten Verteilung der Machtpositionen in den italienischen Kommunen, die Fraktionsbildung reduziert und starre Minderheiten innerhalb der Oligarchien vermeidet¹¹⁷. Die Grundgegebenheiten der antiken Stadtstaaten haben im Unterschied zu den vielfach inhomogenen modernen Nationalstaaten die Entstehung des Mehrheitsprinzips in Volksversammlungen erleichtert, wenn nicht ermöglicht¹¹⁸.

Mehrheitsentscheidungen in Gerichten, Gremien und Kollegien, die in Vertretung eines Gemeinwesens verbindlich für die Gesamtheit entscheiden, sind in doppelter Hinsicht auf Anerkennung angewiesen. Zum einen muss die Entscheidung der Mehrheit von der unterlegenen Minderheit akzeptiert werden. Zum anderen bedarf die Entscheidung der Anerkennung durch die Vertretenen bzw. Herrschaftsunterworfenen. Als spezifisches Problem des Mehrheitsprinzips stellt sich diese Frage allerdings nur, wenn das Mehrheitsverhältnis nach außen offengelegt wird und zudem das Gremium die Mehrheitsverhältnisse der Repräsentierten im Wesentlichen abbildet. Das setzt die Ausbildung von festen Minderheiten oder Parteien voraus, an der es in den antiken Stadtstaaten regelmäßig fehlt. Die Parteilagen der italienischen Stadtstaaten weisen schon eher in diese Richtung¹¹⁹. Bei

¹¹³ Aristoteles, Politik 1317b.

¹¹⁴ Vgl. Meier, Ersten 188; Matthias Gelzer, Die römische Gesellschaft zur Zeit Ciceros (1920), in: ders., Vom römischen Staat II (Leipzig 1943) 5–55 (31f.), auch in: Kleine Schriften I, 154–185 (170f.).

¹¹⁵ In dieser Richtung aber Larsen, Origins 167, 190f. und übersteigert Elias Canetti, Masse und Macht (Düsseldorf 1960, Ndr. 1978) 213–215.

¹¹⁶ Dazu näher Heun, Mehrheitsprinzip 175–190.

¹¹⁷ S. bereits oben.

¹¹⁸ Die kantonalen Volksversammlungen in der Schweiz bieten ein weiteres, modernes Beispiel.

¹¹⁹ In Florenz dominierte die Faktion der Guelfen, die sich aus dem Gegensatz zu den Ghibellinen entwickelt hat, vgl. Davidsohn, Geschichte IV/1, 103–110; Gene A. Brucker, Florentine Politics and Society 1343–1378 (Princeton, N.J. 1962) 93–104; Marvin Becker, Florence in Transition II (Baltimore 1968) 128–149; zur Spaltung der Commune von Brescia in zwei Parteien vgl. John C. Koenig, The Popolo of Northern Italy (1196–1274): A Political Analysis (Ann Arbor, Mich. 1977) 217–300.

Gerichtsentscheidungen wird deshalb bis heute meist mit verdeckter Mehrheit entschieden, indem das Abstimmungsergebnis gar nicht bekannt gegeben wird¹²⁰.

Im Innenverhältnis der Kollegien ist das Problem überwiegend entschärft. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern sind häufig enger, die eigene Betroffenheit durch die Entscheidungen für das gesamte Gemeinwesen geringer, die Möglichkeiten der Kompromissbildung und Konsensfindung größer. Freilich können Kollegien im Konfliktfall auch auseinanderbrechen. Insgesamt aber erscheint das Mehrheitsprinzip in Gremien oder Kollegien mit beschränkter Mitgliederzahl leichter durchsetzbar. Auch das spricht dafür, dass Mehrheitsentscheidungen zuerst in homogenen (aristokratischen) Gremien erprobt wurden, bevor sie auf Volksversammlungen ausgedehnt wurden.

Die hohe Bedeutung der Legitimität und Anerkennung für die Entstehung der Mehrheitsentscheidungen wird erhellt durch die Vorstellungen der Einmütigkeit und Folgepflicht in der germanischen Rechtstradition, die bei frühen kirchlichen Wahlen und bei den Königswahlen bis zur Ausbildung des Kurfürstenkollegs eine maßgebende Rolle spielten. Die Einmütigkeit, die vielfach Mehrheitsentscheidungen verdeckt, soll nach außen gerade überspielen, dass es überhaupt eine abweichende Minderheit gibt¹²¹. Im Gedanken der Folgepflicht findet sich eine zwiespältige Anerkennung der Tatsache, dass Einmütigkeit nicht möglich ist und letztlich mit Mehrheit entschieden werden muss¹²². Die unterlegene Minderheit muss sich aber der Mehrheit anschließen, um die Einmütigkeit wieder herzustellen. Der Wahlprozess wird in mehrere Stufen zerlegt¹²³, die *electio communis* bleibt aber essentieller Bestandteil des Wahlvorgangs¹²⁴. Prekärer für die Entscheidungskompetenz des Wahlkörpers ist die mit der Notwendigkeit der Einmütigkeit verbundene Verlagerung der eigentlichen Entscheidung in kleinere Gremien und damit die schärfere Aufspaltung des Wahlvorgangs¹²⁵. Die Vorentscheidung wird im engen Kreis getroffen, die Einmütigkeit symbolisierende *electio communis*, sei es

¹²⁰ Die Veröffentlichung sog. dissenting opinions ist daher bis heute regelmäßig auf Verfassungsgerichte und Oberste Gerichtshöfe wie den U.S. Supreme Court beschränkt, um deren (auch) politischen Charakter hervorzuheben.

¹²¹ S. oben.

¹²² Zur Folgepflicht klassisch Heinrich Mitteis, Die deutsche Königswahl. Ihre Rechtsgrundlagen bis zur Goldenen Bulle (21944, Ndr. Darmstadt 1965) 60–71, der sie als verdeckte Mehrheitsentscheidung bezeichnet, 169; Maleczek, Abstimmungsarten 97.

¹²³ Vgl. Maleczek, Abstimmungsarten 99–101; Ulrich Reuling, Die Kur in Deutschland und Frankreich. Untersuchungen zur Entwicklung des rechtsförmlichen Wahlaktes bei der Königserhebung im 11. und 12. Jahrhundert (Göttingen 1979).

¹²⁴ Vgl. Alfred von Wretschko, Die electio communis bei den kirchlichen Wahlen im Mittelalter, in: Dt. Zeitschrift für Kirchenrecht 11 (1902) 321–392 (343–354), im Folgenden zitiert Wretschko, electio.

¹²⁵ Formalisiert in der *electio per compromissum* in kirchlichen wie weltlichen Verfahren, bei der aus der Gesamtheit der Wahlberechtigten oder aus vertrauenswürdigen außerhalb stehenden Personen eine (kleine) Gruppe von Wahlmännern bestimmt wird, die die Wahl vornehmen, vgl. dazu Wretschko, electio 330–336, 366f.; Maleczek, Abstimmungsarten 108–117; das findet sein Vorbild in der Aufspaltung der Wahl in eine (entscheidende) *destinatio* und (akklamatorische) *creatio* unter Augustus, s. Staveley, Voting 217f.

als *electio clericorum* oder als *consensus plebis*, wird dadurch zur Akklamation ohne Entscheidungsfunktion, die freilich ein notwendiges Legitimitätsfordernis bilden kann. Schon die römischen Kaiser bedurften in ganz ähnlicher Weise der nachträglichen Akklamation zunächst durch Senat, plebs und Heer und später allein durch das Heer¹²⁶.

VI. Resümee

Die Entstehung der Mehrheitsentscheidung zeitlich genau festzulegen ist angesichts der anspruchsvollen Voraussetzungen kaum möglich, zumal verlässliche Quellen erst wesentlich später zur Verfügung stehen. Systematische Überlegungen sprechen allerdings für eine Herausbildung erst in späten evolutionären Phasen. Die fließenden Übergänge zwischen frühen Formen der Akklamation und verbindlichen Mehrheitsentscheidungen täuschen leicht über diese anspruchsvollen und zugleich notwendigen Bedingungen hinweg.

Summary

The majority principle is on the one hand merely a formal procedural technique on the other hand it presupposes formal and substantial conditions which are generally hard to fulfil.

Five essential elements constitute a decision by majority.

1. a numerical entirety of at least three persons that is usually some sort of legal entity, 2. equality of votes, 3. a free choice between at least two alternatives, 4. a fixed, orderly procedure, 5. simultaneity.

The requirement of a numerical entirety is quite easily met in committees, (democratic) decisions by the people however require a clear definition and demarcation of citizenship. While equality in aristocratic committees was probably guaranteed quite early, the equality of citizens in assemblies of the people is a late achievement even in Athens (Kleisthenes) and was never fully realized in Rome; therefore the equality of votes was restricted to the different comitia, thus combining the egalitarian majority principle with political inequality.

Without a choice between clear alternatives the consent of an assembly of the people (or committees) remains a mere acclamation; the real decision is made by others. The transition from acclamation to decision by majority is often fluid and also depends on the power of the chairmanship of the assembly. Above all, it is

¹²⁶ Vgl. dazu Egon Flaig, Den Kaiser herausfordern. Die Usurpation im Römischen Reich (Frankfurt, New York 1992) 196–205; allgemein zum Zusammenspiel mehrerer Faktoren bei der Kaiser-Nachfolge auch Jochen Bleicken, Verfassungs- und Sozialgeschichte des Römischen Kaiserreiches I (Paderborn ³1989) 112–125.

the right of free speech and the influence of the ordinary citizen on the formation of alternatives that makes the Athenian decision process a democracy.

Finally majority decisions have to be accepted by the political community and this requires a general legitimacy of the procedure as well as a certain homogeneity that excludes fixed and stable minorities that are constantly defeated in the decision process.

Markus Rüttermann

„Die Striche sind beisammen“ (*gatten*)

Zur Mehrheitsfindung im mittelalterlichen Japan

1. Prolog: ein Wahldokument

Wer heute in Japan *gat[t]en ga yuku* sagt, sagt wörtlich „die Striche [oder auch Punkte] sind mir beisammen“, meint damit jedoch umgangssprachlich „das ist plausibel“. Dieser Ausdruck, auch oft negierend „das ist mir nicht eingängig“, ist gemeinhin zu einer Lautung verkommen, deren Wortsinn den Meisten nicht mehr bewusst ist. Punkte oder Striche wurden im vormodernen Japan bei der Bewertung poetischer Schöpfungen in kollektiven Versschmieden vergeben oder als Einverständniszeichen in Rundbriefen aufgetragen. Die Embleme waren Chiffren einer individuellen Beurteilung, Auswahl oder Entscheidung, deren addierte Summe dem Empfänger nahelegen oder diktieren kann, welchem Namen oder welchem Gegenstand der größte Zuspruch zufällt. Umgangssprachlich wird auch das Wort *tabun*, der „mehrere Teil“ heutzutage im Sinne von „vielleicht“ oder noch „in großen Teilen“ gebraucht – dass ihm jedoch spezifisch die moderne Variante einer ermittelten Mehrheit innewohnen kann, wissen die meisten nicht mehr, die sich des Japanischen bedienen.

Tatsächlich lassen sich im mittelalterlichen Japan Spuren einer lebhaften Kultur der Abstimmung erkennen. Um uns zunächst ein konkretes Bild hiervon zu machen, werfen wir einen Blick auf ein Wahldokument¹. Darin geht es um die Entscheidung unter „Richtermönchen“, die unter dem Vorsitz eines dreiköpfigen Verwalterkollegiums im Jahre 1384 in dem Kloster Kôya – es ist zum mantrischen Buddhismus zu zählen – über die Unterschlagung von Jahresabgaben durch einen Eintreiber in der Grundherrschaft Konogi zu Rat saßen:

Hierin geht es um das Urteil, ob der Eintreiber in der Grundherrschaft Konogi ‚entbunden und vertrieben‘ werden oder es vielmehr ausreichen soll, den unterschlagenen Betrag zu erstatten. Zwischen diesen beiden Alternativen soll eine Abstimmung ohne Parteilichkeit und ohne Eigensinn – das sind hier die Worte –

¹ Dai Nihon komonjo, Iewake 1 (Kôyasan monjo) Bd. 7 (Tôkyô 1906) 17–19 (Nr. 1489). Abbildung im Anhang. Zur Interpretation s. *Seita Yoshibide*, Nihon hôshi ni okeru tasûketsu genri (Tôkyô 1971) 98ff.; *Katsumata Shizuo*, Ikki (Tôkyô 1982) 19.

entscheiden, das heißt Striche zusammenlegen. Alle Mönche sollen danach einmütig zusammenstehen.

Sollte jemand hiergegen verstoßen, dann soll er die Strafen des Brahma (Bonten) und des Sakra (Taishaku) zunächst, diejenigen der Vier Himmelskönige [Lokapâlas = Vaisravana, Dhrtarâstra, Virûdhaka, Virûpâkṣa], aller großen und kleinen Gottheiten im Lande Japan, erdulden. Links sind die abgegebenen Stimmen zu sehen.

„Der Eintreiber möge seines Amtes enthoben werden“: 41 Striche verschiedenster Länge und Breite.

„Der Eintreiber möge nicht seines Amtes enthoben werden, der Jahressteuerbetrag indes soll eingefordert werden“: 23 Striche leicht unterschiedlicher Länge.

Das Dokument beweist: Die konkrete Anzahl von abgegebenen Stimmen über zwei Optionen einer Personalfrage steht in einem klerikalen, japanischsprachigen Eid-Text mit sinographischen Logogrammen mittels Holzkohlentusche und Pinsel auf Papier notiert. Beschlossen wird eine Amtsenthebung. Bevor wir Gedanken über die sozialhistorischen Hintergründe und die semantische Deutung dieser Strichliste und der zahlreich überlieferten Dokumente von ähnlicher Art anstellen, ist über die traditiven Ursprünge auszuführen.

2. Westliche *versus* Östliche Tradition?

Auch nach diesem Symposium am Historischen Kolleg finde ich mich in meiner Skepsis gegen die nach wie vor (insbesondere von den Referenten Maria H. Dettenhofer und Werner Heun) tradierte Haltung bekräftigt, „Asien“ als kontrastreiche Folie europäischer (zumeist normenhafter, nicht *in praxi* eingelöster) Selbstentwürfe aufzufassen. Diese Kontrastierung hat teilweise stichhaltige Argumente hervorgebracht, teilweise aber historische Sachverhalte verzerrt². Hegel und Max Weber, Otto Hintze und spätere Historiker sind diesem Eulenflug gefolgt, um neuzeitlichen Ständestaat und Repräsentativverfassungen, moderne Gewaltenteilung, Parlamentarismus, Nationalstaatlichkeit und Industrialisierung bis hin zu den modernen Wissenschaften zu erklären. Stadtgemeinden (Max Weber), der so-

² S. Max Weber, *Nichtlegitime Herrschaft* (Typologie der Herrschaft), *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie (Tübingen 1972) 727ff. (urspr. Titel „Die Stadt“); Otto Hintze, *Wesen und Verbreitung des Feudalismus*, in: *Staat- und Verfassung*. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte (Göttingen ³1970) 84–119, insbes. 100ff. (urspr. Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, Berlin 1929); ders., *Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes*, in: *Staat und Verfassung* 120–139; ders., *Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung*, ebd. 140–185, insbes. 142, 167f. [aufgrund von Karl Rathgen, *Japans Volkswirtschaft und Staatshaushalt* (Leipzig 1891); Fukuda Tokuzô, *Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Japan* (Stuttgart 1900)]; Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Frankfurt a. M. ⁵1990, Darmstadt ¹1962); Arno Borst, *Lebensformen im Mittelalter* (Frankfurt a. M. u. a. 1973) 559.

genannte Strukturwandel der Öffentlichkeit (Jürgen Habermas), der „Menschen-typ der Sachlichkeit“ (Arno Borst) und ähnliche Begriffe stehen für den Versuch europäischer Gelehrsamkeit, „Europa“ zu verstehen. In diesem Denkstrom wird nicht zuletzt der Übergang von einer vagen oder rechtlich auf sehr unsicheren Füßen stehenden, vorschlagenden oder nur zustimmenden Mehrheitsentscheidung, die je im Nachhinein „von oben“ zurückgewiesen und durch Minderheitenbeschlüsse ersetzt werden konnte, hin zur numerisch klaren und endgültigen Mehrheitsentscheidung als eine „Erfahrung [...] der europäischen Geschichte“ mit der Richtung auf „juristisch-rationalere Wege“ der Wahlentscheidung gedeutet (Herbert Grundmann)³. Diese Behauptung gilt es an dieser Stelle erneut zu prüfen. Im Verfolg dieser Prüfung möchte ich vehement dafür werben, historische Ausprägungen zu beschreiben und nicht schon im Vorfeld durch ideelle Bedingungen und teilweise moderne Normvorstellungen den Begriff der Mehrheitsentscheidung in einem Maße einzuengen, dass wir zum einen kaum noch Vergleichsmöglichkeiten im Rahmen der historischen Beobachtung haben und uns zum anderen ideologischen Glaubenskämpfen um orthodoxe und falsche Formen der Mehrheitsfindung ausgesetzt sehen. Wer beispielsweise vorschreiben will, dass die einzelnen Stimmen in Majoritätsbeschlüssen *per se* jeweils das gleiche Gewicht in einer Auszählung beanspruchen müssen, verhindert die Typologisierung nach Qualitativa. Der historische Vergleich beobachtet Diversität und folgt nicht modischen oder kulturell geprägten Gewissheiten aus politischem Engagement. Des Weiteren liegt mir daran, vor Klassifikationen von Entscheidungsprozessen als solche „zentraler“ oder „peripherer“ Ordnung zunächst einen ziemlichen Abstand zu bewahren. Aus diesen Formen der Gewichtung Werturteile abzuleiten, steht zwar dem einzelnen frei, zuvor aber ist es zu empfehlen, deutlich herauszustellen, wie das Mehrheitsverfahren mikrosphärisch zu beschreiben ist, ehe ganze Kulturräume *qua* „Peripherieverdacht“ in einer chronologischen und qualitativen Ordnung „nachgestellt“ werden. Selbst in dem Fall, in dem wir zustimmen wollten, dass soziale Befunde nicht von zentraler Bedeutung für eine makrosphärische kulturelle Verfassung sind, bliebe doch immer noch ratsam, sich eines Urteils darüber zu enthalten, welches Entscheidungsprinzip in welchem Maße absolut vor anderen zu gelten habe. Gerade der Verzicht darauf, Entscheidungen zwingend und fortwährend demselben Prinzip zu unterstellen, belegt keineswegs unreflektierte, unreife oder unentwickelte ideelle Bedingungen seiner Anwendung. Ferner sind Quellen ernstzunehmen, auch wenn politische Einstellung und kulturelle Identität sich schwertun, ihre Aussagen zu akzeptieren.

Der Überlieferung des Mehrheitsprinzips nach Japan sind daher zunächst wenige grundsätzliche Bemerkungen zur Tradition vorzuschicken. Nach vielfältigen Migrationsschüben vor dem 5. Jahrhundert, die weit zurückreichende traditive

³ Herbert Grundmann, *Pars quamvis parva – zur Abtwahl nach Benedikts Regel*, in: *Peter Classen* u. a. (Hrsg.), *Festschrift Percy Ernst Schramm*, Bd. 1 (Wiesbaden 1964) 237–251, 251. Vgl. dazu jedoch *Verf.*, *Das Prinzip der Majorität (tabun) im japanischen Mittelalter*, in: *Saeculum* 48/1 (1997) 21–71.

Zusammenhänge zu eurasischen Mythenkreisen und Wirtschaftsformen (Branddüngender Knollen- und Gemüseanbau, Trockengetreideanbau, Nassfeldwirtschaft, Steppenhirten, Jäger/Fischer und Sammler) zwischen dem Schwarzen und dem Gelben Meer, zwischen den Steppen Nord-Sibiriens, den Wäldern Ost-Sibiriens, den Fluss-, Berg- und Küstenkulturen Chinas aufleuchten lassen, setzten im 5. und 6. Jahrhundert migrative wie traditive, insonderheit und erstmalig schriftliche Einflüsse auf ein zunehmend politisch geeintes Japan ein, das nachlassende Beziehungen zu Stützpunkten auf der koreanischen Halbinsel unterhielt. Vereinzelte Sippen und Individuen haben aus Korea und dem China der Sui- und Tang-Dynastien die entwickelte sinographische Schriftsprache (darunter den buddhistischen, theoretisch-daoistischen und konfuzianischen Kanon) spätestens im 6. Jahrhundert in Japan eingeführt. Im 8. Jahrhundert (736), als der Östliche Große Tempel im heutigen Nara eingeweiht wurde, sind indische Besucher, besonders bekannt ist der buddhistische Priester Bodhi oder jap. Bodai (704-736), nachgewiesen, denen man sogar Einflüsse auf didaktische Prinzipien zur japanischen Lautwelt nachsagt. Mönche und Beamte, die im 8. Jahrhundert, im Selbstverständnis längst Japaner, nach China gingen, um ihr dort erworbenes Wissen der Heimat zu vermitteln, teilweise nach der Heimkehr, teilweise in Briefen und Botenworten, machten sinographische Übersetzungen wie auch lautlich assimilierte sanskritische Termini bekannt, in geringem Umfang sind ferner (oft entstellte) Sanskrittexte (zumeist mantrische Formeln) nach Japan gelangt. Die japanische Rezeptionsstruktur zeichnet weiterhin eine hochgradige Amalgamierung von Vorstellungen aus, die wir vom Hellenismus kennen. Auf diese Weise sind weiterhin Vorstellungen hinduistischer Provenienz, aus dem heutigen Pakistan und Afghanistan und Nord-Indien (Kuṣāṇa, Gandhāra), die ihrerseits postalexandrische Überlieferungen hellenistischer Prägung aufgenommen hatten, nach China, und von dort via Korea oder direkt auf den Archipel gelangt.

Wenn wir dem heutigen Stand der Forschung folgen⁴, ist Vaisravaṇa (jap. Varianten Bishamonten u. Tamonten) wahrscheinlich eine Adaptation des Hermes (Merkur), der Nordwindgott (jap. Fūjin) mit dem Windbeutel wahrscheinlich eine Übernahme von Boreas, Vajrapāṇi (jap. Shukongōjin) ist mit Herkules, Hārītī (jap. Kariteimo od. Kishibojin) mit Tyche verwandt. Der Phönix (jap. *hōō*), Weinranken (jap. *budō karakusa*) mit dionysischen Szenen, übrigens auch reitend jagende Bogenschützen persischer Herkunft und weitere Motive, die Japan dinglich erreicht haben, hier auch nachgeahmt und tradiert wurden, stehen stellvertretend für die akkulturierende Tradition des hellenistischen Erbes, das über Indien, China oder Korea in Japan bekannt wurde. Die Devas, Brahma (jap. Bonten) und die Vier Himmelskönige der Veden, Vaisravaṇa unter ihnen, kehren wie gesehen in der japanischen Eidesformel wieder; die buddhistische Selbstverwünschung *sāpate*

⁴ *Tokyo National Museum, Hyogo Prefectural Museum of Art* (Hrsg.), *Alexander the Great. East-West Cultural Contacts from Greece to Japan* (Tōkyō, Kobe 2003).

amalgamierte sich mit dem im schriftlich niedergelegten Mythos belegten *ukei* (Wortmagie) altaischer Provenienz (≪ *bügä*)⁵.

In Bezug auf die Entscheidungsfindungen, die politisch relevant sind, denkt ein Japanologe zunächst an die Versammlung der Götter, welche zur Wintersonnenwende eine Tempeltänzerin mittels zotenhafter Darbietungen nicht Demeter, sondern die Sonnengöttin aus dem Höhlendunkel ans Licht ziehen lassen. Und er denkt an die in chinesischen Topographien beschriebenen Kultsitzungen, an denen Männer in Altersklassen wie auch Frauen teilnahmen. Daran anschließend aber denkt er schon bald an den berühmten letzten der siebzehn Artikel des Kronprinzen Shôtoku aus dem Sommer des Jahres 604, die in den „Annalen Japans“ aus dem frühen 8. Jahrhundert überliefert sind⁶: „Entscheidungen dürfen nicht nur von einer einzelnen Person getroffen werden“, heißt es dort, „sondern beredet euch ordentlich mit den anderen. Bei einer geringfügigen Angelegenheit ist es leicht; da braucht man nicht durchaus viele, um mit ihnen zu beraten; nur im Falle dass es sich um wichtige Angelegenheiten handelt und dass ihr besorgt seid, ihr möchtet irren, müsst ihr mit Vielen beraten und über die Sache zur Klarheit gelangen. Dann wird es etwas Vernünftiges werden.“

Die Anwesenheit und Versammlung der Mächtigen und Einflussreichen wird an dieser Stelle als Aspekt der Beratung des Souveräns aufgefasst. Hieran knüpft sich das Ideal des gerechten Königs, eine noch fast mythische Heraushebung einer an David, Salomon, Augustus und Karl den Großen erinnernden Herrschergestalt. Konfuzius antwortet seinem Schüler Zixia (5. Jahrhundert v. Chr.) auf die legendären Drei Könige befragt, ebenso wie der Himmel alles umfasse, die Erde alles trage und Sonne wie Mond alles erleuchteten, also sei es die Fähigkeit der heiligen Könige, „uneigen“ (*wusi*) zu entscheiden⁷. Idealerweise führten gute Ratgeber zu diesem Ausgleich privater Interessen. Eine andere Möglichkeit, sich Un- oder Überparteilichkeit vorzustellen, ist in Bezug auf weltliche Herrschaft und Gerichtsbarkeit in der Theorie chinesischer Herkunft nicht überliefert. Umso mehr verdient es Beachtung, diese chinesische Begrifflichkeit unter den buddhistischen Termini des eingangs zitierten Eidbriefes stehen zu sehen.

In einer der buddhistischen Missionsgeschichten aus dem frühen 9. Jahrhundert ist nun jedoch folgendes zu lesen⁸. Ein Hausvater, der einer unbestimmten Schicht

⁵ Heinrich Lüders, *Varuna*, Bd. 1 u. 2 (Göttingen 1951/1959); Paul Thieme, *Mitra and Aryaman*, in: *Transactions of the Connecticut Academy of Arts and Sciences* 41/5 (1957) 1–96, 30ff.; vgl. hierzu *Verf.*, *Schreib die Eide!* (*kishô wo kake*). Intertextualität am Beispiel der Eidbriefrezeption im vormodernen Japan, in: *Judit Árokay* (Hrsg.), *Intertextualität in der vormodernen Literatur Japans* (Mitteilungen der OAG 137, Hamburg 2001) 72–137, 81ff., 93; Nelly Naumann, Roy A. Miller, *Altäische schamanistische Termini im Japanischen* (Mitteilungen der OAG 121, Hamburg 1994).

⁶ Karl Florenz, *Japanische Annalen A.D. 592–697, Nihongi von Suiko-Tennô bis Jitô-Tennô* (Buch XXII–XXX) (Tôkyô 1903) 20.

⁷ James Legge, *The Li Ki (The Sacred Books of China. The Texts of Confucianism 4. The sacred books of the east 28, Delhi 1966) 281; Séraphin Couvreur, Li Ki. Mémoires sur les bienséances et les cérémonies 2 (Textes de la chine, Paris 1950) 396f.*

⁸ Nihon ryôiki, *Mittlerer Faszikel, 5. Gesch. Übers. von: Hermann Bohner, Legenden aus der Frühzeit des japanischen Buddhismus. Nippon-koku-gembô-zenaku-ryô-i-ki (Textband) (Tôkyô*

von Potentaten zuzurechnen ist, pflegt die Verehrung chinesischer Gottheiten; Bestandteil des Kultes sind Rinderopfer, die – laut dem Gesetze des Karma – den Ausbruch der Krankheit bewirkten. Daher nimmt der Mann den buddhistischen Glauben an und pflegt zur Reue „Freilassungen von [eigens zum Zwecke des Ritus‘ gefangenen] Tieren“. Doch dies verhindert keineswegs den Gang zum Höllenkönig und Richter der Unterwelt Emmaô (Yamarâja), vor dem sich der Blutschuldige verantworten muss. In dem Disput treten zum einen die Rindergottheiten auf, die ihrerseits den blutfordernden chinesischen Kultus repräsentieren, zum andern erscheint eine Menge von Menschen (= „Zeugen“). Im Ergebnis wird der Mann freigesprochen und den Zeugen darin gefolgt, die eigentliche Schuld träfe nicht ihn, vielmehr die teuflischen Gottheiten. Diese Geschichte findet wegen des ausschlaggebenden Arguments jener Menschenmenge unser besonderes Interesse. Es heißt nämlich aus deren Munde: „Richter, bedenke! Dies nämlich, dass die Vernunft sich jenen Zeugen [oder Zeugnissen] anschließt, die groß an Zahl [= in der Mehrheit] (*amata*) sind“. Und so auch urteilt der Angerufene: „Höchste Vernunft fordert es, den meisten Zeugen/Zeugnissen zu folgen – daher folge man den meisten!“ Das *amata* (viel) ist die indigen japanische Lesung der chinesischen Logogramme „Groß an Zahl“ (sinojap. *tabun*). Die hier aufschimmernde Idee der Mehrheitsentscheidung ist mit einem Teil der aus Indien nach China im Vinaya-Korpus des *T[r]ipitaka* (jap. *daizôkyô* od. *issaikyô*) überlieferten Ordensregeln als *yebhuyyasikâ* (jap. *taningo* oder anders) ein fester Begriff. In der chinesischen Übersetzung der „Fünffältigen Disziplinarregeln“ (jap. *Misha sokubuwakei gobunritsu*, kurz *Gobunritsu*) ist das aus Indien stammende *vinaya*-Erbe der Mahîsâsaka-Schule überliefert, das insbesondere von Streit (*adhikarana*, jap. *jôji*), von Streitbeilegung (*samathâ khandhaka*, jap. *metsujôhô*) und vom Mehrheitsbeschluss handelt⁹.

In Anbetracht dieses Befundes erhebt sich die Frage, ob wir hier eine traditive Homologie zu mediterranen Pendants vor uns haben oder doch eher eine Analogie (eine separate Genese und Tradition) plausibel ist. Dieses bedarf eingehenderer Prüfungen, als sie mir bisher möglich waren. Bemerkenswert an meinen bisherigen Befunden ist gleichwohl, dass – zum einen – die „Fünffältigen Disziplinarregeln“ mit der Redaktion der Mahîsâsaka-Schriften des Dharmaguptaka-Zweiges in die drei Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung zu datieren sind; zum anderen, dass nachgerade die Denkschule des Dharmaguptaka mit dem „Ionier“ (Yona) Dhammarakkhita (Pali; in Sanskrit Dharmarakṣita) identifiziert wird, das heißt

1934) 111–114, insbes. 113. Ganz anders spricht Sapieha in Schillers unvollendetem Demetrius: „Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wen’gen nur gewesen.“

⁹ *Misha sokubu wakei gobunritsu* (vermutl. lag diesem eine sanskr. Mahîsâsaka nikâya pañcavarga vinaya genannte Schrift zugrunde), in: *Takakusu Junjirô, Watanabe Kaikyoku* (Hrsg.), *Taishô shinshû daizôkyô* 22 (Tôkyô 1926, repr. 1963) 1–194, 153ff. (Nr. 1421); *Kokuyaku issaikyô*, Bde. 80 u. 81 (Ritsu 13 u. 14, Tôkyô 1932); hier Bd. 81, 193ff. Vgl. *Taishô shinshû daizôkyô* 22 (Tôkyô 1926, repr. 1963) 1–194, 153ff. (Nr. 1421); *Kokuyaku issaikyô*, Bde. 80 u. 81 (Ritsu 13 u. 14, Tôkyô 1932); hier Bd. 81, 193ff.

einem Wanderphilosophen griechischer Abkunft (so Jean Przyluski)¹⁰. Konkrete hellenistische Impulse auf die in Rede stehenden Sozialtechniken sind mithin sehr wahrscheinlich. Sollte die systematisierte Mehrheitsfindung griechischen oder – weiter gefasst – hellenistischen Ursprungs sein, ließe sich in der Tat von fast parallelen europäischen und ostasiatischen Niederschlägen ihrer Rezeption und Entwicklung sprechen.

Gleichviel – Entstehung und Ausbreitung der Dharmaguptaka-Schule werden im westindischen Aparanta und in Gandhâra konstatiert, von wo diese bis Persien hin eine zeitweise hohe Anhängerschaft gewann. Sanskrittexte aus dieser Schulrichtung wurden von namhaften Schülern bis Ceylon getragen. Faxian (ca. 339–422) hat Sanskritvarianten aus Ceylon nach China heimgebracht, die spätestens mit den Übersetzungen des Buddhajîva (5. Jahrhundert, um 434), der aus dem heutigen Kaschmir stammte, in China Verbreitung fanden. Eine Tradition will, dass ein koreanischer Mönch namens Kyom'ik um das Jahr 526 mit einem Inder ebenfalls in seiner Heimat Paekche eine Übersetzung anfertigte. Es ist ein großes Desiderat, Spuren der Rezeption der chinesischen und koreanischen Überlieferung abzugewinnen. Die Umstände der Überlieferung nach Japan sind ebenso weitgehend ungeklärt¹¹. Ob die Gesandtschaft mit dem Sutrengeſchenk von König Sông 552, ob zwei Jahre später Tam'hye mit seinen Begleitern unter seinen Schriften für den japanischen Souverän auch das Mahîsâsaka mit sich führte, wissen wir nicht. Vielleicht erfolgte der Import erst im Rahmen der Vinaya-Vermittlung durch den Tang-Mönch Ganjin im 8. Jahrhundert.

3. Qualität des Terminus Mehrheit und dessen soziale Verbreitung

Seit dem 7. Jahrhundert ist die Beratschlagung in Gremien, seit dem 9. Jahrhundert ist die Einstimmung größerer Menschenmengen in klösterlichen *samgha* (jap. *sôka*, *sôgya*), den zumeist an Berghängen und gipfelnahen Tälern siedelnden Mönchsgemeinschaften (mit Schwerpunkt Mitteljapan um Kyôto und Nara) vielfach belegt¹². Harmonie (*wa*) und *concordia* (*dôshin*) gehören zu den Topoi dieser Ansprachen¹³.

¹⁰ Jean Przyluski, *Le Bouddhisme* (Paris 1932/1933); ders., *Le Concile de Rājagṛha. Introduction à l'histoire des canons et des sectes bouddhiques* (Buddhica 1^{re} sér. Mémoires 2, Paris 1926) 325f., 329f.; Erich Frawwallner, *The Earliest Vinaya and the Beginnings of Buddhist Literature* (Rom 1956). Swapan Kumar Sarkar, *The Mahîsâsaka School of Buddhism*, in: Mahabodhi [Colombo] 80 (1972) 44–51. Vgl. a. Anthony K. Warder, *Indian Buddhism* (Delhi 2000) 278; Fumio Enomoto, *The Discovery of the oldest Buddhist Manuscripts*, in: *The Eastern Buddhist* NS 32/1 (2000) 161.

¹¹ S. s.v. Misha sokubu wakei gobunritsu, in: Sôgô bukkyô daijiten, 3 Bde. (Kyôto 1987) 1366; s.v. Bukkyô no rekishiteki tenkai, in: Bukkyô bunka jiten (Tôkyô 1989) 345.

¹² Kuroita Katsumi (Hrsg.), *Shoku-Nihongi* 2 (Shinteizôho Kokushi taikai, Tôkyô 1957) 295; Takeuchi Rizô (Hrsg.), *Heian ibun* 8 (Tôkyô 1963) 3343 (Nr. 4452).

¹³ Kôbô Daishi Kûkai zenshû hensan iinkai (Hrsg.), *Kôbô Daishi Kûkai zenshû* 6 (Tôkyô 1984) 617ff., insbes. 619; s. dazu: Maki Kenji, *Wa ga chûsei no jiin hô ni okeru sôryô shûe* (2. Teil), in: *Hôgaku Ronsô* 17/6 (1927) 896–924, insbes. 905.

Sitzungsprotokolle aus dem 13. Jahrhundert zeigen, dass einzelne Kollegiumsmitglieder Lösung in Mehrheitsentscheidungen suchten, während weitere zu anderen Optionen neigten. Wir können also davon ausgehen, dass es vielfach nicht unbedingtes Prinzip war, das Urteil den meisten zu überlassen. Ein Beispiel¹⁴: Der Sprecher eines Straffälligen klagte ein, sein Mandant habe das Recht auf Wiederkehr aus der Verbannung bewilligt bekommen und wolle nun sein Vogteiamt bzw. das Einnahmerecht daraus zurückerhalten. Daraufhin hielten Vertreter einzelner Abteien des Tempels Rat. Eine Abtei brachte vor, man wolle zunächst die Meinung (*iken*) der anderen Leute (*hitobito*) im Kloster hören und sich dann daran orientieren. Eine weitere trug mit anderen die Ansicht vor, die Sache sei nicht leichtfertig zu behandeln, denn die Rückkehr eines straffälligen Amtsinhabers sei seit der Ära Katei (1235–1238) beispieillos. Dies sollten die Ältesten (*shukurô*) des Klosters eingehend beraten. Die darauf folgende Stimme pflichtete dem Vorredner bei und schlug vor, die Sache eingehend zu prüfen und dann die Leute im Kloster „der Ansicht der meisten folgen“ zu lassen (*tôji hitobito, tabun no gi ni shitagau-beshi*). Darüber, was mit „den meisten folgen“ gemeint war, verweist der Artikel eines Eidbriefes von 1355 auf alte Schriften (*kosho iwaku*), die besagten: „Unter dreien dem, was zwei äußern, zu folgen.“¹⁵ Die „alten Schriften“ meinen die altbuddhistischen Gelübdevorschriften. Die Mehrheit ist in der hier beschriebenen Sitzung mithin eine Option, sie wird erwogen, aber nicht schlichtweg vorausgesetzt.

Neben Reden sind es ab dem 12. Jahrhundert insbesondere Eidbriefe, welche die genannten Topoi aufgreifen¹⁶. Es handelt sich hierbei um einen bündischen Eid (*coniuratio*), der als Derivat von chinesischen Ahnenanrufungen und Bitten um himmlisches Urteil einerseits und buddhisierter Wortmagie andererseits aufzufassen ist. Er verteilt sich auf zwei separaten Blättern, wird mithin geschrieben. Der erste Teil wird mit einer Verwünschung potentieller Meineidiger unter Zeugenschaft unterschiedlicher synkretistisch verehrter Gottheiten, Geister und kosmischer Autoritäten versehen und nicht selten verbrannt, der zweite Teil listet die Artikel auf, um die es geht. In diesen Artikeln wird zu Klosterdiensten und Riten verpflichtet. Weiterhin werden die Novizen den Gelübden unterworfen. Betont werden ferner Aufgaben in der Verwaltung der Subtempel und der Pfründen in Grundherrschaften. Ausdrücklich wird Respekt vor Richtersprüchen in Bezug auf klerikale wie profane Angelegenheiten vom gesamten Konvent eingefordert. Dabei kommt es den führenden Geistlichen darauf an, die Urteile unter allen bekannt zu machen, nachgerade die Anliegen einzelner Faktionen sollen nicht isoliert verfolgt werden, sondern zu allgemeiner Kenntnis gelangen. Hierbei ist es

¹⁴ Ein Gesandter eines weiteren Klosters hat in seinem Bericht die Situation festgehalten: Dai Nihon komonjo, Iewake 10 (Tôji monjo) Bd. 3 (Tôkyô 1933) 683–684 (Nr. 123 u. Nr. 124). Beide Dokumente stehen in einem Zusammenhang.

¹⁵ *Seita Yoshibide*, Nihon hôshi ni okeru tasûketsu (wie Anm. 1) 92.

¹⁶ Dai Nihon komonjo, Iewake 1 (Kôyasan-monjo) (Tôkyô 1906) Bd. 1, 497–499, insbes. 498 (Nr. 443); Bd. 4, 575 (Nr. 300); Bd. 5, 141 (Nr. 642), 350 (Nr. 859); Bd. 6, 384 (Nr. 1366); Bd. 8, 274–279 (Nr. 1884).

erklärtes Ziel, die Billigung „der meisten“ unter den Mönchen zu finden. Denen, die dieses Gebot missachten, droht der Ausschluss aus der Gemeinschaft. Nach dem Wortlaut der Eidbriefe des 14. und 15. Jahrhunderts sind es nachgerade Streitfälle um Einnahmen, Ernteschätzungen und Verwaltungskompetenzen im Kontext der Grundherrschaft, die immer wieder Zwietracht säen.

Die Vermächtnisse in Eidbriefform waren teilweise mit „körpereigenem Blut“ (*shinketsu*) der Mönche unterzeichnet, um dann in einem Ritual verbrannt und als Asche mit Wasser, sogenanntem „Götterwasser“ (*jinzui* od. *shinsui*), genippt zu werden. Das Original (*shōmon*) war in der „Halle des Bildnisses unseres Ehrwürdigen“ (Mieidō) zu archivieren, wohingegen eine Abschrift verlesen wurde. Mit Vorbehalt darf man in der Adresse eines Eidbriefes unter dem Namen „Den Herren der Mehrheit“ (*tabun sama*) sogar die Bezeichnung für einen Mönchsrat erblicken, die diesen mit der nämlichen Entscheidungspraxis gleichsetzt!

Im frühen 14. Jahrhundert lassen zumeist beedete Statute erkennen, dass normativ auf das Sozialverhalten erheblicher Druck ausgeübt worden ist¹⁷. Der Rhythmus (Große Konvente z.B. dreimal monatlich), die Tageszeit (z.B. die Doppelstunde des Schafes gegen Nachmittag), das rechtzeitige Erscheinen sind wichtige Anliegen der Regularien. Darüber hinaus waren außerplanmäßige *ad-hoc*-Sitzungen nur in wichtigen Fällen zugelassen, dann aber auch zwingend notwendig. Zur Teilnahme an den Großen Versammlungen berechtigt oder verpflichtet waren nur die Mönche im strengen Sinne, solche, die eine Weihe (*kanjō*) empfangen hatten. Die regelmäßigen Konvente sollten ausdrücklich nicht mit Riten und Festtagen korrespondieren. Die Großen Konvente müssen die Materien beraten haben, ehe die Kleinen Konvente (Gremien) darüber Beschlüsse fassen können. Tagungspunkte müssen von den Teilnehmern namentlich und schriftlich eingereicht werden, um behandelt zu werden. Liegen sie vor, besteht der Grundsatz, sie vor allen bekannt zu machen. Allerdings kann eine Beratung erst dann beginnen, wenn die sogenannten Schiedsleute beiwohnen. Diese Beschränkung der Menge durch hierarchisch übergeordnete Stände und Kollegien entspricht im wesentlichen der abendländischen Paarung *maior et sanior pars*.

Die Ankündigung der Treffen soll möglichst mit Rundbriefen (*kaibun*) erfolgen. Dies ist bereits Indiz für die komplexe Sozialorganisation. Rundbriefe deuten auf räumliche Distanz und auf einen entwickelten Verwaltungsapparat der Gemeinwesen. Muschelhorn, Kupferglocke und Trommel, die zu den Versammlungen einberiefen, deuten auf die räumliche Verteilung und eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Teilnahmepflichtigen. Die Anwesenheit wurde nach jeder Beratung festgestellt. Teilweise wurde die Verspätung definiert: In einem Fall galt das Abbrennen von Räucherstäbchen in der Länge von 2 *sun* (ca. 6 cm) als solche. Ver-

¹⁷ Eine Synopse mehrerer Protokolle: Dai Nihon komonjo, Iewake 1 (Kōyasan monjo) Bd. 4, 560 (Nr. 281); ebd. Bd. 5, 353 (Nr. 863); ebd. Bd. 6, 347–348 (Nr. 1336); ebd. Bd. 8, 222–224 (Nr. 1845); Dai-Nihon-komonjo, Iewake 7 (Kongōji monjo) (Tōkyō 1920) 115–117 (Nr. 67); *Seita*, Nihon hōshi ni okeru tasūketsu (wie Anm. 1) 46ff., 51, 56 (dortige Anm. 20), 63, 66 (dortige Anm. 21), 74ff., 79. Vgl. *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3).

spätungen und unentschuldigte Abwesenheit standen unter Strafe. Geldzahlungen, die Aussetzung von Pfründen, Zutrittsverbot für Altarräume, der Kesseldienst in der großen Thermalbad-Halle (*ôyuya*) oder sogar Streichungen aus dem Klosterregister zum Beispiel galten als gerechte Züchtigungen. Heizarbeiten am Kessel ahndeten schwerere Vergehen und wurden gegenüber Uneinsichtigen zu einer dauerhaften Dienstpflicht ausgeweitet. Die akkumulierte Erfahrung in diesen Dingen spiegelt sich in präventiven Normen wider. Tricks, mit denen man Anwesenheit vortäuschte, wurden ebenso gemäßregelt wie vorzeitiges Sich-Entfernen. Krankheit und ähnliche Begründungen für Abwesenheit waren unter Eid und schriftlich im Voraus zu erklären. Nachträgliche Einreichungen entbehrten der Wirkkraft, es sei denn ein akuter Grund ließ sich plausibel vorbringen. Entschuldigungen wie im Falle eines genehmigten Ausganges galten nicht, wenn die Anwesenheit auf dem Berg im Nachhinein doch festgestellt wurde. Es waren teilweise ganze Faktionen (Abteien), die sich widersetzten und offensichtlich Todes- und Unglücksfälle deklarierten, um fernzubleiben. Äußerte die Mehrheit der Anwesenden diesen Verdacht (*tabun no fushin ni shite*), waren die Delinquenten zum Eidbrief angehalten. In Anbetracht dieser Normen nimmt es nicht wunder, dass Konventsprotokolle darüber klagen, dass wichtige Beschlüsse tatsächlich wegen Fernbleibens vieler Mönche gar nicht gefasst werden konnten. Andererseits finden wir in einer Quelle beschlossen, dass Urteile bei einer Anwesenheitsrate von zwei Dritteln der Berechtigten hernach nicht angefochten werden können. Andernorts wird das Quorum absolut auf fünf Personen festgeschrieben.

Beschimpfungen waren unter Strafe verboten. Nicht erlaubt waren Bestechung und Geschenke, Parteilichkeit und egoistisches Ansinnen. Insbesondere richteten sich Statute gegen personale Bindung, die entsprechend als hartnäckiges Hindernis der Kollektiventscheidung wahrgenommen wurde: affektbesetzte Neigungen unter Lehrern und Schülern, Gebrüdern oder Freunden. Mehrfach lässt sich nachweisen, dass nachgerade dieser personalen Bindung das Mehrheits-Folgegebot gegenübergestellt wurde. Diese Entscheidungsbasis wird auch *explicite* an einer Stelle als Prinzip der Sachlichkeit (*jissbô*) bezeichnet. Augenfällig ist das wirtschaftliche Wohl als gemeinsames Ziel dieses Prinzips.

Aufzeichnungen mit dem Titel „Protokoll einer Beratung mit Mehrheitsentscheidung“ überliefern zwar, wie eine kleine Notiz von 1552¹⁸, auch Beschlüsse, wonach Schriftkonzepte und Täfelchen mit den mantrischen dhâranî-Formeln gut aufzubewahren seien. Die meisten Beschlüsse betreffen jedoch Ernteschätzungen, Jahressteuern, die Anzahl und Flächen von Nassreiskulturen und die „Verteilung“ (*shihai*) der Anteile aus den Jahresabgaben. Wenn wir bedenken, dass das Wort „Verteilung“ heute landläufig im Sinne von „Herrschaft“ benutzt und auch als Terminus für das Webersche „Herrschaft“ verwandt wird, können wir ersehen, welche immense kulturgeschichtliche Bedeutung der „Verteilung“ im Zusammenhang mit kollektiven Beschlüssen und Beratungen in Japan generell beigemessen werden kann. In diesen insbesondere also ökonomischen Fällen bestand eine Fol-

¹⁸ Dai Nihon komonjo, Iewake 1 (Kôyasan monjo) Bd. 4, 604 (Nr. 338).

gepflicht gegenüber der Mehrheit. Bemerkenswert ist ein eher seltener Passus, der nach der Folgepflicht die Einlassung setzt, ein jeder einzelne – auch die Minderheit – solle respektiert und unausgegrenzt bleiben.

Idee und Prinzip der Mehrheitsentscheidungen wurde in weltlichen Kollegien rezipiert. Für die Kriegerregierung verbürgt sie das Kommentarwerk *Satamirensho* („Einführung in die Jurisdiktion [der Kriegerregierung]“) von 1278. Diesem zufolge waren die „wichtigsten Entscheidungen nicht vermöge der Klugheit und Gelehrtheit eines einzelnen“, hingegen je „aufgrund des Mehrheitswillens zu treffen“¹⁹. Ein Jahrhundert später taucht das Majoritätsprinzip in Kriegerbünden auf²⁰. In den Jahren 1377 und 1388 beeideten Ritter in Kyūshū im Wortlaut klerikaler Provenienz *concordia*. Urteile über schwere Streitfälle sollten „durch Mehrheitsbeschluss“ (*tabun no gi wo motte*) zustande kommen. Diese Formulierungen erinnern an privat aufgezeichnetes Landrecht des deutschen Mittelalters²¹.

Nachdem der Heerführer Toyotomi Hideyoshi 1598 einen minderjährigen Sohn hinterlassen hatte und die Amtsgeschäfte an der Spitze des Staates den großen Zehn, den Fünf Großen Alten (*gotairō*) und den Fünf Dienstmännern (*gobugyō*) übertragen waren, hatten diese sich auf ihren zwölf Tage zuvor getätigten Eid zu besinnen. In einer Abschrift des Eidbriefes begegnet das Mehrheitsprinzip jetzt für kurze Zeit auf oberster Ebene der Verwaltung des Landes. In allen wichtigen Angelegenheiten wollten die Zehner (*jūnin*) ihre „Entscheidung gemäß ihrer Mehrheit fällen“²².

In dörflichen Gemeinden Mitteljapans ist das *tabun*-Prinzip seit dem späten 15. Jahrhundert urkundlich belegt²³. Die *universitas* der Älterleute und der Junioren einer Dorfgemeinde saisonaler Händler und Halbbauern hält in Statuten fest, dass in wichtigen Dingen Versammlungspflicht der vollwertigen Hausvorstände

¹⁹ Übers. v. *Carl Steenstrup*, Sata-mirensho: A Fourteenth-Century Law Primer, in: Monumenta Nipponica 35/4 (1980) 404–435, insbes. 433f.; St. liest *tamon* – die hiesige Schreibung setzt sich aus den Logogrammen für „viel + hören“ zusammen – und übersetzt wie folgt: „Weighty matters should not be settled by one man's understanding, but right and wrong should be determined after group discussion.“ Das *tabun ni tsuku* ist (auch unter Kriegern) eine feste Phrase und lässt auf die ebenso mögliche Lesung *tabun* schließen. Ob diese im wesentlichen auf der Ebene einer „group discussion“ verharrte, lässt sich zwar nicht prüfen, bleibt indes denkbar.

²⁰ Beide nachfolgend genannte Quellen in: *Ishii Susumu* u. a. (Hrsg.), Chūsei seiji shakai shisō 1 (Nihon shisō taikai 21, Tōkyō 1972) 398–399 u. 400–402; Übers. in *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), Quelle Nr. 2 und Nr. 3 im dortigen Anhang.

²¹ Im *Schwabenspiegel* heißt es über Gerichtssitzungen in Dörfern und Städten: „Unde ist ein dorf, da ein rihter inne ist. swaz der gesetzet mit der meren mengi der geburen, daz mag der minre nut widerreden. daz selbe reht sol man halten in den stetten.“ Und von der Königswahl heißt es, dass „die minner menge der merren volgen“ soll; *Ferdinand Elsener*, Zur Geschichte des Majoritätsprinzips (pars major und pars senior), insbesondere nach schweizerischen Quellen, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte (kanonist. Abt.) 72 (1956) 73–116 u. 560–570, 88f.

²² Dai Nihon komonjo, Iewake 8 (Mōrike monjo) Bd. 3 (Tōkyō 1922) 248–250, Nr. 963; *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), dort Quelle Nr. 4 im Anhang.

²³ *Kasamatsu Hiroshi* u. a. (Hrsg.), Chūsei seiji shakai shisō 2 (Nihon shisō taikai 22, Tōkyō 1981) 205, 214; *Nakamura Ken* (Hrsg.), Imabori Hiejinja monjo shūsei (Tōkyō 1981) Nr. 366, 368. Übers. v. *Hitomi Tonomura*, Community and Commerce in Late Medieval Japan. Corporate Villages of Tokuchin-ho (Stanford 1992) 204–205.

bestehe, dass Beschlüsse unangetastet blieben und alle Dinge auf solche Weise miteinander abzusprechen seien, dass der Mehrheit gefolgt werde. Ein Statut aus dem Jahre 1447 sanktioniert Verspätungen bzw. Abwesenheit ausdrücklich mit Geldstrafen²⁴. Schiffer bestimmten 1616, in Urteilen über Konfliktfälle auf Handelsfahrten „sich am Ende der Mehrheit anzuschließen“²⁵. Die „Fünfezner“ (*jûgoninshu*) einer Siedlung von Baumfällern, Flößern und Teilzeitbauern beedeten 1605 vor den *genii loci*, sowohl gegenüber Auswärtigen wie auch gegenüber Frau und Kind darüber Verschwiegenheit zu bewahren, worüber man beschlossen habe, und als beschlossene Sache hätten alle zu akzeptieren, was die Mehrheit veretrete²⁶. Aus der Bewässerungsverwaltung unter Reisbauern ist ein Statut in Betreff eines Teichbaus überliefert, welches das Majoritätsprinzip verbürgt²⁷. Auch im Ballungsraum von Kyôto, in den primär von Handel und verarbeitendem Gewerbe geprägten städtischen Siedlungen (*machi*) ohne bedeutende Landwirtschaft, hat es das Prinzip des *tabun* in der frühen Neuzeit gegeben²⁸. Im Jahre 1587 hält ein Statut fest, wenn Weisungen der Obrigkeit ergingen, sollten alle Bezirke ihre Pflicht tun. Allmonatlich am 29. Tag seien Ratsbankette zu veranstalten. An allen Versammlungen (*yoriai*) hätten die jeweils befugten Hausväter (*shikarubeki gonintai*) zu erscheinen. Und schließlich über die Beratungen an sich: „In den Absprachen folge man [dem Willen der] Mehrheit.“ Aus einem weiteren Statut erfahren wir die bemerkenswerte Vorschrift²⁹: Sofern kein leiblicher Erbe existiere, soll man unter den Dorfleuten und nicht von anderswo einen Erben bestimmen. Bei den Beratungen unter den Elfern (*jûichinin*) soll man der Mehrheit folgen, und die Entscheidung soll dann bei sechs Personen liegen. Das heißt, der Rat ist vermutlich bewusst ungerade besetzt. Die Mehrheit soll ausgezählt werden. Das ist, meine ich, eine ausdrücklich formulierte Norm, nach dem expliziten Kriterium der *pars maior numero* zu entscheiden.

4. Mehrheitsfindung

Kehren wir zu unserem Ausgang zurück und erörtern die Frage, wie sich Mehrheiten jenseits der Norm *in praxi* konstituierten, werden wir bei der Beantwortung von den profanen Gemeinden fast im Stich gelassen. Einem *anno* 1596 datie-

²⁴ Imabori Hiejinja monjo shûsei, Nr. 369. Die Ausrufung der Versammlung erfolgte manchenorts vermutlich mittels einer großen Trommel. Diese ist in einem Artikel nachgewiesen, der deren privaten Missbrauch unter Strafe stellt; ebd., Nr. 365.

²⁵ Chûsei seiji shakai shisô, Bd. 2, 230; *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), dort Quelle Nr. 6 im Anhang.

²⁶ Chûsei seiji shakai shisô, Bd. 2, 251–252. Übers. v. *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), dort Quelle Nr. 7 im Anhang.

²⁷ *Hôgetsu Keigo*, Chûsei kangaishi no kenkyû (Tôkyô 1963 [1943]) 359. Übers. in *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), dort Quelle Nr. 8 im Anhang.

²⁸ Chûsei seiji shakai shisô, Bd. 2, 210–211; vgl. *Akiyama Kunizô*, *Kôdô enkaku shi* (Kyôto 1944) 107–108; übers. v. *Verf.*, Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), dort Quelle Nr. 9 im Anhang.

²⁹ Chûsei seiji shakai shisô, Bd. 2, 205f.

renden Statut aus den Stadtgemeinden Kyôtos lassen sich neben den oben referierten Sätzen Mahnungen gegen Beschimpfungen und Raufereien die Worte abgewinnen, „bei allen Ratssitzungen solle man sich jeweils denjenigen Älterleuten anschließen, die mit ihrem ‚So sei es‘ in der Mehrzahl sind“³⁰. Mehr darüber, wie sie ihre Mehrheit feststellten, ist nicht zu erfahren. Im Rahmen gemeinsamer Mahlzeiten wurde zunächst lange verhandelt und abgewogen. Das gesprochene Wort der einzelnen Hausvorstände bildete vermutlich eine oft vage Form der Abstimmung, in der unter Umständen auch Handzeichen oder ähnliche Gestik nach Aufruf hinzutrat. Jedoch sind auch neuzeitliche Stimmtäfelchen (mit den Namen der Wähler/innen) auf uns gekommen³¹.

Die Statute und Eidbriefe der Ritter und Hintersassen umfassen Gruppen von etwa einem bis zu fünf Dutzend Teilnehmern. Anhaltspunkte für größere Versammlungen, die eine Anknüpfung an Mehrheitsentscheidungen kannten, gewinnen wir nahezu ausschließlich beim Klerus. In einem Grenzstreit zwischen einem Grundherrn in Yoshino und dem Kloster Kôya im Jahre 1219 sahen sich die Mönche veranlasst, in einer Demonstration Druck auf die Hauptstadt auszuüben³². Die Mönchsmenge – es sind in dieser wie vielen weiteren Darstellungen „dreitausend“ (unzählige) – verschloss die Tore ihrer Abteien. Sie „teilte sich den Geschmack eines Götterwassers“. Jeder schwur auf das Pantheon, die Feinde zu vernichten und die Buddhistische Lehre wiederaufzurichten. Ob adlig oder gering, jung oder alt, alle versammelten sich vor dem großen *stupa*-Reliquienturm im Garten und hielten Beratung ab. In einem weiteren Fall, auf den Anhöhen des Enryakuji, wird beschrieben, wie eine Menschenkette unterm Schleier niesend und langsam in den Innenhof der Großen Lehrhalle marschiert³³. Zum Accessoire gehört ein „Eintrittsstock“ (*nyûdôjô*), mit dem die „Unzähligen“ den Tau vom Grase wischen, um sich dann auf Steine zu setzen. Und so, dass weder Schüler noch Herbergsbrüder erkannt würden, klemmen sie ihre Nasenflügel zwischen die Finger und verändern ihre Stimmen. „Auf, herumlaufen“, so heißt es dann, und man schreitet herum und verhandelt die Klagepunkte. Wer die Sache befürwortet, der tut sein Einverständnis kund mit „So sei es, so sei es!“ (*mottomo, mottomo*), wer dieselbe ablehnt, der sagt „Kommt nicht in Frage!“ (*iware nashi*). Die Aussprachen waren zumindest der Form nach „geheim“. Inwiefern verstellte

³⁰ *shoji dankô no toki, toshiyorishu tabun ni 'shikarubeshi' to no kata e onono aitsukubeki no koto*; Chûsei seiji shakai shisô, Bd. 2, 220–222; vgl. Akiyama Kunizô, Kôdô enkaku shi (wie Anm. 28) 111–113; übers. v. Verf., Das Prinzip der Majorität (wie Anm. 3), dort Quelle Nr. 10 im Anhang.

³¹ Anne Walthall, The Life Cycle of Farm Women in Tokugawa Japan, in: Gail L. Bernstein (Hrsg.), Recreating Japanese Women (Berkeley, Calif. 1991) 68ff.; i.b.a. Täterbestimmungen und -verfolgungen: Herman Ooms, Tokugawa Village Practice: Class, Status, Power, Law (Berkeley, Calif. 1996) 222ff.

³² Kôya kôhaiki, in: Busssho kankôkai (Hrsg.), Dai Nihon bukkyô zensho 120 (Tôkyô 1921) 116–136, 119f.

³³ Gempeiseisuiki, 4. Kap., in: Kaitei shisekishûran (gaihen), Bd. 1 (Tôkyô ³⁴1901; ¹1882) 208f.; Maki, Wa ga chûsei no jûin hô, 2. Teil (wie Anm. 13) 918.

Stimmen und verummte Häupter dieses Prinzip in praxi schützten, wissen wir nicht. Schließlich kam es zur Akklamation und einer gewissen Mehrheitsentscheidung. Interessant ist noch, dass diese Etiketten in Kontrast zu anderen gesetzt werden. Gemeinsame Missbilligung wurde auch, heißt es, mit Gesang oder mit Sutrenrezitationen und in Streitgesprächen, in denen man einander gegenüber saße, zum Ausdruck gebracht.

Gewiss ist der Zuruf vergleichbar mit dem von Egon Flaig diskutierten spartanischen Verfahren. Oftmals dürfen wir darin die Nähe zum Handzeichen vermuten, oft genug in der Tat auch ein Medium sehen, „die Luft zu lesen“, wie man heute in Japan sagt: ein Stimmungsbild zu erfassen, wie dies heute unter anderem Umfragen leisten. Gleichviel – die Befunde für das „Punkte zusammentragen“ markieren gezählte Stimmen als eine relevante Größe in der Überlieferungslandschaft. In einer Präzedenzienchronik über Beratungen im oberen und im unteren Archiv des Yakushiji bei Nara heißt es im Eintrag für das Jahr 1550, mit einer Abstimmung (*gatten*) seien zehn ‚Schiedsleute‘ (*sataniin*) als Eintreiber ausgewählt (*senjō*) worden³⁴. Auf einem Eidbrief aus dem Tōdaiji von 1328 wird angekündigt, man wolle einen Streit des ehemaligen und des derzeitigen Verwalters um alte Jahreseinnahmen sachlich (*jissshō ni makasete*) mittels einer Abstimmung klären, in der man sich für den einen oder den anderen Mönch entscheiden solle³⁵. In diesem Fall sind das Wahldokument und das Ergebnis nicht überliefert.

Ämterwahllisten nehmen in der Dokumentation unseres Gegenstandes ein großes Gewicht ein³⁶. Beispielsweise wurde 1472 in dem südlich der Hauptstadt gelegenen Tōji (= Kyōōgokokuji) der „Obmann für Bauvorhaben“ (*zōei bugyō*) für das folgende Jahr aus der Reihe namhafter Äbte gewählt³⁷. Von den fünfzehn Kandidatennamen erhielten die meisten keine Striche. Zwei erhielten zwei, einer eine und zwei Kandidaten erhielten gleichviele, nämlich sechs Stimmen. Damit gab es siebzehn abgegebene Stimmen, deren Herkunft sich nicht näher ermitteln lässt. Auch wissen wir nicht, wie viele Männer insgesamt wahlberechtigt beisammen saßen und auf welche Weise das Wahldokument verfasst wurde. Allerdings wissen wir immerhin so viel, dass in diesem Fall ein Faltpapier (*origami*) zur Anwendung kam, was auf ein optisches Verdecken der Handlung hinweisen könnte. Nun, Gen’ei, der Obmann des Wahljahres, musste als einer der beiden Gewählten im Stimmengleichstand dem ranghöheren, weil älteren Hōshōin das Amt überlassen³⁸. Über das höhere Alter (*jōshu*) als Kriterium in Pattsituationen wird 1484 berichtet³⁹.

³⁴ Tanaka Minoru, Yakushiji jōge kumonjo yōroku, in: Shigaku Zasshi 80/5 (1970) 54–78, 64.

³⁵ Dai Nihon komonjo, Iewake 18 (Tōdaiji monjo) Bd. 7 (Tōkyō 1960) 218 (Nr. 371).

³⁶ Kurokawa Naonori, Tōji hyakugō monjo no ‘bugyō-gatten-jō’ wo yomu, in: Kyōto furitsu Sōgō shiryōkan Kiyō 24 (1996) 1–33. *Seita*, Nihon hōshi ni okeru tasūketsu (wie Anm. 1) 117ff.

³⁷ Akamatsu Toshihide (Hrsg.), Kyōōgokokuji monjo 6 (Tōkyō 1965) 409f. (Nr. 1821). Zur Interpretation s. *Seita*, Nihon hōshi ni okeru tasūketsu (wie Anm. 1) 116f.

³⁸ Letzterer ist als „Zuständiger“ auf dem Wahldokument des Jahres 1473 aufgeführt; Kyōōgokokuji monjo, Bd. 6, 440–442 (Nr. 1827).

³⁹ Kurokawa, Tōji hyakugō monjo no ‘bugyō gattenjō’ wo yomu (wie Anm. 36) 5.

Eine Untersuchung der Serie von Strichlisten zwischen 1472 und 1476 aus dem Tōji, in der Regel auf den 20. Tag des 12. Monats datiert, erbringt, dass anscheinend ein gleiches Stimmrecht, bisweilen Enthaltungen beim aktiven und Aussetzungen des passiven Wahlrechtes – wir finden mehr oder weniger Stimmen als Kandidaten vor – und das Prinzip einfacher Mehrheiten existierten⁴⁰.

Über Abstimmungen mit Strichlisten geben auch hier Aufzeichnungen von Präzedenzen, sogenannte „[Akten zum] Nachschlagen“ (*bikitsuke*), Auskunft. Im „Beschluss der Einundzwanziger“ (*nijūichiku hyōjō*), einer Kult- und Wirtschaftskongregation innerhalb des Klosters Tōji, wird von einem Stimmenverhältnis 5 : 1 : 7 : 1 (= 14 Stimmen) von achtzehn Stimmberechtigten in einer Obmannwahl 1463 berichtet. Drei Äbte seien vor der Abzählung davongegangen, ein Stimmeintrag sei „zu verspäteter Zeit“ erfolgt und mithin ungültig⁴¹. Eine Wahlentscheidung traf nicht immer auf den Willen des Gewählten, ein Umstand, der die Wahl dann in die Nähe von Amtsverpflichtungen rückt, die mit der freien Kandidatur wenig oder nichts gemein hatten⁴².

5. Conclusio: Quelleninterpretation

Die ideengeschichtlichen Bezüge und soziodynamischen Aspekte der Mehrheitsentscheidung in der japanischen Geschichte erschließen sich, wenn Normen und Praktiken gleichermaßen berücksichtigt werden. Der buddhistische Klerus einerseits und die Praxis der Eideshandlungen andererseits bestimmen den soziokulturellen Hintergrund der Abstimmungen. Im Kontext der Mehrheitsregeln scheinen Kontakte zum hellenistischen Denken und zu Intellektuellen griechischer Herkunft auf. Akkulturationen hellenistischer und vedischer wie hinduistischer Motive im buddhistischen Eid verbinden sich mit wortmagischen Bräuchen, unter anderem sibirisch-schamanistischer Provenienz, und mit dem konfuzianischen Theorem nicht-egoistischer Entscheidungsfindung und schließlich dem Majoritätsprinzip.

Der Eidbrief, den wir eingangs vorstellten, ist Ausdruck dieser Vielfältigkeit. Der Nachtrag auf dem Rand, zu Kanzlei- und Archivzwecken wahrscheinlich nicht lange Zeit danach notiert, nennt unser Schriftstück ein Dokument zusammengelegter Striche (*gattenjō*) und markiert deutlich, worauf es hier ankommt. Augenfällig ist, dass der Text mit einer Beschlussvorlage zweier Optionen einsetzt, ferner die Folgepflicht in einem Schwur (*kishō*) bekräftigt, dessen Zuwiderhandlung Verwünschungen und Strafandrohungen ausgesetzt wird. Vaisravana *alias* Hermes ist eine der strafenden Instanzen, die in der für den Buddhismus typi-

⁴⁰ Kyōtōgokokuji monjo, Bd. 6, 409 (Nr. 1821): 15 Kandidatennamen, 6 : 6 : 2 : 1 : 2; 440–442 (Nr. 1827): 17 Namen, 6 : 1 : 1 : 2 : 3 : 2 : 1 : 1; ferner: 443–444 (Nr. 1829): 14 Namen, 1 : 5 : 2 : 6; 471–473 (Nr. 1836): 16 Namen, 6 : 1 : 1 : 2 : 8 : 1; 481–483 (Nr. 1839): 13 Namen, 1 : 3 : 3 : 1 : 6 : 1.

⁴¹ *Kurokawa*, Tōji hyakugō monjo no 'bugyō gattenjō' wo yomu (wie Anm. 36) 6–8.

⁴² Eine „Nachschlagenotiz“ der „Einundzwanziger“ schildert dies; ebd.

schen synkretistischen Art und Weise neben Genien und Geistern unterschiedlicher Provenienz stehen. Des Weiteren ist auffällig, dass der Begriff des Eigenwillens negative Valenz hat, denn er soll sich der Feststellung des ausgezählten Gemeinwillens unterordnen, obgleich individuelle Präferenzen für eine der beiden Optionen nicht nur zulässig, sondern – in Form von Strichen – nötig sind. Die individuelle Meinung ist eine Instanz, sie aber gegen den Beschluss zu richten, wird mit chinesischer Rhetorik als Eigensinn gescholten.

Und doch: Der Text wirft Fragen auf, die nicht beantwortet werden. Ob neben den beiden Fragespalten zur rechten Hand die Striche (*ten*, dem *punctum* auf römischen Wachstafeln nicht unähnlich) nach Aufruf des Namens oder in einem Nacheinander-Aufsuchen eines Schreibers, ob durch Herumreichen oder hinter einem Stellschirm verborgen, ob zeitlich und räumlich intim oder einsehbar gezogen wurden, wissen wir nicht. Nicht berichtet wird auch über die Individuen und ihre Beziehung zueinander. Nichts wissen wir über etwaige Verhandlungen oder konfliktrträgliche Auseinandersetzungen vor der Abstimmung. Die Anzahl der Teilnehmer geht aus dem Dokument nicht hervor. Wir wissen nicht, ob alle Berechtigten oder Verpflichteten anwesend waren, doch ist eine annähernde Vollständigkeit wahrscheinlich.

Ferner ist die graphische Semantik der Quelle eine Betrachtung wert. Die markant unterschiedlichen Strichlängen und -breiten, Kurven und Ansatzwinkel vermitteln den Eindruck, dass die Wähler in eigener Hand ihren Auftrag ausführten und dies vor den Augen anderer taten. Länge ist ein Verhaltensmodus, der insbesondere vor dem Hintergrund der ritualisierten Schreiblehre Japans nicht als willkürlich gelten kann. In späteren Etikettebüchern wird er reglementiert. Ritterständische Etikettevorschriften des 16./17. Jahrhunderts lehren, diese Striche nur in privaten Rundbriefen (*watakushi nite*), nicht aber gegenüber Obrigkeit und Vornehmen zu verwenden. Diesen gegenüber sollen Logogramme für „ich akzeptiere“ unter den eigenen Namen gesetzt werden. Außerdem werden Länge und Dicke eines Hakens oder Striches als selbstherrlich bezeichnet, denn dieses gilt als Chiffre eines Mächtigen. Mithin soll man kurz und zierlich notieren⁴³. Wir können aus diesen Anleitungen schließen, dass Einverständnisrituale mit abzuzählenden Strichen im politischen Denken eine Substratfunktion einnahmen, sie galten in der Ritenlehre als privat oder popular, waren aber in monastischen Kollegien etabliert. Im vorliegenden Fall jedoch setzten sich einzelne über die Meidevorschrift der Betonung eines Stimmenanteils qua Länge hinweg. Ich möchte auch soweit gehen zu vermuten, dass an dieser Stelle eine strukturell gewollte Form der Einstimmung oder Einflussnahme auf nächstfolgende Wähler vorliegt. Wenn dem so war, spielten die nicht ohne Grund beklagten gewachsenen Beziehungen im Lehr- und Ritenbetrieb der Klostergemeinschaft, die Bindung an konfessionelle Lehrfaktionen und Kultstätten, lokale und akademische Herkunft inner- und

⁴³ Tōyō shosatsu hōshiki (Faszikel 1 u. 2) [Nagoya, Hōsa Bunko, Inv.nr. 15368-5-5-17, 15369-5-5-17]; zu Länge/Kürze und Zierlichkeit: Hosokawake shosatsushō (Gunsho ruijū 9, Tōkyō 1960) 644 (Art. 68); Shorei kuketsu im Sanrei kuketsu, in: Ekiken zenshū 1 (Tōkyō 1910) 269f. (Art. 46, 54).

außerhalb der Klostermauern, wirtschaftliche Kooperationen und Konkurrenz und ähnliche Faktoren eine Rolle, die zu der Tatsache in augenfälliger Spannung stand, dass die individuelle Stimme eben nicht gewogen, sondern nur gezählt wurde. Über eine bewusste Differenzierung in mehrere Formen der Mehrheit (d. h. einfache, absolute oder qualifizierte) lässt sich jedoch nicht berichten.

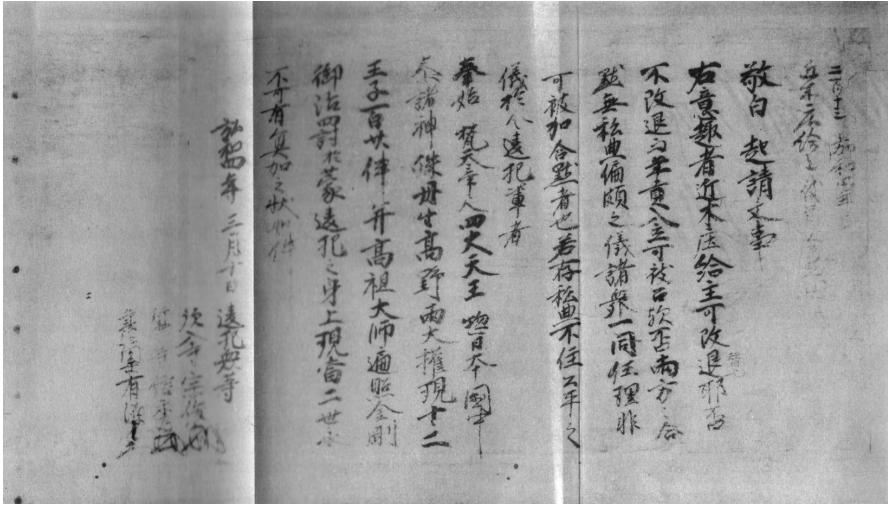
Es gibt zu denken, dass die Dokumentation der Abstimmungen sich auf mittelalterliche Quellen konzentriert. Bei diesem Aspekt unseres Befundes ist es hilfreich, die Anregungen Egon Flaigs über Dynamiken und Risiken⁴⁴ aufzunehmen und die Faktoren sozialen Drucks, der Tempi und Intervalle in den Fokus zu rücken, unter denen Entscheidungen über Wehe und Wohl der Gruppen zu treffen waren. Monasterien rekrutierten aus einem weiten Spektrum landsässiger Potentaten und Wirtschaftler (Fischer, Bauern, Flößer, Schiffer, [Wander]händler und Gewerbegruppen) eine Vielzahl von benachteiligten Erben. Das Problem minderberechtigter Söhne wurde so zu einem guten Teil – wenn wir so wollen – in Internate klerikal-kollektiver Couleur verlagert. Dieses Ventil tat seinen Dienst, verhinderte aber nicht mittel- und langfristig das Unbehagen der zu spartanischem Lebenswandel evakuierten Heißsporne, die sich teilweise Land kultivierten, Waffen zulegten und Familien gründeten⁴⁵. Umgekehrt kamen im Ergebnis nicht wenige Mönche als Lehrer und Festpriester in dörfliche Siedlungen zurück, während hier die Wohlhabenden sich in familiäre Eigentempel zurückzogen und dort ihren Lebensabend verbrachten⁴⁶. Zum einen kann man aus diesen Fakten Schlüsse in Bezug auf die Verbreitung klösterlicher Sozialtechniken in profanen Gemeinden ziehen, zum andern dürfen wir mutmaßen, dass die Großzahl an Mönchssiedlungen, Gemeindebildungen und Streitfällen um Ressourcen Ausdruck einer sozialen Dynamik war, die in einem gewissen Sinne dem Geschehen im alten Athen affin war. Das ökonomisch-demographische Moment wird schon seit längerem in Anschlag gebracht und dieser Tage unter dem Terminus *youth bulge* beschrieben (Norbert Elias, Gunnar Heinsohn)⁴⁷. Um es vorsichtiger zu umschreiben: Einem

⁴⁴ Egon Flaig, Mehrheitsentscheidungen in der Antike. Dynamiken und Risiken, in: Max-Planck-Gesellschaft. Jahrbuch (1997) 676–681; ders., Städtischer Republikanismus und Mehrheitsentscheidung. Zur Entstehung der Polis, in: Kingship and City Culture (Kyōto 2008) 133–163; ders., Ödipus. Tragischer Vätermord im klassischen Athen (München 1998) 124ff.

⁴⁵ Über Bewaffnung, kriegerische Konflikte, Ackerbau, Streit um Pfründen und Erbangelegenheiten in und zwischen Klöstern wird seit dem 10. Jahrhundert geklagt. Inge-Lore Kluge, Miyoshi Kiyoyuki. Sein Leben und seine Zeit (Veröffentlichungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Institut für Orientforschung 35, Berlin 1958).

⁴⁶ Verf., Monokusa Tarō – Die Geschichte eines Fronarbeiters im japanischen Mittelalter, in: Oriens Extremus 37/2 (1994) 153–233, insbes. 169, 191ff.; ders., Das Dorf Suganoura und seine historischen Quellen. Untersuchungen zur Genese einer zentraljapanischen Dorfgemeinde im späten Mittelalter (Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens 126, Hamburg 1996) 126f., 389; ders., Städte im vormodernen Japan. Ein Überblick über ihre Geschichte und Erforschung, in: Peter Feldbauer, Michael Mitterauer, Wolfgang Schwentker (Hrsg.), Die vormoderne Stadt. Asien und Europa im Vergleich (Wien 2002) 153–193.

⁴⁷ Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische Untersuchungen [...], 2 Bde. (Frankfurt a. M. 171992 [1939]); Gunnar Heinsohn, Söhne und Weltmacht (Bern 2003).



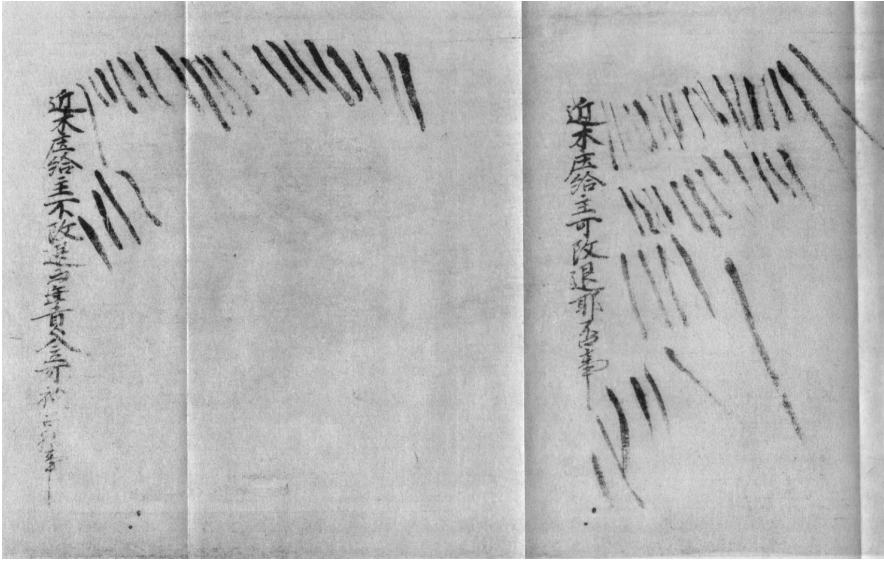
Eidbrief und Strichliste aus dem Kloster Kōya, dat. 1384
 [Zwei Abbildungen der in Anm. 1 zitierten Quelle
 Gattenjō 1 (1. Hälfte) und 2 (2. Hälfte)]

[Übersetzung:]

[Von anderer Hand:] [Nr.]213. Aus dem Jahre Kōwa 4 [1384]. Dokument über zusammengetragene Striche in Bezug darauf, dass der Eintreiber der Grundherrschaft Konogi ausgewechselt werden soll.

inkongruenten Verhältnis wirtschaftlicher, das heißt von Klima, Fauna, Flora und Topographie, Naturressourcen, Produktionsweisen, technischen Standards, Demographie und vielen anderem abhängiger Versorgungsmöglichkeiten⁴⁸ zunächst und zumeist der jungen Männer (je nach System auch anderer) einerseits und der Erwartung sozialer Teilhabe unter ihnen andererseits lässt sich mit neuen wirtschaftlichen Techniken oder Sozialisationsformen zwar begegnen. Indes, dieses Ungleichgewicht wird oft nicht erkannt; und es zu beheben erfordert oft kaum erreichte technische und soziale Standards. Deshalb begünstigt es massive kriegereische Konflikte und bisweilen sogar Expansionswellen; zu solchen kam es im Übergang vom 16. zum 17. Jahrhundert, als sich Kriegszüge schließlich über die Einigungskriege auf den japanischen Inseln hinaus gegen die koreanische Halbinsel richteten. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wieso – trotz der auf zeitraubende Beratungen setzenden Usancen und trotz hierarchischer und situati-

⁴⁸ Diese hängen vom Komplex „Topographie-Klima-Fauna/Flora-Tradition-Sozialstruktur-Technik-Bevölkerungsdichte“ ab und fallen, gemessen an den erwarteten Ressource- und Profit-Materien (Geld, Land, Sklaven, Öl usw.) und -Standards sowie an den Produktionsweisen (intensive od. extensive Agrarkulturen, Weide- od. Steppenwirtschaft, Güter- od. Dienstleistungsindustrien usw.) sehr unterschiedlich aus.



[weiteres, angeklebtes Blatt:] Der Eintreiber möge seines Amtes enthoben werden. [41 Striche verschiedenster Länge und Breite]

Der Eintreiber möge nicht seines Amtes enthoben werden, der Jahressteuerbetrag indes soll eingefordert werden. [23 Striche leicht unterschiedlicher Länge]

ver Einschränkungen – die organisatorischen Zwänge bei eiligen Überlebensfragen die Feststellung der numerischen Mehrheit als Instrument kommunalen Handelns gefördert und erfordert haben.

Anhang: Quellenübersetzung

Wir sagen mit Respekt aus – in einem Eidbrief.

Hierin geht es um folgendes. Soll der Eintreiber in der Grundherrschaft Konogi ‚entbunden und vertrieben‘ – [Nebenstehend ein Auftrag von anderer Hand anstelle des zweiten Logogramms :] ‚abgelöst‘ – werden? Oder soll dies nicht geschehen; soll es vielmehr ausreichen, dass er den [einbehaltenen] Betrag der Jahresgrundsteuer auszahlt? Zwischen diesen beiden Dingen soll eine Abstimmung erfolgen, ohne Parteilichkeit, ohne Eigensinn. Alle Mönche unter uns sollen [hinter der Entscheidung, vor der Außenwelt] einstimmig zusammenstehen. Wir sollen gemäß unserer Vernunft die Striche zusammenlegen.

Sollte jemand von uns aus Eigensinn ungerecht werden und hiergegen verstoßen, dann soll er die Strafen des Brahma (Bonten) und des Sakra (Taishaku) zunächst, diejenigen der Vier Himmelskönige [Lokapālas = Vaisravana, Dhṛtarāstra,

Virûdhaka, Virûpâkṣa], aller großen und kleinen Gottheiten im Lande Japan, insbesondere diejenigen der Beiden Kôya-Gottheiten [der Niutsuhimenomikoto im Amanojinja, der Quecksilberminengottheit, und des Kôyamyôjin, der „Hundehalter“- und Berg-Gottheit] nebst der Gottheiten in den Schreinen der „12 Königskinder“ und ihrer „120 Begleiter“ sowie unseres großen Gründers [Priester Kôbô], den man den „sonnenstrahlenden Diamanten“ (Vairocana) nennt, erdulden. Sofern jemand von uns so schuldig wird, soll seiner und der ihm folgenden Generation [sic] in perpetuum die Gnade der Gottheiten versagt sein.

Kôwa 4, 3. Monat, 10. Tag Die Richtermönche

Zuständiger, Klostereingetretener Sôshun [Sign.]

Amtsführender, Klostereingetretener Shinshû [Sign.]

Jahresobmann, Magister Ugen [Sign.]

Summary

This essay outlines the historical documentation of majority rule in premodern Japan. It delivers evidence for the spread of the majority principle in clerical and profane decision making procedures in the Middle Ages (9th-16th c.). The transmission of systematic vote-counting techniques (described in Buddhist vinaya writings / Sanskrit and Chinese translations, 5th c. A.D, etc.) can be located in Ceylon, China, and Korea. Their origins may be traced back to North India, where missionaries of Greek ancestry, heading Hellenistic movements, e.g. the so-called “Ionian” (Yona) called Dhammarakkhita (in Pali, Dharmaraksita in Sanskrit), propagated the Dharmaguptaka line of Mahîsâsaka, an influential school of vinaya (monk rules) at the time (3rd to 1st c. B.C.). Writings from Aparanta or Gandhâra regions were transmitted to Ceylon, and from here, by Faxian, to China.

From the time, when the terms for “majority” in the context of judgements appeared in Japanese sources (Nihon ryôiki, 9th c.), up to the 16th century monks and village-/town-people argued and practised on the ground of majorities. At the same time, the majority rule was just one way among others to let things settle. We have to keep in mind, that from its Buddhist beginnings methods to rule the community were not thought of in absolute categories. Specific problems and conflicts lead to concrete terms, under which majority rule could be applied. As an option it was suggested, discussed, and sometimes put into practise. Statutes and precedence records give detailed information of the widespread rhetoric of “majorities” (amata, tabun) and “following the majority” (tabun ni shitagau) in monasteries, villages, and towns. However, only clerical institutions furnish evidence for the concrete procedures: voting lists on paper give insights into how men in charge and duties were fired or kept on their posts by the numbers of votes. With regard to voting gatherings oaths and statutes warn against bias, absence, late coming, and disobedience to the results. As we cannot give a more precise description of situations and overall sentiments in and before the meetings, for example pressure put on attending individuals or factions, it is hard to

say to which extent votings were confidential or free. In the graphic sample from the 14th century presented in this paper, we well may presume that vertical relations and aspects of power and status had impact on the outcome (strong and long strokes vs. weak and short ones).

Last we may add, that the concentration of majority precedences in medieval monk communities hints to economic and revenue balance conflicts among the second and third warrior sons (youth bulge) in rural society who were the backup for monastic life in medieval Japan. Perhaps these conflicts promoted quick and final decision making methods and vote-counting instead of talks aiming at consensus without voting procedures.

Elke Stein-Hölkeskamp

Werben um die Mehrheit: Demokratie und Agonalität im klassischen Athen

An einem Tag im Sommer des Jahres 427 v. Chr. versammelten sich die Bürger von Athen frühmorgens auf der Pnyx, um über das Schicksal der Bewohner der mächtigen Polis Mytilene auf Lesbos zu entscheiden, die im Jahr zuvor von Athen abgefallen und zu den Spartanern übergelaufen war. Die Athener hatten die zuvor mit ihnen verbündete Stadt nur nach monatelanger kostspieliger Belagerung durch mehr als 1000 schwerbewaffnete Hopliten zur Kapitulation zwingen können. In der Volksversammlung standen nun Beratung und Beschluss über eine Bestrafung der Verantwortlichen an¹.

Wichtigster Redner in dieser Debatte war Kleon aus dem Demos Kydathenaion. Dieser Mann, der in diesem Jahr nach allem, was wir wissen, kein öffentliches Amt ausübte, gehörte in den Jahren nach dem Tode des Perikles zu den prominentesten Politikern der Stadt. Sein beachtlicher Einfluss beruhte allein auf seinen regelmäßigen Auftritten in der Volksversammlung, bei denen es ihm immer wieder gelang, die Bürger in den äußerst kontrovers geführten Debatten zu überzeugen und die nötigen Mehrheiten für die Durchsetzung seiner Anträge zu erzielen. Im Gegensatz zu Perikles und zu seinen anderen Vorgängern stammte Kleon nicht mehr aus der alten Grundbesitzer-Aristokratie. Seine Familie gehörte zu einer Gruppe von ‚Neureichen‘, die durch Handwerks- und Gewerbebetriebe zu erheblichem Reichtum gekommen waren, der es ihnen ermöglichte, sich intensiv in der Politik zu engagieren. Ob dieser Unterschied in der sozialen Abkunft der Grund dafür war, dass der Aufstieg Kleons zum bedeutendsten Redner und Politiker seiner Generation von seinen Zeitgenossen als Einschnitt empfunden wurde, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls urteilen Thukydides und Aristophanes äußerst negativ über den ‚Demagogen‘. So bezeichnet Thukydides Kleon als „den gewalttätigsten Mann der Stadt“ – zugleich räumt er jedoch ein, dass dieser „weit vor allen anderen das Vertrauen des Volkes besaß“, ja dass er derjenige Redner war, „den die Menge am liebsten hörte“. Er charakterisiert ihn als einen Redner, der geschickt an die Gefühle der Masse appellierte und skrupellos ihre Emotionen schürte. In seiner Wiedergabe von Kleons Ausführungen vor der Volksversamm-

¹ Thuk. 3, 2-18; 3, 27-28. Ein knapper Überblick über die Ereignisse findet sich bei *Karl-Wilhelm Welwei*, Das klassische Athen. Demokratie und Machtpolitik im 5. und 4. Jahrhundert (Darmstadt 1999) 168-174.

lung beschreibt Thukydides den Stil seiner Argumentation mal als „wüstes Geschimpfe“, mal als „Geprahle“. Allerdings betont der Historiker immer wieder, dass die Bürgerschaft auf Kleons Beiträge in der Regel positiv reagierte und sich bestens unterhalten fühlte². Aristophanes hat der einflussreichen politischen Figur Kleon generell und speziell seiner Rhetorik in den *Rittern* geradezu ein ‚Denkmal‘ gesetzt. Dabei ist es auffällig, dass Aristophanes an zahlreichen Stellen Kleons Stimme – vor allem die ungewöhnliche Lautstärke, mit der er seine Reden vor der Volksversammlung vortrug – zum Gegenstand seines Spottes macht: Schon am Anfang der *Ritter* wird Kleon von einem Gegenspieler als „Brüllochs mit der Donnerstimme“ charakterisiert. Spätere Autoren betonten darüber hinaus, dass Kleon seiner lauten impulsiven Sprechweise, seiner offenbar ganz und gar nicht gesetzten Wortwahl durch heftige, lebhafteste Gesten noch mehr Nachdruck zu geben versucht habe. Habitus und Körpersprache des Redners wurden also offenbar ebenfalls als außergewöhnlich und als Abweichung von traditionellen Vorbildern angesehen³.

In der Debatte über die Behandlung der Bewohner von Mytilene, von der Thukydides ausführlich berichtet, plädierte Kleon dafür, nicht nur die tatsächlich für den Abfall von Athen Verantwortlichen zu bestrafen, sondern alle erwachsenen Mytilener zu töten und Frauen und Kinder in die Sklaverei zu verkaufen – eine extreme Position, die nach stürmischen Debatten jedoch eine ausreichende Mehrheit fand und förmlich beschlossen wurde. Ja, die Athener schickten noch am gleichen Tag ein Kriegsschiff aus, das die Anordnung, den Beschluss wortgetreu und ohne weitere Verzögerungen umzusetzen, zu überbringen hatte. Doch bemerkenswerterweise war damit noch nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen. Einige der Beteiligten, so Thukydides, empfanden „Reue“ über „den un menschlichen Beschluß“, und schon bald sei deutlich geworden, dass „die Mehrheit der Bürger die Gelegenheit wünschte, die Sache noch einmal zu überlegen“. Und so ließ sich der geschäftsführende Ausschuss des Rates schließlich davon überzeugen, dass es angemessen sei, schon für den nächsten Tag eine weitere Sitzung der Volksversammlung einzuberufen und die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen – ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang, denn normalerweise war die Wiederaufnahme einer durch einen Mehrheitsbeschluss abgeschlossenen

² Thuk. 3, 36; 4, 21f.; 4, 27f. S. dazu *Harvey Yunis*, Taming Democracy. Models of Political Rhetoric in Classical Athens (Ithaca u. a. 1996) 88f.; *Elke Stein-Hölkeskamp*, Perikles, Kleon und Alkibiades als Redner: Eine zentrale Rolle der athenischen Demokratie im Wandel, in: *Christoff Neumeister, Wulf Raack* (Hrsg.), Rede und Redner. Bewertung und Darstellung in den antiken Kulturen (Mölnese 2000) 79–93, 82. Als grundlegend für die Bewertung Kleons kann auch heute noch gelten: *Walter R. Connor*, The New Politicians of Fifth-Century Athens (Princeton 1971) 87ff.

³ Aristoph. Equ. 137; 303ff.; 352 u. ö. bzw. Aristot. Ath. Pol. 28, 3; Theopompos v. Chios, FGrHist 115 F 92; Plut. Nikias 8, 6. S. dazu und zur sozialen Abkunft des Kleon generell *Stein-Hölkeskamp*, Perikles, Kleon und Alkibiades (wie Anm. 2) 83ff. mit weiterer Literatur; außerdem *Christian Mann*, Die Demagogen und das Volk. Zur politischen Kommunikation im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr. (Berlin 2007) 169ff. S. zuletzt *Wilfried Nippel*, Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit (Frankfurt 2008) 59f.

Debatte nicht üblich⁴. Kleon ergriff in dieser zweiten Versammlung erneut das Wort und blieb selbstverständlich bei seiner am Vortag vertretenen Position, die er mit hohem rhetorischen Aufwand noch einmal ausführlich begründete, um die Mehrheit auch diesmal wieder auf seine Seite zu bringen.

Doch bevor wir zu der zweiten Debatte über Mytilene kommen und zu den Einzelheiten der Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, vergewissern wir uns zunächst kurz der Rahmenbedingungen. Bei der zweiten Debatte über das Schicksal der Bevölkerung von Mytilene handelte es sich um eine jener außerordentlichen Versammlungen, die im Bedarfsfall zu den vierzig regulären Sitzungen der Ekklesia hinzukamen. Die Volksversammlung war das selbstverständliche Zentrum der institutionellen Ordnung Athens – und zwar nicht nur abstrakt-symbolisch, also als theoretischer Souverän, sondern auch konkret-materiell als tatsächliches Entscheidungsorgan. Sie wählte alljährlich diejenigen Magistrate, die man nicht durch das Los bestellte, und kontrollierte die aktuell amtierenden Beamten, die keinerlei Immunität genossen. Die Ekklesia konnte sie sogar absetzen und der strafrechtlichen Verfolgung überantworten. Sie beschloss nicht nur neue Gesetze, Verträge und Bündnisse, sondern entschied auch über alle Probleme der Außenpolitik und der Kriegsführung der Stadt und des Seebundes, von der Getreideversorgung bis zur Ausstattung und Aussendung der Flotte, und sogar über ein kaum begrenzbares Spektrum praktischer Einzelfragen, von Finanz- und Kulturangelegenheiten bis zu Bürgerrechtsverleihungen⁵.

Die Sitzungen der Ekklesia konnten alle männlichen Bürger besuchen, die über 18 Jahre alt waren – auch diejenigen, die über kein nennenswertes Vermögen verfügten und nur der untersten Zensusklasse der Theten angehörten. Zur Ausübung des Stimmrechts war die persönliche Anwesenheit in der Versammlung erforderlich – eine Delegation von Stimmen oder irgendeine andere Art von Repräsentation war in dieser „Staatsform der persönlichen Präsenz und Interaktion“, wie es Tonio Hölscher formuliert hat, in keinem Stadium der politischen Entscheidungsfindung vorgesehen⁶. Jede Stimme hatte das gleiche Gewicht, die einfache Mehrheit der Anwesenden entschied. Wie groß der Anteil der insgesamt 35 000 bis 40 000 Bürger war, die tatsächlich regelmäßig an den Abstimmungen teilnahmen, lässt sich schwer sagen. Hier ist sicherlich mit großen Unterschieden zu rechnen: Die Bewohner der städtischen Wohnviertel dürften im Allgemeinen stärker ver-

⁴ Thuk. 3, 36. S. dazu *Josiah Ober*, *Political Dissent in Democratic Athens. Intellectual Critics of Popular Rule* (Princeton 1999) 94ff.; *Arlene W. Saxonhouse*, *Free Speech and Democracy in Ancient Athens* (Cambridge 2006) 151ff.

⁵ Zur Volksversammlung s. *Jochen Bleicken*, *Die athenische Demokratie* (Paderborn u. a. ²1994) 161ff.; *Karl-Joachim Hölkeskamp*, *Parteiungen und politische Willensbildung im demokratischen Athen: Perikles und Thukydides, Sohn des Melesias*, in: *HZ* 267 (1998) 1–27, bes. 19ff. und neuerdings *Elke Stein-Hölkeskamp*, *Demokratie – die ‚herrschende Hand des Volkes‘*, in: *Elke Stein-Hölkeskamp, Karl-Joachim Hölkeskamp* (Hrsg.), *Die griechische Welt – Erinnerungsorte der Antike* (München 2010) 487–509, 496.

⁶ *Tonio Hölscher*, *Aus der Frühzeit der Griechen. Räume – Körper – Mythen* (Stuttgart 1998) 69ff., 72.

treten gewesen sein als die Landbevölkerung, die an der Peripherie wohnte. So hatten etwa die Bürger, die im 5. Jahrhundert in dem Demos Atene an der dem Kap Sunion gegenüberliegenden Südwestspitze Attikas lebten, immerhin mehr als 60 Kilometer zurückzulegen, wenn sie das politische Zentrum erreichen wollten – eine Anstrengung, die zumindest einige von ihnen durchaus auf sich genommen haben, wie wir aus Inschriften und anderen Zeugnissen wissen, die sich auf die Region beziehen. Die Zusammensetzung der Versammlungen dürfte darüber hinaus aber auch saisonalen Schwankungen unterworfen gewesen sein: Die Bauern werden im Winter reger teilgenommen haben als im Sommer; das Personal der Flotte war während der Schifffahrtssaison monatelang nicht in Athen präsent. Außerdem dürfte die Tagesordnung eine gewisse Rolle gespielt haben: Schicksalsfragen wie beispielsweise die Entscheidungen über spektakuläre militärische Aktionen werden weit mehr Teilnehmer angezogen haben als Routineangelegenheiten. Auf unseren konkreten Fall bezogen heißt das, dass Kleon in der zweiten Debatte über das Schicksal der Mytilener zweifellos die Mehrheit einer mehrtausendköpfigen Menge von seiner Position überzeugen musste⁷.

Doch kommen wir auf die Volksversammlungen zurück. Im Jahre 427 erhielten die Besucher der Ekklesia keine materielle Entlohnung. Tagesgelder wurden erst ab der Wende vom 5. zum 4. Jahrhundert gezahlt. Das politische Engagement der Bürger, die an jenem Tag im Sommer 427 ungeduldig darauf warteten, dass der Vorsitzende die Versammlung eröffnete, lag also allein in ihrem Interesse begründet. Dabei mag sich ein Teil der Anwesenden an diesem Tag vor allem deshalb auf den Weg gemacht haben, weil er von der Debatte über Mytilene irgendwie persönlich betroffen war. Ein solches Interesse könnte beispielsweise in der Hoffnung auf die Teilnahme an einem der für Lesbos geplanten Kleruchie-Unternehmen bestanden haben. Es spricht jedoch nichts dafür, dass die Willensbildung in der Ekklesia mit ihren zahlreichen Sitzungen und vierstelligen Teilnehmerzahlen regelmäßig von ephemeren gegenstandsabhängigen Interessengruppen majorisiert wurde. Bei der Mehrheit der Teilnehmer muss vielmehr mit einem genuin politischen Interesse gerechnet werden – und das heißt konkret: mit dem Willen, sich als Bürger aktiv in die Gemeinschaft einzubringen und über die Geschicke dieser Gemeinschaft mitzuentcheiden. Wie wichtig die aktive Teilhabe an der Politik für die individuelle Selbstwahrnehmung der Athener als Bürger und zugleich für ihre kollektive Identität als Bürgerschaft war, zeigt das berühmte Diktum des Perikles, der in seiner Gedenkrede für die Gefallenen des Krieges nur wenige Jahre zuvor emphatisch darauf verwiesen hatte, dass allein in Athen ein passiver Bürger als ein schlechter Bürger gelte⁸. Der einflussreiche Strategie und Politiker, der die

⁷ Zum Demos Atene s. *Hans Lohmann*, Atene. Forschungen zur Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des klassischen Attika, 2 Bde. (Köln u. a. 1993) bes. Bd. 1, 269ff. S. allgemein *Bleicken*, Die athenische Demokratie (wie Anm. 5) 161ff.; *Yunis*, Taming Democracy (wie Anm. 2) 2ff.; *Stein-Hölkeskamp*, Demokratie (wie Anm. 5) 494ff.

⁸ Thuk. 2, 40. Zu den Diätanzahlungen s. zuletzt *Nippel*, Antike oder moderne Freiheit (wie Anm. 3) 31f.

Athener mehr als dreißig Jahre lang mit seiner brillanten Rhetorik immer wieder von sich und seiner Politik überzeugen konnte, hätte diese Einschätzung wohl kaum so formulieren können, wenn sie nicht tief in der kollektiven Mentalität der Athener verankert gewesen wäre.

In den Sitzungen der Ekklesia hatte prinzipiell jeder Bürger das Recht, sich zu Wort zu melden: Gleiches Rederecht und Redefreiheit galten als eherne Grundprinzipien der Demokratie. Allerdings werden die Hemmschwellen für ungeübte Redner relativ hoch gewesen sein. Nicht jeder verfügte über das entsprechende Selbstvertrauen und den Mut, vor eine tausendköpfige Menge zu treten und seinen Standpunkt darzulegen. Es ist also davon auszugehen, dass letztlich eine Elite unter den Bürgern, die über die entsprechenden Fähigkeiten verfügte, die politischen Optionen und die Anträge formulierte. Dennoch muss die Gruppe derjenigen, die von ihrem Rederecht zumindest gelegentlich Gebrauch gemacht haben, deutlich größer und auch offener gewesen sein, als es die literarischen Texte insinuieren, die vor allem die öffentlichen Auftritte von Politikern vom Kaliber eines Perikles, Kleon oder Alkibiades kommentieren. Das zeigt einerseits die Vielfalt der ansonsten unbekannten Namen von Antragstellern in den inschriftlich überlieferten Volksbeschlüssen. Und das zeigt andererseits der Bericht des Thukydides über die zweite Mytilene-Debatte. In dieser hochbrisanten Situation konkurrierte nämlich ausgerechnet ein gewisser Diodotos mit dem prominenten Kleon um die Mehrheit der Stimmen – ein Mann, von dem wir nicht viel mehr wissen als seinen Vatersnamen⁹.

Da in der athenischen Demokratie der Konkurrenzkampf um politische Führung nicht durch periodisch durchgeführte Wahlen entschieden und dann für einen normativ festgelegten Zeitraum – eine Legislaturperiode – ausgesetzt wurde und es zudem keine organisierten politischen Parteien gab, war jeder, der politischen Einfluss gewinnen und behalten wollte, auf das regelmäßige Agieren in und vor der Volksversammlung angewiesen. Denn diese Volksversammlung war ja Teil jener besonderen Art von Öffentlichkeit, die ein ebenso zentrales wie typisches Charakteristikum der antiken ‚Stadtstaatlichkeit‘ darstellt. Hier fand politisches Handeln stets in eigens dafür reservierten öffentlichen Räumen statt – unter freiem Himmel, im Ambiente einer typischen mediterranen ‚open-air Kultur‘. Die am

⁹ S. auch das berühmte Diktum, das Platon dem Sokrates in den Mund legt (Prot. 319d): „Wenn aber über die Verwaltung der Stadt zu ratschlagen ist, so steht jeder auf und erteilt ihnen seinen Rat: Zimmermann, Schmied, Schuster, Krämer, Schiffsherr, Reiche, Arme, Vornehme, Geringe, einer wie der andere, und niemand macht einem Vorwürfe darüber, ..., daß er, ohne dies irgendwo gelernt zu haben oder seinen Meister darin aufzeigen zu können, sich nun doch unterfangen wolle, Rat zu geben.“ (Übersetzung F. Schleiermacher). Zum Recht der freien Rede in der Volksversammlung s. *Bleicken*, Die athenische Demokratie (wie Anm. 5) 172f.; *Yunis*, Taming Democracy (wie Anm. 2) 9ff.; *Jeffrey Henderson*, Attic Old Comedy, Frank Speech, and Democracy, in: *Deborah Boedeker, Kurt A. Raaflaub* (Hrsg.), Democracy, Empire, and the Arts (Cambridge, Mass. 1998) 255–273, 255ff.; *David Cohen*, The Politics of Deliberation: Oratory and Democracy in Classical Athens, in: *Walter Jost, Wendy Olmsted* (Hrsg.), Rhetoric and Rhetorical Criticism (Oxford u. a. 2004) 22–37; *Victoria Wohl*, Rhetoric of the Athenian Citizen, in: *Erik Gunderson* (Hrsg.), The Cambridge Companion to Ancient Rhetoric (Cambridge 2009) 162–177.

politischen Entscheidungsprozess beteiligten Individuen und Gruppen – Magistrate und Ratsorgane, Bürgerschaft und Redner – traten sich auf dieser Bühne immer ganz direkt, also ‚face-to-face‘, gegenüber. Das gesprochene Wort, die unmittelbare Rede und Gegenrede, war unter diesen Umständen das zentrale Instrument zur Durchsetzung von Positionen. Dabei war die Bürgerschaft als Ganze in dieser Öffentlichkeit zugleich kollektiver Akteur und Adressat der Redner, die vor diesem Forum so oft wie möglich auftreten mussten¹⁰.

Ein guter Redner, der unter diesen Bedingungen die Mehrheit für sich gewinnen wollte, musste sich stets sorgfältig auf die aktuelle Tagesordnung vorbereiten; er musste in der Lage sein, in freier Rede seine Vorschläge zu einem breiten Spektrum von Sachfragen zu formulieren und gegebenenfalls spontan und geistesgegenwärtig auf die Angriffe seiner Kontrahenten zu reagieren, die in der scharfen Konkurrenzsituation der öffentlichen Versammlung niemals ausblieben. Und vor allem musste er seine Zuhörer sorgfältig beobachten und in der Lage sein, ihre Reaktionen richtig einzuschätzen: Hörte ihm die Versammlung aufmerksam zu oder unterhielten sich die Zuhörer während seiner Rede? Brandete spontaner Applaus auf oder kam gar missbilligendes Gemurmel auf? Wer als Redner auf Dauer erfolgreich sein wollte, musste diese Zeichen aufmerksam lesen. Denn die versammelten Bürger bestimmten und beherrschten den Diskurs auf der politischen Bühne. Mit Rednern, die nur wenig Konkretes und Nützliches zur Sache beitragen konnten und jegliches persönliches Charisma vermissen ließen, gingen sie dabei gelegentlich ziemlich rüde um. Ein Sprecher konnte „noch so schön und reich und vornehm“ sein, wie Platon es im *Protagoras* formuliert, wenn er die Zuhörer nicht zufriedenstellte, „so lachten sie ihn aus“, bis er freiwillig seinen Platz auf der Rednertribüne räumte, oder sie ließen ihn gar vom geschäftsführenden Ausschuss „herausschaffen“¹¹. Dauerhaften Einfluss konnten unter diesen Bedingungen nur diejenigen ausüben, die sich bei ihren Auftritten in der Volksversammlung auf die umfassende Dominanz der Ekklesia im politischen Entscheidungsprozess einstellten, die sich also sowohl mit ihren rhetorischen Strategien als auch mit den von ihnen vertretenen Inhalten ganz und gar an der Erwartungshaltung der dort versammelten Bürgerschaft orientierten. Und das heißt konkret, dass es nicht nur darauf ankam, das Publikum mitzureißen und für sich einzunehmen. Die überlieferten Reden zeigen vielmehr, dass es ebenso notwendig war, der Herrschaft des Volkes demonstrativ – rhetorisch und symbolisch, durch Gesten und Habitus – Respekt zu zollen, alle Vorschläge als allein dem Nutzen der Bürgerschaft förderlich zu deklarieren und sich selbst damit als kompetenten und vor allem loyalen

¹⁰ S. dazu *Karl-Joachim Hölkeskamp*, Institutionalisation durch Verortung. Die Entstehung der Öffentlichkeit im frühen Griechenland, in: *Karl-Joachim Hölkeskamp* u. a. (Hrsg.), *Sinn (in) der Antike. Orientierungssysteme, Leitbilder und Wertkonzepte im Altertum* (Mainz 2003) 81–104, 85f.; *ders.*, Mythos und Politik – (nicht nur) in der Antike, in: *HZ* 288 (2009) 1–50, 44ff.

¹¹ Plat. Prot. 319b–d. S. dazu *Stein-Hölkeskamp*, Perikles, Kleon und Alkibiades (wie Anm. 2) 89ff. mit weiterer Literatur. Zur Funktion des Redners s. außerdem *Egon Flaig*, Ritualisierte Politik. Zeichen, Gesten und Herrschaft im Alten Rom (Göttingen 2003) 197; *Cohen*, *Politics of Deliberation* (wie Anm. 9) 25.

Führer zu empfehlen¹². Darauf wird im konkreten Fall der Mytilene-Debatte noch zurückzukommen sein.

Die Versammlungen der athenischen Bürger dauerten längstens von Tagesanbruch bis Tagesende. Noch bevor die Dämmerung eintrat, musste eine Entscheidung herbeigeführt werden, dass heißt konkret: Es musste abgestimmt werden. Eine Vertagung war generell nicht vorgesehen, da am nächsten Tag möglicherweise ein ganz anderer Ausschnitt aus der Bürgerschaft präsent war, der nicht über die gleichen Entscheidungsgrundlagen verfügte wie die ursprünglichen Teilnehmer, die den Rednern des ersten Tages zugehört hatten. Die strikte Terminierung auf einen Tag setzte die Teilnehmer und vor allem die Redner natürlich unter einen gewissen Druck. Es gab kaum Spielräume für eine vorsichtige Abwägung und Annäherung an die Gegenseite bzw. für die Suche nach Kompromisslösungen – womöglich gar hinter den Kulissen. Die gesamte Kommunikationssituation war darauf angelegt, eindeutige Argumente zu formulieren, die Unterschiede zwischen der eigenen Position und der des Gegners antithetisch zuzuspitzen und die Debatten kontrovers und konfliktorientiert zu führen, um schließlich eine klare Entscheidung für die eine oder andere Position zu erhalten. Die institutionellen Rahmenbedingungen der Ekklesia verschärften somit die traditionelle, gewissermaßen vorpolitische kulturelle Praxis des agonalen Zuspitzens, die in der griechischen Kultur seit jeher angelegt war. Denn schließlich war der Agon an sich darauf ausgerichtet, schnell einen Sieger zu ermitteln. Am Ende eines jeden Wettbewerbs – sei es nun im Wagenrennen, im Faustkampf oder im Rededuell – musste unmittelbar und eindeutig festgestellt werden, wer „der Beste“ gewesen war: Und das war in der Volksversammlung auch nicht anders¹³.

Wer als Sieger aus einem Redewettstreit in der Volksversammlung hervorging, wurde nach kontroverser Diskussion durch eine Abstimmung ermittelt, in der die versammelten Bürger durch einfaches Handaufheben ihre Entscheidung kundtaten. Alle Stimmen hatten das gleiche Gewicht: Alter, Abkunft, Reichtum oder öffentliches Ansehen des Abstimmenden waren ohne Belang. Der Vorgang der Abstimmung gliederte sich in zwei Phasen: Zunächst wurden die Ja-Stimmen ermittelt und dann in einem zweiten Durchgang die Nein-Stimmen. Dem Vorsitzenden – einem völlig unerfahrenen Bürger, der diese Position nur einmal in seinem Leben für einen Tag ausüben durfte – fiel gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Rates die Aufgabe zu, die Zahl der abgegebenen Stimmen zu schät-

¹² S. dazu *Harvey Yunis*, *The Constraints of Democracy and the Rise of the Art of Rhetoric*, in: *Boedeker, Raaflaub* (Hrsg.), *Democracy, Empire, and the Arts* (wie Anm. 9) 223–240, 229ff.

¹³ Zur Bedeutung des Agons s. zuletzt *Egon Flaig*, *Olympiaden und andere Spiele*, in: *Stein-Hölkeskamp, Hölkeskamp* (Hrsg.), *Die griechische Welt – Erinnerungsorte der Antike* (wie Anm. 5) 353–369 mit der älteren Literatur. Vgl. außerdem *Mann*, *Die Demagogen* (wie Anm. 3) 29f. Zur hohen Konfliktbereitschaft des griechischen Adels s. *Elke Stein-Hölkeskamp*, *Adelskultur und Polisgesellschaft. Studien zum griechischen Adel in archaischer und klassischer Zeit* (Stuttgart 1989) 134ff., 154ff., 168ff. und 205ff.; ferner *Egon Flaig*, *Das Konsensprinzip im homerischen Olymp. Überlegungen zum göttlichen Entscheidungsprozeß Ilias 4, 1–72*, in: *Hermes* 122 (1994) 13–31.

zen und auf diese Weise die Mehrheit festzustellen. Wenn die Schätzung dieses Ausschusses nicht eindeutig ausfiel oder ein einzelner Bürger einen formellen Protest gegen das vom Vorsitzenden verkündete Ergebnis einlegte, musste die Abstimmung wiederholt werden. Eine Zählung der Stimmen fand allerdings auch in diesem Fall nicht statt. Sie wäre bei der Größe der Versammlung wohl nur schwer durchzuführen gewesen. Außerdem war eine solche numerisch exakte Feststellung der Mehrheit (bzw. der Minderheit) in einer politischen Kultur gar nicht erforderlich, in der selbstverständlich die Überzeugung galt, dass „in den Vielen das Ganze sei“, wie es in einem berühmten Plädoyer für die Überlegenheit der Volksherrschaft im Geschichtswerk des Herodot heißt. Auch das Abstimmungsverfahren war demnach darauf angelegt, möglichst klare Mehrheiten zu erzielen, die durch Schätzung schnell und eindeutig zu ermitteln waren¹⁴.

Welche gruppendynamischen Prozesse bei solchen offenen Abstimmungen von Tausenden von Bürgern abliefen und in welcher Weise sie das Verhalten des einzelnen beeinflussten, der sich sehr wohl im klaren darüber sein musste, dass er nicht unbeobachtet von den Umstehenden agieren konnte, ist schwer abzuschätzen. Fest steht, dass die Größe der Versammlung und der Abstimmungsmodus eine gezielte Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens im Vorfeld durch Stimmenkauf oder durch Einschüchterung so gut wie unmöglich machten. Auch die vorgängige Aushandlung eines Konsenses unter den Angehörigen der politischen Elite war unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht denkbar. Ausschlaggebend waren also letztlich allein die Überzeugungskraft und die Tagesform der einzelnen Redner. Nur solche ‚weichen‘, kontingenten Faktoren entschieden, wer aus dem Wettstreit um die Mehrheit jeweils als Sieger hervorging. Wenn am Ende des Tages der Vorsitzende das Resultat bekanntgab, konnten die erfolglosen Antragsteller und Redner und die unterlegene Minderheit der teilnehmenden Bürger das Ergebnis wohl auch deshalb akzeptieren, weil schon bei nächster Gelegenheit eine neue Versammlung einberufen wurde, bei der über andere Agenden verhandelt wurde und ganz andere Mehrheiten möglich waren – wie bei der (oder den) Debatte(n) über das Schicksal der Bewohner von Mytilene¹⁵.

Bei der zweiten Debatte über Mytilene stand ausnahmsweise (wie gesagt) ein Tagesordnungspunkt auf der Agenda, über den schon am vorigen Tag beraten und entschieden worden war – ein Sonderfall, der von allen Beteiligten Flexibilität und hohen Einsatz erforderte. Es kommt hinzu, dass diese Wiederaufnahme noch nicht einmal durch neue Entwicklungen oder neue Informationen bedingt war,

¹⁴ Hdt. 3, 80. Zu den Abstimmungsverfahren nach dem Mehrheitsprinzip s. *Bleicken*, Die athenische Demokratie (wie Anm. 5) 171; generell *Egon Flaig*, Die spartanische Abstimmung nach der Lautstärke, in: *Historia* 42 (1993) 139–160; *Nippel*, Antike oder moderne Freiheit (wie Anm. 3) 43ff.

¹⁵ S. dazu die Ausführungen bei *Mogens H. Hansen*, How Did the Athenian Ecclesia Vote?, in: *ders.*, *The Athenian Ecclesia. A Collection of Articles 1976–1983* (Kopenhagen 1983) 103–117; *Bleicken*, Die athenische Demokratie (wie Anm. 5) 171f.; *Nippel*, Antike oder moderne Freiheit (wie Anm. 3) 27f., 44, 58, 67f. Zu den gruppendynamischen Prozessen bei den Abstimmungsverfahren in Sparta vgl. *Flaig*, Die spartanische Abstimmung (wie Anm. 14) 153f.

sondern allein dadurch, dass die Stimmung in der Bürgerschaft umgeschlagen war: Am Vortag hatte der „Zorn der Menge“ (wie Thukydides es formuliert) ein äußerst intensives emotionales Klima erzeugt – eine ideale Voraussetzung für die Durchsetzung einer so extremen Position, wie Kleon sie vertreten hatte. Nun war die Menge nachdenklicher geworden, der Zorn war Ernüchterung und Zweifeln gewichen. Als erfahrener Redner musste Kleon sich darauf einstellen, dass es nicht einfach werden würde, den Abstimmungserfolg vom Vortrag zu wiederholen und noch einmal die Stimmen der Mehrheit für seinen Antrag zu gewinnen – zumal er unter den gleichen Bedingungen agieren musste, wie bei jeder anderen Volksversammlung auch: Auf Rede und Gegenrede folgte zwangsläufig am Abend die Abstimmung, in der sich zeigen würde, welcher Redner die Mehrheit der versammelten Bürger – die keineswegs identisch mit der des Vortages sein musste – dieses Mal hatte überzeugen können¹⁶.

Kleon begann seine Rede dementsprechend mit einem rhetorischen Paukenschlag, so berichtet es jedenfalls Thukydides: „Schon manches Mal“, so hält er den Athenern vor, sei ihm klargeworden, „daß die Demokratie unfähig sei zur Herrschaft über andere Völker“. Und er wirft dem Volk im gleichen Atemzug auch noch „Furcht- und Harmlosigkeit“ und „Schwäche“ vor – Eigenschaften, die im täglichen Umgang miteinander durchaus ihren Platz hätten, aber keineswegs bei der Behandlung Gewaltunterwerfener, bei denen man ohnehin mit ewig wählender „erbarmungsloser Feindschaft“ rechnen müsse¹⁷. Kleon rüttelt damit gewissermaßen an den Grundfesten des kollektiven Bewusstseins der Athener, denn schließlich dürften sich für den Durchschnittsbürger der Zeit Demokratie einerseits und Herrschaft über die Bündner andererseits geradezu automatisch miteinander verbunden haben. Immerhin bestritt ein nicht unerheblicher Teil der Athener ihren Lebensunterhalt durch ihre Tätigkeit als Ruderer in der Flotte und/oder verdiente sich als Richter in den Geschworenengerichten, in denen auch die

¹⁶ Thuk. 3, 36. Zum Quellenwert der Mytilene Debatte allgemein s. *Yunis*, Constraints of Democracy (wie Anm. 12) 237ff., der die Aussagekraft des Textes für den Ablauf von realen Debatten in der athenischen Demokratie eher gering einschätzt. Dem ist entgegenzuhalten, dass Thukydides die Rahmenbedingungen für politische Rhetorik in der Demokratie schließlich sehr wohl einschätzen konnte und unter seinen Lesern auch eine Reihe von Athenern gewesen sein dürften, die als Zeitzeugen die Reden gewissermaßen ‚live‘ mitangehört hatten. Zu dem Problem der Wiederaufnahme eines bereits abgehandelten Tagesordnungspunktes s. *Yunis*, Taming Democracy (wie Anm. 2) 87ff. S. zuletzt auch *Elton T.E. Barker*, Entering the Agon. Dissent and Authority in Homer, Historiography and Tragedy (Oxford 2009) bes. 239ff. Barker interpretiert die Reden im Werk des Thukydides konsequent als Agone, die die unterschiedlichen Positionen der Debatten präsentieren und den Lesern damit die entsprechenden Informationen an die Hand geben, um selbst zu einem qualifizierten Urteil zu kommen. Der Tatsache, dass Thukydides die zweite und nicht die erste Mytilene-Debatte wiedergibt, misst er große Bedeutung zu. Hieran zeige sich, dass der Autor nicht nur das Schicksal der Bevölkerung von Mytilene zum Thema mache, sondern den Charakter der Debatten generell und damit die Effektivität der Entscheidungsfindung in der Ekklesia.

¹⁷ Thuk. 3, 37, 1–2; 40, 2. S. dazu und zum Folgenden *Cohen*, Politics of Deliberation (wie Anm. 9) 30ff. und zuletzt *Saxonhouse*, Free Speech and Democracy (wie Anm. 4) 153ff. mit der älteren Literatur.

Angelegenheiten des Seebundes verhandelt wurden, regelmäßig ein nicht zu verachtendes Zubrot. Über diesen materiellen Vorteil hinaus bezog die Gemeinschaft einen guten Teil ihres kollektiven Selbstwertgefühls daraus, dass sie stolze Bürger der mächtigsten Stadt Griechenlands waren – der Mythos von der historischen Sendung Athens und der Legitimität seiner in den Peserkriegen begründeten Überlegenheit und Macht über andere war allgegenwärtig. Mit dem provozierenden Auftakt seiner Rede, in dem Kleon der Demokratie die Fähigkeit zur Herrschaft und zur Ausübung dieser Macht absprach, rührte er also gleich zu Beginn seines Auftritts in mehrfacher Hinsicht an die ideologischen Fundamente der kollektiven Selbstwahrnehmung und der geltenden Überzeugungen der Mehrheit der Versammelten. Zugleich schürte er die Emotionen, die ihm am Tag zuvor den Sieg in der Abstimmung eingebracht hatten. Er dürfte sich der Aufmerksamkeit seiner Zuhörer damit wieder einmal sicher gewesen sein.

Und auch nach diesem fulminanten Start kam Kleon keineswegs direkt auf den konkreten Fall – nämlich die angemessene Bestrafung der Bewohner von Mytilene – zu sprechen, sondern trug weiterhin Argumente von hoher Grundsätzlichkeit vor: „Einfalt mit Disziplin“, so fährt er fort, führe weiter als „schlaue Zuchtlosigkeit“, und ein Staat werde „von schlichteren Menschen“ im allgemeinen besser regiert als von „den gescheiteren“. Nach diesem Appell an die geltende egalitäre Moral hebt er zu einer Schelte der Gebildeten und der Redner an: Diese Menschen, so wettet er, „wollen immer klüger scheinen als die Gesetze“, „wollen bei allem ihre Überlegenheit zeigen“ und „richten so den Staat zugrunde“. Zugleich schmeichelt er den einfachen Leuten, „die sich zufriedengeben, wenn sie weniger weise sind als die anderen“ und „lieber gerechte Kampfrichter sein wollen statt selber Wettkämpfer“¹⁸. Kleon überträgt hier Vokabular und Metaphorik der Welt des Agons auf die Versammlungen des Volkes. Zugleich distanziert er sich jedoch auf vielsagende Weise von der Wertewelt des ewigen Wettstreits, in dem jeder danach strebte, „immer der Erste zu sein“, wie es in der vielzitierten homerischen Formel heißt. „Wir“, so fährt er fort und schließt sich dabei in die zuvor gescholtene Gruppe der Redner mit ein, „dürfen uns nicht hinreißen lassen von der Redegewalt und dem Ringen um den Klugheitspreis“, sondern müssen „der Menge nach bestem Wissen und Gewissen raten“¹⁹. Den traditionellen Werten des individuellen Strebens nach Erfolg werden hier die kommunalen Werte des Einsatzes für das Gemeinwohl entgegengesetzt. Bei der nun folgenden ‚Publikumsbeschimpfung‘, dem Kernstück kleonscher Rhetorik, bleibt der Redner dann bei der einmal gewählten Metaphorik der Agonistik: Er kritisiert die Athener als „schlechte Spielordner“, passive „Zuschauer der Worte“ und „Zuhörer der Taten“, die sich benehmen, „als säßen sie im Theater“, und die nur den „geschliffenen Wendungen“ zuhören, ohne an die Folgen zu denken und sich am „Heil des Staates“ zu orientieren²⁰. Und damit sind zugleich die Kernbegriffe seiner kon-

¹⁸ Thuk. 3, 37, 3–4. S. dazu *Mann*, Die Demagogen (wie Anm. 3) 177f., 183ff.

¹⁹ Thuk. 3, 37, 5. S. dazu und zum Folgenden *Ober*, Political Dissent (wie Anm. 4) 96ff.

²⁰ Thuk. 3, 38, 3–7. S. dazu *Wohl*, Rhetoric (wie Anm. 9) 165.

kreten Argumentation zur Bestrafung der Bewohner von Mytilene benannt, die sich nun unmittelbar anschließt: „Folgt mir“, so beschwört er seine Zuhörerschaft, wenn „ihr die Herren bleiben wollt“. „Werdet nicht zu Verrätern euer selbst.“ „So handelt ihr gerecht an Mytilene und zugleich zu eurem Nutzen.“²¹ Den Siegespreis in dem Wettstreit um die Mehrheit der Stimmen, so könnte man die Rede des Kleon zusammenfassen, sollen die versammelten Zuhörer also nicht dem besten und originellsten „Redekünstler“ verleihen, sondern dem überzeugenden und aufrichtigen Vertreter der Interessen der Gemeinschaft. Dabei sollen sie sich nicht auf die Rolle der passiven Zuhörer zurückziehen, sondern als aktive Co-Akteure mit den Rednern interagieren, ihre rhetorischen und performativen Strategien kritisch hinterfragen und damit ihrer zentralen Rolle in der Volksherrschaft gerecht werden.

Auf den Auftritt Kleons folgte in der zweiten Mytilene-Debatte die Rede des Diodotos. Dieser setzt dabei von Anfang an auf Mäßigung und ermahnt zu ruhiger Überlegung. „Raschheit und Zorn“, so beginnt er, sind die „größten Feinde des guten Rates“²². Und auch er kritisiert den Typ des Redners, der sich in der Volksversammlung bislang in der Regel durchzusetzen pflegte. Dabei modifiziert auch er das geltende Prinzip des Wettstreits in signifikanter Weise: Sein Ideal ist der gute Bürger, der sich auch als ungeübter Redner mit den besseren Gründen durchsetzt und dabei auf jegliche agonale Sprache und auf eine konkurrenztypische Desavouierung der Gegner verzichtet. Voraussetzung sei dabei allerdings, dass die Stadt dem Sieger keine besonderen Ehren erweise, um den Wettstreit nicht noch weiter anzustacheln. Die Bürger sollen „den Erfolgreichen“ nicht dazu veranlassen, „um noch größerer Belohnungen willen“ der Menge nach dem Mund zu reden. Denn wenn ein solches agonales Verhalten auch noch prämiert werde, werde der „Unterlegene danach trachten, durch Gefälligkeiten gleichfalls die Menge für sich zu gewinnen“. Dabei lässt Diodotos keinen Zweifel daran, dass man im Athen seiner Zeit von dieser Vision einer Demokratie, in der aufrichtig und rational debattiert wird, weit entfernt ist. Das übliche Verhalten der Menge in den Volksversammlungen führe dazu, so lamentiert er, dass mittlerweile „sogar die Vertreter der besseren Sache mit Lügen um das Vertrauen der Menge werben müssten“. „Der Staat“, so fährt er fort, sei der einzige, den man „überlisten“ müsse, um „ihm Gutes zu erweisen“²³. Der Schelte der Intellektuellen und der Gebildeten, die Kleon vorgebracht hat, setzt Diodotos entgegen, dass diese Männer schließlich über weit mehr Übersicht und Voraussicht verfügen als die Menge. Dabei zeigt die Nutzung der Pronomina ‚wir‘ und ‚uns‘, dass er sich dieser Gruppe der Überlegenen zurechnet. Diodotos, so kann man diesen Teil seiner Rede zusammenfassen, setzt also keineswegs auf die Weisheit der Mehrheit und gibt

²¹ Thuk. 3, 40, 4.

²² Thuk. 3, 42, 1.

²³ Thuk. 3, 42, 4-6; 43, 3. S. dazu und zum Folgenden *Saxonhouse*, *Free Speech and Democracy* (wie Anm. 4) 156ff.

dem auch offen Ausdruck. Er verzichtet also bewusst auf die üblichen rhetorischen Signale der Referenz an die geltende egalitäre Moral.

In der nun folgenden Argumentation setzt Diodotos dann allerdings explizit auf das Gemeinschaftsgefühl und die gemeinsame Interessenlage der Bürger. Das zeigt sich rein oberflächlich bereits am geänderten Gebrauch der Pronomina: Denn in das ‚wir‘ und ‚uns‘, mit dem er die Bürger immer wieder anspricht, schließt er sich nun ausdrücklich ein. Ihm geht es darum, so hält er seinen Zuhörern vor, für „uns“ den besten Rat zu finden und eine Lösung „zum Vorteil“ Athens zu erreichen. Dabei definiert er diesen Vorteil für die Stadt durchaus ganz handfest und konkret: Neben so hehren Zielen wie „Freiheit“ und „Herrschaft“, die natürlich „das Größte“ seien, appelliert er durchaus pragmatisch an die materiellen Interessen der Bürger, erinnert an die Kosten von Belagerungsunternehmen und die entgangenen Einnahmen und fordert eine „sorgfältige Behandlung“ der Bündner ein, um sie als zukünftige Zahler von Tributen „bei Kräften zu halten“²⁴. Eine Strategie der Deeskalation als zweckmäßiges, zukunftsorientiertes Handeln im Sinne der Polisgemeinschaft ist also das Ziel, für dessen Verfolgung Diodotos sich hier einsetzt. Aus dem Wettstreit um den individuellen Siegespreis wird hier das Werben um eine pragmatische Lösung, die für die Gesamtheit den größten Nutzen verspricht.

Nach dem Vortrag dieser beiden Meinungen, „die einander so genau das Gleichgewicht hielten“, so beendet Thukydides den Bericht über die zweite Mytilene-Debatte, „stritten die Athener noch weiter mit Gründen und Gegen Gründen“. Das Abstimmungsergebnis war dann denkbar knapp. Sie „waren nahezu gleich“, aber „siegreich“ blieb der Antrag des Diodotos. Die Athener sandten noch am gleichen Tag ein zweites Schiff aus, das den revidierten Beschluss in Mytilene überbringen sollte. Die Sache war nun „eilig“, so betont Thukydides, „damit es nicht später als das erste (Schiff) hinkäme und die Bürgerschaft vernichtet fände“²⁵.

Ende gut – alles gut. Doch was sagt das Beispiel der Mytilene-Debatte nun über die Dynamik von Mehrheitsentscheidungen in der athenischen Demokratie aus? Die institutionellen Rahmenbedingungen, so lässt sich zusammenfassen, generieren einen Entscheidungsprozess, bei dem einzelne Politiker in freier Rede ihre Positionen formulieren und um die Mehrheit der Stimmen der versammelten Bürger werben. Das Verfahren ist insgesamt auf Konkurrenz und Konflikt angelegt. Es führt zu einer steten Aktualisierung, ja Zuspitzung der traditionell in der Mentalität der griechischen Eliten verankerten Praktiken des Agons. Die sich von Sitzung zu Sitzung wandelnde Zusammensetzung der Ekklesia als souveränem Entscheidungsgremium bringt es mit sich, dass jede Volksversammlung ergebnisoffen begonnen wird. Vorgängige Absprachen, Stimmenkauf und ähnliche Manipulationsmöglichkeiten sind ausgeschlossen. Die Redner müssen von Fall zu Fall die Stimmung der gerade versammelten Menge einschätzen und entsprechend die

²⁴ Thuk. 3, 44, 1–2; 45, 6; 46, 2–6. S. dazu *Ober*, Political Dissent (wie Anm. 4) 99ff.

²⁵ Thuk. 3, 49, 1–2.

Emotionen schüren. Das erfordert zum einen ein hohes Maß an Flexibilität, zum anderen setzt es voraus, dass die Redner über ein gewisses Repertoire an Standardargumenten und gewissermaßen meta-rhetorischen Floskeln verfügen, die die Entscheidungssituation in der Ekklesia, die Offenheit und Öffentlichkeit der Debatte und die Macht des Volkes selbst zum Thema machen. Diese müssen sie dann unabhängig von den konkreten Tagesordnungspunkten situationsbezogen aktualisieren und multifunktional einsetzen können, um die Mehrheit der versammelten Bürger auch noch unter sich womöglich schnell ändernden Bedingungen und Stimmungslagen auf ihre Seite zu bringen. Da diese Mehrheit der mehrtausendköpfigen Versammlungen notwendig aus Bürgern aus den unteren und mittleren Schichten – kleinen Bauern, Handwerkern, Tagelöhnern und Ruderern in der Flotte – besteht, müssen diese Argumente und Strategien an die Interessen und Gefühle dieser heterogenen Menge appellieren. Sie dürfen sich auf keinen Fall an bestimmte Interessengruppen oder Parteien richten, sondern müssen die überragenden Kompetenzen des Redners als Vorkämpfer der Interessen der gesamten Bürgergemeinschaft propagieren.

Je auf ihre Weise werden sowohl Kleon als auch Diodotos diesen Anforderungen gerecht. In ihren Reden dominieren allgemeine und grundsätzliche Argumente, die mit dem konkreten Fall nur indirekt zu tun haben. Dadurch dass sie auf vielfältige Weise auf die Sprache und Metaphorik der Agonistik anspielen, erweisen sie durchaus subtil der Volksversammlung als souveränem Entscheidungsorgan Reverenz und erkennen die Dominanz der Ekklesia im Entscheidungsverfahren an: Wie defizitär der Demos seine Rolle auch immer ausüben mag – er ist und bleibt der Kampfrichter. Er entscheidet, wer in der Konkurrenz um die Mehrheit der Stimmen den Sieg davonträgt. Dabei betonen Kleon und Diodotos zugleich die gegenseitige Abhängigkeit von Rednern und Entscheidungsträgern: Nur wenn der Redner die Erwartungen der Menge erfüllt, wird er in der Konkurrenz mit den anderen obsiegen. Und nur wenn der Demos im Wettstreit der Versammlung gewissermaßen den richtigen Sieger kürt, wird die Gemeinschaft den Nutzen haben. Und dieser Sieger kann und darf nur derjenige sein, der sich als kompetenter Ratgeber und Förderer des Wohls der Gesamtheit empfiehlt. Am Ende obsiegt Diodotos mit seinem eher maßvollen pragmatischen Kurs. Über die Gründe für diese Entscheidung des athenischen Demos lässt sich nur spekulieren: Möglicherweise hat Kleon die eher nachdenkliche und zögerliche Stimmung, die an diesem Tag in der Versammlung herrschte, nicht richtig eingeschätzt und ist deshalb mit seinen provokanten Äußerungen zu weit gegangen. Dann hätte Diodotos mit seinem Verweis auf die materiellen Vorteile einer Schonung der tributpflichtigen Bündner in einer angespannten Situation hoher militärischer und finanzieller Belastungen den richtigen Ton getroffen. Doch letztlich spielt es keine Rolle, was den Beschluss in der zweiten Mytilene-Debatte herbeigeführt hat: Denn bei aller Dramatik der Situation handelte es sich doch nur um eine Einzelentscheidung, die die Bürgerschaft nicht langfristig spaltete und den generellen Konsens über die Grundregeln der politischen Ordnung bezüglich Partizipation und Entscheidungsverfahren in keiner Weise tangierte. Darüber hinaus lässt der Fall erkennen,

dass die elaborierten Verfahren der Willensbildung und der Entscheidungsfindung, die den politischen Prozess in der athenischen Demokratie bestimmten, systematisch ausschlossen, dass sich einzelne Interessengruppen bildeten, die dann dauerhaft in eine Minderheitsposition geraten und entsprechende Ressentiments entwickeln konnten. Auch für den unterlegenen Kleon hatte die Abstimmungsniederlage in der Mytilene-Debatte keine langfristigen Konsequenzen. Sie zog nachweislich keine Beschädigung seiner Führungsrolle nach sich: Er trat schon bald wieder in der Volksversammlung auf und war mit seinen Anträgen durchaus auch wieder mehrheitsfähig²⁶.

Summary

This paper looks at the debate about the fate of Mytilene in Thucydides as an example illustrating the mechanisms of reaching majority decisions in the Athenian popular assemblies. Firstly, an overview of basic characteristics of this central institution of Athenian democracy summarizes conditions and rules concerning participation and numbers of participants, organization and chairing of meetings, procedures of debates and decision-making. In particular, attention is focused on the actual composition of participants, changing from meeting to meeting, the characteristic openness or unpredictability of meetings in terms of their course, outcome and results as well as the equally typical agonistic intensification of controversy in debates. A fresh look at the special case of the debate on the punishment of Mytilene on Lesbos after its secession from Athens and her Delian League as expounded by Thucydides in detail serves to elucidate the particular situation or constellation of communication in the *ekklesia* and the corresponding rhetorical strategies of speakers taking the floor in this debate. This example makes clear that, under the particular conditions of democracy, these actors on the political scene had to come up to the expectations of participants and pay reverence to the power of the people: they had to have a repertoire of set arguments at their disposal, which they could use in the vicissitudes of circumstances, in different constellations and contexts of debates, to win over a multitude of several thousand citizens in assembly. Interestingly enough, it would appear that success or failure in concrete decisions, which invariably had to be taken at the end of meetings, did not necessarily have lasting consequences for the leading position of individual demagogues.

²⁶ Vgl. dazu *Nippel*, *Antike oder moderne Freiheit* (wie Anm. 3) 28f.

Winfried Schmitz

Den politischen Konflikt durch Abstimmung entscheiden

Solons Stasisgesetz und die Mehrheitsentscheidung im Areopag

Abstimmungen in solonischer Zeit

In den homerischen Epen enden Beratungen der Geronten und Versammlungen des Volkes ohne formelle Abstimmung. Es sind die durch Redegewandtheit, Mut und Ansehen herausragenden Adeligen, die vor das Volk treten, vom Herold das Skeptron erhalten und sich nach der Rede wieder auf die geglätteten Steine setzen. Zustimmung oder Ablehnung wurde durch Beifall, Zurufe oder Gemurre kundgetan. Nach dem letzten Redebeitrag zerstreut sich das Volk, folgt dem Ratschlag, der bejubelt wurde, oder nimmt den Streit der Redenden zur Kenntnis, ohne dass es eine Entscheidung gegeben hätte. Eine formelle Abstimmung durch Handaufheben, durch Stimmsteine oder sogar eine genaue Auszählung der Stimmen ist nicht überliefert.

J. A. O. Larsen hat die bei den Versammlungen des Volkes noch fehlende formelle Abstimmung als Defizit gewertet, da das Volk vorschnell eine Rede für verbindlich halten oder es sich verschiedenen geäußerten Meinungen anschließen konnte. Im schlimmsten Fall drohte sogar ein Bürgerkrieg, wie bei der Versammlung im 24. Gesang der *Odyssee*¹. Die solonischen Reformen hingegen, vor allem die Einsetzung eines Rates der 400 und eines Geschworenengerichts, der *heliaia*, setzten – so Larsen – eine Stimmenzählung oder zumindest Abschätzung des Stimmenverhältnisses voraus. Die Mehrheitsentscheidung sei seiner Meinung nach im Laufe des 7. Jahrhunderts entstanden und in solonischer Zeit bei Rat, Volksversammlung und Gericht angewandt worden. Die Mehrheitsentscheidung als solche muss bereits für das vorsolonische Athen vorausgesetzt werden, da gemäß

¹ Jacob A. O. Larsen, Die Entstehung und Bedeutung der Stimmenzählung, in: Zur griechischen Staatskunde, hrsg. v. Fritz Gschnitzer (Darmstadt 1969) 184–218 (zuerst englisch in: CPh 44 [1949] 164–181). Fritz Gschnitzer, König, Rat und Volk bei Homer, in: ders., Kleine Schriften zum griechischen und römischen Altertum 1, hrsg. v. Catherine Trümper, Tassilo Schmitt (Stuttgart 2001) 195–198, schließt sich der These von Larsen an: „Er hat gezeigt, daß diese Zeit die Stimmenzählung und den Mehrheitsbeschluß, d. h. das Überstimmen der Minderheit, noch nicht kennt“ (S. 197). Nach Gustave Glotz, La cité grecque (Paris 1928) 65, sei die Abstimmung in der Versammlung als vorbeugendes Mittel gegen den Bürgerkrieg eingeführt worden.

dem Tötungsrecht Drakons 51 Epheten darüber entscheiden sollten, ob eine Tötung als absichtliche, unabsichtliche, versehentliche oder berechnete zu qualifizieren ist. Auf frühe Zeit wird auch die Institution der Elfmänner zurückzuführen sein, die einen bei der Tat ergriffenen Missetäter unmittelbar zur Hinrichtung führen konnten, wenn er die Tat gestand². Aus der Tatsache, dass die Zahl der Urteilenden ungerade war, lässt sich erschließen, dass bei diesen Verfahren eine Mehrheit die Entscheidung traf.

Seit solonischer Zeit wurden in der Volksversammlung, im Rat der 400 und in der *beliaia* Abstimmungen mittels Mehrheitsentscheidungen herbeigeführt. Doch nicht nur dort kam diese Form der Abstimmung zum Tragen, sondern – wie ich in meinem Beitrag zeigen möchte – auch im Adelsrat, dem Areopag, und dies in einer speziellen Ausgestaltung. Entschieden wurde im Areopag über brisante politische Weichenstellungen, und Mehrheitsentscheidungen sollten Konflikte, die die Gemeinschaft zu spalten drohten, lösen.

Die Reformen Solons

Athen stand an der Wende vom 7. zum 6. Jahrhundert am Rande eines Bürgerkriegs. Solon, der zum Schlichter bestellt worden war, prangert in seinen politischen Elegien die Raffgier und Habsucht der Reichen an, mahnt aber auch die Führer des Volkes und wirft ihnen mangelnde Einsicht vor. Jeder strebe nur nach Reichtum, keiner sei bereit, das Recht zu achten und sich für die Stadt einzusetzen. Schuldner wurden in eine sklavenähnliche Position herabgedrückt oder in die Sklaverei verkauft, andere flohen aus Attika, um diesem Schicksal zu entgehen³. Solon setzte zunächst die Aufhebung der Schulden durch und sicherte damit vielen Athenern die Freiheit, ohne die die spätere Demokratie nicht denkbar ist. Dann folgten grundlegende politische Reformen, zu denen die Einführung einer

² IG I³ 104, Z. 13, 17, 19, 24, 29, 35f. Die Aburteilung durch die Elfmänner stellt einen ersten Schritt dar, die Selbsthilfe einzudämmen; das Verfahren wird daher auf eine Zeit vor Einführung privater und öffentlicher Klagen durch Solon zurückzuführen sein. Auch in anderen Städten lässt sich die Stimmzählung mindestens bis in das frühe 6. Jahrhundert zurückverfolgen. So regelte ein Gesetz aus Chios von ca. 575/550 v. Chr. Rechtsverfahren, die vor dem „zusammengerufenen Volk“ (δῆμο κεκλημένον) bzw. vor dem Rat des Volkes (βολή δημοσίη) stattfanden. Der Rat wurde gewählt, wobei jede Phyle 50 Mitglieder stellte (Reinhard Koerner, *Inscriptliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis* [Köln, Weimar, Wien 1993] Nr. 61; Larsen, *Stimmzählung* 196–199).

³ Solon fr. 4 West (3 Gentili/Prato), fr. 9 West (12 Gentili/Prato), fr. 13 West (1 Gentili/Prato). Zu den politischen Elegien Solons: Christoph Mülke, *Solons politische Elegien und Iamben* (fr. 1–13; 32–7 West). Einleitung, Text, Übersetzung, Kommentar (Leipzig 2002); Elisabeth K. Irwin, *Solon and Early Greek Poetry. The Politics of Exhortation* (Cambridge 2005) 83–198. Vgl. André P. M. H. Lardinois, *Have we Solon's Verses?* in: Josine H. Blok, André P. M. H. Lardinois (Hrsg.), *Solon of Athens. New Historical and Philological Approaches* (Leiden, Boston 2006) 15–35; Fabienne Blaise, *Poetics and Politics: Tradition Re-worked in Solon's 'Eunomia'* (Poem 4), in: ebd. 114–134; John Lewis, *Solon the Thinker. Political Thought in Archaic Athens* (London 2006).

timokratischen Ordnung, die Verschriftung des Rechts und die Bestellung eines Geschworenengerichts gehörten⁴. Solon führte in Athen einen Gerichtszwang ein, schuf also die Möglichkeit, bei einem Magistraten gegen eine andere Person Klage zu erheben und sie vor Gericht zu zwingen⁵. Die solonischen Reformen stellen einen wichtigen Einschnitt dar, weil Solon die Macht der adeligen Familien beschränkte, die Volksversammlung aufwertete und die athenischen Bürger in größerem Umfang an den politischen Institutionen und Entscheidungen teilhaben ließ. Andere Aufgaben aber blieben den Adeligen vorbehalten: Die Klagen wegen vorsätzlicher Tötung und gegen Tyrannisaspiranten wurden im Areopag entschieden. In ihn rückten die Archonten nach ihrem einjährigen Amt auf, und da das Archontenamt den Angehörigen der höchsten bzw. den beiden höchsten Schatzungsklassen vorbehalten war, war auch der Zugang zum Areopag auf reiche Athener beschränkt.

Das Stasisgesetz und seine Deutungen

Zu Solons Reformen gehört auch das so genannte Stasisgesetz. Es bestimmte, dass derjenige, der sich bei einer *stásis* weder der einen noch der anderen Seite anschloss, für ehrlos erklärt wurde und seine politischen Rechte verlor⁶. In seiner Deutung ist das Stasisgesetz umstritten. Eine in der älteren und jüngeren Forschung weit verbreitete Meinung ist, Solon habe mit diesem Gesetz seine Reformen und die von ihm geschaffene politische Ordnung absichern und letztlich den Bürgerkrieg vermeiden wollen. Da er mit dem Gesetz alle Athener verpflichtet habe, beim Ausbruch eines Bürgerkriegs zu den Waffen zu greifen, sei für die Adeligen das Risiko gestiegen, dass sich die Mehrheit der athenischen Bürger gegen sie stellte. Da dies die Adeligen abgeschreckt hätte, eine *stásis* vom Zaun zu brechen, seien Bürgerkriege schon im Keim erstickt worden. Karl-Wilhelm Wel-

⁴ Solon fr. 36 West (30 Gentili/Prato); Aristot. Ath. pol. 6, 1; 7–8. Peter J. Rhodes, The Reforms and Laws of Solon: an Optimistic View, in: Blok, Lardinois, Solon of Athens 248–260. Die Einrichtung eines Rats der 400 durch Solon ist von Norman A. Doenges, Ostracism and the *Boulai* of Kleisthenes, in: Historia 45 (1996) 387–404 erneut bestritten worden. Zur Bedeutung der solonischen Schatzungsklassen in archaischer und klassischer Zeit Winfried Schmitz, Reiche und Gleiche: Timokratische Gliederung und demokratische Gleichheit der athenischen Bürger im 4. Jahrhundert v. Chr., in: Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr. Vollendung oder Verfall einer Verfassungsform, hrsg. v. Walter Eder (Stuttgart 1995) 573–597; Hans van Wees, Mass and Elite in Solon's Athens. The Property Classes Revisited, in: Blok, Lardinois, Solon of Athens 351–389; Kurt A. Raaflaub, Athenian and Spartan *Eunomia*, or: What to do with Solon's Timocracy?, in: Blok, Lardinois, Solon of Athens 390–428.

⁵ Dies galt für die Regelung der Blutracheverfahren durch Drakon noch nicht (Winfried Schmitz, „Drakonische Strafen“. Die Revision der Gesetze Drakons durch Solon und die Blutrache in Athen, in: Klio 83 [2001] 7–38).

⁶ Zusammengestellt sind die Quellen dazu bei Eberhard Ruschenbusch, Σόλωνος νόμοι. Die Fragmente des solonischen Gesetzeswerkes mit einer Text- und Überlieferungsgeschichte (Historia Einzelschr. 9, Wiesbaden 1966; Ndr. 1983) F 38a–g und vollständiger bei Antonio Martina, Solon. Testimonia veterum (Lyricorum Graecorum quae exstant 4, Rom 1968) T 350–357.

wei sieht dementsprechend im Gesetz eine „potentielle Barriere gegen Usurpatoren und Tyrannen“. Solon habe offene Konfrontationen von Hetairien dadurch verhindern wollen, dass die Führer rivalisierender Gruppen mit einem starken Widerstand im Demos rechnen mussten⁷. Christian Meier beurteilt das Stasisgesetz als einen „interessanten Versuch ...“, die gesamte Bürgerschaft im Falle eines ausbrechenden Bürgerkriegs gegen die streitenden Parteien ins Spiel zu bringen. ... Offensichtlich ging es darum, der Minorität der in der freund-feindschaftlichen Fehde Verwickelten die Majorität aller anderen entgegenzustellen; eine ebenso hilflose wie aufschlussreiche Institution.“⁸ Zuletzt hat Alberto Maffi die gängige These vertreten, Solon habe mit diesem Gesetz letztlich den Bürgerkrieg verhindern wollen, indem er alle Bürger zur Teilnahme aufrief⁹.

Doch alle Bürger im Falle eines bewaffneten Bürgerkriegs gesetzlich zur Teilnahme zu verpflichten, war ein gefährliches Spiel. War nicht eher zu erwarten, dass die Situation durch eine Mobilisierung aller Bürger eskalierte? Einige Forscher haben Solon, der doch um einen Ausgleich bemüht war, nicht so viel Risikofreude zutrauen wollen und andere Interpretationen vorgeschlagen. Eberhard Ruschenbusch trat dafür ein, dass sich das Gesetz gegen Kriegsdienstverweigerer gerichtet habe. *Stasis* sei im Gesetz im Sinne eines auswärtigen Krieges gemeint. Doch diese Interpretation scheitert nicht nur am Verständnis von *stásis* im Sinne eines auswärtigen Krieges; warum sollte im Kriegsfall den Athenern freigestellt sein, welcher Seite sie sich anschlossen¹⁰?

Da keine der Lösungen als befriedigend angesehen wurde, haben andere das Gesetz als unhistorisch eingeschätzt. Hätte Solon die bestehende politische Ord-

⁷ Karl-Wilhelm Welwei, Athen. Vom neolithischen Siedlungsplatz zur archaischen Großpolis (Darmstadt 1992) 171f. Vgl. auch Jonathan A. Goldstein, Solon's Law for an Activist Citizenry, in: *Historia* 21 (1972) 538–545; Victor Bers, Solon's Law Forbidding Neutrality and Lysias 31, in: *Historia* 24 (1975) 493–498; Sara Forsdyke, Exile, Ostracism, and Democracy. The Politics of Expulsion in Ancient Greece (Princeton, N. J. etc. 2005) 79, 98f.; Kurt A. Raaflaub, The Breakthrough of *Dēmokratia* in Mid-Fifth-Century Athens, in: *Origins of Democracy in Ancient Greece*, hrsg. v. Kurt A. Raaflaub, Josiah Ober, Robert W. Wallace (Berkeley, Los Angeles, London 2007) 105–154, hier 143 und bereits Hans Friedel, Der Tyrannenmord in Gesetzgebung und Volksmeinung der Griechen (Stuttgart 1937) 24. Ähnlich auch Fritz Gschnitzer, Griechische Sozialgeschichte von der mykenischen bis zum Ausgang der klassischen Zeit (Wiesbaden 1981) 80f.

⁸ Christian Meier, Die Entstehung des Politischen bei den Griechen (Frankfurt 1995) 209 Anm. 181.

⁹ Er vergleicht das Gesetz mit anderen Gesetzen, die zum Schutz der bestehenden politischen Ordnung erlassen wurden (Alberto Maffi, De la loi de Solon à la loi d'Ilion ou comment défendre la démocratie, in: *La violence dans les mondes grec et romain. Actes du colloque international*, Paris 2–4 mai 2002, hrsg. v. Jean-Marie Bertrand [Paris 2005] 137–162 mit Bezug auf Andok. 1,98; *Epigraphica* 27 [1965] 110ff. [= SEG 12,87] und *IvIlion* 25).

¹⁰ Eberhard Ruschenbusch, Σόλωνος νόμοι 83. Eine dezidierte Ablehnung dieser These bei Kurt von Fritz, Nochmals das solonische Gesetz gegen Neutralität im Bürgerzwist, in: *Historia* 26 (1977) 245–247, hier 247 Anm. 10 und bei Peter Spahn, Mittelschicht und Polisbildung (Frankfurt a. M. 1977) 153f., 224f. Anm. 153. Hingegen hat Uwe Walter, An der Polis teilhaben. Bürgerstaat und Zugehörigkeit im Archaischen Griechenland (Stuttgart 1993) 195 mit Anm. 104 Ruschenbuschs These übernommen.

nung sichern wollen, hätte er von den Bürgern eine Wahrung seiner Reformen, der von ihm hergestellten *eunomia*, eingefordert. Außerdem habe sich Solon in seinen Elegien gerühmt, dass er sich selbst bei den politischen Auseinandersetzungen in Athen nicht für eine Partei eingesetzt, sondern sich zwischen beide Parteien gestellt habe, bewährt mit starkem Schild¹¹. Das Stasisgesetz passe also nicht zu Solons eigener Einstellung zu inneren Konflikten¹². Außerdem führt der Sprecher der 31. Rede des Lysias *Gegen Philon* ausdrücklich aus, dass kein Gesetz verbiete, sich im Falle eines Bürgerkriegs zu entfernen¹³. Die Rede gehört in die Zeit kurz nach 404/3, wurde also wenige Jahre nach dem oligarchischen Umsturz und dem daraus resultierenden Bürgerkrieg gehalten. Jochen Bleicken hat daher die These vertreten, in den politischen Kämpfen des Bürgerkriegs am Ende des 5. Jahrhunderts sei Solon fiktiv ein *stásis*-Gesetz zugeschrieben worden, um die Bürger dazu aufzurufen, sich bei dem Bürgerkrieg zu engagieren¹⁴.

Das Stasisgesetz in den Quellen

Zu einer ganz anderen Deutung des Stasisgesetzes gelangt man allerdings, wenn man die semantische Bedeutung von *stásis* genauer in den Blick nimmt und die Quellen zu diesem Gesetz in ihrem Kontext betrachtet. Überliefert ist das Gesetz mehrere Male in nahezu identischen Formulierungen in den Werken Plutarchs. In der *Solonvita* zitiert Plutarch das Gesetz mit den Worten: „Unter den übrigen Gesetzen Solons ist das eigentümlichste und widersprüchlichste dasjenige, das anordnet, denjenigen sei ehrlos, der sich bei einer *stásis* weder der einen noch der

¹¹ Solon fr. 5 West Z. 5–6 (fr. 7 Gentili/Prato; = Plut. Solon 18,6–7). Diogenes Laertios (1,58) kleidet dies in das verbreitete anekdotische Erzählmotiv, wonach der Gesetzgeber der erste ist, der gegen sein eigenes Gesetz verstößt. Denn Solon habe sich bei der auf seine Reformen folgenden *stásis* weder auf die Seite derer aus der Stadt, noch auf die Seite der Bewohner der Ebene (*pedieís*), noch auf die Seite der Küstenbewohner (*páraloi*) gestellt. Zu den Einwänden gegen die Historizität des Gesetzes Forsdyke, Exile 98.

¹² So Ruschenbusch, Σόλωνος νόμοι 84; von Fritz, Gesetz gegen Neutralität 246; Ephraim David, Solon, Neutrality and Partisan Literature of Late Fifth-Century Athens, in: MH 41 (1984) 129–138, hier 131.

¹³ Lys. 31,27. Als gewichtigen Einwand gegen die Authentizität des Gesetzes werten die Stelle Mortimer Chambers, Aristoteles. Staat der Athener (Berlin 1990) 180 und Emilio Gabba, Da qualche considerazione generale al caso della legge sull' impossibile neutralità (AP 8, 5), in: L' *Athenaion politeia* di Aristotele 1891–1991. Per un bilancio di cento anni di studi, hrsg. v. Gianfranco Maddoli (Napoli 1994) 103–111. Vgl. demgegenüber Chiara Pecorella Longo, Sulla legge ‚soloniana‘ contro la neutralità, in: Historia 37 (1988) 374–379, hier 375 und Peter J. Rhodes, A Commentary on the Aristotelian *Athenaion Politeia* (Oxford 1981) 157.

¹⁴ Jochen Bleicken, Zum sog. Stasis-Gesetz Solons, in: Symposion für Alfred Heuss, hrsg. v. Jochen Bleicken (Kallmünz 1986) 9–18 (= ders., Gesammelte Schriften 1 [Stuttgart 1998] 120–129); ders., Die athenische Demokratie (Paderborn 1995) 365f.; 637f. Als ein im politischen Tageskampf eingesetztes, Solon zugeschriebenes und fiktives Gesetz sehen es auch David, Solon, Pecorella Longo, Legge ‚soloniana‘ und Gabba, Legge an.

anderen Seite anschließt.¹⁵ Eine längere Passage widmet Plutarch dem Gesetz in der Schrift „Politische Lehren“ (*Praecepta gerendae reipublicae*): Wer die Leitung einer mit Vernunft und politischem Verstand ausgestatteten Gemeinschaft übernommen habe, der strebe nach einer ruhigen und maßvollen Sinnesart des Volkes. So werde er mit Solon in allem einverstanden sein und ihm in seinen Maßnahmen folgen. „Nur wird er das eine nicht begreifen, nämlich wie Solon zu der Bestimmung kam, derjenige sei ehrlos, der sich in einem Bürgerzwist (*stásis*) nicht für eine der Parteien erklärte.“¹⁶ Plutarch ist der Ansicht, ein Politiker dürfe bei einem Aufruhr nicht ruhig bleiben. Er solle zu beiden Parteien Kontakt haben, ohne sich einer Seite anzuschließen. Die Krönung der Staatsführung liege aber darin, einem etwaigen Aufruhr von vornherein vorzubeugen.

In welcher Form die Parteinahme bei einer *stásis* erfolgen sollte, ist der knappen Wiedergabe des Gesetzes nicht zu entnehmen. Dasselbe gilt für eine kurze Erwähnung des Gesetzes bei Cicero, der gegenüber Atticus bekennt, er werde sich am Bürgerkrieg nicht beteiligen: „Ich aber werde das Gesetz Solons, deines und wie ich glaube auch meines Landsmannes, außer Acht lassen, der die Todesstrafe darauf setzte, wenn einer im Bürgerkrieg (*in seditione*) nicht des einen oder des andern Partei ergreift, und so werde ich mich, außer wenn du anderer Ansicht bist, von dieser und jener Seite fernhalten.“¹⁷ Bei Cicero ist zwar von *seditio*, Bürgerkrieg, die Rede, und die Textpassage fällt auch in einen Kontext, in dem es um den bewaffneten Bürgerkrieg in Rom geht, doch die Formulierung *qui in seditione non alterius utrius partis fuisset* entspricht unmittelbar der Formulierung bei Plutarch (τὸν ἐν στάσει πόλεως μηδετέρᾳ μερίδι προσθήμενον).

Die Aussage deckt sich auch mit einem Beleg in der aristotelischen *Athenaion politeia*, auch wenn dieser von vielen Forschern anders verstanden wird, nämlich in dem Sinne: „Wer nicht, wenn im Staat Bürgerkrieg herrscht (στασιαζούσης τῆς πόλεως), zugunsten einer Partei zu den Waffen greift (μὴ θῆται τὰ ὅπλα μηδὲ μεθ' ἐτέρων), soll rechtlos (*átimos*) sein und keinen Anteil mehr an der Polis haben.“¹⁸ Vergleiche mit anderen Textstellen zeigen aber, dass die Formulierung τίθεσθαι τὰ ὅπλα nicht im Sinne von „die Waffen ergreifen“ verstanden werden darf, sondern metaphorisch aufzufassen ist, im Sinne von „Stellung beziehen“, „eine Position

¹⁵ Plut. Solon 20,1. Ähnlich ist der Wortlaut in der Schrift *De sera numinis vindicta* 4 (Mor. 550c): „Höchst widersinnig aber ist das Gesetz Solons, derjenige sei ehrlos, der bei einer *stásis* in der Stadt weder der einen noch der anderen Seite beitrifft noch am Aufstand teilnimmt“ und in *De sollertia animalium* 8 (Mor. 965d): „Solons Gesetz ist seit langem außer Gebrauch, wonach diejenigen bestraft werden, die sich bei einer *stásis* keiner von beiden Seiten anschließen.“

¹⁶ Plut. *Praecepta gerendae reipublicae* 32 (Mor. 823f–825).

¹⁷ Cic. Att. 10,1,2: ego vero Solonis, popularis tui et ut puto, etiam mei, legem neglegam, qui capite sanxit si qui in seditione non alterius utrius partis fuisset, et, nisi si tu aliter censes, et hinc abero et illim. Zu weiteren Belegen siehe *Ruschenbusch*, Σόλωνος νόμοι F 38; *Martina*, Solon T 350–357.

¹⁸ Aristot. Ath. pol. 8,5. So etwa in der Übersetzung von *Martin Dreher*, Aristoteles. Der Staat der Athener (Stuttgart 1993). Vgl. *Forsdyke*, Exile 98: „Whoever does not join the side of one faction or the other in a situation of civil war shall be an outlaw.“

einnehmen“¹⁹. Legt man den metaphorischen Gebrauch an dieser Textstelle zugrunde, ist die Aussage in der aristotelischen *Athenaion politeia* identisch mit der Widergabe des Gesetzes bei Plutarch und Cicero: „Wer, wenn in der Stadt eine *stásis* herrscht, nicht (zugunsten einer Partei) Stellung bezieht, soll rechtlos (*átimos*) sein und keinen Anteil mehr an der Polis haben.“²⁰

Das Stasisgesetz als Pflicht zur Abstimmung

Wenn es aber nicht darum geht, bei einer *stásis* zu den Waffen zu greifen, dann ist zu prüfen, ob es sich bei der Konfliktsituation nicht um eine Abstimmung handeln kann, mit der Verpflichtung, an der Abstimmung teilzunehmen. Durch eine Mehrheitsentscheidung sollte der Konflikt gelöst werden. Um diese Hypothese zu prüfen, soll zunächst untersucht werden, was mit *stásis* gemeint ist. Zwar kann das Wort *stásis* einen bewaffneten Bürgerkrieg bezeichnen, doch insgesamt hat *stásis* eine große semantische Bandbreite, und ein bewaffneter Bürgerkrieg ist nur die radikalste denkbare Form einer *stásis*²¹. Erstmals begegnet das Wort in den solonischen Elegien, doch ist es dort dem „inneren Krieg“ gegenübergestellt, so dass man *stásis* als schweren inneren Konflikt verstehen muss, der allerdings die Schwelle einer bewaffneten Auseinandersetzung noch nicht überschritten hat²².

¹⁹ Raphael Sealey, Robert Develin und Peter J. Rhodes haben zu Recht darauf hingewiesen, dass *θέσθαι τὰ ὅπλα* in seiner Grundbedeutung „die Waffen hinstellen, ruhen lassen“ bedeutet (Robert Develin, Solon's Law on Stasis, in: *Historia* 26 [1977] 507f.; Raphael Sealey, How Citizenship and the City Began in Athens, in: *AJAH* 8 [1983] 100–105 [S. 101: „to take sides with someone“, „to join someone's side in strife“]; Rhodes, Commentary 157). „Die Waffen ergreifen“ wird im Griechischen mit *λαμβάνειν* oder (*ἀνα*)*λαμβάνειν τὰ ὅπλα* ausgedrückt. Zu den Belegstellen für eine metaphorische Verwendung von *τίθεσθαι τὰ ὅπλα* siehe im Einzelnen Winfried Schmitz, Athen – eine wehrhafte Demokratie? Überlegungen zum Stasisgesetz Solons und zum Ostrakismos, in: *Klio* 93 (2011) 23–51.

²⁰ Bereits Aulus Gellius hat den aristotelischen Text falsch verstanden und das *τίθεσθαι τὰ ὅπλα* als Aufnehmen der Waffen gedeutet (Gell. 2, 12). Da seine Ausführungen aber – wie er selbst sagt – auf die aristotelische *Athenaion politeia* zurückgehen (und nur in den Formulierungen blumig ausgeschmückt sind), kann dieser Stelle kein eigenständiger Quellenwert zugeschrieben werden.

²¹ Zu den verschiedenen Bedeutungen von *stásis* siehe Hans-Joachim Gehrke, Stasis. Untersuchungen zu den inneren Kriegen in den griechischen Staaten des 5. und 4. Jahrhunderts v. Chr. (Vestigia 35, München 1985) 6f. und Christian Meier, ‚Revolution‘ in der Antike, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd. 5 (1984) 665–667: „Fast immer handelt es sich bei *stásis* in politics um eine tiefe Spaltung resp. Polarisierung der Bürgerschaft, um eine Zwietracht, die das ganze Gemeinwesen in Mitleidenschaft zieht“ (S. 665).

²² Solon fr. 4 West Z. 17–22: ... ἔς δὲ κακὴν τάξεως ἦλθε δουλοσύνη, / ἢ στάσιν ἔμφυλον πόλεμόν θ' εὖδοντ' ἐπεγείρει, Anschließend wird die segensreiche Wirkung der *eunomia* diesem Schreckensszenarium entgegengestellt: Wohlordnung beendet die Werke der Zwietracht (*ἔργα διχοστασίας*) und des Zorns, der aus hartem Streit entstand (Z. 32–39). In den homerischen Epen kommt das Wort *stásis* noch nicht vor, wohl aber das Phänomen des inneren Krieges, der mit *πόλεμος ἐπιδήμιος* bezeichnet ist (Hom. Il. 9,63f.; vgl. Alkaios fr. 70 Lobel/Page Z. 11: *ἐμφύλω*

Weitere Quellenstellen belegen, dass mit dem Wort *stásis* Konflikte in unterschiedlichem Ausmaß bezeichnet werden können. In den Historien Herodots sind die Worte *stásis* und *stasiázein* für Auseinandersetzungen gebraucht, die unter Adeligen um eine leitende Position in der Stadt ausgefochten wurden, aber gewaltfrei blieben²³. Als der Perserkönig Dareios mit einem Heer gegen Ägypten und Athen aufbrach, entstand zwischen dem ältesten Sohn der ersten und dem ältesten Sohn der zweiten Frau ein Streit, eine *stásis*, wer während Dareios' Abwesenheit die Herrschaft ausüben sollte (τὴν ἀρχὴν ἔχειν), und es kam Dareios zu, diesen Streit zu entscheiden. Ein Zwist zwischen zwei möglichen Kandidaten um die *arché* kann also als ein „schwerer Konflikt“, eine *στάσις μεγάλη*, bezeichnet werden²⁴. Ganz ähnlich ist ein Konflikt vor der Schlacht von Salamis: Als die Athener forderten, der Oberbefehl für die Flotte sollte ihnen übertragen werden, erhoben die Bundesgenossen Einspruch. Weil ihnen die Rettung Griechenlands wichtiger war, gaben die Athener nach, denn „im Streit um den Oberbefehl“ (εἰ στασιάζουσιν περὶ τῆς ἡγεμονίης) würden die Griechen zugrunde gehen²⁵. Die *stásis* wurde mit Argumenten ausgefochten, und der mehrheitliche Widerspruch der Bundesgenossen führte dazu, dass die Athener ihre Forderung zurückzogen. Die *stásis* war überwunden worden, weil die Bundesgenossen Stellung bezogen, Partei ergriffen hatten. Ähnlich ein dritter Fall: Bei dem Streit zwischen den Tegeaten und den Athenern, wer bei der Schlacht von Plataiai 479 v. Chr. den Persern auf dem rechten Flügel entgegentreten sollte, gibt Herodot einen heftigen Redestreit wieder. Obwohl die Athener für sich beanspruchten, bei Marathon über viele Völker gesiegt zu haben, sahen sie ein, dass man sich zum Kampf gegen die Perser versammelt hatte, nicht „zu einem Streit in Wortgefechten“ (*μάχης εἵνεκα* ..., ἀλλ' οὐ λόγων). Denn es ziemte sich nicht, in der gegenwärtigen Lage über die Anordnung der Truppen „zu streiten“ (*στασιάζειν*)²⁶. Die Athener erklärten sich daher dazu bereit, der Anordnung der Spartaner zu folgen, an welchen Platz des Heeres sie sie auch stellen würden.

Dass eine *stásis* nicht in jedem Fall ein bewaffneter, bürgerkriegsartiger Konflikt sein muss, zeigen weitere Belege. So beschreibt Thukydides, wie der spartanische Feldherr Brasidas im Sommer 424 gegen die Stadt Akanthos zog. Die in der Stadt waren uneins (κατ' ἀλλήλους ἐστασιάζον), ob sie ihn in die Stadt einlassen sollten; das Volk war anderer Meinung als die Befürworter, die Brasidas herbeigerufen hatten. Aus Angst um die Ernte waren die Akanthier schließlich dazu bereit, Brasidas allein in die Stadt zu lassen, damit er ihnen in einer Rede seine Haltung erläutere. Nach der Rede stritten die Akanthier über das Für und Wider, beendeten aber das *stasiázein* durch eine geheime Abstimmung, bei der die Mehrheit da-

μάχος). Zur Argumentation im Einzelnen Winfried Schmitz, Athen – Eine wehrhafte Demokratie? 23–51.

²³ Die Belege sind ausführlich diskutiert in Schmitz, Athen – Eine wehrhafte Demokratie?

²⁴ Hdt. 7,2,1; vgl. 7,2,3.

²⁵ Hdt. 8,3,1.

²⁶ Hdt. 9,27,6. *Stásis* im Sinne eines Wortstreits (*στάσις γλώσσης; λόγου στάσις*) auch in Soph. OT 634; Trach. 1179.

für stimmte, von Athen abzufallen²⁷. In dem von Thukydides geschilderten Fall wurde also eine Kontroverse, eine *stásis*, in einer politisch brisanten Situation durch eine formelle Abstimmung in der Volksversammlung entschieden.

Xenophon beschreibt in der *Anabasis*, wie nach dem Tod des Kyros für den Rückmarsch der Zehntausend statt des bisherigen Strategenkollegiums ein einzelner gewählt werden sollte. Die Hauptleute wandten sich an Xenophon. Vor seiner Wahl hielt er vor der Heeresversammlung eine Rede, die mit den Sätzen endet: „Was aber eure Auffassung betrifft, dass unter einem einzigen Anführer weniger Zwietracht (στάσις) vorkomme als unter mehreren, so merkt euch, dass ihr, wenn ihr einen andern wählt, bei mir keinen Widerstand finden werdet (οὐχ εὐρήσετε ἐμὲ στασιάζοντα). Denn ich bin überzeugt, wer im Kriege dem Anführer widerspricht (στασιάζει), widersetzt sich seiner eigenen Rettung.“²⁸ Die unterschiedlichen Positionen, wer zum leitenden Strategen gewählt werden sollte, wurden durch das Votum des versammelten Heeres gewaltfrei, nämlich durch eine Abstimmung, entschieden.

Eine *stásis* herrscht also auch dann, wenn in einer brisanten politischen Situation eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden musste, die das Geschick der eigenen Stadt für die kommende Zeit bestimmte, Richtungskämpfe ausgefochten wurden, für die bestimmte Personen einstanden, oder erbitterte Auseinandersetzungen darum geführt wurden, wer das oberste Amt, wer Macht in der Stadt ausüben konnte. In der Stadt herrscht oder droht eine Spaltung, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu einem regelrechten Bürgerkrieg führen konnte. Die „*stásis* in der Stadt“ ist selbst noch kein Bürgerkrieg; *stásis* ist der Zustand einer Blockade, die aufgelöst werden muss, damit die Stadt nicht durch Richtungskämpfe gelähmt wird. Versteht man *stásis* nicht als bewaffneten Bürgerkrieg, sondern als bedrohliche politische Auseinandersetzung, als Spaltung der Bürgerschaft, als „Stillstand“ in einer Situation, die eine Entscheidung erfordert, kann das solonische Stasisgesetz als Verpflichtung verstanden werden, bei einer anstehenden Entscheidung an einer Abstimmung teilzunehmen. Das Stasisgesetz könnte also ein Partei-Ergreifen gefordert haben, und zwar bei Kontroversen, die für das Gemeinwesen eine Bedrohung darstellten. Durch einen Mehrheitsentscheid sollte die Bedrohung abgewendet werden. Damit eine Mehrheit gefunden und die Entscheidung von allen akzeptiert werden konnte, ordnete das Gesetz an, dass derjenige, der bei einer solchen grundlegenden Auseinandersetzung sich weder der einen noch der anderen Seite anschließt und bei der Abstimmung keine Position bezieht, *atimos* sei und das Recht an der politischen Teilhabe, am μετέχειν, verliere.

Eine Abstimmung in der Volksversammlung kann bei dem Gesetz nicht gemeint gewesen sein, denn aufgrund der Ausdehnung Attikas konnten nicht alle Bürger gezwungen werden, für diese Abstimmungen nach Athen zu kommen. Es konnte nicht im Interesse Solons gelegen haben, vielen Athenern, die in großer Entfernung zur Stadt Athen lebten, das aktive Bürgerrecht zu entziehen. Also

²⁷ Thuk. 4,84; 4,88.

²⁸ Xen. an. 6,1,29 (Übersetzung G. Strasburger).

kann nicht jede Debatte in der Volksversammlung, bei der ein Athener eine Gegenrede zu einem vorgelegten Antrag hielt, und nicht jeder Gerichtsstreit als *stásis* gelten, bei der die Verpflichtung zur Parteinahme gesetzlich vorgeschrieben war. Wenn Solon durch ein Gesetz die Verpflichtung festschrieb, an einer Abstimmung teilzunehmen, dann muss das Gremium, das die Entscheidung zu treffen hatte, auf einen festen Teilnehmerkreis begrenzt und das Verfahren genau geregelt gewesen sein²⁹.

Um die Frage zu klären, welches Gremium über solche Konflikte entschied und welche Konflikte als *stásis* angesehen wurden, muss der Kontext einbezogen werden, in dem das Stasisgesetz überliefert ist. In der aristotelischen *Athēnaion politeia* wird in Kapitel 8 die Bestellung der Amtsträger und der politischen Institutionen zur Zeit Solons dargelegt. Die Ausführungen beginnen mit dem Satz: „Die Amtsträger (αἱ ἀρχαί) ließ er (Solon) aus Vorgewählten auslosen, die jede Phyle vorwählte.“ Sie enden in 9,1 mit den Worten: „Mit den Ämtern verhielt es sich also in dieser Weise.“³⁰ In dem Abschnitt erläutert der Autor im Einzelnen die Bestellung der Archonten, der Phylobasileis, der Naukraroi und der Angehörigen des Rates der 400, bis er sich schließlich dem Areopag zuwendet (8,4). Dem Areopag obliege die Aufsicht über die Gesetze und die Kontrolle wichtiger politischer Angelegenheiten, er ziehe Gesetzesbrecher zur Rechenschaft und verhängte Bußen und Strafen. „Er entschied auch gegen diejenigen, die sich zur Auflösung der Demokratie zusammengetan hatten, indem Solon ein Gesetz aufstellte, das die Anklagen gegen sie regelte.“³¹ Unmittelbar auf diesen Satz folgt die Wiedergabe des Stasisgesetzes: „Weil er nämlich sah, dass sich die Stadt häufig in Zwietracht befand, während einige der Bürger aus Sorglosigkeit lieber das hinnahmen, was doch geschah, erließ er gegen sie ein spezielles Gesetz: wer bei einer Spaltung der Stadt nicht Stellung bezog, weder für die eine noch für die andere Seite, soll ehrlos sein und an der Stadt keinen Anteil haben.“³² Es liegt nahe, dass sich diese Aussa-

²⁹ Im 5. Jahrhundert wurde bei den Geschworenengerichten die Verpflichtung zur Stimmabgabe, also Stellung zu beziehen, faktisch mit der Einführung der Diäten erreicht. Beim Betreten des Gerichtshofs erhielt jeder Geschworene eine Marke, die nach den Reden der beiden Kontrahenten gegen die beiden Stimmsteine, einen für Schuldspruch und einen für Freispruch, eingetauscht wurde. Nachdem der Geschworene seine *pséphoi* in die Urne der gültigen und der ungültigen Stimmen geworfen hatte, erhielt er erneut eine Marke, die er beim Verlassen des Gerichts einem Gerichtsdieners aushändigen musste, um die zwei, später drei Obolen an Diäten zu erhalten. Dass die Auszahlung der Diäten daran gebunden war, dass der Geschworene seine Stimme abgab, sagt die aristotelische *Athēnaion politeia* ausdrücklich: „so verfährt man, damit alle ihre Stimme abgeben; denn niemand darf eine Marke erhalten, wenn er nicht abstimmt“ (68,2; zur Auszahlung der Diäten 69,2).

³⁰ Aristot. Ath. pol. 8,1 und 9,1. Die beiden Sätze verdeutlichen, dass es sich um einen Sinnabschnitt handelt. Zu den Neuregelungen zur Bestellung der Amtsträger Aristot. Ath. pol. 8,2; vgl. pol. 2,12, 1274a 16.

³¹ Aristot. Ath. pol. 8,4: ... καὶ τοὺς ἐπὶ καταλύσει τοῦ δήμου συνισταμένους ἔκρινεν, Σόλωνος θέντος νόμον εἰσαγγελίας περὶ αὐτῶν. Forsdyke, Exile 92 zur Frage der Historizität dieser Regelung.

³² Aristot. Ath. pol. 8,5: ὁρῶν δὲ τὴν μὲν πόλιν πολλάκις στασιάζουσιν, τῶν δὲ πολιτῶν ἐνίους διὰ τὴν ῥαθυμίαν [ἀγα]πῶντας τὸ αὐτόματον, νόμον ἔθηκεν πρὸς αὐτοῖς ἴδιον, ὅς

ge auf den vorangehenden Satz bezieht, auf die Anklagen gegen diejenigen, die die politische Ordnung auflösen wollten. Gedacht war vor allen an Tyrannisaspiranten.

Dass Solon gesetzliche Bestimmungen gegen Tyrannen und Tyrannisaspiranten unter seine Gesetze aufgenommen hat, ist durch weitere Quellen bezeugt. Verurteilungen hatte es offenbar bereits in vorsolonischer Zeit gegeben, wie die Amnestiebestimmung in den solonischen Gesetzen beweist, die Plutarch in der Biographie Solons überliefert: In Kapitel 19 diskutiert Plutarch die Frage, ob der Areopag erst durch Solon eingerichtet worden sei oder in solonischer Zeit bereits bestand. Als Beleg für seine Ansicht, dass der Areopag bereits älter sei, verweist er auf das achte Gesetz auf der 13. Tafel und zitiert ausdrücklich wörtlich: „Von den für ehrlos Erklärten sollen diejenigen, die dies waren, bevor Solon Archon war, wieder in ihre Rechte eintreten mit Ausnahme derjenigen, die aufgrund einer Verurteilung durch den Areopag oder die Epheten oder das Prytaneion unter dem Vorsitz der Könige wegen eines Tötungsdelikts oder Strebens nach der Tyrannis sich in der Verbannung befanden, als dieses Gesetz erlassen wurde.“³³ Da die Epheten und das Gericht im *prytaneion* allein über Tötungsdelikte entschieden, lag die Aburteilung von Tyrannisaspiranten eindeutig beim Areopag. Nach diesen Diskussionen über das Alter des Areopag folgt bei Plutarch unmittelbar der Hinweis auf das solonische Stasisgesetz. Die Ausführungen in der *Athenaion politeia* und in der Solonbiografie Plutarchs gehen offenbar auf eine gemeinsame Quelle zurück, in der das Stasisgesetz Solons mit dem Areopag und mit Verfahren gegen solche Personen, denen die „Auflösung des Demos“ vorgeworfen wurde, in Verbindung gebracht war. Solon hat also Klageverfahren (*eisangelíai*) wegen „Auflösung des Demos“ gesetzlich festgelegt: Verfahren dieser Art wurden – wie bereits in vorsolonischer Zeit – im Areopag verhandelt³⁴. Für die Abstimmungen bei diesen Verfahren erließ Solon ein „spezielles Gesetz“, ein *ἴδιος νόμος*, wie die *Athenaion politeia* und Plutarch einhellig sagen: Wer sich im Areopag in einer sol-

ἂν στασιαζούσης τῆς πόλεως μὴ θῆται τὰ ὄπλα μηδὲ μεθ' ἐτέρων, ἄτιμον εἶναι καὶ τῆς πόλεως μὴ μετέχειν.

³³ Plut. Solon 19,4: ὁ δὲ τρισκαίδεκατος ἄξων τοῦ Σόλωνος τὸν ὄγδοον ἔχει τῶν νόμων οὕτως αὐτοῖς ὀνόμασι γεγραμμένον „ἀτίμων ὅσοι ἄτιμοι ἦσαν πρὶν ἢ Σόλωνα ἄρξαι, ἐπιτίμους εἶναι, πλὴν ὅσοι ἐξ Ἀρείου πάγου ἢ ὅσοι ἐκ τῶν ἐφετών ἢ ἐκ πρυτανείου καταδικασθέντες ὑπὸ τῶν βασιλέων ἐπὶ φόνῳ ἢ σφαγαῖσιν ἢ ἐπὶ τυραννίδι ἔφευγον ὅτε ὁ θεσμός ἐφάνη ὁδε“. Robert Develin, Cleisthenes and Ostracism: Precedents and Intentions, in: Antichthon 11 (1977) 10–21, hier 14 und Forsdyke, Exile 83f., 87, vermuten, dass ein solches Gesetz gegen die Tyrannis auf die Niederschlagung des Tyrannisversuchs Kylons zurückgeht. Es sei das Gesetz, dass in Aristot. Ath. pol. 16,10 überliefert ist: „Bei ihnen (den Athenern) gab es nämlich folgendes Gesetz: Rechtlich festgesetzt und althergebracht ist dies für die Athener: Wenn einige sich zur Errichtung einer Tyrannis erheben oder bei der Errichtung einer Tyrannis mitwirken, seien diese ehrlos, sie selbst und ihre Familie“ (ἐάν τις τυραννεῖ ἐπανιστῶνται ἢ συγκαθιστῇ τὴν τυραννίδα, ἄτιμον εἶναι καὶ αὐτὸν καὶ γένος).

³⁴ Develin, Cleisthenes 15 weist darauf hin, dass die Verfahrensregeln Solons nicht nur Anklagen wegen Errichtung einer Tyrannis umfassen, sondern weiter gefasst sind und jegliche Verletzung der politischen Ordnung ahnden können.

chen Konfliktsituation nicht für die eine oder andere Seite entscheidet, sei ehrlos. Mit diesem „speziellen Gesetz“ wollte Solon eine möglichst eindeutige Entscheidung herbeiführen. Wenn sich alle Areopagiten an der Abstimmung beteiligten, waren die Chancen am größten, dass die Spaltung überwunden werden konnte. Dies sicherte der obsiegenden Partei eine Legitimation, weil die Unterlegenen einsehen mussten, dass die Mehrheit der athenischen Adelligen gegen sie stand.

Der historische Kontext

Solons Bemühungen und die seiner Vorgänger resultierten aus den politischen Erfahrungen in den zurückliegenden Dekaden. In der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts waren erbittert geführte Konflikte zwischen adeligen Familien eskaliert. Führende Adelige stritten mit ihren Anhängerschaften um die Macht in Athen und um das Archontenamt. Die Auseinandersetzungen erreichten ein Ausmaß, das in gewaltsame Unruhen zu münden drohte. Um 636 v. Chr. hatte der athenische Adelige Kylon bereits versucht, eine Tyrannis zu etablieren, war aber gescheitert. Seine Anhänger wurden auf der Akropolis belagert. Als sie sich zu den Altären und zum Standbild der Athena flüchteten, wirkten die Vorsteher der Naukraren, die damals die Leitung der Stadt innehatten³⁵, auf die Belagerten ein, sie sollten ihren Zufluchtsort verlassen, und versprachen ihnen, über sie ein Urteil zu sprechen, sie aber für ihre Tat nicht mit der Hinrichtung zu bestrafen³⁶. Nach einem Scholion zu Aristophanes' *Rittern* sollte das Verfahren vor dem Areopag stattfinden³⁷. Als die meisten der Kylonanhänger sich darauf einließen, wurden sie dennoch getötet. Diese Ereignisse heizten die Rivalitäten erneut an. Konflikte zwischen dem für die Tötung verantwortlichen Megakles und den überlebenden Kylonanhängern schwelten weiter. Wahrscheinlich stellt bereits Drakons „Gesetz über die Tötung“ einen Versuch dar, die Situation zu beruhigen, denn er regelte in diesem Gesetz minutiös, wie bei einer unvorsätzlichen Tötung eine Aussöhnung zwischen den Familien des Täters und des Opfers zustande kommen konnte³⁸. Einen weiteren Aussöhnungsversuch schreibt Plutarch Solon zu. Die Kylonanhänger warfen Megakles und seiner Anhängerschaft vor, die Tötung der Belagerten sei ein religiöser Frevel gewesen, da sie sich an die Altäre geflüchtet hatten;

³⁵ So Hdt. 5,71: οἱ πρωτάνιες τῶν ναυκράρων, οἱ περ ἔνεμον τότε τὰς Ἀθήνας. Nach Thuk. 1,126 war die Belagerung in die Verantwortung der neun Archonten gegeben worden. Zum Putsch Kylons Forsdyke, Exile 80–90.

³⁶ Nach der von Plutarch wiedergegebenen Überlieferung habe der Archon Megakles die Kylonanhänger überredet, von der Akropolis herunterzukommen und sich einem Urteilsspruch zu unterwerfen (Plut. Solon 12,1: Μεγακλῆς ὁ ἄρχων ἐπὶ δίκῃ κατελθεῖν ἐπεισεν). Vgl. auch Paus. 7,25,3.

³⁷ Schol. Aristoph. equ. 445a: οἱ συγκατακλεισθέντες τῷ Κύλῳ ἐν τῇ ἀκροπόλει εἰς τὴν κρίσιν κατέβησαν ἐν Ἀρείῳ πάγῳ.

³⁸ Zum Gesetz Drakons als Folge des missglückten Tyrannisversuchs Kylons und der Tötung seiner Anhänger: Schmitz, Drakonische Strafen 35f.; Forsdyke, Exile 84–89.

die Verantwortlichen sollten daher verflucht werden. Plutarch berichtet, die überlebenden und erneut mächtig gewordenen Kylonanhänger befanden sich mit den Anhängern des Megakles „in ständigem Konflikt“ (στασιάζοντες ἀεί)³⁹. Da in der Zeit Solons die Spaltung (*stásis*) in der Stadt ihren Höhepunkt erreichte und das Volk entzweit war (διαστάντος), bemühte sich Solon zusammen mit den vornehmsten Athenern um einen Vermittlungsversuch. Er bewog die des religiösen Frevels Beschuldigten, sich einem Gericht der 300 angesehensten Athener zu stellen. Nachdem diese eingewilligt hatten, kam es zu dem Verfahren, bei dem Myron von Phlya die Anklage führte. Das Gericht befand sie für schuldig und verurteilte sie; sie mussten Attika für immer verlassen. Die Leichname der Verstorbenen wurden aus den Gräbern geholt und über die Grenze geworfen. Um Attika von Blutschuld und Befleckung zu reinigen, wurde der Kreter Epimenides aus Phaiastos nach Athen gerufen, um die Stadt zu entsühnen⁴⁰. Es ist gut möglich, dass die im Amnestiegesetz Solons genannten, von der Amnestie ausgenommenen Personen die verurteilten Kylon- oder Megaklesanhänger gewesen sind, die sich im Exil befanden⁴¹.

Das gegen die Megaklesanhänger durchgeführte Verfahren könnte das Vorbild für die gesetzliche Regelung gewesen sein, in der Solon verbindlich festlegte, wie Anklagen im Falle einer *stásis* wie dieser erhoben und welches Gremium darüber entscheiden sollte. Athener, die durch ihr Agieren eine Spaltung provozierten, sollten vor dem Areopag angeklagt werden. Da durch das Verfahren ein zwischen adeligen Familien ausgetragener scharfer Konflikt entschieden werden sollte, erließ Solon die „spezielle Bestimmung“, dass bei der Abstimmung jeder Areopagit Stellung beziehen musste. Denn in vielen Fällen werden es umstrittene Entscheidungen gewesen sein, da nicht an eindeutigen Kriterien festzumachen war, ob sich die Angeklagten einer Auflösung der politischen Ordnung oder eines anderen schweren Vergehens schuldig gemacht hatten oder nicht. Je eindeutiger das Votum der Areopagiten ausfiel, desto größer war die Chance, die *stásis* zu überwinden.

³⁹ Plut. Solon 12,2: τῶν Κυλωνείων οἱ περιγεγόμενοι πάλιν ἦσαν ἰσχυροί, καὶ στασιάζοντες ἀεὶ διετέλουν πρὸς τοὺς ἀπὸ τοῦ Μεγακλέους, ...

⁴⁰ Aristot. Ath. pol. 1; Plut. Solon 12,3-4: ἐν δὲ τῷ τότε χρόνῳ τῆς στάσεως ἀκμὴν λαβούσης μάλιστα, καὶ τοῦ δήμου διαστάντος, ἥδη δόξαν ἔχων ὁ Σόλων παρῆλθεν εἰς τὸ μέσον ἅμα τοῖς πρώτοις τῶν Ἀθηναίων, καὶ δεόμενος καὶ διδάσκων ἔπεισε τοὺς ἐναγεῖς λεγόμενους δίκην ὑποσχεῖν καὶ κριθῆναι τριακοσίων ἀριστίνδην δικαζόντων. Μύρωνος δὲ τοῦ Φλυεῖος κατηγοροῦντος ἐάλωσαν οἱ ἄνδρες, καὶ μετέστησαν οἱ ζῶντες, τῶν δ' ἀποθανόντων τοὺς νεκροὺς ἀνορύξαντες ἐξέρριψαν ὑπὲρ τοὺς ὄρους. Vgl. schol. Aristoph. equ. 445a; zur anhaltenden *stásis*-Situation Plut. Solon 13,1. In den Zusammenhang der Wiedererstarkung der Kylonanhänger gehört vermutlich die Weihung einer Statue oder Büste von Kylon auf der Akropolis (Paus. 1,28,1; Forsdyke, Exile 89f.).

⁴¹ Develin, Cleisthenes 14, vermutet, es seien die Kylonanhänger gewesen, die von einem speziellen Gerichtshof abgeurteilt worden waren.

Das Stasisgesetz und der Ostrakismos

Da die literarischen Quellen für die nachsolonische Zeit keine eindeutigen Hinweise über konkrete Anklagen geben, lässt sich nicht beurteilen, ob sich das von Solon eingerichtete Verfahren bewährte. Allerdings berichten die Quellen auch für die ersten Jahrzehnte des 6. Jahrhunderts von heftigen politischen Auseinandersetzungen um das Archontat. Zweimal, im Jahr 590/89 und 586/85, kam es zu einer *an-archía*, konnte also das Archontenamt „wegen der *stásis*“ nicht besetzt werden. Der Athener Damasias blieb ein zweites Jahr im Amt, bis er zu Beginn seines dritten Amtsjahres 580/79 gewaltsam aus dem Amt vertrieben wurde⁴². Schließlich gelang es Peisistratos nach zwei missglückten Versuchen im Jahr 546 eine Tyrannis zu errichten, die seine Söhne Hippias und Hipparchos fortsetzten. Nach dem Sturz der Tyrannis 510 flammten die erbitterten Kämpfe unter den adeligen Familien wieder auf, bei denen sich zunächst Isagoras, dann Kleisthenes durchsetzen konnte. Angesichts der anhaltenden politischen Unruhen und der mangelnden Stabilität der politischen Ordnung erscheint es plausibel, dass das Verfahren, Anklagen wegen einer *stásis* zu erheben, am Ende des 6. oder zu Beginn des 5. Jahrhunderts abgeändert wurde. Dass die Areopagiten über eine Spaltung, in die sie selbst verstrickt waren, per Mehrheitsentscheidung abstimmen sollten, hatte sich möglicherweise als nicht praktikabel erwiesen und den politischen Konflikt eher geschürt als befriedet.

Antike Quellen jedenfalls benennen Kleisthenes als denjenigen, der das Verfahren des Scherbengerichts, des *ostrakismós*, in Athen eingeführt hat⁴³. Es zielt auf dieselben Situationen, nämlich auf *stáseis*, grundlegende Konflikte, die durch eine Mehrheitsentscheidung gelöst werden sollten⁴⁴. Einer aus spätbyzantinischer Zeit

⁴² Aristot. Ath. pol. 13,1-2.

⁴³ Aristot. Ath. pol. 22,1 und 4. Ebenso Philochoros FgrH 328 F 30; Ail. var. 13,24; vgl. Diod. 11,55,1. *Gustav Adolf Lehmann*, Der Ostrakismos-Entscheid in Athen: Von Kleisthenes zur Ära des Themistokles, in: ZPE 41 (1981) 85–99, hier 86f. Der Grund für die Neuregelungen des Kleisthenes, zu denen die Ath. pol. das „Gesetz über das Scherbengericht“ zählt, sei, dass in der Zeit der Tyrannis die Gesetze Solons nicht angewandt und außer Kraft gesetzt worden waren. Ist damit Solons Gesetz gemeint, das die Anklagen im Falle einer *stásis* und gegen Tyrannen regelte? Zur Frage, auf wen der *ostrakismós* zurückgeht und wann er eingeführt wurde, *Hans Taeuber* in: Ostrakismos-Testimonien I. Die Zeugnisse antiker Autoren, der Inschriften und Ostraka über das athenische Scherbengericht aus vorhellenistischer Zeit (487–322 v. Chr.), hrsg. v. *Peter Siewert* (Stuttgart 2002) 401–414 und *Forsdyke*, Exile 281–284, die sich gegen die Ansicht von *Taeuber* ausspricht, dass der Ostrakismos 488/87 durch Themistokles eingeführt worden sei.

⁴⁴ Zum *ostrakismós*: *Martin Dreher*, Verbannung ohne Vergehen. Der Ostrakismos (das Scherbengericht), in: Große Prozesse im antiken Athen, hrsg. v. *Leonhard Burckhardt*, *Jürgen von Ungern-Sternberg* (München 2000) 66–77; *Forsdyke*, Exile 144–204. Eine Zusammenstellung der *óstraka*-Funde und eine Kommentierung der literarischen Quellen zum *ostrakismós* finden sich bei *Siewert*, Ostrakismos-Testimonien; die *óstraka* von der athenischen Agora sind publiziert von *Mabel Lang*, Ostraka (The Athenian Agora 25, Princeton 1990). Zur Forschungsgeschichte und zum Ablauf des Verfahrens sowie zu den Beischriften auf den *óstraka*: *Stefan Brenne*, Ostraka and the Process of Ostrakophoria, in: The Archaeology of Athens and Attica under the Democracy, hrsg. v. *William D. F. Coulson* u. a. (Oxford 1994) 13–24.

stammenden Quelle zufolge soll der von Kleisthenes eingeführte Ostrakismos zunächst im Rat stattgefunden haben, wobei ein Mindestquorum von 200 Stimmen für eine Verurteilung vorgeschrieben war⁴⁵. Aufgrund der wenigen Quellen lässt sich nicht sicher entscheiden, ob mit den Verfahren vor dem „Rat“ der solonische Rat der 400 oder der von Kleisthenes auf 500 Mitglieder vergrößerte Rat gemeint ist⁴⁶. Wenn die These zutrifft, dass die von Solon eingerichteten *stásis*-Verfahren vor dem Areopag eine Vorform des *ostrakismós* darstellen, ist nicht auszuschließen, dass es sich bei dem in der spätbyzantinischen Quelle genannten Rat um den Areopag handelt. Dies würde allerdings bedeuten, dass dem byzantinischen Kompilator beim Zusammenstellen der Informationen Fehler unterlaufen wären. Als Alternative bietet sich, dass entweder Kleisthenes ein vorher vor dem Areopag durchgeführtes Verfahren zunächst auf den probouleutischen Rat übertragen hat, das spätestens 488/87 schließlich der Entscheidung des Volkes anvertraut wurde, oder dass Kleisthenes ein vor dem Areopag verhandeltes Verfahren gleich auf das Volk übertragen hat. Die zweite Lösung ist sicherlich die einfachere, würde aber bedeuten, dass der Autor des spätbyzantinischen Eintrags die Sachlage missverstanden und verfälscht hat.

Auch Robert Develin hat es für wahrscheinlich gehalten, dass den vor dem Volk durchgeführten *ostrakismós*-Entscheidungen bereits im 6. Jahrhundert ein Verfahren voranging, das in Situationen dieser Art eine Exilierung anordnen konnte und mit *óstraka* durchgeführt worden sein könnte. Die beiden auf der Agora gefundenen *óstraka* mit den Namen „Pisistratos“ und „Aristion“ könnten auf eine Abstimmung in einem Ratsgremium hinweisen, mittels derer der Tyrannisaspirant Peisistratos 556/55 v. Chr. durch eine Allianz von Megakles und Lykurgos aus Athen vertrieben wurde⁴⁷. Develin versucht, die in der spätbyzantinischen Quelle enthaltenen Informationen mit den *óstraka* in Einklang zu bringen, und äußert die Hypothese, dass im 6. Jahrhundert der Rat der 400 über leichtere, der Areopag über schwerere Fälle politischer Vergehen geurteilt und dabei unterschiedlich

⁴⁵ Codex Vaticanus Graecus 1144, fol. 222^v Nr. 213 Sternbach. Zur Glaubwürdigkeit der Quelle siehe die Diskussion bei *Lehmann*, Ostrakismos-Entscheid und *Doenges*, Ostracism 387–389. Sehr kritisch steht *Robert Develin* der Quelle gegenüber; da die Herkunft der Angaben nicht gesichert werden kann und der Text mit Fehlern behaftet ist, könne er ein zweistufiges Verfahren nicht wirklich belegen (Cleisthenes; *ders.*, Bouleutic Ostracism Again, in: *Antichthon* 19 [1985] 7–15). Vgl. *Dreher*, Ostrakismos 66f.; *Peter Siewert*, Einleitung, in: *ders.*, Ostrakismos-Testimonien 31.

⁴⁶ Davon hängt ab, in welchem Jahr das Verfahren vor dem „Rat“ eingeführt worden sein soll. Zur Diskussion dieser Frage: *Dreher*, Ostrakismos 67. Für den Rat der 500 plädierte *Lehmann*, Ostrakismos-Entscheid, für den Rat der 400 *Develin*, Cleisthenes, 11f; *ders.*, Ostracism 8f., der die These vertritt, dass dieses Verfahren schon im 6. Jahrhundert praktiziert worden war. *Doenges*, Ostracism bestreitet, dass es einen solonischen Rat der 400 gegeben habe. Im 6. Jahrhundert habe allein der Areopag als Ratsgremium existiert. Da in den Jahren nach dem Sturz der Tyrannis dem Areopag mehrheitlich solche Adelige angehörten, die in der Zeit der Tyrannis Archontenämter innehatten, sich also mit den Tyrannen arrangiert hatten, habe Kleisthenes den *ostrakismós* einem neu eingerichteten Rat übertragen. 487 v. Chr. sei dann der *ostrakismós* von Themistokles auf das Volk übertragen worden.

⁴⁷ *Develin*, Cleisthenes 13–17; vgl. *ders.*, Ostracism 13.

schwere Strafen verhängt habe. Die *óstraka* könnten mit einem Abstimmungsverfahren im Rat der 400 bei der ersten Vertreibung des Peisistratos in Verbindung gebracht werden, wohingegen ihm nach seinem zweiten Tyrannisversuch eine Verurteilung durch den Areopag gedroht habe⁴⁸. Bereits bei der Publikation der Scherben 1949 hatte Eugene Vanderpool die These geäußert, dass die Scherbe dem Tyrannen Peisistratos zugewiesen werden könnte, der vom Areopag als Hüter der Gesetze verurteilt worden war, weil er die politische Ordnung aufgelöst habe⁴⁹. Die durch eine Koalition der Anhängerschaften von Megakles und Lykurgos bewerkstelligte Vertreibung des Peisistratos war also wahrscheinlich kein Akt der Gewalt, sondern durch eine Anklage vor dem Areopag und eine Verurteilung durchgesetzt worden⁵⁰. Aufgrund der hier vorgetragenen Überlegungen zum Stasisgesetz scheint mir die These Vanderpools überzeugender, dass Peisistratos durch eine mit *óstraka* durchgeführte Abstimmung im Areopag aus Athen vertrieben wurde. Auch ein angebliches Verfahren gegen Kleisthenes und ein vermutetes gegen Melanthios, den Kommandanten der Flotte, die Athen zur Unterstüt-

⁴⁸ Diese Lösung hält *Develin*, Cleisthenes 14–16 für überzeugender als die Annahme, Kleisthenes sei es gewesen, der zunächst ein *ostrakismós*-Verfahren im Rat eingeführt habe.

⁴⁹ Publiziert wurden die *óstraka* von *Eugene Vanderpool*, Some Ostraka from the Athenian Agora, in: *Hesperia Suppl.* 8 (1949) 394–412, hier 405–408. Der Name Πισίστρατος ist ohne Vatersname und Demotikon linksläufig auf den Fuß einer geometrischen Vase geschrieben, die aus einer nicht datierbaren Verfüllung im Zentrum der Agora (bei der Südwestecke des Odeion) stammt. Der Name Aristion ist auf die Scherbe einer Amphora aus dem 7. Jahrhundert geschrieben, die in einer Verfüllung gefunden wurde, die Scherben aus dem 6. Jahrhundert enthielt. Ein athenischer Adelige namens Aristion hatte 561/60 v. Chr. vor dem Volk beantragt, Peisistratos eine Leibwache zuzubilligen; das Volk billigte den Antrag, und Peisistratos besetzte kurz darauf mit den Keulenträgern die Akropolis (Aristot. Ath. Pol. 14,1; Plut. Solon 30,3–5; vgl. Hdt. 1,59,4–5). Möglicherweise ist auch ein Bildnis mit einem bewaffneten Mann auf Aristion zu beziehen. Das aus dem späten 6. Jahrhundert stammende Relief trägt auf der Basis den Namen „Aristion“ (IG I³ 1256, ca. 510?). Vgl. *Michael J. Osborne, S. G. Byrne*, A Lexicon of Greek Personal Names II. Attica (Oxford 1994) 53 Ἀριστίων (1). Zur Deutung der Scherben *Vanderpool*, Ostraka 407: „I should like to think that our sherd belongs to the mid-sixth century B.C. and refers to Peisistratos the tyrant. This Peisistratos went into exile on two occasions, and it may be that he was banished by a vote of the Areopagus, the voting being done on potsherds“ und Anm. 42: „The logical body to do it [scil. Peisistratos' Exilierung] would appear to be the Areopagus, which was charged under the Solonian Constitution with the duty of guarding the laws and particularly with trying persons who conspired to overthrow the democracy.“ Vgl. *Rudi Thomsen*, The Origin of Ostracism (Kopenhagen 1972) 70 Anm. 42; *Stefan Brenne*, Die Ostraka (487– ca. 416 v. Chr.) als Testimonien [T 1], in: *Siewert*, Ostrakismos-Testimonien 70. Wenig wahrscheinlich ist ein Bezug auf den Archonten Peisistratos von 669/68 und den Enkel des Tyrannen, der aller Wahrscheinlichkeit nach mit Hippias vertrieben wurde (*Develin*, Cleisthenes 13 Anm. 14). Eine Scherbe mit dem Namen Thrasykles gehört nach Buchstabenformen und Fundkontext ebenfalls in frühe Zeit, doch ist unsicher, ob es sich um eine auf den *ostrakismós* zu beziehende Scherbe handelt (*Vanderpool*, Ostraka 403 Nr. 17).

⁵⁰ Vgl. die Formulierung bei Hdt. 1,60,1: μετὰ δὲ οὐ πολλὸν χρόνον τῶντὸ φρονήσαντες οἱ τε τοῦ Μεγακλέος στασιῶται καὶ οἱ τοῦ Λυκούργου ἐξελαύνουσι μιν. Aristot. Ath. pol. 14,3. Auch *Develin* sieht in der ungewöhnlichen Form der Zurückführung des Peisistratos einen Hinweis dafür, dass eine Art gesetzmäßig vollzogener Bann über ihn gesprochen worden war (Cleisthenes 14).

zung des ionischen Aufstands entsandt hatte, könnten in eine Zeit gehören, in der noch der Areopag über Anklagen dieser Art abstimmte⁵¹.

Klarer sind die Informationen über den *ostrakismós* im 5. Jahrhundert, als das Volk in dem inzwischen revidierten Verfahren über Verbannungen entschied. Der erste Athener, der durch einen *ostrakismós* verurteilt wurde und Athen verlassen musste, war 488/87 Hipparchos aus Kollytos, ein Verwandter der Peisistratiden⁵². Bei diesem Verfahren mussten mindestens 6000 Stimmen abgegeben werden oder auf einen Kandidaten entfallen – da sind die Quellen nicht eindeutig –, um eine Verbannung aus Attika für zehn Jahre auszusprechen.

Dass das vor dem Areopag verhandelte Verfahren im Falle einer *stásis*, die durch einen Mehrheitsentscheid mit verpflichtender Stimmabgabe entschieden wurde, eine Vorform des *ostrakismós* darstellt, halte ich deswegen für plausibel, weil auch den Ostrakismos-Entscheidungen eine *stásis*-Situation zugrunde lag. Während der Perserkriege war die politische Führung Athens gespalten, stritt man heftig darüber, ob man die Perser abwehren, Attika aufgeben und evakuieren und sich ganz auf die Flotte konzentrieren sollte, stritt man darüber, ob man durch Rückberufung der Peisistratiden der persischen Übermacht nachgeben sollte. Später war man uneins, ob man zu Sparta ein gutes Verhältnis wahren oder einen offenen Bruch riskieren sollte. Mit dem *ostrakismós* wurden Grundsatzentscheidungen in umstrittenen Fragen getroffen, durch die die Politik Athens für die folgenden Jahre entschieden wurde. Wie Solon die Anklagen bei einer Gefährdung der politischen Ordnung durch Gesetz geregelt hatte, so war auch im Gesetz über den *ostrakismós* der Ablauf des Verfahrens geregelt⁵³: Die Volksversammlung entschied in der sechsten Prytanie über die Frage, ob ein *ostrakismós* durchgeführt werden sollte oder nicht. Wenn sich die Mehrheit dafür ausgesprochen hatte, fand ein solches Scherbengericht in der achten Prytanie statt⁵⁴. Die „spezielle Bestim-

⁵¹ Zur angeblichen Ostrakisierung des Kleisthenes Ail. var. 13,24. Zu den *óstraka* mit dem Namen des Melanthios und zur Identifizierung *Vanderpool*, Ostraka 400f. Nr. 14a–c; A. R. Hands, Ostraka and the Law of Ostracism – Some Possibilities and Assumptions, in: JHS 79 (1959) 69–79, hier 73. Die drei *óstraka* wurden in Füllungen in der Nähe von Bouleuterion und Tholos gefunden, eine zusammen mit Scherben des 7. und 6. Jahrhunderts, die anderen beiden mit solchen des 6. und frühen 5. Jahrhunderts. Bei der Scherbe mit dem Namen [Ph]alanthos [S]pintharou vermutet *Vanderpool*, Ostraka 402 Nr. 15 den Vater von Melanthios, Sohn des Phalanthos, so dass Vater und Sohn gleichzeitig Zielscheibe eines *ostrakismós* gewesen sein könnten. Die *óstraka* würden dann in die 490-er Jahre gehören (vgl. aber *Brenne*, Ostraka als Testimonien 62, 66). Zur Entsendung der Flotte unter dem Feldherrn Melanthios zur Unterstützung des ionischen Aufstands: Hdt. 5,97,3. Die *óstraka* mit den Namen Peisistratos, Aristion und Melanthios wurden auf der Agora gefunden; es gibt allerdings auch ein *óstrakon* mit dem Namen Menestratos, das in der Nähe des Areopag gefunden wurde (IG I² 915; *Brenne*, Ostraka als Testimonien 63).

⁵² Aristot. Ath. pol. 22, 3–4. Nach Androtion FgrH 324 F 6 war der *ostrakismós* erst im Jahr 488/87 eingeführt worden.

⁵³ Auch das Ostrakismos-Verfahren beruhte auf einem Gesetz (*nómos*): Aristot. Ath. pol. 22,1; Androtion FgrH 324 F 6; Schol. Aristoph. vesp. 947a; Codex Vaticanus Graecus 1144, fol. 222^{rv} Nr. 213 Sternbach. *Lehmann*, Ostrakismos-Entscheid 88; *Forsdyke*, Exile 151–153.

⁵⁴ Aristot. Ath. pol. 43, 5; Philochoros FgrH 328 F 30; vgl. Schol. Aristoph. equ. 855 (dazu *Herbert Heftner*, Theophrast und die Vorstellung von Theseus als dem ersten Opfer des Ostrakismos

mung“ Solons, dass alle Areopagiten durch Gesetz verpflichtet wurden, Stellung zu beziehen, war bei einem vor der Volksversammlung durchgeführten *ostrakismós* nicht praktikabel, wurde aber der Sache nach ersetzt durch die Bestimmung, dass ein Mindestquorum von 6000 abgegebenen Stimmen vorausgesetzt wurde oder mindestens 6000 Stimmen auf eine Person entfallen mussten⁵⁵. Das solonische Stasisgesetz war eine in geringerem Maße formalisierte Vorform eines Ostrakismosverfahrens, die beide dem Zweck dienen sollten, bei einem brisanten politischen Konflikt die Teilnehmer einer politischen Institution zu zwingen, Stellung zu beziehen und die drohende Lähmung des politischen Systems oder anhaltende politische Kontroversen zu verhindern⁵⁶.

Mit der Verlagerung der Entscheidung über eine *stásis*-Situation auf das Volk rückte die Abstimmung in das Licht der athenischen Öffentlichkeit. Dies hat seinen Niederschlag in einer markanten Veränderung in der Bildsprache auf attischen Vasen gefunden⁵⁷. Denn um 490 v. Chr. tritt bei der Darstellung eines alten Mythos ein neues Motiv auf, das zeitgeschichtliche Veränderungen reflektiert. Auf Vasen archaischer Zeit wird stellvertretend für die Erzählung vom Streit zwischen Aias und Odysseus um die Waffen des im Kampf gefallenen Achill noch die Szene gewählt, in der sich Aias in sein Schwert stürzt, weil gegen alle Erwartung dem Odysseus die Waffen zugesprochen worden waren. Im frühen 5. Jahrhundert rückt der eigentliche Streitfall in den Mittelpunkt der Darstellung, wobei auf rotfigurigen Schalen der Zeit zwischen 490 und 460 eine drohende gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Aias und Odysseus einer Abstimmungsszene gegenübergestellt wird. Der Streit zwischen Aias und Odysseus kommt einer *stásis* gleich, droht in Gewalt zu eskalieren und schwächt das griechische Heer vor Troja. Herbeieilende Gefährten und Agamemnon versuchen daher, den Streit zu schlichten. Dieser Darstellung eines traditionellen agonalen und kämpferischen Verhaltens von Adeligen ist eine zivile Szene gegenübergestellt, in der mehrere Personen den Streit zwischen Odysseus und Aias durch eine formelle Abstimmung mit Stimmsteinen entscheiden. Die als athenische Bürger Dargestellten legen ihre Stimmsteine auf einem Podium ab, wobei auf der Seite des Odysseus mehr Stimmsteine liegen als auf der Seite des Aias. Die Abstimmung erfolgt unter

in Athen, in: RhM 148 [2005] 128–164, hier 153–164). Walter Scheidel, Hans Taeuber in: Siewert, Ostrakismos-Testimonien 465–471, T 41. Zu den (nicht gesicherten) Terminen Dreher, Ostrakismos 68, 73f.

⁵⁵ 6000 abgegebene Stimmen: Plut. Aristeides 7,5 und Timaios, Lex. Plat. s. v. ἐξοστρακισμός. Nach Philochoros (und der spätbyzantinischen Quelle) hingegen mussten mindestens 6000 Voten auf die Person entfallen, die verbannt werden sollte (FgrH 328 F 30; Poll. 8,20). Nach Robert Develin, Philochoros on ostracism, in: CCC 22 (1985) 25–31 ist dies auf ein Missverständnis des Philochoros zurückzuführen.

⁵⁶ Zur Zielsetzung Dreher, Ostrakismos 68, 74f.

⁵⁷ Dazu Christian Kunze, Dialog statt Gewalt. Neue Erzählperspektiven in der frühklassischen Vasenmalerei, in: Die andere Seite der Klassik. Gewalt im 5. und 4. Jahrhundert v. Chr., hrsg. v. Günter Fischer, Susanne Moraw (Stuttgart 2005) 45–71, hier 50–65. Vgl. Hans-Joachim Gebrke, Ulrich Gotter, Geschworenengerichte, in: Die griechische Klassik. Idee oder Wirklichkeit. Ausstellungskatalog (Berlin, Mainz 2002) 204–208, Abb. 123.

dem Schutz der hinter dem Podium stehenden Athena. Da die formelle Abstimmung mit Stimmsteinen von älteren literarischen Vorbildern des Mythos abweicht, werden es zeitgenössische Erfahrungen gewesen sein, die zu dieser Veränderung in der Bildsprache geführt haben⁵⁸. Dass diese neuen Bildmotive genau in der Zeit aufkommen, in der die Abstimmungen über innere Konflikte auf das Volk übertragen werden und damit stärker in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit getreten sind, wird kein Zufall sein.

Der *ostrakismós* als Gericht und Abstimmung

Dass der in der Volksversammlung durchgeführte *ostrakismós* in den von Solon eingerichteten Klagen vor dem Areopag und im Stasisgesetz seinen Ursprung haben könnte, legt nicht zuletzt die Zwittergestalt des *ostrakismós* zwischen Entscheidung des Volkes und Gerichtsurteil nahe. Martin Dreher hat in einem Beitrag zum *ostrakismós* auf diese Zwittergestalt aufmerksam gemacht⁵⁹: Das auferlegte Exil habe den Charakter einer von einem Gericht verhängten Strafe, auch wenn der Ostrakisierte keinen Vermögens- und Ehrverlust erleide, und die Abstimmung richtete sich gegen eine bestimmte Person. Formal – so Martin Dreher – ähnelte das Ostrakismosverfahren hingegen mehr einer politischen Entscheidung, in Form einer „negativen Wahl“, denn es gebe keinen Kläger und keinen bestimmten Angeklagten, keine Anklage- und Verteidigungsrede, keine Zeugen und keine Eide. Trifft die These zu, dass der *ostrakismós* auf die von Solon reglementierten Verfahren vor dem Areopag zurückgeht, erstaunt die Zwittergestalt nicht. Solange der Areopag über Verfahren dieser Art entschied, gab es einen regelrechten Kläger und Eide, wahrscheinlich auch Reden der Kontrahenten. Mit der Übertragung der Entscheidung auf das Volk nahm der *ostrakismós* Elemente des Volksentscheids auf.

Bestätigt wird die Zwitterstellung des *ostrakismós* durch eine in verschiedenen Fragmenten, Scholien und Lexikoneinträgen überlieferte und auf Theophrast zurückzuführende Geschichte, wonach Theseus der erste gewesen sei, der in Athen ostrakisiert wurde⁶⁰. Die in mythische Gestalt gewandete Geschichte besagt, The-

⁵⁸ Kunze, Dialog 63f.: „Tatsächlich ist die programmatische Aussage dieser Szenenfolge kaum zu übersehen. Dem Bild einer verhinderten gewaltsamen Konfliktlösung (ohne Athena) wird das zeitgenössische Modell eines zivilen, institutionalisierten Abstimmungsverfahrens (mit Athena) entgegengesetzt. An die Stelle einer gewaltsam ausgetragenen Stasis tritt die gemeinschaftliche Entscheidung durch die Stimmenabgabe der Bürger. Die Szenenfolgen der Waffenstreit-Schalen sind somit eines der wenigen Beispiele von Mythenbildern, in denen die Darstellungen tatsächlich als eine Art Handlungsanweisung zu lesen sind und sich direkt auf die veränderte Werteskala der neu sich formierenden Demokratie beziehen. Und das Thema, um das es hier geht, ist die Bewältigung von Konflikten, nämlich durch Gewalt oder durch die Regularien einer formellen Abstimmung.“

⁵⁹ Dreher, Ostrakismos 75–77.

⁶⁰ Suda s. v. ὀρχή Σκυρία (A 4101); nach Eustathios Comm. ad Hom. Il. 782, 51–54 geht diese Nachricht auf den Lexikographen Pausanias Atticista und letztlich auf Theophrast zurück. Vgl. Euseb. Chron. p. 50 Schoene. Ausführlich dazu Heftner, Theophrast 128–131, 138f.

seus sei von einem Athener namens Lykos verleumderisch angeklagt worden, er strebe nach der Tyrannis. Daraufhin sei Theseus durch *ostrakismós* aus Athen vertrieben worden und nach Skyros gegangen, wo er von Lykomedes aus Furcht, er könne ihn aus seiner Herrschaft vertreiben, getötet wurde. Als später in Athen eine Seuche (bzw. eine Hungersnot) ausbrach, holten die Athener auf den Ratsschlag Apollons die Gebeine des Theseus nach Athen zurück, errichteten ihm ein Heiligtum (das Theseion) ein und stifteten zu seinen Ehren ein Fest, die Theseen⁶¹. Herbert Heftner argumentiert, dass das Verbum *ὄστρακίζεσθαι* nicht „die Vorstellung einer formellen Ostrakophorie im Stile des fünften vorchristlichen Jahrhunderts“ erzwingt, denn: „Die Verbindung von *ὄστρακίζειν* mit *συκοφαντεῖν* und die namentliche Nennung des Anklägers Λύκος zeigen, dass hier eher die Vorstellung eines Gerichtsverfahrens mit einer gegen die Person des Theseus gerichteten Anklage als das Bild einer Ostrakophorie, wie sie im 5. Jahrhundert gehalten wurden, dahintersteht.“⁶² In zwei anderen Quellenstellen wird das Vorgehen gegen Theseus ausdrücklich als eine gerichtliche Anklage geschildert⁶³. Auch wenn Theophrast gewisse Neigungen zugeschrieben werden, „populäre, aber historisch zweifelhafte Vorstellungen über die Geschichte Athens für bare Münze zu nehmen“, so könne man ihm doch keinen so groben historischen Fehler und eine solch anachronistische Behauptung unterstellen, der *ostrakismós* gehe bis in die Zeit des Theseus zurück⁶⁴. Heftner nimmt daher an, Theophrast habe durch die bewusste Wahl des Wortes *ὄστρακισθῆναι* einen Zusammenhang herstellen wollen, um auf die Analogie zwischen der Vertreibung des Theseus und den Ostrakisierungen des 5. Jahrhunderts hinzuweisen. Dies sei „im Zitat des Lexikographen zu der pointierten (und natürlich Theophrasts Intentionen verfälschenden) Formulierung *ὄστρακισθῆναι δὲ πρῶτον Ἀθήνησι Θησέα* zugespitzt“ worden⁶⁵. Die Verbindungslinie von Theseus zu den Ostrakisierungen des 5. Jahrhunderts sei von Theophrast selbst gezogen worden oder gehe auf eine Vorlage in der Mitte des 5. Jahrhunderts zurück.

Nach den hier ausgeführten Überlegungen zum solonischen Stasisgesetz kommt für die anachronistische Darstellung vom *ostrakismós* des Theseus noch eine andere Möglichkeit in Betracht, dass nämlich das Motiv der Exilierung des Theseus auf eine Zeit zurückgeht, in der das Scherbengericht noch in der Form eines Gerichtsverfahrens ablief und der Areopag über politische Kontroversen einer *stásis*

⁶¹ Schol. Arist. 46, 241, 9–11: Θησεὺς ὑπὸ Λύκων Ἀθήνησιν εἰς τυραννίδα συκοφαντηθεὶς ἐξωστρακίσθη τῆς πόλεως καὶ ἦλθεν εἰς Σκύρον, ...; Schol. Aristoph. Plut. 627 und Suda s. v. Θησεΐοισιν (Θ 368): Λύκος τις συκοφαντήσας ἐποίησεν ἐξωστρακισθῆναι τὸν ἥρωα. Zu den Quellen, den Textvarianten, Abhängigkeiten und Wurzeln dieser Tradition Heftner, Theophrast 131 ff.

⁶² Heftner, Theophrast 139 f.

⁶³ Schol. Aischin. 3,13: ὑπὸ Λύκου κατηγορηθεὶς; Chorikios rhetor 17, 84.

⁶⁴ Heftner, Theophrast 141 f.; ähnlich Martin Fell, Kimon und die Gebeine des Theseus, in: Klio 86 (2004) 16–54, hier 37–39.

⁶⁵ Heftner, Theophrast 144–147; Zitat S. 146.

entschied⁶⁶. Bei einer solchen Deutung erklärt sich zwanglos, warum Theseus von einem Mann namens Lykos angeklagt und ein Urteil über ihn gesprochen wurde. Es ist daher gut möglich, dass das Motiv, Theseus sei der Erste gewesen, der in Athen ostrakisiert wurde, bereits auf das 6. Jahrhundert zurückgeht. In der mythischen Brechung sollte möglicherweise die Verbannung von Anhängern Kylons oder des Megakles kritisiert werden, die nach ihrer Verbannung rehabilitiert wurden. Auch im Umfeld der Verbannung des Peisistratos 556/55 und seiner unter dem Schutz der Göttin Athena inszenierten Rückkehr könnte eine Mythisierung des *ostrakismós* erfolgt sein. Die in der Erzählung enthaltene Kritik an der Ostrakisierung des Theseus passt jedenfalls am besten in eine Zeit, in der Adelige die Opfer ihrer eigenen Standesgenossen wurden und eine Verurteilung nicht zu akzeptieren gewillt waren, auch wenn sie in einer formellen Abstimmung von einer deutlichen Mehrheit ausgesprochen worden war.

Summary

Solon's law on *stásis*, passed down in Aristotle's *Athenaion politeia*, and also in Cicero and Plutarch, is not a fictitious law attributed to the legislator Solon around 400 BC, but an authentic law of the early 6th century. By this law, Solon did not force the Athenian citizens to take up arms whenever civil war broke out, but he instituted the obligation of voting for either side during votes at the *Areopagus*. This obligation was founded by Solon on a 'special rule', in order to achieve as clear as possible a generally accepted majority decision, in case of inner political conflicts threatening to divide Athens and likely to lead into violent struggles. The attempt to resolve a *stásis* and to prevent the establishment of a *tyrannis* through complaints before the Areopagus can be seen as a precursor of Cleisthenes' *ostrakismos*.

Evidence on an early form of *ostrakismos*, as practiced in the 5th century, can also be deduced from the 6th and early 5th century *óstraka* and from the information that Theseus himself was ostracised. Cleisthenes delegated the decision from the *Areopagus* to the *bulé* or to the people, replacing the voting obligation through a minimum number of votes, either because he had become a victim to an appeal before the *Areopagus* himself, or because it had been proven that trials at the *Areopagus* exacerbated rather than eased political conflicts.

⁶⁶ So auch Develin, Ostracism 13 und 16. Man könne an einen metaphorischen Gebrauch von ὀστρακίζειν denken, doch sei ein Bezug auf das – seiner Meinung nach – vor dem Rat der 400 im 6. Jahrhundert durchgeführte Verfahren wahrscheinlicher. Er vermutet, dass die Theseus-Geschichte zu der Überlieferung in der spätbyzantinischen Quelle geführt hat, es gäbe ein vom Rat durchgeführtes *ostrakismós*-Verfahren.

Karl-Joachim Hölkeskamp

Concordia contionalis

Die rhetorische Konstruktion von Konsens in der römischen Republik

Die *contio* ist erst im Zuge eines Paradigmenwechsels in das Zentrum des Interesses gerückt – oder genauer: im Zuge der Erosion der beiden bis in das späte 20. Jahrhundert herrschenden Paradigmen. Das erste – der Einfachheit halber nenne ich es das ‚verfassungsgeschichtliche‘ Paradigma – hatte die politische Ordnung der Republik als System von formalen Institutionen und technisch-rationalen Verfahren begriffen, das auf die Produktion verbindlicher Ergebnisse in Gestalt von Beschlüssen über normative Regeln, Urteile usw. fokussiert war – da konnte die *contio* als eine informelle, nicht einmal generell „fest geordnete Vorverhandlung“, wie etwa in *Theodor Mommsens* ‚Staatsrecht‘, zwar als „wichtige(r) Abschnitt des Rogationsacts“, aber letztlich doch nur als „vorbereitende Discussion“ der eigentlichen Entscheidung im Gesetzgebungsverfahren oder im Anquisitionsprozess erscheinen¹. Das andere Paradigma, das Politik und ihre sozialen Rahmenbedingungen als eine Art oligarchisches Nullsummenspiel begriffen hatte und daher gelegentlich plakativ als „frozen-waste theory“ bezeichnet worden ist, übernahm das verfassungsgeschichtliche Dogma der strukturellen Passivität der Comitien, der Priorität des Imperiums und der Lagerung der Macht im Consulat und nahm das Volk allenfalls als amorphe Summe der mechanisch verfügbaren Clienten der großen Dynasten, ihrer Familien und Faktionen wahr: Hier spielte die *contio* überhaupt keine Rolle².

¹ *Theodor Mommsen*, Römisches Staatsrecht III/1 (Leipzig ³1887, ND 1969) 394 und 395; *ders.*, Abriss des römischen Staatsrechts (Leipzig ²1907, ND 1974) 238. Vgl. generell zur Rolle der Volksversammlungen im ‚System‘ des *Mommsenschen* Staatsrechts *Martin Jehne*, Die Volksversammlungen in Mommsens *Staatsrecht* oder: Mommsen als Gesetzgeber, in: *Wlfrid Nippel, Bernd Seidensticker* (Hrsg.), *Theodor Mommsens langer Schatten. Das römische Staatsrecht als bleibende Herausforderung für die Forschung* (Hildesheim 2005) 131–160.

² *John North*, Democratic Politics in Republican Rome, in: P&P 126 (1990) 3–21, hier 6f.; *ders.*, Politics and Aristocracy in the Roman Republic, in: CPh 85 (1990) 277–287. Vgl. auch *Peter Wiseman* radikale (und daher einseitige) Auseinandersetzung mit dem „Gelzer-Modell“, das er (nicht zu Unrecht) als „the first ‚modernist‘ interpretation of Roman republican politics“ bezeichnet und dessen „sheer inertia“ er (weniger berechtigt) beklagt (Roman History and the Ideological Vacuum, in: *ders.*, Remembering the Roman People. Essays on Late Republican Politics and Literature [Oxford 2009] 5–32, hier 28 und 32). S. zur Geschichte dieses Paradigmas *Allen M. Ward*, The Roman Republic, in: *Carol G. Thomas* (Hrsg.), *Ancient History: Recent Work and New Directions* (Claremont 1997) 54–78, hier 66ff.; *Karl-Joachim Hölkeskamp*, Fact(ions) or Fiction? Fried-

Die Erosion dieser Paradigmen ist mittlerweile zwar weit vorangeschritten, aber ein ‚Wechsel‘ im vollen Sinne à la *Thomas Kuhn* ist bislang ausgeblieben; denn ein neues herrschendes, weil als Matrix mit überlegenem Erklärungspotential universell akzeptiertes Paradigma hat sich nicht etablieren können. Also gibt es auch keine darauf beruhende neue ‚Meistererzählung‘, die es wahrscheinlich gar nicht mehr geben **kann** und eigentlich auch nicht mehr geben **soll**. Man hätte *Fergus Millars* zunächst vereinzelt und verstreut publizierte Ansätze, das römische Volk in sein Recht einzusetzen und zu dem ihm zustehenden Platz in der Geschichte der Demokratie zu verhelfen, vielleicht als Versuch sehen können, einen solchen umfassenden Paradigmenwechsel herbeizuführen – aber nicht einmal in seinem Buch ‚*Crowd in Rome in the Late Republic*‘ hat Millar diese Ansätze zu einer wirklich homogenen ‚Meistererzählung‘ synthetisiert, und sein Anspruch leidet zudem an schwerwiegenden theoretischen und methodischen Defiziten³.

Demgegenüber gibt es allerdings einige Theorieangebote, die sich ergänzen und partiell überschneiden⁴: Der praxeologische Ansatz einerseits und die ‚Wende‘ der

rich Münzer and the Aristocracy of the Roman Republic – then and now, in: *IJCT* 8/1, 2001 (2002) 92–105, mit weiteren Nachweisen; *Robert Morstein-Marx*, Political History, in: *Andrew Erskine* (Hrsg.), *A Companion to Ancient History* (Malden u. a. 2009) 99–111, hier 99–106.

³ *Fergus Millar*, *The Crowd in Rome in the Late Republic* (Ann Arbor 1998) und bereits *ders.*, *The Political Character of the Classical Roman Republic*, in: *JRS* 74 (1984) 1–19; *ders.*, *Politics, Persuasion, and the People before the Social War (150–90 B.C.)*, in: *JRS* 76 (1986) 1–11; *ders.*, *Political Power in Mid-Republican-Rome: Curia or Comitium?*, in: *JRS* 79 (1989) 138–150; *ders.*, *Popular Politics at Rome in the Late Republic*, in: *Irada Malkin, Zeev W. Rubinsohn* (Hrsg.), *Leaders and Masses in the Roman World. Studies in Honor of Zvi Yavetz* (Leiden 1995) 91–113; (= *ders.*, *Rome, The Greek World and the East I: The Roman Republic and the Augustan Revolution*, ed. by *Hannah M. Cotton, Guy M. Rogers* [Chapel Hill 2002] 109–142; 143–161; 85–108 bzw. 91–103). Vgl. zu der Debatte um *Millars* Positionen etwa *Martin Jehne*, Einführung: Zur Debatte um die Rolle des Volkes in der römischen Politik, in: *Martin Jehne* (Hrsg.), *Demokratie in Rom? Die Rolle des Volkes in der Politik der römischen Republik* (Stuttgart 1995) 1–9; *Karl-Joachim Hölkeskamp*, Die Römische Republik: „Government of the People, by the People, for the People?“ (zuerst engl. in: *SCI* 19 [2000] 203–223), in: *ders.*, *SENATUS POPULUSQUE ROMANUS. Die politische Kultur der Republik – Dimensionen und Deutungen* (Stuttgart 2004, in der Folge: *SPQR*) 257–280; *ders.*, *Reconstructing the Roman Republic. An Ancient Political Culture and Modern Research* (Princeton 2010) 1–11 und passim, sowie *John North*, Pursuing Democracy, in: *Alan K. Bowman, Hannah M. Cotton u. a.* (Hrsg.), *Representations of Empire. Rome and the Mediterranean World* (Oxford 2002) 1–12; *Allen M. Ward*, How Democratic was the Roman Republic? in: *NECJ* 31.2 (2004) 101–119, und neuerdings *Alexander Jakobson*, Traditional Political Culture and the People’s Role in the Roman Republic, in: *Historia* 59 (2010) 282–302.

⁴ Vgl. dazu den souveränen Überblick von *Martin Jehne*, *Methods, Models, and Historiography*, in: *Nathan Rosenstein, Robert Morstein-Marx* (Hrsg.), *A Companion to the Roman Republic* (Malden etc. 2006) 3–28. S. ferner *Morstein-Marx*, *Political History* (wie Anm. 2) 107–110 und passim; *Matthew Roller*, Culture-based Approaches, in: *Alessandro Barchiesi, Walter Scheidel* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Roman Studies* (Oxford 2010) 234–249, sowie (aus der Perspektive von ‚Strukturen‘/‚Institutionen‘) *Hans Beck*, Structures, in: *Erskine* (Hrsg.), *Companion* (wie Anm. 2) 499–509. Belege für die geradezu unübersichtliche Vielfalt (post)moderner Sichtweisen und Perspektiven bieten die Übersicht von *Thomas W. Hillyard*, *Res publica* in theory and practice, in: *ders.*, *Kathryn Welch* (Hrsg.), *Roman Crossings. Theory and Practice in the Roman Republic* (Swansea u. a. 2005) 1–48 und die Beiträge in diesem Band.

neuen historischen Politikforschung andererseits begreifen politische Kulturen der Moderne und vor allem der Vormoderne als Räume oder Felder sozialen Handelns und spezifischer Praktiken – Politik erscheint nun nicht mehr als Serie eindimensionaler Akte, in denen ‚top-down‘ entschieden, dekretiert und so schlicht ‚regiert‘ wird, sondern als komplexer interaktiver Prozess des kommunikativen Handelns respektive Aushandelns von Interessen und Ansprüchen, Akzeptanz und (damit) Legitimität von Herrschaft⁵. Schon vor dieser kleinen ‚Wende‘ – gewissermaßen *avant la lettre* – war aufgefallen, dass etwa die klassischen Strategien der Selbstdarstellung der politischen Klasse der Republik wie etwa die Rituale der verschiedenen *pompae* auffällig öffentlichkeitsorientiert waren.

Aus dieser Perspektive rückt die *contio* als zentraler Ort kommunikativer Interaktion geradezu zwangsläufig in den Mittelpunkt des Interesses⁶ – und man kann sich da sogar ganz traditionell auf antike Autoritäten wie den älteren Cato und vor allem Cicero berufen. Schon für sie war es ja ganz selbstverständlich gewesen: Als wichtigster Adressat und „größte Arena“ (*maxima scaena*) jedes *orator* galten der *populus Romanus* allgemein und seine Versammlungen im Besonderen. Dabei

⁵ Vgl. zum ‚praxeologischen‘ Ansatz vor allem Egon Flaig, *Habitus, Mentalitäten und die Frage des Subjekts: Kulturelle Orientierungen sozialen Handelns*, in: Friedrich Jaeger, Jörn Rüsen (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften* 3 (Stuttgart u. a. 2004) 356–371. Zur neuen historischen Politikforschung und ihrem Potential für die althistorische Forschung generell Karl-Joachim Hölkeskamp, *Eine politische Kultur (in) der Krise? Gemäßigt radikale Vorbemerkungen zum kategorischen Imperativ der Konzepte*, in: ders. (Hrsg.), *Eine politische Kultur (in) der Krise? Die „letzte Generation“ der römischen Republik* (München 2009) 1–25, hier 18–24; ders., *Mythos und Politik – (nicht nur) in der Antike. Anregungen und Angebote der neuen „historischen Politikforschung“*, in: HZ 288 (2009) 1–50, hier 36–49; ders., *Reconstructing the Roman Republic* (wie Anm. 3) 53–57; 132–136; Morstein-Marx, *Political History* (wie Anm. 2) 107–110.

⁶ Vgl. dazu und zum Folgenden generell die grundlegende Studie von Robert Morstein-Marx, *Mass Oratory and Political Power in the Late Roman Republic* (Cambridge 2004) 7–16, 34–60 und passim, sowie bereits Francisco Pina Polo, *Las contiones civiles y militares en Roma* (Zaragoza 1989); ders., *Contra arma verbis. Der Redner vor dem Volk in der späten römischen Republik* (Stuttgart 1996); Karl-Joachim Hölkeskamp, *Oratoris maxima scaena: Reden vor dem Volk in der politischen Kultur der Republik* (zuerst 1995), in: SPQR (wie Anm. 3) 219–256; ders., *Self-serving sermons: oratory and the self-construction of the republican aristocrat*, in: Christopher Smith, Ralph Covino (Hrsg.), *Praise and Blame in Roman Republican Rhetoric* (Swansea 2011) 17–34, sowie die übrigen Beiträge in diesem Sammelband; Günter Laser, *Populo et scaenae serviendum est. Die Bedeutung der städtischen Masse in der Späten Römischen Republik* (Trier 1997) 138ff.; Henrik Mouritsen, *Plebs and Politics in the Late Roman Republic* (Cambridge 2001) 38–62 (s. dazu Alexander Jakobson, *The People's Voice and the Speakers' Platform: Popular Power, Persuasion and Manipulation in the Roman Forum*, in: SCI 23 (2004) 201–212, auch zu Morstein-Marx, *Mass Oratory* 206–230); Jean-Michel David, *Rhetoric and Public Life*, in: Rosenstein, Morstein-Marx (Hrsg.), *Companion* (wie Anm. 4) 421–438; Frank Bücher, *Verargumentierte Geschichte. Exempla Romana im politischen Diskurs der späten römischen Republik* (Stuttgart 2006) 24ff. u. ö. S. James Tan, *Contiones in the Age of Cicero*, in: CAnt 27 (2008) 163–201; zuletzt außerdem Claudia Tiersch, *Politische Öffentlichkeit statt Mitbestimmung? Zur Bedeutung der contiones in der mittleren und späten Republik*, in: Klio 91/1 (2009) 40–68; Dominique Hiebel, *Rôles institutionnel et politique de la contio sous la République romaine, 287–49 av. J.-C.* (Paris 2009); Jakobson, *Traditional Political Culture* (wie Anm. 3) 293–297; Henriette van der Blom, *Pompey in the contio*, in: CQ 61 (2011) 553–573.

ist diese Wertung keineswegs nur als allgemeine Weisheit oder unverbindliche programmatische Deklaration zu verstehen, wonach ein Redner ohne eine „zuhörende Menge“ ebenso wenig wirklich *eloquens* sein könne wie ein Flötenspieler ohne Flöte spielen könne und überhaupt die Kunst, Menschen durch Rede zu fesseln, „diejenige Sache“ sei, die „allein bei jedem freien Volk und insbesondere in friedlichen, ruhigen Bürgerschaften“ schon immer in Blüte gestanden sei und sogar „beherrschende“ Bedeutung gehabt habe. Die Ausrichtung des *orator* auf „die Menge“, die Orientierung an ihren Erwartungen und Urteilen ist vielmehr durchaus ernst und ganz konkret gemeint: Es sei der „öffentliche Beifall“ und die „Zustimmung“ dieser Menge (*vulgi assensu et populari approbatione*), die für den Erfolg oder Misserfolg des *orator* letztlich ausschlaggebend seien – und nicht das beifällige Goutieren rhetorischen Könnens durch die Gebildeten. Deswegen zielt die Ausbildung zum vollendeten Redner in der Praxis, wie überhaupt die Charakterisierung des *perfectus orator*, wie Cicero sie entwirft, in erster Linie auf den Erfolg und die Anerkennung des Volkes – mit einem Wort: Es ist dem besten Redner (*summus orator*) geradezu eigentümlich, dass er eben dem *populus* als der beste Redner erscheint⁷. Und auch dies war in Ciceros Zeit keineswegs neu, geschweige denn originell: Schon nach Ennius beruhte der legendäre Ruf des *eloquentiae auctor* M. Cornelius Cethegus auf dem Urteil der Menschen, „die damals lebten“ und ihn hörten – sie waren es, die ihn wegen seiner Redekunst die „auserlesene Blüte des Volkes“ nannten⁸. Daher galt die Arena, in welcher der Redner

⁷ Cic. de orat. 2, 338 bzw. 1, 30; Brutus 185; vgl. de orat. 1, 81; 2, 159; Brutus 183–189 passim; 192; 283 und schließlich Quint. inst. 2, 16, 8, wo es über den *populus Romanus* heißt, *apud quem summa semper oratoribus dignitas fuit*. S. dazu Jerzy Axer, Tribunal-Stage-Arena: Modelling of the Communication Situation in M. Tullius Cicero's Judicial Speeches, in: *Rhetorica* 7/4 (1989) 299–311, ferner generell Elaine Fantham, Meeting the People: the Orator and the Republican Contio at Rome, in: Lucia Calboli Montefusco (Hrsg.), *Papers on Rhetoric III* (Bologna 2000) 95–112; Morstein-Marx, *Mass Oratory* (wie Anm. 6) 60–67; Joy Connolly, *The State of Speech. Rhetoric and Political Thought in Ancient Rome* (Princeton 2007) 223–231 u. ö. Vgl. zu „Cicero on Cicero“ (in dieser Rolle oder Pose) Catherine Steel, *Cicero, Rhetoric, and Empire* (Oxford 2001) 162–189 u. ö.; dies., *Reading Cicero. Genre and Performance in Late Republican Rome* (London 2005) 49–82; dies., *Cicero's oratory of praise and blame and the practice of elections in the late Roman republic*, in: Smith, Covino (Hrsg.), *Praise and Blame* (wie Anm. 6) 35–47; Henriette van der Blom, *Cicero's Role Models. The Political Strategy of a Newcomer* (Oxford 2010) Part 1 und passim.

⁸ Enn. Ann. 304–308 *Skutsch* = Cic. Brutus 58f. Vgl. dazu Hölkeskamp, *Oratoris maxima scaena* (wie Anm. 6) 221f.; Jacqueline Dangel, *L'éloquence républicaine, „Moëlle de Suasion“, in: Guy Achard, Marie Ledentu* (Hrsg.), *Orateur, auditeurs, lecteurs: à propos de l'éloquence romaine à la fin de la République et au début du Principat* (Lyon 2000) 11–25; Gregor Vogt-Spira, *Rednergeschichte als Literaturgeschichte. Ciceros Brutus und die Tradition der Rede in Rom*, in: Christoff Neumeister, Wulf Raack (Hrsg.), *Rede und Redner. Bewerbung und Darstellung in den antiken Kulturen* (Möhnesee 2000) 207–225. Vgl. allgemein zur Entwicklung der Rhetorik in der Mittlere Republik Anton D. Leeman, *Orationis ratio. The Stylistic Theories and Practice of the Roman Orators, Historians and Philosophers I* (Amsterdam 1963) Chapters I–II; George A. Kennedy, *The Art of Rhetoric in the Roman World 300 B.C.–A.D. 300* (Princeton 1972) Chapter I; Werner Suerbaum, *Vorliterarische römische Redner (bis zum Beginn des 2. Jahrhunderts v. Chr.) in Ciceros „Brutus“ und in der historischen Überlieferung*, in: *WJA* 21 (1996/97) 169–198.

dem *populus* gegenübertrat, als die eigentliche, die gewissermaßen größte Bühne: die *contio*. Nicht der Senat, sondern die *contio* war daher der Ort, wo es galt, alle Register zu ziehen, die „ganze Gewalt der Rede“, die ganze *gravitas* und jede Abwechslung aufzubieten⁹. Und hier, so wiederum schon Cato und dann Cicero, muss sich auch der Witz und die Schlagfertigkeit des *homo urbanus* bewähren; denn durch nichts lasse sich die Menge leichter von Verdrießlichkeit und Erbitterung abbringen als durch eine „vorteilhafte und knappe“, dabei „treffende und launige Sentenz“¹⁰. Diese Arena wird sogar so sehr mit den Zuhörern, dem Platz, von dem aus der Redner sich an sie wendet, und vor allem mit den dort gehaltenen *orationes* identifiziert, dass der Begriff *contio* sowohl die versammelte Menge, als auch zuweilen schlicht die Rednertribüne und die öffentliche Rede selbst bezeichnen konnte¹¹.

* * *

Diese Funktion als Arena für öffentliche Rede macht die strukturelle Bedeutung der *contio* für die politische Kultur der Republik aus. Allein zu diesem Zweck wird die *contio* einberufen – und ausdrücklich niemals, um dem *populus* etwa einen Antrag vorzulegen und darüber abstimmen zu lassen. Deswegen wird die *contio* auch so oft begrifflich genau von den *comitia* und *concilia plebis* unterschieden. Und deswegen heißt *contionem habere* nicht mehr und nicht weniger als „zum Volke sprechen“, und zwar ausdrücklich „ohne irgendeinen Antrag zu stellen“¹².

⁹ Cic. de orat. 2, 338: ... *maxima quasi oratoris scaena videatur contionis esse* ..., bzw. 2, 334: *contio capit omnem vim orationis et gravitatem varietatemque desiderat*; vgl. auch Cic. imp. Cn. Pomp. 1 (*hic ... locus ad agendum amplissimus, ad dicendum ornatissimus*). Vgl. auch Nicholas Horsfall, *The Culture of the Roman Plebs* (London 2003) 87f.

¹⁰ Cato apothth. 1 Jordan (= Quint. inst. 6, 3, 105): *urbanus homo <nobis> erit, ... qui in sermonibus, circulis, conviviis, item in contionibus ... ridicule commodeque dicet*; Cic. de orat. 2, 340: ... *nihil enim tam facile quam multitudo a tristitia et saepe ab acerbitate commode et breviter et acute et hilare dicto deducitur*.

¹¹ Gell. 18, 7, 5–9 (nach Verrius Flaccus und Cicero): *contionem autem tria significare: locum suggestumque unde verba fierent, sicut M. Tullius in oratione quae inscripta est Contra contionem Q. Metelli: 'Escendi', inquit, in contionem; concursus est populi factus*; item *significare coetum populi adstantis, sicuti idem M. Tullius in Oratore (= orat. 168) ait: 'Contiones saepe exclamare vidi, cum apte verba cecidissent. Etenim expectant aures, ut verbis conlifetur sententia*; item *orationem ipsam quae ad populum diceretur*. S. die weiteren Belege ThLL 4 (1909) 729–734. Vgl. zu den Gleichsetzungen *contio* = ‚(versammelte) Zuhörer‘ etwa Cic. orat. 168; *contio* = ‚Rede‘ (an das in einer *contio* versammelte Volk) etwa Cic. Cluent. 77; Verr. 1, 45; leg. agr. 2, 13; 91; Att. 14, 11, 1; 20, 3 und 4; 15, 2, 3; fam. 9, 14, 7; 10, 33, 2; Caes. b.civ. 2, 18, 3; Quint. inst. 5, 11, 42; Gell. 18, 7, 2, vgl. ThLL 4, 733f.; zum Verb *contionari* = ‚eine (öffentliche) Rede (in einer Versammlung) halten‘ s. Cic. Att. 10, 4, 8; Phil. 3, 12; Caes. b.civ. 1, 7, 1; Liv. 1, 28, 2 u. ö.; ThLL 4, 734f. Übrigens werden daher auch diese Reden vor der Versammlung von den *sententiae* im Senat genau unterschieden: Quint. inst. 3, 8, 67, vgl. 9, 3, 50. Vgl. dazu Pina Polo, *Las contiones* (wie Anm. 6) 4–11; Elaine Fantham, *The Roman World of Cicero's De oratore* (Oxford 2004) 210ff.; 219–231.

¹² M. Valerius Messala apud Gell. 13, 16, 3: *nam cum populo agere est rogare quid populum quod suffragiis suis aut iubeat aut vetet, contionem autem habere est verba facere ad populum*

Jeder Magistrat konnte *contiones* einberufen – nicht nur ein Consul, Praetor, Censor, Dictator, Interrex und ein Volkstribun, sondern auch ein Aedil und sogar ein Quaestor, außerdem der *pontifex maximus* und der *rex sacrorum*. Im Gegensatz zu Comitien konnten *contiones* sogar parallel stattfinden, jedenfalls solange ein rangniedrigerer Magistrat dabei nicht einem höheren Magistrat in die Quere kam – oder gar einem Volkstribunen, dessen *contiones* selbst der Consul zu respektieren hatte¹³. Sie alle hielten *contiones* ab, weil sie ihre jeweiligen Amtshandlungen ‚öffentlich‘ durchführen mussten, vor den Augen des *populus Romanus* und an ihn gewendet – die Spannweite dieser Handlungen reichte von der Eröffnung des Census über religiöse Inaugurationsakte, Eidesleistungen und die Bekanntgabe von Feiertagen bis hin zu öffentlichen Hinrichtungen. So war es Tradition, und es galt sogar als ehrwürdige Einrichtung der Vorfahren, dass ein neuer Consul zu Beginn seines Amtsjahres in einer besonderen *contio* vor das Volk trat, und auf die gleiche Weise pflegte er seine Amtszeit zu beenden – mit einer Rede und dem üblichen Eid, das Amt gemäß den Gesetzen geführt zu haben¹⁴. In *Contiones* veröffentlichten die Magistrate viele Beschlüsse des Senats und ihre Edikte zu allen möglichen Angelegenheiten, sei es der Marschbefehl des Consuls an bereits ausgehobene Truppen oder sei es auch nur, um irgendeinen Termin anzusetzen. In *Contiones* wurden Berichte an den *populus* vorgetragen, wie etwa der Brief des T. Quinctius Flamininus über seinen großen Sieg in Griechenland, der erst im Senat und dann *ex auctoritate patrum* in einer *contio* verlesen wurde, und hier pflegten auch Feldherren nach ihrer Rückkehr über ihre *res gestae* zu sprechen wie L. Aemilius Paullus, dessen Rede bei dieser Gelegenheit später als besonders „denkwürdig und eines römischen *princeps* würdig“ galt¹⁵.

Vor allem war die *contio* der einzige ‚offizielle‘ öffentliche Ort der kontroversen Diskussion, der ausführlichen Erörterung des Für und Wider – hier kam nicht nur der berufende Magistrat zu Wort, sondern auch seine Kollegen und sogar Senatoren ohne Amt und andere *privati*. Hier hielten sie, als Befürworter oder Gegner der zur Debatte gestellten Maßnahme, die üblichen *suasiones* respektive *dissuasiones* – bei Gesetzesrogationen ebenso wie in Diskussionen über Kriegserklärungen und Friedensschlüsse. Und in den ersten drei *contiones* im Volksge-

sine ulla rogatione. Vgl. Cic. Flacc. 15: *Nullam ... nostri sapientissimi et sanctissimi viri (sc. maiores) vim contionis esse voluerunt; quae scisceret plebes aut quae populus iuberet, submota contioni, distributis partibus, tributim at centuriatim discriptis ordinibus, classibus, aetatibus, auditis auctoribus, re multos dies promulgata et cognita iuberi vetarique voluerunt*.

¹³ M. Valerius Messala apud Gell. 13, 16, 1; Varro, ling. Lat. 6, 90. Vgl. dazu und zum folgenden etwa Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 1) I 197–202; III/1, 389–396; Wilhelm Liebenam, *Contio*, in: RE 4/1 (1900) 1149–1153; George W. Botsford, *The Roman Assemblies. From their Origin to the End of the Republic* (New York 1909, ND 1968) 139–151; Pina Polo, *Las contiones* (wie Anm. 6) 43–51; Hölkeskamp, *Oratoris maxima scaena* (wie Anm. 6) 234–242; Bücher, *Verargumentierte Geschichte* (wie Anm. 6) 29–34 mit weiteren Nachweisen.

¹⁴ Cic. leg. agr. 2, 1; fin. 2, 74 bzw. Cic. fam. 5, 2, 7; Pis. 6f.; dom. 94; rep. 1, 7; Cass. Dio 37, 38, 1f.

¹⁵ Liv. 33, 24, 3f. bzw. 45, 40, 9 (und die Rede des Paullus selbst: 45, 41, 1–12, vgl. Plut. Aem. 36, 3–37, 1). Weitere Beispiele: Liv. 27, 51, 5f.; 30, 17, 3ff.; 36, 21, 8; 37, 52, 2; 45, 2, 3ff.

richtsverfahren kamen Ankläger wie Verteidiger zu Wort, wurden der Angeklagte und die Zeugen gehört. Mit einem Wort: In den *contiones* konnten alle Materien zur Sprache kommen, über die der *populus* in den Comitien oder die *plebs* in ihren *concilia*, als Versammlung oder Gericht, in letzter Instanz abzustimmen hatte: Verträge, Krieg und Frieden, Urteile bei Vergehen gegen die *res publica* und vor allem Gesetze über alle möglichen Gegenstände vom ‚Verfassungsrecht‘ über das Straf- und Zivilrecht bis hin zu Bürgerrechtsverleihungen, Koloniegründungen und Landverteilungen. In diesem Sinne trifft Ciceros knappes Dictum den Kern der Sache: Es gebe drei Orte, an denen sich „Meinung und Wille“ des *populus* in Angelegenheiten der *res publica* am deutlichsten artikulieren könnten: in der *contio*, bei den Wahlen und Abstimmungen in den Comitien und bei den Spielen¹⁶.

Gleich in mehreren Hinsichten war die *contio* also die wichtigste politische Bühne überhaupt in dieser aristokratischen Republik. Denn damit war es eben nicht der Senat, der formal ja kein Entscheidungs- und Wahlorgan war, sondern die *contio*, die den Ort der unmittelbaren Vorbereitung und Führung des *populus Romanus* als Institution der formalen Bestätigung und Legitimierung jedes staatlichen Handelns darstellte. Zugleich bedeutete das noch viel mehr: Die *contio* – und nicht der Senat, wo sich die Angehörigen der politischen Klasse ja nur selbst begegneten – war der zentrale Ort der Interaktion und Kommunikation der politischen Klasse mit der Bürgerschaft. Und das heißt *mutatis mutandis*: Die *contio* war der Ort, wo um die unverzichtbare Akzeptanz geworben werden musste, wo die Legitimität politischen Handelns hergestellt werden musste, und damit auch die Anerkennung der Überlegenheit einer Elite, die ihren Führungsanspruch allein aus diesem Handeln für die *res publica* herleitete. Denn Senatsadel und Nobilität als ‚meritokratischer‘ Amtsadel konnten sich ja überhaupt nur als Elite definieren, indem sie permanent beanspruchten, in Krieg und Politik für den *populus Romanus*, in seinem Namen, zu seinem Wohl und auf seine Rechnung zu handeln: Der *populus Romanus* als das Ganze und Träger der *res publica* war damit das Referenzobjekt ihres Selbstverständnisses und ihrer gesamten Identität, von dem allein ihre Anerkennung und Legitimität als Elite ausgehen konnte. Auf diese untrennbaren Zusammenhänge waren nicht nur der Verhaltenskodex und die hochgradig verpflichtende Kollektivmoral des Senatsadels ausgerichtet, sondern auch die verschiedenen Formen ihrer öffentlichen Selbstdarstellung, die in eine Kultur der Unmittelbarkeit, des Sehens und Gesehenwerdens, der Partizipation durch Präsenz und Performanz eingebettet waren und eigentlich sogar ihren Kern ausmachten: Auch sie gehörten mithin zu jenem Repertoire der „Kommunikation unter Anwesenden“, auf das eine solche Kultur notwendig angewiesen ist – und auch sie dienten hier ganz speziell der (Selbst-)Bestätigung ihrer Erfolge in Politik

¹⁶ Cic. Sest. 106; 115 und 125. Es ist allerdings völlig verfehlt, die Rolle der *contio* mit dem Konzept ‚Repräsentation‘ fassen zu wollen – so neuerdings Vera V. Dementyewa, Die römische „Meritokratie“ und die Entwicklung politischer Repräsentation. Untersuchungen zur modernen Theoriebildung und Historiographie, in: dies., Tassilo Schmitt (Hrsg.), Volk und Demokratie im Altertum (Göttingen 2010) 107–141.

und Krieg, ihrer Traditionen von Dienst und Leistungen für die *res publica* und der daraus resultierenden Ansprüche auf Anerkennung ihrer Führung und Abgeltung in Form von *honores*, *dignitas* und *auctoritas*¹⁷. Die *pompa triumphalis* des siegreichen Feldherrn durch die ganze Stadt bis zum Capitol wie die *pompa funebris* für den verstorbenen *nobilis* waren demonstrativ öffentlich, sie sollten vor den Augen und inmitten des *populus* ablaufen. Diese feierlichen, absichtsvoll symbolgeladenen Inszenierungen wandten sich, ebenso wie die dazu gehörigen Spiele und andere Feste, an denselben *populus*, der in der *contio* der Adressat der Reden war – ganz in diesem Sinne redet Aemilius Paullus nach Livius zu Beginn der schon erwähnten Rede die in der *contio* versammelten Bürger mit den bezeichnenden Worten an: *Quirites ..., cum spectaculo vobis nunc triumphus meus, nunc funera liberorum meorum fuerint*¹⁸.

Geradezu klassisch fällt dies alles in der *laudatio funebris* zusammen, die ein *nobilis* als *orator* auf dem Höhepunkt eines Leichenbegängnisses von den *rostra* an das versammelte Volk zu richten pflegte – bekanntlich hat schon Polybios diese besondere Kombination von Ritual und Rede, *contio* und *pompa* (und auch den beabsichtigten Effekt der Inszenierung) treffend beschrieben: „Während nun ringsum das ganze Volk steht, steigt entweder, wenn ein Sohn im passenden Alter

¹⁷ Vgl. dazu und zum folgenden bereits Claude Nicolet, *Le métier de citoyen dans la Rome républicaine* (Paris 1976) Kapitel IX: POPULARITAS. Les langages parallèles; Florence Dupont, *L'acteur-roi ou le théâtre dans la Rome antique* (Paris 1985); Karl-Joachim Hölkeskamp, Die Entstehung der Nobilität. Studien zur sozialen und politischen Geschichte der Römischen Republik im 4. Jahrhundert v. Chr. (Stuttgart 1987) 204–240; 248ff.; Bettina Bergmann, Introduction, in: Bettina Bergmann, Christina Kondoleon (Hrsg.), *The Art of Ancient Spectacle* (New Haven u. a. 1999) 9–35 und die einschlägigen Beiträge in diesem Band; Egon Flaig, Ritualisierte Politik. Zeichen, Gesten und Herrschaft im Alten Rom (Göttingen 2003); Andrew Bell, *Spectacular Power in the Greek and Roman City* (Oxford 2004); Harriet I. Flower, *Spectacle and Political Culture in the Roman Republic*, in: dies. (Hrsg.), *The Cambridge Companion to the Roman Republic* (Cambridge 2004) 322–343; Geoffrey S. Sumi, *Ceremony and Power. Performing Politics in Rome between Republic and Empire* (Ann Arbor 2005); Hans Beck, Züge in die Ewigkeit. Prozessionen durch das republikanische Rom, in: GFA 8 (2005) 73–104; Bernhard Linke, Politik und Inszenierung in der Römischen Republik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7 (2006) 33–38; Karl-Joachim Hölkeskamp, Pomp und Prozessionen. Rituale und Zeremonien in der politischen Kultur der römischen Republik, in: *Jahrbuch des Historischen Kollegs* 2006 (2007) 35–72; ders., Hierarchie und Konsens. *Pompae* in der politischen Kultur der römischen Republik, in: Alexander Arweiler, Bardo Gauly (Hrsg.), *Machtfragen. Zur kulturellen Repräsentation und Konstruktion von Macht* (Stuttgart 2008) 79–126, zu den Konzepten und Kategorien insbesondere 82–86. Vgl. dazu allgemein vor allem Rudolf Schlögl, Vergesellschaftung unter Anwesenden. Zur kommunikativen Form des Politischen in der vormodernen Stadt, in: ders. (Hrsg.), *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt* (Konstanz 2004) 9–60; ders., Kommunikation und Vergesellschaftung unter Anwesenden. Formen des Sozialen und ihre Transformation in der Frühen Neuzeit, in: GG 34 (2008) 155–224; Hölkeskamp, *Reconstructing the Roman Republic* (wie Anm. 3) 71ff.; 100; 102f. u. ö., mit weiteren Nachweisen.

¹⁸ Liv. 45, 41, 1. Vgl. zum Hintergrund dieser Äußerung die eindringliche Deutung von Flaig, *Habitus* (wie Anm. 5) 362–365. Vgl. zu den verschiedenen Spielen und ihren Anlässen generell Frank Bernstein, *Ludi publici*. Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung der öffentlichen Spiele im republikanischen Rom (Stuttgart 1998) und dazu T. Peter Wiseman, *Origines ludorum*, in: Hillyard, Welch (Hrsg.), *Roman Crossings* (wie Anm. 4) 49–58.

vorhanden und anwesend ist, dieser, andernfalls ein anderer Verwandter derselben *gens* auf die *rostra* und hält eine Rede über die Vorzüge des Verstorbenen und die Taten, die er im Leben vollbracht hat. Das hat zur Folge, dass die Menge, die an die Ereignisse erinnert wird und sie gleichsam vor Augen gestellt bekommt,... so sehr in einen Zustand des Mitgefühls versetzt wird, dass der Verlust nicht nur eine Sache der trauernden Angehörigen zu sein, sondern das ganze Volk zu betreffen scheint ... Übrigens, wenn der Redner mit dem Lob des Mannes, der begraben werden soll, fertig ist, spricht er von den übrigen Toten, die anwesend sind, indem er bei dem Ältesten anfängt, und nennt ihre Erfolge und Taten. Da so der Ruf der Trefflichkeit tüchtiger Männer stets erneuert wird, ist der Ruhm derer, die eine edle Tat vollbracht haben, unsterblich, zugleich aber wird der Ruhm derer, die dem Vaterland gute Dienste geleistet haben, der Menge bekannt und den Nachkommen weitergegeben.¹⁹ Und an die gleiche Menge, den *populus Romanus*, wenden sich auch die Elogien der Scipionen, wenn sie – ganz im rednerischen Stil der typischen *laudatio* – nicht nur aufzählen, dass die Verstorbenen *consul*, *ensor*, *aidilis* gewesen seien, sondern auch emphatisch betonen, dass sie diese *honores* eben *apud vos* innegehabt hätten²⁰. Gerade hier wird der Adressat zugleich in seiner anderen, ebenso zentralen Rolle angesprochen: Es war ja schließlich der *populus Romanus* in den Comitien, der alle diese *honores* zu vergeben hatte – er wählte alle Magistrate, nicht nur die beiden Consuln, sondern schon von der Mitte des 2. Jahrhunderts an die zwanzig weitere reguläre Magistrate von den Quaestoren über die plebeischen und curulischen Aedile bis zu den Praetoren, die zehn Volkstribune, über zwanzig *tribuni militum a populo* und weitere rangniedere Beamte wie die *tresviri capitales*. Schon dies allein musste den *populus Romanus* als Ver-

¹⁹ Polyb. 6, 53, 2f.; 54, 1f. S. dazu auch Cic. de orat. 2, 341–348 und Quint. inst. 11, 3, 153, wo diese *laudationes* bezeichnenderweise *contiones funebres* genannt werden. Vgl. dazu Wilhelm Kierdorf, *Laudatio funebris*. Interpretationen und Untersuchungen zur Entwicklung der römischen Leichenrede (Meisenheim 1980), und neuerdings Ralph Covino, *The laudatio funebris as a vehicle for praise and admonition*, in: Smith, Covino (Hrsg.), *Praise and Blame* (wie Anm. 6) 69–81, sowie generell zur *pompa funebris* grundlegend Egon Flaig, *Die Pompa Funebris*. Adlige Konkurrenz und annalistische Erinnerung in der Römischen Republik, in: Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), *Memoria als Kultur* (Göttingen 1995) 115–148; Harriet Flower, *Ancestor Masks and Aristocratic Power in Roman Culture* (Oxford 1996); dies., *Der Leichenzug – die Ahnen kommen wieder*, in: Karl-Joachim Hölkeskamp, Elke Stein-Hölkeskamp (Hrsg.), *Erinnerungsorte der Antike. Die römische Welt* (München 2006) 321–337, 752–753; Karl-Joachim Hölkeskamp, *Exempla und mos maiorum*. Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis der Nobilität (zuerst 1996), in: SPQR (wie Anm. 3) 169–198, hier 188–190; ders., *Hierarchie* (wie Anm. 17) 104–107, 112ff.; John Bodel, *Death on Display: Looking at Roman Funerals*, in: Bergmann, Kondoleon (Hrsg.), *The Art of Ancient Spectacle* (wie Anm. 17) 259–281; Wolfgang Blösel, *Die memoria der gentes als Rückgrat der kollektiven Erinnerung im republikanischen Rom*, in: Ulrich Eigler u. a. (Hrsg.), *Formen römischer Geschichtsschreibung von den Anfängen bis Livius. Gattungen – Autoren – Kontexte* (Darmstadt 2003) 53–72; Uwe Walter, *Memoria und res publica*. Zur Geschichtskultur im republikanischen Rom (Frankfurt a. M. 2004) 89–108.

²⁰ CIL I² 6.7 und 8.9 = ILS 1 und 2.3 = ILLRP 309 und 310; Peter Kruschwitz, *Carmina Saturnia Epigraphica*. Einleitung, Text und Kommentar zu den saturnischen Versinschriften (Stuttgart 2002) Nr. 2 (32–57); Nr. 3 (58–70) mit weiteren Nachweisen.

sammlung zu einer zentralen Institution machen, selbst wenn (oder vielmehr: gerade weil) diese wie die gesamte Ordnung von einer kleinen Elite kontrolliert wurde – beruhten doch die Zugehörigkeit zu dieser politischen Klasse und ihrem institutionellen Zentrum, dem Senat, überhaupt und dann der Rang des Einzelnen darin allein auf der Erlangung von Ämtern durch Volkswahl. Gerade weil die Nobilität und der Senatsadel sich also – den unbestritten geltenden Regeln wie dem eigenen ideologischen Anspruch nach – aus dem *populus* und vor allem durch den *populus* rekrutierten und permanent reproduzierten, war dieser *populus* eben nicht bloß eine passive, amorphe Masse, sondern jedenfalls als Institution selbst ein Subjekt, das in der Interaktion mit seiner Elite eine unverzichtbare Rolle spielte²¹.

Deswegen musste der *populus* in der *contio* eines der wichtigsten Foren der Selbstdarstellung und -bestätigung der Elite sein – eben die größte Bühne des *nobilis* als Redner. Gerade weil es auffälligerweise keine speziellen *contiones* für die Vorstellung von Kandidaten gegeben zu haben scheint, musste man sich bei anderen Gelegenheiten, bei *pompae* und Spielen, bei Prozessen und eben bei *contiones* zu der einen oder anderen Sache, dem Volk „bekannt“ (*[g]nobilis*) gemacht haben, vor ihm agiert und mit ihm interagiert haben, wenn man schließlich als Kandidat Erfolg haben wollte. Denn es war der *populus Romanus* – und nicht der Senat, der in dieser Hinsicht ja nur eine Versammlung aller (potentiellen) Rivalen um die *honores* war –, der als Richter die alljährliche Konkurrenz um eine immer noch begrenzte Zahl von Ämtern in einem sich an der Spitze radikal verengenden Stellenkegel entschied – und das in einem gesellschaftlich-politischen und ideologischen System, das persönlichen Erfolg allein auf diesem Feld besonders hoch prämierte: durch Ansehen, Einfluss, Macht, Reichtum – und letztlich den Status eines *nobilis*.

Gerade die Wahlen dienten also zugleich der Bestätigung einer exklusiven Amtsaristokratie und der permanenten Erneuerung der Hierarchie zwischen dieser Elite und dem *populus*. Überhaupt wurde diese selbstverständliche Grundlage ihres Aufeinanderbezogenseins bei allen diesen Gelegenheiten und auf allen Ebenen der Selbstdarstellung und des öffentlichen Auftretens von Mitgliedern der Elite immer mitinszeniert: das gewaltige Gefälle zum Volk durch eine ererbte und dauernd erneuerte soziale, materielle und intellektuelle Überlegenheit des Adels, die tief eingerasteten und einander ergänzenden institutionalisierten Hierarchien zwischen Nobilität und *plebs*, Patronen und Klienten, Magistraten und Bürgerschaft, Imperiumsträgern und Legionen, Senat und Versammlungen.

Natürlich war auch die *contio* in diese Grundstruktur eingebettet: Trotz der scheinbaren Formlosigkeit und trotz der oft turbulent anmutenden (oder von interessierter Seite, etwa Cicero, so dargestellten) Abläufe war die *contio* als Forum freier und kontroverser Rede in dementsprechende formale und informelle Regeln

²¹ Vgl. dazu und zum folgenden Karl-Joachim Hölkeskamp, Konsens und Konkurrenz. Die politische Kultur der römischen Republik in neuer Sicht, in: *Klio* 88/2 (2006) 360–396; ders., Reconstructing the Roman Republic (wie Anm. 3) 98–106; 121–124, jeweils mit weiterer Literatur.

eingehengt – und die waren keineswegs sehr verschieden von den Regeln im Senat und in den Comitien: Die *contio* als Institution und als Ort der Kommunikation war durch eine „steil hierarchische“ Struktur geprägt, die das erwähnte Gefälle zwischen Elite und Volk zugleich widerspiegeln und reproduzierten²². Wie alle anderen Versammlungen (und auch die Sitzungen des Senats) konnten *contiones* nur von Magistraten oder Volkstribunen einberufen werden, und auch hier wurde dabei regelrecht durch die offiziellen „öffentlichen Ausrufer“ (*praecones*) geladen, die dann für Ruhe und Ordnung zu sorgen und – auf Befehl des leitenden Magistrats – die Redner, Prozessbeteiligten und Zeugen aufzurufen hatten. Auch die *contio* wurde – zumindest in früheren Zeiten – mit einer feierlichen Gebetsformel eröffnet. Und auch in der *contio* saß der Magistrat erhöht auf seinem Amtsstuhl – die Versammlung musste dagegen stehen und sollte in erster Linie zuhören.

Das Rederecht in der *contio* galt zwar als echtes bürgerliches Ehrenrecht, das aus bestimmten Gründen auch aberkannt werden konnte: Der Verschwender des väterlichen Erbes und der nach der *lex Servilia de pecuniis repetundis* Verurteilte waren ausdrücklich davon ausgeschlossen. Tatsächlich konnte man dieses Recht jedoch nur auf Einladung des versammlungsleitenden Magistrats wahrnehmen. Und ähnlich wie im Senat beim *ius sententiae* spielte dabei vor allem der Rang des Sprechers, insbesondere sein Status als Magistrat oder *privatus*, eine deutlich sichtbare Rolle: Magistrate sprachen nämlich gewöhnlich von den *rostra* herab, der *privatus* hingegen von einem tiefer gelegenen Standort aus, vielleicht von den Stufen der *rostra* – so wollte es jedenfalls der Comment, gegen den man natürlich auch absichtlich und demonstrativ verstoßen konnte. Darüber hinaus gab es zwischen den *privati* noch große Unterschiede: Senatoren ohne Amt, jüngere Leute am Anfang ihrer Karrieren wie ehrwürdige Consulare, traten regelmäßig als Redner in Contionen hervor – besonders angesehene und hochrangige *privati* mit entsprechender *auctoritas* konnten sogar das Wort verlangen. Ein solches selbstbewusstes Auftreten galt dagegen bei einem Mann aus dem Volk als anmaßend und ungehörig. Wenn ein *privatus* aus dem Volk überhaupt einmal als Redner auftrat, wie der bewährte *centurio*, vorbildliche *pater familias* und Bürger Sp. Ligustinus in einer von Livius ebenfalls breit ausgestalteten *contio* im Jahre 171, dann hatte er den leitenden Magistrat, etwa den Consul oder die Tribune, respektvoll um Erlaubnis zu bitten²³. Aber selbst dies wird als ungewöhnlich und keineswegs üblich

²² Morstein-Marx, *Mass Oratory* (wie Anm. 6) 281–284, vgl. 257f. u.ö; Hiebel, *Rôles institutionnel et politique* (wie Anm. 6) 95–123. Es ist daher abwegig, die ‚contionale‘ Kommunikation als einen „Dialog zwischen den römischen Bürgern und den Magistraten als Vertretern des Volkes“ (!) zu bezeichnen – so aber Dementyewa, *Die römische „Meritokratie“* (wie Anm. 16) 130, vgl. 117.

²³ Liv. 42, 34, 1–15. Vgl. zu den verschiedenen ‚Hierarchien‘ oder Graden der *auctoritas* etwa Jean-Michel David, *Compétence sociale et compétence oratoire à la fin de la République: apprendre à rassembler*, in: Edmond Frézouls (Hrsg.), *La mobilité sociale dans le monde romain* (Strasbourg 1992) 7–19; Martin Jehne, *Rednertätigkeit und Statusdissonanzen in der späten römischen Republik*, in: Neumeister, Raack (Hrsg.), *Rede und Redner* (wie Anm. 8) 167–189; ders., *Scaptius oder der kleine Mann in der großen Politik. Zur kommunikativen Struktur der contiones in der römischen Republik*, in: *Politica Antica* 1 (2011) 59–87.

dargestellt. In aller Regel kamen die Akteure in den Contionen, ob Magistrate oder *privati*, eben nicht aus dem Volk.

Und zum Schluss waren es ohnehin wieder die Magistrate, die ein mindestens gewohnheitsmäßiges Recht auf die abschließende Äußerung zur Sache gehabt zu haben scheinen. Denn auch bei der *contio* – wiederum wie im Senat und selbstverständlich in den Comitien und den Versammlungen der Plebs – war allein der einberufende Magistrat der Herr des Verfahrens. Er bestimmte nicht nur die (Tages-)Zeit und den Versammlungsplatz, der keineswegs immer das Forum und das Comitium sein musste: *Contiones* fanden etwa auch auf dem Capitol oder – zumindest wenn sie von Tribunen einberufen waren – im Circus Flaminius statt. Allein der Magistrat leitete natürlich auch die Versammlung: Zunächst bestimmte er den vorzutragenden Gegenstand und veranlasste die Ladung von Rednern nach eigenem Gutdünken – allerdings war es üblich, wie gesagt, etwa bei Gesetzesanträgen Befürworter wie Gegner der Rogation einzuladen. Der Magistrat legte dann die Reihenfolge der Redner fest, erteilte ihnen das Wort und bestimmte sogar, wie lange und von welchem Standort aus sie zu sprechen hatten. Selbstverständlich schloss der Magistrat auch die *contio*, indem er sie auflöste, einen neuen Termin ansetzte oder den Teilnehmern den formellen Befehl gab, sich nach Entfernung der Nichtbürger zur Abstimmung nach Tribus oder Centurien zu ordnen. Mit einem Wort: Die *contio* war keine Ausnahme – selbst dieser einzige staatlich anerkannte Ort offener und öffentlicher Debatte war keineswegs ein Reservat ‚staatsbürgerlicher‘ Gleichheit, sondern spiegelte auf vielfältige Weise die allgegenwärtigen Hierarchien der *res publica* wider.

* * *

Diese Grundvoraussetzungen legten zugleich das dichte Netz von Regeln und Ritualen, Verhaltensmustern und Erwartungen fest, die sich konkret in der als zentral beschworenen öffentlichen Auftritts- und Ausdrucksweise des *vir bonus* und *nobilis* als *orator* vor dem Volk niederschlugen. Die Praxis der öffentlichen Rede, die rhetorische Präsentation der verschiedenen Inhalte, die Formeln und üblichen Versatzstücke repräsentierten und reproduzierten das Aufeinanderbezogensein des *populus*, seiner Elite und ihrer einzelnen Vertreter. Anders gesagt: die *contio* als Rede war gewissermaßen die rhetorische Diskursivierung einer Fiktion, und als Ort war sie die ‚Bühne‘ der performativen Inszenierung einer Fassade eines universellen Konsenses. Dabei ist allerdings eigens zu betonen, dass die Begriffe ‚Fiktion‘ und ‚Fassade‘ – im Gegensatz zu ihrem Gebrauch ‚in common parlance‘ – hier nicht im Sinne einer kühl kalkulierten, zweckrational eingesetzten Lüge respektive einer intentional-interessengeleitet inszenierten Täuschung verstanden werden dürfen: In diesem Kontext geht es ja um die Konstruktion eines Universums von Gemeinschaft und Gemeinsamkeit(en) und um kollektive Zuschreibungen von Sinn und Orientierung in einem diskursiven Prozess, an dem nicht nur die Redner selbst, sondern auch die Adressaten teilnehmen. Und das heißt wiederum, dass alle Beteiligten einerseits je für sich die Gültigkeit dieser

Zuschreibungen selbstverständlich voraussetzen und andererseits sich gegenseitig ebenso selbstverständlich die Akzeptanz des so gestifteten Universums unterstellen müssen²⁴.

Das erste verbale Signal in dieser Richtung stellt schon die Anrede der *contio* als *Quirites* dar: Selbst wenn eine Versammlung noch so willkürlich zusammengesetzt war und selbst wenn immer Fremde, Frauen und sogar Sklaven anwesend sein mochten, wendet sich der *orator* damit an den *populus Romanus* als Gesamtheit der Bürger. Die in der *contio* versammelten *Quirites* stehen also für das Ganze des *populus* und der *res publica* – für den *orator* sind sie der *populus*, dessen *dignitas* zumindest dem Anspruch nach die höchste überhaupt ist²⁵. Der Kerngedanke kann kaum besser als mit dem Dictum ausgedrückt werden, das als Beispiel für das Stilmittel der *definitio* zur praktischen Benutzung in Reden ausdrücklich empfohlen wurde und ja auch tatsächlich von dem großen Redner M. Antonius in seiner vielzitierten Rede für Norbanus verwandt worden sein soll: *Maiestas rei publicae est in qua continetur dignitas et amplitudo civitatis*²⁶. Dieser *dignitas* und der vielzitierten *maiestas populi Romani* Reverenz zu erweisen, direkt und indirekt, explizit und implizit, gehört zu den unbedingt zu respektierenden Konventionen jeder Rede. Geradezu klassisch formuliert findet sich das in einer Passage aus der später als Lehrstück geltenden *suasio*, die L. Licinius Crassus, Consul 95 und einer der großen Redner seiner Zeit, für die *lex Servilia iudiciaria* gehalten hat – in der zahlreich besuchten *contio* soll er folgenden geradezu pathetischen Appell an das Volk gerichtet haben: „Lasst uns niemandem dienen als nur euch allen insgesamt, denen wir dienen können und müssen.“²⁷

Dieser Konsensfassade dient auch das, was man als Rhetorik der Inklusion der Anwesenden bezeichnen könnte: Der Redner spricht „euch alle“ und damit den

²⁴ Zu den Begriffen ‚Konsensfiktion‘ bzw. ‚-fassade‘, ihrem Charakter und ihrer Funktion s. *Barbara Stollberg-Rilinger*, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), *Vormoderne politische Verfahren* (Berlin 2001) 9–24, hier 22ff.; *dies.*, *Symbolische Kommunikation in der Vormoderne. Begriffe – Thesen – Forschungsperspektiven*, in: *ZHF* 31 (2004) 489–527, hier 518ff.; *dies.*, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?* (Berlin 2005) 9–24, hier 20; *dies.*, *Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches* (München 2008) 9–12. S. auch *Morstein-Marx*, *Mass Oratory* (wie Anm. 6) 14–18 zum Charakter dessen, was er „*contional discourse*“ nennt.

²⁵ Vgl. dazu *Véronique Léovant-Cirefice*, *Le rôle de l'apostrophe aux Quirites dans les discours de Cicéron adressés au peuple*, in: *Achard, Ledentu* (Hrsg.), *Orateur, auditeurs, lecteurs* (wie Anm. 8) 43–55, und demnächst *Karl-Joachim Hölkeskamp*, *Friends, Romans, countrymen. Addressing the Roman people and the rhetoric of inclusion*, in: *Catherine Steel, Henriette van der Blom* (Hrsg.), *Community and Communication: oratory and Politics in republican Rome* (Oxford 2013) 11–27, auch zum Folgenden.

²⁶ *Rhet. ad Her.* 4, 35, vgl. 2, 17; M. Antonius ORF⁴ 65 frg. 27 (= Cic. *de orat.* 2, 164); vgl. Cic. *de orat.* 2, 337. S. zum Konzept der *maiestas populi Romani* etwa *L. Robert Lind*, *The Idea of the Republic and the Foundations of Roman Political Liberty*, in: *Carl Deroux* (Hrsg.), *Studies in Latin Literature and Roman History IV* (Brüssel 1986) 44–108, hier 52–56.

²⁷ ORF⁴ 66 frg. 24 (= Cic. *de orat.* 1, 225, mit dem Kontext 225–227): *nolite sinere nos quoquam servire, nisi vobis universis, quibus et possumus et debemus*. Vgl. zu Antonius und Crassus als *oratores* etwa *Fantham*, *The Roman World* (wie Anm. 11) 26–48.

populus Romanus an – und daher wird hier wie überall auch von „eurem“ *imperium* und dessen *dignitas*, *gloria* und *splendor*, von „euren“ *imperatores*, Flotten und Heeren, von „euren“ *amici*, *socii* und *provinciae*, von „euren“ Häfen, Einnahmen und Reichtümern gesprochen²⁸. Man appelliert an „eure“ *humanitas* und *pietas*, *clementia* und *probitas*, und spricht gelegentlich sogar von „eurer“ *virtus*, *sapientia*, *diligentia* und *prudentia* – obwohl das eigentlich nicht die typischen Tugenden des ‚gemeinen Volkes‘ sind²⁹. Immer wieder beschwört man den „Ruhm eures Namens“, bezieht sich auf „euren“ (souveränen) Willen, dem sich selbst die *principes* zu fügen haben, und „eure“ *potestas*, über der nur noch die Götter stehen, und redet von „euren“ *beneficia*, Wohltaten und Auszeichnungen in Form von Rang, Ämtern und Ehren, *honos*, *dignitas*, *locus*, *ordo*³⁰.

Aus dem gleichen Grunde dreht es sich bei jedem Redner – gerade dann, wenn er sich, wie so oft, auf sich selbst, seine Tugenden, Absichten, Leistungen bezieht – immer irgendwie um „eure“ Sache und „euer“ Wohl, „eure“ *salus*, „eure“ *gloria*, *magnificentia*, *maiestas* und *dignitas*, „eure“ *libertas*, „eure“ Eintracht, „eure“ Ruhe und Sicherheit³¹ – und das ist zugleich das Wohlergehen der *res publica* überhaupt, die ja die Sache des *populus* ist, wie es in der klassischen Definition Ciceros heißt (rep. 1,39): Nur darum geht es immer und überall, wenn derjenige, „der die Nützlichkeit verteidigt“, die „Vorzüge des Friedens, des Wohlstandes, der Macht, der Einnahmen, des Schutzes durch das Heer“ aufzählt. Kurzum, indem man darüber vor und mit „euch“ spricht, wendet man sich zugleich an „alle, die dieser *res publica* Gedeihen wünschen“, wie es schon Laelius am Schluss der

²⁸ S. z. B. P. Cornelius Scipio Africanus maior ORF⁴ 4 frg. 3 (= Gell. 4, 18, 3); C. Sempronius Gracchus ORF⁴ 48 frg. 44 (= Gell. 11, 10, 2); Cic. imp. Cn. Pomp. 4 ff.; 11 f.; 14 f.; 32 f.; 38; 41; leg. agr. 2, 15; 25; 35; 47; 59 ff.; 61 f.; 80; 82 f.; 89; red. ad pop. 9; Sall. Iug. 31, 11; 20; 25; hist. 1, 55 (oratio Lepidi ad populum) 11 etc.

²⁹ C. Sempronius Gracchus ORF⁴ 48 frg. 44 (= Gell. 11, 10, 2); Cic. imp. Cn. Pomp. 17 f.; leg. agr. 2, 7; 3, 3; Rab. perd. 5; Phil. 4, 13; 16; 6, 19; vgl. auch Sall. hist. frg. 1, 55 (or. Lepidi 1). Vgl. zu den einzelnen Konzepten immer noch *Joseph Hellegouarc’h*, Le vocabulaire latin des relations et des partis politiques sous la République (Paris 1963, Ndr. 1972); *L. Robert Lind*, Concept, Action, and Character: The Reasons for Rome’s Greatness, in: TAPhA 103 (1972) 235–283; *ders.*, The Tradition of Roman Moral Conservatism, in: *Deroux* (Hrsg.), Studies in Latin Literature and Roman History I (Brüssel 1979) 7–58; *ders.*, The Idea of the Republic and the Foundation of Roman Morality (I), in: *Deroux* (Hrsg.), Studies in Latin Literature ..., vol. V (Brüssel 1989) 5–34; *ders.*, The Idea of the Republic and the Foundation of Roman (II), in: *Deroux* (Hrsg.), Studies in Latin Literature ..., vol. VI (Brüssel 1992) 5–40; *ders.*, Thought, Life, and Literature at Rome: The Consolidation of Culture, in: *Deroux* (Hrsg.), Studies in Latin Literature ..., vol. VII (Brüssel 1994) 5–71, sowie jetzt *Anna Maria Pignatelli*, Lessico politico a Roma fra III e I sec. a.C. (Bari 2008).

³⁰ Cic. imp. Cn. Pomp. 2; 49; 51; 58; 63 f.; 68; 70 f.; leg. agr. 2, 1 ff.; 17; 19; 26 f.; 71; 77; 101; 103; Rab. perd. 5; red. ad pop. 1; 4 f.; 6; 16 f. u. ö.; Phil. 6, 4 f.; 17 f.; vgl. auch Sall. hist. frg. 2, 47 (or. Cottae ad populum 4).

³¹ C. Sempronius Gracchus ORF⁴ 48 frgg. 26 und 44 (= Gell. 15, 12, 2 bzw. 11, 10, 3); Cic. imp. Cn. Pomp. 2; 4 f.; 6 f.; 11 f.; 14; 19; 32; 41; 51; 68; 70 f.; leg. agr. 2, 8 f.; 14 ff.; 20 ff.; 24 f.; 29; 71; 75 f.; 102 f.; 3, 3 f.; 16; Rab. perd. 10; red. ad pop. 1; 4; 9; Phil. 4, 1 f.; 4; 15 f.; 6, 5; 17 und 19; de orat. 2, 337; Sall. Iug. 31, 9; 16 f. Vgl. zum Konzept *libertas* insbesondere *Lind*, The Idea of the Republic (wie Anm. 26) 81–91; *Pignatelli*, Lessico politico (wie Anm. 29) 105–115.

von ihm verfassten und vielzitierten *laudatio funebris* auf Scipio Aemilianus formuliert hatte³².

* * *

Indirekt scheint hier bereits eine weitere Facette der Rhetorik des universellen Konsenses auf – das *ego* des Redners, das dem ‚ihr‘ des Volkes explizit oder implizit gegenübertritt. Dieses allgegenwärtige Ich wird rhetorisch in den Dienst an *populus* und *res publica* gestellt – und genauso regelmäßig findet sich die dementsprechende konventionelle Behauptung, dass die konkrete Sache, die er gerade vertritt, allein diesem Ziele diene³³. Es ist dieses Ich des Redners, der als Magistrat, Senator, *vir bonus* und *nobilis* zu jeder Zeit und in jeder Situation der *res publica* verpflichtet sein will, das in der Rede Rat erteilt, sich für oder gegen einen Antrag ausspricht oder jemanden anklagt oder verteidigt. Da ist es für diese Rolle geradezu typisch, dass der *orator* seine rastlose Tätigkeit, seine Mühe, Umsicht und Wachsamkeit – also *diligentia* und *industria*, *prudentia* und *vigilantia* – und dabei immer die Selbstlosigkeit seines Handelns und Ratens betont³⁴. Diese rhetorische Hintanstellung der eigenen Person geht so weit, dass man im Einsatz für die Interessen der *res publica*, des *populus* oder der *plebs* permanent persönliche Opfer bringen und sich der Verfolgung und Missgunst mächtiger Feinde aussetzen müsse: Die Schlüsselbegriffe sind hier *labores* und *pericula*, die man im wohlverstandenen höheren Interesse des Ganzen in Kauf nehmen müsse, *invidia* und *iniuriae*, die man dabei zu ertragen habe – nicht nur Cicero wird bekanntlich nicht müde, diese allfälligen Mühen und allgegenwärtigen Gefahren zu betonen³⁵, sondern die Topoi der vorwurfsvollen Klage gehören offenbar auch zum Standardrepertoire der Mobilisierungsrhetorik populärer Volkstribune an die Adresse einer verängstigten, gleichgültigen und passiven *plebs*³⁶. Wenn nötig müssen die

³² Cic. de orat. 2, 335: ... *qui utilitatem defendet enumerabit commoda pacis, opum, potentiae vectigalium, praesefi militum* etc. bzw. C. Laelius Sapiens ORF⁴ 20 frg. 22 (= Schol. Bob. in Mil. p. 118 Stangl): ... *et vobis et omnibus qui hanc rem publicam salvam volunt* ...

³³ Cic. imp. Cn. Pomp. 71; red. ad pop. 1; 18; Phil. 4, 1 u. ö.; vgl. auch Rhet. ad Her. 4, 55–57.

³⁴ Cic. leg. agr. 2, 77; 100f.; red. ad pop. 24; Phil. 4, 15f.; 6, 18 u. ö.; vgl. Cic. Cat. 2, 14f.; 19; 27; dom. 17; Phil. 7, 7: ... *omne enim curriculum industriae nostrae in foro, in curia, in amicorum periculis propulsandis elaboratum est; hinc honores amplissimos, hinc mediocris opes, hinc dignitatem ... consecuti sumus* ...; Phil. 8, 30: ... *summa laus consularium, vigilare, cogitare adesse animo, semper aliquid pro re publica aut cogitare aut facere aut dicere*. Schon der ältere Cato soll sich damit gebrüstet haben (Dicta 13 Jordan = Plut. Cato 8, 15), dass sogar seine Feinde ihn beneideten, dass er „täglich selbst bei Nacht aufstehe“, seine „eigenen Angelegenheiten hintanstelle“, um sich um die „öffentlichen“ zu kümmern.

³⁵ Cic. imp. Cn. Pomp. 2; 58; 69ff.; leg. agr. 2, 5f.; Rab. perd. 3; red. ad pop. 1ff.; 21; 24; Phil. 4, 16; 6, 12; 18. Vgl. bereits M. Porcius Cato ORF⁴ 8 frgg. 21 (*egoque iam pridem cognovi atque intellexi atque arbitror rem publicam curare industrie summum periculum esse*); 122 und 173; vgl. außerdem theatralisch-larmoyante Passagen wie Cic. dom. 97f.; 145; Sulla 33, sowie generell Rhet. ad Her. 4, 55 und 57; Cic. fin. 2, 76.

³⁶ S. etwa Sall. Iug. 30, 3–4 und die Rede des Volkstribunen C. Memmius: 31, 1–29, passim; hist. 2, 47 (oratio Cottae ad populum) 1f.; 4; 9f.; 3, 48 (oratio Macri ad plebem) 3f.; 6; 8; 12; 25f. und passim; vgl. Rhet. ad Her. 4, 48 und 49.

principes als die *propugnatores rei publicae* und wahren *auctores et conservatores civitatis* sogar Ansehen und Popularität gefährden und das Volk streng ermahnen, wenn die *Quirites* in der *contio* nicht erkennen wollen, was wirklich gut und richtig für *populus* und *res publica* erscheint³⁷. Dann müssen sie daran erinnert werden, dass sie dem *orator* zuzuhören haben, sich seiner Führung anvertrauen und seiner *auctoritas* unterwerfen sollen.

Wenn der *orator* die *contio* mit „ihr“ etc. anredet, legt er immer auch eine Distanz zwischen sich und die Adressaten seiner Rede – eine Distanz, die durch die permanente Gegenüberstellung des allenthalben prominenten *ego* des *orator* noch betont wird. Schon allein diese Distanz akzentuiert wiederum das als selbstverständlich vorausgesetzte Gefälle von Einsicht, Wissen, Fähigkeiten, eben *sapientia*, Rang und *auctoritas*, die den *orator* immer über seinen Adressaten in der *contio* stehen lassen³⁸. Ein klassisches *exemplum* für diese ebenso herablassend wie selbstsicher wirkende Art des Auftretens ist die Rede des L. Aemilius Paullus als Consul in einer eigens dafür einberufenen *contio* vor seinem Aufbruch nach Griechenland: Darin stellte er erst einmal fest, dass „ihr“, die *Quiriten*, ihm vor allem deshalb Glück wünschten, „weil ihr geglaubt habt, dass ich dem Krieg in Makedonien, der sich lange hinzieht, ein dem römischen Volk würdiges Ende setzen kann“; dann forderte er die anwesenden Bürger ungeschminkt auf, sich seiner Führung und Kriegskunst anzuvertrauen, keine schädlichen Gerüchte aus „eurer“ üblichen „Leichtgläubigkeit“ (*credulitas vestra*) zu verbreiten und nicht auf Stammtischstrategen und Besserwisser zu hören, sondern nur seinen Berichten an Senat und Volk Glauben zu schenken³⁹. Hier tritt der Vertreter einer eingeweihten, Strategie und Politik aktiv gestaltenden und artikulierenden Elite dem von ihr geführten, passiven, lauschenden *populus* gegenüber.

Besonders deutlich spiegelt sich das im Tonfall der streng mahnenden Belehrung, die ein auffällig häufig vorkommendes Merkmal der Reden an eine *contio* ist – wie in derjenigen des Consuls P. Sulpicius Galba über den bevorstehenden Krieg gegen Philip V. und Makedonien im Jahre 200: Nachdem zunächst fast alle Centurien den *ex auctoritate senatus* vorgelegten Kriegsbeschluss abgelehnt hatten, setzte Sulpicius eine neue Abstimmung an, berief zuvor aber eine *contio* ein und machte dort dem *populus Romanus* eindringliche Vorhaltungen, die in der eindeutigen, wie ein Befehl klingenden Aufforderung gipfelten: „Schreitet zur Abstim-

³⁷ Cic. Sest. 101ff.; 138f. Vgl. generell zu den Standardmotiven und Topoi populärer Agitation Christian Meier, *Populares*, in: RE Suppl. 10 (1965) 549–615, hier 593–599; Jean-Michel David, „Eloquentia popularis“ et conduites symboliques des orateurs de la fin de la République: problèmes d’efficacité, in: QS 12 (1980) 171–198; Nicola Mackie, *Popularis* Ideology and Popular Politics at Rome in the First Century B.C., in: RhM 135 (1992) 49–73, sowie zum Begriff *popularis* in der politischen Sprache neuerdings M.A. Robb, *Beyond Populares and Optimates*. Political Language in the Late Republic (Stuttgart 2010), mit weiteren Nachweisen.

³⁸ Vgl. auch Connolly, *The State of Speech* (wie Anm. 7) 42ff., 47ff. u. ö.; John Dugan, *Rhetoric and the Roman Republic*, in: Erik Gunderson (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Ancient Rhetoric* (Cambridge 2009) 178–193, hier 179ff.

³⁹ Liv. 44, 22, 1–15, hier 3 und 6ff.; vgl. Polyb. 29, 1, 1ff.; Plut. Aem. 11, 1ff.

mung mit dem Beistand der Götter, und was die Väter für richtig befunden haben, beschließt ihr.“ Natürlich verlief die Abstimmung dann wunschgemäß⁴⁰.

Für Cicero war es später selbstverständlich, dass der größte Teil einer Rede oft in der Ermahnung (*cohortatio*) der Bürgerschaft bestehen müsse – um die Leidenenschaften der Menge zu steuern, ihre Unbesonnenheit, Wut, Ungerechtigkeit, Gehässigkeit und Grausamkeit zu bändigen. Dazu brauchte es für ihn zuweilen eben auch den Tadel, auf *auctoritas* gestützt, oder zumindest die Mahnung als mildere Form des Tadels⁴¹. In der guten alten Zeit hätten schon die *auctoritas* und die *oratio* des *bonus civis* ausgereicht, um „den Händen wütender Bürger die Waffen zu entwinden“ – wie im Falle des M. Popillius Laenas, Consul 357 und *flamen Carmentalis*, der allein durch sein Erscheinen im Priesterornat und durch die Kombination von *auctoritas* und *eloquentia* einen Aufruhr der empörten *plebs* in einer *contio* beendet habe⁴².

Bezeichnenderweise werden immer wieder derartige strenge Ermahnungen an die Adresse der Bürgerschaft als hervorragende Beispiele einer traditionellen, für die *maiores* und ihre *auctoritas* und *gravitas* typische Art der Anrede des *populus* in der *contio* zitiert – wie die *gravissima oratio* des C. Marcius Rutilus Censorinus über seine bereits erfolgte, aber gegen das Herkommen verstößende und daher unstatthafte Wahl zu einer zweiten Censur⁴³. Auch Scipio Aemilianus soll sich als Censor im Jahre 142 durch eine *aut in curia aut in contione* demonstrierte *gravitas* hervorgetan haben, wenn er in einer Rede an das Volk zwei alte *exempla* besonderer censorischer *severitas* zitierte, und zwar ausdrücklich *cum ad maiorum mores populum hortaretur*⁴⁴. Und der ältere Cato soll ja bekanntlich des öfteren in der Pose des strengen Mahners vor das Volk getreten sein – jedenfalls galt er später dafür als *exemplum*⁴⁵. All dies wird paradigmatisch deutlich in dem scharfen Verweis des P. Cornelius Scipio Nasica, Consul 138, der in einer *contio* ganz unverblümt einer offensichtlich populären Verteilung verbilligten Getreides widersprach:

⁴⁰ Liv. 31, 5, 1–8, 1 passim (der Vorgang insgesamt – s. dazu Rachel Feig Vishnia, The Refusal of the Centuriate Assembly to Declare War on Macedon [200BC] – A Reappraisal, in: SCI 17 [1998] 34–44) 7, 2–7, 15 (Rede des Consuls) mit dem Zitat (7, 14): *Ite in suffragium bene iuvantibus diviis et quae patres censuerunt, vos iubete*. Vgl. Flaig, Ritualisierte Politik (wie Anm. 17) 181 ff.; 186 ff., Connolly, The State of Speech (wie Anm. 7) 56 ff.

⁴¹ De orat. 2, 337: ... *quia ... maximi motus multitudinis (est), ..., maximaque pars orationis ad-movenda est ad animorum motus non numquam aut cohortatione aut commemoratione aliqua aut in spem aut in metum aut ad cupiditatem aut ad gloriam concitandos, saepe etiam a temeritate, iracundia, spe, iniuria, invidia, crudelitate revocandos*. Vgl. auch 2, 50; Muren. 24 und dazu Laser, Populo et scaenae serviendum est (wie Anm. 6) 149 ff., 174 ff.; Martin Jebbe, Blaming the people in front of the people: restraint and outbursts of orators in roman contiones, in: Smith, Covino (Hrsg.), Praise and Blame (wie Anm. 6) 111–125.

⁴² Cic. Brutus 7 und 56.

⁴³ ORF⁴ 2 frg. 1 (= Val. Max. 4, 1, 3). Vgl. zum Begriff *gravitas* etwa Lind, The Tradition of the Roman Moral Conservatism (wie Anm. 29) 34–38.

⁴⁴ ORF⁴ 21 frg. 13 (= Gell. 4, 20, 1–10, Zitat 10); vgl. Gell. 5, 19, 15; Val. Max. 6, 4, 2 und dazu Alan E. Astin, Scipio Aemilianus (Oxford 1967) 116–119 und 253–257, mit weiteren Nachweisen.

⁴⁵ S. etwa nur ORF⁴ 8 frgg. 145 und 254 (= Plut. Cato m. 8, 1 f.); Dicta 3, 6 ff. und 37 Jordan (= Plut. Cato m. 8, 3 ff.; 16, 6 f.); Liv. 34, 1, 7; 5, 6.

„Schweigt gefälligst, Quiriten, ich weiß besser als ihr, was für die *res publica* nützlich ist.“⁴⁶ So und nicht anders kann sich nämlich nur der unstrittig gültige Grundsatz umsetzen, der selbst ein vielfältig verwendbares rhetorisches Versatzstück gewesen sein könnte: Danach sei die Pflicht (*officium*) des Senats, durch Rat der Bürgerschaft beizustehen, die Pflicht der Magistrate, „in Tätigkeit und umsichtiger Sorgfalt“ den Willen des Senats zu vollziehen – und die Pflicht und das Recht des Volkes sei es eben, durch seine Stimmabgabe die besten Maßnahmen zu billigen und die geeignetsten Männer auszuwählen⁴⁷.

* * *

Dieser Gemeinplatz, der ja tatsächlich in vielen Varianten und in den unterschiedlichsten Kontexten immer wieder gern verwendet wurde, aber auch die erwähnten Formeln der Anrede, die Topoi der Belehrung und Ermahnung und vor allem die Ausdrucksweisen der Orientierung auf *populus* und *res publica* haben einen gemeinsamen Nenner: Jenseits aller Distanz durch überlegene Einsicht und *auctoritas* wird ein breiter, alle Beteiligten einschließender Grundkonsens implizit vorausgesetzt und zugleich immer wieder beschworen und aufs Neue postuliert⁴⁸ – und das gilt eben nicht nur für die „Scheinwirklichkeit der popularen Agitation“ und das in dieser spezifischen Rhetorik regelmäßig beschworene „Bild einer allgemeinen Solidarität“ mit und in der *plebs*⁴⁹. Selbst der aristokratisch-hochmütige Scipio Nasica appelliert ja zumindest indirekt an eine als selbstverständlich geltende Gemeinsamkeit der Orientierung auf die (Nützlichkeit für die) *res publica*.

Aber da gibt es eine genau markierte Grenze: Von der *dissuasio* des Scipio Aemilianus gegen die *rogatio Papiria de tribunis plebis reficiendis* heißt es, dass diese *oratio* in ihrer ganzen *gravitas* und *maiestas* sich so angehört habe, als sei der *orator* der Führer des *populus Romanus* und nicht ein Mitbürger und *privatus*. Bei dieser Gelegenheit soll der erwähnte Scipio Aemilianus mit seiner demonstrativen Herablassung gegenüber der Menge in der *contio* allerdings zu weit gegangen sein, als er der lärmenden Zuhörerschaft zurief, dass sie schweigen solle – sie, für die Italien nicht einmal die Mutter, sondern nur die Stiefmutter sei⁵⁰. Hier wurde also

⁴⁶ ORF⁴ 38 frg. 3 (= Val. Max. 3, 7, 3): *tacete, quaeso, Quirites, ... plus ego quam vos quid rei publicae expediat intellego*.

⁴⁷ Rhet. ad Her. 4, 47: *Senatus est officium consilio civitatem iuvare; magistratus est officium opera et diligentia consequi senatus voluntatem; populi est officium res optumas et homines idoneos maxime suis sententiis deligere et probare*.

⁴⁸ S. etwa Cic. leg. agr. 2; 17; 19; 23; 88; 102; Cat. 2, 27; 3, 4; 21; Rab. perd. 2f.; red. ad pop. 1; 16f. und passim; Phil. 4, 6f.; 9f.; 12f.; 15; vgl. auch Sest. 104; 137ff.; Phil. 6, 2; 5; 18.

⁴⁹ Meier, Populares (wie Anm. 37) 596.

⁵⁰ ORF⁴ 21 frg. 28 (= Cic. Lael. 96) und 29 (= Liv. Per. 59); Val. Max. 6, 2, 3; Vell. Pat. 2, 4, 4; Plut. Ti. Gracc. 21, 8; mor. 201E (Scipionis apophth. 22); vir ill. 58, 8, und dazu Astin, Scipio Aemilianus (wie Anm. 44) 232–235 und 264–266, mit weiteren Belegen. Vgl. dazu allgemein Cic. de orat. 2, 339: *Et cum sint populares multi varique lapsus, vitanda est acclamatio adversa populi, quae aut orationis peccato aliquo excitatur, si aspere, si arroganter, si turpiter, si sordide, si quo animo vitio dictum esse aliquid videtur, ...*

die Rhetorik der *auctoritas*, welche die steile Asymmetrie des überlegenen ‚Ich‘ gegenüber dem ‚Ihr‘ betonte, nicht nur zur Rhetorik der *exhortatio*, *admonitio* und *vituperatio* gesteigert – das wäre ja durchaus noch im Rahmen der spezifischen Konsensfassade geblieben, die diese Asymmetrien ja als Teil eines größeren, höheren Ganzen einschloss. Hier schlug die Rhetorik der Überlegenheit in eine andere Qualität um, nämlich in eine Rhetorik der Exklusion der anwesenden Adressaten, denen die Partizipation am ‚Römischsein‘ rhetorisch aberkannt wird – und das ist ein schwerer Verstoß gegen die *concordia*-Fassade.

Anders und allgemein formuliert: Der direkte und indirekte, explizite und implizite rhetorische Rekurs auf diesen Grundkonsens zwischen *orator* und *Quirites* in der *contio*, zwischen Senat, Magistraten und Bürgerschaft, *nobiles* und *plebs* dient der permanenten (Re-)Konstruktion einer umfassenden „imagined community“ des *populus Romanus*, die das wesentliche, ja strukturell unverzichtbare ideologisch-legitimatorische Fundament der sozialen und politischen Ordnung und ihrer Stabilität bildet⁵¹.

Diese verlässlichen Gemeinsamkeiten und das selbstverständliche Teilen von Überzeugungen werden zunächst dadurch beschworen, dass das ‚Ich‘ des *orator* und das ‚Ihr‘ der Adressaten immer wieder zum gemeinschaftsbetonenden ‚Wir‘ zusammengezogen werden. So redet der Consul Cicero in seiner ersten Volksrede gegen die Catilinarier wie üblich von seinen eigenen *consilia*, *labores*, *pericula* bei der Abwehr der tödlichen Gefahr, die der *res publica*, „euer aller Leib und Leben, Hab und Gut, Frauen und Kindern“, der „höchst glücklichen und reichen Stadt“ und dem „Sitz des herrlichen Reiches“ von Seiten des „tolldreisten“ Catilina und seiner „ausschweifenden Gesellen“, „Meuchelmördern, Halsabschneidern und Kriminellen aller Art“ drohe – diese Rhetorik der Exklusion von ‚Anderen‘, Feinden, Fremden, jedenfalls Abwesenden verstärkt die Konsensfiktion des ‚Wir‘. Dann wendet er sich an die Quiriten und spricht von „euren“ reichen Mitteln, Ausrüstungen und Heeren und wechselt schließlich zum „wir“, um ausführlich aufzuzählen, was Catilina in seiner „Armseligkeit“ und „Dürftigkeit“ nicht habe, „uns“ jedoch in reichem Maße zur Verfügung stehe, nämlich ein Senat, die Ritterschaft, die Stadt, Schätze, Einkünfte, ganz Italien und alle Provinzen – und danach nimmt er als Höhepunkt für diese, „unsere“ Seite alle nur denkbaren römischen Tugenden in Anspruch wie *pudor* und *pudicitia*, *fides*, *pietas*, *constantia*, *honestas*, *continentia*, *aequitas*, *temperantia*, *prudentia* und *fortitudo*⁵².

Auch sonst ist allenthalben von „unserem“ *imperium* und „unseren“ *socii*, „unseren“ *imperatores* und Legionen die Rede und natürlich auch von „unserer“ Größe und „unserer“ Überlegenheit⁵³. Damit wird auf einen Grundkonsens ver-

⁵¹ Vgl. zum Konzept der „imagined community“ Dugan, Rhetoric (wie Anm. 38) 180f. im Anschluss an Thomas N. Habinek, The Politics of Latin Literature. Writing, Identity, and Empire in Ancient Rome (Princeton 1998) 44f.

⁵² Cic. Cat. 2, 7; 14; 24f., vgl. 10; 13; 22 und passim; 3, 1 u. ö.

⁵³ S. etwa Cato ORF⁴ 8 frgg. 34, 37 und 38; Cic. imp. Cn. Pomp. 8; 21; 23ff.; 30; 37f.; 43; 46; 48; 55; 65 u. ö.

wiesen, der nicht nur auf dem breiten Fundament der *leges*, des *ius civile* und der Institutionen der Bürgerschaft mit ihren Unterteilungen nach Ständen und Altersklassen, der gesamten *mores* und der hergebrachten Lebensweise der Bürger beruhte, deren intime Kenntnis nach Cicero für jeden Redner unerlässlich war⁵⁴. Darüber hinaus scheint überall in den Reden selbst eine feste, nicht zur Disposition stehende Gemeinsamkeit geltender Grundüberzeugungen, Sichtweisen, Werte und Verhaltensnormen durch. Die Basis dieser Gemeinsamkeiten ist die nie angezweifelte Größe der *res publica* und des Imperium Romanum, die Weisheit ihrer Gesetze und Institutionen mit ihrer beispiellosen Kombination von Macht und Freiheit, von Consulat und Volkstribunat, mächtigem *imperium* und *provocatio* als *praesidium libertatis*, *auctoritas* des Senats und *maiestas* des *populus*, der allein und souverän über alles abzustimmen, alle *potestates*, *imperia* und *curationes* und natürlich alle *honores* zu vergeben hat⁵⁵. Selbstverständlich vorausgesetzt wurde ferner die Überzeugung von der Überlegenheit des *populus Romanus* insgesamt gegenüber allen anderen Völkern, die auf dem Willen der Götter beruhte und daher die römische Herrschaft moralisch richtig und historisch notwendig erscheinen ließ⁵⁶. Außerdem war man sich sicher, dass die Größe Roms auf einer ganzen Palette von Tugenden, positiven Eigenschaften und kollektiven Charakterzügen des *populus Romanus* beruhte: Dazu gehörte der Kanon der genannten *virtutes*, die Cicero einfach aufzählen kann, weil die Begriffe und ihre Inhalte seinen Zuhörern allesamt bekannt sind, sowie Disziplin, Entsagung und Unterordnung unter das Wohl des Ganzen. In diesem Sinne galt auch der erwähnte individuelle Ehrgeiz, im Dienst an der *res publica* immer und überall der Beste zu sein, als legitimer Bestandteil dieses Kanons. Und mithin waren schließlich die damit verschränkten Ambitionen auf Rang und Ansehen, Ämter und Ehren eingeschlossen: Durch die ausschließliche Orientierung an der *res publica* galten Selbstlosigkeit und Ehrgeiz sogar als sich gegenseitig bedingend.

Nicht zuletzt deswegen gehörte auch zu diesem Konsens, dass es beim Streben nach *honores*, *dignitas* und *gloria* als *praemia virtutis* Unterschiede gebe und von Natur aus geben müsse. Für Cicero war es nicht nur selbstverständlich, dass „die Besten an *virtus* und Gesinnung die Schwächeren“ zu führen hätten, sondern dass diese auch den Besten gehorchen wollen – und genauso naturgegeben sei es daher, dass den Besten und den Niedrigsten nicht die gleiche Ehre zustehen könne und es niemals eine allgemeine Gleichheit ohne klare Abstufungen nach Rang und Ansehen geben dürfe, die ungerecht und auf andere Weise letztlich ungleich sei⁵⁷. Das meinte auch schon der *homo novus* Cato mit seinem bekannten Dictum über

⁵⁴ De orat. 1, 48; 58ff.; 68f.; 159; 165; 223; 2, 67f.; 3, 76 u. ö.

⁵⁵ Cic. imp. Cn. Pomp. 2; 27; 46; 58; 63; 64; leg. agr. 2, 2; 4; 7; 16f.; 19; 23; 26f.; 32; 58; 71; 101ff. red. ad pop. 4; 16; 25; vgl. etwa auch Cic. Sest. 137; dom. 33; 88f.; 118; har. resp. 11; 13; Balb. 35f.

⁵⁶ Cic. leg. agr. 2, 22; Cat. 2, 11; 19; 29; 3, 26; Rab. perd. 33; Phil. 4, 13ff.; 6, 12; 19; vgl. außerdem etwa Cic. Verr. 2, 4, 81; imp. Cn. Pomp. 6f.; 41; 53ff.; Muren. 22; har. resp. 19; dom. 89ff.; Phil. 10, 20; Sall. hist. frg. 1, 55 (or. Lepidi ad pop. 1; 11).

⁵⁷ Cic. rep. 1, 51; 53 und 43.

die Ungleichheit des Erreichbaren und der daraus folgenden Ansprüche auf *gloria* und *honos*, und ebenso, bereits ein Jahrhundert zuvor, der eigenwillige Patrizier Ap. Claudius Caecus, als er den klassischen Satz formulierte, dass ein jeder seines eigenen Glückes Schmied sei – und auf das Gleiche spielte auch der bereits erwähnte Consular und berühmte Redner M. Antonius an, der nach Cicero für sich in Anspruch nehmen konnte, „an *libertas* allen anderen gleich, an *dignitas* aber der Erste“ gewesen zu sein⁵⁸.

* * *

Auch in der direkten Interaktion mit dem *populus Romanus*, auf der Bühne der *contiones*, wurde diese Seite des Konsenses zugleich vorausgesetzt und immer wieder beschworen und erneuert, wenn Redner von Rang und Namen, mit der *auctoritas* des amtierenden Consuls, des siegreichen Feldherrn oder des gestrengen Censors, des erfahrenen, hochgeehrten Consulars oder des anerkannten *princeps senatus* für sich selbst und ihre Sache oder auch für ihresgleichen Gehorsam, Zustimmung oder Reverenz von der anwesenden Bürgerschaft einforderten. Auf unnachahmlich knappe Art und Weise soll das der berühmt-berüchtigte M. Aemilius Scaurus getan haben, der einerseits als Consul 115, Censor 109 und *princeps senatus* als so einflussreich galt, dass er mit einem bloßen „Kopfnicken den Erdkreis“ beherrschen konnte, und andererseits als arroganter *homo nobilis*, geld- und machtgieriger Intrigant verschrien war⁵⁹: Als er von einem Volkstribun hochverräterischer Machenschaften bezichtigt wurde, habe er sich an das Volk gewandt und (dabei durch Verzerrung von dessen Namen auf die nichtrömische Herkunft des Anklägers anspielend) ebenso einfach wie herablassend gefragt: „Q. Varius Hispanus“ (statt Hybrida) „beschuldige den *princeps senatus* M. Scaurus; der *princeps senatus* M. Scaurus bestreite das; einen Zeugen gebe es nicht – *utri vos, Quirites, convenit credere*?“ Damit war die Sache offenbar schon erledigt⁶⁰.

Nur auf der verwurzelten und allgemein geteilten Akzeptanz einer natürlichen Ungleichheit und allgegenwärtiger Hierarchien konnte auch die Rhetorik der Belehrung und des scharfen Tadels zum festen Bestandteil der Dramaturgie des Umgangs zwischen Elite und *populus* werden – auch dies belegen die bereits erwähnten Reden des Consuls Sulpicius Galba zum Krieg gegen Makedonien und des Aemilius Paullus vor seinem Abmarsch. Und der eigentliche Höhepunkt des denkwürdigen Plädoyers, das der alte Consular, Augur und ehemalige *magister equitum* M. Servilius Geminus gegen die drohende Verweigerung des Triumphes für Aemilius Paullus im Jahre 167 hielt und das gerade wegen der Schärfe des Tadels an die Adresse der anwesenden Bürger und Soldaten als exemplarisch galt,

⁵⁸ Cato ORF⁴ 8 frg. 252 (= Fest. 408 Lindsay s. v. struere): *iure, lege, libertate, re publica communiter oportet: gloria atque honore, quomodo sibi quisque struxit*; Sall. epist. 1, 1; Cic. Phil. 1, 34.

⁵⁹ Cic. Font. 24; Sest. 101 und dagegen Sall. Iug. 15, 4.

⁶⁰ M. Aemilius Scaurus ORF⁴ 43 frg. 11 (= Ascon. in Scaur. 3, p. 25 Stangl); vgl. Val. Max. 3, 7, 8; Quint. inst. 5, 12, 10; vir. ill. 72, 11. Vgl. dazu Jehne, Rednertätigkeit (wie Anm. 23) 167–170.

bestand darin, dass Servilius seine zahlreichen Wunden zeigte – nachdem er sich an einzelne Anwesende gewandt und sie stellvertretend für den *populus* angeherrscht hatte, gefälligst auf das zu hören, was der Senat zuvor über den *imperator* Paullus beschlossen hatte, und auf das, was er als Veteran vieler Kriege und als *domi militiaeque* gleichermaßen erfolgreicher *princeps* jetzt noch sagen wollte⁶¹.

Auch die Berichte erfolgreicher Feldherren an das Volk in *contiones* anlässlich ihres Triumphes appellierten an den Konsens über Rang und Vorrang nach Verdienst, Erfolg und Ehren. Und nicht einmal die Rhetorik der Fürsorge für das Wohl des Volkes, der Umsicht und Wachsamkeit des Consuls angesichts drohender Gefahren, wie sie etwa in Ciceros *Catilinaria* vorliegt, ist ohne die Voraussetzung der Ungleichheit an Weitblick und Verantwortung für das Ganze denkbar. Mit einem Wort: Gleich in mehrfacher Hinsicht war das Gefälle zwischen politischer Klasse und *populus* – oder genauer: die Asymmetrie ihres Aufeinanderbezogenseins – selbst ein Teil des allgemeinen Grundkonsenses, weil Überlegenheit an Wissen, Können, Verdiensten, *auctoritas* und *dignitas* einerseits und Unterordnung, Gehorsam, selbstverständliche Folgsamkeit und Respekt andererseits moralisch, historisch und durch die bewährte Praxis vieler Generationen als festes Fundament der gemeinsamen Größe erscheinen konnten.

* * *

Jede Rede enthält eine Vielzahl von Zitaten, Verweisen und Anspielungen auf diesen Vorrat an Hintergrundgewissheiten – und das gilt, wenn auch in wechselnden Kombinationen, unterschiedlichen Graden der Direktheit und Dichte, für die feierliche Leichenrede ebenso wie für *suasio* und *dissuasio* in kontroverser Debatte und sogar die persönliche Polemik vor Gericht. Dabei mag sich die *laudatio funebris* praktisch vollständig und rückstandslos aus Formeln, Begriffen und festen Versatzstücken aus diesem Bestand zusammensetzen – einschließlich erfundener Triumphe, Consulate und Genealogien, wie Cicero so polemisch bemerkte⁶². In der Elite mochte das zwar als anmaßend und anrühlig gelten – was aber selbst berühmte Familien mit großer Tradition nicht daran gehindert zu haben scheint, bei den entsprechenden Gelegenheiten da etwas großzügig zu ergänzen. Zwischen dem *orator* einer *laudatio* und den ehrfürchtig lauschenden Adressaten kam es auf die genaue historische ‚Wahrheit‘ ohnehin gar nicht so sehr an, sondern zunächst auf die Einordnung und Verankerung des zu ehrenden Toten, des Redners, seiner Familie und auch aller anderen Anwesenden in den moralisch-metahistorischen Gesamtzusammenhang der Geschichte der *res publica* und des Anteils der eigenen *maiores* an der Akkumulation der gegenwärtigen Größe.

⁶¹ Liv. 45, 39, 15–20, vgl. 37, 1–39, 16 passim. S. dazu Hölkeskamp, *Oratoris maxima scaena* (wie Anm. 6) 249f., mit weiteren Nachweisen; Miriam Pelikan Pittenger, *Contested Triumphs. Politics, Pageantry, and Performance in Livy's Republican Rome* (Berkeley u. a. 2008) 246–274, sowie zur komplexen Symbolik dieses Aktes Flaig, *Ritualisierte Politik* (wie Anm. 17) 123–136.

⁶² Brutus 62. Vgl. dazu Walter, *Memoria* und *res publica* (wie Anm. 19) 105f.

Aber auch in allen anderen Sparten der öffentlichen Rede ist in allen nur denkbaren Zusammenhängen von den Vorfahren allgemein, vor allem wiederum von „euren“ und von „unseren“ *maiores* die Rede⁶³ – und zwar auf ähnliche Art und Weise, wie der *orator* der *laudatio funebris* von seinen eigenen Vorfahren und ihren Taten, Tugenden und *honores apud vos* zu sprechen pflegte. Die *maiores* sind ja als Begründer der Größe Roms, als legendäre Feldherren, strenge Befehlshaber, weise Senatoren, Urheber wichtiger Gesetze und vor allem Stifter des *mos maiorum* die maßstabsetzenden Vorbilder für das richtige Handeln für die *res publica*, denen die erreichte Macht Roms historisch und moralisch glanzvoll Recht gegeben hat⁶⁴. Damit werden die *maiores* automatisch zu den historischen Stiftern und dauerhaften Garanten des allgemeinen Grundkonsenses mitsamt der darin beschlossenen kollektiven Tugenden – und deswegen können sie auch in allen möglichen Kontexten als Ikonen und Symbole für die verschiedensten Gewissheiten argumentativ angeführt oder pathetisch angerufen werden. Denn die *maiores* sind die Lieferanten der *exempla virtutis* – jener Beispiele, Begebenheiten, Legenden und Anekdoten, die die *virtus* und die ihr verwandten Werte wie *fortitudo* und *gravitas*, *pietas* und *constantia* illustrieren⁶⁵. Im Wortsinne exemplifizieren sie die vorbildliche, d. h. selbstlose und opferbereite, zuweilen auch erbarmungslose Umsetzung dieser Werte und Normen im Interesse der *res publica*. Damit definieren solche *exempla* die darauf beruhenden Maßstäbe und Verhaltensnormen des Leistungsethos, indem sie die Grenzen dessen markieren, was man überhaupt, ohne Ansehen der eigenen oder irgendeiner anderen Person, für die *res publica* zu tun bereit sein kann – in jenen Ausnahmesituationen, die ein exemplarisches Verhalten

⁶³ S. nur Cic. imp. Cn. Pomp. 6; 11f.; 60; leg. agr. 2, 9; 16; 21; 69; Rab. perd. 15; 34; Phil 4, 13ff.; vgl. Sall. Iug. 31, 17; hist. 3, 48 (oratio Macri ad plebem) 15 (*maiores vestri* o.Ä.); Cato ORF⁴ 8 frg. 238 (= Cic. off. 3, 104); Scipio Aemilianus ORF⁴ 21 frg. 30 (= Macr. Sat. 3, 14, 6–7); Cic. imp. Cn. Pomp. 11; 14; 39; 55; 60; leg. agr. 2, 9; 18; 48f.; 81; 87ff.; 91; 95; Cat. 2, 27; Rab. perd. 2; 10; Sest. 137 (*maiores nostri* etc.).

⁶⁴ Vgl. dazu Hölkeskamp, *Exempla* und *mos maiorum* (wie Anm. 19) 183–187 und passim, sowie Lind, Tradition (wie Anm. 29) 48–56, und jetzt insbesondere Wolfgang Blösel, Die Geschichte des Begriffs *mos maiorum* von den Anfängen bis zu Cicero, in: Bernhard Linke, Michael Stemmler (Hrsg.), *Mos maiorum*. Untersuchungen zu den Formen der Identitätsstiftung und Stabilisierung in der römischen Republik (Stuttgart 2000) 25–97; Bücher, Verargumentierte Geschichte (wie Anm. 6) 162–173 u. ö.; Andrew Wallace-Hadrill, Rome's Cultural Revolution (Cambridge 2008) 213–231; van der Blom, Cicero's Role Models (wie Anm. 7) 12–25 und passim.

⁶⁵ Rhet. ad Her. 4, 62: *exemplum est alicuius facti aut dicti praeteriti cum certi auctoris nomine propositio*; vgl. 3, 4 und 4, 5: S. dazu Michael Stemmler, *Auctoritas exempli*. Zur Wechselwirkung von kanonisierten Vergangenheitsbildern und gesellschaftlicher Gegenwart in der spätrepublikanischen Rhetorik, in: Linke, Stemmler (Hrsg.), *Mos maiorum* (wie Anm. 64) 141–205, hier 150–158, sowie allgemein Hölkeskamp, *Exempla* und *mos maiorum* (wie Anm. 19) 180–183 und passim, sowie bereits Lind, Tradition (wie Anm. 29) 11–15 und jetzt Matthew Roller, Exemplarity in Roman Culture: The Cases of Horatius Cocles and Cloelia, in: CPh 99 (2004) 1–56; ders., The exemplary past in Roman historiography and culture, in: Andrew Feldherr (Hrsg.), The Cambridge Companion to the Roman Historians (Cambridge 2009) 214–230; Walter, *Memoria* und *res publica* (wie Anm. 19) 51–70; 374–407; Teresa Morgan, Popular Morality in the Early Roman Empire (Cambridge 2007) 122–159; van der Blom, Cicero's Role Models (wie Anm. 7) 65–103 u. ö.

erst ermöglichen und zugleich erfordern. Damit eignen sich *exempla* bestens zum Vergleich und zur Bekräftigung, zum Verweis auf persönliche Opfer, die eigene Selbstlosigkeit – und vor allem zu der schon erwähnten Ermahnung (*cohortatio*) wie zu dem anderen wichtigen Bestandteil der Volksrede, der Erinnerung (*commemoratio*): Schon allein durch ihr Alter genießen sie nämlich Autorität – und durch die daraus resultierende überlegene Neutralität sind sie auch dem Vorwurf der Gehässigkeit und Begünstigung entzogen.

Vor allem können *exempla* mehr als alle anderen Versatzstücke öffentlicher Rede auf ein gemeinsames, von *orator* und Adressaten geteiltes festes historisches Wissen verweisen, das als kostbares und unverlierbares kollektives Erbe des *populus Romanus* gilt und den allgemein akzeptierten Kodex der kollektiven Moral speist. Daher muss der Redner natürlich *exempla* „in Hülle und Fülle“ kennen – und zwar nicht nur diejenigen, die „in historischen Werken aufgezeichnet“ sind, und diejenigen, die „mündlich, gleichsam von Hand zu Hand“ weitergegeben werden, sondern auch die von berühmten Dichtern erfundenen⁶⁶. Aus diesem Vorrat brauchte der *orator* dann nur noch einen Namen – oder gleich eine ganze Serie – zu nennen, um eine Tat, eine Tugend, ein Opfer für die *res publica* zu evokieren: So stand der Name des L. Iunius Brutus für den Sturz des Königtums und die Begründung der *libera res publica* genauso wie für die unerbittliche Strenge des Consuls, der das Staatsinteresse über persönliche Rücksichten stellt und seine Söhne als Verräter an der Republik hinrichten lässt – eine *severitas*, die auch durch den Namen des Manlius Torquatus signalisiert wurde⁶⁷. Die Tragödie des Atilius Regulus war das gängige *exemplum* der unverbrüchlichen Treue zu einmal eingegangenen Verpflichtungen, mithin eine Illustration der *fides Romana*, und die *devotiones* der Decii waren das wichtigste Beispiel der absoluten persönlichen Opferbereitschaft und Hingabe an die *res publica*⁶⁸. Für andere Werte – wie etwa *sapientia* und *temperantia in publicis privatisque, forensibus domesticisque rebus* –

⁶⁶ Quint. inst. 12, 4, 1, vgl. Rhet. ad Her. 4, 7. S. dazu die grundlegenden Studien von *Bücher*, Verargumentierte Geschichte (wie Anm. 6) passim, und *Stemmler*, *Auctoritas exempli* (wie Anm. 65) passim; *ders.*, Institutionalisierte Geschichte. Zur Stabilisierungsleistung und Symbolizität historischer Beispiele in der Redekultur der römischen Republik, in: *Gert Melville* (Hrsg.), Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart (Köln u. a. 2001) 219–240, sowie jetzt (nicht nur) zu Ciceros rhetorischem Umgang mit *exempla* außerdem *Horsfall*, *Culture* (wie Anm. 9) 88–92, 94f.; *van der Blom*, *Cicero's Role Models* (wie Anm. 7) 18–25 und passim; *dies.*, Historical *exempla* as tools of praise and blame in Ciceronian oratory, in: *Smith*, *Covino* (Hrsg.), *Praise and Blame* (wie Anm. 6) 49–67.

⁶⁷ z. B. Cic. Phil. 1, 13; 2, 26; 114; 4, 7; 10; 14 (Brutus); Cic. Sulla 32; fin. 1, 23; 34f.; off. 3, 112 (Manlius Torquatus); vgl. *Bücher*, Verargumentierte Geschichte (wie Anm. 6) 315f., 321f.

⁶⁸ Cic. Pis. 43; Sest. 127; Phil. 11, 9, vgl. off. 3, 99–101 (Regulus als *exemplum* – vgl. dazu *Pirmin Blättler*, Studien zur Regulusgeschichte [Diss. Freiburg, Schweiz 1945] 59–63 u. ö.; *Bruno Bleckmann*, Regulus bei Naevius: Zu Frg. 50 und 51 *Blänsdorf*, in: *Philologus* 142/1 [1998] 61–70, bes. 66); Cic. Rab. Post. 2; Sest. 48; dom. 64 und schließlich die sarkastische Wendung Phil. 13, 27; vgl. Rhet. ad Her. 4, 57; Cic. fin. 2, 61 (Decii). Vgl. dazu *Bücher*, Verargumentierte Geschichte (wie Anm. 6) 199 bzw. 185–189.

standen die Namen des C. Laelius und des älteren Cato⁶⁹. L. Quinctius Cincinnatus und Furius Camillus, Dictatoren und Retter des Staates in höchster Not, galten ebenso wie die erfolgreichen Feldherren, Consuln und Censoren C. Fabricius und M'. Curius Dentatus geradezu als Inkarnationen der *maiores* überhaupt und standen für ein bürgerliches Lebensideal, Frugalität, für die Abneigung gegen Luxus und persönlichen Reichtum, für Unbestechlichkeit und die selbstlose Fixierung auf den Dienst für die *res publica* – anscheinend führte man die *exempla* der *Bruti*, *Camilli*, *Ahalae*, *Decii*, *Curii*, *Fabricii*, *Maximi*, *Scipiones*, *Lentuli*, *Aemilii* und „unzählige andere, die diese *res publica* fest gegründet haben“ und die daher sogar auf eine Stufe mit „den unsterblichen Göttern“ gehörten, so oft im Munde, dass Cicero (ausnahmsweise sogar selbstkritisch) in Reden auch einmal andere Namen nennen will, „damit wir nicht immer nur von Männern wie Curius und Fabricius sprechen“⁷⁰. Und sogar noch die *seditiones* der Ständekämpfe lassen sich – wie etwa von dem bereits erwähnten, keineswegs popularen M. Antonius – für die Weisheit der *maiores* reklamieren und als *exempla* der besonderen Art in einer Verteidigungsrede für einen ehemaligen Volkstribunen verwenden: Ohne diese Unruhen der *plebs* seien „weder die Vertreibung der Könige aus diesem Staat, noch die Einrichtung des Volkstribunats, noch die Beschränkung der consularischen Gewalt durch so viele Plebiscite, noch die Provocation, jene Schirmherrin der Bürgerschaft und Retterin der Freiheit“ möglich gewesen⁷¹.

Gerade solche *exempla*, erbauliche Legenden und Anekdoten, die Vielschichtigkeit ihrer Bedeutungen und die Häufigkeit ihrer Verwendung verraten viel über gemeinsame Überzeugungen und Sichtweisen von Redner und Publikum – und über die Wahrnehmungen, gegenseitigen Erwartungen und ‚Erwartungserwartungen‘: Sie sind Teil des Repertoires des *orator*, und sie müssen es sein, weil sie einer immer und überall erwarteten historisch-moralischen Einordnung und Sinnstiftung dienen. Deswegen konnte sich der Redner umgekehrt auch jederzeit des Verständnisses und der Zustimmung seiner römischen Zuhörerschaft sicher sein – anders gesagt, er durfte sich durchaus darauf verlassen, wie *Nicholas Horsfall* es treffend formuliert hat, „that the plebs Romana looked rather further than bread

⁶⁹ Cic. leg. agr. 2, 64, vgl. div. in Caec. 66; Verr. 2, 5, 180; Planc. 20; Arch. poet. 16, sowie Rhet. ad Her. 4, 19; Cic. Brut. 84 (Laelius).

⁷⁰ Cic. Sest. 143 bzw. parad. 50; imp. Cn. Pomp. 47; leg. agr. 2, 64; Cael. 39; Planc. 60; vgl. auch Verr. 2, 3, 209; 5, 14; 25; Arch. poet. 22; red. ad pop. 6; 9; 11; Muren. 17; Phil. 5, 48; parad. 12; 48; off. 1, 61. Vgl. zu den typischen „*exempla*-Ketten“ *Bücher*, Verargumentierte Geschichte (wie Anm. 6) 159f., 217f. u. ö. mit weiteren Nachweisen. Vgl. zur ‚Konstruktion‘ dieser Figuren generell die einschlägigen Beiträge in *Marianne Coudry, Thomas Späth* (Hrsg.), *L'invention des grands hommes de la Rome antique. Die Konstruktion der großen Männer Altroms* (Paris 2001); *Walter, Memoria und res publica* (wie Anm. 19) 374–407.

⁷¹ ORF⁴ 65 frg. 24 (= Cic. de orat. 2, 199): ... *neque reges ex hac civitate exigi neque tribunos plebis creari neque plebiscitis totiens consularem potestatem minui neque provocationem, patronam illam civitatis ac vindicem libertatis, populo Romano dari sine nobilium dissensione potuisse; ac, si illae seditiones saluti huic civitati fuissent* etc.; vgl. de orat. 2, 124; leg. agr. 2, 15. S. etwa auch Sall. Iug. 31, 17; hist. frg. 3, 48 (or. Macri) 1; 12, 15.

and circuses, bed, booze, and bawdy“⁷². Denn jenseits von Rhetorik und Ritualen wie der *pompa funebris* sorgte ein breites Spektrum von Medien in umfassendem Sinne dafür, dass Mythen, Geschichte und Geschichten, die um die (im doppelten Sinne) ‚exemplarischen‘ Gestalten der glorreichen Vergangenheit des *populus Romanus* angelagert waren, in jeder Hinsicht präsent gehalten wurden, so dass sie gewissermaßen ständig zitier- respektive rhetorisch verfügbar waren. Zu diesem Spektrum gehörten Monumente aller Art, Statuen, Bilder und Bauwerke mit ihren Inschriften einerseits⁷³ und nicht zuletzt jene Spektakel andererseits, die bei ganz verschiedenen Gelegenheiten – keineswegs nur bei Festen wie den *ludi Apollinares*, sondern vielleicht auch bei anderen Anlässen wie Tempelweihungen, Triumphen und wiederum *pompae funebres* – auf die Bühne gebracht wurden: Diese Historiendramen einer eigentümlich römischen Art hießen bezeichnenderweise *fabulae praetextae*⁷⁴. In diesen oft wiederaufgeführten Stücken wurden etwa der

⁷² Nicholas Horsfall, The Cultural Horizons of the *Plebs Romana*, in: MAAR 41 (1996) 101–119, Zitat: 117; vgl. auch Erich S. Gruen, Culture and National Identity in Republican Rome (Ithaca 1992) 210ff. In welchem Maße man „auf Seiten der weiteren Bevölkerung“, also vor allem der *plebs urbana*, nicht nur „mit einem Interesse an den wichtigen öffentlichen Ereignissen“ rechnen darf, sondern sogar mit „der Fähigkeit zu eigenständigem Handeln“ (Christine Döbler, Politische Agitation und Öffentlichkeit in der späten Republik [Frankfurt a. M. u. a. 1999] 163), ist angesichts der Quellenlage einerseits und der soziopolitischen Strukturen andererseits kaum einzuschätzen (s. ebenda 163ff. zu „allgemeinen Nachrichtenbörsen“). Vgl. zu einer (ebenfalls allenfalls punktuell rekonstruierbaren) „widespread popular culture of discussion“ außerdem Peter O’Neill, Going round in Circles: Popular Speech in Ancient Rome, in: CAnt 22 (2003) 135–166 (Zitat: 162), sowie zu verschiedenen Aspekten dieser ‚Kultur‘ etwa auch Ray Laurence, Rumour and Communication in Roman Politics, in: G&R 41 (1994) 62–74; Robert Morstein-Marx, Publicity, Popularity and Patronage in the *Commentariolum Petitionis*, in: CAnt 17 (1998) 259–288.

⁷³ Vgl. dazu grundlegend etwa Tonio Hölscher, Staatsdenkmal und Publikum. Vom Untergang der Republik bis zur Festigung des Kaisertums in Rom (Konstanz 1984) und neuerdings ders., Die Alten vor Augen. Politische Denkmäler und öffentliches Gedächtnis im republikanischen Rom, in: Melville (Hrsg.), Institutionalität und Symbolisierung (wie Anm. 66) 183–211; s. ferner Karl-Joachim Hölkeskamp, Capitol, Comitum und Forum: Öffentliche Räume, sakrale Topographie und Erinnerungslandschaften (zuerst 2001), in: SPQR (wie Anm. 3) 137–168; ders., Images of Power: Memory, Myth and Monuments in the Roman Republic, in: SCI 24 (2005) 249–271; ders., History and Collective Memory in the middle Republic, in: Rosenstein, Morstein-Marx (Hrsg.), Companion (wie Anm. 4) 478–495; ders., Reconstructing the Roman Republic (wie Anm. 3) 61ff., 74f. u. ö. mit weiteren Nachweisen, Karl-Joachim Hölkeskamp, Im Gewebe der Geschichte(n). *Memoria*, Monumente und ihre mythhistorische Vernetzung, in: Klio 94/2 (2012) 380–414, sowie aus anderer Perspektive Gruen, Culture and National Identity (wie Anm. 72) 84–130, 141ff. u. ö.

⁷⁴ Vgl. dazu jetzt Gesine Manuwald, *Fabulae praetextae*. Spuren einer literarischen Gattung der Römer (München 2001), sowie allgemein bereits Hubert Zehnacker, Tragédie prétexte et spectacle romain, in: ders. (Hrsg.), Théâtre et spectacles dans l’antiquité (Leiden 1983) 31–48; Dupont, L’acteur-roi (wie Anm. 17) 215–228; Gruen, Culture and National Identity (wie Anm. 72) 183–222; ders., Studies in Greek Culture and Roman Policy (Leiden 1990) 79–123; T. Peter Wiseman, Historiography and Imagination (Exeter 1994) 12ff., 17–21 u. ö.; ders., Roman Drama and Roman History (Exeter 1998); Horsfall, Culture (wie Anm. 9) 53–63 u. ö.; Walter, *Memoria* und *res publica* (wie Anm. 19) 75–83. Vgl. zu den Anlässen ihrer Aufführung außerdem Harriet I. Flower, *Fabulae Praetextae* in Context: When were Plays on Contemporary Subjects performed at Rome?, in: CQ 45 (1995) 170–190; T. Peter Wiseman, Remus. A Roman myth (Cambridge 1995) 131–138; Manuwald, *Fabulae praetextae* (wie oben) 110–119.

Stadtgründer-Heros Romulus und die erwähnte Ikone der republikanischen Freiheit L. Iunius Brutus, die Decii und ihre *devotio*, der große Kämpfer und Feldherr M. Claudius Marcellus und der tragische L. Aemilius Paullus (mitsamt der durch sie ‚exemplifizierten‘ Werte und Orientierungen)⁷⁵ einem großen, offenbar interessierten und gelegentlich auch emotional engagierten Publikum immer wieder im Wortsinne vor Augen geführt⁷⁶.

Unter diesen Voraussetzungen und Bedingungen wird erst wirklich deutlich, dass und wie ein Redner mit einem solchen Repertoire von ‚historischen‘ *exempla* oder auch bloßen Anspielungen erfolgversprechend für sich und seine jeweilige konkrete Sache werben konnte. Zugleich ist mit der erwähnten verschränkten Gegenseitigkeit von Wissen und Wahrnehmung, Überzeugungen und Erwartungen allgemein eine wesentliche Funktion der Rolle des *orator* als Teil der ganzen öffentlichen Existenz des Angehörigen der politischen Klasse bezeichnet – einer Rolle, die zumindest in einer wichtigen Hinsicht gleichberechtigt neben den anderen Rollen, derjenigen des Magistrats, Feldherrn, Senators und Patrons stand⁷⁷. Denn nur unter der Voraussetzung eines ebenso vielschichtigen wie geradezu alltäglich praktisch realisierten Aufeinanderbezogeneins, das sich gerade in Rede, Anrede und Antwort durch Akzeptanz von und Zustimmung zu Autorität, Macht und Überlegenheit manifestierte, konnten zugleich die traditionellen Hierarchien dauernd stabilisiert und als integraler Bestandteil eines kollektiven Grundkonsenses über die gesamte Ordnung bestätigt werden – wiederum konkret durch das Medium der Rede, mit dem allein akkumuliertes Herrschaftswissen, Leistung der *maiores* als Empfehlung, Dienst bis zur Selbstaufgabe, erwiesener greifbarer Erfolg als historische, moralische und praktische Fundierung von Rang und Status in Legitimität, Zustimmung, affirmative Bindung und dann endlich *honores* umgewandelt werden konnten. Daher musste die Interaktion zwischen dieser besonderen politischen Klasse und dem *populus Romanus*, die ja auf der Reziprozität von Hinwendung zum *populus* als Forum der Entscheidung und Quelle der Legi-

⁷⁵ Vgl. zu den einzelnen, durchweg nur fragmentarisch erhaltenen Dramen grundlegend *Manuwald*, *Fabulae praetextae* (wie Anm. 74) 131–254, mit Texten und Kommentaren. S. zu den dargestellten Gestalten etwa *Jürgen von Ungern-Sternberg*, Romulus-Bilder: Die Begründung der Republik im Mythos, in: *Fritz Graf* (Hrsg.), *Mythos in mythenloser Gesellschaft. Das Paradigma Roms* (Stuttgart u. a. 1993) 88–108; *Karl-Wilhelm Welwei*, Lucius Iunius Brutus: Zur Ausgestaltung einer Legende, in: *Gymnasium* 108 (2001) 123–135, bes. 127f.; *T. Peter Wiseman*, The Legend of Lucius Brutus, in: *Mario Citroni* (Hrsg.), *Memoria e identità. La cultura romana costruisce la sua immagine* (Florenz 2003) 21–38, bes. 23ff.; *Frank Bernstein*, Der römische Sieg bei Clastidium und die zeitgeschichtliche Praetexta des Naevius, in: *Gesine Manuwald* (Hrsg.), *Identität und Alterität in der frühromischen Tragödie* (Würzburg 2000) 157–173; *Harriet I. Flower*, ‚Memories‘ of Marcellus. History and Memory in Roman Republican Culture, in: *Eigler* u. a. (Hrsg.), *Formen römischer Geschichtsschreibung* (wie Anm. 19) 39–52.

⁷⁶ S. zur Präsenz breiter Schichten (z. B. Cic. *Sest.* 106; 116ff.; 123; *Phil.* 1, 36; *Att.* 2, 19, 3) vor allem *Flaig*, *Ritualisierte Politik* (wie Anm. 17) 237–242, und bereits *Nicolet*, *Le métier de citoyen* (wie Anm. 17) 479–494; *Horsfall*, *Culture* (wie Anm. 9) 12ff.

⁷⁷ Vgl. dazu zuletzt *Karl-Joachim Hölkeskamp*, Self-Serving Sermons. Oratory and the self-construction of the Republican aristocrat, in: *Ralph Corvino*, *Christopher Smith* (Hrsg.), *Praise and Blame in Roman Oratory* (London 2011) 17–34.

timität einerseits und der permanenten Erneuerung und Bestätigung dieser Elite durch eben diesen *populus* andererseits beruhte, die gesamte politische Kultur der Republik prägen. Deswegen waren in dieser Kultur – vor allem auf ihrer Ausdrucksseite, in ihrem System von Symbolen, Rollen und Erwartungen und in der spezifischen Dramaturgie öffentlichen Auftretens und Handelns – die miteinander vernetzten Rollen und Funktionen des Redners als Vermittler, der öffentlichen Rede als Medium und der *contio* als Ort und Diskursebene von zentraler Bedeutung. Denn erst diese Vernetzung ermöglichte die praktische Umsetzung dieser Interaktion in politisches und gesellschaftliches Handeln, in einen intellektuellen und mentalen Austausch zwischen den Beteiligten und eine kollektive ideologische Selbstvergewisserung in Gestalt der diskursiven (Re-)Konstruktion einer umfassend-ganzheitlichen *concordia*.

Summary

In recent debates on the political culture of the Roman republic, the *contio* has become the focus of interest. This particular type of informal popular assemblies, reserved for declarations, speeches and debates of the pros and cons of motions has been identified as a most important forum of communication between the political class and the *populus Romanus* at large. This central politico-social function is mirrored in the typical topoi and rhetorical strategies of ‘contional’ oratory – such as the discourse of ‘Romanness’, values and views of Rome and the outside world as the basis of a universal consensus shared by the members of the oligarchic political class, magistrates and senators as orators on the one hand and the *plebs*, the ‘man in the Roman street’ as their addressees on the other. The other important feature of the ‘contional discourse’ consisted in a specific repertoire of rhetorical self-construction of these orators as representatives of a ‘meritocracy’, who thereby formulate the claim to superior knowledge and *auctoritas*, rank and reputation. This paper argues that the formal rules governing the procedure of *contiones* and emphasizing the institutionalized superiority of ‘magisterial’ orators vis-à-vis the people in attendance as well as the ‘contional’ rhetoric as such – in other words: the *contio* as forum and medium and the meanings and messages of its typical forms of discourse – coalesce so as to stage the principle of hierarchical distance as part and parcel of the aforementioned universal consensus.

Martin Jehne

Konsensfiktionen in römischen Volksversammlungen

Überlegungen zur frührepublikanischen Curienversammlung und zu
den kaiserzeitlichen Destinationscenturien

In der römischen Republik wurden die wesentlichen sachlichen und personellen Entscheidungen des Gemeinwesens durch eine Mehrheitsentscheidung in einer Volksversammlung verbindlich gemacht – wobei man gleich hinzusetzen sollte, dass dies auch durchaus noch für die frühe Kaiserzeit galt. Grundsätzlich waren Mehrheitsentscheidungen in Volksversammlungen Standard in antiken Stadtstaaten, doch die römischen Formen waren erheblich vielfältiger und komplizierter als üblich. Zu den genuin römischen Erscheinungen gehört die Abstimmung in Stimmkörperschaften, die den griechischen Volksversammlungen fremd war und von Rom aus dann in die römisch verfassten Städte exportiert wurde. Vor einigen Jahren habe ich mich schon einmal mit Konsensfiktionen in römischen Volksversammlungen beschäftigt¹. Dabei ging es u. a. um das Phänomen, dass die Römer die Abstimmungen nach dem Erreichen der Mehrheit abzubrechen pflegten, und zwar nicht nur die, bei denen die Stimmkörperschaften nacheinander stimmten und man daher viel Zeit sparte, wenn die restlichen Stimmkörper gar nicht mehr zur Abstimmung kamen, sondern auch die, bei denen alle gleichzeitig abgestimmt hatten und es nur um die sukzessiv erfolgende Verkündigung der Abstimmungsergebnisse ging, die wohl auch alle schon ausgezählt waren. Diese Verfahrensweise, mit der die Veröffentlichung der schon vorliegenden oder potentiellen Äußerungen des Bürgerwillens partiell verhindert wurde, habe ich damals als Konsensverstärkung interpretiert. Der Abbruch der Versammlung verhinderte, dass Minderheiten erfuhren, wie stark sie waren, und befestigte meistens den Eindruck, dass das Ergebnis von weitgehend allen unterstützt wurde².

Diesen Überlegungen habe ich nichts Wesentliches hinzuzufügen. Hier soll es darum gehen nachzuvollziehen, wie denn überhaupt die Partizipation der Bürger

¹ *Martin Jehne*, Integrationsrituale in der römischen Republik. Zur einbindenden Wirkung der Volksversammlungen, in: *Gianpaolo Urso* (Hrsg.), *Integrazione, mescolanza, rifiuto. Incontri di popoli, lingue e culture in Europa dall'Antichità all'Umanesimo*, Atti del convegno internazionale, Cividale del Friuli, 21–23 settembre 2000 (Roma 2001) 89–113, wiederabgedruckt mit geringfügigen Veränderungen in: *Karl-Joachim Hölkeskamp* u. a. (Hrsg.), *Sinn (in) der Antike. Orientierungssysteme, Leitbilder und Wertkonzepte im Altertum* (Mainz 2003) 279–297 (danach zitiert).

² *Jehne*, Integrationsrituale (wie Anm. 1) 293f.

in Form von Abstimmungen in Rom begann und sich entwickelte, wie dann die Mehrheitsregel in den römischen Volksversammlungen Fuß fasste und wie man sie soweit domestizierte, dass sie recht weitgehend konsensualistische Züge behielt. Damit wage ich mich, das will ich gleich hier gestehen, in eine Epoche römischer Geschichte zurück, über die wir eigentlich nichts Sicheres wissen, zumindest über die Verfahren nicht, da diese sich nicht ergraben lassen. Ich werde also eine Menge von Spekulationen äußern und primär Konstruktionen aus strukturellen Überlegungen heraus entwickeln, die sich nicht oder nur unzulänglich aus den Quellen ableiten lassen.

1. Die Abstimmung in den Curien in der Frühzeit

Bekanntlich wurde in historisch hellerer Zeit in den römischen Volksversammlungen abgestimmt, und die doppelte Mehrheit, zunächst die der Stimmen innerhalb einer Stimmkörperschaft, sodann die der Stimmkörperschaften, entschied über das Ergebnis. Das war nicht immer so. Dies ist nicht nur aus allgemeinen Gründen wahrscheinlich, da man die erhebliche Organisations- und Abstraktionsleistung einer Mehrheitsabstimmung nicht für wenig differenzierte Gesellschaften postulieren wird. Aber es gibt auch konkrete Anhaltspunkte. Da unsere literarischen Quellen über Entscheidungsformen im frühen Rom erst verhältnismäßig spät einsetzen und wir aus dokumentarischen Quellen über Abstimmungsmodi nichts erfahren, müssen wir uns an das halten, von dem wir mit plausiblen Gründen annehmen können, dass es langlebig ist und daher aus der jeweiligen Gegenwart weit in die Vergangenheit zurückreichen kann: Worte und Praktiken in konservativen Bereichen wie dem Sakralsektor oder den Institutionen der öffentlichen Ordnung³.

Tatsächlich gibt uns ein Wort Hinweise, das in historisch hellerer Zeit untrennbar mit allen Abstimmungsvorgängen verbunden ist: der Terminus *suffragium*, der die Stimme wie die Stimmabgabe bezeichnet. Der erste Bestandteil von *suffragium* ist unstrittig die gängige Präposition und Vorsilbe *sub*, die „unter, unterhalb von“ u. ä. bedeutet. Nicht ganz so klar ist die Herkunft des zweiten Bestandteils *-fragium*. Die naheliegende Ableitung ist die von *frangere*, das zunächst einmal „brechen, zerbrechen“ heißt. In Wörterbüchern findet sich das zugehörige Substantiv *fragium* als „Bruch“, doch nach dem „Thesaurus linguae Latinae“ gibt es das nur einmal bei Apuleius, und dort steckt es in einer etwas bemühten Konstruktion, wenn es sich nicht sogar um eine Verschreibung handelt⁴. Die gängigere

³ Vgl. zum Umgang mit den Quellen für die römische Frühzeit z. B. Robert M. Ogilvie, Andrew Drummond, The sources for early Roman history, in: Frank W. Walbank, Martin W. Frederiksen, Robert M. Ogilvie (Hrsg.), The Cambridge Ancient History, Second Edition, VII 2 (Cambridge 1989) 28f.

⁴ *Thesaurus linguae Latinae* VI (Leipzig 1926) 1230 mit Apul. met. 9,23,2 als Beleg (dieser Verweis auch im *Georges* s.v.).

Ableitung von *frangere* ist *fragor*, was ebenfalls „Bruch“ heißen kann (als das Ergebnis des Brechens), vor allem aber auch das laute Geräusch und in der Kaiserzeit dann dezidiert der Applaus⁵. Mommsen hatte das *suffragium* als „Bruchstück“ verstanden und sich dann darüber gewundert, denn diese Bedeutung stehe „im schroffen Gegensatz zu dem Wesen des römischen Akts, in welchem der Scherbe nie gedacht wird und dieselbe erst allenfalls gegen das Ende der Republik einen Platz finden könnte“⁶. 1903 hat Rothstein daher versucht, den Widerspruch auszuräumen. Sein Vorhaben bezeichnet er als „den Versuch, eine Erklärung des Wortes zu finden, die sachlich befriedigt, mit der Auffassung der römischen Abstimmung als Antwort der Gemeinde auf den Vorschlag des Beamten in Einklang steht“⁷. Diese Auffassung von der römischen Abstimmung stammt von Mommsen. Man sieht also bei Rothstein recht schön, wie die Autorität Mommsens dafür sorgte, dass man die Quellen unter der Perspektive betrachtete, wie sie mit der Auffassung Mommsens zu harmonisieren seien. Doch jedenfalls hat Rothstein überzeugend herausgearbeitet, dass man von *fragor* ausgehen muss, dem starken Lärm, dem Prasseln und Zischen. Daraus bildete sich die Bedeutung „lauter Beifall“ aus, die uns des Öfteren belegt ist⁸. Gleichzeitig stellte Rothstein in Frage, dass damit ursprünglich die Einzelstimme gemeint war; er sieht die frühe Bedeutung von *suffragium* in lauter Zustimmung der Versammelten⁹, und diese Auffassung hat sich seither allgemein verbreitet¹⁰.

Später hat sich vor allem Jyri Vaahtera bemüht, den ursprünglichen Charakter von *suffragium* zu konkretisieren¹¹. Der Terminus *fragor*, der durch Brechen hervorgerufene Lärm, leite sich wohl von durch Waffen und Rüstung erzeugten Geräuschen her – vielleicht ging es konkret um das Schlagen des Schwertes auf den Schild¹². Die Praxis, in Waffen zur Versammlung zu erscheinen, sei in frühen

⁵ *Thesaurus linguae Latinae* VI (wie Anm. 4) 1233–1235.

⁶ Theodor Mommsen, *Römisches Staatsrecht*, 3 Bde. in 5 (3. Auflage 1887/8, Ndr. Graz 1952) III 1, 402.

⁷ Max Rothstein, *Suffragium*, in: Festschrift zu Otto Hirschfelds 60. Geburtstage. Beiträge zur alten Geschichte und griechisch-römischen Alterthumskunde (Berlin 1903) 30.

⁸ Z.B. Sen. contr. 2,3,19: *deinde cum scholasticorum summo fragore*. Weitere Beispiele im *Thesaurus linguae Latinae* VI (wie Anm. 4) 1235. S. dazu auch Rothstein, *Suffragium* (wie Anm. 7) 30–32.

⁹ Rothstein, *Suffragium* (wie Anm. 7) 32f.

¹⁰ Vgl. George Willis Botsford, *The Roman Assemblies from Their Origin to the End of the Republic* (1909) (New York 1968) 156f.; Lily Ross Taylor, *Roman Voting Assemblies. From the Hannibalic War to the Dictatorship of Caesar* (Ann Arbor 1966) 2; 85f.; E. Stuart Staveley, *Greek and Roman Voting and Elections* (London 1972) 122; Alessandro Corbino, *La capacità deliberativa dei 'comitia curiata'*, in: ders. (Hrsg.), *Le Strade del Potere. Maiestas populi Romani Imperium Coercitio commercium* (Catania 1994) 84; Christopher J. Smith, *The Roman Clan. The Gens from Ancient Ideology to Modern Anthropology* (Cambridge 2006) 231.

¹¹ Jyri Vaahtera, *The Origin of Latin suffragium*, in: Glotta 71 (1993) 66–80; vgl. schon ders., *Pebbles, Points, or Ballots: The Emergence of the Individual Vote in Rome*, in: *Arctos* 24 (1990) 173–176.

¹² Vaahtera, *Origin* (wie Anm. 11) 79f.; zustimmend Andrew Lintott, *The Constitution of the Roman Republic* (Oxford 1999) 47.

Gesellschaften recht weit verbreitet, auch wenn sie für die Römer nicht klar überliefert ist¹³. Doch ist es nicht unplausibel zu vermuten, dass die Römer in ihren frühen Versammlungen Waffen trugen, wurde doch noch in historisch hellerer Zeit das Janiculum besetzt und eine rote Signalfahne gehisst, um den am Marsfeld versammelten Bürgern gegebenenfalls das Herannahen des Feindes mitteilen zu können¹⁴. Wenn die Bürger nun erst hätten nach Hause eilen müssen, um Schwert, Schild und den Rest der Ausrüstung zu holen, wäre das doch einigermaßen umständlich und riskant gewesen, da der Feind ja schon in Sichtweite war. Zudem war es wahrscheinlich nicht bedeutungslos, dass man sich auf dem Feld des Mars traf. Und mit den Waffen konnte man dann den Zustimmungslärm erzeugen, der mit *suffragium* benannt wurde. Allerdings ist das Ritual mit der roten Fahne für die Centuriatcomitien überliefert, die ohnehin das Volk in seiner militärischen Gliederung darstellten. Dass sich dies auch bei den Curien so verhielt, können wir mangels konkreter Indizien nur aus dem Befund für die Centuriatcomitien übertragen.

Denn die früheste Form der Abstimmung in Rom war nach allgemeiner Auffassung die nach Curien. Diese Curien scheinen sich zunächst getrennt beraten und verständigt zu haben, erst später tagte man gemeinsam an einem Ort¹⁵. Dass der Ausdruck für die abstimmende Volksversammlung, *comitia*, ein Plural ist, der wohl als mehrfaches *comitium* zu verstehen ist, könnte ein Indiz für diese Entwicklung sein¹⁶. Die merkwürdige Sonderform der Römer, dass sie stets in Stimmkörperschaften abstimmten, ließe sich mit der Entstehung der Gesamtversammlung aus einer früheren Kette von Einzelversammlungen jedenfalls bestens nachvollziehen. Darauf deutet nun auch die Verbindung von ungegliederter Zustimmung, also letztlich expressiver Konsensbekundung, mit den ersten Versammlungen der Gemeinschaft. Da sich die Erzeugung von Lärm als Form der Zustimmung kaum gleichzeitig für verschiedene Untereinheiten nebeneinander am selben Ort organisieren lässt, wenn man den Lärm einer Gruppe zurechnen und nicht nur eine Gesamtzustimmung feststellen will, muss das *suffragium* in den Curien an unterschiedlichen Orten oder nacheinander ausgedrückt worden sein. Wenn es richtig ist, dass sich die Curien ursprünglich getrennt versammelten und berieten, dann konnte das *suffragium* einer jeden Curie eingeholt und dann zu einem Gesamtergebnis zusammengesetzt werden. Dabei ist es unwahrscheinlich, dass in den einzelnen Curien alternativ abgestimmt wurde wie in der spartanischen Volksversammlung, wo zu dem Beschlussvorschlag getrennt die Zustimmung und die Ab-

¹³ *Vaahtera*, Origin (wie Anm. 11) 75–78. Vgl. *Botsford*, Assemblies (wie Anm. 10) 170.

¹⁴ Dio 37,27,3.

¹⁵ Vgl. *Robert E. A. Palmer*, *The Archaic Community of the Romans* (Cambridge 1970) 202; *Gianmario Prugni*, *Quirites*, in: *Athenaeum* 75 (1987) 135f.; *Vaahtera*, *Pebbles* (wie Anm. 11) 173; *ders.*, *Origin* (wie Anm. 11) 73f.; *Bernhard Linke*, *Von der Verwandtschaft zum Staat. Die Entstehung politischer Organisationsformen in der frühromischen Geschichte* (Stuttgart 1995) 63; *Corbino*, *Capacità deliberativa* (wie Anm. 10).

¹⁶ Vgl. *Botsford*, *Assemblies* (wie Anm. 10) 135; *Palmer*, *Archaic Community* (wie Anm. 15) 206; *Vaahtera*, *Pebbles* (wie Anm. 11) 173.

lehnung nach der Lautstärke des Gebrülls der Bürger gemessen wurde¹⁷ – bzw. bei Wahlen die Lautstärke für jeden einzelnen Kandidaten¹⁸. Von solch einer Form hören wir für Rom nie, und es haben sich auch keinerlei Relikte in der Terminologie und in den Ritualen erhalten, die auf eine solche Differenzierung hindeuten würden. Wir können davon auszugehen, dass in jeder Curie das *suffragium* als Zustimmungssakt zum Vorschlag eingeholt wurde. Da in einer Abstimmungsstruktur, in der die Unterstützung mit Lärm und die Ablehnung nur mit Schweigen artikuliert werden konnte¹⁹, die eventuellen Gegner der Vorlage chancenlos waren, wenn es wenigstens einige engagierte Befürworter gab, dürfte das Ergebnis immer in Zustimmung bestanden haben. Die Partizipation der Römer an Entscheidungen begann also als Konsensakt mit Anpassungssoz und unter Verdeckung skeptischer Minderheiten – wobei ich hier ja nur die Struktur des Verfahrens analysiert habe und auf die Beeinflussungen der Versammelten durch ungleiche Machtverteilungen, die man sicher annehmen kann, gar nicht eingegangen bin.

Doch aus diesen Überlegungen zu den frühen Formen römischer Volksabstimmung, die natürlich angesichts der kargen und zudem späten Quelleninformationen zu den Curien zwangsläufig hypothetisch bleiben müssen, ergeben sich weitere Konsequenzen. Zunächst einmal enthalten die getrennten Abstimmungen der Curien, wenn sie denn in einen Gesamtbeschluss des von allen Curien gemeinsam gebildeten *populus* einmünden sollten, nicht nur das akklamatorische Zustimmungselement unter Vernachlässigung einer eventuell vorhandenen Opposition, sondern auch das Potential zur Mehrheitsentscheidung. Wenn man die Ergebnisse der Versammlungen der einzelnen Curien zu einem Gesamtergebnis zusammenfügte, hätte man auch das Negativvotum einiger Curien vermerken können. Dass dies in der Frühzeit vorkam, ist nicht sehr wahrscheinlich, da ja, wie ich dargelegt habe, das Verfahren und das Fehlen einer Gelegenheit, den eigenen Dissens auszudrücken, dafür gesorgt haben dürften, dass man auch eine etwas dürftige Lärmentfaltung als Zustimmung interpretierte. Zudem können wir nicht ermes sen, inwieweit überhaupt potentiell strittige Entscheidungen in die Curiatcomitien getragen wurden.

Wie uns in einer Livius-Passage zum Jahr 309 v. Chr. mitgeteilt wird, gab es auch bei der Curienversammlung ein *principium*, also eine zuerst stimmende Abteilung, deren Votum registriert wurde. In der Livius-Episode will der Dictator Papirius Cursor, nachdem er Iunius Bubulcus zu seinem *magister equitum* ernannt hat, für diesen die *lex curiata* einholen, als ihm ein unvorteilhaftes Vorzeichen den Tag verdirbt. Die *curia Fautia* wird nämlich zum *principium* bei der Ab-

¹⁷ Thuk. 1,87. Auf diese Ähnlichkeit verweist schon Rothstein, Suffragium (wie Anm. 7) 32. Vgl. zum spartanischen Verfahren besonders Egon Flaig, Die spartanische Abstimmung nach der Lautstärke. Überlegungen zu Thukydides 1,87, in: Historia 42 (1993) 139–160 und, mit anderer Deutung, Jon E. Lendon, Voting by Shouting in Sparta, in: Elizabeth Tylawsky, Charles Weiss (Hrsg.), Essays in Honor of Gordon Williams: Twenty-five Years at Yale (New Haven 2001) 169–177.

¹⁸ Arist. pol. 1270 b28; 1271 a10; Plut. Lyk. 26,3–6.

¹⁹ Vgl. Corbino, Capacità deliberativa (wie Anm. 10) 87.

stimmung, und da diese Curie auch in den Jahren *principium* war, als die Römer die Schlacht an der Allia gegen die Gallier verloren und als sie sich bei Caudium unter das Joch der Samniten begeben mussten, gilt sie inzwischen als ein schlechtes Vorzeichen. Daher wiederholt der Dictator die Befragung der Curien am nächsten Tag²⁰.

Wie man dieser Passage entnehmen kann, ist das *principium* in den Curien offenkundig ausgelost worden – sonst hätte man nicht von der falschen Curie überrascht werden können²¹. Die *comitia curiata* besaßen also genauso wie die Centuriat- und die Tributcomitien eine Erststimmkörperschaft, die durch das Los ausgewählt wurde. Wir wissen allerdings nicht genau, worauf sich das *principium*, also der Status, am Anfang zu stehen, bezog. Es wäre möglich, dass diese Curie als erste abstimmte, vor allen anderen, und dass das Ergebnis den anderen zur Kenntnis gebracht wurde, bevor diese abstimmten – so wie in den Centuriatcomitien seit dem späteren 3. Jahrhundert v. Chr., als die *centuria praerogativa* eingeführt wurde²². Aber es könnte auch nur eine Reihenfolge der Ergebnisverkündigung gemeint sein, während die Abstimmung selbst gleichzeitig in allen Einheiten erfolgte. So war es nämlich in den Tributcomitien bei Wahlen üblich²³. In Ermangelung genauerer Informationen können wir das nicht entscheiden, doch halte ich es für sinnvoll, das Problem von der anderen Seite her anzugehen.

Wenn die Curien zunächst getrennt abstimmten und die Abstimmung in Form einer Lärmentwicklung mit Hilfe der Waffen durchgeführt wurde, dann war das Ergebnis im Normalfall klar, und interessierte Römer konnten auch davon erfahren, selbst wenn sie nicht dieser Curie angehörten. Das *principium*, also der Anfang, dürfte demnach von der Curie geliefert worden sein, die als erste ihre Versammlung durchführte²⁴, und selbstverständlich wurde das Ergebnis den anderen bekannt. Die Wurzel der Vorstimmkörperschaft, die die römischen Volksversammlungen prägte, könnte also eine ganz banale zeitliche Reihenfolge gebildet haben, die zunächst frei war von jeder Überlegung, die Abstimmung der anderen zu beeinflussen.

Meine zugegebenermaßen stark hypothetische Rekonstruktion der frühen Curiatcomitien, die zweifellos die älteste und folglich auch zeitweilig die alleinige

²⁰ Liv. 9,38,15–16,1: *Papirius C. Iunium Bubulcum magistrum equitum dixit; atque ei legem curiatam de imperio ferenti triste omen diem diffidit, quod Fauscia curia fuit principium, duabus insignis cladibus, captae urbis et Caudinae pacis, quod utroque anno eisudem curiae fuerit principium. Macer Licinius tertia etiam clade, quae ad Cremeram accepta est, abominandam eam curiam facit. Dictator postero die auspiciis repetitis pertulit legem.*

²¹ Vgl. Corbino, *Capacità deliberativa* (wie Anm. 10) 82.

²² Vgl. dazu vor allem Christian Meier, s.v. *Praerogativa Centuria*, RE Suppl. VIII (Stuttgart 1956) Sp. 571–592.

²³ Vgl. Plinio Fraccaro, *La procedura del voto nei comizi tributari Romani* (1913/4), in: *ders.*, *Opuscula* 2 (Pavia 1957) 235–254, bes. 246. S. die Diskussion der Alternativen bei Ursula Hall, *Voting Procedure in Roman Assemblies*, in: *Historia* 13 (1964) 274f., die selbst das *principium* der Curien, da es nur dieses eine Mal in unseren Quellen auftaucht, für unsicher hält.

²⁴ Palmer, *Archaic Community* (wie Anm. 15) 203f. deutet das *principium* als die Curie, die als erste – *princeps* – die Auspizien einholte.

Form der Volksversammlung in Rom waren, hat also im Hinblick auf die Konsensdarstellung folgendes erbracht. Die Wurzel der römischen Abstimmung in Stimmkörperschaften war offenkundig die Aufgliederung der Römer in Untergruppen, hier in Curien. Die Curien, etymologisch zu verstehen als Männerbünde, entstanden offenkundig als gesellschaftliche Initiativen ohne Blick auf eine mögliche Zusammenfassung²⁵, die dann, als sie opportun wurde, auf die bestehenden Curien Rücksicht zu nehmen hatte, weshalb deren formal gleiche Beteiligung zu sichern war. Aus dieser Grundstruktur einer noch wenig homogenisierten Gemeinschaft – wobei ich hier nicht über die Zusammensetzung der Curien spekulieren will²⁶ – ergab sich also die Stimmkörperschaft. Die Curien tagten dann für sich, schon weil sie ursprünglich und auch später noch häufig eigene Angelegenheiten zu regeln hatten, und wandten ein archaisches Abstimmungsverfahren an, indem die in Waffen angetretenen Curienangehörigen ihre Zustimmung mit lautem Lärm bekundeten, den sie mit ihren Waffen erzeugten. Diese Form der Abstimmung ist aus dem Wort *suffragium* zu erschließen. Nun hat jede Abstimmung, die durch laute Geräuscentwicklung vollzogen wird, zur Konsequenz, dass Ablehnung dann, wenn sie nicht mehr oder weniger einhellig ist, nicht geäußert werden kann, sofern nicht, wie in Sparta, alternativ abgestimmt und die jeweilige Lärmentwicklung gemessen wird. Darauf hat sich für Rom nicht der geringste Hinweis erhalten, auch nicht in der Terminologie. Daher halte ich es für wahrscheinlicher, dass in den Curienabstimmungen keine Gegenproben gemacht wurden. Das *suffragium* in dieser ursprünglichen Anwendungsweise suggerierte folglich Zustimmung unabhängig davon, ob eine deutliche Mehrheit oder eine aktive Minderheit den Vorschlag unterstützte. Weiter ist zu beachten, dass jede Form der Abstimmung mit Hilfe von Lärm, die gesondert für Untereinheiten durchgeführt werden soll, nur zeitlich oder räumlich getrennt organisiert werden kann, da sonst die Geräuscentwicklungen sich verstärken und ineinander fließen, so dass keine Willensäußerung einer einzelnen Untereinheit mehr erkennbar ist. Als man daher dazu überging, die Abstimmung der Untereinheiten an einem Ort und zu einem gemeinsamen Termin durchzuführen, musste man sie entweder nacheinander abstimmen lassen oder das Verfahren ändern. Mit der Einführung der Centuriatcomitien, wann immer die genau erfolgte, war aber die Verfahrensänderung unvermeidlich, denn die 193 Centurien, in die die Bürgerschaft offenbar von Anfang an eingeteilt war²⁷, konnte man nicht mehr alle nacheinander abstimmen lassen, ohne die Abstimmung in kaum akzeptabler Weise in die Länge zu ziehen²⁸. Also

²⁵ Vgl. zur Entstehung der Curien Linke, Verwandtschaft (wie Anm. 15) 56–61.

²⁶ Vgl. für Überlegungen zur möglichen Zusammensetzung der frühen Curien Linke, Verwandtschaft (wie Anm. 15) 57–59.

²⁷ So jedenfalls das römische Selbstbild bei Liv. 1,43; vgl. Dion.Hal. ant. 4,16,1–18,3.

²⁸ Hall, Voting (wie Anm. 23) 280–283 (vgl. auch dies., „Species libertatis“. Voting Procedure in the Late Roman Republic, in: Michael Austin, Jill Harries, Christopher Smith (Hrsg.), Modus operandi. Essays in Honour of Geoffrey Rickman (BICS Supplement 71, London 1998) 16f.; 20, wo sie zugesteht „that by the mid-Republic successive oral voting with the classes (even if only Class I and Class II voted) would have taken a very long time“) argumentiert zwar scharfsinnig

wurden die Centurien in Abstimmungsgruppen zusammengefasst, die parallel abstimmten, und das *suffragium* wurde dort zu einer individuellen Stimmabgabe.

2. Die Curiatcomitien der 30 Lictoren

Obwohl an diesem Entwicklungsbild, das im wesentlichen aus strukturellen Schlüssen und nicht aus Interpretation von Quellenbefunden gewonnen wurde, vieles unsicher bleiben muss, so ist doch eines klar: Wenn man die Etymologie von *suffragium* als lautstarke Äußerung akzeptiert – und dazu gibt es wohl keine wirkliche Alternative –, und wenn man weiter glaubt, dass dieses Wort eine tatsächliche Praxis in einer früheren Realität bezeichnete – und auch das ist methodisch eigentlich unvermeidbar –, dann sind die Anfänge der Bürgerpartizipation in Rom als Expression von Konsens organisiert worden, bei dem die Zustimmung tendenziell umfassender wirkte, als sie war, und bei dem die aktive Zustimmungshandlung selbst die Lauen und Skeptischen wahrscheinlich in einen Anpassungs-sog hineinzog. Dagegen ist unklar, ob man bei den als einzelne Abstimmungsakte unterscheidbaren Voten der Curien eine Mehrheitsentscheidung kannte oder ob Einstimmigkeit, also ungetrübter Konsens, vonnöten war. Das Verfahren dürfte im Normalfall dafür gesorgt haben, dass es keine abweichenden Ergebnisse produzierte, vielleicht wurden auch nur Angelegenheiten so behandelt, bei denen Dissens unwahrscheinlich war. Man könnte also erwägen, ob sich den Römern die Frage nach der Mehrheit in dieser frühen Phase überhaupt stellen konnte.

Es gibt ein interessantes Indiz dafür aus historisch hellerer Zeit: Wie wir von Cicero erfahren, wurden bei den Curiatcomitien in seiner Zeit die 30 Curien durch jeweils einen Lictor vertreten²⁹. Es ist klar, dass diese Verfahrensweise nur denkbar war, wenn die 30 Curien immer zustimmten. Denn wenn es Spielraum für positive oder negative Voten gegeben hätte, dann hätte sich der in Curien organisierte *populus* nicht vertreten lassen können. Die Curienversammlung der ciceronischen Ära verkörperte also die Einmütigkeit, den selbstverständlichen und nicht in Frage gestellten Konsens. Wann die Vertretung der Curien durch die Lictoren eingeführt wurde, ist völlig unklar³⁰. Aber vielleicht gab es überhaupt nie die gleichzeitige Versammlung der Curienmitglieder mit Abgabe des *suffragium*.

für Abstimmung der Centurien nacheinander innerhalb der Klassen, aber das scheint mir praktisch nicht möglich zu sein. Bei nur 10 Minuten pro Centurie führt das sukzessive Abstimmungsmodell zu über 32 Stunden Abstimmungszeit, selbst bei Abbruch nach der Hälfte immer noch zu 16 Stunden, bei 5 Minuten pro Centurie dann entsprechend zu 16 bzw. 8 Stunden.

²⁹ Cic. leg. agr. 2,31: *Sint igitur xviri neque veris comitiis, hoc est, populi suffragiis, neque illis ad speciem atque ad usurpationem vetustatis per xxx lictores auspicio- rum causa adumbratis constituti*. Vgl. 2,27: *... curiatis ... comitiis quae non initis* [gemeint ist das Volk].

³⁰ Der Eintrag bei Festus 480 L. s.v. *T ... lex curiata fertur*, in dessen Zentrum eine Episode aus dem Jahr 215 steht, gibt leider auch keinen Hinweis, da der Text zu sehr verstümmelt ist. Vgl. den Überblick über die Ergänzungsvorschläge bei Baudouin Strasse, *La loi curiate des magistrats*, in: RIDA 53 (2005) 385–387.

Als man die räumlich und vermutlich auch zeitlich unabhängigen Einzelversammlungen der Curien durch eine gleichzeitige Versammlung an einem Ort ersetzte, war es vorbei mit dem traditionellen *suffragium* per Lärmentfaltung. Da diese Abstimmungsmethode ja wohl allgemeine Zustimmung bedeutete, ist es durchaus möglich, dass man sie durch eine Alternative mit demselben Ergebnis ersetzte, und das könnte die Repräsentation jeder Curie durch jeweils einen Lictor gewesen sein. Es gibt meines Wissens keine Zeugnisse dafür, dass die Curiatcomitien jemals mit der Abgabe der Einzelstimme durch jeden anwesenden Bürger zu einem Abstimmungsergebnis kamen. Die mit einem solchen Verfahren verbundene Erweiterung der Chancen, Dissens zu markieren, wurde möglicherweise weder gebraucht noch lag sie nahe, als man das *suffragium* auf die gleichzeitige Versammlung aller Curien an einem Ort umstellen musste. Die Expression des Konsenses wurde hier vielleicht durch Repräsentation erreicht.

Doch wenn man das Volk nicht zusammentreten ließ, wenn es um die Zustimmung zum Antrag des Magistrats ging, dann heißt das, dass die rituell-symbolische Bedeutung der Volksversammlung gegenüber der instrumentellen geschwächt wurde. Dann hätte man nämlich das Ergebnis des Vorgangs, also die positive Entscheidung über die Vorlage, durch die Repräsentanten erzeugt, während man auf das Integrationserlebnis verzichtet hätte, das darin bestand, dass die Bürger miteinander kommunizierten und ihren Status als Teilnehmer an relevanten Entscheidungen erfuhren, dass sie erleben konnten, wie ihnen die Magistrate mit Höflichkeit begegneten unter Hervorhebung der besonderen Stellung des *populus* im Gemeinwesen. Aber das gilt natürlich nur für die Curiatcomitien, von den anderen Versammlungstypen wissen wir ja, dass sie regelmäßig die Abstimmungsmaschinerie ablaufen ließen, selbst wenn die Angelegenheit Routine und nicht dissensträchtig war. Die Abhaltung der Curiatcomitien ohne den *populus* ist wohl im römischen Institutionengefüge nur möglich gewesen, weil es gleichzeitig andere Versammlungen gab, zu denen die Bürger erschienen³¹.

3. Die Organisation der offenen Abstimmung bei gleichzeitiger Versammlung der Stimmkörperschaften

Erst als in Rom die genaue Auszählung der Stimmen eingeführt wurde, war eine klare Artikulation von Mehrheit und Minderheit möglich, und erst jetzt tauchte auch das Problem auf, dass eine Spaltung des *populus* offenbar werden konnte. Die Gründe für den Rückgriff auf ein solches Verfahren habe ich schon angedeutet: Sobald man die Untereinheiten gleichzeitig antreten ließ, war Stimmenzählung nötig, da die Grundauffassung vom Wahlvolk als Summe der Untereinheiten die Zurechenbarkeit der Stimme zur eigenen Stimmkörperschaft unumgänglich machte. Die theoretische Alternative, dass man die Stimmkörperschaften an einem Ort

³¹ Zum Verhältnis der verschiedenen Versammlungstypen zueinander vgl. *Jehne*, Integrationsrituale (wie Anm. 1) 290–292.

nacheinander zur Abstimmung durch Waffenlärm aufforderte, war praktisch vielleicht deshalb nicht opportun, weil die lautstarke Reaktion auf einen Vorschlag alle Merkmale spontanen Verhaltens trug, das sich nicht temporalisieren ließ, also konkret: Man konnte die unmittelbare Begeisterung, die man bei den Bürgern erzeugte, kaum zwei Stunden konservieren und dann auf Aufforderung hin abrufen, wenn die betreffende Gruppe von Bürgern endlich an der Reihe war.

Nach der Einführung der geheimen Abstimmung ab 139 v. Chr. stimmte man mit Hilfe von Stimmtäfelchen ab, die man in einen Korb warf³², und dieses Verfahren prägt die Vorstellungen unserer Quellen, die überwiegend erst später verfasst wurden, von Abstimmungsakten, selbst wenn sie über die frühe Republik schrieben. Vor einigen Jahren hat sich nun Jyri Vaahtera bemüht, das Dunkel um die frühen Verfahren durch neue Hypothesen etwas zu erhellen, wohl wissend, dass die Überlieferungslage keine sicheren Schlüsse zulässt³³. Er legt dar, dass man verschiedene Berichte bei Dionysios von Halikarnassos über den Einsatz von Stimmsteinen und Wahlurnen in der Frührepublik³⁴ allzu leicht verworfen hat, weil man selbstverständlich davon ausging, dass diese Utensilien erst nach der Einführung der geheimen Abstimmung erforderlich waren, die ab 139 erfolgte³⁵. Das sei aber ein unzulässiger Schluss, denn es sei durchaus möglich, dass nach der Abstimmung durch Lärmen ein Verfahren etabliert wurde, in dem tatsächlich mit Stimmsteinen operiert wurde, ohne dass man geheim abstimmte. Man habe vielleicht mit zwei Urnen für „ja“ und „nein“ operiert oder mit unterschiedlich gefärbten Steinen und habe so leicht auszählen können, wo die Mehrheit lag. Ob man nun offen abstimmte, indem man seine Option der dafür zuständigen Autoritätsperson laut mitteilte, oder ob man gleich seinen Stein in die entsprechende Urne warf, sei vom Ergebnis her auf dasselbe hinausgelaufen, wobei das Stimmsteinverfahren aber einfacher war. Daher solle man erwägen, ob sich denn nicht bei Dionysios ein realistisches Bild der Abstimmungen der Frühzeit erhalten hat, zumal die oft postulierte mündliche Abstimmung ebenfalls nicht klar überliefert ist und außerdem ähnlichen Organisationsaufwand erforderte³⁶.

Das Kardinalzeugnis, das Vaahtera für seine Theorie ins Feld führt, ist die Scaptius-Geschichte, die Livius am Ende seines 3. Buches in einiger Ausführlichkeit erzählt³⁷. Hier genügt eine knappe Zusammenfassung dieser sicher unhistorischen

³² Zur schrittweisen Einführung der geheimen Abstimmung für Wahlen (139 v. Chr.), Prozesse außer Hochverrat (137 v. Chr.), Gesetze (131 oder 130 v. Chr.) und Hochverrat (107 v. Chr.) vgl. zuletzt *Christoph Lundgreen*, Geheim(nisvoll)e Abstimmung in Rom. Die *leges tabellariae* und ihre Konsequenzen für die Comitien und die *res publica*, in: *Historia* 58 (2009) 36–70 (mit der älteren Literatur).

³³ *Vaahtera*, Pebbles (wie Anm. 11) 172, 177.

³⁴ *Vaahtera*, Pebbles (wie Anm. 11) 165 m. Anm. 11 verweist auf Dion. Hal. ant. 2,14,2; 3; 7,59 (ψηφοι); 10,41,3; 11,52,4 (Stimmsteine und Urnen).

³⁵ *Vaahtera*, Pebbles (wie Anm. 11) 166f.

³⁶ Vgl. *Vaahtera*, Pebbles (wie Anm. 11) 167–169.

³⁷ Liv. 3,71–73; vgl. Dion. Hal. ant. 11,52. Siehe dazu *Martin Jehne*, Scaptius oder der kleine Mann in der großen Politik. Zur kommunikativen Struktur der *contiones* in der römischen Republik, in: *Politica antica* 1 (2011) 59–87.

Episode³⁸. Ardea und Aricia hatten im Jahre 446 v. Chr. ihren Streit um einen Landstrich zur Diskussion und Entscheidung vor die römische Volksversammlung gebracht. Kurz bevor man zur Abstimmung schritt, erkämpfte sich der greise Plebeier Scaptius das Wort und behauptete, das Land hätten die Römer vor Jahren erobert und daher gehöre es ihnen. Trotz des Widerstands der Führungsschicht, die eine solche Schiedsgerichtsentscheidung zu den eigenen Gunsten als Schande ansah, stimmte das Volk für den Vorschlag des Scaptius.

Wenn wir auf den Ablauf der Versammlung schauen, in der Scaptius auftritt, so entspricht der in weiten Teilen dem, was wir aus zeitgenössischen Zeugnissen der späten Republik rekonstruieren können. Allerdings musste das übliche Ritual an einigen Stellen etwas gepresst werden, um diesen merkwürdigen Schiedsgerichtsfall in das Schema hineinzubekommen. Es gibt Versammlungsleiter, die Consuln, die den *populus* zusammengerufen haben, wie ständig erwähnt wird. Es findet sich sogar der seltene Ausdruck *concilium populi*³⁹, also die Kombination des *concilium*, das normalerweise bei der Plebeiersammlung verwendet wird, mit dem *populus*, dem *comitia* zugeordnet sind. Ob sich hier – wie Theodor Mommsen vermutet – bei Livius spiegelt, dass es sich um eine ganz ungewöhnliche Veranstaltung handelt, so dass der Ausdruck für die legitime Versammlung bewusst vermieden ist⁴⁰, darf man bezweifeln⁴¹. Doch Mommsen hebt zu Recht hervor, dass eine Schiedsgerichtsverhandlung vor dem Volk statt vor dem Senat oder vor vom Senat eingesetzten Richtern keine Parallele hat⁴². Der Bericht ist allerdings nicht klar hinsichtlich der Frage, ob es sich um Gerichts- oder Gesetzescomitien handelte, auch wenn die Quellen eher den Gerichtscharakter betonen⁴³. Die Diskussionen unmittelbar vor der eigentlich abstimmenden Versammlung entsprechen der üblichen *contio* vor Gesetzescomitien mit *suasio* und *dissuasio*, während das mehrstufige Verfahren der Gerichtscomitien nicht greifbar ist⁴⁴. Die Abstimmung

³⁸ Vgl. Jehne, Scaptius (wie Anm. 37) 62f. (mit weiterer Literatur).

³⁹ Liv. 3,71,3; vgl. die Zusammenstellung der insgesamt sieben Belege für diese Formulierung bei Joseph Farrell, The Distinction between *comitia* and *concilium*, in: Athenaeum 74 (1986) 428.

⁴⁰ Vgl. Mommsen, Staatsrecht III 1 (wie Anm. 6) 325, Anm. 2.

⁴¹ Farrell, Distinction (wie Anm. 39) 438 vertritt die Ansicht, Livius habe mit dem Ausdruck *concilium populi* in den frühen Büchern – und nur dort findet er sich – die Versammlung des auserwählten römischen Volkes von denen latinischer Nachbarn unterscheiden wollen. Da in unserem Beispiel der Streit der Latinergemeinden Ardea und Aricia verhandelt wird, wäre eine solche Abgrenzung nicht ganz sinnlos, aber wahrscheinlicher ist die Lösung von Francisco Pina Polo, Las contiones civiles y militares en Roma (Zaragoza 1989) 22–24, dass es sich um eine Variante für *contio* handelt.

⁴² Mommsen, Staatsrecht III 1 (wie Anm. 6) 325, Anm. 2.

⁴³ Bei Dion.Hal. ant. 11,52,3 sind die Römer vereidigte Richter, Liv. 3,71,1; 4,7,5 spricht von einem *iudicium populi*.

⁴⁴ Vgl. auch Francisco Pina Polo, Procedures and Functions of Civil and Military contiones in Rome, in: Klio 77 (1995) 207–209. Pina Polo, Las contiones (wie Anm. 41) 255; vgl. 47 rechnet diese Versammlung denn auch den Gesetzescomitien zu. Bei Dominique Hiebel, Rôles institutionnel et politique de la contio sous la République romaine (287–49 av. J.-C.) (Paris 2009) 402 ist diese *contio* als „politique“ charakterisiert. Da aber die Verhandlung auf eine Abstimmungsentscheidung zulief, musste nach der Diskussion ein Votum des Volkes in legislativer oder iudikativer Form erfolgen, das Etikett „politique“ hilft bei der Klassifizierung der Versammlung nicht.

war jedenfalls in den üblichen Alternativen – ich verurteile oder ich spreche frei bei Gerichtscomitien, ich stimme zu oder ich lehne ab bei Gesetzescomitien – nicht durchführbar, sondern musste auf die Entscheidung Ardea oder Aricia hinauslaufen. Natürlich hätte man auf die Frage: „Soll das Land den Ardeaten zugesprochen werden?“ mit ja oder nein antworten können, woraus sich die Entscheidung automatisch ergeben hätte⁴⁵. Allerdings war das nicht mehr möglich, als mit den Römern eine dritte interessierte Partei zur Auswahl stand⁴⁶. Bei Livius findet sich überhaupt kein Hinweis auf die Art der Abstimmung. Dagegen hat Dionysios von Halikarnassos hier das Detail beigezeichnet, dass für die ursprüngliche Entscheidung zwei Urnen, jeweils eine für Ardea und eine für Aricia, für jede *tribus* bereitstanden und dass nach der Intervention des Scaptius noch eine dritte für Rom dazugestellt wurde⁴⁷.

Dieser Bericht ist das wesentliche Argument für die Theorie von Vaahtera, man habe in Rom schon sehr frühzeitig mit Stimmsteinen und verschiedenen Urnen abgestimmt⁴⁸. Doch gerade weil Dionysios ein ernsthafter Gelehrter war, der auch Nachforschungen anstellte, um ein als solches erkanntes Problem zu klären, ist es wahrscheinlich, dass er auf seine drei Urnen genauso kam wie ich auf meine Ablösung der getrennten Versammlung der Curien durch die gemeinsame Versammlung der 30 Lictoren: über die Auffüllung der Überlieferungslücken mit strukturellen Überlegungen⁴⁹. Da es ein Problem gab, sich vorzustellen, wie das Volk drei Alternativen in einer Entscheidung bewältigte, konstruierte Dionysios eine Möglichkeit, wie das durchführbar wäre, indem er die ihm aus der eigenen Zeit bekannten Urnen, die seit der Einführung der geheimen Abstimmung ab 139 v. Chr. nötig waren, mit einer offenen Abstimmung kombinierte. Die Konsequenz meiner Einschätzung ist aber die, dass man dann diese Version des Dionysios auf derselben Ebene wie die von Vaahtera oder von mir ansiedeln muss, nämlich auf der einer spekulativen Interpretation, nicht aber auf der einer Quelle für das tatsächliche Verfahren des 5. Jahrhunderts. Auch wenn Vaahteras Vorschlag mit dem merkwürdigen Reformansatz Ciceros, der die für die geheime Abstimmung erforderlichen *tabellae* beibehalten, aber den Optimaten bekannt machen wollte⁵⁰, die Verbindung von Stimmtafeln oder -steinen mit offener Abstimmung teilt, bleibt er letztlich ohne Rückhalt in den Quellen und auch ohne stärkere Unterstützung durch strukturelle Überlegungen.

⁴⁵ Vgl. Wilhelm Weissenborn, Hermann J. Müller, Titi Livi ab urbe condita libri, erklärt von Wilhelm Weissenborn, bearbeitet von Hermann J. Müller, II (Buch III – V) (Neudruck der 6. Auflage, Berlin 101982) 159.

⁴⁶ Weissenborn, Müller, Livius II (wie Anm. 45) 159 erwägen, dass man bei Ablehnung der Frage, ob das Land an Ardea gehen sollte, entweder einfach folgerte, dass das Land dann eben den Römern gehöre, oder dass man dieses Ergebnis in einer erneuten Abstimmung habe erzielen können. Dagegen ist die Lösung des Dionysios erheblich eleganter.

⁴⁷ Dion. Hal. ant. 11,52,4.

⁴⁸ Vaahtera, Pebbles (wie Anm. 11) 165–172.

⁴⁹ Vgl. zu Dionysios' Konstruktionsanstrengungen auch Hall, Voting (wie Anm. 23) 275.

⁵⁰ Cic. leg. 3,10; 33; 38.

4. Die Botschaft der kaiserlichen Destinationscenturien

An dieser Stelle folgt ein großer Sprung von den Spekulationen über die Volksversammlungen der Frühzeit, also etwa des 5. Jahrhunderts v. Chr., zu den Abstimmungsmodalitäten der Spätzeit, also des frühen 1. Jahrhunderts n. Chr. Konkret geht es um die sog. Destinationscenturien, die unter den *principes* Augustus und Tiberius eingeführt wurden. Diese Neuordnung öffnet den Blick für den Charakter des römischen Abstimmungssystems, dem eben die Austarierung von Stimmen und die Dokumentation von Dissens und Minderheit grundsätzlich fern lag, so dass die Eingriffe der Kaiser hier keine Abweichung von der republikanischen Grundlinie darstellten. Voraussetzung für diese Deutung ist allerdings, dass man sich von der gängigen Interpretation löst, dass die Kaiser mit Hilfe der Abstimmungsreformen ihre Macht zu monopolisieren und mögliche Störfaktoren auszuschalten suchten.

Aber zunächst kurz zu den Veränderungen: Nach dem Tod der vorgesehenen Augustuserben Lucius und Gaius Caesar 2 bzw. 4 n. Chr. wurde im Rahmen der umfangreichen Totenehrungen und Gedenkanstrengungen im Jahre 5 n. Chr. auf Antrag der amtierenden Consuln die *lex Valeria Cornelia* verabschiedet, die den Wahlmodus für die Oberbeamten veränderte⁵¹. Konkret wurde für die Besetzung der Praeturen und Consulate angeordnet, dass künftig aus den Senatoren und den Rittern der ersten drei Richterdecurien zehn Stimmkörperschaften mit dem Namen der beiden Augustusenkel gebildet wurden⁵². Diese neuen Stimmkörper gaben über die Kandidaten für die hohen Ämter ein Vorabvotum ab – der in unserem zentralen Dokument, der Tabula Hebana, für den Vorgang gebrauchte Ausdruck lautet: *destinatio*⁵³. 19 n. Chr. kamen mit der *lex Valeria Aurelia* fünf

⁵¹ Aus der umfangreichen Literatur zur *lex Valeria Cornelia* sei hier verwiesen auf Gianfranco Tibiletti, *Principe e magistrati repubblicani. Ricerca di Storia Augustea e Tiberiana* (Roma 1953) 73–77; Arnold H.M. Jones, *The Elections under Augustus* (1955), in: *ders.*, *Studies in Roman Government and Law* (Oxford 1960) 27–50, 180–183; Peter A. Brunt, *The lex Valeria Cornelia*, in: *JRS* 51 (1961) 71–83; Regula Frei-Stolba, *Untersuchungen zu den Wahlen in der römischen Kaiserzeit* (Zürich 1967) 120–129. Grundlegend ist die Edition der zentralen Inschrift mit Übersetzung und Kommentar von Michael Crawford (Hrsg.), *Roman Statutes*, 2 Bde. (BICS Supplement 64, London 1996) I Nr. 37.

⁵² Wie Wolfgang D. Lebek, *Intenzione e composizione della „Rogatio Valeria Aurelia“*, in: *ZPE* 98 (1993) 87f. herausgearbeitet hat, sind die zehn Centurien, die 5 n. Chr. geschaffen wurden, bis zur *lex Valeria Aurelia* 19 n. Chr. einfach als *centuriae Caesarum* bezeichnet worden; erst als fünf weitere Centurien für Germanicus eingerichtet wurden, entstand der Differenzierungsbedarf (denn Germanicus hieß ja seit seiner Adoption durch Tiberius auch Caesar), und es war fortan von *centuriae C. et L. Caesarum* die Rede. Vgl. auch den Kommentar von Crawford, *Statutes* I (wie Anm. 51) 538. Die Zahl der Stimmberechtigten in diesen Destinationscenturien kann man ungefähr bestimmen: ca. 600 Senatoren und ca. 2400 Ritter (vgl. Dieter Flach, *Destinatio und nominatio* im frühen Prinzipat, in: *Chiron* 6 [1976] 194).

⁵³ Vgl. Crawford (Hrsg.), *Statutes* I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 6; 9; 35; 40; 43; 48, wo sich die Ausdrücke *destinatio* bzw. *destinare* finden. Die von Crawford in seinem Kommentar (*Statutes* I, S. 538) bekräftigte Auffassung, dass *destinatio* nicht als rechtlich verbindliche Festlegung zu verstehen ist, sondern als Meinungsäußerung, halte ich für völlig überzeugend. Doch liegt in einer öffentlichen Meinungsäußerung der höchsten Stände der Gesellschaft, wer gewählt werden soll,

weitere Centurien für Germanicus hinzu⁵⁴, 23 noch einmal fünf zu Ehren des jüngeren Drusus⁵⁵.

Wie weitgehend die drei Gesetze analog zueinander angelegt waren, ist nicht ganz klar. Während die *lex Valeria Aurelia* von 19 und das Gesetz für Drusus von 23 offenkundig eine Reihe von Ehrungen für die Verstorbenen anordneten, unter denen sich auch die Einrichtung von Destinationscenturien befand, können wir bei der *lex Valeria Cornelia* von 5 n. Chr. nicht wirklich sagen, ob sie neben der erstmaligen Schaffung von Destinationscenturien weitere Totenehrungen enthielt⁵⁶. Nun könnte man auf das Faktum verweisen, dass wir über die *lex Valeria Cornelia* überhaupt nur durch die Rückverweise in der Tabula Hebana, die Teile der späteren *lex Valeria Aurelia* enthält, etwas hören, unsere Überlieferung über das augusteische Gesetz von 5 n. Chr. also ausgesprochen bescheiden ist. Doch dass sich die Hinweise auf die *lex Valeria Cornelia* nur in den Teilen der *lex Valeria Aurelia* finden, die sich mit den Destinationscenturien befassen, während in den Teilen, die andere wiederkehrende Ehrungen festlegen, von einem Vorgängergesetz keine Rede ist⁵⁷, könnte man durchaus dahingehend deuten, dass die *lex Valeria Cornelia* ein Gesetz war, das sich nur mit der Veränderung des Wahlmodus 5 n. Chr. beschäftigte. Es ist nur für die späteren Gesetze von 19 und 23 gesichert, dass die Eingriffe in das Abstimmungsreglement nicht als eigene Gesetze für sich beschlossen wurden, sondern als Teile eines Bündels von Ehrungen für die Verstorbenen.

Im Rahmen dieser Gesetze wird ein komplexes Verfahren etabliert, wie die zur Abstimmung berechtigten Senatoren und Ritter anhand ihrer Tribuszugehörigkeit auf die zunächst 10, dann 15, schließlich 20 Destinationscenturien aufgeteilt werden⁵⁸ – darauf komme ich noch zurück (s. u. Kap. 5). Zunächst einmal gilt es die

eine so bedeutende *auctoritas*, dass man damit rechnen kann, dass sich das breitere Volk in den Comitien in der Praxis gerne davon leiten ließ.

⁵⁴ Der Text ist aus verschiedenen, mehr oder weniger fragmentarischen Inschriften, soweit es möglich ist, zusammenkompiliert von Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37.

⁵⁵ Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 38. Vgl. knapp und klar zu diesen Maßnahmen Dietmar Kienast, Augustus. Prinzeps und Monarch (Darmstadt 1999) 163f.

⁵⁶ Jones, Elections (wie Anm. 51) 39 schließt dagegen, dass Augustus die Wahlreform „by making it a part of the honours paid to the recently deceased princes“ gegen möglichen Widerstand immunisierte, da solcher in diesem Kontext pietätlos gewesen wäre. Doch ist die Prämisse, dass die *lex Valeria Cornelia* nicht nur die Wahlen, sondern auch die Totenehrungen regelte, nur aus der unbeweisbaren Analogie mit der *lex Valeria Aurelia* abgeleitet.

⁵⁷ Also nicht in den Fragmenten aus der Tabula Siarensis (Fragment (b), Col. III) und dem Todi-Fragment, die von Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 der *lex Valeria Aurelia* zugeordnet werden (S. 518f.; 521), und auch nicht in den Teilen der Tabula Hebana, die sich mit den weiteren Ehren für Germanicus beschäftigen (ebd. Z. 1–5; 50–62). Da hier auch wiederkehrende Rituale vermerkt sind, wäre eine Regelung der Durchführungsdetails durch Analogisierung mit einer früheren *lex* für C. und L. Caesar durchaus möglich gewesen. Bei der Aufnahme des Namens von Germanicus in die Litaneien der Salier wird dezidiert betont, dass C. und L. Caesar dieselbe Ehrung erhalten hatten, aber es fehlt jeder Verweis auf die *lex Valeria Cornelia* (Tabula Hebana Z. 4f.).

⁵⁸ Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 6 u. ö. (10 Centurien); Z. 6f. u. ö. (15 Centurien); Nr. 38 (20 Centurien).

Vorstellung zu prüfen, es handele sich hier um einen Eingriff des Augustus, um seine Kandidaten besser durchzusetzen⁵⁹. Die zugrundeliegende Prämisse ist jedoch problematisch. Zwar wird uns des Öfteren überliefert, dass es in augusteischer Zeit Auseinandersetzungen um die Ämter gab⁶⁰, aber die selbstverständliche Annahme, dass das den *princeps* störte, ist fragwürdig. Warum sollte sich Augustus unwohl fühlen, wenn römische Senatoren um die Ämter konkurrierten und damit unter Beweis stellten, dass alles so wie früher in der alten *res publica* war? Wenn die Ordnung allzu sehr gestört wurde, wie es bei Augustus' Abwesenheit im Osten 22 bis 19 v. Chr. der Fall war, dann musste nach allgemeinem Empfinden etwas geschehen, aber nach seiner Rückkehr ergriff Augustus ja auch entsprechende Gegenmaßnahmen⁶¹. Und dass die Kandidaten, für die sich Augustus persönlich einsetzte, tatsächlich nicht gewählt wurden, ist äußerst unwahrscheinlich.

In der Tabula Hebana ist das Verfahren recht deutlich erkennbar. Die Destinationscenturien stimmen, nachdem sie durch Los ad hoc zusammengestellt worden sind, in ausgeloster Reihenfolge ab⁶². Danach werden die Abstimmungsurnen, in denen sich die Stimmtäfelchen befinden, versiegelt und den Praetoren anvertraut, die dem *aerarium* vorstehen, und die sorgen dafür, dass die Urnen unversehrt zur Saeptra gebracht werden⁶³, offenbar an dem Tag, an dem die Centuriatcomitien die Wahlen durchführen sollen. Dann werden die Siegel erbrochen, die Stimmen ausgezählt, und in ausgeloster Reihenfolge werden die Ergebnisse verkündet⁶⁴.

In der Forschung hat man häufig angenommen, dass die Destinationscenturien so viele Empfehlungen für Kandidaten produzierten, wie Stellen zu besetzen waren⁶⁵. Dieses Resultat ist auf zweierlei Weisen erreichbar: Entweder es gab von

⁵⁹ Vgl. u. a. Jones, Elections (wie Anm. 51) 38–45; Kienast, Augustus (wie Anm. 55) 164. Anders sieht das z. B. Richard J. A. Talbert, The Senate of Imperial Rome (Princeton 1984) 341f.

⁶⁰ Für die Wahlunruhen in dieser Zeit vgl. Frei-Stolba, Wahlen (wie Anm. 51) 101–120; A. J. Holaday, The Elections of Magistrates in the Early Principate, in: Latomus 37 (1978) 883–885.

⁶¹ Wahlunruhen 22 und 21 v. Chr. hatten dazu geführt, dass man Augustus, der im Osten weilte, um seine Rückkehr bat (Dio 54,6,1–3). Egnatius Rufus löste 19 v. Chr. durch seine Ambitionen massive Konflikte aus, vgl. Vell. 2,91,3–92,4; Dio 53,24,4–6; dazu Philippe Badot, A propos de la conspiration de M. Egnatius Rufus, in: Latomus 32 (1973) 606–615; Kurt A. Raaflaub, Loren J. Samons II, Opposition to Augustus, in: Kurt A. Raaflaub, Mark Toher (Hrsg.), Between Republic and Empire. Interpretations of Augustus and His Principate (Berkeley, Los Angeles, Oxford 1990) 427; Darryl A. Phillips, The Conspiracy of Egnatius Rufus and the Election of Suffect Consuls under Augustus, in: Historia 46 (1997) bes. 109–112; Anthony R. Birley, Q. Lucretius Vespillo (cos. ord. 19), in: Chiron 30 (2000) 716–719; Francesca Rohr Vio, Le voci del dissenso. Ottaviano Augusto e i suoi oppositori (Padova 2000) 169–187. Wegen der Unruhen mit Mord und Totschlag erkannte der Senat dem einzigen amtierenden Consul in der ersten Jahreshälfte 19 v. Chr., Sentius Saturninus, sogar eine Leibwache zu, wovon dieser allerdings keinen Gebrauch machte (Dio 54,10,1f.).

⁶² Zur Zusammenstellung der Centurien s. u. Kap. 5. Zur Abstimmung: Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 27–32.

⁶³ Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 34 s. (s. u. Anm. 72).

⁶⁴ Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 35–46.

⁶⁵ Vgl. William Seston, La procédure de la „pronuntiatio“ dans la „destinatio“ des consuls et des préteurs d'après la „Tabula Hebana“, in: REL 33 (1955) 41; Tibiletti, Principe (wie Anm. 51) 19f.; 27; Frei-Stolba, Wahlen (wie Anm. 51) 122f.; Rolf Gilbert, Die Beziehungen zwischen Princeps

vonherein nicht mehr Kandidaten als Posten, oder die Destinationsentscheidungen reduzierten eine größere Bewerberzahl durch eine Mehrheitsentscheidung, die so viele Gewinner erzeugte, wie es Stellen gab. Letzteres hat man wiederholt aus der Vorschrift erschlossen, dass die Ergebnisse in ausgeloster Reihenfolge verkündet werden sollten⁶⁶. Tibiletti und andere haben auf die Parallele in den republikanischen Centuriatcomitien hingewiesen und daraus abgeleitet, dass die Auslosung der Ergebnisverkündung nur Sinn mache, wenn nach dem Erreichen der Mehrheit abgebrochen wurde⁶⁷. Dass der Abbruch in der Tabula Hebana nicht erwähnt ist, könnte man mit der Hypothese erklären, dass in dieser Inschrift ja ein Teil des späteren Gesetzes von 19 n. Chr., der *lex Valeria Aurelia*, erhalten ist und dort immer wieder pauschal auf die Bestimmungen der früheren *lex Valeria Cornelia* verwiesen wird, die jetzt nur wegen der Schaffung von fünf weiteren Centurien mit dem Namen des Germanicus adaptiert werden müssen⁶⁸. Da die Abbruchregel schon in der *lex Valeria Cornelia* von 5 n. Chr. gestanden haben könnte und weiter gelten sollte, hätte sie in den Ergänzungen von 19 n. Chr. nicht eigens wiederholt werden müssen. Akzeptiert man diese Überlegung, so folgt daraus, dass im Normalfall das Endergebnis der Destination die Empfehlung einer Zahl von Kandidaten war, die der Zahl der zu besetzenden Stellen entsprach⁶⁹.

und stadtrömischer Plebs im frühen Principat (Bochum 1976) 256; Jochen Bleicken, Augustus. Eine Biographie (Berlin 1998) 442; Kienast, Augustus (wie Anm. 55) 164; Maria H. Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand im augusteischen Principat. Die Konkurrenz zwischen *res publica* und *domus Augusta* (Historia Einzelschriften 140, Stuttgart 2000) 187; Claude Nicolet, La *destinatio* à la lumière de la *Tabula Siarensis* et de Dion Cassius, in: *Augusto Fraschetti* (Hrsg.), La commemorazione di Germanico nella documentazione epigrafica. Tabula Hebana e Tabula Siarensis (Roma 2000) 235f.; 252f.

⁶⁶ Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 39–46.

⁶⁷ Vgl. Tibiletti, Principe (wie Anm. 51) 21–27; Seston, Procédure (wie Anm. 65) 40; Jones, Elections (wie Anm. 51) 37; Frei-Stolba, Wahlen (wie Anm. 51) 122f.; Nicolet, La *destinatio* (wie Anm. 65) 227f.

⁶⁸ Vgl. Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 46–50: *isq(ue) numerus centuriarum qui b(ac) r(ogatione) adicitur in nu[merum] centuriar(um) C(ai) et L(uci) Caesar(um)] / perinde cedat atq(ue) eum numerum qui (decem) centuriar(um) est cedere ex lege quam Cinna et Volesus co(n)s(ules) tulerunt cautum] / comprehensumve est uti cedat; itaq(ue) qui co(n)s(ulum) pr(aetorum) creandorum caussa destinationem[ex b(ac) r(ogatione) habebit, is, uti omnium tribuum] / ratio habeatur itaq(ue) suffragium feratur, curet; cetera quae nominatim b(ac) / r(ogatione) script[a non sunt ea omnia perinde atq(ue)] / ex ea lege quam Cinna et Volesus co(n)s(ules) tuler(unt) agantur fiant servantur*. Vgl. Tibiletti, Principe (wie Anm. 51) 24.

⁶⁹ Allerdings ist der Schluss von der Auslosung der Reihenfolge bei der Resultatsverkündung auf den Abbruch bei Erreichen der Mehrheit nicht so sicher wie manchmal angenommen. Es war unvermeidbar, dass Ergebnisse nacheinander verkündet wurden, da man sie sonst ja nicht verstanden hätte (vgl. nur Hall, Voting [wie Anm. 23] 272). Bei den hochsymbolischen Abstimmungsritualen der Römer wäre die Willkür des Versammlungsleiters oder gar des Ausrufers kein der Bedeutung angemessenes Verfahren gewesen, und so blieben eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Man loste entweder alles aus, oder man verfuhr nach Auslosung einer ersten Einheit entsprechend des *ordo tribuum*, der festen Reihenfolge der *tribus* (vgl. dazu Lily Ross Taylor, The Voting Districts of the Roman Republic. The Thirty-five Urban and Rural Tribes [Roma 1960] 69–78), die vielfach die Abstimmungseinheiten bildeten. Der Rückgriff auf die stabilisierte Tribusliste ist nicht eindeutig bezeugt (vgl. immerhin Cic. leg. agr. 2,79), wird aber mit recht guten Gründen vermutet, s. Fraccaro, Procedura (wie Anm. 23) 249; Staveley, Voting (wie Anm. 10) 155f.; Claude

Um das Verfahren und seine Entwicklung zu verstehen, muss grundlegend zwischen der Zeit des Augustus und der des Tiberius unterschieden werden. Gleich zu Anfang seines Principats hatte Tiberius in irgendeiner Weise den Senat in die Kandidatenkür eingeschaltet, wie uns Tacitus berichtet⁷⁰. Auch wenn der Inhalt dieser Reform in der Forschung hochumstritten ist, war doch jedenfalls den Destinationscenturien damit eine weitere Vorauswahl vorgeschaltet, die möglicherweise dazu führte, dass den *centuriae Caesarum* nur noch Listen mit Kandidaten für Consulat und Praetur präsentiert wurden, deren Zahl der Menge der Stellen entsprach⁷¹. Die Destinationscenturien vollzogen im Anschluss an die Senatsbefassung ihren Abstimmungsakt⁷², und die destinierten Bewerber wurden danach

Nicolet, *Le métier de citoyen dans la Rome républicaine* (Paris 1979) 385; *Jehne*, *Integrationsrituale* (wie Anm. 1) 286 Anm. 50. Doch da man das Problem, wie man Chancengleichheit bei der Reihenfolge herstellen konnte, überhaupt nur über die Tribusliste lösen konnte, wenn die Angehörigen einer Abstimmungseinheit alle derselben *tribus* angehörten, stand dieser Ausweg für die Destinationscenturien gar nicht zur Verfügung, denn die wurden ja bekanntlich aus mehreren Tribus zusammengelost (s. u. Kap. 5). Dass Auslosung auch einfach dem Zweck dienen konnte, die Egalität von Stimmkörperschaften zu wahren, zeigt im Übrigen die in der Tabula Hebana überlieferte Losung der Abstimmungsreihenfolge bei den Destinationscenturien (vgl. *Crawford*, *Statutes I* [wie Anm. 51] Nr. 37 Z. 27–32).

⁷⁰ Tac. ann. 1,15,1: *tum primum e campo comitia ad patres translata sunt*; vgl. auch Vell. 2,124,3; Dio 58,20,3f.

⁷¹ Dass die Destinationscenturien weiter fungierten, hat G. W. Clarke, *The destinatio centuries in A.D. 14*, in: *Historia* 13 (1964) 383f. zwingend aus der Tabula Hebana abgeleitet (*Crawford*, *Statutes I* [wie Anm. 51] Nr. 37 Z. 6f.). Es wird zumeist angenommen, dass nach dieser Wahlreform des Tiberius die Zahl der nach der Senatsdebatte antretenden Kandidaten mit der Stellenzahl identisch war, wobei die Vorstellungen darüber, wie die Senatsbefassung ablief und wie verbindlich das Ergebnis war, z.T. weit auseinanderklaffen, vgl. *Jones*, *Elections* (wie Anm. 51) 46f.; *Brunt*, *Lex Valeria Cornelia* (wie Anm. 51) 71; *ders.*, *The Role of the Senate in the Augustan Regime*, in: *CQ* 34 (1984) 429; *Walter K. Lacey*, *Nominatio and the Elections under Tiberius*, in: *Historia* 12 (1963) 172; *Mario Pani*, *Comitia e senato. Sulla trasformazione della procedura elettorale a Roma nell'età di Tiberio* (Bari 1974) 90–93; *Talbert*, *Senate* (wie Anm. 59) 342; *Maria H. Dettenhofer*, *Die Wahlreform des Tiberius und ihre Auswirkungen*, in: *Historia* 51 (2002) 349f. *Flach*, *Destinatio* (wie Anm. 52) 201 ist der Ansicht, die Senatoren hätten sich schon nach der *lex Valeria Cornelia* abgesprochen, um sich eine Niederlage bei den Destinationscenturien, die schließlich die Crème der römischen Gesellschaft umfassten, zu ersparen. Das ist nicht sehr wahrscheinlich, war doch die Niederlage immer schmerzlich gewesen, ohne dass dieses Risiko dazu geführt hatte, dass man lieber nicht antrat.

⁷² Die Auffassung von *Christopher J. Simpson*, Tacitus and the Praetorian Elections of A.D. 14, in: *PP* 36 (1981) 305–310, 14 n. Chr. sei eingeführt worden, dass der Senat erst nach der Abstimmung der Destinationscenturien die dort produzierten Vorschläge behandelte und dann eine Entscheidung traf, die an die Stelle der Centuriatcomitien getreten sei, würde zwar ein einfaches Verständnis des viel diskutierten Satzes von Tacitus (s. o. Anm. 71) ermöglichen, widerspricht aber der Tabula Hebana und ist daher unhaltbar, vgl. *Crawford*, *Statutes I* (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 34–38: ... *item quod ad cista[s] suffragis latissimas signandas et praetoribus qui aerario praesunt praer[est]at ut tra[n]sferendas ut cum suffragis / destinationis in saepe deferantur, de quibus signis cognoscendis, suffragis diribendis, ea omnia quae eius / rei causa in ea lege quam Cinna et Volesus co(n)s(ules) de (decem) centuriis Caesar(um) tuler(unt) scripta comprehensae sunt / servet, eademque omnia in <<quindecim>> centuriis agat faciat agenda facienda curet uti eum ex ea lege, quoniam Cinna et Volesus co(n)s(ules) / tulerunt, [in (decem)] centurias Caesar(um) agere facere oporteret, quaeque ita acta erunt ea iusta rataque sint*; ... Da sowohl nach der *lex Valeria Cornelia*, als auch nach der *lex Valeria Aurelia* die Abstimmungskörbe der Destinationscentu-

in den Centuriatcomitien formell gewählt. Dass den Destinationscenturien unter Tiberius tatsächlich Einheitslisten vorgelegt wurden, scheint mir nun aus einer Bestimmung der Tabula Hebana mit einiger Wahrscheinlichkeit hervorzugehen. Denn es wird dort dargelegt, dass die von den ausgelosten Centurien präferierten Kandidaten je nachdem, ob die Centurie zu den zehn des C. und des L. Caesar oder zu den fünf des Germanicus gehörte, im Namen des C. und des L. Caesar bzw. des Germanicus ausgerufen werden sollten⁷³. Diese merkwürdige Regelung, dass die verstorbenen Heroen des Kaiserhauses regelmäßig als Empfehler von Kandidaten fungierten, hat meiner Ansicht nach eine klare Konsequenz: Ein Dissens der Destinationscenturien war kaum vermittelbar. Es ist nicht vorstellbar, dass vor den Consulcomitien verkündet wurde: „C. und L. Caesar empfehlen X und Y“, und fünf Minuten später: „C. und L. Caesar empfehlen A und B“⁷⁴. Gerade wenn man mit dieser Ausrufung der Ergebnisse als Empfehlung der Caesares eine gewisse Präsenz der betrauten Prinzen evozieren wollte, konnte man sie nicht in die Schizophrenie hineintreiben, dass sie ständig jemand anderen empfahlen.

Dass damit die Abstimmung der Destinationscenturien ohne jeden Entscheidungsgehalt war, passt gut zu der Anordnung der Abstimmungsreform des Jahres 19 n. Chr. in einem Gesetz, das umfassend alle möglichen Ehrungen für den jüngst verstorbenen Germanicus beschloss. Es ging dann wirklich nur um eine Ehrung, nicht mehr um einen relevanten Eingriff in das Wahlverfahren, folglich war es auch kein Problem, dass die Reform des Wahlakts zu Ehren des verstorbenen Germanicus in einem Gesetz unterging, mit dem viele andere Ehrenakte auch noch beschlossen wurden. Aber für die Zeit des Augustus gilt nicht automatisch dasselbe. Die offizielle Vorentscheidung des Senats war noch nicht etabliert, es könnte sich also durchaus eine größere Schar von Bewerbern den Destinationscenturien präsentiert haben. Dafür spricht die Notiz des Cassius Dio, dass Augustus wohl für 7 n. Chr. alle Magistrate persönlich bestimmte, da es zu Wahlunruhen

rien versiegelt und der Aufsicht des *praetor aerarii* übergeben wurden, der sie zur *Saepta*, also dem Abstimmungsplatz der Centuriatcomitien, schaffen ließ, wo die Siegel geprüft und erbrochen und die Stimmen ausgezählt wurden, ist gesichert, dass die Verkündung der Abstimmungsergebnisse (in ausgeloster Reihenfolge, Z. 39–46) in der *Saepta* erfolgte, was nur Sinn macht, wenn dort das Volk versammelt war und danach zur Abstimmung schritt.

⁷³ Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 41–46: <ex> (*decem*) *centur(is) [C(ai) et L(uci) Caesarum tabellam cent/uriae eius quae sorte ducta esset recitare deberet, dum quae tabula centuriae C(ai) [et L(uci) Caesar(um) sorte ducta / erit eam sub nomine C(ai) et L(uci) Caesarum recitandam quique] ea centur(ia) candidati destinati sint unumquemque] sub illo/rum nomine renuntiandum curet, quae tabula ex is centuris quae Germanici Caesaris ex h(ac) rogatione appellantur sorte ducta erit eam sub nomine Germanici Caesar(is) recitandam quique] ea centuria candidati destinati sint unumquemque] sub / eo nomine renuntiandum curet.*

⁷⁴ Das Verkündigungsformular ist nicht erhalten, und so vermutet etwa Nicolet, *La destinatio* (wie Anm. 65) 227: „la 1ère centurie des Césars a proclamé destinés au consulat Untel et Untel, la 2ème centurie de Germanicus Untel et Untel“. Aber die Formulierung: *eam sub nomine Germanici Caesar(is) recitandam quique] ea centuria candidati destinati sint ...* (Crawford, Statutes I [wie Anm. 51] Nr. 37 Z. 45) scheint mir die oben im Text gebotene Version nahezulegen: Der Wahlleiter erhält die *tabula* mit dem Wahlergebnis der betreffenden Centurie, und diese *tabula* ist vorzulesen unter dem Namen des Germanicus, oder klarer: im Namen des Germanicus.

gekommen war⁷⁵. Wahlunruhen setzen heftigen Wahlkampf voraus, der ohne das Risiko, dass man bei den Wahlen auch durchfallen könnte, keinen Sinn macht⁷⁶. Demnach war es mit dem öffentlich ausgetragenen Wettbewerb nach der Einführung der Destination nicht vorbei. Wir müssen auch nicht annehmen, dass die in augusteischer Zeit in den Destinationscenturien siegreichen Kandidaten im Namen der Caesares ausgerufen wurden – in der entsprechenden Passage der Tabula Hebana gibt es keinen Rückbezug auf die *lex Valeria Cornelia*⁷⁷.

Wenn wir akzeptieren, dass sich häufiger mehr Kandidaten zur Wahl stellten, als Plätze zu vergeben waren, dann ist allerdings anzunehmen, dass sich ein stärkerer Dissens über die zu wählenden Kandidaten gerade bei den Senatoren und Rittern niederschlug, die in den Destinationscenturien stimmten. Senatorische Amtsbewerber, die heftig und aussichtsreich um eine Mehrheit kämpften, dürften über relevanten Anhang in den oberen Kreisen verfügt und normalerweise nicht erst bei der ersten Abstimmungsklasse der Centuriatcomitien Resonanz erzielt haben. Wir müssen also damit rechnen, dass sich die intensiven Verbindungen der Kandidaten auch in den Ergebnissen der Destinationscenturien niederschlugen. Aus der Tabula Hebana geht hervor, dass es zwar eine zuerst stimmende Centurie beim Destinationsverfahren gab, aber da das Ergebnis nicht vor der Abstimmung der nächsten Centurien verkündet wurde, fungierte die erste Abstimmungseinheit nicht als *centuria praerogativa*⁷⁸. Wahrscheinlich wären die Führungsschichten aufgrund ihrer besseren Kandidatenkenntnis und stärkeren Präferenzen⁷⁹ auf dieses Vereinheitlichungsangebot ohnehin nicht sonderlich angesprungen. Insgesamt ist nicht erkennbar, wie es die Destinationscenturien dem Kaiser erleichtern sollten, seine Wünsche durchzusetzen⁸⁰. Ob es den Senatoren und Rittern gelang, ein leidlich geschlossenes Votum zusammenzubringen, war ganz ungewiss, und selbst falls die Verkündigung der Ergebnisse nach dem Erreichen der Mehrheit abgebrochen wurde, dann konnte das davon ausgehende Signal, wenn eben der Abbruch erst spät erfolgte⁸¹ und andere Kandidaten auch Centurien gewonnen hatten, sehr

⁷⁵ Dio 55,34,2. Die Vermutung von Lacey, Nominatio (wie Anm. 71) 171, dass Augustus seither vollständige Kandidatenlisten präsentierte, ist unbegründet, vgl. nur Holladay, Elections (wie Anm. 60) 880.

⁷⁶ Vgl. auch Holladay, Elections (wie Anm. 60) 879; 884.

⁷⁷ Vor dem entscheidenden Text (Crawford, Statutes I [wie Anm. 51] Nr. 37 Z. 41–46, s. o. Anm. 73) ist die *lex Valeria Cornelia* erwähnt, aber das bezieht sich auf die vorangehende Verpflichtung des Wahlleiters, die Ergebnisse der Centurien nach Auslosung bekannt zu geben.

⁷⁸ Vgl. Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 27–32.

⁷⁹ Vgl. zur Auswirkung starker und schwacher Präferenzen auf die Disposition der Wähler, die Empfehlungen der *centuria praerogativa* aufzunehmen, einige Überlegungen bei Martin Jehne, Le système électoral des Romains et le désespoir des candidats, in: Revue historique de droit français et étranger 87 (2009) 499–512.

⁸⁰ Der Vorschlag von Nicolet, La *destinatio* (wie Anm. 65) 253, in die Lücke in Crawford, Statutes I (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 48 *extra ordinem* als Charakterisierung der Sieger des Destinationsverfahrens einzufügen, so dass diese dann eben außerhalb der Kandidatenliste als Favoriten des Princeps den Comitien präsentiert und pflichtschuldigst gewählt wurden, ist unbeweisbar.

⁸¹ Es konnte sogar passieren, dass keine Mehrheit zustandekam. Wenn wir für Consulwahlen von zwei Stimmen pro Centurie ausgehen, dann waren von den 10 Centurien insgesamt 20 Stim-

unklar sein und keine nennenswerte Vereinheitlichungswirkung mehr erzielen. Da der formale Wahlakt der Centuriatcomitien – also die Abstimmung, die erst eine verbindliche Wahl bedeutete⁸² – danach erst richtig begann, war das Rennen mit der Destination, falls es denn mehr Kandidaten als Stellen gegeben hatte, noch nicht zwangsläufig gelaufen.

Wenn Augustus darauf erpicht gewesen wäre, den Wettbewerb in der Führungsschicht um die Ämter zu unterbinden, dann wären die Destinationscenturien kein sonderlich geeignetes Mittel gewesen. Die Unterstellung, Augustus habe seine Ziele durch informell mitgeteilte Willensäußerungen erreicht, ist nicht zu widerlegen, aber auch nicht zu beweisen; jedenfalls verhält sie sich neutral zur Einführung der Destinationscenturien, denn diese Form der Beeinflussung stand Augustus auch ohne den veränderten Wahlablauf offen. Außerdem ist nicht zu sehen, warum er den Druck, mit dem er den Rückzug von Kandidaten oder die Festlegung auf von ihm präferierte hätte befördern können, nicht auf Senatsebene hätte ausüben können. Die Destinationscenturien machen also nur Sinn als große Ehrung einerseits für die verstorbenen Söhne C. und L. Caesar und damit auch für Augustus und sein Haus, andererseits aber vor allem auch als eine Erhöhung für die Senatoren und die älteren Ritter, die in den Gerichtsdecurien tätig waren⁸³. Die obersten Stände wurden so in den vornehmsten Entscheidungen der Centuriatcomitien, den Wahlen der Oberbeamten, deutlich aus der Volksversammlung herausgehoben und damit betraut, dem *populus* die Richtung zu weisen. Gleichzeitig wurde die hierarchische Grundstruktur der Centuriatcomitien⁸⁴ so in einleuchtender Weise ausgebaut. Mit der Regelung von 5 n. Chr. erhielten die Senatoren und Ritter mehr Einfluss. In der Praxis dürften aber die Destinationscenturien infolge der internen Uneinigkeit keineswegs immer klare Ergebnisse produziert haben, denen der *populus* dann in einer offiziellen Wahl hätte Gültigkeit verleihen können. Daher wechselte Tiberius nicht das Ziel, aber die Mittel und schaltete den Senat direkt in die Kandidatenauswahl ein, was vermutlich auf Pläne des Augustus zurückging⁸⁵. Am Ziel des Augustus hatte sich dadurch nichts geändert: Die

men zu gewinnen. Schon bei 4 Kandidaten konnte es vorkommen, dass keiner oder nur einer die erforderliche Mehrheit der Centurien, also 6, erreichte.

⁸² Zur rechtlichen Position der *destinatio* s. o. Anm. 53.

⁸³ Vgl. Brunt, Lex Valeria Cornelia (wie Anm. 51) 76; Flach, Destinatio (wie Anm. 52) 200f.; Lebek, Intenzione (wie Anm. 52) 90.

⁸⁴ Vgl. Jehne, Integrationsrituale (wie Anm. 1) 285f.; s. auch Mario Pani, Memoria dei Cesari e organizzazione del *novus status rei publicae*, in: Augusto Fraschetti (Hrsg.), La commemorazione di Germanico nella documentazione epigrafica. Tabula Hebana e Tabula Siarensis (Roma 2000) 209–216, bes. 212.

⁸⁵ Dass Tiberius hier einen Plan des Augustus ausführte, könnte stehen hinter Vell. 2,124,3: ... *primum principalium eius* [d. h. des Tiberius] *operum fuit ordinatio comitorum, quam manu sua scriptam divus Augustus reliquerat*. Allerdings sieht z. B. Nicolet, La *destinatio* (wie Anm. 65) 241f. Anm. 42 in der *ordinatio* nur die Präsentation der Kandidatenliste. Doch wie dem auch sei: Die Einschaltung des Senats geht aus Tacitus (s. o. Anm. 70) bei unbefangener Lektüre hervor. Gerade in dieser Anfangsphase seiner Regierung hielt sich aber Tiberius so stark an die Vorgaben des Augustus, dass man annehmen kann, dass er sich auch bei dieser Maßnahme auf eine Emp-

Crème der römischen Gesellschaft sollte auf die Wahlen wesentlichen Einfluss ausüben. Aber jetzt wurde die Gruppe verkleinert und auf die Senatoren reduziert, die allerdings aus eigener Kraft kaum in der Lage waren, solche Entscheidungen über das interne *Avancement* zu produzieren⁸⁶. Der Senat bedurfte der ‚Hilfe‘ des *Princeps*, um zu einer eindeutigen Vorauswahl zu gelangen.

Mit dem unter Tiberius verfestigten Wahlsystem für die Oberbeamten wurden die *Centuriatcomitien* Teil eines Konsenssystems, in dem das strukturelle Grundelement dieser Volksversammlung, dass sie nämlich gesellschaftliche Hierarchie abbilden und dem *populus* die Zustimmung zu den weisen Vorschlägen der Führungsschicht ermöglichen sollte, in reiner Form verwirklicht wurde. Zunächst berieten Senat und *Princeps* über die Kandidaten und machten eine Liste, der dann die Senatoren und die wichtigeren Ritter in der *destinatio* beipflichteten. Wohlgeordnet traten beim Abstimmungsakt jeder einzelnen *Tribus* in der zugelosten *Destinationscenturie* erst die Senatoren und dann die Ritter zur Stimmabgabe an⁸⁷, so dass hier die Ständehierarchie sorgsam inszeniert wurde, während die Zusammenfassung beider *ordines* in den *Centurien* das Zusammenwirken der Oberschicht zum Ausdruck brachte. Nachdem das Ergebnis der Abstimmung der *Destinationscenturien* dem versammelten *populus* verkündet worden war, erhielt dieser in der traditionellen Ordnung der *Centuriatcomitien* Gelegenheit, sein Einverständnis zu bekunden, und erst durch diesen Akt wurden die Kandidaten offiziell ins Amt gebracht: Das Recht des *populus*, die Magistrate zu wählen, blieb selbstverständlich gewahrt. Dass wir reflexhaft dazu neigen, uns über den gigantischen Aufwand zu wundern, der mit den beiden Versammlungen der *Destinationscenturien* und der *Centuriatcomitien* getrieben wurde, obwohl die Selektion schon vorher durchgeführt worden war, liegt an unserer Prägung durch Konkurrenzabstimmungen nach der Mehrheitsregel statt durch Konsensentscheidungen. Eine solche Perspektive lag den Römern offenbar fern. Die Partizipation der Bürger konnte auch in der alternativlosen Zustimmung bestehen und der persönliche Gewinn bei der Teilnahme eher in der performativen Demonstration von Konsens als im relevanten Einfluss auf eine Entscheidung.

5. Die Mehrheit und die Vollständigkeit

Für das Problem des Verhältnisses von Mehrheitsregel und Konsens ist eine Eigenart römischer Volksversammlungen besonders wichtig: die Abstimmung in Stimmkörperschaften. Wie ich schon erwähnt habe, war die römische Bürgerge-

fehlung des Augustus stützte; vgl. auch u. a. Lacey, *Nominatio* (wie Anm. 71) 170; Holladay, *Elections* (wie Anm. 60) 888.

⁸⁶ In der Republik waren daher die statuserhöhenden Entscheidungen zwischen Senatoren nach außen verlagert, konkret in die Volksversammlungen, welche die Magistrate wählten. Vgl. zu diesem Zusammenhang vor allem Karl-Joachim Hölkeskamp, *Reconstructing the Roman Republic. An Ancient Political Culture and Modern Research* (Princeton 2010) 98–101.

⁸⁷ Vgl. Crawford, *Statutes I* (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 27–32.

meinschaft in Untereinheiten gegliedert, wobei ich hier nicht klären muss, inwieweit sie aus solchen Einheiten zusammengewachsen ist bzw. inwieweit solche Einteilungen erst entstanden bzw. vorgenommen wurden, als Rom schon existierte. Im Falle der Curien ist ganz offenkundig, dass die Untereinheiten ein Eigenleben besaßen, und offenbar erst später wurden sie zu einer Volksversammlung summiert. Bei den Centurien, die der frühen Armee entstammten, und bei den *tribus*, die die regionalen Bürgerbezirke waren, ist dieselbe Entwicklungslinie erkennbar, dass jedenfalls die Zusammenführung zu einer Volksversammlung erst sekundär ist. Offenbar verbanden die Römer mit ihren Untergliederungen die Vorstellung, dass sie gemeinsam den *populus* bzw. die *plebs* verkörperten. Daher waren die Römer auch völlig unempfindlich gegen das Faktum, dass mit wachsender Bürgerzahl der Anteil der tatsächlich eine Versammlung besuchenden und dort abstimmenden Bürger immer geringer wurde, bis in lächerliche Bruchteile hinein⁸⁸. Wenn die Untereinheiten, die gleichzeitig die Stimmkörperschaften darstellten, vertreten waren, dann war der *populus* komplett. Wie wir von Cicero hören, gab es nur eine kleine Störung, wenn aus einer Stimmkörperschaft weniger als fünf Bürger anwesend waren, aber selbst dann behalf man sich schnell, indem man aus besser bestückten *tribus* Bürger ausloste, die ausnahmsweise in der unterbesetzten ihre Stimmen abgaben⁸⁹. Auch wenn Cicero heftig dagegen polemisiert, weil er seinen Erzfeind Clodius als Karikatur eines Volksfreundes zeichnen will, den das Volk in Wahrheit schon längst verlassen hat⁹⁰, so steht doch hinter seiner Beschreibung die römische Vorstellung, dass der *populus* – oder in Ciceros Beispiel die *plebs* – versammelt war, selbst wenn eine Untereinheit durch Zulösung von Nicht-Zugehörigen erst aktualisiert werden musste.

Dies scheint seine Fortsetzung in den Regelungen der Tabula Hebana zu finden. In der dort zitierten *lex Valeria Cornelia* des Jahres 5 war geregelt, was man zu tun hatte, wenn überraschenderweise ein Senator oder Ritter aus den *tribus* Succusana oder Esquilina auftauchen würde, die man mangels höherer Stände gar nicht berücksichtigte⁹¹, oder wenn umgekehrt für eine *tribus* gar kein Senator präsent war oder wenn kein Ritter und nicht zwei oder mehr Senatoren anwesend waren⁹². Leider lässt der erhaltene Text nicht erkennen, wie groß genau die Mindestzahl der Mitglieder einer *tribus* sein musste und was man tat, wenn sie unter-

⁸⁸ Vgl. für eine seriöse Abschätzung der Größenordnungen Walter Scheidel, *The Demography of Roman State Formation in Italy*, in: Martin Jehne, Rene Pfeilschifter (Hrsg.), *Herrschaft ohne Integration? Rom und Italien in republikanischer Zeit* (Studien zur Alten Geschichte 4. Frankfurt a. M. 2006), 212–223.

⁸⁹ Cic. Sest. 109. Vgl. Taylor, *Voting Assemblies* (wie Anm. 10) 76; 145f. Anm. 41.

⁹⁰ Vgl. Cic. Sest. 109; 112–114.

⁹¹ Die Ausnahme der Esquilina und Succusana: Crawford, *Statutes I* (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 22 s. Wie Taylor, *Voting Assemblies* (wie Anm. 10) 92f. einleuchtend darlegt, ist die Aussparung dieser beiden städtischen *tribus* wohl darauf zurückzuführen, dass man es gewohnt war, dass es keine Senatoren und Ritter in diesen *tribus* gab.

⁹² Crawford, *Statutes I* (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 32–34: ... *dummodo quod [ad eorum suffragium perti]nebit, si qui ex Suc(cusana) tribu / Esq(uilina)ve erunt, item si qua [in] tribu senator [ne]mo er[is]t a[ut] si nemo eq(ues) erit et senatoru[m] --- / erunt, ...*

schritten wurde, doch es ist naheliegend zu vermuten, dass man ähnlich verfuhr wie in der ciceronischen Zeit.

Der *populus* war also vollständig, wenn seine Untereinheiten repräsentiert waren. Dabei konnte man notfalls sogar einmal eine Untereinheit von Männern vertreten lassen, die ihr nicht angehörten. Über die Beschlussfähigkeit römischer Volksversammlungen musste man sich offenbar keine Gedanken machen, und bezeichnenderweise hören wir zwar für den Senat, nie aber für die Volksversammlungen von einem Quorum⁹³.

Wie viele Bürger sich an den Volksversammlungen beteiligten, spielte keine Rolle. Insbesondere die Centuriatcomitien werden als eine Konstruktion verstanden, mit denen die reicheren Bürger dafür sorgten, dass ihre Stimmen in dreifacher Hinsicht mehr wert waren als die der ärmeren: Die reicheren hatten mehr Stimmkörperschaften, in denen gab es weniger Wähler, und sie stimmten zuerst und konnten sich zur Geltung bringen, während ein Teil der ärmeren bei vorzeitigem Abbruch der Abstimmung gar nicht mehr zum Zuge kam. Aber dahinter stand nicht nur eine perfide Steuerung des Verfahrens zu den eigenen Gunsten, sondern auch eine tiefsitzende Unempfindlichkeit gegenüber proportionaler Repräsentation. Die Tabula Hebana zeigt das sehr deutlich. Dort wird ein komplexes Verfahren beschrieben, wie man Senatoren und Ritter aus 33 *tribus* mit Auslosungen vor jedem Abstimmungsakt auf früher 10, jetzt 15 Destinationscenturien zu verteilen hatte⁹⁴, wobei es dann später ja 20 wurden. Manchmal 2, manchmal 3 *tribus* wurden zusammengeschlossen, es war vorhersehbar, dass die Zahl der in einer Centurie abstimmenden Senatoren und Ritter sehr unterschiedlich sein würde. Das scheint niemanden gestört zu haben. Es wird auch vermutet, dass man schon in den Centuriatcomitien der Republik ähnlich verfahren war und unterhalb der 1. Klasse die Centurien aus Angehörigen mehrerer Tribus erzeugt hat⁹⁵. Das wesentliche ist aber bei den Destinationscenturien, dass es sich um die Crème der Gesellschaft handelte, die Senatoren und die herausgehobenen Ritter, die ohne Ansehen der Person und des individuellen Ranges in Centurien gelost wurden, in denen ihre Stimme entweder viel oder wenig wert war. Nichts zeigt so deutlich wie dieses Verfahren, dass es auf die Teilnehmerzahlen als solche nicht ankam, weder in den einzelnen Einheiten, noch insgesamt. Die große Partizipationssuggestion, die sich über alle römischen Abstimmungsakte ausbreitete, lag in den aufwendigen Ritualen der Bürgereinteilung und der Stimmgabe sowie in der Präsenz aller Untereinheiten des *populus*, und bereits davon ging wie in jedem guten zweistufigen Abstimmungssystem mit Mehrheitswahlrecht eine Zustimmungsverstärkung aus. Aber darüber hinaus zeigt die Irrelevanz der Zahl der Stimmberechtigten in den einzelnen Untereinheiten, worauf es bei den Abstim-

⁹³ Zum Quorum im Senat vgl. *Marianne Bonnefond-Coudry*, *Le Sénat de la République romaine de la guerre d'Hannibal à Auguste* (BÉFAR 273, Paris, Rom 1989) 404–413; *Francis X. Ryan*, *Rank and Participation in the Republican Senate* (Stuttgart 1998) 13–51.

⁹⁴ *Crawford*, *Statutes I* (wie Anm. 51) Nr. 37 Z. 21–27.

⁹⁵ So z. B. *Taylor*, *Voting Assemblies* (wie Anm. 10) 87–90. Dagegen aber *Staveley*, *Voting* (wie Anm. 10) 126f.; *Lucy J. Grieve*, *The Reform of the comitia centuriata*, in: *Historia* 34 (1985) 300–306.

mungen ankam: die Herstellung eines Ergebnisses, dessen genaue Zusammensetzung keine Bedeutung besaß. Niemand scheint an den präzisen Zahlen interessiert gewesen zu sein, weder an denen in den Stimmkörperschaften, die wohl ohnehin nicht publiziert wurden, noch an denen der Stimmkörperschaften, die kaum der Erwähnung wert waren, obwohl sie öffentlich waren. Hinzu kommt noch der Abbruch der Abstimmung bzw. der Verkündigung der Teilergebnisse nach Erreichen der Mehrheit als besonderes Mittel der Konsenssuggestion. Das bedeutet nicht nur, dass Minderheiten ausgeblendet werden bzw. nie erfahren, wie stark sie eigentlich sind, sondern ebenso, dass die Mehrheit nicht weiß, wie groß sie eigentlich ist. Das Abstimmungsverfahren, das nach Erreichen der Mehrheit endet, dient im Endeffekt der Feststellung, wo der Konsens liegt.

Dies lässt sich mit einem berühmten Beispiel verdeutlichen. Wenn Cicero auf seine Wahl zum Praetor oder zum Consul zu sprechen kam, verkündete er stolz, er sei *cunctis centuriis* bzw. sogar *cunctis suffragiis* gewählt worden, also von allen Centurien bzw. Stimmkörpern⁹⁶. Nach unserer Kenntnis des Verfahrens kann das nur heißen, dass die ersten 97 von den insgesamt 193 Centurien für ihn stimmten und der Wahlleiter danach verkündete, Cicero sei gewählt, eben von der Mehrheit der Centurien. Für die Römer waren das alle.

Summary

The Roman people came together regularly to vote on laws or in court cases or in elections. Even if the method of producing the final result was a majority decision, there was always an aura of consensus spread over Roman voting. To better understanding how this came about, the paper tries to reconstruct some basic features of the curiate assembly, the earliest form of popular voting already establishing the group vote which is the peculiar Roman form of organizing popular voting and unparalleled in Antiquity. Later on, the focus is laid on the new procedure of *destinatio*, introduced in the early Empire to preselect the candidates for the highest magistracies before the popular vote. As can be seen, rules of procedure and traditions of behaviour combine to make Roman voting look more consensual than it really was. Moreover, the Romans did not care if there were many citizens or only a few present in the different voting units. The relation of attenders of assemblies to the total number of Roman citizens simply did not matter. As long as at least some voters were there for every unit, the Roman people were always complete.

⁹⁶ Praetor: Cic. imp. Pomp. 2: ... *cum propter dilationem comitiorum ter praetor primus centuriis cunctis renuntiatus sum*, ...; vgl. leg. agr. 2,4: ... *una vox universi populi Romani consulem declaravit*; Consulat und Praetor: Cic. off. 2,59: ... *pro amplitudine honorum, quos cunctis suffragiis adepti sumus nostro quidem anno*, ...; vgl. Asc. p. 94 C.: ... *Cicero consul omnium consensu factus est*.

Maria H. Dettenhofer

Verweigerung als Form der Abstimmung oder: Von der Ausnahme zur Regel

Das Senatsquorum von der mittleren Republik bis zum frühen Prinzipat*

1. Vorbemerkungen

Ein Quorum (lat. ‚derer‘) ist die Anzahl von Mitgliedern einer Körperschaft oder eines Kollegialorgans, die zur Beschlußfähigkeit erforderlich ist. Unausgesprochene Grundvoraussetzung – für uns selbstverständlich – ist dabei allerdings, daß bei der Abstimmung jedem Mitglied das gleiche Gewicht zukommt.

Beschlußfähigkeit ist die von der Anwesenheit einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern abhängige Fähigkeit einer Vertretungskörperschaft oder eines Kollegialorgans, wirksame Beschlüsse zu fassen. Für den Deutschen Bundestag ist nach § 45 Abs. 1 der Geschäftsordnung zur Beschlußfassung die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder erforderlich. Wird die Beschlußfähigkeit vor einer Abstimmung nicht bezweifelt, so wird sie als gegeben angesehen. Ausgenommen sind die Fälle, in denen eine Verfassung die erhöhte Mehrheit erfordert, wie für Verfassungsänderungen; nach dem Grundgesetz sind das zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Parlaments.

Demnach folgt, daß ein Kollegium handlungsunfähig wird, wenn die Beschlußfähigkeit nicht gegeben ist. Das gezielte Fernbleiben von Abstimmungen muß daher als politisches Votum betrachtet werden. Die Festsetzung eines Quorums kann deswegen auch als Antwort auf die Praxis der Verweigerung verstanden werden, ist aber darüber hinaus in jedem Falle Ausdruck des Anspruches einer Körperschaft auf Legitimität sowie Legalität ihrer Entscheidungen.

2. Das Quorum unter Augustus

Im Zusammenhang mit der *lectio senatus* des Jahres 18 v. Chr., die zweifelsohne einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur faktischen Entmachtung des Senats

* Auf Wunsch der Autorin wird der Aufsatz nach den Regeln der alten Rechtschreibung gedruckt.

darstellte, erwähnt Sueton eher beiläufig eine Verfügung des Augustus, nach der im September und Oktober nur so viele durch Los zu wählende Senatoren anwesend zu sein hätten, daß gültige Beschlüsse gefaßt werden könnten¹. Manch einer wird dies als Entgegenkommen verstanden haben, denn eigentlich bestand für jeden römischen Senator die Pflicht, die Senatssitzungen zu besuchen. Tatsächlich signalisierte Augustus den Senatoren hier – damit durchaus auch an die Bequemlichkeit appellierend –, daß er ihre Zuständigkeit und ihre Zustimmung nur noch als Formalitäten ansah sowie daß Rang und individuelle Verdienste des einzelnen Senators für ihn keine Rolle spielten. Das numerische Minimum genügte ihm.

Eine zahlenmäßig präzise Angabe zu einem allgemeinen Quorum für die Gültigkeit von Senatsbeschlüssen findet sich, bei Cassius Dio, erst für das Jahr 11 v. Chr. – und zwar anläßlich der Aufhebung der Regelung. Da heißt es: „Da (scil. Augustus) aber sah, daß bei Senatssitzungen zuweilen nur eine geringe Zahl von Mitgliedern zugegen war, ordnete er an, daß Beschlüsse selbst dann gefaßt werden könnten, wenn weniger als 400 Senatoren anwesend seien; bis dahin hatte nämlich kein Beschluß Gültigkeit, der von einer kleineren Zahl ausgegangen war.“² Daraus geht eindeutig hervor, daß das Quorum für die Beschlußfähigkeit des Senats bis zu diesem Zeitpunkt bei 400 anwesenden Senatoren gelegen hatte. Angesichts der Stärke des Gremiums, das erst sieben Jahre zuvor von über 800 Mitgliedern auf die spätrepublikanische Stärke von 600 reduziert worden war³, handelte es sich also um eine Beteiligung von zwei Dritteln, die für ein gültiges *senatus consultum* notwendig war. Allerdings könnte sich die Zahl von 400 noch auf die Jahre der Bürgerkriegswirren bezogen haben, in denen der Senat auf über 1000 Mitglieder angewachsen war, oder auf die Zeit nach der ersten *lectio senatus* durch Octavian und Agrippa der Jahre 29/28 v. Chr., als der Senat noch 800 bis 900 Mitglieder gezählt haben muß⁴. Im Jahre 9 v. Chr., zwei Jahre nach der Aufhebung des allgemeinen Quorums, regelte Augustus das Problem im Rahmen seiner *lex Iulia de senatu habendo* neu, indem er die Mindestbeschlußfähigkeitszahlen je nach Gegenstand des zu Beschließenden festlegte.

Die Existenz eines Senatsquorums für die Kaiserzeit ist unbestritten. Dabei fällt auf, daß sich die Mindestzahl der anwesenden Senatoren bis in die hohe Kaiserzeit offenbar kontinuierlich verringerte. Für das dritte Jahrhundert ist ein Minimum von 70 oder sogar nur 50 Senatoren belegt⁵, was den fortschreitenden Bedeutungs-

¹ Sueton, Aug. 35,3: *neve Septembri Octobrive mense ullos adesse alios necesse esset quam sorte ductos, per quorum numerum decreta confici possent*. Zu den Maßnahmen siehe Maria H. Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand im augusteischen Principat. Die Konkurrenz zwischen *res publica* und *domus Augusta* (Stuttgart 2000) 128ff. – Für aufmerksame Durchsicht des Manuskripts und anregende Diskussion danke ich Herrn Dr. Uwe Dubielzig.

² Cassius Dio 54,35,1. Übersetzung Otto Veb.

³ Vgl. Cassius Dio 54,13,1–4; Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 129.

⁴ Sueton, Aug. 35,1; Cassius Dio 52,42,1; Richard J.A. Talbert, *The Senate of Imperial Rome* (Princeton, New Jersey 1984) 131; Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 67.

⁵ Talbert, *Senate of Imperial Rome* (wie Anm. 4) 138; vgl. André Chastagnol, *Le problème du Quorum sénatorial à Rome sous l'empire*, in: Claude Nicolet (Hrsg.), *Du pouvoir dans l'antiquité. Mots et réalités* (Genf 1990) 153–163.

verlust des altherwürdigen Gremiums dokumentiert. Dabei geht Richard J. A. Talbert von einer konstant bleibenden Zahlenstärke des Senats von 600 Mitgliedern aus, wogegen Lily Ross Taylor und R. T. Scott von einem Anstieg auf 800 bis 900 sprechen⁶. Während Überlieferung und Zahlen für die Kaiserzeit eine klare Aussage ermöglichen, unterscheiden sich die Forschungsmeinungen über den Ursprung des von Dio genannten Quorums von 400 sowie über das Quorum in der Zeit der Republik ganz erheblich. Daher ist zunächst eine Standortbestimmung der Forschung notwendig.

3. Die Forschungen zum Quorum in der römischen Republik

Theodor Mommsen vertrat die Meinung: „Eine allgemeine Minimalzahl für die Beschlußfähigkeit des Senats ist schon in republikanischer Zeit gesetzlich vorgeschrieben gewesen“⁷, setzt aber einschränkend hinzu: „überliefert sind nur zufällig gewisse vermuthlich verschärfende Bestimmungen für einzelne Kategorien der Senatsbeschlüsse“⁸. Mommsen setzt demnach eine Regelung in Form einer *lex* als Grundlage für ein allgemein gültiges Quorum voraus. Über die genaue Anzahl, die im Verhältnis zur Gesamtzahl der Senatoren gefordert wurde, sagt Mommsen nichts. Er belegt die Annahme einer gesetzlichen Regelung hauptsächlich mit einer Stelle aus Cassius Dio, in der Dio ausdrücklich sagt, daß sich die für eine Beschlußfassung in Wahlangelegenheiten gesetzlich erforderliche Zahl von Senatoren nicht einfand: „Da sich für die Abfassung eines Beschlusses über die Wahlen die von Gesetz wegen erforderliche Zahl nicht versammelte, konnte überhaupt nicht darüber verhandelt werden.“⁹ Diese Aussage ist jedoch im Kontext der damals aktuellen Tagespolitik zu verstehen, denn im Jahre 56 v. Chr. standen Pompeius’ und Crassus’ Kandidaturen für das Konsulat des Jahres 55 v. Chr. auf der Tagesordnung, welche mit Caesar bei der Konferenz von Luca vereinbart worden war. Bei der bei Dio beschriebenen Angelegenheit handelte es sich – wie wir wissen – nicht um einen Fall von Nachlässigkeit der Senatoren, sondern um eine gezielte Boykottmaßnahme der damals maßgeblichen Senatoren, insbesondere M. Cato und des Konsuls Marcellinus. Dieser Aktion waren bereits andere, vergleichbare vorausgegangen, die Pompeius’ und Crassus’ Kandidatur für das Konsulat verhindern sollten. Die Senatoren stimmten einfach durch ihr gezieltes Fernbleiben ab¹⁰ und sorgten damit dafür, daß der Senat nicht beschlußfähig war. Die Praxis,

⁶ Talbert, *Senate of Imperial Rome* (wie Anm. 4) 134; Lily Ross Taylor, R.T. Scott, *Seating Space in the Roman Senate and the *senatores pedarii**, in: TAPA 100 (1969) 531.

⁷ Theodor Mommsen, *Römisches Staatsrecht* (Berlin ³1887, ND Basel 1952) 3,2,989 mit Anm. 1.

⁸ Mommsen, *Staatsrecht* (wie Anm. 7) 3,2,989 mit Anm. 2.

⁹ Cassius Dio 39,30,2–4.

¹⁰ Siehe Cassius Dio 39,27,1–28,5; 30,1–31,1. Eduard Meyer, *Caesars Monarchie und das Principat des Pompejus* (Stuttgart, Berlin ³1922) 149–153; Christian Meier, *Res publica amissa. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik* (Wiesbaden 1966, ND 1980) 294.

durch demonstratives Fernbleiben den Protest des Senats zu artikulieren, war bereits unter Caesars skandalträchtigem ersten Konsulat 59 v. Chr. geübt worden¹¹.

Cassius Dios Formulierung τοῦ καθήκοντος ἐκ τῶν νομίμων ἀριθμοῦ πρὸς τὸ ψηφισθῆναι τι περὶ τῶν ἀρχαιρεσιῶν belegt zwar eine rechtliche Grundlage, betont aber explizit den Bezug zu dem Gegenstand, der zur Abstimmung stand¹². Da die Wahlen der ordentlichen Magistrate unangefochten in den Zuständigkeitsbereich der Komitien gehörten, konnte es, wenn darüber im Senat verhandelt wurde, nur um Ausnahmeregelungen gehen. Auf ein generelles Quorum kann daher daraus nicht geschlossen werden. Vielmehr läßt der Sachverhalt vermuten, daß hier die *lex Cornelia de privilegiis* aus dem Jahre 67 v. Chr. zur Anwendung kam und die rechtliche Grundlage für das Quorum bildete. Dieses Gesetz ist nämlich der einzige konkrete Beleg für eine gesetzliche Grundlage eines Quorums in der Republik. Es bezog sich aber nur auf Ausnahmeregelungen bzw. Befreiung von Gesetzen und ist später noch genauer zu besprechen.

Der nächste Beleg, den Mommsen heranzieht, stammt aus einem Brief des M. Caelius Rufus an Cicero aus dem Jahre 51 v. Chr. und bezieht sich auf die Verteilung der Provinzen für das nächste Jahr, wobei die anstehenden Entscheidungen über Pompeius' und Caesars Ansprüche ihre Schatten vorauswerfen. Hier heißt es: „Die Sache ist auf den 1. September vertagt worden; sie konnten nicht einmal die nötige Menge zusammenbringen.“¹³ Die Formulierung scheint eine Mindestbeteiligungszahl in dieser Sache nahezulegen. Bei diesem Themenkomplex dürften zu diesem Zeitpunkt der politischen Zuspitzung am Vorabend des Bürgerkrieges aller Wahrscheinlichkeit nach Ausnahmeregelungen eine Rolle gespielt haben, so daß die *lex Cornelia* griff.

Als zusätzlicher Beleg für die Annahme eines generellen Quorums dient Mommsen schließlich eine Stelle bei Livius, die sich auf den Antrag des L. Cornelius Merula auf *supplicationes* wegen seines Sieges über die Boier bei Mutina im Jahre 193 v. Chr. sowie die widersprüchlichen Berichte über die militärische Leistung des Konsuls bezieht. Hier heißt es jedoch lediglich: *De ea re nihil temere decerni placuit; ad frequentiores consultatio dilata est* (35,7,1) „Man beschloß, darüber keine vorschnelle Entscheidung zu fällen; die Beratung wurde auf eine besser besuchte Versammlung vertagt.“¹⁴ Hier scheint jedoch eine schwach besuchte Sitzung als willkommener Vorwand gedient zu haben, die Abstimmung zu vertagen.

¹¹ Vgl. Plutarch, Caes. 14.

¹² Siehe dazu mit anderer Argumentation unter Bezugnahme auf die *lex Cornelia* des Jahres 67 v. Chr. Marianne Bonnefond-Coudry, *Le sénat de la république romaine de la guerre d'Hannibal à Auguste* (Rom 1989) 403 mit Anm. 138: „... un texte de Dion Cassius qui a généralement été mal interprété, un exemple d'application de cette loi une dizaine d'années après son (scil. Cornelius') vote“.

¹³ Caelius an Cicero, Fam. 8,9,2: *ne frequentiam quidem efficere potuerant*. 8,9,5: *Pompeius tuus aperte non vult Caesarem et provinciam tenere cum exercitu et consulem fieri; ... Scipio hanc (scil. sententiam dixit), ut Kal. Mart. de provinciis Gallis neu quid coniunctim referretur*.

¹⁴ Vgl. dazu Marianne Bonnefond, *Quorum et prise de décision dans le sénat romain aux deux derniers siècles de la république*, in: Claude Nicolet (Hrsg.), *Du pouvoir dans l'antiquité. Mots et réalités* (Genf 1990) 139f.

Diese insgesamt selten überlieferten Fälle, in denen wegen nicht ausreichender Beteiligung Senatsbeschlüsse verhindert oder vertagt wurden, deutet Mommsen ohnehin lediglich als verschärfende Bestimmungen für einzelne Kategorien von Senatsbeschlüssen¹⁵. Beweiskraft für ein gesetzlich fundiertes Quorum kann überdies von den beiden angeführten Belegstellen keine für sich beanspruchen.

Mommsen geht weiter davon aus, daß die Zählung der Anwesenden zur Feststellung der Beschlußfähigkeit nur dann stattgefunden habe, wenn ein Senator einen diesbezüglichen Antrag gestellt habe; ansonsten habe ein Beschluß als in gesetzlicher Weise gefaßt gegolten¹⁶. Für die augusteische Zeit, die *Res publica restituta*, darf das als gesichert gelten¹⁷, denn der von Mommsen herangezogene Beleg bei Festus ist ein Exzerpt aus M. Verrius Flaccus: Flaccus war ein Freigelassener, der als Lehrer die Enkel des Augustus betreute und um die Zeitenwende diverse antiquarische und grammatische Schriften verfaßte¹⁸. Dort heißt es: „Zähle den Senat“, sagt ein beliebiger Senator zum Konsul, wenn er (scil. der Senator) verhindern will, daß der Senat einen Beschluß fasse, und er (scil. der Senator) verlangt, daß entweder die Dinge, die vorgebracht werden, geteilt werden oder sie (scil. die Senatoren) einzeln befragt werden; oder, wenn nicht so viele Senatoren anwesend sind, daß es erlaubt ist, aufgrund ihrer Anzahl einen Senatsbeschluß schriftlich festzuhalten.“ Dieser Eintrag „*Numera senatum*“ bei Festus¹⁹ gibt zwar keinen Hinweis darauf, daß diese Möglichkeit der Obstruktion in dieser Form auch in der alten *res publica* bestanden habe. Die Praxis, einen Antrag teilen zu lassen, kennen wir jedoch aus den 50er Jahren²⁰. Die Möglichkeit der Zählung des Senats erwähnt M. Caelius Rufus als potentiell Mittel der Obstruktion in einem Brief an Cicero wegen einer *supplicatio* für Cicero am Vorabend des Bürgerkriegs 50 v. Chr.²¹. Allerdings sah man damals von der Anwendung der Zählung ab. Die Auszählung zu verlangen, scheint demnach als letztes Mittel am Ende der späten Republik möglich, im Zweifelsfall aber verpönt gewesen zu sein.

Hinzu kommt, daß zwischen zwei Zählungen unterschieden werden muß: Die Abzählung der Anwesenden und die Auszählung der Für- und Gegenstimmen bei Abstimmungen. Zudem muß es eine Anwesenheitsliste der Senatoren gegeben haben, ansonsten wäre eine Sanktionierung des Fernbleibens durch Strafen nicht

¹⁵ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,989 mit Anm. 2.

¹⁶ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,989 mit Anm. 3.

¹⁷ Talbert, Senate of Imperial Rome (wie Anm. 4) 138.

¹⁸ Detlev Fehling, s.v. Verrius Flaccus, in: dtv-Lexikon der Antike 4 (1978) 338; Albrecht Dihle, RE 8 A 2 (1958) s.v. Verrius Flaccus, Sp. 1636–45.

¹⁹ Festus p. 174 L.: „*Numera senatum*“ ait quivis senator consuli, cum impedimento vult esse, quo minus faciat senatus consultum, postulatque, ut aut res, quae adferuntur, dividantur aut singuli consulantur; aut, si tot non sint senatores, quo numero liceat perscribi senatus consultum. – Keineswegs eindeutig ist Cicero, Att. 5,4,2: *o provincia! Etiamne hic mihi curandus est? Curandus autem hactenus, ne quid ad senatum „consule!“ aut „numera!“*.

²⁰ Cicero, Pro Mil. 14: (scil. senatus) decernebat ..., ut veteribus legibus tantummodo extra ordinem quaereretur: *divisa sententia est postulante nescio quo*. Siehe auch Asconius' Kommentar Miloniana 44.

²¹ Caelius an Cicero, Fam. 8,11,2.

möglich gewesen. Man wußte also nicht nur ganz genau, wie viele Senatoren die Senatssitzung besuchten, sondern auch, wer anwesend war. Auf die Bestrafung für Fernbleiben von der Senatssitzung wird an späterer Stelle genauer eingegangen²². Der Vorgang der Feststellung der Mindestbeschlußfähigkeit dürfte aber ein davon vollständig getrennter Vorgang gewesen sein, zumal mancher Senator auch die Sitzung verlassen haben wird, während sie noch im Gange war.

Im Gegensatz zu Mommsen ging schon Pierre Willems nicht davon aus, daß in der Republik ein generelles Quorum für die Gültigkeit von Senatsbeschlüssen bestanden habe²³. Die durchaus häufig zu findende Formulierung *senatus frequens* versteht er als Ausdruck für den zufriedenstellenden bzw. angemessenen Besuch einer Versammlung. Der Terminus bleibt aber relativ²⁴. Willems räumt zwar ein, daß gegen Ende der Republik für bestimmte Gegenstände, nämlich die Zuweisung der konsularischen Provinzen und die einzelnen Magistraten und Promagistraten für *supplicationes* zu bewilligenden Geldmitteln, eine bestimmte Zahl anwesender Senatoren gefordert war²⁵, weist aber darauf hin, daß wir weder die Anzahl kennen noch einen Hinweis darauf haben, daß eine absolute Mehrheit der Senatoren gefordert gewesen sei.

Der Position von Willems schließt sich O'Brien Moore an: „Nur für besondere Geschäfte war die beschlußfähige Zahl der Anwesenden für die Gültigkeit der Beschlüsse nötig.“²⁶ J. P. V. D. Balsdon versteht den Terminus *frequens senatus* einfach als Ausdruck für eine gut besuchte Senatssitzung, weist aber darauf hin, daß es eine geringe Anzahl von Anlässen gab, bei denen wir erfahren, daß Magistrate einen *frequens senatus* explizit angeordnet haben²⁷. So beriefen die ehemaligen Anführer der Verschwörung gegen Caesar, M. Brutus und C. Cassius, im Juli 44 v. Chr. als amtierende Prätores durch Edikt einen *frequens senatus* ein²⁸. Das gleiche verlangte Antonius als amtierender Konsul im November desselben Jahres²⁹. Balsdon interpretiert daher die Anordnung eines *frequens senatus* in der späten Republik als nachdrückliche Aufforderung, wobei das Fernbleiben mit Strafen geahndet wurde³⁰.

²² Dazu siehe unten Kapitel 4.

²³ Pierre Willems, *Le sénat de la république romaine* 2 (Louvain 1885) 166.

²⁴ Willems, *Le sénat de la république romaine* (wie Anm. 23) 168: „Le Sénat s'appelle *frequens*, quand le nombre est considéré comme satisfaisant, *infrequens* quand il y a peu de membres présents. Mais ces termes sont employés d'ordinaire dans un sens fort général“; 169 mit Anm. 1, 2 und 3: „Or, d'une part, les mots *senatus frequens*, *infrequens*, ont un sens essentiellement relatif, indiquant un nombre relativement grand ou petit de membres présents; d'autre part, un nombre requis de sénateurs pour vote de la généraliste des s.c. n'est mentionné nulle part.“

²⁵ Willems, *Le sénat de la république romaine* (wie Anm. 23) 167.

²⁶ O'Brien Moore, *RE Suppl.* 6 (1935) s.v. *Senatus*, Sp. 705.

²⁷ J.P.V.D. Balsdon, *Roman History*, 58–56 B.C.: Three Ciceronian Problems, in: *JRS* 47 (1957) 19.

²⁸ Cicero, *Att.* 16,7,1.

²⁹ Cicero, *Phil.* 3,19. Dazu Bonnefond-Coudry, *Le sénat de la république romaine* (wie Anm. 12) 358f.

³⁰ Vgl. Cicero, *Phil.* 1,11–12. Als Beleg dient eine Stelle aus Ciceros erster Philippischen Rede, in der sich Cicero über den Konsul Antonius beklagt: „Was um Himmels willen hat ihn (scil. Anto-

Allerdings könnte es bei den von ihm angeführten Belegen aus dem kritischen Jahr 44 v. Chr. einfach darum gegangen sein, daß M. Antonius nicht hinter den Forderungen seiner politischen Gegner zurückstehen wollte. Überhaupt fällt auf, daß die Hinweise auf einen *frequens senatus* zumeist in Fällen schwieriger, politisch höchst brisanter Situationen, die im Grunde Ausnahmesituationen darstellten, überliefert sind. Das gilt auch für die Zeit der Catilinarischen Verschwörung. Vermutlich gehörte es einfach zur politischen Praxis, bei besonders wichtigen oder umstrittenen Tagesordnungspunkten einen *senatus frequens* anzuordnen, insbesondere dann, wenn der einberufende Magistrat – aus welchen Gründen auch immer – mit einem Legitimationsdefizit zu kämpfen hatte, in jedem Falle aber seine *dignitas* betonen und sich daher der Autorität seiner Person versichern wollte.

Eine ähnliche Interpretation schlug auch Marianne Bonnefond vor³¹. Auch sie widerspricht Mommsens These eines generellen Quorums für alle Senatssitzungen während der Republik und vertritt die Ansicht, daß diese Regelung erst Augustus zuzuschreiben sei³². Allerdings hat Francis X. Ryan etwa zehn Jahre später mit dem Buch „Rank and Participation in the Republican Senate“ eine detaillierte Studie vorgelegt, in der er den Terminus *senatus frequens* im technischen Sinne als Quorum interpretiert und die Anwesenheit eines Drittels der Senatoren als Minimum vorschlägt³³. Einen Beleg, der *senatus frequens* obligatorisch mit einem Drittel der Senatoren gleichsetzt, gibt es jedoch nicht. Neben den Fällen der Wahlangelegenheiten und Provinzzuweisungen war Ryan zufolge eine Mindestzahl anwesender Senatoren für Abstimmungen³⁴ über militärische und bestimmte richterliche Angelegenheiten, den *ager Campanus* sowie Berichte des Kollegiums der *pontifices* verpflichtend³⁵. Ryans Vorgehensweise ist dabei streng empirisch. Im Ergebnis mag sich daher die Praxis, bei den genannten Themen einen *senatus frequens* anzuordnen, durchaus etabliert haben. Daraus auf ein generelles Quorum von einem Drittel der Senatoren zu schließen, bleibt aber im Bereich des Spekultativen.

Deutlich wurde aber immerhin, daß die Beantwortung der Frage nach dem generellen Quorum in der Republik für die Forschung im Grunde von der Beurteilung des Terminus *senatus frequens* abhängt. Handelt es sich dabei um einen Terminus technicus, der eine Mindestanwesenheitszahl zum Ausdruck bringt, oder

nus) veranlaßt, in der gestrigen Senatssitzung mit derart groben Worten meine Anwesenheit zu fordern? War ich der einzige, der fehlte, seid ihr nicht schon oft weniger zahlreich gewesen, oder ging es um so wichtige Dinge, daß man auch Kranke herbeiholen mußte?“ Übersetzung Manfred Fuhrmann.

³¹ Bonnefond, Quorum et prise de décision (wie Anm. 14) 142–143.

³² Bonnefond, Quorum et prise de décision (wie Anm. 14) 144–145; Bonnefond-Coudry, Le sénat de la république romaine (wie Anm. 12) 401 f.: „Avant la fin de la République, c’est-à-dire avant la réforme d’Auguste, il ne paraît pas y avoir de quorum imposé pour toutes les séances.“ Bes. 411.

³³ Francis X. Ryan, Rank and Participation in the Republican Senate (Stuttgart 1998) 13–51; 28: „... we should expect that the quorum demanded by a *frequens senatus* was one third.“

³⁴ Ryan, Rank and Participation (wie Anm. 33) 41 betont zusätzlich, daß sich Anwesenheitspflicht auch auf die Diskussion und nicht nur auf die Abstimmung bezieht.

³⁵ Ryan, Rank and Participation (wie Anm. 33) 14–34.

ist die Wendung unspezifisch zu verstehen? „Frequens“ meint offenbar keine bestimmte Zahl. Marianne Bonnefond schlägt daher vor – ähnlich der Position von Pierre Willems –, daß es sich dabei, angesichts der fehlenden Präzision bei der Verwendung des Ausdruckes *senatus frequens*, um einen informellen Appell des einberufenden Magistrats an die senatorische Pflicht handelt, der ausdrückt, daß es bei der anstehenden Tagesordnung um wichtige Fragen gehen wird, die eine möglichst hohe und zugleich repräsentative Anwesenheit der Senatorenschaft wünschenswert erscheinen lassen³⁶.

4. Prinzipielle Voraussetzungen

Es stellt sich also die Frage, von welchen prinzipiellen Voraussetzungen eigentlich auszugehen ist. Die Zugehörigkeit zum Senat war ein Vorrecht, die Teilnahme an den Sitzungen eine Ehrenpflicht³⁷. Es gehörte zum *mos maiorum*, zu den Senats-sitzungen zu gehen³⁸. Cicero gibt seiner Mißbilligung über die Praxis seiner Kollegen Ausdruck, Senatssitzungen vorzugsweise nach selektiven Kriterien zu besuchen, also entweder nur dann hinzugehen, wenn der zu verhandelnde Gegenstand ihrem persönlichen Interesse entsprach, oder um dezidiertes Mißfallen zu äußern³⁹. Darüber hinaus galt jedoch, daß es die Pflicht des einberufenden Magistrats war, für einen angemessenen Besuch der von ihm anberaumten Sitzungen zu sorgen. „Die Ladung zum Besuch der Senatsversammlung“, so Johannes Stroux, „ist ihrer Natur nach ein magistratischer Befehl und Nichterscheinen demgegenüber ein Ungehorsam.“⁴⁰ War ein Senator verhindert, ließ er sich unter Angabe von Gründen entschuldigen. Wollte er längere Zeit von Rom abwesend sein, war es üblich, daß er sich vom Senat eine *legatio libera* bewilligen ließ⁴¹. Verschiedene Quellen berichten, daß durchaus Bußen für säumige Senatoren vorgesehen waren⁴². Zwar findet sich in der Zeit der Republik kein konkreter Hinweis

³⁶ Bonnefond, Quorum et prise de décision (wie Anm. 14) 142.

³⁷ Cicero, De domo 8: *Primum dico senatoris esse boni semper in senatum venire*. Vgl. Johannes Stroux, Die Versäumnisbuße der Senatoren, in: Philologus 93 (1938) 87.

³⁸ Vgl. Plutarch, Cat. min. 19,1. Vgl. Bonnefond-Coudry, Le sénat de la république romaine (wie Anm. 12) 374–376; siehe auch Talbert, Senate of Imperial Rome (wie Anm. 4) 133, für das Prinzipat 134ff.

³⁹ Cicero, dom. 8; leg. 3,18,40. Siehe auch Edouard de Saint-Denis, La théorie cicéronienne de la participation aux affaires publiques, in: R. Ph. 12 (1938) 193–215.

⁴⁰ Stroux, Die Versäumnisbuße der Senatoren (wie Anm. 37) 89; vgl. Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,915; vgl. weiter Cicero, Phil. 5,19.

⁴¹ Vgl. Cicero, Phil. 1,6. Zur *legatio libera* siehe Mommsen, Römisches Staatsrecht (wie Anm. 7) 2,1, 690–692; 3,2,915.

⁴² Aulus Gellius, N. A. 14,7,10: „Ausserdem handelte er (scil. Varro) auch noch ausführlich über Bestrafung durch Auspfindung, dann über die Geldbussebestimmung für einen Senator, der, obgleich er verbunden war, in den Senat zu kommen und der Sitzung beizuwohnen, weggeblieben war.“ Übersetzung Fritz Weiss; Cicero, leg. 3,4,11. Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,915f. Konkretes Beispiel: Cicero, Phil. 5,19.

auf eine Anwendung der Strafen⁴³; in der Praxis scheint der einberufende Magistrat die Abwesenden nicht weiter behelligt zu haben, solange sich eine ausreichende Anzahl von Senatoren einfand⁴⁴. Dabei dürfte vieles im Ermessen des versammlungsleitenden Magistrats gelegen haben, dem demzufolge eine Anwesenheitsliste der jeweils aktuellen Senatssitzung vorgelegen haben muß. Aber immerhin hielt es Augustus im Jahre 17 v. Chr. für notwendig, die Strafen für säumige und zu spät kommende Senatoren zu erhöhen⁴⁵. Freilich ist diese Maßnahme vor dem Hintergrund der veränderten politischen Situation zu verstehen, d. h. der faktischen Alleinherrschaft des Augustus, der die republikanische Fassade allerdings unbedingt für seine Fiktion einer *Res publica restituta* brauchte, sich jedoch ab dem Jahr 17 v. Chr. vor zunehmend leeren Bänken sah. Grundsätzlich aber lag es schon in der Republik durchaus nicht im Ermessen des einzelnen, sein Erscheinen nur nach persönlichem Interesse oder Belieben zu richten. Von den in den Provinzen weilenden Amtsträgern abgesehen, hatte also grundsätzlich jeder Senator die Pflicht, zu den Senatssitzungen zu kommen.

Prinzipiell hätte man demnach von der Vollzähligkeit des Senats ausgehen können. Die Realität scheint allerdings schon früh anders ausgesehen zu haben. Schon Johannes Stroux vermutete, daß die Bestimmungen über den Pflichtbesuch der Senatssitzungen im Jahre 206 v. Chr. oder wenig später neu geregelt worden seien, darunter spezielle Fälle der *frequentia senatus* und ihre Sicherung durch *multa* gegen die Säumigen⁴⁶. Für das Jahr 191 v. Chr. ist bei Livius folgende Anordnung des Konsuls P. Cornelius Scipio Nasica überliefert: „Wer Senator sei und das Recht habe, sich im Senat zu äußern, und wer eines der kleineren Ämter bekleide, von denen dürfe sich keiner so weit von der Stadt Rom entfernen, daß er von dort nicht noch am selben Tage zurückkehren könne, und gleichzeitig dürften nie mehr als fünf Senatoren von der Stadt Rom abwesend sein.“⁴⁷ Allerdings handelte es sich damals, am Vorabend des Krieges gegen Antiochos III., um eine besonders angespannte Situation⁴⁸. Aus den wenigen Zahlenangaben, die überliefert sind, geht hervor, daß von zwei Dritteln der Senatoren besuchte Sitzungen schon zu den am besten besuchten zählten⁴⁹.

In den 60er und 50er Jahren des ersten Jahrhunderts v. Chr. scheinen die Senatssitzungen eher schlecht besucht gewesen zu sein⁵⁰. Mommsen zählt das „zu den in

⁴³ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,916.

⁴⁴ Willems, Le sénat de la république romaine (wie Anm. 23) 165.

⁴⁵ Cassius Dio 54,18,3.

⁴⁶ Stroux, Die Versäumnisbuße der Senatoren (wie Anm. 37) 87–101.

⁴⁷ Livius 36,3,3: ... *ut P. Cornelius consul ediceret, qui senatores essent quibusque in senatu sententiam dicere liceret quique minores magistratus essent, ne quis eorum longius ab urbe Roma abiret, quam unde eo die redire posset, neve uno tempore quinque senatores ab urbe Roma absent.* Übersetzung Hans Jürgen Hillen.

⁴⁸ Livius 36,2,2; 3,2.

⁴⁹ Siehe die Aufstellung bei Taylor, Scott, Seating Space (wie Anm. 6) 532.

⁵⁰ Willems, Le sénat de la république romaine (wie Anm. 23) 169 mit Anm. 4 und 5; Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,985.

der letzten republikanischen Epoche eingerissenen Mißbräuchen, daß die Sitzungen des Senats nur ausnahmsweise zahlreich besucht und demnach die Beschlüsse sehr häufig durch wenige Anwesende gefaßt wurden“⁵¹. Dazu ist allerdings anzumerken, daß schon in dieser Zeit demonstrative Abwesenheit als Form des Protestes zu einem politischen Instrument geworden war⁵². Vor diesem Hintergrund sind die Zeugnisse, die von der Beschlußunfähigkeit des Senats sprechen, als Ausdruck des Widerstands zu verstehen.

Offenbar wurde die Aufforderung zum *senatus frequens* bzw. gegebenenfalls zum angeordneten oder gesetzlich vorgeschriebenen Quorum nicht nur genutzt, um eine dem Gremium und dem zu verhandelnden Gegenstand adäquate Anzahl von Senatoren zum Besuch des Senats zu veranlassen und damit die Würde des Senats zu wahren sowie die Genehmigung von Sonderregelungen zu erschweren, sondern auch – wie das Beispiel des Jahres 56 v. Chr. zeigt – als Obstruktionsmittel, um unerwünschte Beschlüsse zu verhindern, oder als prinzipieller Protest gegen besonders Mächtige, die ihre Macht in den Augen anderer mißbrauchten⁵³. Unter Augustus eskalierte die Situation, da sich ab dem Jahre 17 v. Chr. breite Kreise durch Fortbleiben der *Res publica restituta* verweigerten⁵⁴. Deswegen erhöhte er zunächst nur die Strafen⁵⁵, ließ aber schließlich, da ihm trotz abermaliger erhöhter Strafen offenbar jegliche Kontrolle über die Senatoren abhanden gekommen war, einfach das Los über die Bestrafung jedes fünften Senators entscheiden⁵⁶.

5. Drei konkrete Beispiele für die Festsetzung eines Quorums

Konkret sind uns aus der Zeit der Republik nur drei Beispiele für die präzise Regelung der Mindestbeschlußfähigkeitszahl überliefert. Davon gehören zwei in die Zeit der hohen Republik: Im *senatus consultum de Bacchanalibus* von 186 v. Chr. wurden die *Bacchanalia* bei Todesstrafe verboten. Der Senat entschloß sich zu drastischen Maßnahmen zur Bekämpfung, als die Anzahl der in den Kult Eingeweihten die *Res publica* zu bedrohen schien. Die Konsuln wurden mit Vollmachten *extra ordinem* ausgestattet. In der livianischen Gestaltung der Rede des Konsuls werden die nächtlichen Versammlungen als potentielle Konkurrenz für die Volksversammlung dargestellt und die sexuellen Praktiken, insbesondere diejeni-

⁵¹ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,989 mit Anm. 4. Dazu auch Willems, Le sénat de la république romaine (wie Anm. 23) 169 mit Anm. 4 und 5: „... même au dernier siècle de la République, les séances sont parfois excessivement peu fréquentées. Des sénatus-consultes sont votés par quelques sénateurs.“

⁵² Dazu auch Bonnefond, Quorum et prise de décision (wie Anm. 14) 145–148.

⁵³ Dazu auch Bonnefond-Coudry, Le sénat de la république romaine (wie Anm. 12) 390–394.

⁵⁴ Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 150ff.

⁵⁵ Siehe oben.

⁵⁶ Cassius Dio 55,3,3.

gen der Männer untereinander, als die Wehrkraft zersetzend eingeordnet⁵⁷. 7000 Menschen sollen im Zuge der Maßnahmen hingerichtet worden sein.

Ein Dispens vom Verbot des Bacchuskultes konnte künftig nur durch Senatsbeschluß erteilt werden, wenn, angesichts der Gesamtzahl von 300 Senatoren, mindestens 100 anwesend waren⁵⁸. Daß ein Drittel des Gremiums genügte, um eine Genehmigung für ein Fest zu erteilen, das in seinen Auswirkungen als Bedrohung für den Staat angesehen worden war, muß eigentlich erstaunen und wirft die Frage auf, wie dieses doch im Grunde niedere Quorum zu deuten sei. Allerdings berichtet Livius für das Jahr zuvor, daß durch *infrequentia*, also geringe Beteiligung an den Senatssitzungen, ein Senatsbeschluß gefaßt wurde, den er als *furtim*, also verstohlen oder heimlich zustande gekommen, bezeichnet⁵⁹, der aber offenbar dennoch nicht als ungültig angesehen wurde. Offenbar wurde die Zahl der Abstimmenden als unangemessen gering, dadurch aber nicht ungesetzlich angesehen, wogegen die Anwesenheit eines Drittels bereits als angemessen gelten konnte.

Einige Jahre später, zu Beginn des 3. Makedonischen Krieges im Jahre 172 v. Chr., wurde für die Bewilligung der Geldmittel für die außergewöhnlichen *ludi votivi* die Anwesenheit von 150 Senatoren, also immerhin der Hälfte des damaligen Senats, gefordert⁶⁰. Es ging dabei um aufwendige Spiele, die zu Ehren des Jupiter Optimus Maximus zehn Tage lang gefeiert und in deren Folge bei allen Götterbewirtungen Geschenke in die Tempel gebracht werden sollten, wenn sich die Lage des Staates nach zehn Jahren nicht verändert habe⁶¹. Dabei fällt auf, daß die Anwesenheit von 150 Senatoren anscheinend Teil des Beschlusses ist.

Die beiden ausschließlich von Livius überlieferten *exempla* aus der hohen Republik beziehen sich auf ganz konkrete Ereignisse. In beiden Fällen sind es religiöse Feste, die das politische Leben freilich erheblich berühren. In beiden Fällen bietet eine Krisensituation den Hintergrund bzw. den Anlaß für ein je in einem Einzelfall festgeschriebenes Quorum. Wichtiger, und damit verbunden, scheint jedoch, daß der Dispens vom *senatus consultum de Bacchanalibus* eine Ausnahme regelte, die an ein Quorum gebunden war. Auch die Aufwendungen für die *ludi votivi* stellten offenbar eine Ausnahme von den üblichen Kosten dar und wurden daher durch ein Quorum besonders legitimiert.

In der späten Republik haben wir schließlich ein Beispiel für ein Gesetz über ein Quorum. Es handelt sich um die *lex Cornelia de privilegiis* des Volkstribunen C. Cornelius aus dem Jahre 67 v. Chr. Das Gesetz ist allgemein gefaßt und prinzi-

⁵⁷ Livius 39,16,4: „Wenn ihr nicht Vorsorge trifft, Mitbürger, wird schon eine Volksversammlung in der Nacht genauso stark sein können wie diese am Tage, die gesetzmäßig vom Konsul einberufen worden ist.“ Übersetzung Hans J. Hillen. *Nisi praecavetis, Quirites, iam huic diurnae, legitime ab consule vocatae par nocturna contio esse poterit.*

⁵⁸ Livius 39,18,9.

⁵⁹ Livius 38,44,6; 39,4,8.

⁶⁰ Livius 42,28,9: *Ita ut censuerant, in Capitolio vovit consul, ludos fieri donaque dari, quanta ex pecunia decresset senatus, cum centum et quinquaginta non minus adessent*; vgl. Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,989 A. 2; O'Brien Moore, s.v. Senatus (wie Anm. 26) Sp. 705.

⁶¹ Livius 42,28,8.

pieller Natur. Im Vorfeld erfahren wir, daß Befreiungen von Gesetzen vielfach *per pauculos admodum*, mit den Stimmen ganz weniger, beschlossen wurden. Im politischen Kontext von Wahlangelegenheiten forderte C. Cornelius, daß Ausnahmen von den Gesetzen künftig nur noch *per populum*, also von den Komitien, beschlossen werden dürften⁶². Dieser Gesetzesvorschlag stieß im Senat auf heftigen Widerstand, und deswegen milderte ihn Cornelius dahingehend ab, daß Ausnahmeregelungen, also *privilegia*, auch weiterhin vom Senat gewährt werden durften, jedoch nur dann, wenn mindestens 200 Senatoren anwesend waren. Anschließend mußte darüber ein Volksbeschluß gefaßt werden, gegen den nicht interzediert werden konnte⁶³. Das Gesetz wurde angenommen, und zwar gegen den Willen der Optimaten, die offenbar bis dahin bei Versammlungen mit der Anwesenheit weniger Senatoren Privilegien zu verleihen pflegten⁶⁴.

Wieder war mit einer Mindestbeschlußfähigkeitszahl von nur 200 Senatoren die Anwesenheit eines Drittels des – inzwischen auf 600 Mitglieder angewachsenen – Senats gefordert. Bemerkenswert dabei ist, daß Cornelius sogar das Interzessionsverbot für notwendig hielt, um den Beschluß des nun zu einem Drittel besetzten Senates vor Interventionen vor den Komitien zu schützen. Das deutet darauf hin, daß man offenbar gar nicht selten mit noch weniger Senatoren Beschlüsse gefaßt hatte und daß mit diesem Gesetz die Macht einer relativ kleinen Clique gebrochen werden sollte, die den Senat für sich instrumentalisiert hatte⁶⁵. Allerdings scheint es sich dabei ausschließlich um hochrangige Senatoren gehandelt zu haben, denn Asconius spricht von „*principes civitatis qui plurimum in senatu poterant*“⁶⁶. Cornelius' Aktivitäten, der genannte Vorstoß ebenso wie seine anderen Gesetzesvorlagen, nämlich, daß sich der Prätor an sein Edikt halten müsse und Wahlbestechung härter bestraft werden solle, sind eindeutig dem popularen Kontext zuzuordnen⁶⁷. Daß er mit dieser technischen Regelung die Interessen hinsichtlich des Erfolges seiner sonstigen Gesetze verfolgte, liegt auf der Hand. Dennoch erscheint die *lex Cornelia* als eine konsequente Fortsetzung einer Praxis, bei Tagesordnungspunkten des Senats, die Ausnahmeregelungen zum Inhalt hatten, ein Quorum anzusetzen, nur daß Cornelius' Gesetz nun generell Ausnahmen von Gesetzen regelte. Die Kombination eines

⁶² Vgl. *Christian Meier*, RE Suppl. 10 (1965) s.v. Populares, Sp. 603.

⁶³ Asconius, in *Corneliana* 47f.; Cassius Dio 36,38,3–40,1. Vgl. *Simon Squires*, Asconius Pedianus, Quintus. Commentaries on Five Speeches of Cicero (Bristol 1990) 90ff.; *Bruce A. Marshall*, A Historical Commentary on Asconius (Columbia 1985) 214ff.; *Meier*, Res publica amissa (wie Anm. 10) 164; *Bonnefond-Coudry*, Le sénat dans la république romaine (wie Anm. 12) 401; *Bonnefond*, Quorum et prise de décision (wie Anm. 14) 132–135; *Ryan*, Rank and Participation (wie Anm. 33) 13–14.

⁶⁴ Asconius, in *Corneliana* 47,15ff.

⁶⁵ Dazu Asconius, in *Corneliana* 58f. Zu Cornelius' Tribunat siehe *Walter McDonald*, The Tribune of Cornelius, in: CQ 23 (1929) 176–208; *Miriam Griffin*, The Tribune C. Cornelius, JRS 63 (1973) 196–213.

⁶⁶ Asconius, in *Corneliana* 58f.

⁶⁷ Dazu *Meier*, s.v. Populares (wie Anm. 62) Sp. 576–577; 606–607; vgl. *Giovanni Rotondi*, Leges publicae populi Romani (Mailand 1912, ND Hildesheim 1962) 370–371.

Senatsquorums mit einem Volksbeschluß entspricht Cornelius' Ausrichtung als populärer Politiker.

*

Die Anzahl der Anwesenden bei einer Senatssitzung – ob bei einem *senatus frequens* oder mit einem Quorum – scheint in der Praxis hauptsächlich bei folgenden Tagesordnungspunkten eine Rolle gespielt zu haben: bei Wahlangelegenheiten hinsichtlich Kandidaten, deren Voraussetzungen für die Kandidatur zumindest strittig waren und daher vorab im Senat geklärt wurden, bei der Verteilung der Provinzen und Bestellung der Promagistrate⁶⁸ sowie bei Beschlüssen über die Finanzierung von *supplicationes*⁶⁹. Es handelte sich also um Gegenstände, die traditionsgemäß der Senat ohne Einbeziehung der Volksversammlung regelte und die zudem für einzelne, bereits höherrangige Senatoren⁷⁰ bezüglich ihrer Laufbahn von individuellem Interesse waren. Die *lex Cornelia de privilegiis* verlangt lediglich für Senatsbeschlüsse, die eine Ausnahme von bestehenden Gesetzen zum Inhalt haben, ein Quorum von 200 Senatoren und die Bestätigung des *senatus consultum* durch die Volksversammlung, womit diese Beschlüsse die Gestalt einer *lex* erhielten. Es geht also um das Verhältnis von Ausnahme und Regel. Hier wurde dem Senat formal die alleinige Zuständigkeit entzogen und auch ein Stück Flexibilität genommen. Insgesamt ist also die Tendenz erkennbar, bei Gegenständen, die ausschließlich im Senat beschlossen wurden, eine höhere Beteiligung, wenn nicht sogar ein Quorum zu verlangen. Denn die moralische Legitimation dürfte grundsätzlich als zweifelhaft angesehen worden sein, wenn nur wenige und vermutlich auch immer dieselben anwesend waren. Eigentlich müßte jeder einberufende Magistrat Wert darauf gelegt haben, eine gut besuchte und zugleich repräsentative Versammlung zur Abstimmung zu führen, um sowohl seine eigene *dignitas* als auch die Wichtigkeit des Gegenstandes, dessentwegen er die Senatssitzung einberufen hatte, zu demonstrieren. Aber offenbar genügten sich damals die *Principes civitatis* in Zusammenarbeit mit den einberufenden Magistraten selbst, um einander Gefälligkeiten zu erweisen.

6. Systemimmanente Problematik eines Quorums: die innere Hierarchie des Senats

Mit der Dominanz der *Principes civitatis* wird die systemimmanente Problematik bei einem Quorum im römischen Senat erkennbar. Während wir in modernen Sy-

⁶⁸ Caelius an Cicero, Fam. 8,11,2; Cicero, Phil. 1,12; 5,19. Vgl. zur *lex Pompeia de provinciis* von 52 v. Chr. Cicero, Att. 5,4,2; Fam. 8,5,3; 8,9,2.

⁶⁹ Cicero, ad Q. fr. 2,6,1.

⁷⁰ Diese Themen waren im Regelfall nur für Magistrate oder Promagistrate mit Imperium, also Prätores und Konsuln sowie Proprätoren und Prokonsuln, sowie Kandidaten für diese Ämter von Bedeutung.

stemen selbstverständlich von der Gleichwertigkeit aller Mitglieder etwa in Parlamenten ausgehen, steht eine streng numerische Bestimmung über die Beschlußfähigkeit des Senats im Grunde im Widerspruch zum Charakter des römischen Senats, denn schließlich kam nicht jedem Mitglied das gleiche politische Gewicht zu. Es gab eine innere Hierarchie des Senats, die auf dem *Mos maiorum* beruhte und sich grundsätzlich an der höchsten bekleideten Magistratur orientierte. Am deutlichsten spiegelt sich das in der gut dokumentierten Reihenfolge der Befragung *a maiore ad minorem* wider. Ihr lag grundsätzlich die Senatsliste zugrunde, die die Rangfolge der Senatoren abbildete⁷¹. Vertreter der unteren Rangklassen der gewesenen Magistrate, insbesondere Tribunizier und Quästorier, die zahlenmäßig eine durchaus starke Gruppe dargestellt haben dürften, kamen dabei überhaupt nur in Ausnahmefällen zu Wort⁷². Eine rechtliche Bindung an die Reihenfolge der Umfrage bestand für den leitenden Magistrat allerdings nicht; Abweichungen von der Senatsliste waren möglich⁷³. Man begann mit dem *Princeps senatus* oder einem der designierten Konsuln. Aber etwa zur Abwechslung bei der Umfrage mit den Quästorien zu beginnen und dann mit Ädiliziern und Tribuniziern fortzufahren, dürfte undenkbar gewesen sein. Erst Augustus brach mit der Tradition und rief die Senatoren nach Belieben auf⁷⁴, was nicht nur zu erheblicher Verunsicherung der Senatoren geführt, sondern auch den Senat als Ganzes geschwächt haben dürfte. Augustus ignorierte damit die interne Hierarchie des Senats.

Entsprechend konnte eine Versammlung von Senatoren, bei der die Konsulare und Prätorier weitgehend fehlten, nach römischem Verständnis schwerlich als Senat gelten, auch wenn keine diesbezügliche Regelung festgeschrieben war. Einer solchen Versammlung hätte es zweifelsohne an *auctoritas* gefehlt. Nicht ohne Grund dürften sich Brutus und Cassius, als sie als amtierende Prätores im Jahre 44 v. Chr. ein Edikt erließen mit dem sie einen *frequens senatus* anordneten, brieflich an alle Konsulare und Prätorier gewandt haben mit der Bitte zu erscheinen⁷⁵. Offenbar kam es ganz besonders auf die Senatoren an, die bereits eine Magistratur mit *imperium* bekleidet hatten. Das bedeutet, daß bei einer rein zahlenmäßigen Definition des Senats die hierarchische Komponente des Gremiums mißachtet wird, denn eine rein numerische Definition hatte eindeutig egalisierenden Charakter. Die Forderung nach einem Quorum konnte daher immer auch als Angriff auf die *Principes civitatis* verstanden werden und damit als fundamentaler Angriff auf die Gewohnheitsrechte der Oberschicht überhaupt.

⁷¹ Dazu Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,965ff.; bes. 969f.; 972.

⁷² Ein berühmtes Beispiel für eine spektakuläre Ausnahme ist die Stellungnahme M. Porcius Catos als designierten Volkstribunen in der Debatte um die Bestrafung der Catilinarier. Seiner Stellungnahme schlossen sich alle Konsulare sowie ein großer Teil des übrigen Senats an, und der Senatsbeschluß erging. Siehe Sallust, Cat. 52–54; vgl. Plutarch, Cat. min. 23. Allerdings repräsentierte Cato schon aufgrund seiner Familiengeschichte nicht unbedingt den durchschnittlichen Quästorier, der eben gerade für eine weitere Stufe des *cursus honorum* gewählt worden war.

⁷³ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,947.

⁷⁴ Vgl. Sueton, Aug. 35,4.

⁷⁵ Vgl. Cicero, Att. 16,7,1.

Damit stellt sich die Frage nach dem Stellenwert eventueller Zählungen im Senat bei der Feststellung eines Abstimmungsergebnisses. Bemerkenswert im Zusammenhang eventueller Zählungen im Senat ist nämlich, daß bei der Ermittlung von Abstimmungsergebnissen offenbar – zumindest grundsätzlich – nicht gezählt wurde. Mommsen beschreibt den Vorgang folgendermaßen: „Nach erfolgtem Platzwechsel constatirt der Vorsitzende, auf welcher Seite die Mehrheit sich befindet und verkündigt das Ergebnis mit den Worten: *haec pars maior videtur*. Gezählt wurde demnach in der Regel nicht; daß der Vorsitzende, wenn es nöthig erschien, die Zählung vornehmen konnte, versteht sich von selbst.“⁷⁶ In der dazugehörenden Anmerkung setzt Mommsen allerdings hinzu: „Beispiele kommen nicht vor.“⁷⁷ Indem Mommsen das System einfach ergänzt und diese Ergänzung als Sachstand darstellt, weicht er von der historischen Methode ab. Dagegen scheint es angesichts der hierarchischen Struktur innerhalb des Senats viel wahrscheinlicher zu sein, daß der einberufende Magistrat zumindest bei knappen Abstimmungsergebnissen auch eine implizite politische Gewichtung der jeweils Abstimmenden vornahm, grundsätzlich aber ohnehin versuchte, knappe Ergebnisse zu vermeiden. Sallust betont jedenfalls explizit, daß sich alle Konsulare und ein großer Teil des Senats Catos Vorstoß hinsichtlich der Anwendung der Todesstrafe für die Catilinarier anschlossen, woraufhin der Senatsbeschluß gefaßt wurde, wie ihn Cato, obwohl damals lediglich designierter Volkstribun, beantragt hatte⁷⁸. Zuvor hatte zwar schon der erste Redner, D. Iunius Silanus, der designierte Konsul für 62

⁷⁶ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,993f. mit Anm. 5 und 6.

⁷⁷ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,994 Anm. 1. Im Textteil auf Seite 994 fährt Mommsen fort: „Stimmengleichheit wird Ablehnung gewesen sein.“ In der zugehörigen Anmerkung 2 heißt es: „Auch hierfür fehlt es an Beispielen.“ – Demnach hält Mommsen das einzige überlieferte Zahlenverhältnis einer *discessio* nicht für relevant. Appian berichtet von einer Abstimmung am 1. März des Jahres 50 v. Chr., in der der im Auftrage Caesars handelnde Volkstribun C. Scribonius Curio die Frage stellte, ob Caesar und Pompeius ihr Kommando niederlegen sollten. Daraufhin stimmten 22 Senatoren dagegen, wogegen sich 370 Senatoren für Curios Vorschlag entschieden, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden (Appian, b.c. 2,30). Auch Plutarch erwähnt diese Abstimmung, in der sich, nach ihm, 25 Senatoren gegen Curios Antrag aussprachen, alle anderen jedoch dafür (Plutarch, Pomp. 58,6f.). Die zeitgenössischen Quellen Cicero und Caesar erwähnen dieses Zahlenverhältnis nicht. Hirtius, der diesen Sieg für Caesar im Senat kaum verschwiegen hätte, berichtet lediglich, daß Curio einfach von sich aus begonnen habe, eine *discessio* durchzuführen: *sed etiam per se discessionem facere coepit*; die Umfrage habe er nicht stattfinden lassen. Daraufhin hätten die Konsuln eingegriffen (Hirtius bei Caesar, b.c. 8,52,5). Ein gültiger Beschluß, der verkündet wurde, kam demnach nicht zustande. Curio setzte sich mit der von ihm selbst veranlaßten *discessio* über die übliche Regel, nach welcher der versammlungsleitende Konsul die Abstimmung nach der Umfrage ansetzte oder auch davon absah, wenn ihm das Ergebnis zweifelhaft erschien, einfach hinweg. Mit einem entsprechenden *senatus consultum* konnte Curio dabei nicht rechnen; seine Aktion hatte reinen Agitationscharakter, zumal evident war, daß Caesar nicht bereit war, sein Kommando unter dieser Bedingung niederzulegen. Siehe dazu, mit anderem Schwerpunkt, Meier, Res publica amissa (wie Anm. 10) 315. Zu Curios Tribunat siehe Maria H. Dettenhofer, Perdita Iuventus. Zwischen den Generationen von Caesar und Pompeius (München 1992) 45–62.

⁷⁸ Sallust, Cat. 53,1: *Postquam Cato assedit, consulares omnes itemque senatus magna pars sententiam eius laudant ...; senati decretum fit, sicuti ille censuerat*.

v. Chr., in der Debatte die äußerste Strafe verlangt, und die ihm folgenden Senatoren hatten ihm beigespflichtet, aber nachdem Caesar für eine Inhaftierung plädiert hatte, erklärte Silanus, er habe mit der äußersten Strafe nicht den Tod, sondern den Kerker gemeint. Daraufhin schalt Cato die Wankelmütigkeit des Silanus und vertrat den ursprünglichen Antrag⁷⁹. Von einer numerischen Mehrheit spricht Salust nicht. Das deutet stark darauf hin, daß die Zahlenverhältnisse innerhalb der Rangklassen von Senatoren wichtiger waren als die im Senat insgesamt⁸⁰.

Die Gegenprobe stützt die These. Vor dem Problem, daß sich die führenden Häupter sowie die Mehrzahl der gewesenen Konsuln und Prätores versagten, standen sowohl Caesar als auch Octavian in der jeweiligen Bürgerkriegssituation. Im Jahre 32 v. Chr. waren die Konsuln sowie die wichtigen Senatoren nahezu ausnahmslos zu Antonius übergegangen⁸¹. Was Octavian blieb, war zwar eine Anzahl von Senatoren, aber eben keine Versammlung, die *auctoritas* für sich hätte beanspruchen und durch ihre Beschlüsse Legitimität hätte bieten können⁸². Schon aus diesem Grunde inszenierte der Kriegstreiber Octavian den rechtlich nicht relevanten Gefolgschaftseid, den ganz Italien ihm angeblich freiwillig auf seine Worte geleistet habe, um auf diesem Wege Legitimität für sich zu beanspruchen⁸³.

Theodor Mommsen schreibt das Senatsquorum von 400 Senatoren, das – wie gesagt – erst für die augusteische Zeit belegt ist, Caesar zu⁸⁴. In Frage für eine derartige Maßnahme käme eigentlich erst die Zeit der Dictatur⁸⁵ nach Beendigung der Bürgerkriege. Da der Senat damals auf 900 Mitglieder angewachsen war und viele Senatoren ihre Mitgliedschaft dem Bürgerkriegssieger verdankten, dürfte eine derartige Regelung ohnehin kaum notwendig gewesen sein: Ein *beneficium* zog schließlich ein *officium* nach sich. Caesars Problem bestand bekanntlich vielmehr darin, die namhaften Vertreter der *res publica* zur Mitarbeit zu gewinnen. Auch Octavian bekam es nach seinem Sieg über Antonius und seiner Rückkehr nach Rom zu spüren, was es hieß, wenn sich die führende Senatorenschicht zunehmend versagte⁸⁶. Die neueren Untersuchungen von Marianne Bonnefond deu-

⁷⁹ Vgl. Plutarch, Cat. min. 22–23.

⁸⁰ Siehe dazu Anm. 75.

⁸¹ Cassius Dio 50,2,6; dazu Anna E. Glauning, Die Anhängerschaft des Antonius und des Octavian (Diss., Leipzig 1936) 39; Peter Wallmann, Zur Zusammensetzung und Haltung des Senats im Jahre 32 v. Chr., in: Historia 25 (1976) 306.

⁸² Vgl. Cassius Dio 50,20,6; Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 47.

⁸³ Zum Eid siehe Res gestae divi Augusti 26; Peter Herrmann, Der römische Kaisereid. Untersuchungen zu Herkunft und Entwicklung (Göttingen 1968) 86ff.; Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 52.

⁸⁴ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,990 Anm. 3; vgl. Taylor, Scott, Seating Space (wie Anm. 6) 531f.; vorbehaltlos als Tatsache übernommen von Chastagnol, Le problème du Quorum sénatorial (wie Anm. 5) 153–163; kritisch dazu Martin Jehne, Der Staat des Dictators Caesar (Köln, Wien 1987) 407f.

⁸⁵ Mit der lateinischen Schreibung „Dictatur“ soll darauf hingewiesen werden, daß Caesar damit an das zeitlich begrenzte außerordentliche römische Amt anknüpfte, das dem Ursprung nach nichts mit unserem modernen Begriff der „Diktatur“ im Sinne von usurpierter Macht zu tun hat.

⁸⁶ Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 150–160.

ten denn auch eher auf Augustus als Urheber hin⁸⁷. Mit einem Quorum von 400 bei zunächst noch deutlich über 800 Senatoren im Jahre 28 v. Chr. und später 600 nach der *lectio senatus* von 18 v. Chr. war im Gegensatz zur späten Republik allerdings ein verhältnismäßig hoher Anteil an Präsenz gefordert, nämlich immerhin die Hälfte und später sogar zwei Drittel der Körperschaft. Das bedeutet: Je weniger Macht der Senat hatte, desto höher sollte offenbar seine physische Präsenz sein, um seine Entmachtung zu kaschieren. Eine vergleichbare Entwicklung stellte bereits die drastische Erhöhung der Mitgliederzahl um mehr als ein Drittel unter Caesars Dictatur dar, wodurch die Anzahl der *homines novi*⁸⁸ sowie die der Senatoren der unteren Rangklassen weit überproportional gestiegen war. Damit war zweifelsohne schon eine gewisse Entwertung der Senatorenwürde verbunden⁸⁹. Nach Caesars Tod war die Anzahl der Senatoren weiter auf über 1000 gestiegen, worauf die Standesgenossen mit der Verachtung dieser ‚Bürgerkriegssenatoren‘ reagierten⁹⁰. Die Einführung des generellen Quorums – ob durch Caesar oder Augustus – muß also durchaus als Versuch der Betonung von Legitimität bewertet werden. Dabei ist die Reduktion der Wertigkeit des altehrwürdigen Gremiums auf die bloße Kopffzahl als deutlicher Verstoß gegen die *mores maiorum* zu sehen. Im Vergleich zur Festsetzung eines Quorums fehlt der Anordnung eines *senatus frequens* dieser egalisierende Charakter.

7. Zusammenfassung und Ergebnis

Es entsteht das Bild, demzufolge nach dem Sieg im Zweiten Punischen Krieg der Eifer der politischen Klasse, das Tagesgeschehen der römischen Politik mitzutragen, deutlich nachgelassen hat – zumindest soweit es die regelmäßige Teilnahme an den Senatssitzungen betraf. Daraus dürfte sich die Möglichkeit zum Mißbrauch durch Cliquen, die durch ihre permanente Präsenz den Senat für sich instrumentalisierten, deutlich erhöht haben. Die Ordnung der Republik mußte auf Dauer darunter leiden, und ein Autoritätsverlust des Senats war unausweichlich. Aus diesem Grunde brauchte man Instrumente, die zur Bekämpfung dieser Entwicklung dienen konnten. Eigentlich sollte aber auch jeder versammlungsleitende Magistrat ein dezidiertes Interesse daran gehabt haben, sich auf eine breite Beteiligung der politischen Klasse stützen zu können. Aus diesem Grunde wurden Strafen für das Fernbleiben vom Senat angedroht und/oder ein *senatus frequens* eingefordert. Individuelle Strafen für das Fernbleiben, die Anordnung eines *senatus*

⁸⁷ Bonnefond, Quorum et prise de décision (wie Anm. 14) 145ff.

⁸⁸ Zu den erheblichen Vorbehalten der Nobilität gegenüber *homines novi* in dieser Zeit siehe Sallust, Cat. 23,6.

⁸⁹ Martin Jehne kommentiert: „Nun war Caesar ja nicht daran interessiert, den Senat als eigenständiges Regierungsorgan zu erhalten.“ Jehne, Staat des Dictators (wie Anm. 84) 406; detailliert Jehne, Staat des Dictators (wie Anm. 84) 292–406.

⁹⁰ Siehe Sueton, Aug. 35,1.

tus frequens sowie die Anordnung eines Quorums stellten Maßnahmen zur Stärkung des Senats dar.

Zwingend für ein Quorum scheinen mir aber nur die Belege zu sein, in denen explizit von einer Mindestzahl gesprochen wird oder in denen die Beschlußfähigkeit des Senats belegt wird. *Senatus frequens* blieb ein relativer Begriff, ein konkret gefaßtes Quorum war eine konkrete Maßnahme, die wohl eher die Ausnahme dargestellt hat. Grundsätzlich scheint es, ebenso wie bei einer eventuellen Zählung der Anwesenden im Senat⁹¹, im Ermessen des leitenden Magistrats gelegen zu haben, eine Versammlung als ausreichend anzuerkennen oder eine weitere Versammlung unter Berücksichtigung der Beteiligung maßgeblicher Personen oder eines numerischen Quorums anzuordnen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß ein *senatus frequens* einen gut besuchten und zugleich repräsentativen Senat beschrieb, so daß eine Zählung als Mittel der Obstruktion die *mores* verletzt hätte, weil nicht nur zahlreiche Senatoren, sondern auch zahlreiche hochrangige Senatoren, im wesentlichen die Konsulare und Prätorier⁹², anwesend waren.

Dazu würde es durchaus passen, wenn im Laufe der Zeit zunächst nur auf Anordnung ein *senatus frequens* oder alternativ ein jeweils erneut festzusetzendes Quorum für bestimmte Gegenstände üblich geworden wäre. Einige Forschungen, vor Mommsen bereits Willems, deuten darauf hin, daß Mindestbeschlußfähigkeitsregelungen für bestimmte Gegenstände und in besonders heiklen Situationen üblich geworden waren⁹³, auffallend häufig bei Beschlüssen, die die Verteilung der konsularischen Provinzen betrafen⁹⁴. Dabei scheint es vor allem um die Gewährung von *privilegia* gegangen zu sein wie etwa *supplicationes* oder die Erlaubnis für eine Bewerbung *in absentia*. Weiter drängt sich die Vermutung auf, daß in der Zeit vor der genannten *lex Cornelia* jedes Mal eine Entscheidung über ein eventuell anzusetzendes Quorum nötig war. Das würde sowohl die unterschiedlichen Verhältniszahlen als auch die jeweils explizite Erwähnung der Regelung erklären. Eine gesetzliche Regelung, wie sie Mommsen ausdrücklich annimmt⁹⁵, hätte jedoch auf einer *lex* beruht, also einem Beschluß der Volksversammlung. Der Volkstribun Cornelius hätte als *exemplum* daran anknüpfen und damit die Tradition für sein Vorhaben beanspruchen können. Dafür gibt es jedoch keinen Anhaltspunkt. Aber offensichtlich bedurfte es in der Republik keiner *lex*, um im Senat ein Quorum zu beschließen oder auch einfach anzuordnen. Lediglich für die Gewährung von *privilegia*, also den Ausnahmen von Gesetzen, bedurfte es seit der *lex Cornelia* der Anwesenheit eines Drittels der Senatoren. Ansonsten genügte der *Mos* ma-

⁹¹ Siehe Festus p. 174 L. (wie Anm. 19). Vgl. aber Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,993f.

⁹² Vgl. Cicero, Att. 16,7,1.

⁹³ O'Brien Moore, s.v. *Senatus* (wie Anm. 26) Sp. 704f.; Balsdon, Three Ciceronian Problems (wie Anm. 27) 19f.

⁹⁴ Cicero, Att. 5,4,2; Caelius an Cicero, Fam. 8,3,2; 8,5.

⁹⁵ „Eine allgemeine Minimalzahl für die Beschlußfähigkeit des Senats ist schon in republikanischer Zeit gesetzlich vorgeschrieben gewesen; überliefert sind nur zufällig gewisse vermuthlich verschärfende Bestimmungen für einzelne Kategorien der Senatsbeschlüsse.“ Mommsen, Staatsrecht (wie Anm. 7) 3,2,989 mit Anm. 1 und 2.

iorum als Grundlage. Erst Augustus, der den Senat nur noch als Fassade für seine als Res publica restituta getarnte Monokratie brauchte, das aber unbedingt, fand sich in der Situation, den Senatsbesuch mit Hilfe verschärfter Strafandrohungen und genereller Zahlen für die Beschlußfähigkeit sicherstellen zu müssen. Er tat dies, indem er die Senatoren im Jahre 9 v. Chr. zur Kenntnisnahme seines Gesetzes *de senatu habendo* durch eine plakative Maßnahme zwang: Sie wurden paarweise vor die Gesetzestafeln geführt und zum Vorlesen gezwungen – angeblich um ihre Meinung oder sogar Verbesserungsvorschläge zu hören⁹⁶. Kurz: Augustus institutionalisierte das Quorum im römischen Senat, instrumentalisierte es für seine Herrschaft und ignorierte damit zugleich die interne Hierarchie des Senats.

*

Als Fazit kann festgehalten werden:

1. Es gab kein allgemeines gesetzliches Quorum in der römischen Republik.
2. Es scheint sich jedoch die Tendenz herausgebildet zu haben, für bestimmte Themenkreise, die ausschließlich dem Senat unterstanden und für die Gewährung von Ausnahmeregelungen prädestiniert waren, also für *privilegia*, einen *senatus frequens* anzuordnen oder, was jedoch wegen seines egalisierenden Charakters selten geschah, ein Quorum anzusetzen.
3. In Gesetzesform wurde die Praxis hinsichtlich der Ausnahmeregelungen erst durch die *lex Cornelia* des Jahres 67 v. Chr. gegossen.
4. Grundsätzlich widersprach ein generelles Quorum jedoch der internen Hierarchie des Senats, die auf dem Mos maiorum beruhte.
5. Erst Augustus griff zum Mittel der Einführung eines generellen Quorums und nivellierte nun damit – und nicht nur damit – die interne Hierarchie des Senats, was seinem Interesse entsprach, da es faktisch auf eine Entmachtung der älteren und erfahreneren Konsulare hinauslief.

Summary

The question about the existence of a quorum in the Roman senate has been discussed since Mommsen postulated a general quorum based on law in his *Römisches Staatsrecht*. The results of this study are as follows:

1. A general quorum based on law did not exist during the Roman Republic.
2. For certain issues which were under the exclusive responsibility of the senate, however, and therefore predestined for the granting of exceptions from the rules (*privilegia*), a tendency seems to have developed to order a *senatus frequens* or, a quorum was defined, which happened relatively seldom because it gave all senators equal importance if they were just counted.

⁹⁶ Cassius Dio 55,3,3-4,1. Dazu Dettenhofer, Herrschaft und Widerstand (wie Anm. 1) 155f.

3. A law that required a quorum for granting *privilegia* by the senate was finally passed as *lex Cornelia* in 67 B.C.

4. In principle, a general quorum was in sharp contradiction to the internal and well documented hierarchy of the Roman senate which was based on *mos maiorum* and the official list of senators.

5. It was Augustus who established a general quorum for all issues and with this measure – and not only with this measure – evened out the internal hierarchy of the senate which suited his interests, because defining the senate by the mere number of those present was an instrument intended to reduce the influence of the older and more experienced consulars.

Hans-Ulrich Wiemer

Voces populi

Akklationen als Surrogat politischer Partizipation¹

I.

Die griechisch-römische Stadt war eine Gemeinschaft, deren Mitglieder das Recht beanspruchten, sich selbst zu regieren². Die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft war daher gleichbedeutend mit dem Recht, am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken³. Aristoteles bestimmt die Polis als eine Gemeinschaft von Bürgern;

¹ Die folgenden Ausführungen fußen auf einem Aufsatz, den ich vor gut einem Jahrzehnt konzipiert und 2004 veröffentlicht habe: Akklamationen im spätrömischen Reich. Zur Typologie und Funktion eines Kommunikationsrituals, in: Archiv für Kulturgeschichte 86 (2004) 27–73. Da ich die Dokumentation, soweit ich sie damals kannte, am angegebenen Ort zusammengestellt habe, begnüge ich mich an dieser Stelle damit, besonders aussagekräftige Quellen anzuführen; zugleich nutze ich die Gelegenheit, Belege nachzutragen, die mir damals noch unbekannt waren.

Egon Flaig hat mich durch die Einladung zum Kolloquium veranlasst, das Thema noch einmal zu durchdenken, und mir durch sein beharrliches Fragen wichtige Anstöße vermittelt. Birgit Emich, Rene Pfeilschifter und John Weisweiler haben das Manuskript mit hilfreichen Kommentaren bedacht, Sebastian Schmidt-Hofner und Uwe Walter bibliographische Hinweise beigesteuert. Wolfgang Srb schließlich hat meine Übersetzung des Senatsprotokolls von 438 mit großer Sorgfalt durchgesehen. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

² Über die antike Stadt als „autokephal-genossenschaftlicher Verband“ im Sinne Max Webers eindringlich *Alfred Heuß*, Herrschaft und Freiheit im griechisch-römischen Altertum, in: *Golo Mann* u. a. (Hrsg.), Propyläen Weltgeschichte 11/1 (Frankfurt a. M., Berlin-West 1965) 65–128, bes. 117–120; auch in: *ders.*, Gesammelte Schriften 1 (Stuttgart 1995) 438–499, bes. 488–491.

³ Natürlich handelt es sich bei dem Begriff Polis um einen Idealtypus, dem – wie Aristoteles sehr wohl wusste – nicht alle griechischen Stadtstaaten im selben Maße entsprechen; am reinsten prägt er sich in der Verfassungsform der Demokratie aus. Gerade sie aber wurde im Laufe der klassischen Epoche zur Normalverfassung griechischer Städte. Die Auffassung, dass die Polis als Staatstyp sowohl Demokratie als auch Oligarchie umfasse, hat durch *Victor Ehrenberg* und sein klassisches, nur teilweise überholtes Werk: *Der Staat der Griechen* (Stuttgart, Zürich 1965) 47–62 allgemeine Geltung erlangt. Ähnlich jetzt wieder *Mogens H. Hansen*, Polis. An Introduction to the Ancient Greek City-State (Oxford 2006) 109–115, wo der Aspekt der politischen Partizipation jedoch gegenüber demographischen und geographischen Fragen ungebührlich in den Hintergrund tritt. Die Frage nach dem Ende der Polis als demokratischer Bürgerstaat kann hier nicht weiter verfolgt werden; es genüge die Feststellung, dass die Demokratie als politisches System in weiten Teilen der Poliswelt weit über Alexander hinaus fortexistierte; vgl. dazu meinen Überblick: *Hellenistic Cities: the end of Greek democracy?*, in: *Hans Beck* (Hrsg.), *A Companion to Greek Government* (Oxford 2013) 54–69. Zur politischen Verfassung griechischer Städte in der

Bürger aber ist seiner Definition zufolge, wer das Recht hat, am Entscheidungsprozess in Gerichten und beratenden Versammlungen teilzuhaben⁴. Die moderne Forschung stellt auf denselben Sachverhalt ab, indem sie die Polis als Bürgerstaat bezeichnet⁵. Tatsächlich befand man über die Angelegenheiten der Bürgerschaft in Versammlungen, die allen Bürgern offenstanden, und zwar in der Regel nach einer öffentlichen Aussprache. Die Entscheidungen, die man auf diese Art und Weise traf, galten als Ausdruck des Volkswillens und waren daher für jedes einzelne Mitglied der Gemeinschaft verbindlich. Fragen, in denen die Bürgerschaft geteilter Meinung war, wurden entschieden, indem man den Willen der Mehrheit ermittelte, in der Regel dadurch, dass man Stimmen zählte⁶.

Akklationen hingegen sind als Vehikel für Mehrheitsentscheidungen denkbar ungeeignet. Die Anwendung des Mehrheitsprinzips setzt voraus, dass der Wille jedes einzelnen Mitglieds eines politischen Verbands gleich viel gilt. Eben darum kann man den Willen der Gesamtheit ermitteln, indem man einzelne Stimmen zählt. Weiterhin impliziert das Mehrheitsprinzip, dass die Frage, wer an einer Abstimmung teilnehmen darf, in irgendeiner Weise geregelt ist; es beruht auf einer verbindlichen Vorstellung über politische Rechte. Aber das Mehrheitsprinzip hat auch Implikationen für die Art und Weise, wie man mit Konflikten umgeht. Wo es gilt, wird anerkannt, dass Einigkeit sich nicht von selbst ergibt, sondern oftmals erst hergestellt werden muss. Dissens ist grundsätzlich zugelassen; der politische Prozess dient dazu, ihn auf eine für alle akzeptable Art und Weise in Konsens zu verwandeln. Dieses Kunststück gelingt, wenn und solange alle bereit sind, sich dem Willen der Mehrheit zu unterwerfen. Dabei ist vorausgesetzt, dass sich die

römischen Kaiserzeit vgl. neben den älteren Darstellungen bei *Arnold Hugh Martin Jones*, *The Greek City from Alexander to Justinian* (Oxford 1940) 170–192, *Dieter Nörr*, *Imperium und Polis in der hohen Prinzipatszeit* (Münchener Beiträge zur Papyrusforschung und Antiken Rechtsgeschichte 50, München 1966) 12–43 und *Paul Veyne*, *Le pain et le cirque. Sociologie historique d'un pluralisme politique* (Paris 1976) jetzt auch *Anna Heller*, *La cité grecque d'époque impériale: vers une société d'ordres?*, in: *Annales ESC* (2009) 341–373.

⁴ Aristoteles, *Politik* 3, 3, 1276b1: εἴπερ γάρ ἐστι κοινωνία τις ἡ πόλις, ἔστι δὲ κοινωνία πολιτῶν πολιτείας. Aristoteles setzt dieses Verständnis der Polis voraus, wenn er den Bürger folgendermaßen bestimmt (*Politik* 3, 1, 1275b18–20): ὅ ᾧ γὰρ ἐξουσία κοινῶν εἶναι ἀρχῆς βουλευτικῆς καὶ κριτικῆς, πολίτην ἤδη λέγομεν εἶναι ταύτης τῆς πόλεως.

⁵ Der Begriff geht zurück auf den britischen Soziologen *Walter G. Runciman*, *Doomed to Extinction: The Polis as an Evolutionary Dead-End*, in: *Oswyn Murray, Simon Price* (Hrsg.), *The Greek City. From Homer to Alexander* (Oxford 1990) 347–367, hier 348.

⁶ Dieses Phänomen ist noch kaum untersucht, weswegen ich noch immer auf *Jakob A.O. Larsen*, *The Origin and Significance of the Counting of Votes*, in: *Classical Philology* 44 (1949) 164–181 verweisen muss. Epigraphische Belege für die Abstimmung durch Handzeichen in hellenistischen Bürgerstaaten analysiert *Philippe Gauthier*, „Juges des Mains“ dans les cités hellénistiques, in: *Pernille Flensted-Jensen, Thomas Heine Nielsen, Lene Rubinstein* (Hrsg.), *Polis and Politics: Studies in Ancient Greek History*, presented to Mogens Herman Hansen on his sixtieth birthday, August 20, 2000 (Copenhagen 2000) 421–429. Die in Sparta übliche Abstimmung nach der Lautstärke war eine Ausnahme; vgl. dazu *Egon Flaig*, *Die Spartanische Abstimmung nach der Lautstärke: Überlegungen zu Thukydides 1,87*, in: *Historia* 42 (1993) 139–160.

Verhältnisse auch wieder umkehren können, die Minderheit von heute zur Mehrheit von morgen werden kann.

Wo dagegen eine Gruppe von Personen formelhafte Losungen lautstark und rhythmisch vorträgt, denkt niemand daran, die einzelnen Stimmen, die zusammen den Sprechchor bilden, zu zählen. Das wäre weder möglich noch sinnvoll. Eine akklamierende Menge lässt sich nicht nach der Kopfzahl taxieren. Es geht um anderes: Man demonstriert Einigkeit und Entschlossenheit, und häufig beansprucht man, für eine viel größere Gemeinschaft zu sprechen. Eine Gruppe von Personen kann auf diese Weise zum Ausdruck bringen, dass es ihr mit einem Anliegen ernst ist, und dadurch Einfluss auf Entscheidungen nehmen, die andere treffen. Strittige Fragen aber müssen auf andere Weise entschieden werden, denn Meinungsverschiedenheiten lassen sich nur schwer beilegen, indem man sich gegenseitig mehr oder weniger einstudierte Losungen an den Kopf wirft. Gewiss kam und kommt es vor, dass eine Menge von Akklamanten eine andere niederbrüllt. Die Wahrscheinlichkeit indessen, dass die unterlegene Gruppe dieses Resultat akzeptiert, ist gering. Es ist dagegen möglich, dass eine Gruppe, die zuvor in einem geregelten Verfahren eine Entscheidung getroffen und dadurch einen kollektiven Willen ausgebildet hat, diesen kollektiven Willen anschließend in Form von Akklamationen artikuliert, auch wenn dies in den Parlamenten der westlichen Welt zur Zeit nicht üblich ist. Aber in diesem Fall dienen Akklamationen eben nicht als Mittel festzustellen, was der Wille der Mehrheit ist, sondern sollen zum Ausdruck bringen, dass der einmal gebildete politische Wille nunmehr von allen mitgetragen wird. Eben diese Unterscheidung unterbleibt jedoch häufig, wenn akklamiert wird, weil das offene Eingeständnis von Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikten die Fiktion eines universellen Konsenses gefährdet, der für viele politische Kulturen, nicht nur der Vormoderne, konstitutiv ist⁷.

Akklamationen entsprechen kommunikativen Situationen, in denen Dissens und Debatte nicht vorgesehen sind; man hört sie in Kasernen, auf Sportplätzen und in Gotteshäusern, bei Festen, in denen eine Gemeinschaft ihrer Toten gedenkt oder ihre Siege feiert, wenn Helden gerühmt, Herrscher gepriesen oder Tyrannen verflucht werden. Solche Situationen sind uns allen bekannt; und nur wenige dürften von sich behaupten, sie hätten noch niemals akklamiert. Es liegt auch auf der Hand, dass die Bedeutung, die Akklamationen als Medium der politischen Kommunikation haben, desto größer ist, je stärker der Druck ist, Einigkeit zu demonstrieren, und je weniger Möglichkeiten es gibt, Konflikte in geregelten Verfahren auszutragen. Man findet sie dementsprechend in allen Monarchien des Altertums, vom alten Israel bis zu den Reichen der Spätantike⁸.

⁷ Zum *consensus universorum* als ideologischer Grundlage des Prinzipats vgl. Egon Flaig, *Der Kaiser herausfordern. Die Usurpation im Römischen Reich* (Frankfurt a.M., New York 1992); Clifford Ando, *Imperial Ideology and Provincial Loyalty in the Roman Empire* (Berkeley, Los Angeles, London 2000); im Folgenden zitiert: Ando, *Imperial Ideology*. Der Begriff begegnet erstmals in Augustus' „Tatenbericht“: *Res gestae* 34, 1.

⁸ Den besten Überblick vermittelt noch immer Theodor Klauser, *Akklamation*, in: *Reallexikon für Antike und Christentum* I (1950); im Folgenden zitiert: *Klauser*, *Akklamation*, hier: 216–230.

So lange bei den Voraussetzungen und Implikationen von Mehrheitsentscheidungen zu verweilen ist angebracht, weil die historische Forschung über vormoderne Monarchien seit geraumer Zeit dazu tendiert, alle Formen politischer Interaktion und Kommunikation als „Aushandlungsprozesse“ zu verstehen⁹. In bewusster Abkehr von der lange Zeit dominierenden Vorstellung, dass vormoderne Monarchen mit mehr oder weniger Erfolg versuchten, mehr oder weniger kohärente Ziele in ihren Reichen durchzusetzen, Politik also sozusagen von oben nach unten gemacht wurde, stellt man sich heute gerne vor, dass Monarchen vor allem damit beschäftigt gewesen seien, die Zustimmung und Unterstützung aller oder doch möglichst vieler sozialen Gruppen zu gewinnen, die ihrer Herrschaft unterstanden, und dass diese Bemühungen sich in Form kommunikativer Handlungen vollzogen hätten, an denen stets auch die Untertanen beteiligt gewesen seien¹⁰.

Eine umfangreiche Materialsammlung, aber nicht mehr, findet man bei *Erik Peterson*, *Εἰς Θεός*. Epigraphische, formgeschichtliche und religionsgeschichtliche Untersuchungen (Forschungen zur Religion und Literatur des Alten und Neuen Testaments 24, Göttingen 1926); im Folgenden zitiert: *Peterson*, *Εἰς Θεός*. Den liturgischen Herrscherakklamationen des westeuropäischen Mittelalters hat *Ernst H. Kantorowicz* eine klassische Studie gewidmet: *Laudes Regiae. A Study in Liturgical Acclamations and Medieval Ruler Worship* (University of California Publications in History 33, Berkeley, Los Angeles 1946, ²1958), ausführlich besprochen von *Reinhard Elze*, *Die Herrscherlaudes im Mittelalter*, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kanonistische Abteilung 40 (1954) 201–223.

⁹ Zu der durch *Fergus Millar*, *The Emperor in the Roman World* (London 1977, ²1992) ausgelösten Debatte über den Regierungsstil des römischen Kaisers vgl. *Jochen Bleicken*, *Zum Regierungsstil des römischen Kaisers. Eine Antwort auf Fergus Millar* (Sitzungsberichte der wissenschaftlichen Gesellschaft an der Universität Frankfurt am Main 18/5, Wiesbaden 1982); auch in: *ders.*, *Gesammelte Schriften* 2 (Stuttgart 1998) 843–875; *Christopher Kelly*, *Ruling the Later Roman Empire* (Cambridge, MA 2004); *Hans-Ulrich Wiemer*, *Staatlichkeit und politisches Handeln in der römischen Kaiserzeit: Einleitende Bemerkungen*, in: *ders.* (Hrsg.), *Staatlichkeit und politisches Handeln in der römischen Kaiserzeit* (Millennium-Studien 10, Berlin 2006) 1–40; *Sebastian Schmidt-Hofner*, *Reagieren und Gestalten. Der Regierungsstil des spätrömischen Kaisers am Beispiel der Gesetzgebung Valentinians I.* (Vestigia. Beiträge zur Alten Geschichte 58, München 2008) sowie jetzt *Peter Eich*, *Sebastian Schmidt-Hofner*, *Christian Wieland*, *Der wiederkehrende Leviathan: Zur Geschichte und Methode des Vergleichs spätantiker und frühneuzeitlicher Staatlichkeit*, in: *dies.* (Hrsg.), *Der wiederkehrende Leviathan. Staatlichkeit und Staatswerdung in Spätantike und früher Neuzeit* (Heidelberg 2011) 11–42.

Einen Überblick über die aktuelle Forschung über Herrschaft und Staatsbildung im frühneuzeitlichen Europa vermitteln *Dagmar Freist*, *Einleitung: Staatsbildung, lokale Herrschaftsprozesse und kultureller Wandel in der Frühen Neuzeit*, in: *Ronald G. Asch*, *Dagmar Freist* (Hrsg.), *Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit* (Köln u. a. 2005) 1–48; im Folgenden zitiert: *Asch*, *Freist*, *Staatsbildung*; *André Holenstein*, *Introduction: Empowering Interactions. Looking at Statebuilding from Below*, in: *Wim Blockmans* u. a. (Hrsg.), *Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900* (Farnham, Burlington 2009) 1–34; im Folgenden zitiert: *Blockmans* u. a., *Empowering Interactions*.

¹⁰ In der deutschsprachigen Althistorie hat der Begriff „Aushandlung“ seinen Siegeszug erst vor kurzem angetreten; er gehört mittlerweile zum stehenden Vokabular von Forschungsprojekten und Tagungsprogrammen, scheint aber noch kaum reflektiert worden zu sein. Im angelsächsischen Raum durchdringt der Begriff inzwischen weite Teile der altertumswissenschaftlichen Literatur, doch sucht man eine systematische Definition auch dort vergebens. Dagegen hat der Frühneuzeithistoriker *Michael Braddick*, *State formation and political culture in Elizabethan and*

Die Macht vormoderner Monarchen sei vom Ergebnis dieser „Aushandlungsprozesse“ abhängig und deswegen niemals auf Dauer gesichert gewesen.

Niemand wird bestreiten wollen, dass diese Sichtweise insofern berechtigt ist, als sie den Blick auf die konkreten Bedingungen lenkt, unter denen vormoderne Herrscher regierten, und einer Hypostasierung institutionalisierter Macht vorbeugt. Man will jetzt genauer wissen, wie Herrschaft im Sinne Max Webers überhaupt möglich ist. Es scheint jedoch durchaus fraglich, ob der Begriff „Aushandlung“ geeignet ist, diese Prozesse angemessen zu beschreiben. Denn wenn man ihn auf jede Form politischer Interaktion und Kommunikation anwendet, wie es derzeit gang und gäbe ist, läuft man Gefahr, wichtige Unterschiede zu übersehen oder in ihrer Bedeutung zu unterschätzen¹¹: Es gibt Formen politischen Handelns, die auf formeller Gleichheit der Beteiligten und öffentlicher Debatte beruhen, und es gibt solche, in denen die Fiktion eines universellen Konsenses mit extremer Asymmetrie zwischen den Akteuren einhergeht. Neben Formen politischen Handelns, die sich in einem institutionellen Rahmen bewegen und daher vorhersehbaren Mustern folgen, stehen solche, die eher formlos und daher in ihren Wirkungen und Folgen auch für die Beteiligten schwer berechenbar sind, bis hin zur offenen Gewaltanwendung¹².

Vor diesem Hintergrund möchte ich der Frage nachgehen, wie es zugeht, dass Akklamationen am Ende der mehr als tausendjährigen Geschichte antiker Städte zu einem Medium der Kommunikation zwischen der Bevölkerung der Provinzstädte einerseits und dem physisch abwesenden Kaiser andererseits wurden, und welche Auswirkungen diese neuartige Kommunikationsform für ihren Charakter als Bürgergemeinden hatte. Meine These lautet, dass Akklamationen für die Einwohner der Provinzstädte ein Surrogat politischer Partizipation boten, indem sie einen der Idee nach direkten, nicht durch die lokalen Eliten vermittelten Kontakt zum Kaiser herstellten. Weil diese Art der politischen Willensäußerung keinem geregelten Verfahren unterlag und die offiziellen Repräsentanten der Stadt übergang, ist sie sowohl ein Symptom als auch ein Element des Prozesses, in welchem die Auflösung der antiken Stadt als Bürgergemeinde kulminiert. Doch bevor ich

Stuart England. Micro-histories and macro-historical change, in: *Blockmans* u. a., Empowering Interactions 69–90, hier 69–70 „negotiation“ ausdrücklich als „act of persuasion“ definiert, der zur Legitimierung von „power“ diene: „Negotiation implies potentially contending views and interests but it rarely takes place between equals and parties to these encounters are not negotiating who was in charge but the more limited question of how those in charge can perform their offices without resort to more obvious forms of coercion.“

¹¹ Dabei möchte ich betonen, dass ich die Anwendung des Begriffs auf Formen der juristischen Streitschlichtung für angemessen und sinnvoll halte; dazu grundlegend *Jill Harries*, *Law & Empire in Late Antiquity* (Cambridge 1999).

¹² Ich teile also die Bedenken, die in der Frühneuzeitforschung schon seit einigen Jahren gegen die inflationäre Verwendung des Begriffs Aushandeln geäußert werden; vgl. etwa *Wolfgang Reinhard*, Zusammenfassung: Staatsbildung durch „Aushandeln“?, in: *Asch, Freist*, Staatsbildung 429–438, hier 434; *Holenstein*, in: *Blockmans* u. a., Empowering Interactions 25–26, Anm. 72. Im Gegensatz zu diesen Autoren glaube ich jedoch nicht, dass das englische Wort „negotiation“ sachgerechter sei als das deutsche Wort „Aushandeln“, weil es asymmetrische Interaktion und Kommunikation nicht grundsätzlich ausschließt. Auch das englische Wort lädt vielmehr zu Missverständnissen und begrifflicher Unklarheit geradezu ein.

diese These explizieren kann, muss ich darlegen, was wir über die Semantik und Pragmatik spätrömischer Akklamationen wissen: Auf welche Weise wurde akklamiert und bei welchen Anlässen? Wer brachte Akklamationen aus und an wen richteten sie sich? Beginnen wir mit einem Beispiel!

II.

In einer spätantiken Sammlung von Kaiserbiographien, die unter dem Namen „Historia Augusta“ bekannt ist, wird eine auf den 27. September 275 n. Chr. datierte Sitzung des römischen Senats beschrieben, in welcher ein greiser Konsular namens Tacitus zum Kaiser gewählt worden sei. Über diese Sitzung wird Folgendes berichtet: Der Senat habe sich in der *curia Pompilia* versammelt; dort habe der amtierende Konsul, Velius Cornificius Gordianus, das Wort ergriffen und die Senatoren in einer Ansprache aufgefordert, einen Kaiser zu wählen, bevor die Soldaten es täten. Nun wäre es an Tacitus, dem ranghöchsten Senator, gewesen, als erster seine Meinung zu äußern. Dazu aber sei der *princeps senatus* gar nicht gekommen, denn der ganze Senat, *omnis senatus*, habe Tacitus zum Augustus bestellt, indem er eine Serie von insgesamt 12 Akklamationen ausgebracht habe, die im Wortlaut verzeichnet sind:

- Tacite Auguste, di[us] te serve<n>t!
 te diligimus, te principem facimus!
 tibi curam rei p. orbisque mandamus!
 suscipe imperium ex senatus auctoritate!
5. tui loci, tuae vitae, tuae mentis est, quod mereris!
 princeps senatus recte Augustus creatur!
 primae sententiae vir recte imperator creatur!
 ecquis melius quam gravis imperat?
 ecquis melius quam litteratus imperat?
 10. quod bonum faustum salutareque sit, diu privatus fuisti!
 scis, quem ad modum debeas imperare, qui alios principes pertulisti!
 scis, quem ad modum debeas imperare, qui de aliis principibus iudicasti!
- „Kaiser Tacitus, die Götter mögen dich erhalten!
 Dich lieben wir, Dich machen wir zum Kaiser!
 Dir übertragen wir die Fürsorge für Staat und Reich!
 Übernimm die Herrschaft aus den Händen des Senats!
5. Deine Stellung, Dein Vorleben, Deine Gesinnung machen Dich ihrer würdig!
 Der *princeps senatus* wird mit Recht zum Augustus gekürt!
 Der Inhaber des ersten Votums wird mit Recht zum Imperator gewählt!
 Wer regiert besser als ein ernsthafter Mann?
 Wer regiert besser als ein gebildeter Mann?
 10. Was sich als Segen und Heil erweisen möge: Du bist lange Privatmann gewesen!
 Du hast andere Regenten ertragen, Du weißt, wie Du regieren musst!
 Du hast über andere Regenten geurteilt, Du weißt, wie Du regieren musst!“

Tacitus habe diese Auszeichnung, so fährt der Autor fort, zunächst unter Hinweis auf sein hohes Alter abgelehnt, die Senatoren aber hätten nicht locker gelassen und ihren Willen, Tacitus zum Kaiser zu bestellen, durch eine zweite Serie von

Akklamationen bekräftigt. Diese zweite Serie umfasst noch einmal 12 Akklamationen und ist ebenfalls im Wortlaut verzeichnet:

- et Traianus ad imperium senex venit! dixerunt decies
 et Hadrianus ad imperium senex venit! dixerunt decies
 et Antoninus ad imperium senex venit! dixerunt decies
 et tu legisti: "incanaque menta regis Romani"! dixerunt decies
5. ecquis melius quam senex imperat! dixerunt decies
 imperatorem te, non militem facimus! dixerunt vicies
 tu iube, milites pugnent! dixerunt tricies
 habes prudentiam et bonum fratrem! dixerunt decies
 Severus dixit caput imperare, non pedes! dixerunt tricies
10. animum tuum, non corpus eligimus! dixerunt vicies
 Tacite Auguste, di te servent!
- deinde:
 omnes, omnes, omnes!
- „Auch Trajan ist als Greis auf den Thron gelangt!“ 10x gesagt.
 „Auch Hadrian ist als Greis auf den Thron gelangt!“ 10x gesagt.
 „Auch Antoninus ist als Greis auf den Thron gelangt!“ 10x gesagt.
 „Auch Du hast gelesen: ‚Des römischen Königs ergrauendes Kinn!‘“ 10x gesagt¹³.
5. „Wer regiert besser als ein Greis?“ 10x gesagt.
 „Wir machen Dich zum Kaiser, nicht zum Soldaten!“ 20x gesagt.
 „Du hast zu befehlen, die Soldaten haben zu kämpfen!“ 30x gesagt.
 „Du besitzt die nötige Einsicht und einen tüchtigen Bruder!“ 10x gesagt.
 „Severus hat gesagt: ‚Der Kopf regiert, nicht die Füße!‘“ 30x gesagt.
10. „Wir wählen Deinen Geist, nicht Deinen Körper!“ 20x gesagt.
 „Kaiser Tacitus, die Götter mögen Dich erhalten!“
- darauf:
 „alle, alle, alle!“.

Bei dieser zweiten Serie ist zusätzlich auch noch die Anzahl der Wiederholungen angegeben, mit der die einzelnen Akklamationen ausgebracht worden seien; sie fehlt lediglich bei den beiden letzten Ausrufen *Tacite Auguste, di te servent!* und *omnes, omnes, omnes!* Die Anzahl der Wiederholungen liegt zwischen 10 und 30; zählt man sie zusammen, kommt man auf 162. Auf diese Akklamationsliste folgt die Rede eines Konsulars namens Maecius Faltonius Nicomachus, der Tacitus empfiehlt, einen Nachfolger zu adoptieren. Tacitus und der ganze Senatorenstand, so heißt es, seien dadurch tief beeindruckt gewesen, und man habe sogleich ausgerufen: *omnes, omnes!* Anschließend habe man sich zum Marsfeld begeben, wo der Stadtpräfekt Aelius Cesettianus dem Volk die Wahl des Tacitus verkündet habe. Daraufhin habe das Volk ausgerufen: „Glücklichster Kaiser Tacitus, die Götter mögen dich erhalten!“ (*Felicissime Tacite Auguste, di te servent!*). An dieser Stelle wird die Darstellung durch den Zusatz „und was sonst noch gesagt zu werden pflegt“ (*et reliqua quae dici solent*) jäh unterbrochen, und der Autor wendet sich einem anderen Gegenstand zu.

Wer den römischen Senat aus den Reden und Briefen Ciceros als Ort kontroverser Debatten und mitunter knapper Mehrheitsentscheidungen kennt, wird die-

¹³ Das Zitat stammt aus Vergil, Aeneis 6, 809–810.

sen Bericht vermutlich bestürzend finden und zunächst vielleicht Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit hegen. Die „Historia Augusta“ genießt als historische Quelle bekanntlich einen schlechten Ruf, und das nicht ohne Grund. Der unbekannte Autor, der nicht weniger als sechs verschiedene Pseudonyme benutzt, treibt ein raffiniertes Spiel mit den Erwartungen des zeitgenössischen Lesepublikums, und er liebt es, diesem frei erfundene Dokumente vorzusetzen¹⁴. Auch unser Text ist aller Wahrscheinlichkeit nach kein authentisches Protokoll einer Senatssitzung, ja man muss bezweifeln, ob die als Redner eingeführten Personen, wenn man von Tacitus selbst einmal absieht, überhaupt jemals existiert haben¹⁵.

Dass wir es mit einer literarischen Fiktion zu tun haben, berechtigt uns aber nicht, den Text als belanglos abzutun. Denn er setzt eine soziale Praxis voraus, die dem Lesepublikum der Spätantike wohlbekannt war. Nicht zufällig endet der Bericht mit dem Hinweis, dass Akklamationen bei solchen Anlässen üblich waren¹⁶. Tatsächlich steht das fiktive Senatsprotokoll vom 27. September 275 innerhalb der „Historia Augusta“ keineswegs isoliert. Vielmehr hat der Autor seinem Werk vor allem an Stellen, wo er wenig Material zur Verfügung hatte – in den sekundären Viten von Kaisern des 2. Jahrhunderts und in Viten von Kaisern des 3. Jahrhunderts –, nicht weniger als 14, allesamt erfundene Akklamationslisten eingefügt¹⁷:

	Stelle	Ort und Anlass	Anzahl der Akklamationen und, falls angegeben, der Wiederholungen
H 1	Avidius Cassius 13, 1–5	Senat: Lob der <i>clementia</i> Mark Aurels	13; Wdh. nicht verzeichnet
H 2	Commodus 18, 1–19,9	Senat: Verwünschung des Commodus	82; Wdh. nicht verzeichnet
H 3	Diadumenus 1, 5–8	Militärische <i>contio</i> : Verleihung des <i>nomen Antoninum</i>	9; Wdh. nicht verzeichnet

¹⁴ Vgl. dazu die ausgezeichnete „Introduction générale“ von André Chastagnol in der Ausgabe: Histoire Auguste. Les empereurs romains des II^e et III^e siècle. Édition bilingue latin-français (Paris 1994); im Folgenden zitiert: Chastagnol, Histoire Auguste, hier: VII–CLXXXII, bes. C–CXXXI („mensonge et histoire“).

¹⁵ Die Konsulare Velius Cornificius Gordianus und Maecius Faltonius Nicomachus sind sonst nicht belegt, der Stadtpräfekt Aelius Cesettianus fehlt in der Liste der Stadtpräfekten des Filocalus-Kalenders, eine *curia Pompilia* hat es nicht gegeben, und Tacitus wurde nicht im September, sondern aller Wahrscheinlichkeit erst im November oder Dezember 275 Kaiser. Vgl. dazu die „Introduction“ zur *Vita* des Tacitus bei Chastagnol, Histoire Auguste 1027–1035 sowie den ausführlichen Kommentar in der Budé-Ausgabe des Textes: François Paschoud, Histoire Auguste, Bd. V, 1. Teil: Vies d'Aurélien et Tacite. Texte établi, traduit et commenté (Paris 1996).

¹⁶ Historia Augusta, Tacitus 7, 4; vgl. Alexander Severus 12, 1: *et reliqua ex more*; Gordiani 11, 8: *ante solitas adclamaciones*.

¹⁷ Ich verzeichne lediglich Stellen mit mehr als drei Akklamationen. Die Anzahl der einzelnen Akklamationen ist oft nicht genau feststellbar, weil sie in den Handschriften als fortlaufender Text überliefert und daher nicht immer eindeutig abzugrenzen sind. Vgl. Barry Baldwin, Acclamations in the Historia Augusta, in: Athenaeum n. s. 59 (1981) 138–149; im Folgenden zitiert: Baldwin, Acclamations; Jan Burian, Die kaiserliche Akklamation in der Spätantike (Ein Beitrag zur Untersuchung der Historia Augusta), in: Eirene 17 (1983) 17–43; im Folgenden zitiert: Burian, Akklamation.

H 4	Alexander Severus 6, 3–12, 1	Senat: Verleihung des <i>nomen Antoninum</i>	69; Wiederholungen erwähnt, aber nicht beziffert
H 5	Alexander Severus 56, 9–10	Senat: Siegestitulatur	10 ; Wdh. nicht verzeichnet
H 6	Maximinus Thrax 16, 3–7	Senat: Wahl des Gordianus zum Kaiser	18; Wdh. nicht verzeichnet
H 7	Maximinus Thrax 26, 2–4	Senat: <i>damnatio memoriae</i> des Maximinus	18; Wdh. nicht verzeichnet
H 8	Gordiani 11, 9–10	Senat: Wahl der Gordiani zu Kaisern	11; Wdh. nicht verzeichnet
H 8	Maximus et Balbinus 2, 10–12	Senat: Wahl des Maximus und des Balbinus zu Kaisern	12; Wdh. nicht verzeichnet
H 9	Valerianus 5, 4–8	Senat: Wahl des Valerianus zum <i>ensor</i>	14; Wdh. nicht verzeichnet
H 10	Claudius 4, 3–4	Senat: Wahl des Claudius zum Kaiser	9; zus. 334 Wiederholungen
H 11	Claudius 18, 2–3	Senat: Sieg des Claudius vor Regierungsbeginn	11; Wdh. nicht verzeichnet
H 12	Tacitus 4, 2–4	Senat: Wahl des Tacitus zum Kaiser	12; Wdh. nicht verzeichnet
H 13	Tacitus 5, 1–2	Senat: Wahl des Tacitus zum Kaiser	12; zus. 162 Wiederholungen
H 14	Probus 11, 6–9	Senat: Begrüßung des Probus als Kaiser	17; Wdh. nicht verzeichnet

Mit einer einzigen Ausnahme (H 3) enthalten alle diese Listen Willensbekundungen des römischen Senates, und mitunter wird ausdrücklich gesagt, dass man auf diese Weise einen Beschluss gefasst habe¹⁸. Häufig wird betont, dass alle mitgemacht und alle zugestimmt hätten¹⁹. Inhaltlich geht es immer um den Kaiser, der gewählt oder durch einen ehrenden Beinamen ausgezeichnet, zum Staatsfeind (*hostis publicus*) erklärt oder nach seinem Tod mit der *damnatio memoriae* belegt wird. Dass der römische Senat der Spätantike seinen Willen *per acclamationes* äußerte, ist im Lichte dieser Zeugnisse offenkundig. Etwa noch verbliebene Zweifel räumt ein Blick auf das einzige authentische Senatsprotokoll aus, das uns überliefert ist: Es bezieht sich auf die Sitzung am 25. Dezember 438, in welcher das unter dem Namen „Codex Theodosianus“ bekannte Gesetzbuch für das Westreich formell in Kraft gesetzt wurde²⁰, und weist dieselbe Struktur auf wie die fiktiven Senatsprotokolle der „Historia Augusta“, einschließlich der Wiederholungsangabe-

¹⁸ Historia Augusta, Alexander Severus 6, 1: *adclamationes senatus quibus id decretum est*; Maximus et Balbinus 3, 1: *bis atque aliis adclamationibus imperatores facti sunt*. Akklamationslisten werden in der „Vita Commodi“ (18, 1), der „Vita Maximinorum duo“ (16, 1; 26, 1) und der „Vita Probi“ (11, 5) als Bestandteile von *senatus consulta* bezeichnet.

¹⁹ Historia Augusta, Maximus et Balbinus 2, 9: *adclamatum est uno consensu*; Valerianus 5, 4: *omnes una voce dixerunt*; Tacitus 4, 1: *omnis senatus adclamavit*. An fünf Stellen (Maximus et Balbinus 2, 10; Valerianus 5, 8; Tacitus 5, 3; 7, 1; Probus 12, 8) heißt es einfach *omnes*.

²⁰ Eine deutsche Übersetzung des Senatsprotokolls ist dem Aufsatz unten als Anhang beigelegt; dort finden sich auch Hinweise auf die Literatur.

ben²¹. Die Gesamtzahl der ausgebrachten Akklamationen ist jedoch noch wesentlich höher: Wenn ich mich nicht verrechnet habe, beträgt sie 843.

Tatsächlich hat sich aus der Spätantike eine Fülle von Texten erhalten, in denen nicht bloß der Akt des Akklamierens erwähnt oder einzelne Akklamationen mitgeteilt werden, sondern vielmehr ganze Serien von Akklamationen verzeichnet sind. Zu diesen Texten gehören Protokolle, die von weltlichen Behörden aufgesetzt wurden, ebenso wie solche, die bei kirchlichen Versammlungen geführt wurden. Das Material ist ebenso umfangreich wie verstreut und bislang noch nicht systematisch gesammelt worden. Immerhin aber enthält die folgende Aufstellung 15 Beispiele aus dem 5. und frühen 6. Jahrhundert n. Chr., von denen fünf aus dem staatlichen, zehn aus dem kirchlichen Bereich stammen²².

	Ort und Datum	Provenienz	Anlass
P 1	Hippo Regius, 26. Sept. 426	Bistum von Hippo Regius ²³	Bestellung eines Koadjutors für den Bischof Augustinus
P 2	Rom, 25. Dez. 438	Senat von Rom	Senatsbeschluss über Publikation des „Codex Theodosianus“ im Westreich
P 3	Edessa, 12. April 449	Statthalterbüro der Provinz <i>Osrhoene</i> ²⁴	Forderung nach Absetzung des Bischofs Ibas
P 4	Edessa, 14. April 449	Statthalterbüro der Provinz <i>Osrhoene</i> ²⁵	Forderung nach Absetzung des Bischofs Ibas; Vorschlag eines Nachfolgers
P 5	Edessa, 16./30. April 449	Statthalterbüro der Provinz <i>Osrhoene</i> ²⁶	Forderung nach Absetzung des Bischofs Ibas; Vorschlag dreier Nachfolger

²¹ Die Übereinstimmungen werden im Einzelnen nachgewiesen von *Baldwin*, *Acclamations* 145–149 und *Burian*, *Akklamation* 23–36.

²² Auf diese Protokolle wird im Folgenden mit dem Kürzel P plus Nummer sowie der Angabe des Ortes und Datums der protokollierten Verhandlungen verwiesen. Die Liste ist keineswegs vollständig, aber umfangreicher als die bislang publizierten. Ein systematisches Durcharbeiten der Konzilsakten würde noch viel mehr Material zu Tage fördern. *Charlotte Roueché*, *Acclamations at the Council of Chalcedon*, in: *Richard Price, Mary Whitby* (Hrsg.), *Chalcedon in Context: Church Councils 400–700* (Translated Texts for Historians, Contexts 1, Liverpool 2009) 169–177 bietet lediglich eine Stellensammlung. Der sogenannte Zirkusdialog, auch *Akta dia Kalopodion* genannt, fehlt in meiner Liste, weil seine Herkunft nicht sicher geklärt werden kann. Vgl. dazu unten Anm. 62.

²³ „Acta ecclesiastica“ bei Augustinus, *Epistula* 213 (*Alois Goldbacher* [Hrsg.], *Sancti Aureli Augustini Hipponensis Episcopi Epistulae* [Corpus scriptorum ecclesiasticorum Latinorum 57, Wien, Bonn 1911] Bd. 4, 371–379). Die Gesamtzahl der Wiederholungen beläuft sich auf 329.

²⁴ Dieses und die beiden folgenden Protokolle sind erhalten geblieben, weil sie auf der sogenannten Räubersynode von 449 verlesen und zu den Akten genommen wurden: *Johannes Flemming* (Hrsg.), *Akten der Ephesinischen Synode vom Jahre 449*. Syrisch mit Georg Hoffmanns deutscher Übersetzung und seinen Anmerkungen (Abhandlungen der Königlichen Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, phil.-hist. Kl., Neue Folge XV/1, Berlin 1917); im Folgenden zitiert: *Flemming*, *Akten*, hier 16–17. Analyse der edessenischen Protokolle bei *Wiemer*, *Akklamationen* 35–41; die in der Ausgabe von *Flemming* als fortlaufender Text gesetzten Akklamationen werden dort (66–68) als Liste dargestellt.

²⁵ *Flemming*, *Akten* 17–19; *Wiemer*, *Akklamationen* 68–71.

²⁶ *Flemming*, *Akten* 25–27; *Wiemer*, *Akklamationen* 71–73.

P 6	Ephesos, 22. Aug. 449	Konzilsakten ²⁷	Forderung nach Exkommunikation des Bischofs Ibas
P 7	Chalkedon, 25. Okt. 451	Konzilsakten ²⁸	Ansprache des Kaisers; Annahme einer Glaubensformel und disziplinarischer Vorschriften
P 8	Rom, 19. Nov. 465	Römische Kurie ²⁹	Synodalbeschluss über disziplinarische Fragen
P 9	Rom, 13. März 495	Römische Kurie ³⁰	Synodalbeschluss über Rücknahme der Exkommunikation eines Bischofs
P 10	Rom, 1. März 499	Römische Kurie ³¹	Synodalbeschluss über Modus der Papstwahl
P 11	Konstantinopel, 15. Juli 518	Patriarchat von Konstantinopel ³²	Forderung nach Exkommunikation des Patriarchen Severus von Antiochien
P 12	Konstantinopel, 16. Juli 518	Patriarchat von Konstantinopel	Forderung nach Anerkennung des Konzils von Chalkedon
P 13	Tyros, 16. Sept. 518	Bistum Tyros ³³	Exkommunikation des antiochenischen Bischofs Severus
P 14	Apameia, Frühjahr 519	Statthalterbüro der Provinz <i>Syria Secunda</i> ³⁴	Forderung nach Absetzung des Bischofs Petros
P 15	Konstantinopel, 21. Mai 536	Patriarchat von Konstantinopel ³⁵	Verurteilung des Patriarchen Anthimos

²⁷ *Flemming*, Akten 54–57.

²⁸ *Schwartz*, *Acta conciliorum* II 1, 1, 140 (zwei Serien von insgesamt zwölf Akklamationen nach den beiden Ansprachen Kaiser Markians), 155–157 (drei Serien von insgesamt 81 Akklamationen). Eine englische Übersetzung der Akten bietet jetzt *Richard Price, Michael Gaddis*, *The Acts of the Council of Chalcedon. Translated with introduction and notes*, 3 Bde. (Translated Texts for Historians 45, Liverpool 2005), hier Bd. 2, 240–243.

²⁹ Hilarus, *Epistula* 15 (*Andreas Thiel* [Hrsg.], *Epistulae Romanorum pontificum genuinae et quae ad eos scriptae sunt usque ad Pelagium II.* [Braunsberg 1867] 159–165; im Folgenden zitiert: *Thiel*, *Epistulae*), wo in § 3 (69), § 6 (28), § 10 (68) und § 11 (22) Akklamationen verzeichnet sind, die insgesamt 167 Mal wiederholt wurden. Eine deutsche Übersetzung findet man bei *Severin Wenzlowsky*, *Die Briefe der Päpste und die an sie gerichteten Schreiben von Linus bis Pelagius II.* (vom Jahre 67–590). Zusammengestellt, übersetzt, mit Einleitungen und Anmerkungen versehen, 7 Bde. (Kempten 1875–1880), hier Bd. 6, 68–82, im Folgenden: *Wenzlowsky*, *Briefe*.

³⁰ Gelasius, *Epistula* 30 (*Thiel*, *Epistulae* 437–447; *Wenzlowsky*, *Briefe* Bd. 7, 234–248), § 6 (vier Akklamationen, insgesamt 41 Mal wiederholt) + 15 (sechs Akklamationen, insgesamt 81 Mal wiederholt).

³¹ *Theodor Mommsen* (Hrsg.), *Cassiodori Senatoris Variae. Accedunt Epistulae Theodericiae variae, Acta synhodorum habitatum Romae a. CCCXCXVIII. DI. DII. Cassiodori orationum reliquiae* (Monumenta Germaniae Historica. Auctores antiquissimi 12, Berlin 1894) 399–415. Das Protokoll verzeichnet die Akklamationen mit Angabe der Wiederholungen; die Gesamtzahl beläuft sich auf 215.

³² *Schwartz*, *Acta conciliorum* II 1, 1, 71–76; ins Englische übersetzt bei *Alexander A. Vasiliev*, *Justin the First. An Introduction to the Epoch of Justinian the Great* (Cambridge, Mass. 1950) 136–146.

³³ *Schwartz*, *Acta conciliorum* III, 85–87.

³⁴ *Schwartz*, *Acta conciliorum* III, 102–103; analysiert von *Wiemer*, Akklamationen 41–44.

³⁵ *Schwartz*, *Acta conciliorum* III, 180: 26 (?) Akklamationen.

Akklationen finden sich aber nicht nur in aktenartigen Dokumenten. Man begegnet ihnen überall dort, wo die Konventionen der klassizistischen Rhetorik und Historiographie keine Geltung (mehr) hatten, in Schriften, die auf amtlichen Aufzeichnungen beruhen – wie dem sogenannten Zeremonienbuch des Konstantinos Porphyrogenetos³⁶ –, in hagiographischen Texten³⁷ und in Chroniken³⁸. Nicht zuletzt wurden Akklamationen seit dem 3. Jahrhundert n. Chr. auch häufig an öffentlichen Orten auf Stein geschrieben und sind uns daher als Inschriften überliefert³⁹. Alle diese Texte verweisen auf ein Ritual, das im spätrömischen Reich allgegenwärtig war und en détail rekonstruiert werden kann.

Mustert man die erhaltenen Akklamationen durch, stellt man rasch fest, dass viele einen formelhaften Charakter tragen, und zwar sowohl in ihrer lateinischen als auch in ihrer griechischen Form. Vor allem die im Kaiserzeremoniell gebräuchlichen Akklamationen kehren immer wieder; die gebräuchlichsten sind im Lateinischen und Griechischen in der Regel analog gebildet, andere aus dem Lateinischen ins Griechische übernommen⁴⁰. Wer akklamierte, konnte also auf ein festes Repertoire an formelhaften Ausrufen zurückgreifen. Man trug sie aus vollem Halse unisono vor. Darum werden sie in den Quellen sehr häufig mit Worten bezeichnet, die den lautstarken Vortrag betonen: im Lateinischen als *adclamaciones*

³⁶ Für die hier erfolgte Fragestellung sind vor allem diejenigen Partien einschlägig, die Auszüge aus einem verlorenen Werk des *Petros Patrikios* enthalten: *Johann J. Reiske* (Hrsg.), *Constantini Porphyrogeniti imperatoris de cerimoniis aulae Byzantinae libri duo Graece et Latine*, 2 Bde. (*Corpus scriptorum historiae Byzantinae* 1, Bonn 1829); *Albert Vogt* (Hrsg.), *Constantin VII Porphyrogénète, Le livre des cérémonies. Livre I. Texte et commentaire*, 4 Bde. (Paris 1935). Für die komplizierten quellenkritischen Fragen nach wie vor grundlegend ist *John Bagnell Bury*, *The Ceremonial Book of Constantine Porphyrogenetos*, in: *English Historical Review* 22 (1907) 209–227, 417–439.

³⁷ Fünf besonders aussagekräftige Beispiele: I) die „*Vita antiquior Danielis Stylitae*“ (*Hippolyte Delehay*, *Les saintes stylites* [Subsidia hagiographica 14, Brüssel 1923] 1–94, hier: 68 + 78), II) der koptische „*Roman vom Apa Viktor*“, in deutscher Übersetzung zugänglich bei *Wilhelm Kraatz*, *Koptische Akten zum Ephesinischen Konzil vom Jahre 431. Übersetzung und Untersuchungen* (Texte und Untersuchungen, Neue Folge 11/2, Leipzig 1904); im Folgenden zitiert: *Kraatz*, *Akten*, hier: 47–55, III) die „*Vita Severi*“ des Johannes von Beth-Aphthonia (*Patrologia Orientalis* II, 241), IV) die „*Vita Petri Iberi*“ des Johannes Rufus, herausgegeben von *Cornelia B. Horn*, *Robert R. Phenix Jr.*, *John Rufus: The Lives of Peter the Iberian, Theodosius of Jerusalem and the Monk Romanus*. Edited and Translated with an Introduction and Notes (Writings from the Greco-Roman World 24, Leiden, Boston 2008) § 83 sowie V) der „*actus Silvestri*“, in der ältesten Redaktionsstufe erhalten bei *Zacharias Rhetor*, *Historia Ecclesiastica* 1, 7 (*Ernest W. Brooks* [Hrsg.], *Historia ecclesiastica Zachariae Rhetori vulgo adscripta* Bd. 1 [Corpus scriptorum Christianorum orientaliū 87, Scriptorum syri 41, Paris 1919] 41 [syrischer Text] + 47 [lateinische Übersetzung]), wo über 150 Akklamationen im Wortlaut wiedergegeben werden.

³⁸ *Theophanes*, *Chronographia anno mundi 6024*; vgl. dazu *Paul Maas*, *Metrische Akklamationen der Byzantiner*, in: *Byzantinische Zeitschrift* 21 (1912) 28–51 = *ders.*, *Kleine Schriften* (München 1973) 393–418; *Alan Cameron*, *Circus factions. Blues and Greens at Rome and Byzantium* (Oxford 1976); im Folgenden zitiert: *Cameron*, *Circus factions*, hier 318–333.

³⁹ Zahlreiche Beispiele findet man bei *Charlotte Roueché*, *Acclamations in the Later Roman Empire: New Evidence from Aphrodisias*, in: *Journal of Roman Studies* 74 (1984) 181–199; *Wiemer*, *Akklationen* 58.

⁴⁰ Nachgewiesen bei *Peterson*, *Εἰς θεός* 152–183; *Klauser*, *Akklation* 227–230.

oder *voces*, im Griechischen als *boeseis* oder *phonai*⁴¹. Weshalb sie im griechischsprachigen Osten auch mit dem lateinischen Lehnwort *acta* bezeichnet wurden, wird sich später zeigen. Nicht alle erhaltenen Akklamationen apostrophieren den Kaiser – insbesondere römische Synoden richteten sich häufig allein an Gott und dessen irdischen Stellvertreter, den Papst⁴². Viele kirchliche Versammlungen bezogen den Kaiser jedoch durchaus ein, und weltliche Versammlungen unterließen so gut wie niemals, dem Herrscher zu akklamieren, und zwar ganz unabhängig davon, ob er tatsächlich anwesend war oder nicht. Wenn der Kaiser angerufen wird, steht sein Name stets an erster Stelle. Gab es mehrere Kaiser, war ihre Reihenfolge protokollarisch geregelt. Dasselbe gilt für die hohen Würdenträger des Reiches, die häufig im Anschluss an den oder die regierenden Kaiser genannt wurden⁴³.

Nun ist es alles andere als erstaunlich, dass man dem spätrömischen Kaiser akklamierte, wenn er sich in der Öffentlichkeit zeigte, denn bei direkten Begegnungen mit der Bevölkerung war das seit den Anfängen der römischen Monarchie der Fall gewesen⁴⁴. Wenn der Kaiser sich unters Volk begab – beim Einzug in eine Stadt (*adventus*), der Ansprache an das Volk (*adlocutio*), dem Besuch von Theater oder Hippodrom usw. –, war er seit eh und je mit Akklamationen überhäuft worden. Aber auch im Senat wurde dem Kaiser schon in der frühen Kaiserzeit akklamiert⁴⁵; Plinius der Jüngere hebt in seiner Lobrede auf Kaiser Trajan hervor, dass die Akklamationen des Senats die Kurie vordem nicht verlassen hätten, unter dem neuen Herrscher aber ins Protokoll aufgenommen und mit ihm zusammen publiziert würden⁴⁶. Zur unmittelbaren Begegnung zwischen Kaiser und Untertanen konnte es freilich stets nur dort kommen, wo jener sich tatsächlich aufhielt. Im Osten des Reiches aber beschränkten sich öffentliche Auftritte des Kaisers seit der Herrschaft Theodosius' I. (379–395) so gut wie ausschließlich auf die Kaiserstadt

⁴¹ Hier genüge der Hinweis auf die Materialsammlungen bei *Peterson*, Εἰς Θεός 141–183; *ders.*, Die Heimholung des Kyrios, in: *Zeitschrift für systematische Theologie* 7 (1930) 682–702; *Klausner*, Akklamation; *Roland Delmaire*, Quelques aspects de la ville au Bas-Empire à travers les textes patristiques et hagiographiques, in: *Splendidissima civitas. Études d'histoire romaine en hommage à François Jacques* (Publications de la Sorbonne. Histoire ancienne et médiévale 40, Paris 1996) 539–548.

⁴² P 8 (Rom 19. 11. 465); P 9 (Rom 13. 03. 495). Dagegen hat die von Papst Symmachus geleitete römische Synode (P 10, 01. 03. 499) König Theoderich in ihre Akklamationen mit eingeschlossen.

⁴³ P 2 (Rom 25. 12. 438); P 3 (Edessa 12. 04. 449); P 4 (Edessa 14. 04. 449); P 5 (Edessa 16./30. 04. 449); P 14 (Apameia Frühjahr 519); Libanios, *Oratio* 56, 16; Prokopios, *Gotenkriege* 1, 6, 4.

⁴⁴ Grundlegend sind *Zvi Yavetz*, *Plebs and Princeps* (Oxford 1969) und *Cameron*, *Circus factions, 157–192*, denen *Gregory S. Aldrete*, *Gestures and Acclamations in Ancient Rome* (Baltimore, London 1999) wenig hinzufügt.

⁴⁵ *Andreas Alföldi*, Die Ausgestaltung des monarchischen Zeremoniells am römischen Kaiserhof, in: *Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Institutes. Römische Abteilung* 49 (1934) 3–118, bes. 79–88; auch in: *ders.*, *Die monarchische Repräsentation im römischen Kaiserreiche* (Darmstadt 1977) 77–88; *Richard J. A. Talbert*, *The Senate of Imperial Rome* (Princeton, NJ 1984) 297–302.

⁴⁶ Plinius, *Panegyricus* 75: Ante orationes principum tantum eius modi genere monimentorum mandari aeternitati solebant, acclamationes quidem nostrae parietibus curiae claudabantur.

Konstantinopel⁴⁷. In der anderen Reichshälfte residierten die Kaiser seit dem frühen 5. Jahrhundert n. Chr. meist in Ravenna oder in Rom, bis das westliche Kaisertum 476/480 schließlich ganz von der Bühne verschwand⁴⁸. Wenn man von diesen Residenzstädten absieht, war der Kaiser jedoch weit entfernt, wenn man ihm akklamierte, ja für die meisten Untertanen bestand wenig Hoffnung, ihn jemals zu Gesicht zu bekommen. Zu keiner Zeit und in keiner Stadt indessen mangelte es an Anlässen, dem spätromischen Kaiser zu akklamieren. Man akklamierte ihm nicht bloß an seinem Geburtstag (*dies natalis*) und am Jahrestag seines Regierungsantritts (*dies imperii*) sowie zu allen Geburtstagen der kaiserlichen Familie. Vielmehr vergaß so gut wie keine öffentliche Versammlung profanen Charakters, dem Kaiser ihre Huldigung zu erweisen, indem sie ihm akklamierte, und kirchliche Versammlungen verhielten sich in der Spätantike häufig nicht anders⁴⁹. Derselbe Verhaltenscode bestimmte auch alle öffentlichen Auftritte der Funktionäre, die das Reich im Namen und Auftrag des Kaisers verwalteten: In den Provinzen nahmen die Statthalter die Akklamationen der Menge für den Kaiser und sich selbst entgegen⁵⁰.

Im spätromischen Reich gab es nur eine Personengruppe, die niemals akklamierte: der Kaiser und seine Familie. Alle anderen stimmten in die Sprechchöre mit ein: Status oder Funktion spielten dabei keine Rolle. Senatoren akklamierten ebenso wie Patriarchen, städtische Honoratioren ebenso wie Bischöfe und Handwerker ebenso wie Mönche. Im Militär waren Akklamationen ohnehin seit eh und je üblich⁵¹. Diejenigen, die sie ausbrachten, erhoben explizit oder implizit den Anspruch, die Gesamtheit zu repräsentieren; in den Quellen ist darum meist von Volk, Gemeinde oder einfach „allen“ die Rede⁵². Immer wieder wird ausdrücklich

⁴⁷ Dafür kann ich jetzt auf die in Druckvorbereitung befindliche Habilitationsschrift von *Rene Pfeilschifter* verweisen: *Der Kaiser und Konstantinopel. Kommunikation und Konfliktaustrag im hauptstädtischen Interessengeflecht vom späten vierten bis zum frühen siebten Jahrhundert* (Dresden 2011).

⁴⁸ Die verbreitete Vorstellung, die weströmischen Kaiser hätten Rom seit dem frühen 5. Jahrhundert durchgängig gemieden, berichtigt *Andrew Gillett*, *Rome, Ravenna and the Last Western Emperors*, in: *Proceedings of the British Academy at Rome* 69 (2001) 131–167.

⁴⁹ P 1 (Hippo Regius 26.09.426); P 6 (Ephesos 22.08.449); P 7 (Chalkedon 25.10.451); P 8 (Rom 19.11.465); P 10 (Rom 01.03.499; für Theoderich); P 11 (Konstantinopel 15.07.518); P 12 (Konstantinopel 16.07.518); P 13 (Tyros 16.09.518); P 15 (Konstantinopel 21.05.536) sowie die oben in Anm. 37 zitierten Stellen in hagiographischen Texten.

⁵⁰ P 3 (Edessa 12.04.449); P 4 (Edessa 14.04.449); P 5 (Edessa 16./30.04.449); P 14 (Apameia, Frühjahr 519); Johannes Chrysostomos, *De Lazaro* contio 5, 2 (*Patrologia Graeca* 48, 1020); Libanios, *Oratio* 33, 10–12; *Oratio* 41; *Oratio* 45, 22; *Oratio* 46, 17; *Oratio* 56 (mit *Otto Seeck*, Libanios gegen Lucianus, in: *Rheinisches Museum für Philologie* N. F. 73 [1920–1924] 84–101; auch in: *Georgios Fatouros*, *Tilman Krischer* [Hrsg.], *Libanios [Wege der Forschung 621, Darmstadt 1983] 26–42*). Vgl. dazu *John W.H.G. Liebeschuetz*, *Antioch. City and Imperial Administration in the Later Roman Empire* (Oxford 1972) 208–218.

⁵¹ *Historia Augusta*, *Diadumenus* 1, 5–8; *Codex Theodosianus* 7, 20, 1.

⁵² Zum Beispiel P 1 (Hippo Regius, 26.09.426) § 1; 2; 3; 4; 5; 6 (jeweils *a populo adclamatur*); P 3 (Edessa 12.04.449) S. 15 *Flemming* („alle, welche in der Stadt ... wohnen, samt ehrwürdigen Archimandriten, Mönchen, Weibern und Männern“); P 4 (Edessa 14.04.449) S. 25 *Flemming* („das

betont, dass Akklamationen einmütig, „wie aus einem Munde“ vorgebracht worden seien⁵³.

Dass der Anspruch, die Gesamtheit zu vertreten, nicht immer begründet war, lässt sich anhand unserer Dokumentation mitunter noch hieb- und stichfest nachweisen und ist natürlich auch den Zeitgenossen nicht verborgen geblieben⁵⁴. Man wusste auch bestimmte Gruppierungen zu benennen, die sich beim Vortrag von Akklamationen besonders hervortaten. Der antiochenische Redner Libanios wurde nicht müde, vor dem Einfluss zu warnen, den professionelle Claqueure – er spricht von etwa 400 Personen – inner- und außerhalb des Theaters auf Statthalter des Kaisers ausübten. Er riet den Statthaltern, diese Äußerungen des Volkes am besten völlig zu ignorieren und sich stattdessen auf den Rat der lokalen Eliten zu verlassen⁵⁵. Auch aus Rom und Alexandria berichten die Quellen davon, dass identifizierbare Personen die Stimmung im Theater gezielt anheizten⁵⁶. Im fünften und sechsten Jahrhundert wurden dann vor allem die unter dem Namen „Zirkusparteien“ bekannten Rennställe für die häufigen Ausschreitungen bei Pferderennen verantwortlich gemacht; auch dabei spielten Sprechgesänge eine prominente Rolle⁵⁷. Im kirchlichen Bereich griff man gerne auf die geübten Stimmen coenobitischer Mönche zurück⁵⁸, wenn man seiner Position Nachdruck verleihen wollte. Auf Synoden indessen, wo viele Bischöfe zusammenkamen, stimmten auch die Oberhirten selbst Sprechgesänge an, um Zustimmung oder Ablehnung zu signalisieren⁵⁹.

Akklationen waren zweifellos häufig einstudiert; das zeigen die erhaltenen Protokolle mit langen Listen endlos wiederholter Ausrufe, und darauf weist auch

ganze Volk der Stadt und der Klerus samt Presbytern, Diakonen, Hypodiakonen, Anagnosten, heiligen Mönchen, allen Diakonissen, Gelübdeschwern, Römern, Weibern und Kindern, nebst der ganzen übrigen Stadt“); P 8 (Rom 19. 11. 465) Kap. II 3, III 6, IV 10 (jeweils *ab universis episcopis et presbyteris adclamatum est*); V 11 (*ab universis episcopis adclamatum est*); P 7 (Chalkedon 25. 10. 451) § 3; 5; 11; 13; 15; 22 (jeweils πάντες ἐβόησαν); P 9 (Rom 13. 03. 495) § 6; § 15 (jeweils *omnes episcopi et presbyteri*); P 10 (Rom 01. 03. 499) § 2 (*ab omnibus episcopis et presbyteris*); § 3 (*universi episcopi vel presbyteri*); § 4 (2 x *universa synodus*); § 6 (*universa synodus*); P 11 (Konstantinopel 15. 07. 518) S. 71 (φωναὶ αἱ λεγόμεναι ἀπὸ τοῦ λαοῦ); P 15 (Konstantinopel 21. 05. 536) § 129 (ἅπαντες ἐβόησαν); Kraatz, Akten 50; 52; 53 (Volk).

⁵³ Zum Beispiel Cassius Dio, *Historia Romana* 75, 4; Eusebius, *Historia ecclesiastica* 6, 29, 4; Lactantius, *De mortibus persecutorum* 44, 7; Athanasius, *Apologia ad Constantium* 19; Paulinus, *Vita Ambrosii* 6, 2; Possidius, *Vita Augustini* 4, 2 (*omnibus ... uno consensu et desiderio*); Kraatz, Akten 50–51 (allesamt einstimmig; einmütig), 52 (einmütig), 53 (einstimmig); Cassiodorus, *Variae* 1, 13, 3; P 11 (Konstantinopel 15. 07. 518), S. 73 (μὲν φωνή).

⁵⁴ P 3–5 (Edessa April 449) mit Wiemer, Akklamationen 40–41.

⁵⁵ Für die Belege vgl. oben Anm. 50.

⁵⁶ Ammianus Marcellinus 28, 4, 33; Sokrates, *Historia Ecclesiastica* 7, 13, 6–10.

⁵⁷ Cameron, *Circus factions*; Wolfgang Liebeschuetz, *The Circus Factions*, in: *Augusto Fraschetti, Andrea Giardina* (Hrsg.), *Convegno per Santo Mazzarino*, Roma 9–11 maggio 1991 (Saggi di Storia Antica 13, Rom 1990) 163–185.

⁵⁸ P 14 (Apameia Frühjahr 519); Kyrillos von Skythopolis, *Vita Sabae* 56.

⁵⁹ P 6 (Ephesos 22. 08. 449); P 7 (Chalkedon 25. 10. 451); P 8 (Rom 19. 11. 465); P 10 (Rom 01. 03. 499); P 15 (Konstantinopel 21. 05. 536).

die Tatsache, dass sie einen festen Platz im kaiserlichen Zeremoniell hatten. Das „Zeremonienbuch“ überliefert aus späterer Zeit eine ganze Sammlung von „Drehbüchern“ für eine breite Palette von Staatsakten, bei denen Akklamationen ertönen⁶⁰. Auch die Päpste haben den universellen Konsens, den sie für ihre Entscheidungen beanspruchten, mit Hilfe von Akklamationen inszeniert, deren Wortlaut und Abfolge schwerlich dem Zufall überlassen wurde⁶¹. Aber das Medium war flexibel und gestattete spontane Improvisationen. Auch dann, wenn Wortlaut und Abfolge der Akklamationen vorher abgesprochen waren, dürfte sich die Zahl ihrer Wiederholungen und die Lautstärke des Vortrags aus der Situation ergeben haben. Das feste Repertoire an zeremoniellen Akklamationen konnte beim Vortrag durch Ausrufe ergänzt werden, die nach denselben Mustern ad hoc gebildet wurden. Der formelhafte Charakter und die rhythmische Form machten es leicht, in Ausrufe einzustimmen, auf die man nicht vorbereitet war. Daher konnten Akklamationen, die zunächst nur von wenigen vorgebracht wurden, von anderen aufgegriffen und unter Umständen zum allgemeinen Aufschrei verstärkt werden. Nicht zuletzt deswegen konnte das Ritual leicht außer Kontrolle geraten und in einen Tumult übergehen: wenn die Machthaber nicht das erhoffte Gegenkommen zeigten oder gar offene Ablehnung äußerten. Dann versagte der ritualisierte Code, und man musste improvisieren, solange eine Verständigung angestrebt wurde; andernfalls endete der verbale Schlagabtausch in offener Gewalt.

In der „Weltchronik“ des Theophanes hat sich das Protokoll eines Dialogs erhalten, der bei einem nicht sicher bestimmbar Anlass im Hippodrom von Konstantinopel zwischen Kaiser Justinian und der Zirkuspartei der „Grünen“ geführt wurde. Als Justinian die Beschwerde der „Grünen“ über einen kaiserlichen Funktionär namens Kalopodios zurückweist und mit Repressalien droht, eskaliert der Dialog zu einem Austausch von gegenseitigen Beschimpfungen und Flüchen, bis die „Grünen“ das Hippodrom unter Protest verlassen⁶². In diesem Fall hatte die kompromisslose Reaktion des Kaisers die Akklamanten offenkundig aus dem Konzept gebracht; ihre Wut steigerte sich bis zu einer ausdrücklichen Kritik an der göttlichen Legitimation des Kaisertums, blieb aber letztlich wirkungslos. Als wörtliches Protokoll eines Konflikts zwischen Kaiser und Volk hat der „Zirkus-

⁶⁰ Vgl. dazu *Michael McCormick*, *Analyzing Imperial Ceremonies*, in: *Jahrbuch der Österreichischen Byzantinistik* 35 (1985) 1–20; *Averil Cameron*, *The Construction of Court Ritual. The Byzantine Book of Ceremonies*, in: *David Cannadine, Simon Price* (Hrsg.), *Rituals of Royalty. Power and ceremonial in traditional societies* (Cambridge 1987) 106–136 sowie vor allem *Gilbert Dagron*, *Empereur et prêtre. Étude sur le „césaropapisme“ byzantin* (Paris 1996) 74–105.

⁶¹ P 8 (Rom 19. 11. 465); P 9 (Rom 13. 03. 495); P 10 (Rom 01. 03. 499).

⁶² Theophanes, *Chronographia anno mundi* 6024, Bd. I, 181–184; dazu *Wiemer*, *Akklamationen* 44–47. Theophanes hat den „Zirkusdialog“ mit dem Nika-Aufstand verbunden, doch dürfte dies auf einem Missverständnis seiner Vorlage beruhen: *Cameron*, *Circus Factions* 322–329; *Geoffrey Greatrex*, *The Nika-Riot: A Reappraisal*, in: *Journal of Hellenic Studies* 117 (1997) 60–86; auch in: *Mischa Meier* (Hrsg.), *Justinian* (Darmstadt 2011); im Folgenden zitiert: *Greatrex*, *Nika-Riot*, hier 68 Anm. 41 (= 206 Anm. 41). Anders freilich *Mischa Meier*, *Die Inszenierung einer Katastrophe: Justinian und der Nika-Aufstand*, in: *Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik* 142 (2003) 273–300, hier 276–286.

dialog“ in der Überlieferung keine Parallele, aber ähnliche Situationen sind durch literarische Quellen auch aus Provinzstädten überliefert. Wenn eine akklamierende Menge Beschwerden äußerte oder gar Forderungen stellte, strengte sie eine Machtprobe mit den Vertretern des Kaisers an, deren Ausgang ungewiss war. Solange sich die Forderungen der Akklamanten im Rahmen dessen bewegten, was spätrömische Statthalter bewilligen konnten, ohne ihre Kompetenzen zu überschreiten, mochte ein Statthalter geneigt sein, ihnen entgegenzukommen. Standen ihre Forderungen jedoch im Gegensatz zum erklärten Willen des Kaisers und seiner zentralen Behörden – insbesondere dann, wenn es um fiskalische und kirchenpolitische Streitfragen ging –, dann ging es für die Demonstranten nicht so glimpflich aus wie im „Zirkusdialog“. Die Möglichkeit, Protest mit Repression zu beantworten, war stets gegeben und wurde nicht selten genutzt⁶³. Wie präsent den Zeitgenossen diese Gefahr war, verdeutlicht eine Vision, die Petros dem Iberer, einer Leitfigur der antichalkedonischen Opposition, zugeschrieben wird: In dieser Vision versammelt sich das „Volk“ von Alexandria im Theater und fordert in Akklamationen die Rückkehr des auf dem Konzil von Chalkedon abgesetzten Bischofs Dioskoros. Die kaiserlichen Funktionäre wollen dem Kaiser gefallen, lassen das Theater durch Truppen abriegeln und die Menge auseinanderjagen, wobei es viele Tote gibt⁶⁴.

Da sich die Zeitgenossen der Manipulierbarkeit von Akklamationen durchaus bewusst waren, kam es für den Kaiser und seine Stellvertreter darauf an, wahre und falsche Akklamationen, *verae et falsae voces*, voneinander zu unterscheiden. Diese Unterscheidung setzte voraus, dass man Claqueure als solche erkennen und behandeln konnte. Das war möglich, wenn die Parolen, die von einer pressure-group ausgebracht wurden, von der großen Mehrheit der anwesenden Personen nicht aufgegriffen wurden: Dann überführte das Schweigen der Mehrheit die Minderheit der Aufwiegelei. Schwieriger zu beurteilen waren Akklamationen, in die ein Teil der Anwesenden einstimmt, während ein anderer sich zurückhielt; hier konnten allenfalls Lautstärke und Ausdauer als Indikatoren des Volkswillens dienen. Geradezu unlösbar wurde die Aufgabe, wenn akklamierende Gruppen aufeinandertrafen, die mit ähnlicher Lautstärke und Ausdauer sachlich unvereinbare oder gar gegensätzliche Forderungen erhoben. Der Kaiser und seine Stellvertreter verfügten daher notwendig über einen sehr großen Ermessensspielraum, wenn es darum ging zu entscheiden, welche Seite mit Recht beanspruchte, die Wahrheit zu vertreten. Und es war durchaus möglich, Akklamationen ganz und gar zu ignorieren: *Vanae voces populi non sunt audiendae*, entschied Kaiser Diocletian (284–305), als er von einer akklamierenden Menschenmenge gedrängt wurde, Ratsherren zum Tod in der Arena zu verurteilen⁶⁵. Obendrein konnte Protest als Aufruhr

⁶³ Als Überblick vgl. *Cameron*, *Circus factions* 271–298; wichtige Fallstudien sind *Greatrex*, *Nika-Riot* und *Mischa Meier*, *Σταυρωθεὶς δι’ ἡμῶς* – Der Aufstand gegen Anastasios im Jahr 512, in: *Millennium 4* (2007) 157–237.

⁶⁴ *Johannes Rufus*, *Vita Petri Iberi* 83.

⁶⁵ *Codex Justinianus* 9, 47, 12.

gewertet und entsprechend gehandelt werden: Kaiser Leo (457-474) wies seinen Prätoriumspräfekten Erythrius an, er solle Personen, die durch feindseliges Geschrei Krawalle hervorriefen, als Aufrührer bestrafen⁶⁶.

Die Bevölkerung des spätrömischen Reiches akklamierte unaufhörlich Kaisern, die nur symbolisch präsent waren⁶⁷. In den Provinzstädten anwesend waren lediglich die Statthalter, die den Kaiser vor Ort vertraten. Dennoch war die Anrufung des abwesenden Kaisers keineswegs bloß eine Formalität, zumindest für die Akklamanten selbst. Diejenigen, die sich an Akklamationen beteiligten, glaubten nämlich, auf diese Weise den Kaiser tatsächlich erreichen zu können, und fügten dem obligatorischen Kaiserlob daher nicht selten konkrete Wünsche hinzu. Akklamationen wurden insbesondere dazu genutzt, Missfallen über die Amtsführung bestimmter Funktionäre zu äußern oder deren Absetzung zu verlangen. Dabei gingen die Akklamanten davon aus, dass ihre Ausrufe protokolliert und dem Kaiser zur Kenntnis gebracht würden⁶⁸. Diese Erwartung war nicht aus der Luft gegriffen, auch wenn sie sich gewiss nicht immer erfüllte. Denn in der Spätantike wurden Akklamationen, die in den Provinzstädten ausgebracht wurden, tatsächlich im Auftrage des Kaisers protokolliert und von den Büros der Statthalter sozusagen auf dem Dienstweg an höhere Instanzen weitergeleitet. Die Protokolle wurden mit der Staatspost befördert und in den höchsten regionalen Zivilbehörden des Reiches, den Prätoriumspräfekturen, gesammelt⁶⁹. Diese wiederum hatten den Auftrag, den Kaiser zu informieren, und in einzelnen Fällen haben sie dies auch nachweislich getan. Constantin der Große hat seinen Untertanen ausdrücklich zugestanden, gute Statthalter in öffentlichen Akklamationen zu loben und schlechte anzuklagen, und verfügt, dass ihm darüber fortlaufend Bericht erstattet werde, damit er sie genau prüfen könne. Denn wenn die Akklamationen „wahr“ und nicht etwa von abhängigen Gefolgsleuten nach Lust und Laune vorgebracht seien, werde er gute Statthalter befördern und schlechte absetzen. Diese Regelung ist mindestens zwei Jahrhunderte in Kraft geblieben, denn die Verfügung Constan-

⁶⁶ Codex Justinianus 9, 30, 2: In nullis locis aut civitatibus tumultuosus clamoribus cuiusquam interpellatio contumeliosa procedat nec ad solam cuiusquam invidiam petulantia verba iacentur: scituris his, qui huiusmodi voces emiserint moverintque tumultus, se quidem fructum ex his quae postulant nullatenus habituros, subdendos autem poenis his, quas de seditionum et tumultus auctoribus vetustissima decreta sanxerunt.

⁶⁷ Prägnant formuliert bei Severianus von Gabala, Homilia 6, 5 (Patrologia Graeca 56, 489): Ἐννόησον πόσοι εἰσὶν οἱ ἄρχοντες ἀνὰ πᾶσαν τὴν γῆν. Καὶ ἐπειδὴ βασιλεὺς πᾶσιν οὐ πάρεστι, δεῖ παραστήναι τὸν χαρακτήρα τοῦ βασιλέως ἐν δικαστηρίοις, ἐν ἀγοραῖς, ἐν συλλόγοις, ἐν θεάτροις. ἐν παντὶ οὖν τόπῳ, ἐν ᾧ πράττει ἄρχων, δεῖ παρῆναι, ἵνα βεβαιῶται τὰ γινόμενα.

⁶⁸ P 2 (Rom 25.12.438), § 5: *desideria senatus, ut suggeras, rogamus*; P 14 (Apameia Frühjahr 519): ταῦτα ἄκτα τῷ βασιλεῖ; Kraatz, Akten 54: „man möge unsere Stimmen (φωναί) zum Kaiser bringen!“

⁶⁹ Codex Theodosianus 8, 5, 2 (Transport durch die Staatspost); Collectio Avellana 14 (Bericht des Stadtpräfekten Roms); Inschriften von Ephesos 44; dieser Brief eines Prätoriumspräfekten, der einem Statthalter zu lobenden Akklamationen gratuliert, ist, wie wir jetzt wissen, in Ephesos an (mindestens) zwei Stellen auf Stein geschrieben worden: *Patrick Sänger*, Kommunikation zwischen Prätorianerpräfekt und Statthalter: Eine Zweitschrift von IVE Ia 44, in: *Chiron* 40 (2010) 89–101.

tins, in gekürzter Form erhalten im „Codex Theodosianus“ (1, 16, 6), ist unverändert in den „Codex Iustinianus“ (1, 40, 3) übernommen worden. So also erklärt sich das Paradox, dass ihrem Wesen nach mündliche Äußerungen im spätrömischen Reich *acta* genannt werden konnten⁷⁰.

III.

Die These, Akklamationen hätten im spätrömischen Reich als Surrogat für politische Partizipation gedient, kann nur durch eine Betrachtung ihrer Genese und Funktion erhärtet werden. Akklamationen waren, um das noch einmal zu betonen, keineswegs eine Spezialität der Spätantike. Stereotype, rhythmisch und mit großer Lautstärke vorgetragene Ausrufe lobenden und gelegentlich auch schmähenden oder fordernden Inhalts hatten im römischen Reich für die öffentliche Kommunikation auch in früheren Jahrhunderten bereits eine bedeutende Rolle gespielt, und zwar in den verschiedensten Kontexten, keineswegs bloß gegenüber dem Kaiser und seinen Stellvertretern⁷¹, sondern auch gegenüber städtischen Honoratioren, Sportlern und Göttern. In der Spätantike gewann diese Form der Kommunikation jedoch eine bis dahin unbekannte Bedeutung, insofern sie alle Bereiche des öffentlichen Lebens durchdrang und andere Formen politischer Kommunikation in den Hintergrund drängte. Vor allem aber verwandelte sie sich in ein Medium der Kommunikation mit dem abwesenden Kaiser, da Akklamationen in seinem Auftrag protokolliert und von Behörden bearbeitet wurden.

Fragt man, wie die gesteigerte Bedeutung der Akklamationen als Medium politisch-religiöser Kommunikation zu erklären ist, fällt der Blick unvermeidlich auf den spätrömischen Staat und seine zentrale Institution, das Kaisertum. Das Reich der Spätantike war aus einer politischen Krise hervorgegangen, in der es zeitweise vom Zerfall in mehrere Teile bedroht gewesen war. Äußere Feinde bedrohten das Reich stärker als je zuvor, und im Inneren standen sich häufig mehrere Kaiser feindlich gegenüber. Wer sich in diesen turbulenten Zeiten an der Macht halten wollte, konnte sich nicht mehr damit begnügen, die Unterstützung der stadtrömischen Bevölkerung, des Senats und der von Senatoren kommandierten Legionen zu gewinnen⁷². Das Bestreben, das Reich zusammenzuhalten, erforderte neue

⁷⁰ Im „Zeremonienbuch“ ist ἄκτα terminus technicus für Akklamationen, akklamieren heißt ἀκτολογεῖν bzw. ἀκτολογία: z. B. 1, 5 (51, 6 Reiske); 1, 38 (194, 1 Reiske); 1, 40 (204, 19 Reiske); 1, 43 (216, 20 Reiske); 1, 69 (320, 4 Reiske; 326, 21 Reiske).

⁷¹ Vgl. dazu jetzt auch Anne-Valérie Pont, *Rituels civiques (apantèsis et acclamations) et gouverneurs en Asie Mineure à l'époque romaine*, in: Olivier Hekster, Sebastian Schmidt-Hofner, Christian Witschel (Hrsg.), *Ritual Dynamics and Religious Change in the Roman Empire (Impact of Empire 9)*, Leiden 2009) 185–211, die mit Recht betont, dass Akklamationen in der früheren Kaiserzeit kein Kontrollinstrument der kaiserlichen Verwaltung waren.

⁷² Zur Reichskrise im dritten Jahrhundert vgl. David Potter, *The Roman Empire at Bay AD 180–395* (London, New York 2004) 83–298; Peter Eich, *Zur Metamorphose des politischen Systems in der römischen Kaiserzeit. Die Entstehung einer „personalen Bürokratie“ im langen*

Formen der Legitimierung des Kaisertums, die weitere Kreise der Bevölkerung erreichten. Wer in diesem riesigen Herrschaftsraum akzeptiert werden wollte, musste darauf achten, möglichst viele Personen an Zeremonien zu beteiligen, in denen die Loyalität gegenüber dem regierenden Kaiser stets aufs Neue eingeübt und bekräftigt wurde. Umgekehrt steigerte die äußere Bedrohung des Reiches bei den Untertanen das Bedürfnis, sich der Nähe des Kaisers durch kollektive und öffentliche Akte zu versichern. Die traditionellen Formen der Kommunikation zwischen Kaiser und Untertanen – vor allem Gesandtschaftsreden, aber auch Briefe und Petitionen –, reichten daher nicht mehr aus, weil sie kulturelle Kompetenzen voraussetzten, über die allein die Vertreter von Bildung und Besitz verfügten⁷³. Man benötigte eine neue Form der Kommunikation, die auch denjenigen zugänglich war, die nicht den städtischen Eliten angehörten. Akklamationen aber konnten und können von fast jedermann ausgebracht werden; sie sind daher für die Inszenierung eines *consensus universorum* besonders geeignet⁷⁴. Als die Kaiser der Spätantike Akklamationen, die ihnen lediglich in schriftlicher Form bekannt wurden, als legitime Willensäußerungen ihrer Untertanen anerkannten, übertrugen sie einen Modus der Interaktion, der bislang nur in der direkten Begegnung zwischen dem Kaiser und seinen Untertanen wirksam gewesen war, auf das gesamte Reich und schufen damit ein auf ihre Person ausgerichtetes System der Kommunikation, das im Prinzip allen Reichsbewohnern offen stand.

Der Wunsch, alle Untertanen in unaufhörlichen, ritualisierten Loyalitätsbekundungen auf die eigene Person einzuschwören, ist sicherlich ein wichtiger Grund, weshalb die spätrömischen Kaiser Akklamationen gesteigerte Bedeutung beimäßen. Aber das Bedürfnis nach Legitimierung durch kommunikative Handlungen war keineswegs das einzige Motiv. Vielmehr haben die Kaiser der Spätantike Akklamationen auch deshalb als Ausdruck des Volkswillens anerkannt, weil sie daran interessiert waren, in direkten Kontakt zur gesamten Bevölkerung ihres Reiches treten zu können. Da die Kaiser der Spätantike eine in früheren Jahrhunderten ungekannte Zahl an Funktionären beschäftigten, die das Reich in ihrem Auftrag verwalten sollten, waren sie in Gefahr, als bloße Leiter eines bürokratischen Apparats von ihren Untertanen isoliert zu werden. Wenn sie ihre theoretisch unbeschränkte Macht fühlbar machen wollten, mussten sie an ihren eigenen Funktionären vorbei mit den Untertanen kommunizieren, jedenfalls von Zeit zu

dritten Jahrhundert (Klio-Beihefte, Neue Folge 9, Berlin 2005) sowie das Handbuch von *Udo Hartmann, Thomas Gerhardt, Klaus-Peter Johne* (Hrsg.), *Die Zeit der Soldatenkaiser: Krise und Transformation des Römischen Reiches im 3. Jahrhundert n. Chr.* (München 2008) 235–284, bes. den Beitrag von *Klaus-Peter Johne*, *Das Kaisertum und die Herrscherwechsel 583–632*. Zur Tetrarchie vgl. jetzt *Dietrich Boschung, Werner Eck* (Hrsg.), *Die Tetrarchie. Ein neues Regierungssystem und seine mediale Präsentation* (Schriften des Lehr- und Forschungszentrums für die antiken Kulturen des Mittelmeerraumes 3, Wiesbaden 2006).

⁷³ *Peter Brown*, *Power and Persuasion*. Towards a Christian Empire (Madison, WI 1992); im Folgenden zitiert: *Brown*, *Power and Persuasion*.

⁷⁴ Mit Recht betont von *Ando*, *Imperial Ideology* 199.

Zeit⁷⁵. Auf diese Art und Weise sollten zwei Ziele erreicht werden: Zum einen hofften die Kaiser, die eigene Bürokratie besser kontrollieren zu können, wenn ihnen unabhängige Berichterstatter ein ungeschminktes Bild von der Amtsführung der Statthalter vermittelten. Zum anderen aber wollten sie sich gegenüber den Untertanen als fürsorgliche und allmächtige Herrscher in Szene setzen. Der Kaiser sieht alles und hört alles, auch wenn er nicht selbst anwesend ist, dieser Gedanke sollte die Sorgen der Untertanen beruhigen und den Eigensinn der kaiserlichen Funktionäre im Zaum halten. Dabei wurde in Kauf genommen, dass sich das Ziel, Informationen über die Statthalter direkt bei den Untertanen einzuholen, ohne die Mithilfe von Statthaltern kaum erreichen ließ, auch wenn es der Effektivität des Verfahrens enge Grenzen gesetzt haben dürfte.

Aber die Kontrolle der Funktionäre war vielleicht auch nicht das dominante Motiv für die Beachtung, die spätrömische Kaiser verschriftlichten Akklamationen schenkten. Wichtiger war wohl das Bestreben, den Untertanen das Gefühl zu vermitteln, dass der Kaiser trotz der räumlichen Entfernung für jedermann erreichbar sei. Gewiss stand den Untertanen auch im spätrömischen Reich grundsätzlich die Möglichkeit offen, sich durch eine Petition an den Kaiser zu wenden. Aber Petitionen an den Kaiser bedurften nicht bloß einer sorgfältigen schriftlichen Stilisierung, sondern auch der Unterstützung durch einflussreiche Fürsprecher, wenn sie Erfolg haben sollten⁷⁶. Petitionen erforderten Bildung, Zeit und Geld. Akklamationen dagegen sind weitgehend kostenneutral, und fast jeder kann mitmachen. Aus der Sicht der Kaiser hatten sie daher den Vorteil, Teile der Bevölkerung einzubinden, die sonst keine Stimme hatten: Indem die Kaiser ihren Untertanen das Recht gewährten, Wünsche in Form von Akklamationen zu äußern und dabei auch Lob oder Tadel über ihre Stellvertreter vor Ort zu äußern, sorgten sie dafür, dass die Bevölkerung der Provinzstädte ihrem Unmut über einzelne Statthalter Luft machen konnte, ohne ihnen gewaltsam Widerstand zu leisten. Dass Akklamationen dazu beitrugen, das Konfliktpotential spätrömischer Städte zu entschärfen, ist eine Einsicht, die keine soziologische Theorie erfordert; sie war nachweislich bereits den Zeitgenossen geläufig⁷⁷.

Diese „Ventilfunktion“ der spätrömischen Akklamationen steht nun aber in ursächlichem Zusammenhang damit, dass sie in dieser Epoche das einzige Medium waren, in welchem sich breite Kreise zumindest bei bestimmten Anlässen überhaupt zu politischen Fragen äußern durften. Die für antike Bürgerstaaten konstitutive Praxis, den politischen Willen der Gesamtheit in einer Versammlung der Bürger durch Stimmenzählung zu ermitteln, war spätestens im 3. Jahrhundert n. Chr. vollends außer Gebrauch gekommen. Die Volksversammlung als institu-

⁷⁵ Dieses Dilemma analysiert *Kelly*, *Later Roman Empire* 186–231.

⁷⁶ Dazu *Denis Feissel*, *Jean Gasco* (Hrsg.), *La pétition à Byzance* (Centre de Recherche d'Histoire et Civilisation de Byzance. Monographies 14, Paris 2004) bes. die Beiträge von *Denis Feissel*, *Pétitions aux empereurs et formes du rescrit dans les sources documentaires du IV^e au VI^e siècle* (33–52) und *Constantin Zuckerman*, *Les deux Dioscore d'Aphrodité ou les limites de la pétition* (75–92).

⁷⁷ Isidoros von Pelusion, *Epistola* 5, 185 (*Patrologia Graeca* 78, 1433); *Malalas*, *Chronik* 7, 5.

tioneller Ort politischer Willensbildung, wo Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und durch Abstimmung entschieden wurden, existierte nicht mehr⁷⁸. Zwischen der Entscheidungsfindung und der Verkündung einer einmal getroffenen Entscheidung wurde nicht mehr unterschieden. Dies war auch gar nicht nötig, weil der in Akklamationen geäußerte Wille ohnehin ohnmächtig blieb, wenn er nicht von den Machthabern aufgegriffen und umgesetzt wurde, denn die Entscheidung darüber, ob bestimmte Akklamationen als *vox populi* gelten durften oder aber nicht, lag bei denen, an welche sie gerichtet waren.

In der Forschung tendiert man dazu, Akklamationen eine recht hohe Wirksamkeit zuzuschreiben. Man versteht sie als Teil von Aushandlungsprozessen, in denen die Interessen aller Beteiligten irgendwie berücksichtigt worden seien⁷⁹. Diese Einschätzung bedarf der Differenzierung und Korrektur. Dabei sollte man zwei Ebenen unterscheiden: den Kaiser und seine Beauftragten einerseits, die Städte andererseits. Die kaiserliche Zentrale hat sich in ihren Entscheidungen wohl nur ausnahmsweise durch Akklamationen beeinflussen lassen, die in Provinzstädten ausgebracht wurden, am ehesten wohl bei Personalfragen. Der wohl wichtigste Grund für die geringe Wirksamkeit von Akklamationen auf dieser Ebene liegt darin, dass der Kommunikation mit dem abwesenden Kaiser jene zwingende Kraft fehlte, den die Interaktion mit den Massen der Kaiserstadt Konstantinopel in der Regel besaß. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Kaiser sich den Massen in einer Hauptstadt öffentlich stellen muss, wo Unruhen nicht bloß die Fiktion eines universellen Konsenses, sondern auch seine persönliche Sicherheit bedrohen, oder ob er abgeschottet im Inneren seines Palastes Berichte über Akklamationen in weit entfernten Provinzstädten studiert. Zudem ist davon auszugehen, dass kritische Akklamationen auf dem Weg zum Kaiser mehrfach gefiltert wurden, weil diejenigen, die mit ihrer Protokollierung beauftragt waren, kein Interesse daran hatten, dass ihre Amtsführung beim Kaiser in einem schlechten Licht erschien. Die Statthalter des Kaisers in den Provinzen aber übten ihre Tätigkeit in einem durch die zentralen Behörden abgesteckten Rahmen aus. Denn die wichtigste Aufgabe der spätrömischen Verwaltung bestand in der Extraktion und Allokation von Ressourcen für staatliche Zwecke. Natürlich waren die Provinzgouverneure auch für die Rechtsprechung in Kriminal- und Zivilprozessen (ab einem bestimmten Streitwert) sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zuständig. Aber die Höhe der geforderten steuerlichen Leistungen wurde an anderer Stelle festgesetzt und lag außerhalb ihres Kompetenzbereichs.

Auf einem anderen Blatt stehen die Wirkungen, die Akklamationen innerhalb der Städte selbst entfalteten. Für breite Schichten der Bevölkerung boten in der Spätantike Akklamationen die einzige legitime Möglichkeit, sich öffentlich zu politischen Fragen zu äußern. Man konnte auf diese Weise an den Gemeinssinn der

⁷⁸ Geoffrey E.M. de Sainte-Croix, *The Class Struggle in the Ancient Greek World from the Archaic Age to the Arab Conquests* (London 1981) 300–326.

⁷⁹ Liebeschuetz, Antioch 218: „a highly effective way of influencing the imperial representatives“; Brown, *Power and Persuasion* 149–150.

lokalen Eliten appellieren, wenn es etwa zu Knappheit und Teuerung kam, oder seine Unterstützung für einzelne Notablen zum Ausdruck bringen und dadurch auch Einfluss auf innerstädtische Machtkämpfe nehmen⁸⁰. Auch wenn man mit Akklamationen nur wenig oder gar nichts erreichte, machte man zumindest deutlich, dass das einfache Volk in der Lage war, sich zu Fragen von allgemeiner Bedeutung zu äußern, und beanspruchte damit eine Rolle im öffentlichen Leben der Stadt. Auf diese Weise vermittelte die Beteiligung am Ritual den städtischen Unterschichten das Gefühl, als Gruppe ein Teil der politischen Gesamtordnung zu sein, obwohl sie als Einzelne ohne politische Rechte waren, und beförderte dadurch ihre Loyalität gegenüber dem Kaiser und seinen Vertretern vor Ort.

Akklamationen fungierten in den Provinzen des Reiches folglich als Surrogat für politische Partizipation: die auf dem Bürgerrecht beruhende Möglichkeit, in einem formalisierten Verfahren Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, die alle angehen. Akklamierende Menschenmengen traten als Bittsteller auf, nicht als Angehörige einer Gemeinde gleichberechtigter Bürger. Da die antiken Stadtstaaten ihrem Ursprung nach sich selbst regierende Bürgergemeinden waren, deren kollektiver Wille in Primärversammlungen durch Debatten und Abstimmungen gebildet wurde, ist die Omnipräsenz von Akklamationen im öffentlichen Raum ein Indikator dafür, wie weit die Städte der Spätantike sich von diesen Ursprüngen entfernt hatten: Akklamationen, die im Namen der Gesamtheit vorgebracht wurden, nahmen die Stelle ein, die zuvor nach dem Mehrheitsprinzip getroffene Entscheidungen der Bürgerschaft innegehabt hatten. Weil eine akklamierende Menge aber keinen formellen Auftrag, kein Mandat, vorweisen konnte und musste, war die Befähigung, für die Gesamtheit zu sprechen, jetzt vor allem davon abhängig, ob eine Gruppierung in der Lage war, Akklamationen zu organisieren, die in einer bestimmten Situation als Ausdruck des Volkswillens gelten konnten. Wer immer eine hinreichend große Zahl von Akklamanten mobilisieren konnte, seien es nun Bischöfe oder Asketen, Reichsbeamte oder städtische Honoratioren, Zirkusparteien oder Theaterclaqueure, hatte die Möglichkeit, seine Anliegen als diejenigen der Gesamtheit auszugeben. Akklamationen waren daher ein beliebtes Vehikel für die Austragung von Machtkämpfen innerhalb der Städte.

Es erscheint jedoch unangemessen, diese Machtkämpfe als Aushandlungsprozesse anzusprechen. Gerade das Beispiel der Akklamationen lehrt vielmehr, dass das beständige Ringen zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb und außerhalb der Städte häufig sehr wenig Ähnlichkeit mit Vorgängen hatte, die gemeinhin als Aushandlung bezeichnet werden. Das versteht sich von selbst bei Akklamationen, deren Inhalt sich in der Bekundung von Loyalität erschöpfte. Aber auch Akklamationen, in denen Beschwerden oder Wünsche geäußert wurden, repräsentieren eine extrem asymmetrische Form der Kommunikation, die sich zudem durch ein hohes Maß an Formlosigkeit und Unberechenbarkeit auszeichnet. Es gab eben keine Regeln dafür, wie der in Akklamationen geäußerte Wille zu bilden war,

⁸⁰ Akklamationen für einen Notablen in Aphrodisias aus dem 6. Jahrhundert: SEG 34, 1046–1065.

wenn er Anspruch auf Berücksichtigung haben sollte, und keinen Anspruch darauf, dass er überhaupt zu berücksichtigen war. Das Machtgefälle zwischen denjenigen, die akklamierten, und denjenigen, die über Akklamationen befanden, war so groß, dass ein Entgegenkommen gegenüber den Akklamanten stets als einseitige Gnade oder Huld, niemals als Kompromiss oder Interessenausgleich verstanden wurde. Akklamationen, die etwas ausrichten sollten, formulierten kein Verhandlungsangebot; sie dienten der Demonstration von Macht.

Der Vormarsch der Akklamationen als Surrogat politischer Partizipation für die städtischen Massen füllte nun aber nicht bloß eine Lücke, die durch das Verkümmern der Bürgerversammlung als politisches Entscheidungsgremium in der hohen Kaiserzeit entstanden war. Vielmehr trug die staatliche Anerkennung von Akklamationen dazu bei, die traditionellen Formen städtischer Selbstverwaltung auszuhöhlen, indem sie die Autorität und das Prestige derjenigen Institution schwächte, die von der kaiserlichen Verwaltung bis ins frühe 5. Jahrhundert hinein für das ordentliche Funktionieren der Stadtverwaltung verantwortlich gemacht wurde: der Kurien. Auch wenn die Mitgliedschaft in diesen Kurien schon in der hohen Kaiserzeit de facto erblich geworden war, stellten sie doch ein Organ der politischen Willensbildung dar, das nach formalisierten Regeln verfuhr. Diese Regeln waren zwar alles andere als demokratisch, und sie waren auch teilweise von außen, nämlich von der kaiserlichen Verwaltung, oktroyiert. Immerhin aber beruhten sie auf dem Prinzip persönlicher Verantwortung und stellten sicher, dass der kollektive Wille der Stadt eindeutig bestimmt werden konnte. Solange die Kurien als alleinige Vertretung der Städte anerkannt waren, entsprach der Verantwortung für die Stadt das exklusive Recht, die Stadt gegenüber dem Kaiser und seinen Beauftragten zu vertreten⁸¹.

Als Constantin und seine Nachfolger Akklamationen als legitime Äußerungen des Volkswillens anerkannten, entzogen sie den Kurien dieses Monopol und beeinträchtigten dadurch das Ansehen und den Einfluss dieser Institution, die aus anderen Gründen ohnehin zunehmend an Bedeutung verlor⁸². Denn die Ratsherren waren seitdem lediglich eine Gruppe neben anderen, die Anliegen im Namen der Gesamtheit vorbrachte. Wenn es einem Statthalter gefiel, besaßen die Akklamationen einer beliebigen Menschenmenge dieselbe Legitimität wie das Votum eines Stadtrats. Was als kollektiver Wille der Stadt zu gelten hatte, wurde nicht mehr in einem geregelten Verfahren ermittelt, sondern ergab sich aus einem Ringen zwischen verschiedenen informellen Gruppen, dessen Ergebnis in letzter Instanz vom Kaiser und dessen Stellvertretern festgestellt wurde. Es war daher nur konse-

⁸¹ Zur Entwicklung der städtischen Selbstverwaltung vgl. *John H.W.G. Liebeschuetz*, *The Decline and Fall of the Roman City* (Oxford 2001) 104–202; *Avshalom Laniado*, *Recherches sur les notables municipaux dans l'Empire protobyzantin* (Travaux et mémoires du Centre de Recherche d'histoire et civilisation de Byzance. Collège de France. Monographies 13, Paris 2002); vgl. auch *Chris Wickham*, *Framing the Early Middle Ages. Europe and the Mediterranean, 400–800* (Oxford 2005) 596–602.

⁸² *Brown*, *Power and Persuasion* 149: acclamations „left very little room for the traditional function of the civic notables“.

quent, wenn die kaiserliche Zentrale seit dem beginnenden 5. Jahrhundert nicht mehr die Kurien, sondern eine nicht näher definierte Versammlung lokaler Machthaber – Angehörige des Senatorenstandes, die diesen Rang im kaiserlichen Dienst oder durch Verleihung erlangt hatten, große Grundbesitzer, die führenden Ratsherren sowie der Bischof – als effektives Leitungsorgan auf städtischer Ebene behandelte⁸³. Die Regelung der allgemeinen Angelegenheiten war damit die Sache von Personen geworden, die sich nicht mehr durch die Zugehörigkeit zu einer munizipalen Institution, sondern durch Reichtum, vor allem aber durch ihren Rang in der Hierarchie von Reich und Kirche definierten.

Insofern Akklamationen der Bevölkerung spätrömischer Provinzstädte das Gefühl vermittelten, ein Teil der politischen Gesamtordnung zu sein und über direkten Zugang zum Kaiser zu verfügen, waren sie ein Surrogat für politische Partizipation. Insofern ihre staatliche Anerkennung den Einfluss der gegenüber dem Kaiser verantwortlichen Vertreter der Städte schwächte, höhnte sie zugleich auch die Grundlagen der traditionellen, auf den Kurien beruhenden Stadtverfassung aus und trug dadurch langfristig zur Ausbildung einer neuen Form städtischer Herrschaft bei, die nicht mehr im Rahmen einer munizipalen Institution ausgeübt wurde. In diesem Sinn sind die spätrömischen Akklamationen ein Indikator für den Niedergang der antiken Stadt als einer Gemeinde von Bürgern, die sich selbst regieren.

IV. Anhang: Das Senatsprotokoll vom 25. Dezember 438 in deutscher Übersetzung

Das Senatsprotokoll vom 25. Dezember 438 ist nur in einer einzigen Handschrift überliefert: Ambrosianus C. 29 inf. (= A in Mommsens Ausgabe). Es ist in der Forschung der letzten Jahre mehrfach eingehend analysiert, aber bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden⁸⁴. Es wird daher nicht ohne Nutzen sein, hier eine solche Übersetzung beizufügen. Die im Deutschen kaum wiederzugebenden Rangprädikate und Amtstitel sind in der Regel unübersetzt geblieben, Abkürzungen dagegen durchgängig aufgelöst worden.

⁸³ Der früheste Beleg im Osten ist: Codex Justinianus 1, 55, 8 (409) über die Wahl des *defensor civitatis*.

⁸⁴ Der lateinische Text des Protokolls findet sich bei *Theodor Mommsen* (Hrsg.), *Theodosiani libri XVI cum constitutionibus Sirmondianis* Bd. 1, Teil 1 (Berlin 1905) 1–4; vgl. dazu *Wiemer*, *Akklamationen* 29–35, wo auch die ältere Literatur zitiert wird. Neu hinzugekommen ist die Analyse von *Lorena Atzeri*, *Gesta senatus Romani de Theodosiano publicando. Il codice Teodosiano e la sua diffusione ufficiale in Occidente* (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen, Neue Folge 58, Berlin 2008) 151–162. Es gibt eine Übersetzung ins Englische: *Clyde Pharr*, *Theresia Sherrer Davidson*, *Mary Brown Pharr*, *The Theodosian Code and Novels and the Sirmondian Constitutions. A Translation with Commentary, Glossary and Bibliography* (Princeton, NJ 1952) 3–7.

In dem Jahr, als [unser] Herr Flavius Theodosius Augustus zum [16.] Mal und Anicius Achillius Glabrio Faustus, *v(ir) c(larissimus)*, Konsuln waren (= anno domini 438):

Nachdem sich Anicius Achillius Glabrio Faustus⁸⁵, *v(ir) c(larissimus) et inl(ustris)*, dreifacher gewesener Stadtpräfekt, Prätoriumspräfekt und *consul ordinarius*, in seinem Haus, das bei Palma liegt, Fl(avius) Paulus⁸⁶, *v(ir) c(larissimus) et inl(ustris)*, Stadtpräfekt, Iunius Pomponius Publianus⁸⁷, *vir spectabilis, vicarius* der ewigen Stadt, die Vornehmen und der höchst erlauchte Stand des Senates versammelt und unter sich für eine Weile verhandelt hatten, traten die *constitutionarii* Anastasius und Martinus auf Anordnung herein; darauf sagte Anicius Achillius Glabrio Faustus, *v(ir) c(larissimus) et inl(ustris)*, dreifacher gewesener Stadtpräfekt, Prätoriumspräfekt und *consul ordinarius* (Folgendes):

„Das Glück der ewigen Kaiser erhält einen derartigen Zuwachs, dass es diejenigen mit den Ornamenten des Friedens ausstattet, die es in den Wechselfällen der Kriege verteidigt. Als ich im gerade vergangenen Jahr die glückbringendste Verbindung aller heiligen Handlungen in Ergebntheit begleitete, wollte der höchst heilige Kaiser, unser Herr, Theodosius, seinem Erdkreis nach glücklicher Vollendung der Hochzeit diese Auszeichnung hinzufügen, dass er, nachdem die Vorschriften der Gesetze an einem Ort gesammelt worden waren, befahl, die auf dem Erdkreis zu befolgenden Vorschriften in einem Kompendium von 16 Büchern zu vereinigen, die – so lautete sein Wille – durch seinen im höchsten Maße heiligen Namen geheiligt werden sollten. Dieses Unternehmen billigte der ewige Kaiser, unser Herr, Valentinianus, mit der Ergebntheit eines Teilhabers und der Liebe eines Sohnes.“

Es wurde ausgerufen:

Auf neue Weise beredter (Mann), wahrhaft beredter (Mann)!

Anicius Achillius Glabrio Faustus, *v(ir) c(larissimus) und inl(ustris)*, dreifacher gewesener Stadtpräfekt, Prätoriumspräfekt und *consul ordinarius*, sagte:

„Nachdem er also mich und den *vir inl(ustris)*, der damals Prätoriumspräfekt des Orients war, gerufen hatte, befahl er, uns die einzelnen Kodizes aus seiner eigenen göttlichen Hand zu überreichen, um sie im Erdkreis in Ehrfurcht vor ihm zu verbreiten, dergestalt, dass der im höchsten Maße heilige Kaiser befahl, seine fürsorgliche Maßnahme zuerst eurer Erhabenheit zur Kenntnis zu bringen. In der Hand halte ich den gebilligten Kodex, der auf Anordnung beider Kaiser geschickt worden ist. Die *constitutionarii* sind anwesend: Wenn es eurer Erlauchtheit beliebt, möge eure Erlauchtheit befehlen, ihr eben die Gesetze vorzulesen, wodurch sie dies hier zu tun befahlen, auf dass wir den im höchsten Maße durchdachten Anordnungen der ewigen Kaiser mit einmütiger Ergebntheit gehorchen.“

⁸⁵ Zur Person vgl. André Chastagnol, *Les fastes de la préfecture de Rome au Bas-Empire* (Paris 1962) 286–289 Nr. 128; John Martindale, *The Prosopography of the Later Roman Empire* Bd. 2 (Cambridge 1980); im Folgenden zitiert: Martindale, *Prosopography* II, hier 452–454 s.v. Faustus 8. Faustus war zuvor drei Mal Stadtpräfekt Roms gewesen und sollte im Jahre 442 noch ein zweites Mal Prätoriumspräfekt werden.

⁸⁶ Zur Person vgl. André Chastagnol, *Le Sénat Romain sous le Règne d’Odoacre. Recherches sur l’Épigraphie du Colisée au V^e Siècle* (Bonn 1966) 9–13; Martindale, *Prosopography* II, 854 s.v. Fl. Paulus 31.

⁸⁷ Iunius Pomponius Publianus wird nur an dieser Stelle erwähnt.

Es wurde ausgerufen:

„Es ist recht; einverstanden; einverstanden!“

Anicius Achillius Glabrio Faustus, *v(ir) c(larissimus) et inl(ustris)*, dreifacher gewesener Stadtpräfekt, Prätoriumpräfekt und *consul ordinarius*, las aus dem „Codex Theodosianus“, erstes Buch, unter dem Titel „Über die Konstitutionen und Edikte von Kaisern“⁸⁸:

„U(nsere) H(erren) *Imperatores* Theodosius und Valentinianus *A(ugusti)* an den Senat: Wir verfügen, dass nach dem Vorbild des *codex Gregorianus* und *Hermogenianus* alle Verfügungen (*constitutiones*) gesammelt werden, die der berühmte Constantin, die auf ihn folgenden göttlichen Kaiser (*principes*) und wir erlassen haben, soweit sie sich auf die Geltungskraft von Edikten oder auf heilige Allgemeingültigkeit stützen. Zunächst sind Titel – das heißt: bestimmte Bezeichnungen für Rechtsmaterien – so abzutrennen, dass im Falle, dass sich nach der Formulierung der Kapitel eine Verfügung auf mehrere Titel bezieht, dasjenige, was am jeweiligen Ort passt, dort platziert wird, sodann so, dass dasjenige, was Verschiedenheit mehrdeutig macht, durch die Reihenfolge der Lesungen geprüft wird, nicht allein durch die Berechnung der Konsuln und das Aufsuchen der Regierungszeit, sondern so, dass auch die Gliederung des Werks selbst zeigt, dass höhere Geltung besitzt, was später ist, schließlich so, dass auch der Wortlaut der Verfügungen, soweit er zur Sache gehört, bewahrt wird, hingegen weggelassen wird, was mit der zu regelnden Sache nicht durch die Notwendigkeit selbst verbunden ist. Obwohl es freilich einfacher und gerechter ist, (diejenigen Verfügungen) wegzulassen, welche durch die späteren außer Kraft gesetzt werden, und allein diejenigen anzuführen, über deren Geltung man übereinkommen wird, wollen wir anerkennen, dass dieser Kodex und die früheren für besonders sorgfältige (Personen) verfasst sind, deren gelehrter Absicht zugestanden wird, auch das zu kennen, was dadurch außer Gebrauch gekommen ist, dass es dem Schweigen überantwortet wurde, weil es nur für die Angelegenheiten der eigenen Zeit gelten sollte. Aus diesen drei Kodizes und aus den in einzelne Titel gegliederten Abhandlungen und Gutachten der Rechtskundigen (*prudentes*) wird durch die Mühe derselben (Personen), die den dritten (Kodex) ordnen werden, unserer als ein weiterer entstehen, der keinen Irrtum und keine Mehrdeutigkeiten zulassen wird und der, in unserem Namen verkündet, allen zeigen wird, was zu tun und was zu lassen ist.

Zur Vollendung eines so großen Werks und zur Herstellung der Kodizes – der erste von ihnen wird, wenn die ganze Verschiedenheit der allgemeingültigen Verfügungen gesammelt und (dabei) keine, welche bereits angeführt werden darf, ausgelassen worden ist, sich der eitlen Fülle der Worte verweigern; der zweite wird unter Ausschluss aller Verschiedenheit des Rechts die Leitung des Lebens übernehmen – sind Männer von einzigartiger Verlässlichkeit und äußerst ausgefeilter Begabung auszuwählen, die dann, wenn sie den ersten Kodex unserem Wissen und der öffentlichen Autorität übergeben haben werden, die Ausarbeitung des zweiten in Angriff nehmen werden, bis er die Herausgabe verdienen wird. Eure Erlauchtheit möge die Ausgewählten zur Kenntnis nehmen. Wir haben ausgewählt: Antiochus, *vir inl(ustris)*, ehemaliger *quaestor* und ehemaliger *praefectus*, Antiochus, *vir inl(ustris)*, *quaestor* des heiligen Palasts, Theodorus, *vir spectabilis*, *comes et magister memoriae*, Eudicius und Eusebius, *virii spectabiles*, *magistri scriniorum*, Johannes, *vir spectabilis*, ehemaliger *comes* unseres *sacrarium*, Comazon und Eubulus, *virii spectabiles*, ehemalige *magistri scriniorum*, und den höchst beredsamen Rechtsgelehrten (*scholasticus*) Apelles. Wir vertrauen darauf, dass diese von unserer Ewigkeit ausgewählten (Männer) die jeweils gelehr-

⁸⁸ Das Gesetz ist im „Codex Theodosianus“ tatsächlich an der angegebenen Stelle zu finden (1, 1, 5). Eine eingehende und überzeugende Analyse dieses vieldiskutierten Gesetzes und seines Verhältnisses zu Codex Theodosianus 1, 1, 6 bei John F. Matthews, *Laying down the Law. A Study of the Theodosian Code* (New Haven, London 2000); im Folgenden zitiert: Matthews, *Laying down the Law* 55–84.

testen (Männer) hinzuziehen werden, auf dass durch die gemeinsame Bemühung eine vernünftige Regel des Lebens erfasst und irreführende Rechtsnormen ausgeschlossen werden.

In Zukunft freilich, wenn man beschließt, eine Verfügung zu promulgieren, wird diese im anderen Teil des aufs engste verbundenen Reiches auf eine Weise Geltung erlangen, dass sie sich nicht auf zweifelhafte Glaubwürdigkeit oder private Behauptung stützt. Vielmehr soll sie aus dem Reichsteil, in welchem sie erlassen worden ist, mit heiligen Worten übermittelt werden, um auch in den Amtsstuben des anderen rezipiert und durch die üblichen Edikte publiziert zu werden. Denn es wird angemessen sein, dass Übermitteltes angenommen wird und unbezweifelte Geltung besitzt, wobei unserer Milde das Recht vorbehalten bleibt, etwas zu emendieren oder zu revozieren. Es wird aber nötig sein, dass sie wechselseitig bekannt gemacht und auf keine andere Weise zugelassen werden.

Et cetera.

Gegeben am siebten Tag vor den Kalenden des April zu Konstantinopel, als Florentius und Dionysius Konsuln waren (= 26. März 429).“

Es wurde ausgerufen:

1. Augusti der Augusti, größte der Augusti! 8x gesagt.
Gott hat uns euch gegeben, Gott möge euch für uns bewahren! 27x gesagt.
3. Römische Imperatores, treu und glücklich, ihr mögt für viele Jahre herrschen! 22x gesagt.
Zum Wohl des Menschengeschlechtes, zum Wohl des Senates, zum Wohl des Staates, zum Wohl aller! 24x gesagt.
Unsere Hoffnung ruht auf euch, unser Heil liegt in euch! 26x gesagt⁸⁹.
6. Möge das Leben unsere Augusti stets erfreuen! 22x gesagt.
Nach Befriedung des Erdkreises mögt ihr als anwesende triumphieren! 24x gesagt.
Dies sind die Wünsche des Senates, dies sind die Wünsche des römischen Volkes! 10x gesagt.
9. Teurer als unsere Kinder, teurer als unsere Eltern! 16x gesagt.
Auslöcher der Denunzianten, Auslöcher der Verleumdungen! 28x gesagt.
Durch euch Ehren, durch euch erbter Besitz, durch euch alles! 28x gesagt.
12. Durch euch Waffen, durch euch Recht! 20x gesagt.
Wir danken eurer Verfügung! 23x gesagt.
Ihr habt die Zweideutigkeit der Konstitutionen beseitigt! 23x gesagt.
15. So sorgen treue Imperatores! 26x gesagt.
Ihr sorgt für die Rechtsfälle, ihr sorgt für Ruhe! 25x gesagt.
Es mögen mehrere Kodizes angefertigt werden für die Behörden! 25x gesagt.
18. Man möge sie in den öffentlichen Büros unter Siegeln halten! 20x gesagt.
Damit die Konstitutionen nicht interpoliert werden, mögen mehrere Kodizes hergestellt werden! 25x gesagt.
Damit die Konstitutionen nicht interpoliert werden, mögen alle Kodizes in Buchschrift geschrieben werden! 18x gesagt.
21. Der Kodex, den die *constitutionarii* herstellen sollen, möge nicht mit Rechtsglossen beschrieben werden! 12x gesagt.
Wir bitten darum, dass die Kodizes für die Büros auf öffentliche Kosten angefertigt werden! 16x gesagt.
Heil **Faustus**! 17x gesagt.
24. Ein zweites Konsulat für dich! 15x gesagt.
Du erklärst alles, niemandem fügst du Schaden zu! 13x gesagt.
Sobald die Kodizes geschrieben sind, möge man sie in die Provinzen schicken! 11x gesagt.
27. (Du bist) ein würdiger Überbringer so großer Wohltaten! 10x gesagt.
Heil **Paulus**! 12x gesagt.
Ein Konsulat für dich! 11x gesagt.

⁸⁹ Ich lese *spes in vobis, salus in vobis* statt des überlieferten, aber unpassenden *spes in vobis, salus in nobis*.

30. Wir bitten darum, dass die Büros sie erhalten! 15x gesagt.
Es möge der Präfektur obliegen! 12x gesagt.
Die einzelnen Präfekten mögen ihre eigenen Siegel verwenden! 15x gesagt.
33. Sie mögen in ihren Büros je eigene Kodizes haben! 12x gesagt.
Wir bitten darum, dass keine Gesetze auf Petitionen hin erlassen werden! 21x gesagt.
Durch diese Erschleichungen wird alles Recht der Besitzenden zuschanden! 17x gesagt⁹⁰.
36. Heil **Aetius**! 15x gesagt⁹¹.
Ein drittes Konsulat für dich! 13x gesagt.
Durch deine Wachsamkeit sind wir wohlbehalten und sicher! 12x gesagt.
39. Durch deine Wachsamkeit, durch deine Mühen! 15x gesagt.
Heil **Faustus**! 13x gesagt.
Ein zweites Konsulat für dich! 10x gesagt.
42. Wir bitten darum, dass du die Wünsche des Senates dem Kaiser vorlegst! 20x gesagt.
Bewahrer der Gesetze, Bewahrer der Beschlüsse! 16x gesagt.

Anicius Achillius Glabrio Faustus, *v(ir) c(larissimus) et inl(ustris)*, dreifacher gewesener Stadtpräfekt, Prätoriumspräfekt und *consul ordinarius*, s(agte):

„Was unter Verehrung seiner Person verlesen wurde, wird den Senatsakten angehören.“

Und er fügte hinzu⁹²:

„Auch dies rechne ich zu den Wohltaten der ewigen Kaiser, dass sie durch mich das, was sie als ihre Gesetze zu erlassen geruhten, eurer Größe bekanntgegeben haben.“

Es wurde ausgerufen:

Heil **Faustus**! 16x gesagt.
Ein zweites Konsulat für dich! 10x gesagt.
Für den Konsul des (kaiserlichen) Orakels! 13x gesagt.

Anicius Achillius Glabrio Faustus, *v(ir) c(larissimus) et inl(ustris)*, dreifacher gewesener Stadtpräfekt, (amtierender) Prätoriumspräfekt und *consul ordinarius*, s(agte):

„Es wird nun gemäß den Anordnungen unserer Herren und den Wünschen eurer Hoheit meiner Sorgfalt obliegen, dass dieser Kodex durch die Vertrauenswürdigkeit des *vir spectabilis* Veronicianus, den der Konsens eurer Erlauchtheit mit mir ausgewählt hat, und durch die Vertrauenswürdigkeit der *constitutionarii* Anastasius und Martinus, denen wir bescheinigen, dass sie diese Aufgabe schon seit langem tadellos versehen, vermittels dreier Exemplare vervielfältigt werde, dergestalt,

⁹⁰ Diese Akklamation ist in der Handschrift am Ende der Serie überliefert, wo sie aber inhaltlich nicht passt. Wie *Matthews*, *Laying down the Law* 43–43 erkannt hat, gehörte sie ursprünglich mit Nr. 34 zusammen.

⁹¹ Wie die Anwesenheitsliste ausweist, war der Heermeister Flavius Aetius nicht persönlich anwesend, als ihm die Senatoren akklamierten; er war offenkundig zu mächtig, um übergangen zu werden. Zu seiner Person vgl. *Martindale*, *Prosopography* II, 21–29 s. v. Aetius 7; *Timo Stickler*, *Aetius. Gestaltungsspielräume eines Heermeisters im ausgehenden Weströmischen Reich* (Vestigia. Beiträge zur Alten Geschichte 54, München 2002).

⁹² In der Handschrift ist an dieser Stelle *adhaerebunt et ad inter* überliefert. Mommsen hat daraus *adhaerebunt et addentur* gemacht, was wegen seiner Redundanz wenig befriedigt. Wie *Theresa A. Davidson*, *A Problem of Senate Procedure in the Late Roman Empire*, in: *American Journal of Philology* 67 (1946) 168–183 gezeigt hat, ist an dieser Stelle vielmehr die dem Formular und dem Kontext entsprechende Wendung *et adiecit* herzustellen.

dass das Exemplar, das ich überbracht habe, im Büro der Prätoriumspräfektur bleibt, während die Schreibstuben des erhabenen Stadtpräfekten ein zweites Exemplar von gleicher Zuverlässigkeit besitzen. Das dritte Exemplar indessen sollen die *constitutionarii* auf ihre Treue und Gefahr hin bei sich behalten, um es den Bevölkerungen herauszugeben, dergestalt, dass nur von den *constitutionarii* mit eigener Hand aus diesem Exemplar abgeschriebene Abschriften (*exemplaria*) herausgegeben werden. Meiner Sorgfalt wird es obliegen, auch für diese Aufgabe Sorge zu tragen, dass ein weiterer von ihnen geschriebener Kodex der Provinz *Africa* mit gleicher Ergebnisheit zugestellt wird, damit er auch dort als Regel von gleicher Zuverlässigkeit Beachtung finde.“

Es wurde ausgerufen:

Heil **Faustus!** 16x gesagt.

Ein zweiter Konsulat für dich! 15x gesagt.

Für den Mann aller Tugenden! 10x gesagt.

Mit anderer Hand:

Ich, Fl(avius) Laurentius, Stenograph des höchst erlauchten Senates, habe es herausgegeben am achten Tag vor den Kalenden des Januar (= 25. Dezember).

Summary

The Greco-Roman city was a community of citizens who claimed the right to govern themselves. Belonging to this community thus was tantamount to active participation in the decision-making process. Controversial issues were debated in public and decided by counting votes according to the majority principle. Acclamations, on the other hand, are by their very nature unsuited as a medium for taking decisions by the majority principle. Acclamations serve to express unity and firm determination; they belong to communicative situations in which dissenting voices are not allowed for.

The aim of this article is to explore how in Late Antiquity acclamations came to permeate all aspects of public life and were accepted by the emperors and their representatives as a legitimate means of publicly and collectively expressing the people's will. Building on a study of the pragmatics and semantics of Late Roman acclamations it is argued that in Late Antiquity acclamations were a medium of communication between the physically absent emperor and the population of the provincial towns of his empire. Emperors encouraged acclamations for several reasons: (1) because by making as many people as possible participate in rituals of loyalty they wanted to strengthen support for their rule, (2) because by conceding the right of expressing praise or blame to acclaiming crowds they hoped to obtain information on the functionaries they employed, and (3) because in this way they intended to propagate the idea that they could be reached by their subjects directly.

Acclamations thus functioned as a kind of surrogate for participation in a political process framed by civic institutions and citizen rights. In an historical perspective they can be seen as both expressing and contributing to the process that led to the dissolution of the Greco-Roman city as self-governing body of citizens.

Johannes Preiser-Kapeller

He ton pleionon psephos

Der Mehrheitsbeschluss in der Synode von Konstantinopel in spätbyzantinischer Zeit – Normen, Strukturen, Prozesse*

Entgegen der oft noch verbreiteten Vorstellung vom Byzantinischen Reich als gleichsam „orientalischer Despotie“¹ gab es hier wie sonst in der vormodernen Staatenwelt eine Vielzahl von Institutionen, Strukturen und Netzwerken, über die verschiedene Segmente der Gesellschaft an der Ausübung von Macht und der Entscheidungsfindung partizipierten². Dabei existierten auch diverse Gremien, wo ein „Entscheid der Mehrheit“ eine Rolle spielen konnte, etwa im aus der römischen Tradition übernommenen Senat oder bei den Versammlungen des Volkes (vor allem der Hauptstadt Konstantinopel), die gerade in der spätbyzantinischen Zeit angesichts der Schwächung kaiserlicher Autorität eine bedeutendere Rolle spielen konnten als in früheren Jahrhunderten³. Doch wenn auch bei diesen An-

* Dieser Beitrag entstand im Rahmen des vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) finanzierten Projektes „Edition des Patriarchatsregisters von Konstantinopel: Patriarch Antonios IV. von Konstantinopel, 2. Amtsperiode“ (P22269), das unter der Leitung von Herrn Univ. Prof. Dr. Otto Kresten (Wien) steht. Ein besonderer Dank gilt Herrn Univ. Prof. Dr. Egon Flaig (Rostock) für die Einladung zum Colloquium „Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung“ am Historischen Kolleg in München (6.–8. Mai 2009) sowie Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner vom Historischen Kolleg für die freundliche Aufnahme und die Organisation des Aufenthaltes in München.

¹ S. dazu beispielhaft die Analyse des Byzanzbildes bei *Stefan Albrecht*, Byzanz in deutschen, französischen und englischen Schulbüchern, in: Pulverfass, Powder Keg, Baril de Poudre? Südosteuropa im europäischen Geschichtsschulbuch/South Eastern Europe in European History Textbooks, hrsg. v. *Andreas Helmedach* (Studien zur Internationalen Schulbuchforschung, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig 118, Hannover 2007) 11–40. Vgl. auch *Herbert Hunger*, Byzanz im europäischen Geschichtsdenken des 20. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch der österreichischen byzantinischen Gesellschaft* 15 (1966) 49–60.

² Vgl. *Marie-Theres Fögen*, Das politische Denken der Byzantiner, in: *Iring Fetscher, Herfried Münkler* (Hrsg.), *Pipers Handbuch der politischen Ideen 2: Mittelalter, Von den Anfängen des Islams bis zur Reformation* (München 1993) 41–86; *Dimiter Angelov*, *Imperial Ideology and Political Thought in Byzantium, 1204–1330* (Cambridge 2007) 253–347 (zu Ideen der politischen Repräsentation in der frühen Palaiologenzeit).

³ *Hans-Georg Beck*, Senat und Volk von Konstantinopel, in: *Bayer. Akad. d. Wissenschaften phil.-hist. Klasse Sitzungsberichte* (1966) 1–75 (Nachdruck in: *ders.*, *Ideen und Realitäten in Byzanz. Gesammelte Aufsätze* London [1972] XII); *Peter E. Pieler*, *Verfassung und Rechtsgrundlagen des Byzantinischen Staates*, in: *Jahrbuch der österreichischen Byzantinistik* 31 (1981) 213–231.

lassen manchmal auf einen Mehrheitsentscheid Bezug genommen wird, besitzen wir, wie Constantine N. Tsirpanlis feststellte „no exact information concerning the procedure and the method of making decisions in Byzantine Assemblies“⁴. Anders liegen die Quellenverhältnisse bei den aus mehreren Richtern zusammengesetzten Gerichtshöfen, wo, wie an einem Beispiel noch gezeigt werden wird, Mehrheitsentscheidungen vorgesehen waren. Besonders reichhaltig ist aber die Quellenlage in der spätbyzantinischen Zeit für ein kirchliches Entscheidungsgremium, das ebenso als Gericht wirksam werden konnte: die Synode von Konstantinopel.

Die *Synodos endemusa* – Entwicklung, Zusammensetzung, Befugnisse⁵

Die Entwicklung der Synode als kollektives Leitungsorgan der Kirche wurde in der apostolischen Tradition und Sukzession begründet. So wie die Apostel ihren Sendungsauftrag von Christus nicht einzeln, sondern in ihrer Gesamtheit erhalten hatten, sollten auch die Bischöfe gemeinsam über die Leitung der Kirche beraten – nach dem Vorbild des sogenannten Apostelkonzils von Jerusalem (Gal 2,1-10 und Apg 15, 6-29)⁶. Schon vor der Definition des Sprengels des Patriarchen von Konstantinopel auf dem Konzil von Chalkedon 451 entstand die *Synodos endemusa* – als Versammlung aller Bischöfe, die sich in der Hauptstadt aufhielten (die *endemuntēs* – analog zum Namen der *Synodos endemusa*), ursprünglich auch jener, die gar nicht zum Sprengel des Patriarchen gehörten. In ihrer Anfangszeit

⁴ Constantine N. Tsirpanlis, Byzantine Parliaments and Representative Assemblies from 1081 to 1351, in: Byzantion 43 (1973) 432–481, hier 454–455.

⁵ Vgl. insgesamt dazu Basileios Stephanides, Die geschichtliche Entwicklung der Synoden des Patriarchats von Konstantinopel, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 55 (1936) 127–157; Paul Lemerle, Recherches sur les institutions judiciaires à l'époque des Paléologues II. Le tribunal du patriarcat ou tribunal synodal, in: Mélanges Paul Peeters (Analecta Bollandiana 58, Brüssel 1950) 318–333; Joseph Hajjar, Le Synode permanent (Synodos endemusa) dans l'église byzantine des origines au XI^e siècle (Orientalia christiana analecta 164, Rom 1962); Richard Potz, Patriarch und Synode in Konstantinopel. Das Verfassungsrecht des ökumenischen Patriarchates (Kirche und Recht 10, Wien 1971); Jean Darrouzès, Le registre synodal du patriarcat byzantin au XIV^e siècle. Étude paléographique et diplomatique (Archives de l'Orient chrétien 12, Paris 1971); im Folgenden zitiert: Darrouzès, Le registre synodal; Richard Potz, Eva Synek unter Mitarbeit von Spyridon N. Troianos, Orthodoxes Kirchenrecht. Eine Einführung (Kirche und Recht 25, Freistadt 2007) bes. 303–329 die Abschnitte zur Entwicklung des Bischofsamtes und der Synoden; Johannes Preiser-Kapeller, Die hauptstädtische Synode von Konstantinopel (Synodos endemusa). Zur Geschichte und Funktion einer zentralen Institution der (spät)byzantinischen Kirche, in: Historicum. Zeitschrift für Geschichte 96 (2008) 20–31 (auch online unter http://www.oeaw.ac.at/byzanz/repository/Preiser_Synodosendemusa_Hist96.pdf); im Folgenden zitiert: Preiser-Kapeller, Die hauptstädtische Synode von Konstantinopel.

⁶ Vgl. auch Jürgen Miethke, Formen der Repräsentation auf Konzilien im Mittelalter, in: Jörg Peltzer, Gerald Schwedler, Paul Töbelmann (Hrsg.), Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 27, Ostfildern 2009) 21–36, hier 21; im Folgenden zitiert: Miethke, Formen der Repräsentation.

wurde sie *ad hoc* zusammengerufen, vor allem, um auf Veranlassung des Kaisers konkrete kirchliche Fragen zu diskutieren. Entscheidend für die weitere Entwicklung war, dass die *Synodos endemusa* sich allmählich zu einer ständigen Institution entwickelte, die die Leitungsarbeit des Patriarchats begleitete. Voraussetzung dafür war die fast permanente Anwesenheit einer Zahl von zum Besuch dieser Synode berechtigten Metropoliten und Erzbischöfe in der Hauptstadt – diese Möglichkeit bestand für jene Oberhirten, deren Sitze nahe Konstantinopels lagen, und für jene, die ihre Sprengel aufgrund äußerer Umstände nach ihrer Weihe gar nicht aufsuchen konnten (oder wollten). Letzteres Phänomen trat erstmals in großem Umfang im 7. Jahrhundert mit den Verlusten von dem Patriarchat unterstehenden Reichsgebieten an die Araber in Kleinasien und die Slawen und Bulgaren auf dem Balkan auf, vermehrt dann ab den letzten Jahrzehnten des 11. Jahrhunderts mit dem Vordringen der Seldschuken nach Kleinasien, wo sich die weitaus meisten Metropoliten des Patriarchats befanden und viele Oberhirten zum Verlassen ihrer Sprengel gezwungen wurden. Manche Metropoliten blieben aber auch einfach in der Hauptstadt, um auf die kirchliche Politik der Zentrale Einfluss nehmen zu können⁷. Nicht vergessen werden darf, dass für die Bewältigung des „Tagesgeschäfts“ des Patriarchats eine Anzahl von Oberhirten durchaus notwendig war; Quoren sahen die Kanones unter anderem bei der Bischofswahl (mindestens zwei Bischöfe⁸) und anderen Fällen vor: So waren sechs Bischöfe für die Absetzung eines Priesters notwendig, zwölf für die Absetzung eines Bischofs⁹.

Folglich bereitete sich das „Ständige-Werden“ der Synode im 11. und 12. Jahrhundert vor¹⁰. Als sich nach der lateinischen Eroberung Konstantinopels 1204 Patriarchat und Synode im Exil in Nikaia (in Bithynien) neu konstituierten, scheint dort die Entwicklung zu einer ständigen *Synodos endemusa* zu einem Abschluss gekommen zu sein¹¹. Mit der Rückeroberung Konstantinopels durch die Byzanti-

⁷ Dazu vgl. *Johannes Preiser-Kapeller*, Der Episkopat im späten Byzanz. Ein Verzeichnis der Metropoliten und Bischöfe des Patriarchats von Konstantinopel in der Zeit von 1204 bis 1453 (Saarbrücken 2008) XLIX–LIX; im folgenden zitiert: *Preiser-Kapeller*, Episkopat.

⁸ *Nikodim Milaš*, Das Kirchenrecht der morgenländischen Kirche. Nach den allgemeinen Kirchenrechtsquellen und nach den in den autokephalen Kirchen geltenden Spezial-Gesetzen (Mostar 21905) 237–242, 278, 363–364; im Folgenden zitiert: *Milaš*, Kirchenrecht.

⁹ *Discipline générale antique* (IVe–IXe s.), hrsg. v. *Pericles-Pierre Ioannou* (Pontifica commissione per la redazione del codice di diritto canonico orientale, Fonti 9, Rom 1962) I/2, 225–226; im Folgenden zitiert: *Ioannou*, *Discipline*; *Milaš*, Kirchenrecht 320.

¹⁰ Als Überblick für die kirchlichen Entwicklungen in dieser Zeit s. *Michael Angold*, *Church and Society in Byzantium under the Comneni 1081–1261* (Cambridge 1995). Zur gleichen Zeit bildete sich in der westlichen Kirche das päpstliche Konsistorium der Kardinäle heraus, das eine ähnliche Funktion für den „Alltag“ kirchlicher Verwaltung und Rechtsprechung erfüllte, s. *Achim T. Hack*, *Zeremoniell und Inszenierung des päpstlichen Konsistoriums im Spätmittelalter*, in: *Jörg Peltzer, Gerald Schwedler, Paul Töbelmann* (Hrsg.), *Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter* (Mittelalter-Forschungen 27, Ostfildern 2009) 55–92, hier 55–58; im Folgenden zitiert: *Hack*, *Zeremoniell und Inszenierung*.

¹¹ Neben der Synode in Nikaia verstand sich aber auch die unter dem Erzbischof Demetrios Chamatenos (1216–1236) versammelte Synode des autokephalen Erzbistums Ohrid (mit Unter-

ner 1261 wurde die ständige Synode wieder an ihrem alten Versammlungsort „endemisch“ und spielte in der Kirchengeschichte der beiden letzten byzantinischen Jahrhunderte eine überaus bedeutende Rolle. Mit dem für die Jahre 1315 bis 1402 in zwei im 16. Jahrhundert nach Wien verbrachten Handschriften erhaltenen Patriarchatsregister (PRK), in das viele (aber sicher nicht alle) der von der Synode und dem Patriarchen erlassenen Urkunden und Urteile in Kopie eingetragen wurden, besitzen wir für das 14. Jahrhundert eine Quelle ersten Ranges, die uns wertvolle Einblicke in die Agenden und Entscheidungen der Synode gewährt¹².

stützung der mit dem Kaisertum in Nikaia in Konkurrenz stehenden byzantinischen Exilherrscher von Epiros) als ein „Pendant zur patriarchalen Synodos endemusa in Konstantinopel“ und nahm in ihrem Sprengel und darüber hinaus ähnliche Aufgaben wahr, wobei diese Entscheidungen in einer mit dem Patriarchatsregister (vgl. Anm. 11) teilweise vergleichbaren Sammlung erhalten sind, vgl. Demetrii Chomateni Ponemata Diaphora, rec. *Günter Prinzing* (Corpus Fontium Historiae Byzantinae 38, Berlin 2002) 34*-41*, und *ders.*, Konvergenz und Divergenz zwischen dem Patriarchatsregister und den Ponemata Diaphora des Demetrios Chomatenos von Achrida/Ohrid, in: *Christian Gastgeber, Ekaterini Mitsiou, Johannes Preiser-Kapeller* (Hrsg.), Das Patriarchatsregister von Konstantinopel. Eine zentrale Quelle zur Geschichte und Kirche im späten Byzanz (Wien im Druck). Für den vorliegenden Beitrag wurden die Ponemata Diaphora nicht systematisch nach Hinweisen auf die Anwendung des Mehrheitsentscheids untersucht, für eine weitere (vom Autor beabsichtigte) noch umfassendere Analyse der Entscheidungsfindung in den spätbyzantinischen kirchlichen Versammlungen ist eine solche Untersuchung aber unabdingbar.

¹² Einen Überblick zur Provenienz dieser zentralen Quelle bietet *Christian Gastgeber*, Das Patriarchatsregister von Konstantinopel der Österreichischen Nationalbibliothek, in: *Historicum. Zeitschrift für Geschichte* 96 (Linz 2008) 9–19 (auch online unter: http://www.oecaw.ac.at/byzanz/repository/Gastgeber_Hist96_SI.pdf).

Die Dokumente aus dem Patriarchatsregister werden nach Nummern auf der Grundlage der bislang erschienenen Bände der Neuedition zitiert, die auch eine deutsche Übersetzung bietet: Das Register des Patriarchats von Konstantinopel. 1. Teil: Edition und Übersetzung der Urkunden aus den Jahren 1315–1331, hrsg. v. *Herbert Hunger, Otto Kresten* (Corpus Fontium Historiae Byzantinae XIX/1, Wien 1981; im Folgenden zitiert: PRK I). – 2. Teil: Edition und Übersetzung der Urkunden aus den Jahren 1337–1350, hrsg. v. *Herbert Hunger* u. a. (Corpus Fontium Historiae Byzantinae XIX/2, Wien; im Folgenden zitiert: PRK II). – 3. Teil: Edition und Übersetzung der Urkunden aus den Jahren 1350–1363, hrsg. v. *Johannes Koder, Martin Hinterberger, Otto Kresten* (Corpus Fontium Historiae Byzantinae XIX/3, Wien 2001; im Folgenden zitiert: PRK III). – 4. Teil: Edition und Übersetzung der Urkunden aus den Jahren 1364–1372, hrsg. v. *Otto Kresten, Christian Gastgeber* (Corpus Fontium Historiae Byzantinae XIX/4, Wien 2012 [in Vorbereitung]; im Folgenden zitiert: PRK IV). – 5. Teil: Edition und Übersetzung der Urkunden aus den Jahren 1379–1390, hrsg. v. *Otto Kresten* u. a. (Corpus Fontium Historiae Byzantinae XIX/5, Wien 2011 [im Druck]; im Folgenden zitiert: PRK V).

Die späteren Dokumente werden aufgrund der alten Edition zitiert: *Franz Miklosich, Joseph Müller*, Acta patriarchatus Constantinopolitani MCCCXV–MCCCII e codicibus manu scriptis Bibliothecae Palatinae Vindobonensis, 2 Bde. (Acta et diplomata graeca medii aevi sacra et profana I [Nr. 1–331 = ÖNB, Codex Hist. gr. 47] und II [Nr. 332–691 = ÖNB, Cod. Hist. gr. 48], [Wien 1860 und 1862]; im Folgenden zitiert: MM).

Regesten zu allen von Patriarch und Synode erlassenen Dokumente finden sich in: *Vitalien Laurent, Jean Darrouzès*, Les regestes des actes du patriarchat de Constantinople, I/4–7 (Paris 1971–1991; im Folgenden zitiert: *Laurent*, Reg bzw. *Darrouzès*, Reg, nach Regestnummer), zu jenen der Kaiser in: *Franz Dölger (Peter Wirth)*, Regesten der Kaiserurkunden des oströmischen Reiches. 3./4./5. Teil (Regesten von 1204–1282/1282–1341/1341–1453) (München ²1977/1960/1965; im Folgenden zitiert: *Dölger*, Reg, nach Regestnummer).

Die Mitglieder der Synode waren die in Konstantinopel anwesenden Metropolen und Erzbischöfe des patriarchalen Sprengels unter Vorsitz des Patriarchen. An der Synode nahmen zwar zeitweilig auch andere Kleriker (vor allem die höchsten Vertreter des patriarchalen Klerus) und Laien (etwa Amtsträger des Kaisers, zu manchen Anlässen der Kaiser selbst) teil, aber die Entscheidungsbefugnis lag bei den Oberhirten¹³. Festzuhalten ist, dass nie eine Mehrzahl der Oberhirten des Patriarchats an der Synode teilnahm. Im Patriarchat des Johannes XIII. Glykys (1315-1319) schwankte z. B. die Zahl der Teilnehmer zwischen fünf und 25 (aus 44 verschiedenen Kirchen), in den Jahren 1364 bis 1367 unter Philotheos Kokkinos zwischen drei und 19 (aus 30 verschiedenen Kirchen), im Patriarchat des Neilos (in den Jahren 1380-1387) zwischen fünf und 12 (aus 41 verschiedenen Kirchen)¹⁴. Wenn man bedenkt, dass die *Notitiae episcopatum* dieser Zeit immer noch ca. 150 Metropolen und Erzbistümer im Sprengel des Patriarchats verzeichnen, wobei aber natürlich viele Kirchen *in partibus infidelium* nicht mehr besetzt waren, wird deutlich, dass immer nur eine relativ kleine Zahl an Oberhirten tatsächlich an den alltäglichen Entscheidungen über die Leitung der Kirche beteiligt war; anders lagen die Verhältnisse bei den Synoden, auf denen grundlegendere theologische Entscheidungen approbiert werden sollten, wie etwa bei jenen, auf denen 1347 und 1351 der Sieg der hesychastischen Theologie des Gregorios Palamas verkündet wurde – in diesen Fällen war man natürlich bestrebt, eine möglichst große („repräsentative“) Zahl an Oberhirten zu versammeln¹⁵.

Für einzelne Persönlichkeiten dient als Nachschlagewerk: Prosopographisches Lexikon der Paläologenzeit, hrsg. v. *Erich Trapp* u. a., 12 Bände und 2 Addenda (Wien 1976-1996), bzw. in der CD-ROM-Version (Wien 2001; im Folgenden zitiert: PLP, nach Nummern).

¹³ Vgl. dazu *Preiser-Kapeller*, Die hauptstädtische Synode von Konstantinopel.

¹⁴ Entsprechende Überblickstabellen bei *Darrouzès*, Le registre synodal 335-388 (mit Korrekturbedarf in einigen Details).

¹⁵ Vgl. die Tabellen in *Darrouzès*, Le registre synodal 344-388; die Bistumsverzeichnisse sind ediert bei *Jean Darrouzès*, *Notitiae episcopatum ecclesiae Constantinopolitanae* (Paris 1981). Als Überblick für die Kirchengeschichte dieser Zeit s. *Marie-Hélène Congordeau*, Die byzantinische Kirche von 1274-1453, in: *Michel Mollat du Jourdin*, *Aandré Vauchez*, *Bernhard Schimmelpfennig* (Hrsg.), *Die Geschichte des Christentums 6: Die Zeit der Zerreißproben (1274-1449)* (Freiburg 1991) 132-204, und speziell zum Patriarchatsregister s. *Herbert Hunger*, Das Patriarchatsregister von Konstantinopel als Spiegel byzantinischer Verhältnisse im 14. Jahrhundert, in: *ders.*, *Epidosis. Gesammelte Schriften zur byzantinischen Geistes- und Kulturgeschichte* (München 1989) X, 117-136 (Sonderabdruck aus dem Anzeiger der phil.-hist. Klasse der Österr. Akad. d. Wissenschaften 115 [1978]). Zu ähnlichen Phänomenen in der westlichen Kirche vgl. *Mietbke*, Formen der Repräsentation 26-27 (zum Grundsatz „quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet“) und 30-31. In einen breiteren europäischen Kontext setzte *Johannes Helmrath* unter anderem auch die *Synodos endemusa* in seinem Beitrag zu Partikularsynoden und Synodalstatuten des späteren Mittelalters im europäischen Vergleich; in: *Annuaire historiae conciliorum* 34 (2002) 57-99.

Ideal und Regelung der Entscheidungsfindung

Wie ging nun die Entscheidungsfindung in dieser Gruppe von vielleicht einem Dutzend Oberhirten vor sich? Die Texte im Patriarchatsregister beschwören natürlich das Ideal der brüderlichen Liebe und Eintracht, gemäß dem der Patriarch und seine „geliebten priesterlichen Mitbrüder“, vom Heiligen Geist gelenkt, ihr segensvolles Wirken für die Kirche Christi entfalteten; hier ein Beispiel aus einem Prooimion einer Urkunde des Jahres 1361:

„In welchem Ausmaß Friede (*eirene*) und Eintracht (*homonoia*) der Kirche Gottes (festen) Bestand und Sicherheit beschern und wie dadurch Ordnung und Gesittetheit in allen kirchlichen Angelegenheiten herrscht, wissen alle, die ihr mit ganzem Herzen anhängen und sich als Glieder der Kirche mit geistlicher Harmonie zu einem Körper verbinden und nach den Worten des göttlichen Apostels (= Paulus) Christus als Haupt haben, einem Führer, dem Vorsteher der Kirche, unterstellt. Wie viel Aufruhr und Unruhe andererseits die ganz üble Entzweiung (*diastasis*) und Streitlust (*philoneikia*) und die daraus entstehenden Streitfälle gegen sie (= die Kirche) entfachen und wie viel Unordnung und Verwirrung sie (dadurch) erzeugen, ist ebenfalls den Verständigen und den um das Recht Besorgten bekannt.“¹⁶

Tatsächlich erfahren wir selten davon, dass eine Entscheidung nicht einstimmig oder „im übereinstimmenden Beschluss der Synode“ (*koine synodike psephos*)¹⁷ getroffen worden wäre – eben in jenen Fällen, in denen es aufgrund von „übler Entzweiung und Streitlust“ nicht gelang, einen Konsens herzustellen; dieser Mangel an Information über den tatsächlichen Prozess der Entscheidungsfindung ist aber kein besonderes Charakteristikum der Quellen zur byzantinischen Synode, sondern lässt sich etwa auch für zeitgleiche kirchliche und weltliche Versammlungen des westlichen Mittelalters feststellen¹⁸.

Schon die frühesten Konzilien der Kirche legten aber Regeln für den Fall fest, dass Einstimmigkeit in den kirchlichen Versammlungen nicht erreicht wurde; so erklärt der Kanon Nr. VI des Nicaenum I (325) im Hinblick auf die Wahl von Bischöfen unter anderem¹⁹: „Wenn freilich zwei oder drei (Bischöfe) aufgrund der

¹⁶ PRK III, Nr. 257, 496, 1–11 und 497 (Übersetzung); Darrouzès, Reg. 2432; vgl. auch die Beispiele bei Herbert Hunger, Zum Stil und zur Sprache des Patriarchatsregisters von Konstantinopel. Rhetorik im Dienste der orthodoxen Hierarchie, in: Studien zum Patriarchatsregister von Konstantinopel I, hrsg. v. Herbert Hunger (Sitzungsberichte d. Österr. Akad. d. Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 383, Wien 1981); im Folgenden zitiert: Hunger, Zum Stil und zur Sprache des Patriarchatsregisters.

¹⁷ Vgl. etwa PRK III, Nr. 178, 28, 120–121; Darrouzès, Reg. 2317.

¹⁸ Dazu vgl. Jörg Peltzer, Gerald Schwedler, Paul Töbelmann, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 27, Ostfildern 2009) 9–20, hier 16; Miethke, Formen der Repräsentation 25, 28; Gerald Schwedler, Formen und Inhalte: Entscheidungsfindung und Konsensprinzip auf Hoftagen im späten Mittelalter, in: Jörg Peltzer, Gerald Schwedler, Paul Töbelmann (Hrsg.), Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 27, Ostfildern 2009) 151–179, hier 151; im Folgenden zitiert: Schwedler, Formen und Inhalte.

¹⁹ Vgl. dazu auch Milaš, Kirchenrecht 357–358.

ihnen eigenen Streitsucht dem allgemeinen Beschluss aller, der wohlbegründet und gemäß dem kirchlichen Gesetz ist, widersprechen sollten, soll der Beschluss der Mehrheit gelten.“²⁰ Eine ähnliche Formulierung bezüglich der Bischofswahl finden wir im Kanon Nr. 19 der Synode von Antiocheia (341)²¹. Beide Kanones bezeichnen den Mehrheitsbeschluss primär als Mittel zur Verhinderung der Blockade der Beschlussfassung durch die Streitsucht einer Minderheit, nicht etwa als Zeichen einer „demokratischen“ Verfasstheit der Synode. Entsprechend äußerte sich auch der Kanonist Zonaras im 12. Jahrhundert in seinem Kommentar zum Kanon VI des Nicaenum I²²; der Konsens galt als Ideal, der Dissens war eine Störung. „Technischer“ kommentiert der wichtige Kanonist Theodoros Balsamon im 12. Jahrhundert die entsprechende Bestimmung der Synode von Antiocheia: „und dass, wenn sich die Abstimmenden auf verschiedene *gnomai* (Ansichten, Voten) verteilen, der Beschluss der Mehrheit siege“²³. Theodoros Balsamon erwähnt auch eine interessante Debatte, die im Jahr 1166 über die Gestaltung der Abstimmung in kirchlichen Versammlungen geführt wurde. Anlass war eine Novelle des Kaisers Manuel I. Komnenos vom März 1166, in der der Kaiser zum Zweck der Beschleunigung von weltlichen Gerichtsprozessen unter anderem verordnet hatte:

„Wenn aber freilich nicht alle (Richter) in ihrem Votum übereinstimmen, sondern einige der Mehrheit nicht beistimmen oder die (Gruppen) mit unterschiedlicher Meinung gleich stark sind, (dann) soll der Beschluss jener (Richter) vorgezogen werden, denen auch der Vorsitzende des Gerichts beipflichtet.“²⁴

Diese Regelung, die sogar einem Minderheitsvotum Geltung verschaffte, wenn es die Unterstützung des vorsitzenden Richters hatte, wollten laut Balsamon nun einige auch in den kirchlichen Versammlungen angewandt wissen, stießen aber auf Widerstand – auch Balsamon selbst sah eine solche Abstimmungspraxis im Widerspruch zu den Kanones. Tatsächlich fand die Novelle Kaiser Manuels I., die etwa in der *Synodos endemusa* theoretisch die Macht des Patriarchen als Vorsitzenden in Fällen von Uneinigkeit vermehrt hätte, keine Berücksichtigung für die kirchlichen beschlussfassenden Gremien. Sowohl in den Urkunden des Patriarchats-

²⁰ *Giuseppe Alberigo et.al., Conciliorum Oecumenicorum Generaliumque Decreta, I. The Oecumenical Councils. From Nicaea I to Nicaea II (325–787) (Turnhout 2006) 23, 135–157, bes. 153–157: 'Εάν μέντοι τῇ κοινῇ πάντων ψήφῳ, εὐλόγῳ οὐσῇ καὶ κατὰ κανόνα ἐκκλησιαστικόν, δύο ἢ τρεῖς δι' οἰκειάν φιλονεικίαν ἀντιλέγωσι, κρατεῖτω ἡ τῶν πλειόνων ψήφος.*

²¹ *Ioannou, Discipline I/2, 119, 1–25, bes. 24–25: Εἰ δὲ κατὰ τὸν ὀρισμένον κανόνα γίνωτο ἡ κατάστασις, ἀντιλέγοιεν δὲ τινες δι' οἰκειάν φιλονεικίαν, κρατεῖν τὴν τῶν πλειόνων ψήφον.*

²² *G.A. Ralles, M. Potles, Σύνταγμα τῶν θεῶν καὶ ἱερῶν κανόνων. Athen 1852–1859, II, 128–129; im Folgenden zitiert: Ralles, Potles, Σύνταγμα.*

²³ *Ralles, Potles, Σύνταγμα II, 129–130 (die Bemerkung des Theodoros Balsamon: καὶ ὅτι, τῶν ψηφίζομένων μεριζομένων εἰς διαφορούς γνώμας, ἡ τῶν πλειόνων ψήφος νικᾷ) u. III, 161–162 (zu Kanon 19 von Antiocheia).*

²⁴ *Dölger, Reg. 1465; Ruth Macrides, Justice under Manuel I Komnenos: Four Novels on Court Business and Murder, in: Fontes Minores VI (Forschungen zur byzantinischen Rechtsgeschichte 11, Frankfurt a. M. 1984) 99–204, dort 126, 69–72 (griech. Text) und 175. Zum Verhältnis zwischen kaiserlicher Gesetzgebung und den Kanones bei Balsamon vgl. Spyridon N. Troianos, Nomos und Kanon in Byzanz, in: ders., Historia et Ius II (1989–2004) (Athen 2004) 217–219.*

registers als auch in spätbyzantinischen Schriften zu kirchlichen Praktiken wie in jenen des Metropoliten Symeon von Thessalonike zu Beginn des 15. Jahrhunderts wird die Gültigkeit des *ton pleionon psephos* gemäß den Kanones festgehalten²⁵.

Der Mehrheitsbeschluss als Instrument der Legitimation

Wie wir aus den wenigen Fällen, in denen im Patriarchatsregister von unterschiedlichen Ansichten in der Synode berichtet wird, erfahren, griff man auch tatsächlich auf diese Kanones zur Herbeiführung eines Beschlusses zurück. Dies musste aber nicht bedeuten, dass es tatsächlich zu einer „Kampfabstimmung“ in der Synode kam.

Ein aussagekräftiges Beispiel findet sich in einem Dokument vom Juni 1380: damals beschäftigte sich die *Synodos endemusa* unter dem Vorsitz des erst kurz zuvor gewählten Patriarchen Neilos Kerameus mit einem schwierigen Fall, der die so wichtige, aber stets von politischen Streitigkeiten erschütterte russische Kirche betraf. Der Moskauer Großfürst Dmitrij hatte nach dem Tod des Metropoliten Aleksej von Kiev einen eigenen Kandidaten für den vakanten Oberhirten-thron nach Konstantinopel entsandt. Noch unter Patriarch Philotheos Kokkinos war aber 1375 dessen Vertrauter Kyprianos auf Wunsch des litauischen Großfürsten Algirdas zum Metropoliten eines Teiles des Kiever Sprengels ernannt worden, wobei ihm zugesichert worden war, dass er nach dem Tod des Aleksej den gesamten russischen Sprengel übernehmen würde. Die unter Neilos Kerameus versammelte Synode wollte nun diesen früheren Beschluss aufheben und den Kandidaten Moskaus einsetzen (eine russische Quelle deutet an, dass dabei von den Gesandten des Moskauer Großfürsten auch Bestechungsgelder an die hohen kirchlichen Vertreter verteilt wurden)²⁶. Allerdings musste man dazu die eigentlich korrekt beschlossene Regelung, die unter dem hochgeschätzten Patriarchen Philotheos Kokkinos zugunsten seines engen Vertrauten Kyprianos ergangen war, aufheben;

²⁵ Symeon von Thessalonike, *De sacris ordinationibus*, in: *Patrologia Graeca* 155, 404 A. Illustrativ für den Stand der weltlichen Gerichtsbarkeit im 14. Jahrhundert ist: *Otto Kresten*, Ein Indizien-prozess gegen die von Kaiser Andronikos III. Palaiologos eingesetzten katholikoi kritai, in: *Fontes Minores IX* (1993) 299–337.

²⁶ Vgl. dazu *John Meyendorff*, *Byzantium and the Rise of Russia. A Study of Byzantino-Russian Relations in the Fourteenth Century* (New York 1989); *Franz Tinnfeld*, Byzantinisch-russische Kirchenpolitik im 14. Jahrhundert, in: *Byzantinische Zeitschrift* 67 (1974) 359–384; *Dimitri Obolensky*, *A Philorhomaïos Anthropolos*: Metropolitan Cyprian of Kiev and all Russia (1375–1406), in: *Dumbarton Oaks Papers* 32 (1978) 79–98; *Maciej Salamon*, Cyprian (Kyprianos, Kiprian) the Metropolitan of Kiev and Byzantine Policy in East Central Europe, in: *Byzantium and East Central Europe*, hrsg. v. *Günter Prinzing*, *Maciej Salamon* (*Byzantina et Slavica Cracoviensia* 3, Krakau 2001) 221–236 (mit weiterer Literatur); *Johannes Preiser-Kapeller*, „Konfessionswechsel“ als Drohung. Beobachtungen zum Aufstieg des Kyprianos zum Metropoliten von Kiev und Litauen (1375) im Kontext der Politik des Patriarchats von Konstantinopel an Kontaktzonen zur Westkirche im 13. und 14. Jahrhundert, in: *Christian Gastgeber* u. a. (Hrsg.), *1387–1490. A Century in the History of East-Central Europe* (Cluj-Napoca 2009) 277–302.

zudem waren nicht wenige der 1380 in der Synode versammelten Metropoliten schon 1375 am ursprünglichen Beschluss beteiligt gewesen²⁷. Zwar wurde nun behauptet, Kyprianos habe damals sowohl den Patriarchen als auch die Synode aus Machtgier getäuscht und mit unlauteren Mitteln die ihn begünstigende Nachfolgeregelung erwirkt; dennoch war eine solche Aufhebung früherer Beschlüsse kirchenrechtlich höchst bedenklich und schwerlich zu legitimieren. In dieser heiklen Situation wandte man sich an einen der bewährtesten Oberhirten und Synodalbeisitzer der zwei vorangegangenen Jahrzehnte, den Metropolit Theophanes von Nikaia, der (offiziell) aus gesundheitlichen Gründen der Synode ferngeblieben war (aber vielleicht schon durch seine Absenz seine Ablehnung der zu erwartenden Beschlussfassung zum Ausdruck brachte²⁸). Theophanes war ebenso ein enger Vertrauter des Patriarchen Philotheos gewesen, dazu ein hochangesehener Theologe und Kirchenpolitiker. In den letzten Jahren war er zum „Grandseigneur“ und zur führenden Autorität in der Synode geworden; er wurde sogar mit dem Rang (*topos*) der vakanten höchstrangigen Metropolis Kaisareia ausgezeichnet²⁹. Gemäß dem Usus der Synode konnte er nun immer als erster unter den Synodalbeisitzern das Wort ergreifen (dazu siehe auch unten) und hatte den ersten Rang nach dem Patriarchen bei allen kirchlichen Versammlungen und Konsistorien inne³⁰. Hätte Theophanes der Neuregelung der russischen Verhältnisse zugestimmt, wäre diese viel leichter zu legitimieren und wohl auch für so manchen Bedenken-träger in der Synode leichter akzeptabel gewesen. Man entsandte deshalb mehrmals aus mit Theophanes befreundeten Metropoliten und hohen Klerikern bestehende Delegationen zu ihm, um ihn in die Synode vorzuladen; dieser aber wollte die zugunsten des Kyprianos ergangene, korrekt zustande gekommene Regelung nicht aufheben. Ohne eine Zustimmung des Theophanes war eine Beschlussfas-

²⁷ Vgl. dazu ausführlicher: *Johannes Preiser-Kapeller*, Calculating the Synod? A network analysis of the synod and the episcopacy in the Register of the Patriarchate of Constantinople in the years 1379–1390, in: *Christian Gastgeber, Ekaterini Mitsiou, Johannes Preiser-Kapeller* (Hrsg.), Das Patriarchatsregister von Konstantinopel. Eine zentrale Quelle zur Geschichte und Kirche im späten Byzanz (Wien 2013, im Druck); im Folgenden zitiert: *Preiser-Kapeller*, Calculating the Synod.

²⁸ Vgl. dazu auch *Schwedler*, Formen und Inhalte 160–161.

²⁹ Zu seiner Person s. *Erich Trapp*, Die Metropoliten von Nikaia und Nikomedeia in der Palaiologenzeit, in: *Orientalia Christiana Periodica* 35 (1969) 186; *Ioannis D. Polemis*, Theophanes of Nicaea: His Life and Works (Wiener Byzantinistische Studien 20, Wien 1996) 25–30; *Alberto Rigo*, La missione di Teofane di Nicea a Serre presso Giovanni Uglješa, in: *Opuscula. Studi in onore di Mons. Paul Canart per il suo 70 compleanno*, a cura di *L. Perria, S. Lucà* (Rom 1997) 120–126; *Johannes Preiser-Kapeller*, Das Patriarchat von Konstantinopel und das politische und religiöse Umfeld des 14. Jahrhunderts im Spiegel ausgewählter Urkunden des Patriarchatsregisters von Konstantinopel, in: *Ostkirchliche Studien* 58/2 (2009) 231–232.

³⁰ Ein illustratives Beispiel zu Rangordnungsfragen ist *Otto Kresten*, Pyrgion. Peripetien in der kirchlichen Rangordnung einer kleinasiatischen Metropolis, in: *Anzeiger der phil.-hist. Klasse d. Öster. Akad. d. Wissenschaften* 138 (2003) 5–81. Vgl. z. B. auch zur Bedeutung der Rede-, Rang- und Sitzordnung im päpstlichen Konsistorium *Hack*, Zeremoniell und Inszenierung 64–66, sowie für die spätmittelalterlichen Konzilien: *Johannes Helmuth*, Rangstreite auf Generalkonzilien als Verfahren, in: *Vormoderne politische Verfahren*, hrsg. v. *Barbara Stollberg-Rilinger* (Berlin 2001) 139–173.

sung im Sinne Moskaus gegen Kyprianos offenbar unter den Synodalbeisitzern nicht durchzusetzen; „viele Worte wurden in der Synode gewechselt“, wie wir lesen. Schließlich aber machte Theophanes den Weg für eine Aufhebung der Urkunde von 1375 frei, ohne seine inhaltliche Position aufzugeben; wir lesen seine Stellungnahme in der betreffenden Urkunde:

Er aber sagte: „Ich glaube, dass der Entschluss unangefochten sei; deshalb will ich auch nicht über die vorliegende Person ein Votum (*gnome*) abgeben aus gewissen Gründen, die mir begründet scheinen; ich sondere mich aber auch nicht von der Synode ab, sondern, weil die Kanones besagen, dass der Beschluss der Mehrheit siegt, möge die (Bestimmung) des Kanons Gültigkeit haben; bezüglich der Synodalpraxis [von 1375] aber“, sagte er, „hielt und halte ich sie zwar für kanonisch. Weil aber die Oberhirten, die diese mit mir erstellt haben, alle zusammen beschließen, dass sie ungesetzlich und unkanonisch sei, widerspreche auch ich selbst nicht“³¹.

Theophanes verzichtete also darauf, in der Synode seine Position in einer regelrechten Abstimmung in die Waagschale zu werfen oder seine *gnome* schriftlich oder durch einen Mittelsmann zu übermitteln (wie es möglich gewesen wäre, wie wir aus vielen anderen Beispielen wissen). Gleichzeitig verwies er auf die Kanones über den Mehrheitsbeschluss, um sich einerseits selbst trotz abweichender Meinung nicht in permanenten Gegensatz zur Synode zu setzen, und andererseits, um den in der Synode versammelten Oberhirten zu ermöglichen, seine Position zu akzeptieren, ohne sie bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen zu müssen. Zu einer Abstimmung über die beiden Optionen – Beibehaltung der Regelung von 1375 oder Aufhebung und Einsetzung des Kandidaten Moskaus – kam es gar nicht, vielmehr gelangten die Synodalbeisitzer nach der Überbringung der Erklärung des Theophanes zu einem Konsens – wir lesen: „weil es auch niemanden gab, der widersprach“³² – zugunsten Moskaus.

Tatsächlich also ermöglichten die Bestimmungen zum Mehrheitsentscheid im Jahr 1380 eine Beschlussfassung – jedoch in anderer Art und Weise, als man es vielleicht erwartet hätte. Dass sich in Konstantinopel anwesende Metropoliteneines Votums enthielten, um eine sonst von der überwältigenden Mehrheit der anderen Beisitzer gefällte Entscheidung nicht mitzutragen, beobachten wir auch in anderen Fällen. Dem im September 1350 durch neun Metropoliten ergangenen Freispruch des Athosmönches Niphon vom Vorwurf der Häresie schlossen sich zwei ebenfalls schon im September anwesende Metropoliten erst im Januar 1351 nach dem Einlangen weiterer Zeugenaussagen an³³. Von einer Abstimmung, bei

³¹ PRK V, Nr. 432, 143–167; MM II, 16, Nr. 337; *Darrouzès*, Reg. 2705 (Stellungnahme des Theophanes von Nikaia): „ὁ δὲ ἀβίαςτόν τι τὴν γνώμην“, εἶπεν, „εἶναι νομίζω, διὰ τοῦτο καὶ περὶ μὲν τοῦ προκειμένου προσώπου οὐ βούλομαι δοῦναι γνώμην δι’ αἰτίας τινὰς ἐμοὶ δοκούσας εὐλόγους, οὐ μὴν δὲ καὶ ἀποσχίζομαι τῆς συνόδου, ἀλλὰ τῶν κανόνων λεγόντων, τὴν τῶν πλειόνων ψήφον νικᾶν, γενέσθω τὸ τοῦ κανόνος, περὶ δὲ τῆς συνοδικῆς πράξεως ἐγὼ μὲν, φησί, κανονικὴν αὐτὴν ἐνόμιζον καὶ νομίζω. ἐπειδὴ δὲ οἱ σὺν ἐμοὶ ταύτην πεπραχότες ἀρχιερεῖς ὁμοῦ πάντες ἄθεσμον αὐτὴν καὶ ἀκανόνιστον εἶναι ψηφίζονται, οὐδὲ αὐτὸς ἀντιλέγω“.

³² PRK V, Nr. 432, 168; MM II, 16, Nr. 337.

³³ PRK III, Nr. 178, 20–30 (Freispruch des Niphon) und Nr. 179, 30–32 (späterer Beitritt der Metropoliten Makarios von Philadelpheia und Georgios von Pegai und Parion zum Freispruch); *Darrouzès*, Reg. 2317, 2322.

der diese zwei Oberhirten unterlegen wären, erfahren wir nichts; sie enthielten sich einfach des Votums und unterzeichneten auch nicht den ursprünglichen Freispruch, sondern erst das Dokument mit dem Vermerk der zusätzlichen Aussagen im Januar 1351.

Sanktionen gab es aber gegen Oberhirten, die ein von der Synode gefälltes Urteil regelrecht unterliefen: im Dezember 1315 maßregelten Patriarch Ioannes XIII. Glykys und die aus 15 Metropolitane bestehende Synode den Erzbischof von Kios, weil er den wegen verschiedener Vergehen durch die Synode (wohl in seinem Beisein) des Priesteramtes enthobenen Priester Hyaleas „der Verzeihung für würdig gehalten“ und „verziehen“ hatte, „wo er es nicht hätte tun dürfen“³⁴.

Konsensherstellung durch Stimmabgabe

Wie aber gaben nun die Synodalbeisitzer ihre *gnomai*, ihre Stellungnahmen ab, wenn es tatsächlich zu einer Diskussion in der Synode kam? Eines der seltenen aussagekräftigen Dokumente in dieser Hinsicht behandelt einen Fall synodaler Uneinigkeit aus dem zweiten Patriarchat des Kallistos I.³⁵ Im Jahr 1361 kam es zu einem Versuch aus den Reihen des Episkopats, die Position des umstrittenen Patriarchen zum Wanken zu bringen; dabei bedienten sich seine Gegner verschiedener Vergehen im Bereich des Eherechts und anderer Verfehlungen, die der Patriarch angeblich zu wenig streng geahndet habe. Heftige Diskussionen entbrannten; in der entsprechenden Urkunde im Patriarchatsregister heißt es:

„Es sind vor kurzem Streitfälle (*skandala*) über die Kirche Gottes hereingebrochen – von wem (ausgehend) sie auch immer hereingebrochen sind – und haben die geistliche Eintracht ihres Körpers in große Aufruhr versetzt, wie es nicht hätte geschehen sollen.“³⁶

Obwohl hier wie so oft eine verschleiende Formulierung die Identität der Urheber dieser Dispute nicht enthüllt³⁷, kann die Opposition gegen den Patriarchen teilweise identifiziert werden: sie stand unter der Führung des Metropoliten (Iakobos) von Chalkedon und des designierten Metropoliten von Thessalonike, Neilos Kabasilas³⁸. Sie überreichten Patriarch Kallistos I. „eine Liste (*katastichon*) (...), die nach Kapiteln geordnet die verschiedentlich jetzt und früher gegen jedes Wissen der Kirche zustande gekommenen“ unrechtmäßigen Eheschließungen „sowie auch andere Punkte als angeblich kanonische Fragen beinhaltet, und baten um

³⁴ PRK I, Nr. 25, 242, 28–244, 38; Darrouzès, Reg. 2052.

³⁵ PRK III, 492–514 mit Erläuterung, Nr. 257, bes. Z. 72–144; Darrouzès, Reg. 2432.

³⁶ PRK III, Nr. 257, 496, 12–498, 14 und 497–499 (Übersetzung); Darrouzès, Reg. 2432.

³⁷ Dazu Herbert Hunger, Zur scheinbaren Nonchalance der Kanzleisprache des Patriarchatsregisters. Verschleierung, Absicherung und Ironie in Urkunden des Patriarchats von Konstantinopel, in: Herbert Hunger, Otto Kresten (Hrsg.), Studien zum Patriarchatsregister von Konstantinopel II (Sitzungsberichte d. Österr. Akad. d. Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 647, Wien 1997) 11–43, bes. 19–20; im Folgenden zitiert Hunger, Zur scheinbaren Nonchalance der Kanzleisprache.

³⁸ Zu den beiden Oberhirten vgl. PLP Nr. 7899 und Nr. 10102; Preiser-Kapeller, Episkopat 74 und 447.

Behebung dieser (Missstände)³⁹. Deshalb rief der Patriarch, wiewohl er, wie die Urkunde betont, ohnehin diesen Missständen die gebührende Beachtung geschenkt hätte, „um der schönsten Sache des Friedens willen“ und wegen einer Anordnung des Kaisers Johannes V. Palaiologos, der ebenfalls in die Sache involviert worden war, die Synode ein „und befahl, die erwähnte Liste, die beinhaltete, was sie eben beinhaltete, vor ihnen allen zu verlesen“. Bezeichnenderweise wurde der genaue Wortlaut dieser Liste nicht in die im Patriarchatsregister erhaltene Urkunde aufgenommen, obwohl dies in ähnlichen Fällen durchaus üblich war⁴⁰.

„Als diese (Liste) nun (...) nicht nur einmal, sondern zwei- und dreimal verlesen wurde“, wobei alle in der Hauptstadt befindlichen Metropolitane sowie der Patriarch von Jerusalem, (interessanterweise) nicht aber der Metropolit von Chalkedon Beisitzer waren, „wurde befunden, dass diese vorgelegte Liste überflüssig sei und lediglich Verwirrung stifte“, da ohnehin alle darin monierten Punkte von Seiten des Patriarchen und der kirchlichen Gerichtsbarkeit ausreichend behandelt worden wären⁴¹. Doch da nun der Metropolit von Chalkedon und der designierte Metropolit von Thessalonike, dazu auch der Metropolit (Eusebios) von Sugdaia (auf der Krim)⁴² „eine umfassendere Korrektur sowie ein härtere Bestrafung“ der in der Liste angeführten Vergehen „forderten und verlangten und sich daher dem besagten Synodalbeschluss (*synodike diagnosis*), dem gemeinsamen Votum (*koine psephos*) und der Einstimmigkeit (*homonoia*) nicht anschlossen und es (infolgedessen) zu einer synodalen Untersuchung darüber kam, wie die in der gegenständlichen Liste enthaltenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen (...) seien, wurden in gemeinsamer (Beratung) bei dieser Sitzung auch die Stellungnahmen (*gnomai*) der erwähnten heiligsten Erzpriester zur zukünftigen Sicherung eingetragen“⁴³. Da die vollkommene *homonoia* nicht erreicht wurde, rief man also die Synodalbeisitzer dazu auf, ihre Stellungnahmen zu der vom Metropoliten von Chalkedon und vom Designatus von Thessalonike erhobenen Forderung nach nochmaliger, strengerer Prüfung der durch den Patriarchen bereits behandelten Vorfälle abzugeben. Die Abgabe der *gnomai* erfolgte gemäß der in den kirchlichen Rangordnungen festgelegten hierarchischen Reihenfolge der einzelnen Bischofsitze⁴⁴.

Von den zwölf anwesenden Metropoliten ergriff demnach als erster der Metropolit von Herakleia in Thrakien das Wort; er schloss sich der Position des Patriarchen an, sowohl bezüglich der Behandlung der ungesetzlichen Eheschließung als

³⁹ PRK III, Nr. 257, 498, 28–34 und 499 (Übersetzung).

⁴⁰ Vgl. auch *Hunger*, Zur scheinbaren Nonchalance der Kanzleisprache 19–20.

⁴¹ PRK III, Nr. 257, 500, 45–62 und 501 (Übersetzung).

⁴² Zu ihm vgl. PLP Nr. 6329; *Preiser-Kapeller*, Episkopat 430.

⁴³ PRK III, Nr. 257, 500, 63–71 und 501 (Übersetzung).

⁴⁴ Vgl. auch *Gerd Althoff*, Colloquium familiare – colloquium secretum – colloquium publicum. Beratung im politischen Leben des frühen Mittelalters u. *ders.*, Ungeschriebene Gesetze. Wie funktioniert Herrschaft ohne schriftlich fixierte Normen, in: *ders.*, Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde (Darmstadt 1997) 157–184 u. 282–304, zur Herstellung von Konsens und der Bedeutung von Rangstellungen in solchen Beratungen.

auch hinsichtlich der „zugunsten des Priesters Machetarios (der offenbar ebenfalls wegen der Durchführung einer unkanonischen Eheschließung angeklagt worden war⁴⁵) ergangenen Verzeihung“⁴⁶; dieses milde Urteil gegen Machetarios war den Verfassern des *katastichon* ungehörig erschienen.

Als zweiter sprach der Metropolit von Kyzikos, der sich ebenfalls der Meinung des Patriarchen anschloss. Auch der Metropolit von Pontoherakleia hielt fest: „Ich stimme in allen Punkten völlig der Ansicht des Herrn (Metropolitanen) von Herakleia zu“; ebenso übernahm der Metropolit von Bizye die Position des Patriarchen⁴⁷. Als fünfter sprach der Metropolit von Brysis; er vertrat hinsichtlich der Ehrechtsfälle die gleiche Position wie die anderen Metropoliten, ergänzte aber:

„Ich schließe mich auch der aus Mitleid zugunsten des Priesters Machetarios ergangenen Verzeihungsurkunde der Synode an, jedoch soll er in der weithin berühmten Kirche der Weisheit des Wortes Gottes (= die Hagia Sophia) nicht als Priester zelebrieren oder sonst irgendeine priesterliche Handlung vollführen – was auch alle Erzpriester, die weiter oben Stellung nahmen, (nachträglich) akzeptiert haben.“⁴⁸

In diesem einen Punkt modifizierte also der Metropolit von Brysis den bislang erreichten Konsens in Richtung einer schärferen Maßnahme gegen den Priester Machetarios, eine Ergänzung, über die offenbar die vorher befragten Metropoliten nochmals um eine Stellungnahme gebeten wurden und die sie allesamt annahmen. Dieser modifizierten *communis opinio* schlossen sich auch die zwei folgenden Redner an; der Metropolit von Christianupolis hielt fest, er folge den Meinungen der Vorredner, auch bezüglich des Priesters Machetarios „mit der Einschränkung, die der Herr (Metropolit) von Brysis in seiner Stellungnahme ausdrückte“, und der als siebenter gereichte Metropolit von Keltzene sagte: „Ich stimme mit dem Herrn (Metropolitanen) von Brysis völlig überein und schließe mich seiner Stellungnahme gegen die unerlaubten Eheschließungen (zwischen Verwandten) an, aber auch dem bezüglich des Priesters Machetarios (Vorgebrachten).“⁴⁹ Erst jetzt, nachdem sich bereits sieben von zwölf Synodalbeisitzern für die Ablehnung der Forderungen der eingebrachten Liste ausgesprochen hatten, kam der erste Gegner der patriarchalen Position zu Wort; Metropolit (Eusebios) von Sugdaia sagte: „Ich nehme die göttlichen und heiligen Kanones an, die sich dagegen wenden, und sonst nichts.“⁵⁰ Eusebios zog sich auf eine ablehnende, aber leicht zu verteidigende Position zurück; er schloss sich nicht der Meinung seiner Vorredner an, verwarf sie aber auch nicht explizit. Indem er aber die kanonische Überlieferung als einzig gültige Richtschnur für die Behandlung solcher Vorfälle anerkannte, implizierte er die Ungehörigkeit der bei diesen Fällen vom Patriar-

⁴⁵ Zu Machetarios vgl. PLP Nr. 17534 und *Christof R. Kraus*, Kleriker im späten Byzanz. Anagnosten, Hypodiakone, Diakone und Priester 1261–1453 (Mainzer Veröffentlichungen zur Byzantinistik 9, Wiesbaden 2007) 342 und 347; im Folgenden zitiert: *Kraus*, Kleriker.

⁴⁶ PRK III, Nr. 257, 502, 72–79 und 503 (Übersetzung).

⁴⁷ PRK III, Nr. 257, 502, 80–99 und 503 (Übersetzung).

⁴⁸ PRK III, Nr. 257, 504, 99–111 und 505 (Übersetzung).

⁴⁹ PRK III, Nr. 257, 504, 112–126 und 505 (Übersetzung).

⁵⁰ PRK III, Nr. 257, 506, 127–128 und 507 (Übersetzung).

chen praktizierten *Oikonomia* – das heißt jenes göttlich inspirierten „Geist der Nachsicht (l'esprit d'indulgence)“, wie es J. Hajjar formulierte, der die Aufhebung der strikten Befolgung der kanonischen Regeln ermöglichte⁵¹.

Doch schon der folgende Metropolit von Rhosion erklärte: „Ich schließe mich uneingeschränkt den obigen Stellungnahmen meiner Brüder, der Erzpriester, gegen die unerlaubten Eheschließungen (zwischen Verwandten), aber auch zugunsten des Priesters Machetarios an.“ Auch der Metropolit von Medeia und der Metropolit von Hexamilion schlossen sich der überwältigenden Mehrheit der bisherigen Redner an⁵².

Als designierter, noch nicht geweihter Metropolit stand Neilos von Thessalonike, einer der Verfasser der strittigen Forderungsliste, ganz am Schluss der hierarchischen Reihenfolge; seine Stellungnahme fiel kurz aus:

„Die die Vierehen und die übrigen unerlaubten Eheschließungen (zwischen Verwandten) betreffenden (Fälle) sind, wie ihr sagt, was die Seele und den Geist betrifft, in der Kirche Gottes geahndet worden; es fehlt aber noch deren körperliche Ahndung zum Zweck der umfassenderen Maßregelung und der Beseitigung dieser (Missstände).“⁵³

Auch der Metropolit von Thessalonike erkannte also die Stellungnahmen seiner Vorredner („wie ihr sagt“) an, forderte aber zumindest zusätzliche Strafmaßnahmen (was wohl einer der Punkte auf besagter Liste gewesen war). Im Gegensatz zur Ergänzung des Metropoliten von Brysis schlossen sich die vorher befragten Metropoliten dieser Forderung des Neilos nach strengerer Ahndung der fraglichen Vorfälle aber nicht an; der von annähernd allen Synodalbeisitzern geäußerte Konsens wurde nicht mehr modifiziert.

Der ebenfalls anwesende Patriarch von Jerusalem stand nicht in der hierarchischen Rangordnung des Sprengels von Konstantinopel; dennoch besaß seine Stellungnahme – aufgrund seiner hohen Position innerhalb der Gesamtkirche – besonders bekräftigende Wirkung für den erreichten Konsens, dem er sich anschloss, mit einer Ausnahme: der Ergänzung bezüglich der Strafbestimmungen gegen den Priester Machetarios. Der Patriarch von Jerusalem erklärte: „Es ist nicht Recht, jetzt außer Kraft zu setzen, was die Synode gemeinsam mit dem (...) Patriarchen vor kurzem anerkannt hat, sondern die zuvor ergangene Urkunde betreffend den Freispruch des Priesters Machetarios soll gänzlich (in der Form) angenommen werden, wie auch die Erzpriester diesbezüglich entschieden.“⁵⁴

Auch in dem einzigen Punkt, in dem sich die Forderung nach einer Modifikation bereits ergangener Urteile durchgesetzt hatte, wollte der Patriarch von Jerusalem (vermutlich in Absprache mit seinem Konstantinopler Kollegen) keine Änderung akzeptieren, um der Opposition keinerlei Angriffspunkte zu gewähren. Die bereits von fast allen Metropoliten anerkannte Erweiterung der Strafbestim-

⁵¹ Vgl. zur *Oikonomia* im PRK auch *Hunger*, Zum Stil und zur Sprache des Patriarchatsregisters 45.

⁵² PRK III, Nr. 257, 506, 129–139 und 507 (Übersetzung).

⁵³ PRK III, Nr. 257, 506, 140–144 und 507 (Übersetzung).

⁵⁴ PRK III, Nr. 257, 506, 145–508, 161 und 507–509 (Übersetzung).

mungen gegen Machetarios musste also wieder rückgängig gemacht werden; man griff zu einer Inszenierung: der Priester Machetarios erschien in der Synode, warf sich vor den Metropolitenern nieder und bat um Gnade. In der Urkunde heißt es: „er wurde daraufhin von ihnen des Segens und der Verzeihung für würdig befunden, mit Ausnahme allerdings des heiligsten Metropoliten von Sugdaia.“⁵⁵ Mittels dieses rituellen Aufwands wurde es den eigentlich einmütigen Synodalen ermöglicht, ohne Gesichtsverlust die getroffene Entscheidung zu revidieren, indem sie dem christlichen Ideal der Vergebung entsprachen und sich erneut in „oikonomia“ übten. Nur der Metropolit von Sugdaia, der als einziger schon vorher alle in diesem Geist gegen die strengen Bestimmungen der Kanones erfolgten Regelungen ablehnte, verweigerte sich der Inszenierung.

Zuletzt wurde die Stellungnahme des Patriarchen Kallistos I., der sich ja bereits durchgesetzt hatte, registriert: er bekräftigte seine frühere Position und schilderte ausführlich seine Bemühungen um die Erhaltung der kirchlichen Disziplin, besonders auch im Hinblick auf Eheschließungen. Dann fasste er die bisherigen Stellungnahmen der überwältigenden Mehrheit der Synodalbeisitzer zusammen und erklärte: „Diesen (Stellungnahmen) stimmt auch unsere Bescheidenheit völlig zu und hat bereits die vorliegende Entscheidung gefällt; weiters bleibt sie bei der von ihr gemeinsam mit der Synode aus Mitleid gewährten Verzeihung für den Priester Machetarios. Möge Gott von oben seiner Kirche in allem Frieden und geistliche Eintracht schenken, wenn alle Ärgernisse beseitigt sind, wofür wir stets beten.“⁵⁶

Auch hier kommt es zu keiner regelrechten Abstimmung; die Kanones zum Mehrheitsbeschluss etwa werden im Dokument gar nicht erwähnt. Es handelte sich um eine Bekräftigung der Position des Patriarchen, die durch die öffentliche Abgabe der Stellungnahmen als Konsens der überwiegenden Mehrheit der Synode verdeutlicht wurde; die Synodalsitzung diente der (in diesem Fall nicht ganz friktionsfreien) „Inszenierung von Einmütigkeit“⁵⁷. Die Opposition war schon vorher zurückgewichen: Der Metropolit von Chalkedon war bei der Synodalsitzung gar nicht anwesend; er hätte aufgrund seines hierarchischen Ranges als dritter Metropolit das Wort ergreifen dürfen. Eine solche Position hätte vielleicht

⁵⁵ PRK III, Nr. 257, 508, 161–165 und 509 (Übersetzung).

⁵⁶ PRK III, Nr. 257, 508, 166–514, 244 und 509–515 (Übersetzung).

⁵⁷ Vgl. für ähnliche Phänomene auf den westlichen Konzilien des 15. Jahrhunderts: *Jürgen Dendorfer*, Inszenierung von Entscheidungsfindung auf den Konzilien des 15. Jahrhunderts. Zum Zeremoniell der *sessio generalis* auf dem Basler Konzil, in: *Jörg Peltzer, Gerald Schwedler, Paul Töbelmann* (Hrsg.), Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 27, Ostfildern 2009) 37–53, sowie *Johannes Helmuth*, Das Basler Konzil 1431–1449: Forschungsstand und Probleme (Kölner historische Abhandlungen 32, Köln 1987), *ders.*, Kommunikation auf den spätmittelalterlichen Konzilien, in: Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. v. *Hans Pohl* (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte 87, Stuttgart 1989) 116–172, sein Beitrag im vorliegenden Band sowie die einschlägigen Beiträge in: *Heribert Müller, Johannes Helmuth* (Hrsg.), Die Konzilien von Pisa (1409), Konstanz (1414–1418) und Basel (1431–1449). Institution und Personen (Vorträge und Forschungen 67, Stuttgart 2007).

im Fall einer tatsächlichen „Kampfabstimmung“ einiges Gewicht bei der Meinungsbildung der nachfolgenden Synodalbeisitzer besessen. In diesem Fall aber hatte Iakobos von Chalkedon wohl erkannt, dass sich seine Forderungen nicht durchgesetzt hatten und ihm in der Synode nichts anderes übrig geblieben wäre als entweder wie der Metropolit von Sugdaïa mit seiner Meinung allein zu bleiben oder wie Neilos von Thessalonike sich den Stellungnahmen der übrigen Metropoliten weitgehend anzuschließen (der nochmaligen Verzeihung für den Priester Machetarios schlossen sich alle Oberhirten mit Ausnahme des Metropoliten von Sugdaïa an, der designierte Metropolit von Thessalonike also offenbar auch); die Absenz bot dem Metropolit von Chalkedon aber auch die Möglichkeit, (ähnlich wie Theophanes von Nikaia im oben geschilderten Fall) ohne weiteren „Gesichtsverlust“ die auf der Synodalsitzung zu erwartende Beschlussfassung nicht mitzutragen⁵⁸.

Das in diesem Fall in der Synode selbst angewandte Verfahren gleicht dem Entscheidungsprozess bei den Massai, den Egon Flaig einmal als Beispiel anführte: „The elders do not vote, but rather depend on the fact that, after everly elder with an opinion has spoken, a consensus will become obvious.“ Wie Flaig angibt, „ähnelte diese Verfahren auch der Abgabe der *sententia* im römischen Senat“⁵⁹. Deutlich wird auch in der Synode: „Die Herstellung von Einmütigkeit erfordert einen hohen Aufwand an konsensualistischer Rhetorik und vor allem an Zeit.“⁶⁰

Dass dieses *Procedere* nicht die Ausnahme war, sondern offenbar häufiger praktiziert wurde, bestätigt eine Urkunde vom Mai 1401, in der geschildert wird, dass „gemäß der Gewohnheit“ (*kata to ethos*) der Megas Chartophylax eine Befragung der in der Synode anwesenden vier Metropoliten – wieder in ihrer hierarchischen Reihenfolge – durchführte; die Stellungnahmen der Oberhirten wurden erneut in dieser Reihenfolge protokolliert. Der zu behandelnde Fall ähnelt dem des Priesters Machetarios; der Priester Gabras hatte, von einem gewissen, den adeligen Kreisen der Hauptstadt zuzuordnenden Kantakuzenos Phakrases getäuscht, eine verbotene vierte Eheschließung (*tetragamia*) vollzogen. Wieder im Zeichen der *oikonomia* verhängte der Patriarch (Matthaios I.) über den gutgläubigen Priester ein mildes (vorläufiges) Urteil, das ebenso durch die Stellungnahmen aller vier Metropoliten bekräftigt wurde⁶¹.

⁵⁸ Vgl. dazu auch Schwedler, Formen und Inhalte 157 und 160–161.

⁵⁹ Egon Flaig, Das Konsensprinzip im Homerischen Olymp. Überlegungen zum göttlichen Entscheidungsprozeß Ilias 4.1–72, in: Hermes 122/1 (1994) 13–31, dort 14, A. 3; im Folgenden zitiert: Flaig, Das Konsensprinzip. Zur Entscheidungsfindung in der römischen Republik vgl. auch Egon Flaig, Ritualisierte Politik. Zeichen, Gesten und Herrschaft im Alten Rom (Historische Semantik 1, Göttingen 2004), bes. 155–260, sowie die einschlägigen Beiträge im vorliegenden Band.

⁶⁰ Flaig, Das Konsensprinzip 25.

⁶¹ MM II, 489–490, Nr. 643; Darrouzès, Reg. 3207. Anwesend waren die Metropoliten von Kyzikos, Gangra, Seberinon und Medeia. Gleichzeitig wäre das für eine Absetzung des Priesters notwendige Quorum von sechs Bischöfen nicht vorhanden gewesen. Zu Gabras und Kantakuzenos Phakrases vgl. PLP Nr. 3338 und Nr. 29582, sowie Kraus, Kleriker 353–354, und Christof R. Kraus, Das Verfahren zur Absetzung von Priestern und Diakonen in der spätbyzantinischen Epoche, in: Österreichisches Archiv für Recht und Religion 52 (2005) 263–277, hier 271.

Die Bischofswahl als tatsächlicher Abstimmungsprozess

Man mag nun fragen, wann es in der Synode überhaupt zu einer regelrechten Abstimmung mit Stimmzählung, bei der ein Mehrheitsentscheid schlagend werden konnte, kam. Greifbar ist ein solches Verfahren eigentlich nur in dem Fall, für den auch die Kanones den Mehrheitsentscheid ursprünglich vorsahen: bei der Bischofswahl, dem Akt der „Selbstreproduktion der kirchlichen Spitze“⁶².

Der in der frühbyzantinischen Zeit noch bedeutende Einfluss des Kirchenvolkes eines Bistums auf die Nominierung und Wahl eines Kandidaten war im Laufe der Jahrhunderte zurückgedrängt und die Bischofswahl allein für die Metropolitansynode bzw. bei Metropolit und Erzbischofen für die *Synodos endemusa* reserviert worden; als etwa im Jahr 1400 Klerus und Volk der Stadt Anchialos in Thrakien ein Ersuchen an den Patriarchen Matthaios I. richteten, den Priestermonch Isidoros zu ihrem Erzbischof zu weihen, lud der Patriarch zwar in seinem Antwortschreiben den Isidoros zur kanonischen Prüfung nach Konstantinopel, legte aber auch dar, dass seine solche Praxis „gegen die Ordnung der Kirche Christi und die göttlichen und heiligen Kanones“ sei⁶³. Dafür erklärte der Patriarch in diesem Schreiben, wie eine solche Wahl ordnungsgemäß ablaufen sollte⁶⁴. Ein paralleles Zeugnis bietet Metropolit Symeon von Thessalonike in seiner Schrift über die heiligen Handlungen (siehe dazu auch Abbildung 1): Nach der Eröffnung der Sitzung verließ der Metropolit oder der Patriarch die Synode, während die Oberhirten Kandidatenvorschläge prüften und durch mündliche und schriftliche Zeugnisse die Eignung der Kandidaten zu verifizieren versuchten; den Patriarchen (oder Metropolit) vertrat der Chartophylax, der Vorsteher der patriarchalen (oder bischöflichen) Kanzlei, der aber selbst kein Stimmrecht hatte. Die Abgabe der Stimmen erfolgte wieder nach der Rangordnung der Synodalbeisitzer (*kata taxin*) unter Befragung durch den Chartophylax, der die Voten protokollierte. Bei Einstimmigkeit galt die Wahl als *pneumatikon ergon*, das durch Eingabe des Heiligen Geistes vollzogen worden war. Wurde keine Einstimmigkeit erreicht, dann war die Zahl der Stimmen ausschlaggebend, wobei vom Chartophylax die Namen jener drei Kandidaten verzeichnet wurden, welche die meisten Stimmen erhalten hatten und zwar in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmenzahl ohne Rücksicht auf ihren Rang. Diese Dreierliste wurde durch den Chartophylax dem Metropoliten (oder dem Patriarchen) vorgelegt, der dann einen Kandidaten auswählte, dabei aber nicht an die Reihung nach der Stimmenanzahl gebunden war (er wählt „wen

⁶² Für dieser Formulierung vgl. Hack, Zeremoniell und Inszenierung 57 (im Bezug auf das päpstliche Konsistorium und die Kreation neuer Kardinäle).

⁶³ MM II 345–347 (Nr. 548); Darrouzès, Reg. 3105; zu Isidoros vgl. PLP Nr. 8298. Zur Entwicklung der Bischofswahl in Byzanz siehe auch Claudia Rapp, *Holy Bishops in Late Antiquity. The Nature of Christian Leadership in an Age of Transition* (Berkeley, Los Angeles, London 2005; für die Frühzeit) und Preiser-Kapeller, Episkopat X–XII und XXI–XXXIV (mit weiterer Literatur).

⁶⁴ MM II 346 (Nr. 548); Darrouzès, Reg. 3105.

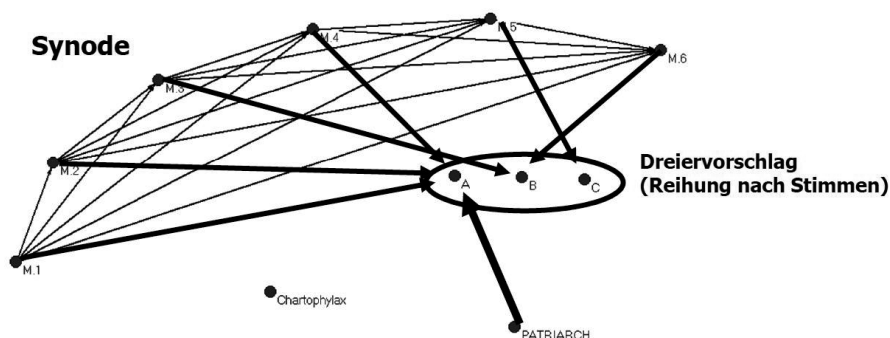


Abbildung 1: Modell der Bischofswahl in der spätbyzantinischen Synode (erstellt mit der Software Pajek).

auch immer er will“, heißt es im Schreiben des Patriarchen Matthaïos I.⁶⁵). Der große Kirchenrechtler Nikodim Milaš führte dazu aus: „Die Entscheidung des Metropoliten [bzw. Patriarchen] wurde als göttliches Los angesehen, gleich demjenigen, durch welches der Apostel Matthias gewählt wurde. Nahm der Gewählte das Bistum nicht an, so wurde der zweite berufen.“⁶⁶

Wählte also die Synode nicht einstimmig, sah das Verfahren zwar eine Reihung der Kandidaten nach Stimmenanzahl, aber wiederum keine direkte Kampfabstimmung zwischen den verschiedenen Vorschlägen vor, sondern die Erstellung eines Dreivorschlages, aus dem dann der Metropolit oder Patriarch – idealerweise vom Heiligen Geist inspiriert – seine Wahl traf. Ein unmittelbares Messen der Kräfte innerhalb der Synode wird erneut vermieden. Ein solcher Wahlmodus scheint durchaus auch aus Sicht der modernen „Social Choice Theory“ (dt. „Sozialwahltheorie“) sinnvoll, die versucht, Verfahren für kollektive Entscheidungsprozesse mit mathematischen und spieltheoretischen Modellen zu analysieren; schon frühe Arbeiten, etwa des Nobelpreisträgers Kenneth Arrow in den 1950er und 60er Jahren, machten deutlich, dass gängige Abstimmungsverfahren nach dem Mehrheitsprinzip keineswegs gewährleisten, dass die individuellen Präferenzen innerhalb einer Gruppe in angemessener Weise in der Entscheidung berücksichtigt werden⁶⁷. In einem Dreivorschlag konnten mehr Präferenzen der einzelnen

⁶⁵ MM II 346 (Nr. 548).

⁶⁶ Symeon von Thessalonike, *Patrologia Graeca* 155, 401 D-404 A; vgl. auch Milaš, Kirchenrecht 360–361. Zum Wahlverfahren in der lateinischen Kirche vgl. als Überblick Bernard Guilleman, Der Aufbau und die Institutionen der römischen Kirchen, in: Michel Molat du Jourdin, André Vauchez, Bernhard Schimmelpfennig (Hrsg.), Die Geschichte des Christentums 6: Die Zeit der Zerreißproben (1274–1449) (Freiburg 1991) 31–50.

⁶⁷ Wulf Gaertner, A Primer in Social Choice Theory (Revised Edition, Oxford 2009) 19–35 (zu Arrows „Unmöglichkeitstheorem“) und 85–88 sowie 111–114 (zum „Condorcet-Paradoxon“).

Synodalbeisitzern hinsichtlich der Kandidaten berücksichtigt werden als bei einer reinen Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip; diese hätte zudem noch den hierarchisch erstgereihten Synodalen die Gelegenheit gegeben, frühzeitig eine relative Stimmenmehrheit für einen Kandidaten zu erwirken, die gleichzeitig auf die nachfolgenden Voten eine Signalwirkung ausüben und zur Wahl eines Kandidaten führen konnte, der ursprünglich gar keine absolute Mehrheit auf sich hätte vereinigen können⁶⁸. Es ist aber wiederum zu fragen, ob der Metropolit oder Patriarch die Reihung des Dreivorschlags tatsächlich völlig ignorieren und etwa einen drittgereihten Kandidaten erwählen konnte, der vielleicht nur einen Bruchteil der Stimmen eines mit absoluter Stimmenmehrheit erstgereihten Kandidaten erreicht hatte?

Wie die Bischofswahlen in der Praxis abliefen, können wir erneut nur schwer rekonstruieren. Im Patriarchatsregister wird fast immer nur das Endergebnis solcher Wahlprozesse referiert: die Ernennung und Weihe des siegreichen Kandidaten⁶⁹. Ein für die spätbyzantinische Zeit beinahe einzigartiges Zeugnis besitzen wir aber für 13 Bischofswahlen im russischen Metropoliten Sprengel, die zwischen Mai 1328 und August 1347 unter Metropolit Theognostos von Kiev erfolgten. In einer vatikanischen Handschrift des 14. Jahrhunderts (Vat. gr. 840, ff. 9^v-10) sind diese 13 Notizen von verschiedenen Händen in griechischer Sprache erhalten, die vermutlich Kopien aus dem unter Metropolit Theognostos erstellten Register (*Rotulus*) der Bischofswahlen und -weihen darstellen⁷⁰. Eingetragen wurden in der Regel 1. das Datum, 2. der Bischofssitz, für den die Wahl durchgeführt wurde, 3. die Namen und Sitze jener Bischöfe, die neben dem Metropoliten bei der Wahl und Weihe persönlich anwesend waren; dies war manchmal nur die kanonisch vorgeschriebene Mindestzahl von zwei Bischöfen⁷¹, wobei aber formelhaft festgestellt wurde, dass auch die übrigen, abwesenden Bischöfe des russischen Sprengels ihre Zustimmung zur Wahl äußerten, 4. die Namen der „drei würdigen Personen“, die „gemäß der kanonischen Regelung“ die Stimmen der Synodalbeisitzer erhielten (also der dem Metropoliten vorgelegte Dreivorschlag) und 5. schließlich der Name jenes der drei Kandidaten, der (vom Metropoliten) ausgewählt und von allen anwesenden Hierarchen zum Bischof geweiht wurde⁷².

Die folgende chronologische Übersicht verzeichnet die Namen und den kirchlichen Rang der aufgelisteten Personen (in der Reihenfolge, in der sie in der Quelle genannt sind), wobei der siegreiche Kandidat mit Fettschrift gekennzeichnet ist:

⁶⁸ Vgl. für ähnliche Phänomene bei Wahlen des römisch-deutschen Königs aufgrund der Stimmentabfolge *Schwedler*, Formen und Inhalte 172-173, der auch von einem „moralischen Druck zur Einstimmigkeit“ spricht.

⁶⁹ Ein Verzeichnis dieser Dokumente bei *Preiser-Kapeller*, Episkopat XXIV.

⁷⁰ Die byzantinischen Kleinchroniken, 1. Teil: Einleitung und Text, hrsg. v. *Peter Schreiner* (*Corpus Fontium Historiae Byzantinae* XII/1, Wien 1975) Nr. 85, 602-604; im Folgenden zitiert: *SchreinChron* I.

⁷¹ Dazu *Preiser-Kapeller*, Episkopat IX.

⁷² *SchreinChron* I, Nr. 85/1, 604-608.

1. SchreinChron I, Nr. 85/1 (Mai 1328): **Athanasios** (Hieromonachos), Theodoros (Hieromonachos), Petros (Hieromonachos)
2. SchreinChron I, Nr. 85/2 (Mai 1328): **Theodoros** (Hieromonachos), Petros (Hieromonachos), Antonios (Hieromonachos)
3. SchreinChron I, Nr. 85/3 (Okt. 1329): **Antonios** (Hieromonachos), Andreas (Hieromonachos), Gabriel (Hieromonachos)
4. SchreinChron I, Nr. 85/10 (März 1330): **Daniel** (Hieromonachos), Andreas (Hieromonachos?), Ephrem (Hieromonachos?)
5. SchreinChron I, Nr. 85/11 (März 1330): Laurentios (Hieromonachos), **Theodoros** (Hieromonachos), Ephrem (Hieromonachos)
6. SchreinChron I, Nr. 85/12 (Aug. 1331): Arsenios (Hieromonachos), **Basileios** (Hieromonachos), Laurentios (Archimandrit)⁷³
7. SchreinChron I, Nr. 85/4 (Dez. 1331): **Tryphon** (Hieromonachos), Antonios (Hieromonachos), Petros (Hieromonachos)
8. SchreinChron I, Nr. 85/13 (April 1332): **Paulos** (Hieromonachos), Andreas (Hieromonachos), Abraam (Hieromonachos)
9. SchreinChron I, Nr. 85/6 (Juni 1334): Andreas (Hieromonachos und Archimandrit), **Athanasios** (Hieromonachos), N. N. (Hieromonachos)
10. SchreinChron I, Nr. 85/13 (Nov. 1335): **Ioannes** (Hieromonachos), Maximos (Archimandrit von Petzerion), Petros (Hieromonachos)
11. SchreinChron I, Nr. 85/7 (Okt. 1343): **Isaak** (Hieromonachos), N.N., N.N.
12. SchreinChron I, Nr. 85/8 (Aug. 1345): **Euthymios** (Hieromonachos), N.N., N.N.
13. SchreinChron I, Nr. 85/9 (Aug. 1347): **Nathanael** (Hieromonachos)

Bei diesen 13 Wahlvorgängen verlief offenbar nur einer – der chronologisch letzte mit der Wahl des Nathanael – einstimmig; in zwei Fällen (11. und 12.) wird nur der Name des erfolgreichen Kandidaten genannt, aber die Erstellung eines Dreiervorschlages explizit erwähnt. Bei den übrigen Wahlen müsste die Reihenfolge der drei Kandidaten gemäß dem bei Symeon von Thessalonike referierten Verfahren ihrer Reihung nach Stimmen entsprechen (der kirchlichen Rangordnung folgt die Reihung sicherlich nicht, ansonsten hätte ein Archimandrit vor einem Hieromonachos genannt werden müssen). Gibt die Reihung der drei Namen also die Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen wieder, so erwählte der Metropolit in

⁷³ Die Bischofswahl für Velikij Novgorod stellt insofern eine Ausnahme dar, als sich die Versammlung der freien Bürger (*Veče*) der selbstbewussten Händlerrepublik seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts das Recht erstritten hatte, selbst drei Kandidaten für den Bischofsthron zu nominieren, zwischen denen dann (manchmal, aber nicht in allen Fällen) das Los entschied; der derart designierte Oberhirte begab sich dann nur mehr zur bestätigenden Weihe zum Metropoliten von Kiev. Dies gilt, wie uns die „Novgoroder Chronik“ informiert, auch für den in dieser Notiz erwähnten Basileios (PLP Nr. 2385), der schon 1330 durch das Los zum Bischof designiert und im August 1331 durch die Synode unter Metropolit Theognostos bestätigt wurde; die beiden anderen genannten Namen wären nur der Form halber von der Synode nominiert worden (vielleicht waren sie aber auch jene zwei anderen Kandidaten, die die *Veče* nominiert hatte), obwohl Basileios bereits als Bischof feststand. Bezeichnenderweise stellt der „offizielle“ Rotulus des Metropoliten diesen seine Macht einschränkenden Wahlmodus nicht dar, sondern hält die Fiktion einer „normalen“ Bischofswahl durch die Synode aufrecht, vgl. *Michael C. Paul*, *Episcopal Election in Novgorod, Russia 1156–1478*, in: *Church History* 72/2 (Juni 2003) 251–275, bes. 269–271 (mit weiterer Diskussion der widersprüchlichen Darstellungen in der Novgoroder Chronik und in der Notiz des Rotulus); *Preiser-Kapeller*, *Episkopat* 514–521 (mit Quellenangaben und weiterer Literatur).

sieben von den zehn Fällen (1.-10.), in denen wir eine vollständige Kandidatenliste besitzen, den Erstgereihten, bei den drei anderen Synodalsitzungen den zweitgereihten (eigentlich nur in zwei Fällen, da die sechste erwähnte Sitzung den „Sonderfall“ Velikij Novgorod betrifft, vgl. Anm. 73).

Um diesen Zahlenverhältnissen mit Sicherheit Aussagekraft über diese zehn Fälle hinaus für alle Bischofswahlen der spätbyzantinischen Kirche zubilligen zu können, wären weitere derartige Wahlregister aus anderen Kirchenprovinzen und aus der *Synodos endemusa* selbst notwendig – nur besitzen wir diese eben nicht. Jedoch kann man vermuten, dass ein Metropolit oder der Patriarch sehr wohl die Reihung der ihm vorgelegten Kandidatenliste berücksichtigte, sollten nicht die Kanones, die von *he ton pleionon psephos* sprechen, gänzlich ad absurdum geführt und dem Vorsitzenden der Synode ein solches Gewicht bei nicht einstimmigen Entscheidungen zugebilligt werden, wie es etwa eine Umsetzung der Novelle Kaiser Manuels I. (siehe oben) für die kirchlichen Versammlungen bedeutet hätte – was ja die meisten Kirchenvertreter und zeitgenössischen Kanonisten abgelehnt hatten. Bei jenen drei (eigentlich zwei, siehe oben) Fällen, in denen Metropolit Theognostos den zweitgereihten Kandidaten auserkor, mögen die Mehrheitsverhältnisse nicht so eindeutig zu Gunsten des erstgereihten ausgefallen sein; denkbar ist auch, dass ein erstgereihter und vom Metropoliten erwählter Kandidat die Wahl abgelehnt hatte und deshalb ein zweitgereihter zum Zug kam. Und schließlich konnte der Metropolit für die Erwählung eines nachgereihten andere triftige Gründe gehabt haben – weil er etwa diesen Kandidaten für wesentlich befähigter hielt oder er die Unterstützung anderer maßgeblicher Kräfte (etwa eines lokalen Machthabers, in Konstantinopel des Kaisers) besaß.

Interessant ist die Frage, wie der Dreivorschlag in der Synode zustande kam. Registriert wurden im russischen Bischofswahlregister ja auch die Namen der persönlich anwesenden Bischöfe, wie die folgende Übersicht zeigt:

1. SchreinChron I, Nr. 85/1 (Mai 1328), für Vladimir: Markos von Peremyšl, Gregorios von Cholm, Theodosios von Luck, Stephanos von Turov
2. SchreinChron I, Nr. 85/2 (Mai 1328), für Galitza: Markos von Peremyšl, Gregorios von Cholm, Theodosios von Luck, Stephanos von Turov
3. SchreinChron I, Nr. 85/3 (Okt. 1329), für Rostov: Theodoros von Galitza, Gregorios von Rjazan
4. SchreinChron I, Nr. 85/10 (März 1330), für Suzdal: Antonios von Rostov, Sophonios von Sarai, Gregorios von Rjazan
5. SchreinChron I, Nr. 85/11 (März 1330), für Tver: Antonios von Rostov, Daniel von Suzdal
6. SchreinChron I, Nr. 85/12 (Aug. 1331), für Velikij Novgorod: Athanasios von Vladimir, Theodoros von Galitza, Gregorios von Cholm, Markos von Peremyšl
7. SchreinChron I, Nr. 85/4 (Dez. 1331), für Luck: Athanasios von Vladimir, Theodoros von Galitza, Gregorios von Cholm
8. SchreinChron I, Nr. 85/5 (April 1332), für Chernigov: Athanasios von Vladimir, Theodoros von Galitza, Gregorios von Cholm, Markos von Peremyšl
9. SchreinChron I, Nr. 85/6 (Juni 1334), für Sarai: Basileios von Novgorod, Antonios von Rostov, Theodoros von Tver, Gregorios von Rjazan
10. SchreinChron I, Nr. 85/13 (Nov. 1335), für Chernigov: Athanasios von Vladimir, Theodoros von Galitza, Gregorios von Cholm, Tryphon von Luck, Ioannes von Smolensk
11. SchreinChron I, Nr. 85/7 (Okt. 1343), für Sarai: Gabriel von Rostov, Kyrill von Rjazan,

12. SchreinChron I, Nr. 85/8 (Aug. 1345), für Smolensk: Ioannes von Brjansk, Kyrill von Asprokastron
13. SchreinChron I, Nr. 85/9 (Aug. 1347), für Suzdal: Ioannes von Rostov, Theodoros von Tver

Welcher der Bischöfe für welchen Kandidaten gestimmt hatte, erwähnt die Quelle allerdings nicht. Da in einigen Fällen, wo uns ein Dreivorschlag überliefert ist, nur zwei Bischöfe als persönlich anwesend erwähnt werden, ist zudem damit zu rechnen, dass andere Bischöfe ihre Nominierungen und Voten schriftlich oder durch Gesandte (zum Teil vielleicht durch die von ihnen jeweils nominierte Person selbst) übermittelten, eine Praxis, die bei der gewaltigen Ausdehnung des Kiever Sprengels wohl üblich war. Tatsächlich präsent waren vor allem Bischöfe, die dem neu zu besetzenden Bischofsstuhl benachbart und auch deshalb an der Wahl besonders interessiert waren. Vornehmlich sie konnten aber auch ihr Stimmverhalten vor Ort koordinieren und in Absprache miteinander den jeweils von ihnen präferierten Kandidaten zumindest einen vorteilhaften Rang auf dem Dreier-Vorschlag sichern. Auch derartige Vereinbarungen werden natürlich in den Quellen nicht erwähnt, aber wenn etwa im Mai 1328 der Priestermonch Theodoros als zweitgereihter bei der ersten Wahlsitzung für das Bistum Vladimir nicht zum Zug kam, hingegen bei der zweiten Sitzung für Galitza durch die gleichen Synodalbeisitzer auf den ersten Platz gesetzt und tatsächlich gewählt wurde, dann scheint es plausibel, entsprechende Absprachen zu vermuten. Überhaupt entstanden durch die gemeinsamen Wahlsitzungen Netzwerke der Oberhirten, die auch die neugeweihten Bischöfe einschlossen und innerhalb derer die jeweils regionalen Bischofssitze neu besetzt wurden. Im Gesamtnetzwerk, dass sich für die russischen Bischöfe aufgrund der zehn Synodalsitzungen von Mai 1328 bis November 1335, für die uns die vollständigen Dreivorschläge vorliegen, ergibt, werden auch zwei regionale Cluster für den Südwesten bzw. Westen und Nordosten bzw. Osten des Sprengels von Kiev deutlich sichtbar (siehe Abbildung 2)⁷⁴.

Von größeren Konflikten berichten diese Kurznotizen aus der russischen Kirche nicht; dafür wird das Risiko des Mehrheitsentscheids bei der Bischofswahl in einem Fall im Patriarchatsregister ganz deutlich: 1375/1376 kam die Synode unter Patriarch Philotheos Kokkinos zur Wahl eines neuen Metropoliten für die Stadt Serrai in Makedonien zusammen, wie uns der damals gewählte Matthaios Phakras in einer Urkunde aus der Zeit des Neilos Kerameus informiert. Seiner Wahl stellte sich Makarios, damals Metropolit von Sebasteia, zusammen mit zwei anderen Metropoliten entgegen; Phakras berichtete:

„Denn als ich auf synodalen Beschluss vom dreimal seligen, ruhmvollen und heiligsten Patriarchen, Herrn Philotheos zum Metropolit von Serrai geweiht wurde, wollte jener, der Metropolit von Sebasteia war, nicht die Einwilligung (ab)geben (*ouk ethelese dounai gnomen*), wobei er auch zwei andere Oberhirten als Beihelfer hatte; und ich wurde einerseits, weil kanonisch der Be-

⁷⁴ Für eine ausführlichere Analyse der Bedeutung solcher Netzwerke für die Synode und die Entscheidungsfindung s. Preiser-Kapeller, *Calculating the Synod* (eine open access-Version auch online unter http://www.oeaw.ac.at/byzanz/repository/Preiser_WorkingPapers_Calculating_II.pdf).

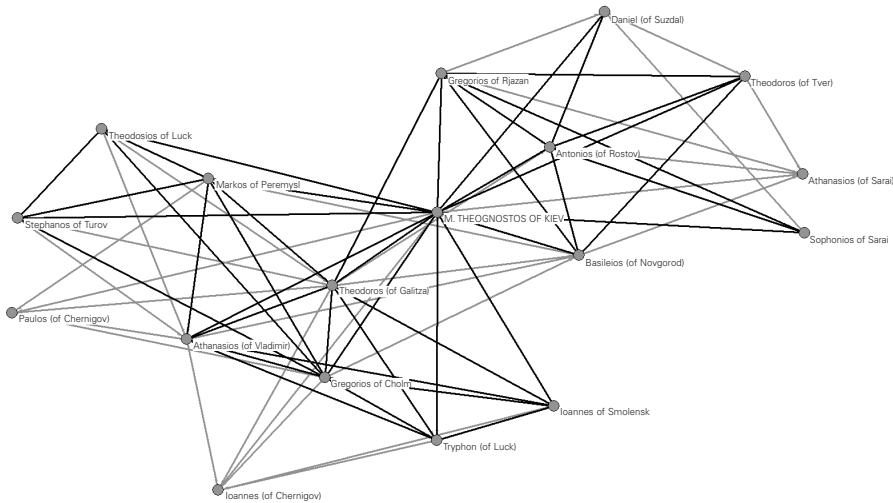


Abbildung 2: Das Gesamtnetzwerk der an Bischofswahlen beteiligten russischen Bischöfe, Mai 1328 – November 1335 (schwarze Linien: gemeinsamer Synodalbeisitz; graue Pfeile: Erteilung der Bischofsweihe; erstellt mit der Software Pajek).

schluss der Mehrheit siegte, geweiht, sie aber, die in streitsüchtiger Weise (*philoneikos antilegontes*) dagegen sprachen, gemäß dem Kanon außer Acht gelassen“⁷⁵.

In diesem Fall gab es offenbar nur einen Kandidaten – Matthaios Phakrases – gegen dessen (einstimmige) Wahl sich allerdings Widerstand erhob. Die Zahl derer, die unter der Führung des damaligen Metropoliten Makarios von Sebasteia dem Votum der Mehrheit widersprachen, war in diesem Fall mit drei Oberhirten vielleicht gar nicht so gering, wenn wir uns die oben genannten Zahlen für den üblichen Umfang einer Synodalsitzung im Patriarchat des Philotheos Kokkinos (drei bis 19) in Erinnerung rufen (wie viele Metropoliten tatsächlich bei der Wahl des Phakrases anwesend waren, erfahren wir leider nicht). Unklar wäre aufgrund der Formulierung *ouk ethelese dounai gnomen*, ob die drei Metropoliten explizit dem Beschluss der anderen Oberhirten widersprachen oder sich schlicht weigerten, ein zustimmendes Votum abzugeben; die Phrase *philoneikos antilegontes*, die sich im Wortlaut direkt auf die Kanones zum Mehrheitsentscheid bezieht (siehe oben),

⁷⁵ PRK V, Nr. 483, 28–36; MM II, 78, Nr. 374; Darrouzès, Reg. 2819 (Wahl des Matthaios Phakrases): Αναγνωσθέντων τοίνυν, ἐρωτηθεὶς ὁ Σερρών ἀπεκρίνατο οὕτως· ὅτι „πρῶτον μὲν οὐδεὶς“, φησί, „ἀγνοεῖ, πῶς διέκειται πρὸς ἐμὲ ὁ χρηματίσας πατριάρχης, ὅτε γὰρ ἐχειροτονήθην μητροπολίτης Σερρών ψήφῳ συνοδικῇ παρὰ τοῦ τρισμακαρίστου καὶ αἰοδίου καὶ ἁγιωτάτου πατριάρχου, κυροῦ Φιλοθέου, ἐκεῖνος μητροπολίτης ὦν Σεβαστείας, ἔχων καὶ ἄλλους δύο τῶν ἀρχιερέων συνεργούς, οὐκ ἠθέλησε δοῦναι γνώμην, καὶ ἐγὼ μὲν νικησάσης τῆς τῶν πλειόνων ψήφου κανονικῶς ἐχειροτονήθην, οἱ δὲ φιλονείκως ἀντιλέγοντες κατὰ τὸν κανόνα παρωράθησαν.“ Zu Makarios und Matthaios Phakrases vgl. PLP Nr. 16310 und Nr. 29584, sowie Preiser-Kapeller, Episkopat 394–395 und 405.

lässt jedoch die erstere Möglichkeit vermuten. Diesmal „siegte“ tatsächlich ein Beschluss der Mehrheit, die unterlegenen Synodalbeisitzer wurden „gemäß dem Kanon nicht berücksichtigt“.

Als aber Makarios als Günstling des Kaisers Andronikos IV. Palaiologos nach dessen Putsch im Juni 1377 den Patriarchenthron bestieg, bot sich ihm die Gelegenheit, die ungeliebte Entscheidung mit anderen Mitteln zu revidieren; mit falschen Vorwürfen, unter anderem des Mordes, ließ er Matthaïos Phakrases als Metropolit absetzen und versuchte ihn aus seinem Bischofssitz zu vertreiben. Zwar hatte Matthaïos in Serrai offenbar so viel Rückhalt, dass er sich dort trotz der Anschuldigungen durch Makarios halten konnte, allerdings geriet er dann 1383 bei der osmanischen Eroberung der Stadt in türkische Gefangenschaft, aus der er erst 1387 freikam und die Gelegenheit bekam, beim neuen Patriarchen Neilos Kerameus seine Rehabilitierung zu erwirken⁷⁶.

Conclusio – warum man den Mehrheitsentscheid vermied

Angesichts solcher lang andauernder Zerwürfnisse innerhalb des Episkopats wie im zuletzt referierten Fall mag es einsichtig werden, warum sich die Synode offenbar relativ selten dem in den Kanones vorgesehenen Instrument des Mehrheitsentscheids bediente, um eine Entscheidung herbeizuführen. Das Konsensprinzip galt nicht nur aufgrund des apostolischen Vorbildes als Ideal, es half auch hier die „Entscheidungsrisiken möglichst gering zu halten“⁷⁷.

Tatsächlich erfüllte die Synode von Konstantinopel wesentliche der von Egon Flaig in diversen Beiträgen angeführten Voraussetzungen für das „Funktionieren der Einmütigkeitsregel“: eine „intensive Sozialisation“, ein „hoher Normenkonsens“ und eine starke Homogenität innerhalb des Entscheidungsorgans sind bei den gerade in der byzantinischen Spätzeit fast ausschließlich aus dem Mönchtum stammenden Oberhirten vorauszusetzen; gleichzeitig verhinderte das monastische Ideal, dass die Synodalbeisitzer dieser Zeit „durch zu starke Loyalitäten gegenüber andren Teilen der Gemeinschaft gebunden“ waren, während wir noch im 12. Jahrhundert viele Metropoliten aus den Reihen des Beamtenstabes des Patriarchats finden, die viel stärker in familiäre und andere Netzwerke eingebunden waren und etwa versuchten, Verwandte (Neffen) ebenfalls im Episkopat unterzubringen⁷⁸. Auch das für eine „Disposition des Nachgebens“ notwendige „Prinzip der vertragten Gegenleistung“ war im „kontinuierlichen Entscheidungskontext“

⁷⁶ PRK V, Nr. 483, 37–68; MM II 77–79 (Nr. 374); Darrouzès, Reg. 2819; PLP Nr. 29584; Preiser-Kapeller, Episkopat 405.

⁷⁷ Vgl. Flaig, Das Konsensprinzip 14–15.

⁷⁸ Egon Flaig, Die spartanische Abstimmung nach der Lautstärke. Überlegungen zu Thukydides 1,87, in: *Historia. Zeitschrift für Alte Geschichte* 42/2 (1993) 139–160, hier 140–141; im Folgenden zitiert: Flaig, Die spartanische Abstimmung; Flaig, Das Konsensprinzip 15–17 und 28–29. Zur Rekrutierung des Episkopats vgl. Franz Tinnefeld, Faktoren des Aufstiegs zur Patriarchenwürde im späten Byzanz, in: *Jahrbuch der Österreichischen Byzantinistik* 36 (1986) 89–115; Al-

der *Synodos endemusa* (der aber, wie oben gezeigt, immer nur von einer relativ kleinen Zahl an Oberhirten getragen wurde), wo meist „gleichartige und annähernd gleichwertige Gegenstände der Entscheidung“ verhandelt wurden (Bischofswahlen, Regelung der Verwaltung von Klöstern, Disziplin des Klerus usw.), gewährleistet; gleichzeitig war man in diesem Sinne bemüht, „bei augenfälligen Neuerungen so zu tun, als sei das Handeln kein neues, als sei es abgedeckt durch Exempla in der Vergangenheit“. Neuerungen (*kainotomiai*) galten als „Minderung der Vollständigkeit und Einheit“ der Kirche, als ungehörig, ja geradezu als Irrsinn⁷⁹. Tatsächlich ist also die von Herbert Hunger noch unter den Stichworten „Verschleierung, Absicherung und Ironie“ verzeichnete „scheinbare Nonchalance der Kanzleisprache des Patriarchatsregisters“ von Konstantinopel ein Ausdruck dieser „konsensualistischen Praktiken“. In den Dokumenten des Patriarchatsregisters wird eine „agonale Sprache“ genauso vermieden wie in der Synode jenes mit dem Mehrheitsentscheid verbundene „Risiko schwerer Entzweigungen“, das die „Kohäsion der Gemeinschaft“ schwächen konnte⁸⁰.

Summary

Majority decision was codified as legitimate instrument of decision making in the some of the oldest Councils of the Church (Nicaea 325, Antiochia 341). A close inspection of the charters of the late Byzantine Synod of Constantinople collected in the so-called „Register of the Patriarchate of Constantinople“ for the period between 1315 and 1402 however makes clear that although the assembly of hierarchs time and again refers to these regulations to legitimate their decisions, they avoid to actually use majority decisions. An actual voting took place for the election of new bishops, but also in this case the *modus operandi* (the preparation of a proposal of three candidates ranked according to the number of votes for the head of the synod, who then chose one from the list) averted a direct trial of strength within the Synod. In the late Byzantine Synod, key criteria for the operation of decision-making by consensus as defined by Egon Flaig – an intensive socialization, a uniform norm consensus, homogeneity of the group and a continuous decision context – were guaranteed and the basis for the pronounced consensus-oriented practices we observe in our sources.

bert Failler, La promotion du clerc et du moine à l'épiscopat et au patriarcat, in: Revue des études byzantines 59 (2001) 125–146; Preiser-Kapeller, Episkopat XXI–XXXVI, bes. XXV–XXVI.

⁷⁹ Flaig, Die spartanische Abstimmung 140–141; Flaig, Das Konsensprinzip 15–17; vgl. auch Schwedler, Formen und Inhalte 154–157 und 167. Zur *kainotomia* im Patriarchatsregister vgl. Hunger, Zum Stil und zur Sprache des Patriarchatsregisters 36 und 42 (mit Beispielen).

⁸⁰ Flaig, Die spartanische Abstimmung 140–141 und 143; Flaig, Das Konsensprinzip 15–17. Vgl. auch Schwedler, Formen und Inhalte 168, zu den Schlussdokumenten der Reichstage.

Kurzbiografien der Autoren

MARIA H. DETTENHOFER, geboren 1962, apl. Professorin an der LMU München. Von ihr erschienen: *Perdita Iuventus. Zwischen den Generationen von Caesar und Augustus* (München 1992); *Reine Männersache. Frauen in Männerdomänen der antiken Welt* (Köln, Wien 1994); *Herrschaft und Widerstand im augusteischen Principat. Die Konkurrenz zwischen res publica und domus Augusta* (Stuttgart 2000).

EGON FLAIG, geboren 1949, Professor für Alte Geschichte am Heinrich Schliemann-Institut für Altertumswissenschaften der Universität Rostock, Stipendiat des Historischen Kollegs 2009/2010. Jüngst erschien: *Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik* (Paderborn 2013).

WERNER HEUN, geboren 1953, Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen und Direktor des Instituts für Allgemeine Staatslehre und Politische Wissenschaften, Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen. Kürzlich erschien: *Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland* (Tübingen 2012).

KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP, geboren 1953, Professor für Alte Geschichte an der Universität zu Köln, Stipendiat des Historischen Kollegs 2005/2006. Zuletzt erschienen: *Reconstructing the Roman Republic. An Ancient Political Culture and Modern Research* (Princeton 2010). Hrsg. zus. mit Elke Stein-Hölkeskamp: *Erinnerungsorte der Antike: Die römische Welt* (München 2006) und: *dies., Die griechische Welt: Erinnerungsorte der Antike* (München 2010).

MARTIN JEHNE, geboren 1955, Professor für Alte Geschichte an der TU Dresden, Mitglied im Kuratorium des Historischen Kollegs. Zuletzt erschienen: *Der große Trend, der kleine Sachzwang und das handelnde Individuum. Caesars Entscheidungen* (München 2009); Hrsg. gemeinsam mit Hans Beck, Antonio Duplá, Francisco Pina Polo, *Consuls and res publica. Holding High Office in the Roman Republic* (Cambridge 2011).

JOHANNES PREISER-KAPELLER, Mag. Dr., geboren 1977, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Byzanzforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Lektor an der Universität Wien. Zuletzt erschienen: Hrsg. zus. mit Werner Seibt, *The Creation of the Caucasian Alphabets as Phenomenon of*

Cultural History (Wien 2011). Complex historical dynamics of crisis: the case of Byzantium, in: *Krise und Transformation*, hrsg. v. S. Jalkotzy-Deger, A. Suppan (Wien 2012).

MARKUS RÜTTERMANN, geboren 1965, Associate Professor am International Research Center for Japanese Studies, Kyoto. Zuletzt erschien: *Schreib-Riten (shorei). Untersuchungen zur Geschichte der japanischen Briefetikette*, Teilband 1: Theorie und Überlieferung; Teilband 2: Rhetorik; Teilband 3: Nonverbalität und Intermedialität (Izumi: Quellen, Studien und Materialien zur Kultur Japans, hrsg.v. Klaus Kracht; Band 14; Teilbde. 14.1–14.3) (Wiesbaden 2011).

WINFRIED SCHMITZ, geboren 1958, Professor für Alte Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Zuletzt erschienen: *Über Grenzen hinweg. Neue sozial- und kulturwissenschaftliche Ansätze in der Alten Geschichte*, in: *Saeculum* 61 (2010) 27–47; *„Sklavenfamilien“ im archaischen und klassischen Griechenland*, in: *Kindersklaven – Sklavenkinder. Schicksale zwischen Zuneigung und Ausbeutung in der Antike und im interkulturellen Vergleich*, hrsg. v. Heinz Heinen (Stuttgart 2012) 63–102.

ELKE STEIN-HÖLKESKAMP, geboren 1954, derzeit Vertretungsprofessorin für Alte Geschichte an der Universität Siegen. Zuletzt erschienen: *Das römische Gastmahl: eine Kulturgeschichte* (München ²2011). Hrsg. zus. mit Karl-Joachim Hölkeskamp: *Erinnerungsorte der Antike: Die römische Welt* (München 2006) und: dies.: *Die griechische Welt: Erinnerungsorte der Antike* (München 2010).

THOMAS WAGNER, geboren 1967, Dr. Phil., lebt und arbeitet als freier Autor und Redakteur seit 1999 in Berlin. Zuletzt erschienen: *Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus* (Köln 2011) und als Hrsg., *Im Rücken die steinerne Last – Unternehmen Sisyfos. Die Romantetralogie von Erasmus Schöfer* (Berlin 2012).

HANS-ULRICH WIEMER, geboren 1961, Professor für Alte Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Zuletzt erschien: (zusammen mit Stefan Rebenich) *Johann Gustav Droysen. Philosophie und Politik – Historie und Philologie* (Campus Historische Studien 61, Frankfurt a. M., New York 2012).

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

Eine Übersicht über die Bände findet sich unter:

www.oldenbourg-wissenschaftsverlag.de/shk

Alle Publikationen des Historischen Kollegs sind verzeichnet unter:

www.historischeskolleg.de

- 63 *Anselm Doering-Manteuffel* (Hrsg.): Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, 2006, VIII, 273 S. ISBN 3-486-58057-4
- 64 *Jan-Dirk Müller* (Hrsg.): Text und Kontext: Fallstudien und theoretische Begründungen einer kulturwissenschaftlich angeleiteten Mediävistik, 2007, XIII, 272 S. ISBN 3-486-58106-5
- 65 *Peter Schäfer* (Hrsg.): Wege mystischer Gotteserfahrung. Judentum, Christentum und Islam/Mystical Approaches to God. Judaism, Christianity, and Islam, 2006, X, 164 S. ISBN 3-486-58006-X
- 66 *Friedrich Wilhelm Graf* (Hrsg.): Intellektuellen-Götter. Das religiöse Laboratorium der klassischen Moderne, 2009, XIII, 161 S. ISBN 978-3-486-58257-4
- 67 *Werner Busch* (Hrsg.): Verfeinertes Sehen. Optik und Farbe im 18. und frühen 19. Jahrhundert, 2008, X, 228 S. ISBN 978-3-486-58490-5
- 68 *Kaspar von Greyerz* (Hrsg.): Selbstzeugnisse in der Frühen Neuzeit. Individualisierungsweisen in interdisziplinärer Perspektive, 2007, VII, 201 S. ISBN 978-3-486-58236-9
- 69 *Wilfried Hartmann* (Hrsg.): Recht und Gericht in Kirche und Welt um 900, 2007, IX, 249 S. ISBN 978-3-486-58147-8
- 70 *Heinz Schilling* (Hrsg.): Konfessioneller Fundamentalismus. Religion als politischer Faktor im europäischen Mächtesystem um 1600, 2007, XI, 320 S. ISBN 978-3-486-58150-8
- 71 *Michael Toch* (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der mittelalterlichen Juden. Fragen und Einschätzungen, 2008, X, 218 S. ISBN 978-3-486-58670-1
- 72 *Tilman Nagel* (Hrsg.): Der Koran und sein religiöses und kulturelles Umfeld, 2010, XXIV, 250 S. ISBN 978-3-486-59052-4
- 73 *Karl-Joachim Hölkeskamp* (Hrsg.): Eine politische Kultur (in) der Krise? Die „letzte Generation“ der römischen Republik, 2009, XII, 222 S. ISBN 978-3-486-59053-1
- 74 *Karl Schlögel* (Hrsg.): Mastering Space. Raum und Raumbewältigung als Probleme der russischen Geschichte, 2011, VIII, 314 S. ISBN 978-3-486-70445-7
- 75 *Aloys Winterling* (Hrsg.): Zwischen Strukturgeschichte und Biographie. Probleme und Perspektiven einer römischen Kaisergeschichte (Augustus bis Commodus), 2011, X, 350 S. ISBN 978-3-486-70454-9

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 76 *Rüdiger vom Bruch* (Hrsg.): Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910, 2010, XVIII, 259 S. ISBN 978-3-486-59710-3
- 77 *Christoph Buchheim, Marcel Boldorf* (Hrsg.): Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, 2012, X, 270 S. ISBN 978-3-486-70950-6
- 78 *Klaus Schreiner* (Hrsg.): Heilige Kriege. Religiöse Begründungen militärischer Gewaltanwendung: Judentum, Christentum und Islam im Vergleich. Kolloquium der Mitglieder des Historischen Kollegs, 7.–9. November 2007. 2008, XIII, 223 S. ISBN 978-3-486-58490-5
- 79 *Jörg Fisch* (Hrsg.): Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. The World Divided. Self-Determination and the Right of Peoples to Self-Determination, 2011, XXII, 344 S. ISBN 978-3-486-70384-9
- 80 *Georg Schmidt* (Hrsg.): Die deutsche Nation im frühneuzeitlichen Europa. Politische Ordnung und kulturelle Identität? 2010, XIV, 344 S. ISBN 978-3-486-59740-0
- 81 *Albrecht Cordes, Serge Dauchy* (Hrsg.): Eine Grenze in Bewegung. Öffentliche und private Justiz im Handels- und Seerecht, 2013, XII, 366 S. ISBN 978-3-486-71799-0
- 82 *Lothar Gall, Dietmar Willoweit* (Hrsg.): Judaism, Christianity, and Islam in the Course of History: Exchange and Conflicts, 2011, XII, 470 S. ISBN 978-3-486-59707-3
- 83 *Thomas Welskopp, Alan Lessoff* (Hrsg.): Fractured Modernity. America Confronts Modern Times, 1890s to 1940s, 2012, X, 242 S. ISBN 978-3-486-71695-5
- 84 *Gian Luca Potestà* (Hrsg.): Autorität und Wahrheit. Kirchliche Vorstellungen, Normen und Verfahren (XIII.–XV. Jahrhundert), 2012, XII, 200 S. ISBN 978-3-486-70771-1
- 85 *Egon Flaig* (Hrsg.): Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung, 2013, XXXIII, 230 S. ISBN 978-3-486-71860-7
- 86 *Heribert Müller* (Hrsg.): Das Ende des konziliaren Zeitalters (1440–1450): Versuch einer Bilanz, 2012, X, 352 S. ISBN 978-3-486-71421-0
- 87 *Gangolf Hübinger* (Hrsg.): Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970) 2013, ISBN 978-3-486-71859-1
- 88 *Werner Plumpe* (Hrsg.): Unternehmer – Fakten und Fiktionen. Wirtschafts- und unternehmenshistorische Perspektiven, 2013, ISBN 978-3-486-71352-7
- 89 *Friedrich Lenger* (Hrsg.): Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939, 2013, ISBN 978-3-486-71858-4

Oldenbourg

